Jackson Library-UNCG
D531 .A42 1926 c.1 v.3 NGUU
Germany / Die Ursachen des deutschen Zusammen
3 0510 06488631 5

UNIVERSITY OF NORTH CAROLINA AT GREENSBORO

BOOK CARD

Please keep this card in book pocket

DIE-URSACHEN-DES-

PART 1 EE 33

University of North Carolina at
Greensboro, North Carolina 27412

Walter Clinton Jackson Library

Das Werk des Untersuchungsausschusses 1919–1928

Herausgegeben
im Auftrage des Deutschen Reichstages

DVPG

Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919—1928

Verhandlungen / Gutachten / Urkunden

Im Auftrage des Reichstages
unter Mitwirkung von
Dr. Eugen Fischer
als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch / Dr. Berthold Widmann
als Sekretären des 3. und 4. Unterausschusses

herausgegeben von den Abgeordneten

Dr. Walter Schücking / Dr. Johannes Bell
als Vorsitzenden des Gesamtausschusses

Dr. Johannes Bell / Dr. Rudolf Breitscheid
Dr. Albrecht Philipp
als Vorsitzenden der Unterausschüsse

Vierte Reihe

Die Ursachen des
Deutschen Zusammenbruches
im Jahre 1918

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918

Erste Abteilung

Der militärische und außenpolitische Zusammenbruch

Im Auftrage des Vierten Unterausschusses

unter Mitwirkung von

Dr. Eugen Fischer

als Generalsekretär

Dr. Walther Bloch

als Sekretär des 4. Unterausschusses

herausgegeben von

Dr. Albrecht Philipp, M. d. R.

Vorsitzendem des 4. Unterausschusses

Dritter Band

Gutachten der Sachverständigen
General d. Inf. a. D. von Kuhl und
Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück

1 9 2 8

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

3.
Auflage
Alle Rechte,
besonders das der
Übersetzung, vorbehalten
Amerikanisches Copyright 1925
by Deutsche Verlagsgesellschaft für
Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8,
Wilhelmstraße 66 / Amerikanische
Schutzzollformel: Made in Ger-
many / Gesetzt und gedruckt
in der Buchdruckerei
F. E. Haag
in Melle
i. H.

D
531
A42
1926
v.3

Inhalt

Seite

Vorbemerkung IX

Gutachten des Sachverständigen General der Inf. a. D. von Kuhl:

Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918

Erster Teil: Die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918 . . . . 1— 89

Zweiter Teil: Durchführung und Zusammenbruch der deutschen Offensive im Jahre 1918 90—238

Korreferat des Sachverständigen Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück zu den Gutachten des General a. D. von Kuhl und des Obersten a. D. Schwertfeger

Erster Teil . . . . . 239—271

Zweiter Teil . . . . . 273—373

412266

Vorbemerkung

Der vorliegende dritte Band der Veröffentlichungen des 4. Unterausschusses über die „Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918“ enthält das Gutachten des Generals d. Inf. a. D. v. Kuhl über „Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918“ sowie das Korreferat des Geheimrats Prof. Dr. Hans Delbrück zu den Gutachten des Obersten a. D. Schwertfeger (enthalten im zweiten Band dieser Reihe) und des Generals v. Kuhl. Das Korreferat hat nach dem Vorwort des Verfassers (S. 243) die Form eines selbständigen Gutachtens erhalten.

Die ersten Teile der in diesem Band enthaltenen Gutachten wurden vom Unterausschuß in den Sitzungen vom 24. Juni, 19. November 1921 und 7. Juli 1922 entgegengenommen. Am 8. Juli wurde beschlossen, die ersten Teile der beiden Gutachten, sowie des Gutachtens des Obersten a. D. Schwertfeger, zu veröffentlichen. Da Geheimrat Prof. Dr. Delbrück im ersten Teil schon auf Fragen einging, die in den ersten Teilen der Gutachten von Schwertfeger und Kuhl, zu denen Prof. Delbrück als Korreferent bestellt war, noch nicht behandelt waren, so sah sich General v. Kuhl veranlaßt, dem zweiten Teile seines Gutachtens eine Auseinandersetzung mit Delbrücks erstem Teil anzufügen (S. 215). Delbrück seinerseits nahm zu dieser Auseinandersetzung mit dem ersten Teil seines Gutachtens Stellung in seinem zweiten Teil (S. 341), wozu v. Kuhl eine „Schlußerklärung“ abgab (S. 346, Anmerkung 1, und „Druckfehler“, hinter diesem Band). Außerdem gaben die Referenten Schwertfeger und v. Kuhl in der Sitzung des 4. Unterausschusses vom 18. Februar 1924 zu dem Gutachten des Korreferenten Delbrück Erklärungen ab (Band 1 dieser Reihe, S. 257).

Zur Verhandlung kamen die zweiten Teile der Gutachten v. Kuhl und Delbrück zunächst in der Sitzung vom 22. Januar 1924, in der Abg. Dr. Deermann über die Gutachten Bericht erstattete (Band 1, S. 115). Am 5. Februar 1924 erfolgte die Aussprache über den Bericht Dr. Deermanns, die am 18. Februar fortgesetzt wurde (Band 1, S. 182 u. 257).

Die in einer nichtoffiziellen Sitzung vom 15. April 1924 (Band 1, S. 283) abgebrochenen Beratungen wurden in der dritten Wahl-

periode des Reichstags, nachdem Abg. D. Dr. Bredt an Stelle des dem Reichstag nicht mehr angehörigen Dr. Deermann zum Berichterstatter gewählt war, vom 4. Februar bis 26. Mai 1925 in einer Reihe von Sitzungen zum Abschluß gebracht (Band 1, S. 299 bis S. 499), unter denen die am 10. März 1925 (Band 1, S. 343), in der ein Schriftsatz des Generalmajors Wetzell, Chefs der Operationsabteilung der Obersten Heeresleitung im Jahre 1918, in Anwesenheit der Sachverständigen zur Verhandlung kam, besonders hervorzuheben ist.

Berlin, den 26. Mai 1925

Albrecht Philipp
Vorsitzender des 4. Unterausschusses

Gutachten des Sachverständigen
General d. Inf. a. D. von Kuhl

Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918

Erster Teil

Die Vorbereitung der Offensive

Inhalt

Seite

Vorwort 5

I. Die Stärkeverhältnisse

1. Die deutschen Stärken 6
2. Stärke des Feindes 8
3. Konnten von den östlichen Kriegsschauplätzen mehr Kräfte herangezogen werden? 10
4. Konnten mehr österreichisch-ungarische Truppen auf den westlichen Kriegsschauplatz herangezogen werden? 43
5. Das Eintreffen der Amerikaner 52

II. Die Ergänzung und Versorgung des Heeres

1. Ersatz 58
2. Die Versorgung mit Pferden 75
3. Die Versorgung des Heeres mit Waffen, Munition, Heeresgerät, Betriebsstoffen 77
4. Die Tanks 78

III. Der Entschluß zum Angriff 87

Vorwort

Amtliche Darstellungen des Weltkrieges sind weder bei uns noch bei unseren Gegnern bis jetzt erschienen. Die Archive sind noch nicht erschlossen. Immerhin liegt ein so reichhaltiges Material über den Krieg in den von den führenden Persönlichkeiten herausgegebenen Erinnerungen, in zahlreichen Einzelschriften und in zusammenfassenden Darstellungen vor, daß man sich wohl ein Bild von dem Gange der Begebenheiten machen und versuchen kann, Ursachen und Wirkungen zu erkennen.

Ein abschließendes Urteil ist jedoch über die Operationen zurzeit nicht zu fällen. Die militärische Kritik erfordert, daß man sich völlig in den Gedankengang der Führer versetzen und erkennen kann, wie sie die Lage jeweilig angesehen haben. Man muß die gesamten Verhältnisse übersehen, die auf die Entschlüsse und den Gang der Ereignisse eingewirkt haben. Das ist zurzeit im vollen Umfang noch nicht möglich, zumal uns die Begebenheiten auf der feindlichen Seite noch nicht hinreichend bekannt sind. Daher schwankt das Urteil auch der militärischen Fachkritik über manche Dinge ganz erheblich.

Das Urteil wird erschwert durch die leidenschaftliche Erregung, die nach den schweren Folgen des verlorenen Krieges einer sachlichen Betrachtung im Wege steht. Vielfach überträgt sich das herrschende Parteiwesen auch auf die militärische Kritik. Was von der einen Seite überschwänglich gelobt wird, findet auf der andern Seite scharfe Verurteilung.

Aus allen diesen Gründen kann eine Beurteilung der Operationen nur mit Vorbehalt erfolgen.

Auf festerem Boden steht man, wenn es sich um die Untersuchung der militärischen Grundlagen unserer Offensive von 1918 handelt. Hier ergeben sich mehrfach bestimmte Unterlagen, die ein Urteil ermöglichen, wenn auch hierbei einzelne schwer zu erledigende Streitfragen übrig bleiben.

Von diesen Gesichtspunkten aus sollen nachstehend zunächst die militärischen Grundlagen der Offensive von 1918 geprüft werden. In einem zweiten Abschnitt soll später eine Beurteilung der Operationen und eine Erörterung der Gründe ihres Scheiterns versucht werden.

I

Die Stärkeverhältnisse

1. Die deutschen Stärken

a) Stärke der Westfront Mitte März:

In der Zeit vom 1. November 1917 bis Mitte März 1918 wurden nach dem Westen herangezogen:

Aus Italien . . . . . 8 Divisionen,
Aus dem Osten (einschl. Rumänien) 40 „
im ganzen . . . . . 48 Divisionen,

einschl. 5 noch im Antransport befindlicher Divisionen.

Unter den 40 Divisionen befinden sich 4, die im Oktober und November 1917 vom Westen nach dem Osten befördert waren und später wieder zurückbefördert wurden. Da außerdem im November und Dezember 1917 2 Landwehrdivisionen vom Westen nach dem Osten verschoben wurden, so beträgt die Verstärkung des Westens in der angegebenen Zeit 48—6 = 42 Divisionen.

Im ganzen standen nach diesen Verschiebungen Mitte März:
im Westen: 192 Divisionen und 3 Brigaden,
im Osten (einschl. Rumänien): 53 Divisionen, das „Nordkorps“ (unter dem „Generalkommando zur besonderen Verwendung 68“ vereinigte Truppen des Gouvernements Oesel, Stärke etwa eine zusammengesetzte Division), 13 Brigaden, einschl. 6 bereits im Abtransport befindlicher Divisionen.

Gesamtstärke der deutschen Truppen Mitte März:

Westen	192 Divisionen,	3 Brigaden
Osten und Südosten	53 „	13 „
Balkan	1 „	
Türkei	1 „	(„Asienkorps“)
Heimat	1 „	(spätere „Ostseedivision“)
zusammen	248 Divisionen,	16 Brigaden,

einschließlich Kavallerie-, Reserve- und Landwehrdivisionen.

Gesamtkopfstärke (einschl. Etappe) am 21. März 1918:

Westen: 136 618 Offiziere, 3 438 288 Mann, 710 827 Pferde.
Osten*): 40 095 „ 1 004 955 „ 281 770 „ .

Die vom Osten nach dem Westen abzugebenden Divisionen

*) einschl. Balkan usw., nur ausschl. Türkei.

tauschten vorher ihre älteren Mannschaften gegen jüngere aus. Die zurückbleibenden Divisionen gaben außerdem ihre Mannschaften unter 35 Jahren als Ersatz nach dem Westen ab. Die Bataillone behielten nur einen geringen Mannschaftsstand und nur Mannschaften über 35 Jahre.

Auch zahlreiche Pferde mußten abgegeben werden. Nach einem Telegramm des Oberbefehlshabers Ost vom 5. März 1918 an die Oberste Heeresleitung waren für den Westen abgegeben worden:

von der 8. Armee	900	Pferde
„ „ A. A. D.	1000	„
„ „ 10. Armee	5700	„
„ „ Heeresgruppe Linsingen	6900	„

Danach waren 13 Divisionen unbeweglich geworden.

b) Verschiebungen von Mitte März bis 22. Mai

Es wurden in dieser Zeit vom Osten (einschließlich Rumänien) nach dem Westen verschoben . . . . . 10 Divisionen,

ferner:

der größte Teil von drei aufgelösten Divisionen =	3	„
Teile der 5., 9. und Garde-Kavalleriedivision, woraus die Garde-Kavallerieschützendivision gebildet wurde, ... =	1	„
4. und 8. Kavalleriedivision, vereinigt zur 4. Kavalleriedivision . . . . . =	1	„
im ganzen	15	Divisionen.

Im Osten (einschließlich Rumänien, ausschließlich Türkei, Balkan, Ostseedivision) verblieben hiernach außer dem Nordkorps und 13 Brigaden noch 38 Divisionen. Die Zahl der Divisionen im Westen stieg auf 204.

c) Verschiebungen vom Mai bis November 1918

Es wurden vom Osten (einschließlich Rumänien) nach dem Westen verschoben:

1 Division, die aufgelöst wurde,

ferner 9 Divisionen (darunter 3 Landwehrdivisionen) im September und Oktober, davon wurde 1 Division im September zur Heeresgruppe Scholtz abgedreht.

Hierzu traten im Westen noch 4 k. u. k. Divisionen, je zwei im Juli und September.

Im Osten (Rußland und Rumänien) verblieben hiernach 28, und — nachdem noch 2 Divisionen nach der bulgarischen Front befördert wurden — demnächst 26 Divisionen.

Gesamtkopfstärke einschl. Etappe am 1. Oktober 1918

Westen	103 896 Offiziere,	2 459 211 Mann,	659 735 Pferde
Osten*)	21 666 „	501 119 „	199 942 „

Es fehlt hierbei im Osten die Heeresgruppe Scholtz, die damals wegen der Lage keine Angaben machen konnte. Im März befanden sich bei ihr 57 000 Mann. Diese Stärke wird sich inzwischen vermindert haben.

2. Stärke des Feindes

Zuverlässige Nachrichten hierüber liegen nur zum Teil vor.

Nach Wright, „At the supreme war council" (Blackwood magazine 1. 9. 20), verfügten die Alliierten im Dezember 1917 auf allen Kriegsschauplätzen einschl. Italiener, Belgier, Portugiesen, Serben, Griechen und Amerikaner, aber ohne Russen und Rumänen über 5 400 000 Mann, wovon 3 700 000 Franzosen und Engländer. Die Stärke der Mittelmächte einschl. Bulgaren und Türken wird demgegenüber auf 5 200 000 Mann, wovon 3 400 000 Deutsche, berechnet. Diese Angaben beruhen auf eingehenden Berechnungen, die von den Alliierten Ende 1917 gemacht wurden, um eine Unterlage für die Beratung über die im Jahre 1918 in Aussicht zu nehmenden Operationen zu gewinnen. Man kann daher die für die Entente angegebenen Zahlen wohl als zuverlässig annehmen. Das Ergebnis der Beratungen war, daß die Alliierten im ganzen eine, wenn auch nicht große, Überlegenheit zu haben glaubten. Man nahm aber an, daß damals noch 1¾ Millionen Mann der Mittelmächte an der russisch-rumänischen Front ständen, wovon eine Million als Verstärkung auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu erwarten sei.

Im Februar 1918 wird die Stärke der Alliierten auf dem französischen Kriegsschauplatz von Wright auf 167 Divisionen berechnet, darunter 97 französische, 57 britische, 10 belgische, 1 amerikanische, 2 portugiesische. Man wußte, daß starke Transporte deutscher Truppen vom Osten nach dem Westen stattfanden und berechnete die Zahl der deutschen Divisionen in Frankreich, die im Januar noch auf 158 angegeben wurde, im Februar bereits auf 178. Doch hielt man, wohl mit Recht, die Stärke der einzelnen deutschen Divisionen für geringer als die der Alliierten, und berechnete im Februar die Gewehrstärke der Alliierten in Frankreich auf 1 480 000, die der Deutschen auf 1 232 000. Auch jetzt noch glaubte man eine Überlegenheit zu besitzen. Man nahm aber damals an, daß noch etwa 40 Divisionen der Mittelmächte nach dem Westen befördert werden könnten. Anderseits befanden sich noch 11 französische und englische Divisionen in Italien, mit deren Heranziehung gerechnet werden konnte.

*) Rußland und Rumänien.

Am 21. März 1918 nimmt Wright das Kräfteverhältnis in Frankreich als gleich an. Auffallend richtig berechnet er die deutsche Stärke auf 192 Divisionen, nimmt aber an, daß noch weitere Divisionen aus dem Osten herangezogen werden könnten, so daß die Zahl im Mai auf 200 bis 210 steigen könnte.

Rechnet man zu den im Februar in Frankreich vorhandenen 167 Divisionen der Alliierten die 11 in Italien befindlichen hinzu, so würden sich 178 Divisionen ergeben.

Corda („La guerre mondiale") berechnet die Zahl der alliierten Divisionen im März 1918 auf 180 (12 belgische, 59 englische, 2 portugiesische, 99 französische, 4 amerikanische, 2 französische und 2 englische im Antransport aus Italien befindliche Divisionen).

Im Mai stieg die Zahl auf 184 Divisionen, da 2 französische Divisionen aus Italien und 2 italienische Divisionen hinzukamen. Übereinstimmend hiermit gibt Laure („Au 3ème bureau du troisième G. Q. G.") die Zahl der französischen Divisionen im Mai auf 103 (99 und 4 aus Italien) an, berechnet aber die Gesamtzahl der alliierten Divisionen etwas höher, auf 188.

Für die englischen Stärken liegt zuverlässiges Material vor, das im allgemeinen die vorstehenden Angaben bestätigt.

Danach verfügte England am 21. März 1918 über:

58 Divisionen, 5 Kavalleriedivisionen in Frankreich und Flandern,
6 „ — „ „ England,
4 „ — „ „ Italien,
4 „ — „ „ Mazedonien,
9 „ 3 „ „ Ägypten und Palästina,
5 „ 1 „ „ Mesopotamien.

Außerdem befanden sich in Ostafrika 19 000 Mann und in Indien und Aden 351 000 Mann größtenteils Inder, in anderen Garnisonen 14 000 Mann (Gefechtsstärken).

Die Verpflegungsstärke der Truppen in Frankreich und Flandern wird auf 1 744 000 Mann angegeben. Es stimmt dies annähernd mit der für den 11. März 1918 von Sparrow (The fifth army in march 1918) angegebenen Zahl 1 828 098 überein. Eine Division aus Italien und zwei aus Ägypten-Palästina wurden demnächst noch herangeholt.

Bedeutsam ist die englische Angabe, daß im März 1918 an verfügbarem Ersatz 600 000 Mann, Genesende und in der Ausbildung Begriffene, vorhanden waren und außerdem vom März bis November 400 000 Mann aus England und 500 000 aus den Dominions in die Ersatztruppenteile eingestellt wurden.

Eine Bestätigung vorstehender Berechnungen ergibt im allgemeinen auch die Angabe des Generals Buat („L'armée allemande", S. 61), daß die Entente im Westen am 11. November 1918 über 104 französische (wohl unter Heranziehung der Divisionen aus Italien), 60 englische, 12 belgische, 29 starke amerikanische, im ganzen 205

Divisionen verfügte. Die deutsche Stärke berechnet Buat um diese Zeit auf 186 Divisionen im Westen. Diese Zahlen geben aber kein zutreffendes Bild, da die deutschen Divisionen um diese Zeit, wie an anderer Stelle erörtert werden wird, wegen ihrer äußerst geringen Stärke mit diesem Namen kaum mehr bezeichnet werden konnten, während die amerikanischen Divisionen doppelt so stark waren wie die französischen.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, daß wir mit 192 Divisionen im März und mit 204 Divisionen im Mai den 178 bis 188 alliierten Divisionen in der Zahl der Divisionen nicht unbeträchtlich überlegen waren, in der Gesamtgefechtsstärke der Mannschaften aber wohl nicht in demselben Maße.

3. Konnten von den östlichen Kriegsschauplätzen mehr Kräfte herangezogen werden?

a) Rumänien

Die Verpflegungslage in Deutschland im Frühjahr 1917 geht aus folgender Feststellung des Generalquartiermeisters vom 27. März 1917 hervor: „Die Erhebungen über die in Deutschland vorhandenen Getreidevorräte haben einen Fehlbestand von etwa 2 000 000 t an Brotgetreide ergeben, der sich selbst durch die Verringerung der Brotration und durch Heranziehung der Futtergeste zur menschlichen Ernährung nur zum kleinsten Teil decken läßt. Wir sind daher mehr denn je auf die Überschüsse aus den besetzten Gebieten angewiesen. Unter den obwaltenden Umständen aber kann nur Rumänien nennenswerte Vorräte liefern.“ Der Fehlbetrag an Brotgetreide und Hartfutter zusammengenommen wurde vom Ministerialdirektor Edler von Braun auf etwa 2 600 000 t angegeben. Eine Besprechung mit dem k. u. k. Generalmajor von Landwehr ergab zu derselben Zeit, daß der österreichische Fehlbetrag sich auf 1 000 000 t Mehl und 270 000 t Hartfutter belief.

Mitte Oktober 1917 brachte auch Bulgarien unter Hinweis auf die bedrohliche Verpflegungslage die dringende Bitte bei der Militärverwaltung Rumänien vor, Bulgarien von der rumänischen Ernte 500 000 t Getreide abzugeben. Die erbetenen Mengen stellten das Unentbehrliche dar, dessen man zur Vermeidung einer Brotkrisis bedürfe.

Ende Dezember 1917 bat General von Arz dringend um Aushilfe aus Rumänien für Österreich, da „die Verpflegungslage der Monarchie und der Armee derart kritisch war, daß mehrere Armeen nicht einmal einen eintägigen Mehlvorrat in ihrem Bereiche haben und daß schon zahlreiche Feldbäckereien wegen Mehlmangels den Betrieb einstellen mußten.“

Beim deutschen Westheere machte sich Ende Dezember

1917 der Mangel an Hartfutter in bedrohlicher Weise fühlbar. General Ludendorff teilte am 29. Dezember 1917 nach Wien folgendes mit: „Vor allen Dingen aber muß ich feststellen, daß die unbedingt notwendige Schlagkraft des deutschen Westheeres nur aufrechterhalten bleiben kann, wenn ihm mindestens 250 000 t Hartfutter aus Rumänien zugeführt werden. Diese Menge ist in der Berechnung für die Verpflegung des Westheeres eingestellt, und das Kriegsernährungsamt hat es für ausgeschlossen erklärt, sie aus einer anderen Quelle zu ersetzen. Die Pferdelage in der Armee hat sich zu einer derartigen Krisis ausgewachsen, daß ich die Verantwortung für eine weitere Herabsetzung der Rationen nicht übernehmen kann und daher auf der in Ansatz gebrachten Belieferung aus Rumänien bestehen muß."

Die Militärverwaltung Rumäniens mußte am 20. Januar 1918 mit 100 Waggons Mehl aushelfen, als durch die Verschärfung der Ernährungslage Streiks und Hungerkrawalle in Österreich auftraten.

Am 3. Februar 1918 wurde in Berlin ein Übereinkommen über den Abtransport von Lebens- und Futtermitteln aus Rumänien nach Deutschland und Österreich-Ungarn abgeschlossn, das für die Zeit vom 1. Februar bis Ende Mai 1918 gültig sein sollte. Bei den Verhandlungen hierüber wurde von deutscher Seite betont, daß eine Lieferung von 250 000 t Mais aus Rumänien für Deutschland unbedingt erforderlich sei, weil diese Summe in die Berechnung über die Verpflegung des Westheeres bereits eingestellt sei und keinesfalls anders gedeckt werden könne. Außerdem müsse aus Rumänien Verpflegungsaushilfe für die Heeresgruppe Scholtz geleistet werden, soweit die bulgarischen Lieferungen versagten. In einem Schreiben des preußischen Kriegsministeriums vom 8. Februar 1918 an den Generalquartiermeister wird darauf hingewiesen, daß infolge der schlechten Haferernte dem Heere nur noch bis etwa Mitte April Hartfutter aus Beständen der Heimat nachgeschoben werden könne. „Die einzige, einigermaßen sichere Aussicht auf Erlangung weiteren Hartfutters für das Feldheer bietet die Zufuhr aus Rumänien. Es ist daher von größter Wichtigkeit, daß diese möglichst bald einsetzt und so weit gesteigert wird, als es irgend durchführbar ist. Mit Rücksicht auf die schwere Gefahr, die nach obigem dem Heere durch Versagen der Hartfutterversorgung droht, ersucht das Kriegsministerium, die Militärverwaltung in Rumänien erneut zu beauftragen, mit allen Mitteln auf größte Beschleunigung und Steigerung der Maiszufuhr nach Deutschland hinzuwirken." Am 8. Mai forderte das preußische Kriegsministerium mit Rücksicht auf die schwere Notlage des im Westen kämpfenden deutschen Heeres dringend eine Steigerung der Zufuhr an Hartfutter aus Rumänien. „Andernfalls ist ein baldiger Zusammenbruch der Futterversorgung des Feldheeres unvermeidlich."

In Österreich hoffte man Mitte Februar 1918 mit Hilfe der rumänischen Lieferungen und bei größerem Entgegenkommen Ungarns bis Mitte Mai auszureichen. Für die Zeit von Mai bis zur neuen Ernte seien aber inländische Vorräte nicht vorhanden. Aus einer Berechnung vom 12. April geht hervor, daß unter Einrechnung der rumänischen Zuschübe eine Deckung bis 20. April von 2830 t, von da bis zum 30. April von 2130 t täglich vorhanden war, während der Mindestbedarf täglich 3800 t betrug. Es wurde daher auf die rumänische Militärverwaltung dahin eingewirkt, mit allen Mitteln eine Steigerung der Lieferungen zu erreichen.

Über die tatsächlichen Leistungen Rumäniens liegen folgende Angaben vor. In einer Denkschrift der Militärverwaltung von Rumänien „Zur Wahrung der deutschen wirtschaftlichen Interessen bei Friedensverhandlungen mit Rumänien" vom 25. Dezember 1917 heißt es, daß „die Zufuhren aus Rumänien während des Krieges am stärksten dazu beigetragen haben, die Not der Mittelmächte an Nahrungs- und Futtermitteln, Betriebsstoffen und Rohstoffen zu überwinden".

Seit der Besetzung des Landes sollen nach einer kurzen Angabe bis zum 31. Januar 1917 Deutschland 630 000 t Getreide einschließlich Mais, Österreich-Ungarn 756 000 t erhalten haben. Genaue Nachrichten liegen über das zweite Halbjahr 1917 vor. Die Gesamtausfuhr an Nahrungs- und Futtermitteln im zweiten Halbjahr 1917 betrug 673 029 t. Ein Teil davon war noch aus früheren Ernten. Aus der neuen Ernte bestand die Ausfuhr hauptsächlich aus 443 000 t Brotgetreide und Mehl, 200 000 t Hafer und Gerste, 800 t Hülsenfrüchte, 9000 t Heu und Stroh. Die Gesamtausfuhr aus Mineralölprodukten in der angegebenen Zeit betrug 258 389 t. Hierzu trat noch eine Ausfuhr von etwa 72 000 t Rohstoffen, ferner von Holz, Anthrazit usw.

Im Jahre 1918 wurden vom 1. Januar bis 31. Juli an Nahrungs- und Futtermitteln 527 368 t, an Mineralölprodukten 543 737 t ausgeführt.

Bei der Obersten Heeresleitung wurde nach dem Zusammenbruch Bulgariens am 3. Oktober 1918 die Frage erwogen: „Wenn heute Rumänien ausfällt, wie lange kommen wir noch mit Betriebsstoff aus? Zwingt der Ausfall Rumäniens sofort zur Einstellung kriegerischer Handlungen?" Das Ergebnis der Untersuchung war folgendes:

„Fliegerei kann Vollbetrieb noch rund 2 Monate fortsetzen (1 Monatsbedarf an Front, 1 Monatsbedarf in der Heimat). Dann völliger Stillstand.

Kraftwagen können Vollbetrieb noch rund 2 Monate fortsetzen (1 Monatsbedarf an Front, 1 Monatsbedarf in der Heimat). Dann Halbbetrieb.

Schmieröl für 6 Monate vorhanden, dann Stillstand aller Maschinen. Industrie wird nicht berührt, außer Petroleummotoren.

Leuchtölwirtschaft (d. h. Petroleumversorgung der Zivilbevölkerung, Landwirtschaft, die sehr wichtig ist) bricht in 1—2 Monaten zusammen.

Seekrieg: Angabe des Reichsmarineamts steht noch aus. Hier wird angenommen, daß der gesamte Seekrieg (d. h. der U-Bootkrieg mit den nötigen Torpedoboots-, Minensuch-, Kreuzerunternehmen) zu einem Drittel auf rumänischer Einfuhr basiert. Wie lange er noch im Vollbetrieb bleiben kann, hängt von den Reserven ab. Darüber folgt Nachricht.

Zusatz: 10 Monate U-Bootvollbetrieb, 6 Monate Torpedo- und Kreuzervollbetrieb, dann Zweidrittelbetrieb."

In einer unter dem Vorsitz des Reichskanzlers am 17. Oktober 1918 abgehaltenen Sitzung erklärte der Kriegsminister Scheüch, daß wir den Krieg nur noch anderthalb Monate weiterführen könnten, wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung stände. Admiral Scheer sagte aus, daß der U-Bootkrieg ohne rumänische Bestände noch 8 Monate durchgeführt werden könne. Die Marine habe ihre Bestände bisher selbst verwaltet, sei aber jetzt zu einer gemeinsamen Verwaltung der Vorräte für Heer und Marine bereit, damit sie nicht bei dem einen Teil vorzeitig zu Ende gingen.

Aus vorstehenden Darlegungen geht die große Bedeutung Rumäniens für die Kriegführung, ja sogar deren Abhängigkeit von der rumänischen Zufuhr hervor.

Die militärische Besetzung Rumäniens nach dem Abschluß des Vorfriedens zu Buftea am 6. März 1918 und nach dem endgültigen Friedensschluß am 7. Mai rechtfertigt sich hierdurch ohne weiteres. Eine Räumung des Landes beim Friedensschluß hätte die weitere Ausnutzung aufs äußerste gefährdet. In einer Denkschrift wies der Chef des Generalstabes der Militärverwaltung in Rumänien am 25. Dezember 1917 darauf hin, daß eine starke militärische Besetzung Rumäniens schon aus politischen Gründen unbedingt erforderlich sei, daß aber auch besonders die wirksame Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen davon abhänge. „Ohne die eindrucksvolle Gegenwart eines deutschen Besatzungsheeres wird die Einhaltung der im Friedensvertrag getroffenen Abmachungen der verantwortlichen und unverantwortlichen politischen Propaganda, der Stimmung des Volkes, der Schikane bestechlicher Behörden ausgeliefert sein."

Der deutsche Geschäftsträger der Diskontogesellschaft meldete am 18. März 1918 an das Kriegsamt aus Rumänien: „Da über Notwendigkeit Dauerokkupation zwischen Regierungsstellen verschiedene Auffassungen bestehen, bitte dortige Stellen schnellstens darauf hinzuweisen, daß alle wirtschaftlichen Verträge, die durch Friedensvertrag zwischen Rumänien und Deutschland beabsichtigt sind, erhofftes

Resultat nicht geben werden, wenn nicht längere Okkupation erfolgt. Außerdem würde Schicksal in Rumänien lebender Deutschen und deutschgesinnter Rumänen ohne solche Okkupation außerordentlich gefährdet werden."

Wie begründet diese Ausführungen waren, geht aus einem Fernschreiben der Militärverwaltung Rumänien vom 6. April 1918 an den Generalquartiermeister hervor, in dem die Schwierigkeiten im Aufbringen der Verpflegungsmittel betont werden. Die Gutsware war meist erschöpft. „Vorräte bestehen aus tausend kleinen Posten bei Bauern, was insbesondere Schnelligkeit der Ausfuhr und Steigerung täglicher Leistung beeinträchtigt. Bevölkerung bei Abgabe äußerst unlustig, zum Teil nach Paraphierung des Friedens widerspenstig und durch aus Moldau zurückgekehrte Reservisten aufgehetzt. Dazu kommt Erkenntnis, daß Ernährung nicht bis zur neuen Ernte gesichert ist, was ebenfalls aufreizend wirkt. Besatzungstruppen zu gering, um gewaltsame Aufbringung überall durchzuführen, außerdem stört häufiger Wechsel gesamte Aufbringung."

Die starke Ausfuhr aus Rumänien zugunsten der Mittelmächte beeinträchtigte die Volksernährung in Rumänien um so mehr, als die Einwohnerzahl sich durch die Rückkehr Geflüchteter aus der Moldau und durch die Reservistenentlassungen vermehrte. Am 12. März 1918 meldete die Militärverwaltung Rumänien daher, daß Vorbedingung für die von ihr erwarteten Leistungen solche Machtmittel seien, die die Aufbringung nach Friedensschluß nötigenfalls mit Waffengewalt ermöglichten.

Gegen 42000 Kriegsgefangene arbeiteten nach einem Bericht vom 20. Juli 1917 zerstreut im Lande, die Ölfelder mußten scharf bewacht werden, und ein großer Teil der Mannschaften der deutschen Landsturmbataillone war in den einzelnen Zweigen des Wirtschaftsstabes tätig.

Auch war zu berücksichtigen, daß die rumänische Armee nur zur Hälfte demobilisiert werden konnte, weil sie das Land gegen den drohenden Einfall der Bolschewisten schützen mußte.

Ende des Jahres 1917 standen nach einem Bericht der Militärverwaltung Rumänien zur Sicherung des Gebiets an deutschen Besatzungstruppen 11 Landsturmbataillone und einige Kompagnien, 8 Kavallerieregimenter und einige Eskadrons sowie geringe Radfahrerformationen; an k. und k. Truppen 10 Landsturmbataillone und einige Kompagnien zur Verfügung. „Mit diesen geringen Kräften", hieß es in dem Bericht, „kann der Sicherungs- und Überwachungsdienst nur bis zu einem gewissen Grade gewährleistet werden. Die Etappenkommandanturen klagen allgemein über Mangel an Mannschaften."

Außerdem waren folgende Operationstruppen vorhanden: Nach Abtransport der für den Westen bestimmten 5 Divisionen und der

nach der Ukraine entsandten Kräfte (je eine Infanterie- und Kavalleriedivision) blieben nach einer Angabe vom 16. März 1918 (Operationsakten der Obersten Heeresleitung) an deutschen fechtenden Truppen im Bereiche der Heeresgruppe Mackensen auf rumänischem Boden zurück:

4 Divisionen, darunter eine aus 10 Landsturmbataillonen zusammengesetzte Division,
1⅓ Infanterieregimenter,
29 Landsturmbataillone,
6 Kavallerieregimenter,
1 Feldartillerieregiment,
14 schwere Batterien.

Der größte Teil davon gehörte zur 9. Armee, 11 Landsturmbataillone und 2 Kavallerieregimenter waren der Militärverwaltung Rumänien zugeteilt, 5 Landsturmbataillone und 1 Kavallerieregiment waren in der Dobrudscha.

Die Absendung der für die Operationen im Westen bestimmten Divisionen hatte sich verzögert durch den langsamen Gang der Friedensverhandlungen. Am 2. März 1918 hatte die Oberste Heeresleitung in einem Schreiben an die Heeresgruppe Mackensen gedrängt: „Der erneute Aufschub in Bukarest gibt mir nochmals Veranlassung, mich dahin auszusprechen, daß die militärische Lage Deutschlands an der Westfront es verlangt, daß wir mit Rumänien bald zu einem derartig starken Frieden kommen, daß wir die Masse der deutschen Divisionen nach dem Westen abfahren können. Ein Aufschub in den Verhandlungen ist im deutschen militärischen Interesse ebenso unzulässig, wie ein Frieden, der Rumänien eine Wiederaufnahme der Waffen unter dem noch nicht gebrochenen Einfluß der Entente jederzeit gestattet."

Am 6. März wurde der Vorfriede von Buftea geschlossen. Der endgültige Friedensvertrag wurde am 7. Mai unterzeichnet. Zu einer Ratifizierung ist es aber nicht mehr gekommen. Nach den Bestimmungen hatten Deutschland und Österreich-Ungarn das Recht, vier deutsche und zwei österreichisch-ungarische Divisionen in der Walachei zu belassen. Den Rumänen wurde die Moldau überlassen und das Recht eingeräumt, einige mobile Divisionen zur Besetzung Beßarabiens beizubehalten. Rumänien war also keineswegs entwaffnet.

Unter den geschilderten Verhältnissen wird man zu dem Urteil gelangen, daß die in Rumänien belassenen deutschen Truppen dort dringend nötig waren. Die nach dem Westen abzugebenden Divisionen tauschten zudem alle über 35 Jahre alten Mannschaften und alle, die den erhöhten Anstrengungen der Westfront körperlich nicht gewachsen waren, gegen jüngere, brauchbare Leute aus den zurückbleibenden Truppen aus, so daß deren Wert empfindlich beeinträchtigt wurde.

Von den in Rumänien verbleibenden vier Divisionen wurde im April eine für Südrußland bestimmt. Aus den in Rumänien vorhandenen Landsturmbataillonen und dem Feldartillerieregiment wurde dafür eine neue Division zusammengestellt. Das Infanterieregiment wurde ebenfalls ohne Ersatz abgegeben.

Unter den Landsturmbataillonen befanden sich einzelne, die nur garnisonverwendungsfähige Mannschaften hatten. Einige andere verfügten nur über 10 bis 40 vom Hundert kriegsverwendungsfähige Mannschaften.

Später wurde noch eine Anzahl kriegsbrauchbarer Offiziere und Mannschaften abgegeben, so im Mai 1918 129 Offiziere und 3474 Mannschaften für die Infanterie-Ersatztruppe Beverloo.

b) Ukraine

Am 15. Dezember 1917 war der Waffenstillstand mit Rußland abgeschlossen worden, am 22. Dezember begannen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Bereits am 15. Dezember 1917 wies der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, von Waldow, in einem Schreiben an den Reichskanzler, das auch an General Ludendorff zur Mitkenntnis ging, auf die Bedeutung dieser Verhandlungen für die Verpflegungslage hin: „Die Lage unserer Brotgetreide- und Lebensmittelversorgung läßt es als ein dringendes Gebot erscheinen, die Möglichkeit der Einfuhr von Getreide aus Rußland bei den Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes gegenüber allen anderen Wünschen in den Vordergrund zu stellen . . . Ganz abgesehen von der Lage Österreichs ist es auch für uns für die Fortführung des Krieges von entscheidender Bedeutung, daß die Möglichkeit der Einfuhr von Getreide eröffnet wird."

In einem Schreiben vom 18. Dezember an den Staatssekretär Helfferich legte der Staatssekretär von Waldow nochmals das größte Gewicht auf die Einfuhr von Brotgetreide und Futtermitteln. Wenn eine solche Einfuhr aus Rußland möglich sei, müßte sie um jeden Preis gefördert werden. Es handele sich nicht nur um die Ausnutzung der besetzten Gebiete für die Verpflegung des Feldheeres und der Besatzungstruppen, sondern auch um die Versorgung der heimischen Bevölkerung.

Weit dringlicher lag die Notwendigkeit für Österreich vor, schleunigst Brotgetreide herbeizuschaffen. Das Tagebuch des Grafen Czernin (Czernin: „Im Weltkrieg") gibt für die Zeit um die Mitte Januar 1918 während der Verhandlungen in Brest-Litowsk hierüber Auskunft. Danach schien aus den ihm zugegangenen Berichten hervorzugehen, daß die durch den Nahrungsmangel hervorgerufene Katastrophe unmittelbar vor der Tür stehe. Der völlige Niederbruch

sei kaum noch aufzuhalten, die Lage sei furchtbar. Die einzige Hilfe könne noch darin bestehen, daß man schleunigst eine Aushilfe von Deutschland bekomme und sodann die zweifellos in Ungarn noch vorhandenen Vorräte mit Gewalt requiriere. Da der deutsche Staatssekretär von Kühlmann selbst sehr schwarz sah und erklärte, daß Deutschland selbst großen Mangel litt, so riet Czernin seinem Kaiser, sofort und dringend an Kaiser Wilhelm zu telegraphieren. „Es ist unmöglich, die äußere Politik noch weiter zu führen, wenn der Ernährungsapparat in der zutage getretenen Form versagt." Der Ausbruch der Revolution sei unvermeidlich, wenn es nicht gelänge, Aushilfe an Getreide zu erlangen. Gleichzeitig richtete Graf Czernin seinen Blick auf die Ukraine: „Ich habe Hoffnung, mit der Zeit Vorräte aus der Ukraine zu sichern, wenn es nur gelingt, noch die nächsten Wochen die Ruhe bei uns aufrechtzuerhalten." (Tagebuch vom 15. und 16. Januar 1918, Czernin a. a. O. S. 322 ff.)

Die Schwierigkeiten der österreichischen Verpflegungslage gehen auch aus den dringenden Vorstellungen hervor, die General von Arz beim deutschen Großen Hauptquartier erhob. Daß mehrere Armeen Ende Dezember 1917 nicht einmal einen eintägigen Mehlvorrat in ihrem Bereiche hatten, ist bereits erwähnt (S. 10). Am 5. Januar 1918 teilt General von Arz dem deutschen Generalquartiermeister folgendes mit: „Die österreichisch-ungarische Armee befindet sich bereits seit mehreren Wochen in einer derartigen Verpflegungskrisis, daß gar keine Reservevorräte an Mehl und Hartfutter vorhanden sind und daß die tägliche Brotration bis auf 280 Gramm und die tägliche Hartfutterportion bis auf $1^1/_2$ Kilogramm herabgesetzt werden mußten. Die Behebung dieses unhaltbaren Zustandes wird mit allen Mitteln angestrebt. Tatsächlich sind die Verhältnisse gegenwärtig derart, daß nur das Ertragen der härtesten Entbehrungen das Durchhalten ermöglicht." General von Arz sah sich daher zu der Bitte genötigt, daß ihm aus Beständen der deutschen Heeresverwaltung 3000 Waggons Mehl abgegeben werden möchten. Die Bitte ließ sich aber nicht erfüllen. Im Laufe des Januar mußte Deutschland sich aber doch zu einer Aushilfe von 450 Waggons Mehl an Österreich verstehen, da die zunächst aus politischen Gründen entstandene Streikbewegung infolge der unerträglichen Ernährungsverhältnisse in bedrohlicher Weise um sich griff. Diese Aushilfe half aber nur über eine kurze Zeit weg. Der Bevollmächtigte des Kaiserlich Deutschen Kriegsernährungsamts in Wien, Freiherr v. Rabenau, berichtete am 20. Januar 1918: „Durch die jetzt von Deutschland zugesagte Hilfe von 450 Wagen scheint der vollständige Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung Österreichs in dieser kritischen Zeit hintangehalten zu sein. Ob Österreich imstande sein wird, den Februar durchzuhalten, ist möglich, hängt aber von so vielen Faktoren — Aufbringung in Böhmen, bestimmte Zusagen aus Ungarn

und Rumänien — ab, daß beim Versagen nur einer dieser Quellen der Zusammenbruch wohl unvermeidlich sein wird. Ohne irgendwelche Reserven wird man von Tag zu Tag von der Hand in den Mund leben. Ob unter diesen Umständen weitere Hilfe aus Deutschland, die den Zusammenbruch nur Tage, höchstens Wochen aufhalten kann, Sinn und Zweck hat, lasse ich dahingestellt. Inwieweit Deutschland noch ein Interesse hat, Österreich zu halten, wird wohl nicht mehr allein vom Standpunkt der deutschen Ernährung, sondern als Frage der hohen Politik betrachtet werden müssen."

In Deutschland hatte man nach dem Abschluß des Waffenstillstandes zunächst gehofft, von Sowjet-Rußland Brotgetreide, Futtermittel und Rohstoffe zu bekommen. Man plante, den Handelsverkehr mit Rußland möglichst bald in Gang zu bringen und stellte eine Liste der Gegenstände auf, deren man hauptsächlich bedurfte. Es bestand die Ansicht, daß Sowjet-Rußland mindestens eine Million Tonnen Brotgetreide aus seinen Beständen liefern könne. Eine deutsche Kommission begab sich Ende Dezember nach Petersburg, die die wirtschaftlichen Beziehungen regeln sollte. Eine österreichische Kommission sollte folgen. Die deutsche Kommission war jedoch in ihrer Bewegungsfreiheit sehr beschränkt und fand sehr geringes Entgegenkommen. Sie hatte den Eindruck fortschreitender Auflösung des russischen Wirtschaftslebens. „Besonders das Transportwesen liegt ganz im argen, der Güterverkehr ist gänzlich zerrüttet. Ein erheblicher Teil des rollenden Materials ist unbrauchbar. Güterberaubungen großen Umfangs sind an der Tagesordnung." In Südrußland und im Kaukasus sollten aber große Getreidebestände liegen. „Bei Überwindung der Transportschwierigkeiten würden zweifellos erhebliche Mengen für die Ausfuhr verfügbar werden."

Da die Russen sich dauernd gegenüber den Versuchen, wirtschaftliche Verhandlungen anzubahnen, ablehnend verhielten, wurden die zu diesen Verhandlungen bestimmten Mitglieder der Kommission abberufen. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk zogen sich ergebnislos hin.

Um so mehr trat die Ukraine in den Vordergrund. Am 12. Januar 1918 waren Abgeordnete der Ukraine in Brest-Litowsk erschienen, um Sonderverhandlungen einzuleiten. Es erschien möglich, von der Ukraine Getreide für Deutschland wie für Österreich-Ungarn zu erhalten. Somit kam es darauf an, möglichst schnell mit der Ukraine abzuschließen. Die Bevollmächtigten der Rada wurden anerkannt.

Über die Verhandlungen gibt das in Brest-Litowsk geführte Tagebuch des Grafen Czernin am 20. und 21. Januar Auskunft. Die Ukrainer versuchten, die für sie günstige Lage auszunutzen. „Seitdem bei uns Unruhen ausgebrochen sind, wissen sie, wie es bei uns steht, und daß wir Frieden schließen müssen, um Getreide zu

bekommen." Sie verlangten eine Sonderstellung Ostgaliziens und Abtretung des Cholmer Landes. „Seidler (österreichischer Ministerpräsident) und Landwehr (k. u. k. Verpflegungsgeneral) erklären nochmals telegraphisch, ohne ukrainisches Getreide sei die Katastrophe unmittelbar bevorstehend. In der Ukraine sind Lebensmittel. Wenn wir sie herausbekommen, so kann das Ärgste vermieden werden. Die Situation ist folgende: Ohne Zuschübe von außen muß — laut Seidler — das Massensterben in wenigen Wochen einsetzen. Deutschland und Ungarn liefern nichts mehr. Alle Boten berichten, daß die Ukraine große Überschüsse hat. Die Frage ist nur, ob wir sie rechtzeitig herausbekommen. Ich hoffe es."

Die Wiener Unruhen wirkten äußerst ungünstig auf die Verhandlungen. Die ukrainischen Abgeordneten „lesen den Grad unserer Hungersnot an diesen Unruhen ab wie an einem Thermometer . . . Die Ukrainer verhandeln nicht mehr, sie diktieren!"

Am 4. und 5. Februar 1918 fand in Berlin eine Besprechung statt, an der Staatssekretär von Kühlmann, Graf Czernin und General Ludendorff teilnahmen. General Ludendorff berichtet in seinen Kriegserinnerungen, daß Graf Czernin und General Landwehr ein trübes Bild von der Ernährungslage Österreichs entwarfen. Es bedürfe bei dem immer geringer werdenden Zufluß aus Rumänien dringend des Getreides aus der Ukraine, sonst müsse es verhungern. „Die Eindrücke, die ich hier gewann, waren ungemein ernst und haben wahrscheinlich auch auf die anderen Herren, die sich mit diesen Fragen befassen mußten, einen tiefen Eindruck gemacht."

Am 9. Februar 1918 wurde der Friedensvertrag mit der Ukraine unterzeichnet. Österreich-Ungarn hatte in bezug auf das Cholmer Gebiet nachgeben müssen. Dagegen hatten die Abgeordneten der Ukraine sich der Verpflichtung zu einer bestimmten, sofortigen Getreidelieferung zu entziehen gewußt. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollten auf Grund gegenseitigen Austausches begonnen werden.

Die Verhandlungen mit Rußland zerschlugen sich. Trotzki weigerte sich, den Friedensvertrag zu unterschreiben und erklärte den Kriegszustand für beendet, die russischen Vertreter reisten ab. Diese Lage war für uns unerträglich. Mit Rücksicht auf die bevorstehende Offensive im Westen mußten im Osten klare Verhältnisse geschaffen werden. Der Waffenstillstand wurde darauf von uns gekündigt, am 18. Februar begannen die Feindseligkeiten von neuem, und unsere Truppen traten den Vormarsch an. Trotz des Friedensschlusses mit der Ukraine erstreckte sich der Vormarsch auch auf dieses Gebiet.

General Ludendorff hat in seinen Kriegserinnerungen (S. 446 ff.) die Gründe angegeben, die er in einer Besprechung in Homburg am

13. Februar für den erneuten Vormarsch geltend gemacht hatte. Wenn auch augenblicklich die russische Armee nicht mehr in Betracht kam, so war doch ein späteres Erstarken der russischen Front, vielleicht mit Hilfe der Entente, nicht ausgeschlossen. Auch Rumänien würde keinen Frieden schließen, solange Rußland nicht vorangegangen war. Die militärische Lage verlangte unbedingte Klarheit. Sonst war die im Westen geplante große Offensive, die die Entscheidung im Weltkriege herbeiführen sollte, aussichtslos.

Was insbesondere die Ukraine anbetraf, so durfte sie nicht dem Bolschewismus ausgeliefert werden. Andernfalls war es ausgeschlossen, Nutzen aus ihr zu ziehen. Getreide und Rohstoffe brauchte aber Deutschland und noch dringender Österreich. Wenn die kommende Ernte bei uns, in Österreich-Ungarn und Rumänien schlecht ausfiel, so war der Ausblick in die Zukunft äußerst trübe.

Es war freilich unerwünscht, unsere Linie weiter vorzuschieben. Aber gegen den Bolschewismus von Sowjet-Rußland mußte Deutschland sich durch eine weit genug vorgeschobene Sperre schützen. Die Linie Dünaburg—Rigaischer Meerbusen verlangte nicht viel weniger Truppen als in der Linie Dünaburg—Peipus-See—Finnischer Meerbusen infolge der großen Seen nötig waren. In die Ukraine mußten wir allerdings weit einrücken.

Diese Ausführungen des Generals Ludendorff werden anderweitig bestätigt und erwiesen sich durch die Ereignisse als zutreffend. Die Ukraine bedurfte des militärischen Schutzes, wenn Ruhe eintreten und der Friedensvertrag für uns von Nutzen sein sollte.

Am 15. Februar 1918 berichtete General von Bernhardi, daß die in der Ukraine herrschende Anarchie eine nennenswerte Ausfuhr der namentlich in den östlichen Gouvernements vorhandenen großen Lebensmittel- und sonstigen Vorräte unmöglich mache, wenn nicht sofort eine straffe militärische Organisation einsetze. „Hierzu erscheint deutsche Hilfe nötig; denn es ist sogar sehr zweifelhaft, ob sich die Rada aus eigener Kraft behaupten kann.“ Die ukrainische Armee (30 000—40 000 Mann) könne nach Angabe eines ukrainischen Offiziers gegen die über 100 000 Mann starke Bolschewistenarmee nichts ausrichten. Der Ruf nach deutscher Ordnung werde mehrfach laut. Vor Herstellung der Ordnung sei ein nennenswerter Handelsverkehr ausgeschlossen. „Um reiche Landesvorräte vor Plünderung und Vernichtung zu schützen, scheint schnelle militärische Unterstützung erforderlich.“

Oberstleutnant Engelin, dem Generalstab des Oberbefehlshabers Ost zugeteilt, berichtete am 16. Februar 1918, daß die größeren Städte und fast sämtliche Eisenbahnknotenpunkte in den Händen der Bolschewiki seien, die mit dem rücksichtslosesten Terror aufträten. Die Truppen der Ukraine seien in voller Auflösung. Ein Feldzug zur Niederwerfung der bolschewistischen Truppen in der

Ukraine mit ukrainischen Truppen sei ausgeschlossen. Nur die Deutschen könnten Ordnung schaffen.

Die österreichisch-ungarische Regierung schloß sich dem deutschen Vormarsch zunächst nicht an. General Ludendorff sagt in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 452), Kaiser Karl sei plötzlich abgeschwenkt, er habe seinen Völkern die Enttäuschung ersparen wollen, daß der Friede mit Rußland nicht zustande gekommen war. General von Arz begründet das österreichisch-ungarische Verhalten in einem Fernschreiben an die Oberste Heeresleitung am 17. Februar folgendermaßen:

„Ich beurteile die Ereignisse in der Ukraine dahin, daß wir uns in deren innere Angelegenheiten vorerst nicht einmengen wollen. Die Ukrainer Rada, mit der wir Frieden schlossen, hat in der sogenannten ukrainischen Republik gar keinen Anhang. Ohne staatliche und willfährige Organisation ist es wohl ausgeschlossen, aus dem Lande Getreidemengen, die für unsere Reiche eine Erleichterung brächten, herauszubekommen. Ebenso halte ich es für ausgeschlossen, daß wir durch Einrücken unserer Truppen in einen auch noch so breiten, durch unsere Nachschubmittel begrenzten Raum die Stellung der Rada festigen, sie in ihre Macht wieder einführen und sie in ihr erhalten. Der große Umwälzungsprozeß in der Ukraine muß und wird sich ohne unser Dazwischentun abspielen. Ich bin der Ansicht, daß die Ereignisse in der Ukraine ausgären müssen. Militärisch halte ich eine Operation aus unserer Front, südlich des Pripjat heraus, für ziellos. Schon wegen der beschränkten Nachschubmittel und der Jahreszeit kann die Operation weder rasch werden noch weit gesteckte Ziele erreichen. Wir würden gewiß, ohne bedeutenden Widerstand zu finden, durchdringen und zweifellos im feindlichen Armeebereich reiche Beute machen, aber speziell an Verpflegungsvorräten fänden wir gewiß nicht so viel, daß hierdurch die Getreideversorgung eine irgendwie nennenswerte Erleichterung finden würde. Die Räume, in denen wirklich bedeutende Getreidevorräte zu erlangen wären (am Dnjepr, an der unteren Wolga), sind wegen der Entfernungen für uns unerreichbar. Dem Besitzergreifen von Kowno, Luck usw. messe ich daher in keiner Richtung einen Wert bei. Ein Verlassen unserer jetzt innehabenden Stellung bietet aber höchst bedenkliche Nachteile. Der Kordon, der gegen die Ansteckung von Krankheiten und das Übergreifen der revolutionären Ideen derzeit besteht, wird aufgegeben, denn wir haben nicht die erforderlichen Kräfte, um ihn genügend dicht zu halten und gleichzeitig mit genügenden Kräften offensiv zu werden. Unsere im bisherigen Feindesland vordringenden Truppen sind den Gefahren der bolschewistischen Propaganda und den Infektionen durch Krankheiten ausgesetzt. Diese Übelstände nimmt man in den Kauf, ohne irgendeinen positiven Zweck zu erreichen. Resümierend beantrage ich, vorläufig von einem Vorgehen aus unseren

Linien südlich des Pripjat abzusehen. Sind wir mit Rumänien zu einem Frieden gekommen, dann mag der Moment für ein anderes Verhalten (eine eventuelle Kooperation) eingetreten sein."

Diese Begründung des österreichisch-ungarischen Entschlusses steht in einem auffallenden Gegensatz sowohl zu dem bisherigen, äußerst dringlichen Verlangen nach ukrainischer Getreidelieferung, wie auch zu der bald darauf am 25. Februar erfolgten Mitteilung des Generals von Arz an den Generalfeldmarschall von Hindenburg:

„Ich beehre mich Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß die k. und k. Truppen mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Bahnlinien für den Getreideexport aus der Ukraine angewiesen wurden, gleichfalls den Vormarsch zu beginnen und sich der über Podwoloczyska und Gusiatyn ostwärts führenden Bahnlinie zu bemächtigen. Ich werde mit österreichisch-ungarischen Truppen die Bahn Podwoloczyska—Zmerinka—Odessa besetzen lassen, um auf dieser Linie den Export ehestens einzuleiten."

Der deutsche Vormarsch nahm die allgemeine Richtung auf Kiew, der österreichisch-ungarische auf Odessa. Kiew wurde am 1. März bereits erreicht, Odessa am 12. März. Nachdem im April Charkow besetzt war, wurde unsere Linie anfangs Mai bis Rostow vorgeschoben, weil ohne die Kohlen des Donezbeckens ein Betrieb der Bahnen nicht möglich sei. Ende April war auch die Krim besetzt worden, um die russische Flotte zu vertreiben, die den Schiffstransport von den Häfen des Schwarzen Meeres nach Braila behinderte. Schließlich lief unsere Linie im Osten von Narwa über den Peipus-See—Polotzk—Orscha—Mogilew—Gomjel— östlich Charkow —Millenowo nach Rostow am Asowschen Meer. Die Bewegungen waren im Mai beendet. Die Kämpfe mit bolschewistischen Banden dauerten aber noch bis in den Oktober hinein fort. Das Verwaltungsgebiet wurde zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen abgegrenzt.

Die russische Friedensabordnung hatte sich bald nach dem deutschen Vormarsch wieder in Brest-Litowsk eingefunden. Am 3. März war der Friedensvertrag unterzeichnet worden, in dem die Selbständigkeit der Ukraine von den Russen anerkannt wurde.

Nach Beendigung der Bewegungen zählte die in der Ukraine gebildete Heeresgruppe Eichhorn im Mai 1918 20 schwache Divisionen, darunter 8 Landwehr- und 3 Kavalleriedivisionen.

Die Oberste Heeresleitung war dauernd darauf bedacht, nur die unbedingt nötige Zahl von Truppen im Osten zu belassen. Bereits am 11. Februar hatte General Ludendorff Oberost darauf aufmerksam gemacht, daß die Entscheidungen im Westen die Heranziehung aller irgend verfügbaren Ostkräfte verlangten. „Diese Auffassung bitte ich stets zur Grundlage aller dortigen Erwägungen militärischer und politischer Art zu machen."

Am 3. März 1918 fragte Ludendorff an, „ob nicht mit weniger Kräften in der Ukraine ausgekommen werden kann, nachdem die Lage in Rumänien nunmehr geklärt ist". Oberost hielt damals eine Verringerung der Kräfte angesichts der ungeklärten Lage in der Ukraine nicht für ratsam.

Im Mai rechnete die Heeresgruppe Eichhorn (nach dem Kriegstagebuch) mit Herabsetzung der Etatsstärken und der Abgabe einzelner Bataillone oder Eskadrons. Man strebte daher danach, durch die Art der Verwendung die Leistungsfähigkeit der Truppe zu steigern, indem man Infanterie beritten machte, Wagen und rollendes Material für fliegende Detachements bereitstellte und dergleichen.

In einer Mitteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 9. Juni an den Reichskanzler heißt es: „Wir brauchen die Ukraine, um zu leben und uns mit Rohstoffen zu versorgen. Daß wir dort Truppen verwenden, ist damit militärisch gerechtfertigt; sonst wäre es ein Fehler."

Das Armeeoberkommando 8 meldete am 4. Juni: „Durch wiederholte umfangreiche Abgaben ist Stärke der kämpfenden Truppen derart herabgesetzt, daß es bei der im Lande noch herrschenden Unsicherheit notwendig geworden ist, alle hierzu geeigneten Militärpersonen mit Schußwaffen und Munition aus Beutebeständen auszurüsten."

Die äußerst schwierige Lage im Westen veranlaßte die Oberste Heeresleitung, am 10. August Oberost zur Abgabe von Kräften aufzufordern: „Die besseren Ernteaussichten in Deutschland machen das baldige Erfassen des Getreides in der Ukraine nicht mehr in dem Umfang geboten, wie es bisher den Anschein hatte. Anderseits ist der Menschenabgang im Westen durch die Kämpfe dieses Jahres ein großer geworden. Es tritt die Frage an uns heran, Kräfte aus der Ukraine bzw. von der russischen Grenze nach dem Westen zu ziehen. Ich bitte um Angabe, welche Truppen abgegeben werden können." Oberost antwortete, daß die Heeresgruppe Kiew aus dem Innern des Landes keine Truppen abgeben könne, ohne Gefahr zu laufen, daß die Unruhen sich auf größere Gebiete ausdehnen. Auch die Nordgrenze könne nicht geschwächt werden. Dagegen könne gegen Räumung des Dongebiets eine Division und von der russischen Front eine Radfahrbrigade abgegeben werden.

Im ganzen wurden im September 5 Divisionen aus der Ukraine fortgezogen, davon aber eine nach Mazedonien und eine nach Konstantinopel. Hiernach zählte die Heeresgruppe Kiew Ende September nur noch 12 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen. Da um diese Zeit Armeeoberkommando 10 über 3 Divisionen, Armeeoberkommando 8 über 5 Divisionen verfügte, so standen im Osten im Bereiche von Oberost im ganzen noch 20 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen. Bis zum 26. Okto-

ber wurden noch 2 Divisionen abbefördert, so daß die Gesamtstärke von Oberost nunmehr auf 18 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen, außer Etappentruppen (Landsturm), sank.

Bei einer Besprechung der Antwort Wilsons auf unsere zweite Note in einer Sitzung des Kriegskabinetts in Berlin am 17. Oktober 1918 wurde auch die Frage erörtert, ob die Ukraine geräumt werden sollte (Ludendorff, „Kriegserinnerungen" S. 606), ohne daß eine Entscheidung getroffen wurde. General Ludendorff meint, wir hätten nach und nach zehn nicht kampfkräftige Divisionen gewinnen können, wenn wir die Ukraine jetzt geräumt hätten. Er wies aber dabei auf die hohe Bedeutung der Ukraine in kriegswirtschaftlicher Beziehung hin. Da in Rumänien eine völlige Mißernte eingetreten war und wir in Deutschland durch Frühdrusch wieder auf Vorschuß gelebt hatten, so konnte, wenn der Krieg weiterging, Deutschland und die anderen Vierbundstaaten die Verpflegungszuschüsse, auf die wir angewiesen waren, nur aus der Ukraine erhalten. „Ohne sie gingen wir im Frühsommer 1919 einer schweren Krisis entgegen."

In bezug auf die durch die Räumung der Ukraine freizumachenden 10 Divisionen (zwei Divisionen und die Kavallerie waren zur Sperrung der Grenze nach der Ukraine nötig) erklärt General Hoffmann in der Sitzung vom 17. Oktober 1918, daß diese Divisionen zu einem Angriff nicht brauchbar seien und daß er drei Monate brauche, um sie aus der Ukraine herauszubringen.

In derselben Sitzung verneinte der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, von Waldow, die Frage des Reichskanzlers, ob angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch 12 deutsche Infanteriedivisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen sei. Handle es sich darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden müsse, so könnten wir auf die Ukraine verzichten und würden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren. Wenn der Staatssekretär somit um diese Zeit im Notfall auf die Ukraine verzichten wollte und sich damit in Gegensatz zu seinen früheren Forderungen setzte, so ist diese seine Ansicht dadurch zu erklären, daß es sich jetzt nur noch um einen letzten „Verzweiflungskampf" handle. Mußte man aber eine Fortsetzung des Kampfes für das Jahr 1919 ins Auge fassen, so konnte man auf die Ausnutzung der Ukraine nicht verzichten.

Es ist nunmehr zu untersuchen, ob die an die Ergiebigkeit der Ukraine geknüpften Hoffnungen sich im Laufe des Jahres 1918 erfüllt haben und ob der aus der Ukraine gezogene Nutzen im richtigen Verhältnis zu den zu ihrer Besetzung verwendeten Streitkräften stand.

Vom 7. März ab richtete sich die ukrainische Regierung wieder in Kiew ein. Aber es zeigte sich bald, daß die Regierung ohnmächtig war und daß die Truppenzahl nicht genügte, um die Beruhigung des Lan-

des, besonders in den getreidereichen Provinzen Poltawa und Charkow, durchzusetzen.

Über die Verteilung der aus der Ukraine herauszuziehenden Lebensmittel war in Berlin im Februar 1918 zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn eine Vereinbarung, das Berliner Abkommen, getroffen worden. Danach sollten die Lebensmittel zwischen Deutschland und Österreich nach einem besonderen Schlüssel verteilt werden, z. B. Getreide wie 1:2, Rindvieh wie 6:4. Von beiden Staaten wurden Missionen nach Kiew entsandt. Der deutsche Botschafter von Mumm langte am 18. März, der österreichisch-ungarische Graf Forgach am 20. März in Kiew an.

Sehr bald traten die großen Schwierigkeiten hervor (Czernin a. a. O. S. 339 ff.). In Brest-Litowsk hatte die ukrainische Regierung erklärt, daß über 1 Million Tonnen Lebensmittel ausgeführt werden könnten. Inzwischen war aber Ende März in Kiew eine neue Regierung gebildet worden, die wenig Neigung zeigte, die gemachten Versprechungen zu erfüllen. Die Verhandlungen gingen hin und her.

In der Ukraine machten sich die Folgen der langen Kriegswirren und der bolschewistischen Zerstörungen geltend. Der Anbau und der Ertrag waren überall zurückgegangen. Die vorhandenen Vorräte waren vielfach von den Bolschewisten bei ihrem Rückzug zerstört oder mitgenommen worden. „Die Macht der ukrainischen Regierung reicht nur soweit wie unsere Bajonette", heißt es in einem Militärbericht aus Kiew vom 3. April.

Auf Grund von Verhandlungen wurde versucht, eine ukrainische Zentralstelle zu bilden, die in Verbindung mit der Zentralstelle der Mittelmächte in Kiew und dem dortigen Vertreter des Feldeisenbahnchefs tätig werden sollte. Am 9. April wurde ein Getreidevertrag unterzeichnet, demzufolge 1 Million Tonnen Brot- und Futtergetreide geliefert werden sollten. Aber am 17. April meldeten die Heeresgruppe Eichhorn und Oberost, daß „mit den Leuten des gegenwärtigen Regimes praktische Arbeit nicht zu leisten sei, da es negativ wirke und uns Hindernisse in den Weg lege, wo es nur könne".

Ganz besonders drängte die Frühjahrsbestellung. General von Eichhorn erließ für das von den deutschen Truppen besetzte Gebiet anfangs April eine Anordnung für die schnelle Frühjahrsbestellung, weswegen er in der Rada scharf angegriffen wurde.

Am 19. April meldete Oberost, daß die Verhandlungen mit der Regierung über Finanzierung, Rohstoffe und Handelsfragen nur langsam weiter gingen. Die Durchführung des Getreideabkommens verschleppe sich, einerseits durch die ukrainische Regierung, anderseits weil die notwendigen Zahlungsmittel, um die Ankäufe in Gang zu bringen, von der Reichsbank leider noch nicht überwiesen seien. „Der Ruf nach einem Hetmann, d. h. einem Diktator, dringt hier und

da in der Presse durch. Daß die Deutschen von ihrer Macht nicht den in Rußland üblichen Gebrauch gemacht haben, wird uns als Schwäche ausgelegt. Dementsprechend steigt die Anmaßung der Regierung. Aus der ganzen Handlungsweise der Regierung geht hervor, daß sie weder den Willen hat, ihren Verpflichtungen bald nachzukommen, noch auch die Macht zur Ausführung, wobei zugegeben werden mag, daß die Haltung der Regierung zum Teil eine Folge der Verworrenheit der inneren Lage ist."

Der Bericht eines Vertrauensmannes gab Ende April über die Zustände im Lande folgendes Bild: „Ich habe seit einiger Zeit begründeten Verdacht, daß die ukrainische Rada den Bolschewiki beim Abtransport von Getreide nach dem nördlichen Rußland Vorschub leistet . . . Die Rada trägt den Mantel nach beiden Seiten. Beim Volke aber hat die Rada bisher auch nicht das geringste ausrichten können. Weder Höchstpreise noch irgend größere Zentralen kann sie zustande bringen. Immer wieder kann ich mich überzeugen, daß nirgends auch nur Spuren einer Autorität festzustellen sind... Nur wo die deutschen Truppen Fuß fassen, fangen geordnete Zustände an."

Die Oberste Heeresleitung drängte aber auf Lieferungen. Der Heeresgruppe Eichhorn wurde am 23. April telegraphiert: „Exzellenz Waldow, der heute hier war, schildert die Brotlage bei uns sehr ernst. Die Lage bedingt, daß Aufbringung und Abtransport ukrainischen Brotgetreides bereits im April in großem Maßstabe in Fluß kommt und ohne jede Rücksicht durchgeführt wird." Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes, von Waldow, hatte nämlich in einer Sitzung des Reichswirtschaftsamtes am 19. April den Stand unserer Brotgetreideversorgung ausführlich dargelegt. Nach einem hierüber vorliegenden Bericht blieb nach dem Anfang August durch Frühdrusch in Deutschland und durch Frühdruschzufuhren aus Rumänien voraussichtlich eingehenden Bestand Mitte August ein Fehlbetrag von rund 350 000 Tonnen bestehen. Dieser sei nur durch Zufuhren aus der Ukraine und Rumänien oder durch Herabsetzung der heimischen Brotportion zu decken. Diese letztere Maßnahme müsse aber mit Rücksicht auf die Gesamtlage, wenn irgend angängig, vermieden werden. Es bleibe daher nur die Möglichkeit, die Zufuhren aus der Ukraine und aus Rumänien so zu gestalten, daß die erforderlichen Mengen zeitgerecht über unsere Grenze liefen. Hierbei vertrat der Staatssekretär den Standpunkt, wenn er bis Mitte Juni nicht 100 000 Tonnen Brotgetreide bekäme, könne er das Heer nicht mehr beliefern.

Der bei dieser Sitzung anwesende, soeben aus Kiew zurückgekehrte Unterstaatssekretär von Braun betonte, daß die Aufbringung des Getreides in der Ukraine große Schwierigkeiten mache und nur unter eingehender Hilfe durch das Militär möglich sei. General Groener habe erklärt, daß die verfügbaren Truppen nach

der Lage der Dinge nicht ausreichten, um überall das flache Land mit einem Netz von Posten, ähnlich wie in Rumänien, zu überziehen. Vielmehr reichten die vorhandenen Truppen neben der Fortführung der Operationen nur zur Sicherung der großen Städte und des Eisenbahnnetzes aus.

Eine große Rolle spielte auch die Transportlage, durch die die ganze Frage der Versorgung aus der Ukraine noch verwickelter wurde. Aus einer Antwort des deutschen Generalquartiermeisters an den auf Beschleunigung der Lebensmittelzufuhr aus der Ukraine drängenden General von Arz vom 21. April geht hervor, daß der Abtransport des Getreides und damit die Lieferung an die Mittelmächte von rechtzeitiger und ausreichender Kohlenlieferung an die Eisenbahnen und an die Schwarze-Meer-Schiffahrt abhing. Von dem Bedarf entfalle, da auch die Getreidelieferung wie 1:1 erfolge, die Hälfte auf Österreich. Da Österreich-Ungarn aber nicht in der Lage sei, Kohle zu liefern, so müsse die ganze Menge von Deutschland aufgebracht werden. Die dazu nötige Steigerung der Kohlenförderung erfordere eine Erhöhung der Arbeitskräfte. Deutschland könne diese nicht aufbringen. Es bliebe also nur übrig, daß Österreich-Ungarn an Deutschland Arbeitskräfte für den Kohlenbergbau zur Verfügung stelle. Erfolge diese nicht, so werde die Kohlenbeförderung Deutschlands nicht zur vollen Deckung des Kohlenbedarfs der Ukraine ausreichen und man werde nicht auf eine erhebliche Getreidezufuhr aus der Ukraine rechnen können.

Die Zufuhren für Österreich mußten nämlich entweder zum Schwarzen Meer, dann über dieses und von der Donaumündung herauf oder quer durch ganz Galizien befördert werden.

Am 23. April 1918 kam nach wochenlangen Verhandlungen und unter schärfstem Druck ein Wirtschaftsabkommen zustande, in dem die Getreidelieferungen in derselben Höhe wie am 9. April festgesetzt wurden. Die Beschaffung ging in die Hand einer deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftszentrale über, in der Art eines großen Getreidekaufhauses (Czernin a. a. O. S. 342).

Unmittelbar darauf erfolgte am 24. April der Sturz der ukrainischen Regierung. Hetman Skoropadski wurde Diktator. Die neue Regierung erkannte das Wirtschaftsabkommen an.

Ehe die neue Organisation wirksam wurde, drohte ein Eingriff Österreich-Ungarns wieder alle Vereinbarungen umzuwerfen. Bereits am 1. April war bei der deutschen Obersten Heeresleitung auf vertraulichem Wege bekannt geworden, daß der Befehlshaber der österreichisch-ungarischen Truppen in der Ukraine, Feldmarschall von Böhm-Ermolli, von Kaiser Karl ein außerordentlich eindringlich gehaltenes Telegramm über die Notwendigkeit rascher Aufbringung von Lebensmittelvorräten in der Ukraine erhalten habe.

Die bisherige Aufbringung sei ungenügend, hierin müsse Wandel geschaffen werden. Generale und Truppenabteilungen seien mit der Aufbringung der Vorräte zu beauftragen. Es sei mit aller Energie, nötigenfalls mit Gewalt, zu requirieren. „Seine Majestät vertraut in die Einsicht und Energie des Feldmarschalls, daß er die Aufgabe, die im Interesse des Hinterlandes von entscheidender Bedeutung sei, erfüllen werde." Als Oberquartiermeister wurde General Sendler nach Odessa geschickt, der als energischer und auf dem Gebiete der Versorgung erfahrener General galt.

Die Maßnahme Kaiser Karls soll auf den Eindruck bei einer Kaiserreise in Nordböhmen zurückzuführen sein. Man war offenbar in Wien in höchster Not und hatte die Geduld verloren. Seinerzeit war aber in Kiew ausdrücklich zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Organisation vereinbart worden, daß eine militärische Beitreibung von Ausfuhrgetreide in der Ukraine nicht stattfinden solle, vielmehr alles der kaufmännischen Handelsorganisation zu überlassen sei. Den deutschen Truppen in der Ukraine war dementsprechend Weisung zugegangen, sich jeden gewaltsamen Eingriffs in die Landesvorräte zu enthalten.

Entgegengesetzte Weisung erhielt aber die österreichisch-ungarische Behörde in der Ukraine Mitte April von ihrer Regierung. Es hieß darin, daß die äußerst kritische Verpflegungslage der Monarchie sofortigen und ausgiebigen Nachschub aus der Ukraine erheische. „Ein weiteres Zuwarten, ob die Organisation der Kiewer Zentrale tatsächlich imstande sein wird, mit der Lieferung der von uns dringend benötigten Nahrungsmittel sofort zu beginnen, müßte im Falle des Versagens dieser Organisation unsere Verpflegungslage geradezu katastrophal gestalten. Aus diesem Grunde muß die militärische Aufbringungsaktion, worunter Ankauf und nicht Requisition zu verstehen ist, trotz der ihr anhaftenden Mängel sowie auch der bei der militärischen Aufbringung mitwirkende Freihandel insolange behalten und auch ausgestellt werden, bis das wirkliche Funktionieren der ukrainischen Organisation durch Einsetzen regelmäßiger, genügender Tageslieferung im Ausmaße vertragsmäßig festgesetzter Mengen bestätigt wird."

Von der Heeresgruppe Eichhorn wurde am 27. April gemeldet, daß die österreichisch-ungarischen Truppen und deren Ankäufer unter Nichtachtung der in Kiew abgeschlossenen Vereinbarungen durch gewaltsame militärische Requisition und vielfache Überbietung der vereinbarten Preise Getreide zu erfassen suchten. „Dieses Vorgehen macht jede planmäßige Arbeit zunichte und birgt die Gefahr der völligen Entwertung unserer Zahlungsmittel. Auch kann das Ergebnis dieses Vorgehens nur ein vorübergehendes sein. Wenn deutscherseits ebenso vorgegangen würde, so wäre in kürzester Frist eine völlige Desorganisation des ganzen Getreidemarktes zu erwarten. Die öster-

reichischen Vertreter führen die Sache lediglich auf Anordnungen des Generals Sendler zurück, der sich angeblich auf eine Weisung des Kaisers Karl beruft."

Der k. u. k. General Krauß berichtet („Die Ursachen unserer Niederlage" S. 253 ff.), daß er im Mai in Aussicht genommen worden sei, als Diktator nach Odessa zu gehen, um die Ukraine für die Monarchie auszunutzen. Kaiser Karl, der Chef des Generalstabes und der Ministerpräsident hätten ihm versichert, daß bei der trostlosen Lage der Monarchie die Ukraine die einzige Hoffnung bilde.

Als aber Mitte Mai Österreich-Ungarn „in höchster Lebensmittelnot deutsche Aushilfen bis zur neuen Ernte erbitten mußte, wurden solche nur unter der Bedingung gewährt, daß militärische Sonderaktionen Österreich-Ungarns in Zukunft unterbleiben". (Czernin a. a. O. S. 343.) Deutschland wurde die alleinige Aufbringung, Verwaltung und Verteilung des in der Ukraine aufzubringenden Getreides übertragen.

Es hielt dies Österreich nicht von anderweitigen Übergriffen ab. Prinz Windischgraetz, ungarischer Minister, berichtet darüber folgendes: In den ersten Tagen des Juni war die Not Österreichs aufs höchste gestiegen. Wien war am Verhungern. Da brachte ein Zufall Hilfe. Aus Rumänien waren für Deutschland Maisvorräte unterwegs, die donauaufwärts befördert wurden. General Landwehr vom Ernährungsausschuß wußte, daß sie in der Nähe von Wien waren und ließ sie bei Wien ausladen. Dann ging Mitteilung an Deutschland, daß zur Vermeidung von Hungerrevolten nichts anderes übrig geblieben sei. General Landwehr sagte zu Windischgraetz: „Ich weiß, es ist Straßenraub gewesen, aber ich hatte keinen anderen Ausweg. Jetzt haben die Wiener wenigstens fünfzehn Tage lang zu essen."

Im Laufe des Juni und Juli versagte aber die Ukraine immer mehr. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes sah sich daher am 28. Juni 1918 veranlaßt, in einem Schreiben an den Chef des Generalstabes des Feldheeres diesen zu bitten, „bei der Wichtigkeit der Getreidebeschaffung aus der Ukraine zu erwägen, ob nicht eine Vermehrung der Truppenzahl in der Ukraine oder, soweit das untunlich ist, doch eine Zusammenziehung von Truppen in gewissen, vorher festgelegten Gebieten möglichst beschleunigt durchgeführt werden kann . . . Die Lage erfordert unbedingt, die Getreideeinfuhr aus der Ukraine mit dem größten Nachdruck zu verfolgen."

Ein Bericht des Generals Groener vom 8. August aus Kiew an den Generalquartiermeister legt die Verhältnisse eingehend dar, unter denen bis dahin sich die wirtschaftliche Erfassung der Ukraine vollzogen hat: „Die Ausfuhr entspricht nicht den Erwartungen vieler Stellen, die durch Reiseberichte unverantwortlicher, nicht landeskundi-

ger Leute und durch phantastische Friedensstatistiken über die tatsächlichen Vorräte des Landes getäuscht worden sind. Selbst die Angaben sogenannter Landeskenner schwankten zwischen einem ganz ungeheuren Überschuß und dem nötigen Eigenbedarf der Einwohner... Die Ukraine ist durch vierjährigen Krieg und weit mehr noch durch die Revolution ein in allen Staatseinrichtungen und sonstigen Organisationen völlig durchwühltes Land. Irgendeine Autorität staatlicher oder kommunaler Behörden, militärischer oder polizeilicher Gewalt besteht nicht mehr. Das einzige, was Eindruck macht und Autorität besitzt, ist unser Soldat." Im weiteren wird erörtert, welche Schwierigkeiten sich dem Getreidehandel auf dem Lande boten. Die Bauern hielten ihr Getreide zurück. Weder durch Geldzahlung noch durch Austauschwaren noch durch militärische Requisition konnten wesentliche Getreidemengen aufgebracht werden. Der Schleichhandel und die Bestechung standen in Blüte.

Auch die Verkehrsverhältnisse waren in der Ukraine mit an der geringen Ausfuhr schuld. Die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn war nicht groß genug.

Die Hoffnung stand nun stark auf der Ernte 1918. Die schlüsselmäßige Verteilung von Getreide und Futtermitteln war unterdessen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf das Verhältnis 1:1 festgesetzt worden. Zur Einbringung der Ernte und zur Herbstbestellung hatte die Ukraine um militärische Unterstützung gebeten. Wie wichtig diese Hilfe war, geht aus einer Zuschrift des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts an das Reichsschatzamt vom 7. August 1918 hervor. Es wird darin betont, daß jede Einschränkung des Getreideeinkaufs in der Ukraine die schwersten Folgen für die deutsche Volksernährung haben könne. Die einheimische Ernte werde im günstigsten Falle nur für zehn Monate ausreichen. „Es droht daher für das neue Wirtschaftsjahr ein vollkommener Zusammenbruch, wenn es nicht gelingt, den aus der Heimat nicht zu beschaffenden Bedarf jener beiden letzten Monate aus der Ukraine hereinzuholen. Ich muß immer wieder darauf hinweisen, daß zu dieser für ein Durchhalten der Volksernährung tatsächlich ausschlaggebenden Einfuhr nur gegenwärtig, zur Zeit der ukrainischen Ernte, einigermaßen zuverlässige Möglichkeiten gegeben sind. Wenn das Getreide nicht jetzt sofort nach der Ernte erfaßt werden kann, wird es den Mittelmächten durch Verstecken oder durch ein Verschieben in den Kleinhandel bzw. nach Großrußland bestimmt verlorengehen . . . Wenn also jetzt die Gelegenheit versäumt wird, sehe ich keine Möglichkeit, eine Sicherstellung der Volksernährung zu gewährleisten und muß für die in ihrer Tragweite unabsehbaren Folgen, die mir dann unvermeidlich erscheinen, für mein Ressort die Verantwortung ablehnen."

Im August und September mußte Deutschland nochmals gegen österreichisch-ungarische Übergriffe Verwahrung einlegen. Österreich-

Ungarn suchte vertragswidrig den größeren Teil der Viehtransporte unmittelbar in das Hinterland der Monarchie abzuschieben.

Bei einer weiteren ruhigen Entwicklung wäre sicherlich eine Steigerung der Lebensmittelausfuhr möglich geworden, die Organisation war allmählich wirksam geworden. Die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung hatte gute Fortschritte gemacht. Viele Vorräte lagerten bereits, vieles war durch Verträge erfaßt, die Aussichten für den Winter waren günstig, als die Räumung der Ukraine nach Abschluß des Krieges der Ausnutzung des Landes ein Ende machte.

Die Hoffnungen, die man im Februar auf die Leistungen der Ukraine gesetzt hatte, haben sich nicht ganz erfüllt. Die Gründe dafür haben sich aus vorstehender Darstellung ergeben.

Nach einer Nachweisung der Eisenbahnzentralstelle Kiew vom 4. November 1918 ist aus der Ukraine in der ganzen Zeit von der Besetzung bis zum 26. Oktober 1918 über die einzelnen Übergangsstellen Brest, Lemberg und Schwarzes Meer folgendes ausgeführt worden:

Getreide	9 132	Waggons
Lebensmittel	22 148	„
Rohstoffe	3 465	„
im ganzen . . .	34 745	Waggons
davon nach Deutschland	14 162	Waggons
„ „ Österreich-Ungarn .	19 898	„
„ „ Bulgarien	130	„
„ „ der Türkei	195	„

(Eine geringe Unstimmigkeit in den letzteren Zahlen läßt sich nicht aufklären.)

Czernin (a. a. O. S. 345) gibt auf Grund einer statistischen Zusammenstellung des Staatssekretärs für Ernährungswesen abweichende Zahlen. Danach betrug die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Ukraine an die genannten vier Staaten insgesamt 42 000 Waggons. Der Anteil Österreichs wird geringer berechnet. An Rindern sollen im ganzen 105 000 Stück, davon 55 000 für Österreich-Ungarn, an Pferden 96 000 Stück, davon 40 000 für Österreich-Ungarn, ausgeführt worden sein.

Was außerhalb der Übergangsstellen auf Schmuggelwegen nach den vier genannten Staaten gelangt ist, wird in der Berechnung des Grafen Czernin auf 15 000 Waggons geschätzt.

General Ludendorff faßt das Ergebnis in seinen Kriegserinnerungen (S. 503) folgendermaßen zusammen: „Wenn auch Österreich nicht das erhalten hat, was von Graf Czernin Anfang Februar als notwendig bezeichnet wurde, so haben die aus der Ukraine bezogenen Verpflegungsmittel, in Verbindung mit unserer Aushilfe, Österreich und die k. u. k. Armee wenigstens vor dem Verhungern

gerettet . . . Wir erhielten für unser Land an Brotgetreide und Futtermitteln aber nicht das, dessen wir so überaus nötig zur Belebung der gesunkenen Kräfte der Heimat bedurften. Immerhin hat die Ukraine auch Deutschland geholfen. Sie hat uns im Sommer 1918 Fleisch geliefert. Unsere so knappe Fleischernährung wurde dadurch ermöglicht. Das Heer erhielt Pferde in großen Mengen. Ohne sie wäre jede Kriegführung ausgeschlossen gewesen . . . Auch Rohstoffe bekamen wir aus der Ukraine."

An anderer Stelle (S. 564) sagt er: „Zog sich der Krieg noch in den Winter und den nächsten Sommer hinein, so war die Ausfuhr aus der Ukraine für Österreich und für uns eine Lebensfrage."

Es ist auch zu beachten, daß die in der Ukraine stehenden Truppen lediglich aus ihr verpflegt worden sind.

Graf Czernin (a. a. O. S. 338) sagt: „Der Friede mit der Ukraine ist unter dem Druck der ausbrechenden Hungersnot zustande gekommen. Er trägt das Charakteristikum seiner Geburt an sich. Das ist richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß wir trotz des Faktums, daß wir bedeutend weniger aus der Ukraine erhalten haben als wir hofften, ohne diese Zuschübe nicht hätten bis zur neuen Ernte leben können. Statistisch nachweisbar sind aus der Ukraine im Frühjahr und Sommer 1918 42000 Waggons eingetroffen. Es wäre unmöglich gewesen, diese Lebensmittel von irgendwoanders zu verschaffen. Millionen von Menschen sind dadurch von dem Hungertode errettet worden, das mögen diejenigen bedenken, die den Frieden verurteilen. Es ist ferner zweifellos, daß dank der großen Vorräte, welche in der Ukraine vorhanden waren, eine unvergleichlich größere Menge nach Österreich hätte gelangen können, wenn der Aufbringungs- und Transportapparat anders funktioniert hätten."

Auch der bereits erwähnte k. u. k. General Krauß (a. a. O. S. 259), der im Sommer 1918 Oberbefehlshaber der k. u. k. 2. Armee in der Ukraine war, berichtet, daß die auf die Ukraine gesetzten Hoffnungen enttäuscht worden seien, nicht weil die nötigen Vorratsmengen nicht da waren, sondern weil untaugliche Mittel angewendet worden seien, um die Vorräte zu erfassen. „Von Kennern des Landes und von bewährten Fachleuten wurde mir erklärt, daß bei richtigem Vorgehen, vor allem bei Ausnutzung der Handelsorganisation, große Mengen Getreide herauszuholen waren." Die Deutschen hätten infolge ihrer besseren Wirtschaft warten können, bis die Aufbringung in der Ukraine wirksam wurde.

Der ungarische Ernährungsminister, Prinz Ludwig Windischgraetz, urteilt in seinem Buche „Vom roten zum schwarzen Prinzen" folgendermaßen vom österreichisch-ungarischen Standpunkt aus: „In der Ukraine hat sich das System der militärischen Aufbringung als vollkommen unzulänglich erwiesen. Der schlechte Stand der Valuta und die Fixierung von Maximalpreisen beim Ankauf brachten

es mit sich, daß die dortige Bevölkerung ihre großen Vorräte vor den requirierenden Truppen verbarg und sie lieber verbrannte, als sie für schlechte Preise abzugeben. Ich verfaßte sofort eine Denkschrift, in welcher ich ausführlich entwickelte, daß einzig im Wege des Freihandels, durch Aufhebung der Höchstpreise, eine erfolgreiche Einkaufsaktion durchzuführen sei". Die österreichischen und ungarischen Finanzminister erhoben aber gegen die Verwendung größerer Geldmittel zum Einkauf von Nahrungsmitteln Einspruch.

Nach verschiedenen Äußerungen des Prinzen Windischgraetz in seinem Buche muß man übrigens zur Ansicht gelangen, daß es Ungarn wohl möglich gewesen wäre, Österreich in viel höherem Maße mit Verpflegung auszuhelfen, als es geschehen ist. Im Juli war hiernach die Lage so, daß zwar die Weizen- und Roggenernte in Ungarn ungünstig war, daß aber Ungarn Mais voraussichtlich an Österreich überlassen und dessen Ernährung bis zum Frühjahr 1919 sichern konnte. Im Oktober war, so äußert er sich, „die Ernährung Ungarns durch meine Maßnahmen auf ein volles Jahr gesichert, und es standen in dieser Zeit in Ungarn derartige Mengen an Mais zur Verfügung, daß wir in der Lage gewesen wären, Österreich eine sehr beträchtliche Aushilfe zu erteilen. Ja, in Anbetracht der baldigen Demobilisierung hätten alle Vorräte ausgereicht, Österreich bis ans Ende des Wirtschaftsjahres 1919 vollkommen zu versorgen". Ende November 1918 meinte er sogar, Ungarn habe so viel Lebensmittel aufgestapelt, daß es hätte Exporthandel treiben können. In grellem Gegensatz zu dieser Lage in Ungarn steht seine Bemerkung über die Verhältnisse in Österreich Ende Oktober: „In Wien lebte die Bevölkerung unter furchtbaren Entbehrungen. Von Woche zu Woche bestand die Gefahr vollkommener Hungersnot."

c) Finnland

Nachdem im Frühjahr 1917 die Revolution in Rußland ausgebrochen war, machte sich in Finnland eine starke Bewegung geltend, um die Gelegenheit zu benutzen und die volle Unabhängigkeit des Landes zu erreichen. Es fehlte aber an Waffen und an ausgebildeten Mannschaften, um sich von den im Lande befindlichen revolutionären russischen Soldaten (etwa 60 000) zu befreien und die herrschenden anarchistischen Zustände zu beseitigen. Finnland suchte daher Anlehnung und Unterstützung im Ausland. Bereits im Mai 1917 begannen Besprechungen mit deutschen Vertretern in Stockholm. Man rechnete dabei außer auf Waffenzufuhr zunächst auf ein Bataillon, das in Deutschland aus Finnen, die sich dem russischen Kriegsdienst entzogen hatten, zusammengestellt und ausgebildet worden war (Jägerbataillon 27), und das nun als Stamm für die aufzustellenden finnischen Formationen dienen sollte.

Die Oberste Heeresleitung erklärte sich im Juni mit der besonderen Ausbildung des Jägerbataillons und der Bereitstellung von Waffen für den Fall der Erhebung Finnlands einverstanden. Man mußte befürchten, daß im Falle der Ablehnung Finnland Anlehnung an England suchen würde. Bei einer erneuten Besprechung im Juli 1917 in Saßnitz wurde die Zahl der von Finnland gewünschten Gewehre auf 75 000 angegeben und ihre Landung an der finnischen Küste für den August in Aussicht genommen. Auch die Ausbildung und Entsendung des Jägerbataillons wurde besprochen. Von einer Unterstützung durch deutsche Truppen wurde in den Verhandlungen ausdrücklich abgesehen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts erklärte in einem Schreiben vom 4. August 1917 an General Ludendorff: „Es entspricht durchaus meiner Ansicht, daß wir jetzt von den ausgebildeten Finnländern tunlichst viele nach Finnland schaffen und das Land auch sonst nach Möglichkeit bei der Schaffung einer militärischen Organisation unterstützen. Allerdings darf, um den sonstigen Gang der Entwicklung in Rußland nicht zu unseren Ungunsten zu hemmen, über unsere Hilfe nichts bekannt werden.“ Ende September empfahl der Staatssekretär des Äußern von Kühlmann der Obersten Heeresleitung, die Besetzung der Aalandsinseln durch deutsche Streitkräfte einer „ernsten Prüfung“ zu unterziehen. Diese Frage sei für unsere Stellung im Osten und Norden und für das gesamte Ergebnis des Krieges eminent wichtig. Es sei zu erwarten, daß der finnländische Aufstand einen siegreichen Verlauf nehme, wenn durch eine Besetzung der den Bottnischen Meerbusen beherrschenden Aalandsinseln das Vertrauen der Finnen in unserem Interesse wachgehalten und die russische Armeeleitung durch einen Druck an der Front gezwungen werde, einen Teil der in Finnland stehenden Truppen wegzuziehen. Einer Besetzung der Aalandsinseln wurde auch mit Bezug auf Schweden eine große politische Bedeutung beigemessen. Unsere Feinde hofften, durch eine Unterbindung der schwedischen Erzausfuhr uns entscheidend zu treffen, und machten die größten Anstrengungen, Schweden von uns abzudrängen. Durch eine Besetzung der Aalandsinseln konnte nach Ansicht des Auswärtigen Amtes unsere Stellung gegenüber Schweden gegen alle Rückschläge gesichert und so gestärkt werden, daß unseren Feinden im Norden nichts mehr zu hoffen bliebe. In ihrer Antwort vom 6. Oktober erklärte sich die Oberste Heeresleitung mit einer Unterstützung der Aufstandsvorbereitungen in Finnland und auch mit einer Unternehmung gegen die Aalandsinseln durchaus einverstanden, vorausgesetzt, daß der Nachschub über Schweden sichergestellt werden könnte.

Zunächst wurde nunmehr der Unabhängigkeitskrieg Finnlands Ende Oktober durch eine Waffenlieferung (in der Hauptsache russische Gewehre und Maschinengewehre nebst Munition) unterstützt.

Eine erhöhte Bedeutung gewann Finnland, als Nachrichten eingingen, daß die Entente Finnland der schwedischen Regierung angeboten habe, um Schweden durch dieses Lockmittel auf ihre Seite zu ziehen, die Aalandsinseln zu einer englischen Flottenstation zu machen und die endgültige Herrschaft Deutschlands in der Ostsee zu durchkreuzen. Die großen Ernährungsschwierigkeiten, in denen sich Finnland befand, sollten benutzt werden, es in die Arme der Entente zu treiben. Diesen Absichten konnte von unserer Seite am wirksamsten durch eine Besetzung der Aalandsinseln entgegengetreten werden.

Im Dezember 1917 wurde in Finnland die unabhängige, selbständige Republik erklärt. Der Oberbefehlshaber Ost wurde von der Obersten Heeresleitung angewiesen, bei den Friedensverhandlungen anzustreben, daß Rußland die Unabhängigkeit Finnlands anerkenne und seine Truppen von dort zurückziehe. Am 6. Januar 1918 erkannte die Sowjetregierung tatsächlich die Unabhängigkeit Finnlands an. Aber die in Finnland verbleibenden bolschewistischen Truppen bemächtigten sich Ende Januar der Herrschaft in Finnland und riefen eine bolschewistische Regierung aus. Es gelang der finnländischen Schutztruppe unter dem Oberbefehl des Generals Mannerheim zwar, Nordfinnland wieder in den Besitz der finnländischen Regierung zu bringen, Südfinnland blieb aber in der Hand der Aufständischen. Die finnische Regierung wandte sich mit der dringenden Bitte um militärische Hilfe an Deutschland.

Das Jägerbataillon 27 war bereits Mitte Februar 1918 aufgelöst worden und in Zivilkleidung nach Finnland abgegangen. Die Oberste Heeresleitung erklärte sich in einer Besprechung am 21. Februar zur militärischen Unterstützung bereit, betonte aber, daß Deutschland dabei von keinen territorialen Wünschen geleitet werde, „sondern nur von dem Bestreben, die für ganz Europa gefährliche Macht der Bolschewiki zu brechen". Es sei beabsichtigt, zuerst die Aalandsinseln als Stützpunkt zu besetzen und dann etwa eine gemischte Brigade nach Finnland überzusetzen. Am 22. Februar wurden die ersten Anordnungen für die Aufstellung des Aalandsdetachements und der „Ostseedivision" getroffen. Nachdem die Friedensverhandlungen mit Rußland im Februar 1918 gescheitert waren, legte die Oberste Heeresleitung auch aus dem Grunde Wert auf die Unternehmung, um „angesichts der unsicheren Verhältnisse in Rußland in der Lage zu sein, zu beiden Seiten des Finnischen Meerbusens einen Druck auf Petersburg auszuüben".

Anfangs März landete das Aalandsdetachement nach Verständigung mit der schwedischen Regierung, in den ersten Apriltagen landete die „Ostseedivision" unter dem General Graf von der Goltz in Hangö. Die Truppen hatten insgesamt die Stärke einer schwachen Division. Sie bestanden aus drei Jägerbataillonen, drei Kavallerie-

Schützenregimentern, einigen Radfahrer- und Maschinengewehrformationen und fünf Batterien.

Im Zusammenwirken mit Mannerheim wurden in einem kurzen Feldzug die roten Garden eingeschlossen und zur Übergabe gezwungen. Ende April war Finnland befreit, Wiborg wurde besetzt.

Die drei Jägerbataillone der Division Goltz kamen im August nach Deutschland zurück. General Graf von der Goltz blieb mit drei Kavallerie-Schützenregimentern und einigen Geschützen in Finnland, um die Absperrung gegen die Bolschewisten aufrechtzuerhalten und die Bildung einer neuen Ententefront zu verhindern.

Die Gründe, die zur Entsendung der Ostseedivision geführt haben, haben sich aus vorstehender Darstellung ergeben. Wirtschaftliche Gründe haben nicht vorgelegen, vielmehr nur militärische und militärpolitische.

Unsere Stellung bei Wiborg und Narwa gewährte uns einerseits die Möglichkeit, nötigenfalls auf Petersburg vorzugehen, um die Bolschewistenherrschaft zu stürzen, anderseits flankierte unsere Aufstellung in Finnland die Murmanbahn, die von dem eisfreien Alexandrowsk längs der finnischen Grenze auf Petersburg führte. Dem englischen Landungskorps an der Murmanküste wurde ein Vorgehen von dort aus verwehrt, eine Versorgung der Bolschewisten mit Kriegsmaterial wurde verhindert.

d) Türkei

Zur Unterstützung der Türkei bei ihrem geplanten Angriff auf Bagdad war im Herbst 1917 das deutsche „Asienkorps" zusammengestellt worden. Zu diesem Unternehmen kam es nicht. Das Vorgehen der Engländer in Palästina zwang die Türken, sich dagegen zu wenden. Das Asienkorps nahm an den Kämpfen in Palästina im Jahre 1918 mit Auszeichnung teil. Die Bezeichnung „Asienkorps" entsprach keineswegs der geringen Truppenstärke und war zur Täuschung des Feindes gewählt worden. Es betrug zunächst drei Infanteriebataillone, denen Maschinengewehre, etwas Kavallerie, Minenwerfer und Begleitartillerie beigegeben war, ferner einige Batterien, Nachrichten- und Fliegerformationen u. dgl.

Im Frühjahr 1918 wurde angesichts der bedrohlichen Lage in Palästina das Asienkorps durch ein Infanterieregiment, ein Reservejägerbataillon und eine Pionierkompagnie aus Mazedonien verstärkt. Das Jägerbataillon wurde bald danach wieder weggezogen.

e) Mazedonien

An der bulgarischen Front in Mazedonien befanden sich im März 1918 18 Bataillone (einschl. 5 Landsturmbataillone), einige Eskadrons, 3 Feldartillerieregimenter, eine größere Anzahl schwerer Batterien, außerdem Radfahrer, Maschinengewehrformationen, Flieger, Nach-

richtenformationen. Hiervon wurde im Frühjahr der größte Teil weggezogen, 15 Bataillone kamen größtenteils nach dem Westen, vier davon zum Asienkorps. Im September waren nur noch 3 Bataillone (sächsisches Jägerregiment), 2 Feldartillerieabteilungen, eine Anzahl schwerer Batterien, von denen aber die Bedienung größtenteils weggezogen war, und einige Nebenformationen an der bulgarischen Front.

Der Zusammenbruch der bulgarischen Front, der eine verhängnisvolle Rückwirkung auf die ganze Kriegslage äußerte, beweist, daß eher zu wenig als zu viel Truppen in Mazedonien belassen worden sind. Die Bulgaren hatten sich heftig gegen das Wegziehen deutscher Truppen gesträubt. Auch das deutsche Oberkommando der 11. Armee an der mazedonischen Front hatte große Bedenken dagegen geäußert. Die Folge der Katastrophe war, daß trotz der bedrängten Lage, in der sich Deutschland im September befand, vier deutsche Divisionen nach dem Balkan geschickt werden mußten, um zu retten was noch zu retten war.

f) Kaukasus

Im Kaukasus befanden sich seit dem Sommer 1918 2 Sturmkompagnien, zu denen zwei bayerische Infanterieregimenter zu je 2 Bataillonen aus der Ukraine, eine Artillerieabteilung und einige Sonderformationen (Flieger, Nachrichtenformationen, Trains) traten. Die beiden Infanterieregimenter setzten sich aus Reservejägern und einer Anzahl aus russischer Gefangenschaft befreiter Mannschaften (vielleicht 1000) zusammen.

Im September trat die verstärkte 7. bayerische Kavalleriebrigade und die verstärkte 18. Landwehrbrigade hinzu. Letztere wurde aber sofort nach Mazedonien abbefördert.

Der Grund dieser Entsendungen nach Georgien war die Notwendigkeit, Betriebsstoff für die Flieger und Kraftwagen aus dem Gebiet von Baku zu beschaffen, wo sich englische Truppen festsetzten. Wie schwierig die Betriebsstofflage war, ist bereits an anderer Stelle erörtert worden.

g) Zusammenfassung

Die entscheidende Frage ist die, ob unsere Kriegführung im Osten ihre Ziele nicht zu weit gesteckt hat, so daß eine Überspannung unserer Kräfte eingetreten und die Zusammenfassung aller verfügbaren Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu der großen Offensive im Jahre 1918 beeinträchtigt worden ist. Der äußere Eindruck unserer Unternehmungen in Finnland, in Palästina, in Mazedonien, in der Krim und in Georgien ist der einer Zersplitterung der Kräfte. Waren diese Unternehmungen alle durch die Ver-

hältnisse bedingt oder nur der Ausdruck einer unbegrenzten Eroberungspolitik? Hauptsächlich handelt es sich um Rußland und hierbei wiederum in erster Linie um den Einmarsch in die Ukraine. Um die Maßnahmen unserer Obersten Heeresleitung verständlich zu machen, mußte auf die militärpolitischen und besonders auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, die für das Vorgehen bestimmend waren, genauer eingegangen werden.

Für die Oberste Heeresleitung kam es zu Beginn des Jahres 1918 darauf an, möglichst schnell zum Abschluß mit Sowjet-Rußland zu kommen und alle Kräfte, die im Osten irgend entbehrlich wurden, rechtzeitig nach dem Westen für die zum 21. März geplante Offensive zu befördern. Lenin und Trotzki zogen aber offenkundig die Verhandlungen hin. Es war ihnen mehr um eine Propaganda für den Bolschewismus und um die Vorbereitung einer Weltrevolution zu tun. Dieser gefährlichen Verschleppung mußte unbedingt Einhalt geboten werden. Schon versuchten Lenin und Trotzki den Geist der Zersetzung in unser Heer zu tragen. Unser Vormarsch am 18. Februar, der den Abschluß des Friedens herbeiführte, war daher geboten.

Die Bedingungen des Friedensschlusses sind keineswegs von der Obersten Heeresleitung allein diktiert, sondern im Einvernehmen mit der Reichsleitung festgesetzt worden. Sie waren freilich hart für Rußland. Eine endgültige Lösung des ganzen Ostproblems war zurzeit nicht möglich. In bezug auf die Abtrennung der Randstaaten stand bereits fest, daß Polen ein selbständiger Staat werden sollte, wenn auch seine politische Angliederung noch im unklaren blieb. Kurland und Litauen sollten durch Personalunion mit dem Deutschen Reiche verbunden werden, während über das Schicksal von Estland und Livland, die von uns besetzt blieben, noch nicht endgültig entschieden wurde. Jedenfalls ist ihre Einverleibung von der Obersten Heeresleitung nicht gefordert worden. Die Selbständigkeit der Ukraine mußte von der Sowjetregierung anerkannt werden. Lediglich in bezug auf die Breite des Schutzstreifens, der Preußen an der Grenze gegen Polen zufallen sollte, hatten zwischen der Obersten Heeresleitung und der Politik Meinungsverschiedenheiten bestanden. Erstere war für eine größere Breite gewesen.

Um das Gebiet der Untersuchung zu beschränken, muß die rein politische Seite ausgeschaltet werden. Es mag also dahingestellt bleiben, ob es auf dauerhafte Verhältnisse berechnet war, wenn Rußland, abgesehen von Polen, auf die wirtschaftlich und industriell so außerordentlich wichtige Ukraine verzichten und sich durch die Preisgabe der baltischen Provinzen im Norden abschnüren lassen sollte. Nur muß festgestellt werden, daß es unbedingt nötig war, einen Schutzwall gegen den drohenden Bolschewismus zu errichten und ihn von unseren Grenzen hinreichend fernzuhalten. Der Bolschewismus ist seiner ganzen Natur nach auf Ausdehnung und welterobernden An-

griff berechnet. Hätten wir das russische Gebiet geräumt und uns auf die Festhaltung unserer Grenzen beschränkt, so hätte der Bolschewismus wohl schon im Laufe des Jahres 1918 an unsere Tore geklopft. Dies zu verhindern, war nicht nur Aufgabe der Politik, sondern lag auch im dringenden Interesse der Kriegführung.

Nachstehend soll hauptsächlich untersucht werden, welchen Einfluß die Gestaltung der Verhältnisse im Osten auf die Kriegführung gehabt hat. Insbesondere handelt es sich darum, ob die Besetzung der Ukraine aus wirtschaftlichen Gründen geboten und nutzbringend war, und ob die weite Ausdehnung der von uns besetzten Gebiete nicht unverhältnismäßig starke militärische Kräfte in Anspruch genommen hat, die auf dem entscheidenden westlichen Kriegsschauplatz fehlten. Hat die Oberste Heeresleitung nichts versäumt, um im Westen so stark als möglich zu sein?

Vorab muß festgestellt werden, daß es in dringendem Interesse der Kriegführung gelegen hätte, wenn es gelungen wäre, im Osten zu einem endgültigen Abschluß des Krieges und zu klaren und sicheren Verhältnissen zu gelangen. Hätten wir den Rücken gegen Rußland völlig frei gehabt und alle Kräfte im Westen vereinigen können, so wären die Aussichten unserer Offensive erheblich günstiger gewesen. Daß dies nicht der Fall war, liegt bereits an unserer Kriegführung in den Jahren 1915 und 1916. Man kann doch wohl annehmen, daß 1915 die Möglichkeit vorlag, Rußland militärisch völlig niederzuwerfen. Die Ziele unserer Offensive waren von der damaligenObersten Heeresleitung vielleicht zu niedrig gesteckt. Was damals versäumt wurde, konnte 1916 nachgeholt werden. Mehrfach tritt in der militärischen Kritik die Ansicht auf, daß es 1916 vorzuziehen gewesen wäre, die völlige Niederwerfung Rußlands etwa auf dem Wege über Rumänien zu erstreben, bevor man im Westen die Entscheidung suchte. Wenn diese Fragen auch heute noch umstritten sind und nicht endgültig entschieden werden können, so muß doch auf den aus dem bisherigen Kriegsverlauf sich ergebenden Nachteil hingewiesen werden, daß eine völlige Ausschaltung Rußlands nicht gelungen war.

Auch der Friede von Brest-Litowsk hat dieses Ergebnis nicht gehabt. Er hätte es auch dann nicht gehabt, wenn unsere Politik auf die ganze Randstaatenpolitik, auf Polen und auf die Abtrennung der Ukraine von Rußland verzichtet hätte. Der Bolschewismus wäre in der Verfolgung seiner Ziele nur um so rücksichtsloser vorgegangen.

So wie die Verhältnisse im März 1918 nach dem Friedensschluß lagen, war auf einen Frieden mit Sowjetrußland nur zu rechnen, wenn wir es militärisch in seinen Schranken halten konnten und unsere Ostfront zu schützen vermochten. Der Friede war in Wirklichkeit nur ein Waffenstillstand. Die Sowjetregierung war ein für allemal unser Feind. Auch mußte immer noch mit einem Versuche der En-

tente gerechnet werden, in Rußland nochmals eine Front gegen uns zustandezubringen.

Es ist daher sogar die Frage aufgeworfen worden, ob es an Stelle der Abwehr nicht vorzuziehen gewesen wäre, durch die Fortsetzung unseres Vorstoßes eine endgültige Entscheidung zu erstreben. General Ludendorff meint in seinen „Kriegserinnerungen", militärisch wären wir wohl in der Lage gewesen, mit den Truppen, die wir im Osten hatten, einen kurzen Schlag auf Petersburg und mit Hilfe der Donkosaken auch auf Moskau zu führen, um die Sowjetregierung zu beseitigen. Die Abwehr auf so langer Front verzehre mehr Kraft als eine kurze Offensive. An sich ist das richtig. Aber es hätte sich dann auch wohl als notwendig erwiesen, das Gewonnene zu behaupten. Die Besetzung neuer, weiter Landstriche, vor allem aber der Städte Petersburg und Moskau, hätte kaum eine Verminderung der im Osten zu belassenden Truppen ermöglicht. Die Gelegenheit, Rußland endgültig auszuschalten, war nun einmal früher leider verpaßt worden.

Wenn wir nun im Osten auch nach dem Friedensschluß zur Abwehr bereitstehen mußten, so ist doch zu untersuchen, ob es hierzu nötig war, so weit vorzugehen, wie es geschehen ist.

Hauptsächlich handelt es sich darum, ob die Besetzung der Ukraine geboten war.

Die außerordentlich große wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine für Rußland war vor dem Kriege allgemein bekannt. Wurde die Ukraine von uns in Besitz genommen, so mußte dies einen schweren Schlag für das wirtschaftliche Leben Rußlands, für uns aber eine große Stärkung bedeuten. Militärische Kritiker haben auf Grund dieser Beurteilung der Ukraine die Ansicht ausgesprochsen, unsere Offensive in Rußland im Jahre 1915 hätte außer der Niederwerfung Rußlands auch seinen wirtschaftlichen Zusammenbruch durch die Besitznahme der Ukraine erstreben müssen. Und da dies nun einmal versäumt worden war, hätte es sich im Jahre 1916 für uns empfohlen, auf dem Wege über Rumänien in der Richtung auf Kiew vorzudringen. Man wird es daher verstehen, wenn sich bei der großen, in Deutschland und weit mehr noch in Österreich herrschenden Verpflegungsnot, aller Augen zu Beginn des Jahres 1918 auf die Ukraine richteten. Die Darstellung der Begebenheiten und Verhandlungen hat ergeben, in welcher zwingenden Weise die Oberste Heeresleitung vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts gedrängt wurde, die Hilfsquellen der Ukraine für uns zu erschließen. Von österreichischer Seite wurde andernfalls geradezu die Katastrophe des Ernährungswesens angekündigt. Andere wesentliche Hilfsquellen als die Ukraine gab es nicht. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß damals nichts anderes übrig blieb, als sich der Ukraine zu bemächtigen. Ohne unsere militärische Unterstützung wäre die ukrainische

Regierung, auch wenn sie gewollt hätte, gar nicht imstande gewesen, nennenswerte Vorräte für uns aufzubringen. Das Land mußte vorher von den Bolschewisten gesäubert werden.

Nun ist nicht zu leugnen, daß unsere auf die Ukraine gesetzten Hoffnungen bis zu einem gewissen Grade enttäuscht worden sind. Die Gründe hierfür haben sich aus der Darstellung ergeben. Die Organisation, die von uns zum Zwecke der Ausnutzung des Landes getroffen war, scheint nicht zweckmäßig gewesen zu sein. Es ist darauf hingewiesen worden, daß an Stelle der vielköpfigen Behörden, die sich aus der schwachen ukrainischen Regierung, den deutschen und österreichisch-ungarischen Delegierten, den Oberkommandos der deutschen und österreichischen Heeresgruppen zusammensetzten, eine straffe militärische Kommandogewalt wohl erheblich mehr geleistet hätte. Wie sehr die rücksichtslosen Eingriffe der Österreicher geschadet haben, ist erörtert worden. Auch die Transportschwierigkeiten waren schwer zu überwinden. Immer wieder wurde die Oberste Heeresleitung darauf hingewiesen, daß die militärische Besetzung zu gering sei und verstärkt werden müsse, wenn man aus der Ukraine den erhofften Nutzen ziehen wolle.

Was die Ukraine tatsächlich geleistet hat, ist nachgewiesen worden. Österreich ist vor dem Verhungern gerettet worden. Die Fleischlieferung für uns war bedeutend, vor allem waren die gelieferten Pferde von größter Wichtigkeit. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Organisation der Ausfuhr erst in Gang kam und ihre volle Wirkung zu äußern begann, als wir die Ukraine im Herbst 1918 räumen mußten.

Die Gründe, die zur Besetzung der Ukraine geführt haben, werden daher auch im allgemeinen von der militärischen Kritik anerkannt. So wie die Verhältnisse zu Anfang des Jahres 1918 lagen, war es kaum möglich, auf die Hilfsmittel der Ukraine zu verzichten. Wie sich die Ausnutzung vollziehen würde, konnte niemand voraussehen.

Weit schärfer wird die Ausdehnung der Operationen nach Finnland, Palästina, Georgien und der Krim angegriffen. Man spricht von der „verfehlten Ostpolitik" der Obersten Heeresleitung und von „phantastischen Kriegszielen". Welche Absichten dabei verfolgt und welche Truppenteile dabei verwendet wurden, ist dargelegt worden. Es handelt sich im ganzen um Truppenstärken, die im Westen kaum in Betracht kamen. Auch ist zu beachten, daß die Ausdehnung der Unternehmungen keineswegs der Obersten Heeresleitung allein zur Last gelegt werden kann, sondern im Einvernehmen mit der politischen Leitung erfolgt ist.

Mannigfache Vorschläge sind gemacht worden, wie wir im Osten hätten verfahren sollen.

Es ist gesagt worden, wir hätten schon 1915 nach dem Falle von Brest-Litowsk nicht über die Linie Kowno—Brest-Litowsk—Luzk hin-

ausgehen und uns unter Ausnutzung des Njemen und Bug in dieser Linie zur Verteidigung einrichten sollen. Dann seien genügende Kräfte frei geworden, um im Westen die Entscheidung herbeizuführen. Hiergegen ist zu sagen, daß es äußerst bedenklich gewesen wäre, die Dinge im Osten derartig in der Schwebe zu lassen und den Russen Zeit zu gewähren, sich zu kräftigen. In einem Zweifrontenkrieg mußte doch unbedingt das Streben herrschen, auf der einen Seite zu einem militärischen Abschluß zu kommen, ehe man sich nach der andern Seite wendete. Daß dies 1915 im Osten nicht mit allen Kräften erstrebt und 1916 nicht mehr versucht worden ist, hat sich im ganzen weiteren Verlauf als nachteilig erwiesen.

Spätestens im August 1918, so wird gesagt, wäre der Verzicht auf alle im Osten nicht zum wirtschaftlichen Durchhalten unbedingt nötigen Unternehmungen nötig gewesen. 15 bis 20 Divisionen hätte man dadurch freimachen können, um sie im Westen zum Stellungsbau und in Mazedonien zur Verstärkung der bulgarischen Front zu verwenden. Aber man habe noch immer an den weitschweifenden Plänen festgehalten. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß man so viele Divisionen nur durch das Aufgeben der Ukraine hätte erhalten können, was aber wiederum aus wirtschaftlichen Gründen nicht anging. Was wir in Finnland, Georgien, Palästina usw. hätten entbehrlich machen können, war nur ganz gering.

Immer kommen daher die nachträglichen Erwägungen auf die Frage der Behauptung oder des Aufgebens der Ukraine hinaus. General Ludendorff hat nächträglich selbst die Frage erwogen, wie sich die Lage gestaltet hätte, wenn wir nicht über die Linie Narwa—Pinsk—Kowel hätten hinauszugehen brauchen und auf die Besetzung der Ukraine hätten verzichten können. Es hätten dann wohl von vornherein 25 Divisionen im Osten genügt, wobei allerdings den Divisionen Ausdehnungen von 40 Kilometern zugemutet werden mußten. Nach Festigung der Verhältnisse sei es vielleicht möglich gewesen, später noch einige Divisionen herauszuziehen.

Nur durch Verzicht auf die Ukraine war eine wesentliche Truppenersparnis möglich. Wenn angenommen worden ist, daß wir an der Ostfront im Sommer 1918 noch ein und eine halbe Million Soldaten in Finnland, im Baltikum, in Polen, in der Ukraine, in der Krim, im Kaukasus, in Palästina gehabt und davon wohl eine halbe Million zum Ausbau rückwärtiger Stellungen für den Westen hätten erübrigen können, so trifft dies nicht zu. So viel Soldaten waren, selbst unter Einrechnung der gesamten Etappe, damals bei weitem nicht im Osten, und eine wesentliche Ersparnis konnte nur in der Ukraine und den Randstaaten gemacht werden.

Eine rücksichtlose Einschränkung unserer Ziele im Osten und eine volle Zusammenfassung unserer ganzen Kampfkraft an der Westfront, wie sie empfohlen worden ist, hätte schwerwiegende Folgen

gehabt. Man hätte dann auf den Versuch verzichten müssen, die Blockade im Osten zu durchbrechen; man hätte die Österreicher ihrem Schicksal in der Ernährung überlassen. Alles wäre auf eine Karte gesetzt worden. Schlug sie fehl und ging der Krieg 1919 weiter, so hätte sich die Oberste Heeresleitung, diesmal mit Recht, den Vorwurf eines Hazardeurs zuziehen können.

Eine endgültige, für jedermann überzeugende Entscheidung dieser schwierigen Fragen ist zurzeit wohl kaum herbeizuführen. Die Ansichten werden wohl immer noch vielfach auseinandergehen. Die vorstehenden Erörterungen werden aber doch wohl zur Klärung der Frage beitragen und übertriebene Anschauungen von der Verzettelung unserer Streitkräfte richtigstellen. Einige der durch ihre weite Ausdehnung am meisten in die Augen fallenden Unternehmungen hätten wohl eingeschränkt werden können, aber gerade hier wäre an Truppen nichts Nennenswertes zu erübrigen gewesen.

Nimmt man aber die Notwendigkeit der Vorschiebung der Ostgrenze unserer Besetzung gegenüber Rußland als gegeben an, dann muß festgestellt werden, daß von der Obersten Heeresleitung dauernd alles, was möglich war, für die Herabsetzung der Truppenstärke geschehen ist. Immer wieder wurde der Oberbefehlshaber Ost und besonders die Heeresgruppe Eichhorn gemahnt, alles irgend Entbehrliche abzugeben. Mit geringeren Kräften war es nicht möglich, die riesigen Räume zu besetzen. Dabei ist zu beachten, daß aus den im Osten verbleibenden Divisionen die kampfkräftigsten Teile herausgezogen wurden und daß die Stärke der Bataillone wesentlich vermindert wurde. Als Kampftruppe waren diese Divisionen hiernach im Westen nicht mehr zu verwenden, wohl allerdings zu Arbeitszwecken. Um den stark in Rückstand gebliebenen Ausbau großer strategischer rückwärtiger Stellungen im Westen zu betreiben, wären selbst einzelne Divisionen im Westen hochwillkommen gewesen. Es wäre vielleicht möglich gewesen, diejenigen Divisionen, die nachträglich im September und Oktober im Osten freigemacht wurden, bereits im Frühjahr zum Stellungsbau nach dem Westen zu ziehen. Daß der Ausbau der Hermannstellung und der Antwerpen-Maasstellung aus gänzlichem Mangel an Arbeitskräften viel zu spät in Angriff genommen wurde, war nach dem Scheitern unserer Offensive im Westen verhängnisvoll.

4. Konnten mehr österreichisch-ungarische Truppen auf den westlichen Kriegsschauplatz herangezogen werden?

Welche Schwierigkeiten einer Heranziehung österreichisch-ungarischer Heeresteile zu der 1918 in Frankreich geplanten deutschen Offensive entgegenstehen würden, ergab sich bereits aus Verhand-

lungen, die Ende Oktober 1917 aus anderer Veranlassung zwischen beiden Heeresleitungen geführt wurden. Es handelte sich darum, mit Rücksicht auf den starken Kräfteverbrauch in der Flandernschlacht deutsche Truppen von der Ostfront nach dem Westen heranzuziehen und sie im Osten durch k. u. k. Divisionen zu ersetzen. Es sollte vermieden werden, die an der noch im Gange befindlichen Offensive in Italien beteiligten deutschen Truppen zu schwächen. General Ludendorff ließ dem Chef des Generalstabes des k. u. k. Armeeoberkommandos vorschlagen, 6—8 k. u. k. Divisionen, die an der österreichischen Südwestfront noch in Reserve ständen, dem Oberbefehlshaber Ost zur Verfügung zu stellen, um dort deutsche Divisionen für den Westen freizumachen. Die Antwort des Generals von Arz ist bezeichnend. Einer weiteren Abgabe österreichisch-ungarischer Divisionen an die Ostfront könne er nicht zustimmen, solange sich noch deutsche Divisionen an der Südwestfront befänden. Eine solche Abgabe, um im Osten an ruhiger Front deutsche, für den Westen bestimmte Divisionen abzulösen, würde von der Armee als schwere Kränkung, als Zweifel an ihrer Tüchtigkeit empfunden werden. „Es würde dies dem für alle Zukunft hochzuhaltenden, auf gegenseitiger überzeugter Wertschätzung beruhenden Bundesverhältnis der beiden Armeen bestimmt schwer schaden. Italien ist und bleibt unser Erbfeind. So dankbar wir Deutschland für seine selbstlose Unterstützung, welche uns erst das Niederkämpfen des italienischen Heeres gestattete, auch sind, so kann ich es vor der Armee, der Geschichte und der Dynastie doch nicht verantworten, wenn ich zustimmen würde, daß wir uns auf dem italienischen Kriegsschauplatz dauernd durch deutsche Truppen vertreten lassen."

Diese Stellungnahme ließ bereits erkennen, daß die Verhandlungen über eine Beteiligung von k. u. k. Divisionen an der Westoffensive 1918 nicht leicht sein würden.

Diese Verhandlungen wurden in einer Besprechung am 3. November 1917 eingeleitet, in der das k. u. k. Armeeoberkommando über die geplante Offensive 1918 und über die Notwendigkeit der Heranziehung deutscher Truppen von der Südost- und Südwestfront unterrichtet wurde: „Die Teilnahme von k. u. k. Divisionen wird willkommen sein. Artillerie schon vorher jederzeit."

Mitte Dezember 1917 wurden von der deutschen Obersten Heeresleitung genauere Vorschläge gemacht. In dem betreffenden Schreiben des Generals Ludendorff vom 15. Dezember 1917 wurde die schwierige Lage auseinandergesetzt, in die Deutschland durch den Austausch der russischen Kriegsgefangenen versetzt würde. Bei einfacher gegenseitiger Rückgabe würde Deutschland etwa eine Million Mann Arbeitskräfte verlieren. Auch an der Westfront fehle es erheblich an Arbeitstruppen. Es wurde daher eine Regelung des Ge-

fangenenaustausches vorgeschlagen, der diesen auf einen längeren Zeitraum verteilte. Dann aber hieß es: „Gleichzeitig bitte ich Eure Exzellenz aber dahin zu wirken, daß Österreich-Ungarn dem Deutschen Reich in dem bevorstehenden Entscheidungskampf im Westen nach Kräften seine Hilfe leiht. Ich denke dabei zunächst an die Freimachung sämtlicher deutschen Kräfte der Heeresgruppe Böhm-Ermolli und des Abschnitts Lipa durch österreichisch-ungarische Truppen und an die Übernahme eines Teiles der Westfront ebenfalls durch österreichich-ungarische Truppen, möchte mir aber vorbehalten, auf diese Fragen später zurückzukommen und heute nur die Arbeiterfrage zu behandeln." Es wurde daher zunächst nur eine Aushilfe Österreich-Ungarns mit Arbeitskräften durch Überweisung von Arbeitstruppen an die Westfront, durch Abgabe italienischer Kriegsgefangener an Deutschland und durch die Erlaubnis zur Anwerbung von Arbeitern aus der gesamten Donaumonarchie gebeten. Zum Schluß hieß es: „Eure Exzellenz wissen, welche ungeheuren Anstrengungen Franzosen, Engländer und Amerikaner machen, um den Sieg im letzten Augenblick an sich zu reißen. Demgegenüber heißt es nicht nachzulassen, sondern alle Kräfte anzuspannen in der Heimat wie an der Front. Der Ausgang dieser Kämpfe entscheidet über die Zukunft Österreich-Ungarns und Deutschlands. Der Sieg wird unser sein, wenn beide wie bisher fest zueinander stehen."

Mündliche Verhandlungen über die Gestellung von Arbeitskräften ließen aber im Januar 1918 erkennen, daß Österreich für sein Ansehen fürchtete, wenn es nur oder zuerst Arbeitskräfte an die Westfront sende. Für die deutsche Heimat Arbeiter abzugeben, war es überhaupt nicht geneigt.

Dagegen antwortete General von Arz am 29. Dezember 1917 in bezug auf die Beteiligung österreichisch-ungarischer Truppen zustimmend: „Ich schließe mich Eurer Exzellenz Ansicht, daß im Frühjahr 1918 ein entscheidender Schlag an der Westfront zu führen sei, für welchen man gar nicht stark genug sein kann, vollkommen an. Ich bin von meinem Obersten Kriegsherrn zur Erklärung ermächtigt, daß sich Österreich-Ungarns Wehrmacht bereitwilligst an diesen Kämpfen beteiligen wird und daß die Abmachungen bezüglich der Stärke unserer Abgaben an die Westfront vom Verlaufe der Friedensverhandlungen mit Rußland abhängig sind."

Umgehend dankte die deutsche Oberste Heeresleitung „für die in Aussicht gestellte k. u. k. Hilfe für die Westfront". „Zahlenmäßig möchte ich," antwortet Ludendorff, „solange die Ostfront noch ungeklärt ist, keinen Vorschlag machen. Ich betone aber ausdrücklich, daß die Oberste Heeresleitung jede auf der Ostfront freiwerdende kampfkräftige k. u. k. Division, wie die Überweisung schwerer Artillerie mit entsprechender Munition gern annimmt."

Im Januar, wenn sich die Lage im Osten durch die Verhandlungen in Brest-Litowsk weiter geklärt hätte, sollte alles weitere in mündlichen Verhandlungen erledigt werden.

So schien volle Übereinstimmung zu herrschen und alles für die große Offensive gut eingeleitet zu sein.

Aber die weiteren Verhandlungen kamen nicht vorwärts. Es ergab sich aus Besprechungen, daß Österreich-Ungarn anscheinend hoffte, daß eine k. u. k. Armee geschlossen im Westen, etwa in den Vogesen, eingesetzt werde. Die deutsche Oberste Heeresleitung lehnte ab. Es gelang nicht, bis zum Beginn unserer Märzoffensive zu einer Verständigung über die Beteiligung von k. u. k. Truppen zu kommen.

Ein Bericht des deutschen bevollmächtigten Generals beim k. u. k. Armeeoberkommando, des Generals von Cramon, vom 10. März 1918 läßt die Gründe hierfür erkennen. Man hatte angeblich beim k. u. k. Armeeoberkommando das Gefühl, daß Deutschland die k. u. k. Armee gering einschätze und auf ihre Beteiligung geringen Wert lege. Die Mehrheit in dieser Armee wünschte eine Beteiligung an den bevorstehenden Westkämpfen, um die Armee wieder zu Ehren zu bringen. Als weiteren Grund gegen die Absendung österreichisch-ungarischer Divisionen führte Generaloberst von Arz an, „daß er offen gestanden sich scheue, österreichische Infanterie nach dem Westen zu schicken. Die Divisionen, die jetzt aus dem Osten kämen, würden bei dem Artilleriefeuer des Westens einfach fortlaufen, und gute Truppen der Südwestfront zu entnehmen, sei, falls die verstärkten Italiener dort angriffen, auch ein Wagnis."

General von Cramon bemerkte hierzu: „Ich möchte glauben, daß Generaloberst von Arz, wenn er auch seinen Truppen wenig zutraut, hier nicht ganz offen ist, sondern in dem begreiflichen Wunsche, seinen Kaiserlichen Herrn zu decken, bezw. dessen kraftlose Politik zu verschleiern, andere Gründe anführt als tatsächlich vorliegen.

Ich höre vertraulich aus einwandfreier Quelle, daß beim Allerhöchsten Herrn nicht so sehr der Wunsch, Menschen zu schonen, herrscht, als der Wille der Kaiserin, keinen Österreicher in Frankreich kämpfen zu lassen. Zwar rollen österreichische Batterien nach Frankreich, aber die stehen doch weit ab und treten nicht so in die Erscheinung, während ein Kampf Mann gegen Mann vermieden werden soll. In Italien ist dies etwas anderes, da dort die Franzosen die Initiative ergriffen haben.

Angesichts dieser bedenklichen Eingriffe der hohen Frau in militärisch-politische Angelegenheiten und in Berücksichtigung der von General von Waldstätten geschilderten Stimmung im Offizierkorps gestatte ich mir, der Erwägung Eurer Exzellenz ganz gehorsamst anheimzugeben, ob es sich jetzt nicht gerade empfehlen würde, an der österreichischerseits gemachten Zusicherung über Bereitstellung

von Truppen festzuhalten und hier offiziell anzufragen, ob man auf drei gute, zuverlässige und kampfkräftige Divisionen rechnen könne. Ich halte dies aus politischen Gründen, auch im Ausblick auf die Zukunft, für unbedingt ratsam. Daß die Truppen zu spät kommen, ist zweifellos. Das schadet aber nichts, sondern entspricht im allgemeinen ja auch den Wünschen Eurer Exzellenz. Es ist zwar möglich, daß man hier aus den vorstehend geschilderten Gründen dennoch bittet, von der Entsendung Abstand zu nehmen, aber dann können sich die Österreicher wenigstens nicht beklagen, daß man sie geringschätzig behandelt."

In seinem Buche: „Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege" berichtet General von Cramon, daß General Ludendorff und noch mehr Feldmarschall von Hindenburg, die beide nur eine geringe Meinung von der Kampfkraft der k. u. k. Truppen hatten, Bedenken trugen, der Anregung des Generals von Cramon Folge zu geben. Sie stimmten aber schließlich zu. Generaloberst von Arz eröffnete aber nunmehr vertraulich dem General von Cramon, daß die Entsendung österreichischer Infanterie nach dem Westen an allerhöchster Stelle nicht genehm wäre. General Ludendorff habe, so berichtet Cramon, die Ablehnung ruhig aufgenommen, zumal er in der österreichischen Hilfe nie einen besonderen Erfolgsfaktor gesehen habe.

Aus der aktenmäßigen Darstellung wie aus den Veröffentlichungen des Generals von Cramon geht somit hervor, daß die Beteiligung österreichischer Truppen an unserer Märzoffensive hauptsächlich an dem Widerstand der Kaiserin Zita gescheitert ist. Das k. u. k. Armeeoberkommando war, wie General von Cramon feststellt, hiermit in keiner Weise einverstanden. Insbesondere trat General von Waldstätten durchaus für die Waffenhilfe ein und drang darauf, daß unsere Oberste Heeresleitung ihre Forderung nicht fallen lassen möge. Es sei eine Ausrede, daß keine Truppen für den Westen frei seien.

Als seine eigene Meinung fügt General von Cramon seinen Darstellungen hinzu, daß es nicht gut gewesen sei, „so leichten Herzens auf die österreichisch-ungarischen Divisionen zu verzichten". Man hätte die Widerstände in Wien überwinden müssen, auf die Gefahr hin, den Kaiser Karl vorübergehend zu verstimmen. Zehn österreichische Divisionen seien damals für den Westen freizumachen gewesen. Man hätte sie an ruhigen Fronten einsetzen und deutsche Divisionen dafür zum Angriff freimachen können.

Nachdem es nicht gelungen war, rechtzeitig eine unmittelbare Mitwirkung österreichisch-ungarischer Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu erreichen, blieb nichts übrig, als eine Entlastungsoffensive an der italienischen Front vorzuschlagen. Aber auch hierfür war es reichlich spät geworden.

Am 15. März 1918 erging folgende Aufforderung des Feldmarschalls von Hindenburg an Generaloberst von Arz: „Die englischen und französischen Truppen sind anscheinend von der italienischen Front zurückgezogen. Ihr Auftreten an der deutschen Westfront ist zu erwarten. Zur Entlastung des deutschen Heeres in seinem schweren Entscheidungskampf halte ich eine baldige Offensive des österreichisch-ungarischen Heeres in Italien für dringend geboten. Es wird dies zugleich die wirksamste Art sein, in der sich Österreich-Ungarn an der Entscheidung im Westen beteiligen kann."

Generaloberst von Arz antwortete am folgenden Tage, daß er sich zur Prüfung der Frage an die Südwestfront begeben werde, bemerkte aber schon gleich, daß „die materielle Sicherstellung einer Aktion infolge der Verpflegungsschwierigkeiten, der Transport- und Kohlenkrise, die das Heranbringen der Truppen und die Beschaffung der Munition außerordentlich erschweren, in sehr bedeutendem Maße verzögert werden wird." Am 27. März gab er zustimmende Antwort: „Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß ich unter Zusammenfassung aller verfügbaren personellen und materiellen Mittel der Wehrkraft der Monarchie einen Schlag gegen Italien werde durchführen lassen. Vorbereitungen für diese Operation werden Ende Mai beendet sein. Als Resultat dieser Operation, die uns bis an die Etsch führen soll, erwarte ich den militärischen Niederbruch Italiens."

Mitte Juni begann die österreichische Offensive in Italien, die den Niederbruch des Gegners herbeiführen sollte. Aber sie scheiterte. Auf dem westlichen Kriegsschauplatz hatten die deutschen Angriffe im März an der Somme, im April in Flandern und im Mai-Juni an der Aisne zwar zu großen taktischen Erfolgen, aber nicht zu dem erhofften Durchbruch geführt. Bereits am 16. Juni erging folgende Aufforderung Ludendorffs an General von Cramon: „Soweit ich übersehen kann, hat österreichische Offensive keinen Erfolg gehabt. Eine Wiederholung kann ich nicht befürworten. Die amerikanischen Truppen werden nunmehr einheitlich gegen uns eingesetzt werden. Auch ich muß befürchten, daß Italien jetzt noch mehr Truppen nach Frankreich schickt. Hiergegen käme Deutschland in die Hinterhand. Ich bitte daher, mit General von Arz die Entsendung von 5—6 Divisionen und Artillerie an unsere Westfront zu besprechen Selbstverständlich müssen es absolut zuverlässige Truppen sein. Auch die Abgabe von Arbeitskräften, Pferden und Benzin ist dringend geboten."

Bereits am folgenden Tage, den 17. Juni, drängte General Ludendorff auf baldige Entscheidung und Antwort. Artillerie könne schon jetzt abgegeben werden. „Klarheit drängt. Ich muß hier handeln und bedarf auf Grund der durch Italien veränderten Kriegslage

baldigst neuer Kräfte, zunächst Artillerie. Ferner ist Benzin dringend nötig."

Erst nach längeren Verhandlungen gelang es, eine Einigung herbeizuführen. Wie aus den Meldungen des Generals von Cramon hervorgeht, war Kaiser Karl anfänglich abgeneigt, dem deutschen Wunsche nachzukommen. „Der Kaiser neigt dazu, den Italienern, wenn irgend möglich, noch eine Niederlage zu bereiten. Dazu kommt, daß innere Schwierigkeiten befürchtet werden, wenn die Offensive aufgegeben wird." (Meldung vom 18. Juni.) Mehrfach schwankte der Kaiser. Nach anfänglicher Zustimmung von Allerhöchster Stelle „scheinen gegenwärtig wieder Bedenken obzuwalten, die Generaloberst von Arz aber zu beheben erhofft," meldet General von Cramon am 21. Juni. Am 23. fügt er hinzu, daß Generaloberst von Arz und General von Waldstätten unbedingt für Truppensendung seien. „Der Kaiser ist gestern noch einem endgültigen Entschluß ausgewichen. Generaloberst von Arz ist der Meinung, daß der Allerhöchste Herr dieses, wie alles, mit der Kaiserin vorher besprechen und sich daher vorher nicht binden wolle. Ob dieses zutrifft, kann ich nicht beurteilen, aber es wird wohl leider so sein. Jedenfalls ist der Einfluß der hohen Frau keineswegs ausgeschaltet, wenn er auch gegenwärtig nicht zu unseren Ungunsten ausgeübt zu werden scheint." General von Cramon empfahl der deutschen Heeresleitung zu betonen, „daß die k. u. k. Divisionen zum Teil wenigstens auch offensiv gebraucht werden sollten, weil ein Einsetzen an einer ganz ruhigen Front der hiesigen Eitelkeit zuwider laufen würde."

Inzwischen hatte die deutsche Oberste Heeresleitung weiter auf schnelle Entscheidung gedrängt. Am 18. Juni hatte General Ludendorff dem Generaloberst von Arz durch General von Cramon folgendes mitteilen lassen: „Es steht zu erwarten, daß die Amerikaner auf der Westfront sich immer mehr verstärken und daß auch die Italiener noch mehr Divisionen nach Frankreich bringen werden. Trotzdem werden wir den Krieg gewinnen, wenn wir noch weitere Schläge auf dem Westkriegsschauplatz zu führen in der Lage sind. Hierzu reichen aber die deutschen Kräfte allein bei den zu erwartenden feindlichen Verstärkungen auf die Dauer nicht aus. Ich würde deshalb dankbar sein, wenn möglichst viele, zunächst etwa 5 bis 6 k. u. k. Divisionen auf den Westkriegsschauplatz abbefördert würden. Nachdem diese Divisionen für die hiesigen Kampfverhältnisse ausgebildet sein werden, wie dies auch bei unseren Ostdivisionen der Fall war, beabsichtige ich, sie an entscheidender Stelle einzusetzen."

Am 21. Juni erging eine offizielle Aufforderung „von seiten der Obersten Kriegsleitung" und unterzeichnet vom Feldmarschall von Hindenburg an Generaloberst von Arz: „Nach dem Gang der Ereignisse an der italienischen Front ist hier eine große Entscheidung nicht mehr zu erwarten. Die Gesamtentscheidung des Krieges liegt

jetzt einzig und allein an der deutschen Westfront. Das weiß auch die Entente. Alle amerikanischen, weitere italienische Kräfte werden hier eingesetzt werden. Teilangriffe der österreichisch-ungarischen Armee können hieran nichts mehr ändern. Das Herbeiführen der Gesamtentscheidung gegen einen sich in Frankreich dauernd verstärkenden Feind bedingt, daß auch wir alles an anderer Stelle irgendwie Entbehrliche hier zusammenfassen und da, wo wir nicht um die Gesamtentscheidung kämpfen, in die Abwehr fallen, sonst zersplittern wir unsere Kraft. Vom Standpunkt der Obersten Kriegsleitung spreche ich daher meine Ansicht dahin aus, daß die österreichisch-ungarische Armee ihre Angriffe in Italien einstellt und alle hierdurch verfügbar werdenden Kräfte dem westlichen Kriegsschauplatz zuführt, um die hier bereits errungenen Erfolge zur Entscheidung auszubauen. Ich wiederhole die Eurer Exzellenz bekannte Bitte, zunächst 6 Divisionen und starke Artillerie unverzüglich dorthin in Marsch zu setzen. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß Eure Exzellenz dieser eisernen militärischen Notwendigkeit sich nicht verschließen und mir beistimmen werden."

Am 24. Juni konnte General von Cramon melden, daß Kaiser Karl gegen die Abgabe von Kräften an die Westfront keine Einwendungen mehr mache. Die Lage an der Südwestfront sei aber noch nicht geklärt, eine Gegenoffensive des Feindes möglich. Auch müßten die abzugebenden Divisionen nach den Kämpfen erst aufgefüllt werden, was immerhin einige Zeit in Anspruch nehme.

Das Weitere wurde in einer Besprechung in Wien, zu der von der Obersten Heeresleitung Major von Bockelberg entsandt wurde, am 26. und 27. Juni vereinbart. Hiernach sollten 6 Divisionen abgegeben werden, davon zwei Anfang Juli als erste Abgabe abfahren. Ferner sollten 48 schwere und einige schwerste Batterien nebst der erforderlichen Munition abgegeben werden. Die Divisionen sollten nach der Ankunft erst entsprechend den westlichen Verhältnissen ausgebildet, dann an ruhigen Fronten und demnächst an der Hauptkampffront eingesetzt werden. Da eine vierwöchige Ausbildungszeit für erforderlich gehalten wurde, so mußte trotz der Dringlichkeit der Lage geraume Zeit vergehen, bis sich die österreichische Hilfe bemerkbar machen konnte. In einem Schreiben an den Generalfeldmarschall von Hindenburg betonte Generaloberst von Arz am 27. Juni, daß nur Divisionen mit hohem Gefechtswert abgegeben würden, die sich in den schweren Kämpfen an der Isonzofront bewährt hätten. Größere Arbeitskräfte könnten nicht abgegeben werden. Spätestens im September sei nochmals eine Offensive gegen Italien beabsichtigt.

Die beiden ersten Divisionen, die 1. und 35., gingen tatsächlich ab. Die weiteren Entsendungen aber verzögerten sich. Generaloberst von Arz teilt am 21. Juli mit, daß die nächsten Truppen erst Mitte

August abzurollen beginnen könnten, da die Divisionen zurzeit noch außerordentlich schwach seien, erst aufgefüllt und durch aus dem Hinterland eintreffende Divisionen aus der Front abgelöst werden müßten.

Nachdem Ende August Feldmarschall von Hindenburg im Namen der Obersten Kriegsleitung mit Rücksicht auf den ungemein hohen Kräfteverbrauch an der Westfront um die Zusendung weiterer Divisionen gebeten hatte, stellte Generaloberst von Arz am 2. September zwei weitere Divisionen zur Verfügung.

Die Lage an der Westfront veranlaßte den Generalfeldmarschall von Hindenburg am 19. September nochmals zu der „dringenden Bitte, weitere k. u. k. Kräfte unverzüglich und mit möglichst schneller Eisenbahnfolge der deutschen Westfront zuzuführen". Es sei dies „eine unabweisbare Notwendigkeit für einen glücklichen Ausgang des Krieges". Generaloberst von Arz antwortete am 20. September, daß die italienische Front höchstens noch um eine Division geschwächt werden könne und eine weitere Division aus der Ukraine herausgezogen werde. Nun bitte aber Bulgarien dringend um Unterstützung. Schweren Herzens mußte daraufhin die deutsche Oberste Heeresleitung zugunsten der Bulgaren auf die beiden Divisionen verzichten. Es mußte sogar am 21. September das k. u. k. Armeeoberkommando „inständigst" gebeten werden, „noch einmal zu erwägen, ob die österreichisch-ungarische Monarchie dem bedrängten Bundesgenossen nicht noch weitere Hilfe leisten" könne. „Die Ereignisse auf dem Balkan verlangen schnelle und tatkräftige Hilfe, damit Bulgarien und unsere ganze Balkanfront nicht zusammenbricht und das Ergebnis unserer siegreichen Kämpfe in Frage gestellt wird."

Am 4. und nochmals am 16. Oktober mußte aber Feldmarschall von Hindenburg wiederum dringend um die Entsendung von 4 weiteren k. u. k. Divisionen an die Westfront bitten. Generaloberst von Arz erwartete aber an der italienischen Front eine „große Ententeoffensive". Bei Räumung des östlichen Teils der Ukraine könne er ein bis zwei Divisionen der Westfront zuführen, deren Abtransport aber erst in Wochen beginnen könne. Vorher erfolgte der Zusammenbruch Österreichs.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß es doch wohl angezeigt und möglich gewesen wäre, eine stärkere Heranziehung österreichisch-ungarischer Truppen an die Westfront rechtzeitig zu erreichen.

Freilich erwies sich der Einfluß der „Obersten Kriegsleitung" als sehr gering, und der österreichische Widerstand war nicht leicht zu überwinden. Die Österreicher waren sehr empfindlich. Daß man ihnen im Westen nicht einen ganzen Abschnitt zum Einsatz einer geschlossenen österreichisch-ungarischen Armee anvertrauen wollte, ist nach den im Osten gemachten Erfahrungen begreiflich. Als Ar-

beitstruppen waren sie leider nicht zu haben, selbst an ruhigen Fronten wollten sie ihres Ansehens halber nicht eingesetzt werden.

Von einer Entlastungsoffensive der Österreicher in Italien konnte man sich nach den bisherigen Erfahrungen nicht viel versprechen. Auf sich allein angewiesen, hatten die Österreicher bisher nichts Entscheidendes erreicht. Auch stimmte die Offensive in Italien, die erst am 15. Juni begann, zeitlich nicht mit dem Angriff im Westen überein.

Offenbar hat die deutsche Oberste Heeresleitung, nicht ohne Grund, anfänglich keinen großen Wert auf die Beteiligung österreichisch-ungarischer Divisionen an den Westkämpfen gelegt. Im Sommer mußten aber immer dringendere Bitten um Unterstützung an den Bundesgenossen gerichtet werden. Diese Hilfeleistung kam aber reichlich spät und nur nach und nach.

Nach dem Verlauf zu urteilen, wäre es daher besser gewesen, diese Hilfe von vornherein in Anspruch zu nehmen. Nach Ansicht des Generals von Cramon wäre sie zu erreichen gewesen.

5. Das Eintreffen der Amerikaner

Von größter Bedeutung für den Verlauf der Kämpfe im Jahre 1918 ist das Eintreffen und die Mitwirkung der amerikanischen Truppen gewesen. Die Frage, ob das Eintreten der Vereinigten Staaten in den Krieg durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg hervorgerufen wurde oder auch ohne diesen erfolgt wäre, und ob dieser U-Bootkrieg eine fehlerhafte Maßnahme war oder nicht, muß hier außer Betracht bleiben. Es handelt sich hier nur darum, ob in der Ende 1917 gegebenen Lage bei dem Entschluß zur Offensive das Eintreffen und die voraussichtliche Leistung der Amerikaner zutreffend in Rechnung gestellt worden ist, oder ob wir uns darüber getäuscht haben und ob darin eine der Ursachen für das Scheitern der Offensive zu erblicken ist. Tatsächlich war für den Zeitpunkt des Beginns der Offensive die Rücksicht auf das voraussichtliche Eingreifen der Amerikaner von großem Einfluß. Die Hoffnung, daß der verschärfte U-Bootkrieg England in verhältnismäßig kurzer Zeit friedenswillig machen würde, hatte sich nicht erfüllt. Aber man erwartete doch, daß der verfügbare Schiffsraum für große amerikanische Truppentransporte und für den Nachschub nicht ausreichen würde und daß diese Transporte durch unsere U-Boote erheblich gestört werden würden.

Über die amerikanische Armee war beim Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg bekannt, daß sie aus einer verhältnismäßig schwachen regulären Armee von 125 000 Mann und etwa 120 000 Mann Nationalgarde (Milizen der einzelnen Staaten) bestand.

Die reguläre Armee war beim Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg tatsächlich 133 000 Mann, die Nationalgarde anscheinend etwa ebenso stark. Im Kriege konnte hierzu eine große Nationalarmee treten.

Die Oberste Heeresleitung nahm im April 1917 mit Recht an, daß die Neubildung des amerikanischen Heeres längere Zeit in Anspruch nehmen würde. An Menschen konnte es nicht fehlen. Auch die Materialbeschaffung würde sich bei der sehr entwickelten Kriegsindustrie verhältnismäßig einfach gestalten. Eine Hauptschwierigkeit wurde in dem Mangel an Ausbildungspersonal erblickt.

Am 26. Mai 1917 urteilte die Oberste Heeresleitung folgendermaßen: „An der Ausgestaltung der amerikanischen Wehrmacht ist nicht zu zweifeln. Nach den Erfahrungen der Engländer werden aber für Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung größerer Verbände etwa zehn Monate erforderlich sein. Die Beanspruchung des Schiffsraumes für die Versorgung der Entente schließt größere Mannschaftstransporte aus, und zwar um so mehr, solange der U-Bootkrieg wirksam bleibt. Es kann daher dahingestellt bleiben, inwieweit die Entente in der Lage ist, starke amerikanische Kräfte nach Europa zu schaffen. Die in der Presse geforderte Überführung amerikanischer Rekruten nach Europa und die Aufstellung von Teilen des neuen amerikanischen Heeres in Frankreich ist daher unwahrscheinlich. Die reguläre Armee wird den Stamm und das Ausbildungspersonal für die Neuformationen abgeben müssen, steht daher mit ihrer Masse vorläufig nicht zur Verfügung. Es ist somit bis zum Winter mit Auftreten erheblicher Kräfte der Vereinigten Staaten auf dem Kriegsschauplatz nicht zu rechnen. Doch ist aus politischen Gründen die Überführung eines schwachen Expeditionskorps (eine bis zwei Divisionen) der regulären Armee nach Frankreich im Laufe des Sommers möglich."

Im Juli 1917 wurde angenommen, daß die ersten amerikanischen Truppenteile im Juni gelandet seien, daß sich aber bisher nicht mehr als eine Division in Frankreich befinde. Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der neuen Armee bedürften soviel Zeit, daß sie mit der Masse vor Anfang 1918 nicht transportbereit sein werde. Der Umfang der Transporte werde sodann vom Schiffsraum abhängen. In diesem Jahre sei voraussichtlich nur mit einem Expeditionskorps in Stärke von 1 bis 2 Divisionen auf dem französischen Kriegsschauplatz zu rechnen.

Im Dezember 1917, zurzeit als die Beratungen über die Ausführung unserer geplanten Offensive im Gange waren, war in Frankreich mit Sicherheit die erste amerikanische Division festgestellt. Zwei weitere Divisionen sollten mit der Landung begonnen haben, konnten aber bis zum Frühjahr für Offensivunternehmungen nicht in Betracht kommen. Bis zum Frühjahr 1918 wurde aber auf Grund der

eingegangenen Nachrichten mit zahlreichen amerikanischen Verstärkungen gerechnet. „Die Überführung und Versorgung der Truppen der Vereinigten Staaten ist von der Schiffsraumfrage abhängig. Eine größere Zahl als 450 000 Mann ist wegen Schiffsraummangels kaum zu erwarten. Die Masse dieses Heeres kann im Frühjahr 1918 noch nicht angriffsfähig sein. Der Wert der Amerikaner wird daher zunächst im Freimachen englisch-französischer Divisionen an ruhigen Fronten bestehen."

Es wurde damit gerechnet, daß die amerikanischen Kräfte in Frankreich bis zum Frühjahr 1918 die Stärke von 15 Divisionen erreichen könnten.

Über den Wert der amerikanischen Truppen wurde damals dahin geurteilt, daß Ersatz, Bewaffnung und Ausrüstung gut, die Ausbildung aber noch mangelhaft sei. „Der erste an der Front eingesetzte Truppenteil hat sich aber bei einem deutschen Angriff gut geschlagen. Es ist daher zu erwarten, daß der amerikanische Soldat bei weiterer Übung und Kriegserfahrung ein beachtenswerter Gegner wird."

Unsere Annahmen haben sich im wesentlichen als zutreffend erwiesen. Die Stärke der Amerikaner im Frühjahr 1918 haben wir jedoch überschätzt, 15 Divisionen waren um diese Zeit nicht gelandet.

Über das Eintreffen der Amerikaner auf dem europäischen Kriegsschauplatz und über die Stärke des amerikanischen Heeres liegen folgende Nachrichten (nach Réquin, „America's race to victory") vor:

Die Gesämtstärke des amerikanischen Heeres betrug am:

1. April	1917	rund	200 000
1. Dezember	„	„	1 189 000
1. März	1918	„	1 639 000
1. April	„	„	1 796 000
1. Mai	„	„	1 953 000
1. Juni	„	„	2 112 000
1. Juli	„	„	2 380 000
1. August	„	„	2 658 000
1. September	„	„	3 001 000
1. Oktober	„	„	3 433 000
1. November	„	„	3 634 000

Bis zum Juli 1919 sollte die Stärke bis auf 5 Millionen gebracht werden.

Die ersten geschlossenen Truppenteile landeten in Frankreich im Juni 1917. Seitdem trafen in Frankreich ein:

Juni	1917	14 912
Juli	„	3 900
August	„	19 263

September	„	22 544
Oktober	„	30 338
November	„	37 358
Dezember	„	54 273
Januar	1918	40 759
Februar	„	29 723
März	„	74 627
April	„	105 076
Mai	„	233 038
Juni	„	230 144
Juli	„	313 410
August	„	262 487
September	„	310 765
Oktober	„	202 663
November	„	95 519

Die Stärke der amerikanischen Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz betrug

Ende Mai	1917	1 308
„ Juni	„	16 220
„ Dezember	„	183 896
„ Januar	1918	224 655
„ Februar	„	254 378
„ März	„	329 005
„ April	„	434 081
„ Mai	„	667 119
„ Juni	„	897 293
„ Juli	„	1 210 708
„ August	„	1 478 190
„ September	„	1 783 955
„ Oktober	„	1 986 618
im November	„	2 057 675

Diese Zahlen geben ein Bild der gewaltigen Leistung der Vereinigten Staaten. Im Laufe des Juli 1918 wurde bereits die erste Million überschritten, bei Abschluß des Waffenstillstandes waren bereits über zwei Millionen Amerikaner auf dem westlichen Kriegsschauplatz. Die außerordentliche Steigerung der Transporte von Mai 1918 ab war eine Folge des Notschreies, der von der Entente an den Präsidenten Wilson erging. Alle anderen Rücksichten auf die Ernährung und die Beschaffung von Rohstoffen wurden von Lloyd George zurückgestellt, um den erforderlichen Schiffsraum für die Transporte zu schaffen. Truppentransportschiffe sind durch unsere U-Boote nicht versenkt worden. Die Transportleistung wurde dadurch gesteigert, daß ein großer Teil des Geräts nicht befördert, sondern in Frankreich geliefert wurde.

Von den hohen Zahlen müssen jedoch bedeutende Abstriche für die nicht fechtenden Teile des Heeres gemacht werden. Auch sind die beträchtlichen Verluste abzurechnen. Die auf dem westlichen Kriegsschauplatz vorhandenen Truppen waren auch keineswegs alle verwendbar. Ein zutreffendes Bild des Einflusses des amerikanischen Heeres auf den Krieg im Jahre 1918 gibt daher nur die Zahl der für den Kampf verwendbaren Divisionen.

Im März 1918, zu Beginn unserer Offensive, waren in Frankreich 7 amerikanische Divisionen, davon aber nur eine wirkliche Kampfdivision. Drei waren zum Anlernen an der Front eingesetzt, die anderen befanden sich noch in der Ausbildung.

Am Tage des Waffenstillstandes waren 43 Divisionen vorhanden, davon waren aber nur 28 zum Kampf verfügbar, dagegen 5 in der Ausbildung begriffen, 3 im rückwärtigen Gebiet und 6 dienten als Ersatzdivisionen, außerdem war 1 Negerdivision vorhanden. Rechnet man die Division zu 28 000 Mann, so würden die 28 verwendbaren Divisionen einschließlich der nicht im Divisonsverband stehenden Truppen insgesamt 30 000 Offiziere, 870 000 Mann stark gewesen sein.

Zweifellos ist für uns die außerordentliche Steigerung der amerikanischen Truppensendungen seit dem Mai eine Überraschung gewesen. In den ersten Monaten wurde diese Leistung von uns unterschätzt. Doch gelang es demnächst, das Eintreffen der amerikanischen Divisionen an der Front genau festzustellen. Im Juli und August entspricht die von uns angenommene Zahl ungefähr den tatsächlich vorhandenen Divisionen, auch die gegen Ende des Jahres 1918 zu erwartende Gesamtstärke wurde annähernd richtig geschätzt.

Das Eintreffen so starker amerikanischer Truppen machte sich bald bemerkbar.

Schon im Mai und Juni traten bei den Kämpfen amerikanische Truppenteile auf, die 1. Infanteriedivision auch angriffsweise. Die 2. und 3. Division wurden anfangs Juni bei Château-Thierry in den Kampf geworfen, demnächst auch die 26. Das Eingreifen dieser Divisionen bedeutete bereits eine beträchtliche Hilfe für die Alliierten. Weit größer war aber die moralische Wirkung dieser Unterstützung auf die Franzosen. Das Erscheinen der Amerikaner richtete die gesunkene Stimmung wieder auf. Nach französischen Darstellungen wirkte der Anblick der anmarschierenden Amerikaner, lauter junger Leute, strahlend von Kraft und Gesundheit, Wunder. „In neuen Wellen kam das Leben heran, um dem fast blutleeren Körper Frankreichs frische Kraft zu bringen. So kam es, daß in diesen Tagen der Prüfung, als der Feind zum zweiten Male an der Marne stand und uns entmutigt glaubte, wider alles Erwarten ein unsagbares Vertrauen alle französischen Herzen ergriff.“ (Pierrefeu.)

Bei unserem Angriff Mitte Juli stießen wir in der Champagne auf eine amerikanische Division und in der Gegend von Château-

Thierry auf drei Divisionen, die hier kräftigen Widerstand leisteten. Im ganzen waren 7 amerikanische Divisionen beteiligt.

Eine große Rolle spielten die amerikanischen Truppen bereits bei dem am 18. Juli beginnenden französischen Gegenangriff. Zwei amerikanische Divisionen waren bei dem von Villers-Cotterêts ausgehenden Angriff, vier andere westlich Château-Thierry beteiligt. Drei weitere traten demnächst hinzu, so daß im ganzen 9 Divisionen mitwirkten.

Ende August übernahmen die Amerikaner, außer der Verwendung von Divisionen an andern Fronten, mit der 1. Armee eine selbständige „amerikanische Front" an der Maas. Am 12. September schritten die Amerikaner mit 14 Divisionen zum Angriff bei St. Mihiel, der zum Verlust unserer dortigen Stellung führte. Bei der am 26. September beginnenden allgemeinen Offensive fiel den Amerikanern der Raum zwischen Maas und Argonnen in Richtung auf Sedan zu. Die Amerikaner haben bei diesen Kämpfen schwere Verluste erlitten. Ihr Vorgehen wurde im Oktober erheblich durch die mangelhafte Organisation des Nachschubs gehemmt. Sie bildeten um diese Zeit zwei Armeen. Bei der für den 14. November von Foch in Aussicht genommenen Offensive in Lothringen war den Amerikanern eine wichtige Rolle zugedacht.

Das Eingreifen der Amerikaner war sonach von großer Bedeutung für den Verlauf des Krieges. Man hatte in Amerika aus den Erfahrungen des nordamerikanischen Sezessionskrieges gelernt, in dem am 21. Juli 1861 die neugebildeten Unionstruppen am Bull Run einfach auseinanderliefen. Man wußte, daß Miliztruppen Zeit brauchen, um verwendbar zu werden. Die nach Europa beförderten Divisionen vollendeten erst in Lagern mehrere Monate lang ihre Ausbildung, bevor sie an ruhigen Fronten eingesetzt wurden. Vom Sommer 1918 ab wurden sie allerdings öfter ein bis zwei Monate nach ihrem Eintreffen schon in den Kampf geworfen. Der amerikanische Soldat erwies sich als tapfer, wenn auch ungeübt. Frisch, gut genährt und mit unverbrauchter Nervenkraft trat er dem durch unerhörte Anstrengungen einer vierjährigen Kriegszeit erschöpften deutschen Heere gegenüber. Hierin und in der großen zahlenmäßigen Verstärkung, die die Amerikaner unseren Gegnern im entscheidenden Augenblick brachten, liegt die Bedeutung des amerikanischen Eingreifens.

Unsere Hoffnung, im Jahre 1918 durch unsere Offensive eine Entscheidung herbeizuführen, bevor die Amerikaner in größerer Stärke eingreifen könnten, hat sich nicht erfüllt. Die Möglichkeit eines so schnellen Eintreffens, wie es vom Frühjahr ab geschah, haben wir nicht vorausgesehen. Über den Schiffsraum für die Transporte und über die Einwirkung unserer U-Boote haben wir uns getäuscht. Die Amerikaner sind noch zur Zeit und in solcher Stärke eingetroffen,

daß hierdurch in hohem Maße der für uns ungünstige Ausgang des Krieges beeinflußt worden ist.

Einen Vorwurf kann man der Obersten Heeresleitung daraus nicht machen. Das Urteil darüber, ob der Entschluß zur Offensive gerechtfertigt war, kann dadurch nicht beeinflußt werden. Die Erwägungen, die im Winter 1917/18 über das voraussichtliche Eingreifen der Amerikaner angestellt wurden, wird man vom damaligen Standpunkt als berechtigt anerkennen müssen. Hätte man mit Rücksicht auf die Amerikaner von einer Offensive Abstand genommen und sich auf die Verteidigung beschränkt, so wäre mit der Zeit die erdrückende Überlegenheit, die auf seiten unserer Gegner durch das Eintreffen der Amerikaner eintreten mußte, mit Sicherheit in ausschlaggebender Weise zur Geltung gekommen.

Es war sonach richtig, im Frühjahr 1918 den Versuch zu machen, mit aller Kraft eine Entscheidung herbeizuführen, bevor die Amerikaner in größerer Stärke eingetroffen wären.

II

Die Ergänzung und Versorgung des Heeres

1. Ersatz

Bereits im Sommer 1917 war die Ersatzlage schwierig geworden. Das Kriegsministerium teilte damals der Obersten Heeresleitung mit, daß es zurzeit nur die dringenden Ersatzforderungen der an der Hauptkampffront des Westens befindlichen Truppen, und auch diese nur teilweise, befriedigen könne. Für den Osten seien weder ausgebildete Leute noch Rekruten verfügbar.

Im Herbst 1917 beurteilte das Kriegsministerium die voraussichtliche Ersatzlage im Jahre 1918 folgendermaßen: Der durchschnittliche Monatsbedarf wird auf 160 000 Mann geschätzt. Unter Einrechnung des Jahrgangs 1900 (200 000 Mann) und von monatlich 60 000 Genesenen, unter Verwendung von Gv.-Leuten (Gv. = Garnisonverwendungsfähigen) zur Ablösung von kommandierten Kv.-Leuten (Kv. = Kriegsverwendungsfähigen) bei den Truppenteilen (300 000 Mann) und Einstellung von 200 000 Zurückgestellten reicht der Ersatz bis Juli 1918 einschließlich. Von da ab sind nur die 60 000 Genesenen monatlich verfügbar. Da jedoch hierbei der Bestand in den Ersatzbataillonen und Feldrekrutendepots, dessen Höhe nicht angegeben werden konnte, nicht eingerechnet war, so wurde angenommen, daß der Ersatz bis September 1918 gedeckt werden könnte. Was noch fehlte, mußte aus Zurückgestellten und älteren Wehrpflichtigen gedeckt werden.

Eine erneute Berechnung vom 17. Dezember 1917 legte einige abweichende Zahlen zugrunde, indem der Jahrgang 1900 mit 250 000 Mann in Rechnung gestellt und der monatliche Bedarf nur mit 150 000 Mann angesetzt wurde. Es ergab sich aber doch für 1918 ein Fehlbetrag von 354 000 Mann, obwohl die Ersatzformationen und Feldrekrutendepots eingerechnet waren.

Der Rekrutenjahrgang 1898 war bereits im Jahre 1917 eingestellt. Der Jahrgang 1899 war zum Teil in den Rekrutendepots des Ostens, zum Teil in den Ersatzformationen der Heimat, zu einem geringen Teil (die körperlich und seelisch Reifsten) in den Feldrekrutendepots des Westens. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung war der Jahrgang den Anforderungen des Kampfes im Westen noch nicht gewachsen. Der Jahrgang 1900 konnte frühestens im Spätherbst 1918 eingestellt werden. Es war mit der Einstellung der 18jährigen Rekruten des Jahrgangs 1899 schon reichlich weit vorgegriffen worden.

Die Oberste Heeresleitung war somit vor Eintritt in das Jahr 1918 über die Schwierigkeit der Ersatzlage unterrichtet. Sie hatte bereits die Ersatzverteilung insofern selbst in die Hand genommen, als die Divisionen nicht mehr selbständig Ersatz beim Kriegsministerium oder bei den stellvertretenden Generalkommandos anforderten, sondern auf dem Dienstwege, so daß die Armeeoberkommandos und die Oberste Heeresleitung ausgleichen und Überforderungen verhindern konnten.

Bereits im Jahre 1916 hatte die Oberste Heeresleitung dringend eine Erweiterung der Wehrpflicht gefordert, um einerseits alle arbeitsfähigen Männer heranzuziehen, anderseits die Wehrpflicht auf die Altersklassen vom 16. bis 60. Lebensjahre auszudehnen. In einem Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 2. November 1916 an den Reichskanzler heißt es: „Das Höchstmaß der Leistungen kann nur erreicht werden, wenn das gesamte Volk sich in den Dienst des Vaterlandes stellt. Alle anderen Rücksichten müssen dagegen zurücktreten; sie können in einem Kampf, der um Sein oder Nichtsein des Staates, um die Unabhängigkeit, die Wohlfahrt und die Zukunft unseres Volkes entscheiden wird, keine Rolle spielen. Nach einem siegreichen Kriege wird die heimische Friedenswirtschaft in neuer Blüte erstehen, gleichgültig, ob wir uns jetzt von ihr trennen oder nicht. Nach einem verlorenen Feldzuge aber wird uns das Festhalten an friedensmäßigen Zuständen nichts genutzt haben. Wir würden aus der Geschichte der Völker gestrichen und wirtschaftlich zu völliger Abhängigkeit verurteilt sein. Als berufener Berater Seiner Majestät in der Führung des Krieges bin ich verpflichtet, diesen Erwägungen gegenüber der Regierung Ausdruck zu verleihen und den vollen Ernst der Dinge und die ausschlaggebende Bedeutung dieser Angelegenheit nachdrücklich zu betonen. Schreiten

wir nicht zu einer schnellen und ganzen Lösung dieser Frage, so werden der Obersten Heeresleitung die Mittel zum Siege entzogen. Es ist nicht meines Amtes, zu bestimmen, auf welchem Wege die Aufgabe, alle Kräfte und Mittel in den Dienst der Kriegswirtschaft zu stellen, zu lösen ist. Ich glaube aber nicht, es unterlassen zu dürfen, meinen Ansichten darüber kurz Ausdruck zu geben. Es ist nach meiner Überzeugung von höchster Wichtigkeit, daß ein Gesetz zustande kommt, in welchem ausdrücklich die Wehrpflicht für die gesamte männliche Bevölkerung hinsichtlich der Dauer auf das 16. bis 60. Lebensjahr und hinsichtlich der Verwendung auf die gesamte Kriegswirtschaft ausgedehnt wird."

Erneut wandte sich die Oberste Heeresleitung im August und Oktober 1917 in dieser Angelegenheit an das Kriegsministerium. In einem Schreiben vom 18. Oktober 1917 heißt es: „In Anbetracht des großen Ernstes der Ersatzlage sehe ich mich gezwungen, nochmals die Bitte auszusprechen, die Einbringung des Gesetzes zur Verlängerung der Wehrpflicht derart in Angriff zu nehmen, daß es Anfang Dezember verabschiedet werden kann, wenn der Reichstag wieder zusammentritt."

Am 10. September 1917 schrieb der Chef des Generalstabes des Feldheeres an den Reichskanzler: „Der Ersatz für das Feldheer ist zurzeit unzureichend, insbesondere fehlt ausgebildeter Ersatz bei allen Waffen in beängstigendem Maße. Die Ersatzfrage legt schon jetzt erheblich die militärische Operationsfreiheit lahm. Für das nächste Jahr sieht die Ersatzfrage noch ernster aus, wenn es nicht gelingt, Reklamierte in großer Zahl freizumachen. Gelingt es nicht, den nötigen Ersatz für das Heer zu schaffen, so ist der Ausgang des Krieges in Frage gestellt. Auch hinsichtlich der Rüstungsindustrie ist ein zufriedenstellender Stand nicht erreicht. Das an sich nur den notwendigsten Anforderungen entsprechende sogenannte Hindenburg-Programm ist noch jetzt nicht erreicht, obwohl es in seinem Umfange zweimal herabgesetzt (in einzelnen Posten allerdings heraufgesetzt) ist. Es fehlt zurzeit in erheblichem Umfang an dem verschiedensten wichtigsten Kriegsgerät. Jedenfalls darf die Kriegsindustrie nicht weiter eingeschränkt, es muß vielmehr das mit dem Kriegsministerium festgelegte Programm mindestens eingehalten werden. Eine Einschränkung würde nicht nur viel Blut kosten, sondern stellt, ebenso wie Ersatzmangel, den Krieg in Frage. Die Lösung ist um so schwieriger, als auf reklamierte Arbeiter zu Ersatzzwecken zurückgegriffen werden muß." Das Hilfsdienstgesetz habe versagt. Im Frühjahr müsse eine möglichst große Zahl Kv.-Leute als Heeresersatz aus der Industrie gezogen werden. Die älteren Kv.- und Gv.-Leute müßten alle jüngeren Kv.-Leute in der Etappe freimachen und seien an Stelle Reklamierter zur Arbeit heranzuziehen.

Der Reichskanzler und das Kriegsministerium verhielten sich

diesen Vorschlägen gegenüber ablehnend. Man versprach sich von den alten Jahrgängen nur ein geringes Ergebnis. Mit Rücksicht auf die durch die Ereignisse im Osten eingetretene Entspannung der Lage nahm die Oberste Heeresleitung am 14. Dezember 1917 von ihrem Vorschlag, betreffend Heraufsetzung des wehrpflichtigen Alters, Abstand.

Es bot sich nun die Möglichkeit, die Ersatzlage durch Heranziehung der Ostfront zu bessern. Die Frage ist schon berührt worden (S. 43). Es muß aber hierauf genauer eingegangen werden, um festzustellen, ob im Jahre 1918 im Osten überflüssige Kräfte brach gelegen haben, die für die Offensive im Westen hätten nutzbar gemacht werden können.

Die Oberste Heeresleitung plante, 140 000—150 000 Mann des Rekrutenjahrgangs 99 in die Rekrutendepots der Ostfront einzustellen. Der Oberbefehlshaber Ost sollte dafür eine entsprechende Anzahl von Kv.-Mannschaften im Alter von 20—35 Jahren an den Westen abgeben. Der Oberbefehlshaber Ost antwortete in einem Schreiben vom 13. Oktober 1917, das einen Einblick in die Verhältnisse an der Ostfront gibt. Es heißt darin: „In der Gesamtgefechtsstärke der Front von rund 492 000 Mann (529 000 weniger 37 000 gv.) sind rund 85 000 Elsaß-Lothringer, gleich rund 17½ Prozent, enthalten. Die zugedachte Überweisung von 150 000 Mann Jahrgang 1899 würde rund 30⅓ Prozent der erwähnten Gefechtsstärke ausmachen. Nach Durchführung der Maßnahmen würden dann im ganzen etwa 48 Prozent von der ganzen Front oder annähernd die Hälfte aus Mannschaften bestehen, die mehr oder weniger nur durch Beaufsichtigung der anderen Hälfte und von dieser gestützt einem Kampf gewachsen ist. Wenn nun weiter berücksichtigt wird, daß auch diese als zuverlässig betrachtete Hälfte der Mannschaften zu einem hohen Prozentsatz aus alten Leuten besteht, da nach dem Westen nur die besten Leute im Alter von 20—35 Jahren abgegeben werden sollen, so müssen ernste Bedenken entstehen, ob die genügende, für den Wachtdienst und Kampf unbedingt erforderliche Beaufsichtigung der unzuverlässigen Elemente und der jungen Mannschaften seitens der übrigen möglich ist, zumal diese Beaufsichtigung von Mann zu Mann der großen Ausdehnung der Gefechtsstreifen wegen rein räumlich erheblich erschwert ist. Es wird gebeten, dem Befehlsbereich nicht mehr als im ganzen 100 000 Mann des Jahrgangs 1899 zu überweisen."

Die Oberste Heeresleitung stimmte dem zu. 30—40 000 Mann des Jahrgangs 99, die kräftigsten Leute mit gefestigtem Charakter, sollten in die Feldrekrutendepots im Westen eingestellt werden. Das Kriegsministerium stellte aber im ganzen nur 107 000 Mann zur Verfügung, da sich sonst in der Heimat keine Kv.-Mannschaften befänden. Weitere 40 000 Mann vom Jahrgang 99 wollte das Kriegs-

ministerium im Februar ins Feld senden, wenn sich der Chef des Generalstabes bereit erklärte, „im Bedarfsfalle geschlossene Truppenkörper des Feldheeres für den Fall innerer Unruhen zur Verfügung zu stellen“ (Kriegsministerium 10. Januar 1918).

Die Oberste Heeresleitung zog ferner aus den Rekrutendepots des Ostens alles Brauchbare heraus. Am 14. September 1917 verfügte sie an den Oberbefehlshaber Ost: „Zur Deckung des großen Ersatzbedarfs der Westfront, für den ausreichender Ersatz in der Heimat zurzeit nicht verfügbar ist, wird beabsichtigt, aus den Rekrutendepots des Ostens alle für den Westkriegsschauplatz geeigneten Mannschaften herauszuziehen und den Rekrutendepots der Westfront zuzuführen.“

Es wurden sodann Abgaben von Kv.-Mannschaften unter 35 Jahren, keine Elsaß-Lothringer, befohlen: im September zuerst 4500, dann 1500, im Oktober 2000.

Oberbefehlshaber Ost meldete im Oktober, daß in den Rekrutendepots keine für den Westen geeignete Mannschaften mehr vorhanden seien. Es hätten bereits 4000 Mann aus der Front gezogen werden müssen. (13. Oktober 1917.)

Es ist bei diesen Abgaben zu berücksichtigen, daß die zur Verwendung an der Westfront bestimmten Divisionen zuvor aus den Rekrutendepots aufgefüllt werden mußten. Es betraf dies bis zum Mai 1918 57 Divisionen. Die ursprünglichen Stärken dieser Divisionen waren aber sehr gering, z. B. bei der 223. Divison, wie aus einer Meldung des Oberbefehlshaber Ost vom 7. Dezember 1917 an die Oberste Heeresleitung hervorging: 538 bis 559 Mann bei den Bataillonen. Alle Elsaß-Lothringer und alle für die Westfront nicht geeigneten Mannschaften mußten bei diesen Divisionen gegen brauchbare aus den zurückbleibenden Divisionen ausgetauscht werden. Die den Rekrutendepots des Ostens überwiesenen Rekruten des Jahrgangs 99 durften nicht in die Front eingestellt werden, sondern jeder nach dem Westen abgehenden Division war daraus ein Rekrutendepot von 600 Mann mitzugeben.

Nachdem die Masse der an den Westen abzugebenden Divisionen abbefördert war, meldete der Oberbefehlshaber Ost am 23. Mai 1918 der Obersten Heeresleitung, daß bei den einzelnen Armeen nur noch ganz schwache Rekrutendepots und keine im Westen verwendungsfähige Leute mehr vorhanden wären und daß die Divisionen im Osten „zum großen Teil aus über 40jährigen Mannschaften“ beständen. Trotzdem wurden vom Mai bis zum Kriegsende noch zehn Divisonen von der Ostfront fortgezogen.

In welchem Zustand die im Osten verbleibenden Divisionen waren, ergibt sich aus einem Schreiben des Kriegsministeriums an die Oberste Heeresleitung vom 31. Juli 1918 an dem Beispiel der 83. Infanteriedivision. Es heißt darin:

„Im Verlauf eines Austauschsgesuches ist über die Zusammensetzung der Infanterieregimenter der 83. Infanteriedivision nachstehendes hier bekannt geworden. In den Monaten November—Dezember 1917 und Januar 1918 wurden, da die Division im Osten verbleiben sollte, über 2000 der besten Leute, die noch für den Westen geeignet waren, abgegeben. Als Ersatz dafür erhielt die Division von anderen Divisionen Leute, die als Ersatz für den Westen gänzlich ungeeignet waren und weil sie gemäß der Erlasse des Kriegsministeriums usw. nicht in vorderster Front Verwendung finden sollten. Außerdem wurden 20 Offiziere nach dem Westen zur 49. Reservedivision versetzt und 5 Offiziere zur 2. ukrainischen Division kommandiert. Die Division hat nunmehr allein bei den drei Infanterieregimentern einen Fehlbetrag von 93 Offizieren und 1625 Mann, bei dem Rekrutendepot 600 Fehlstellen.

Von dem Istbestand der drei Infanterieregimenter stehen

1785 Mann im Alter von 36—41 Jahren,
1626 „ „ „ „ 42 und mehr Jahren.

Ferner sind 1353 Familienväter mit 4 und mehr zu versorgenden Kindern (teilweise bis zu 12), 334 Gv.-Leute, 1055 Elsaß-Lothringer (letztere beiden Zahlen zum Teil in obigen Zahlen enthalten). Es kommen somit nicht 9 Elsaß-Lothringer auf die Kompagnie, sondern 29. Zum großen Teil wurden auch von den sieben Abgabedivisionen Leute überwiesen, die schon mehrfach vorbestraft sind."

Im Mai 1918 wurden die Feldstärken des Ostheeres allgemein heruntergesetzt, um nochmals Leute freizumachen, die dazu bestimmt wurden, alle noch im Westen in der Etappe oder in wirtschaftlichen Betrieben befindlichen Kv.-Leute abzulösen. Die Maßnahme wurde durchgeführt, obwohl die Heeresgruppe Eichhorn mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Ukraine dringend gebeten hatte, davon Abstand zu nehmen. Es wurden über 43 000 Mann auf diese Weise gewonnen.

Im Juli 1918 wurde eine Herabsetzung der Stärken der Landsturmbataillone des Ostens zum Ersatz für die im Westen aus den Sonderformationen (Flieger-, Nachrichten-, Kraftfahrtruppen usw.) herauszuziehenden Kv.-Mannschaften benutzt.

Ende August wurde der Oberbefehlshaber Ost von der Obersten Heeresleitung gefragt, ob er bei dem empfindlichen Menschenmangel dem Westen noch irgendwie helfen könne. Nochmals wurden die Stärken der Bataillone der gesamten Ostfront um 50 Mann (auf 600) herabgesetzt.

In ähnlicher Weise, wie der Oberbefehlshaber Ost, wurde auch Heeresgruppe Mackensen zu Abgaben für den Westen herangezogen.

Man kann hiernach sagen, daß vor und während der Offensive des Jahres 1918 der Osten alles, was irgend möglich war, dazu beigetragen hat.

Kriegsministerium und Oberste Heeresleitung waren seit dem Herbst 1917 bemüht, in der Heimat wie an der Westfront Maßnahmen zur Besserung der Ersatzlage zu treffen.

Das Kriegsministerium ordnete am 26. September 1917 an, daß „zur beschleunigten Herausziehung brauchbaren Ersatzes für das Feldheer eine erneute Generalmusterung" sämtlicher nicht Kv.-Angehörigen aller Ersatzformationen und der in Genesungsheimen, Badeorten usw. befindlichen Heeresangehörigen stattfinden sollte.

Die Oberste Heeresleitung befahl im August 1917, daß 10 v. H. aller Mannschaften aus der Etappe herausgezogen werden sollten. Das Ergebnis dieser Maßnahme waren nur rund 6000 Mann (einschließlich Oberbefehlshaber Ost und Heeresgruppe Mackensen). Dagegen hatten Ablösungen von Kv.-Mannschaften aus der Etappe durch Gv-Leute mehr Erfolg. Im ganzen wurden einschließlich vorstehend bezeichneter 6000 Mann aus der Etappe 1 187 Offiziere, 89 872 Mann seit Mai 1917 nach einer Meldung des Generalquartiermeisters herausgezogen und in die Front eingestellt.

Geringes Ergebnis hatte das Herausziehen von Mannschaften aus Kolonnen und Trains und Sonderwaffen ohne Ersatz im August und September 1917. Aus Kolonnen und Trains wurden im Westen und Osten zusammen 5380 Mann, aus Sonderwaffen (Luftstreitkräfte, Nachrichtenchef, Feldkraftfahrchef, Feldeisenbahnchef) nur 1200 Mann zusammengebracht.

Es waren dies alles jedoch nur kleine Mittel, um dem Mangel an Ersatz abzuhelfen. Durchgreifende Hilfe hätte nur gebracht werden können, wenn es möglich gewesen wäre, auf das große Heer der Zurückgestellten zurückzugreifen, die in der Kriegsindustrie in der Heimat beschäftigt waren. Seit der Aufstellung des Hindenburgprogramms war die Zahl der Zurückgestellten außerordentlich gestiegen. Sie betrug:

Am 21. Januar 1917: 1 431 558, davon 838 996 kv.
„ 1. Januar 1918: 2 154 387, „ 1 097 108 „

Im Oktober 1917 hatte das Kriegsministerium zum ersten Male angeordnet, daß bis zum 1. Januar 1918 30 000 Mann, bis zum April 1918 nochmals 30 000 aus der Kriegsindustrie herausgezogen werden sollten.

Auch diese Maßnahme erwies sich als unzulänglich, als im Frühjahr 1918 nach Beginn unserer Offensive starke Verluste eintraten. Der Jahrgang 1899 war verausgabt, der Jahrgang 1900 noch nicht reif, so blieb als Ersatzquelle hauptsächlich nur die Kriegsindustrie.

Nach einer Niederschrift vom April 1918 auf Grund eines mündlichen Vortrages war man im Kriegsministerium der Ansicht, daß monatlich der Mannschaftsbedarf außer den Genesenen durchschnittlich 81 000 Mann betrage. Wie erwähnt, war für das erste Vierteljahr 1918 das Herausziehen von 30 000 Mann aus der Kriegsindustrie angeordnet. Diese Maßnahme wurde auch für das zweite Vierteljahr getroffen. Es ergab dies somit monatlich 10 000 Mann. Es blieben daher noch 71 000 Mann zu beschaffen. Dieser Bedarf konnte sich durch die Kämpfe noch steigern. Es ergab sich daraus die Folgerung, die Zurückgestellten in der Kriegswirtschaft stärker heranzuziehen, den Kriegsbetrieb einzuschränken oder die Arbeiter durch Kriegsgefangene zu ersetzen.

Die Oberste Heeresleitung wandte sich am 11. April 1918 an das Kriegsministerium in einem Schreiben, das die Schwierigkeiten dieser Frage erkennen läßt. Es heißt darin:

„Die Ersatzlage ist augenblicklich ungünstig. Der planmäßig aus der Heimat dem Feldheer zuzuführende Ersatz genügt bei weitem nicht, um die Verluste zu ersetzen. Die Ersatzlage muß daher gebessert werden, wenn das Feldheer die vor ihm liegende schwere Aufgabe erfüllen soll.

Innerhalb des Feldheeres ist das Erforderliche zur Gewinnung von Kv.-Mannschaften für die Frontverwendung bereits veranlaßt worden. Auf ein nennenswertes Ergebnis ist jedoch nicht mehr zu rechnen. Ferner habe ich aus den in Rumänien verbleibenden Truppen und Formationen ein Herausziehen der für die Westfront geeigneten Kv.-Mannschaften bis zum Sinken der Feldstärken um 25 Prozent angeordnet. Beim Oberbefehlshaber Ost ist eine weitere Verringerung der Truppenstärken mit Rücksicht auf das zu sichernde Gebiet nicht möglich.

In der Heimat kommt es meines Erachtens darauf an, durch scharfe Maßnahmen

1. an allen Stellen einen noch wesentlich weitergehenden Ersatz der männlichen Arbeitskräfte durch weibliche zu erreichen,

2. alle Arbeitskräfte in der Kriegswirtschaft freizumachen, die bei schärfster Anspannung überflüssig sind oder nicht voll ausgenutzt werden. Ich bin überzeugt, daß vielfach noch immer erhebliche Arbeitskräfte aus zurzeit nicht zu billigenden Gründen in den einzelnen Industriezweigen festgelegt sind. Eine nochmalige eingehende Prüfung und dauernde Überwachung der Unternehmer scheint mir notwendig.

3. Einschränkung aller nicht unbedingt notwendigen Produktion. Der Beginn ist bereits durch die vom Kriegsministerium auf meine Vorschläge hin angeordnete Einschränkung der Kriegsmaterial-lieferungen gemacht worden. Wir werden auf diesem letzteren Gebiet aber wohl noch weitergehen müssen. Wir müssen allerdings

damit rechnen, daß diese weiteren Einschränkungen der Kriegswirtschaft sich in der Heimat wie im Heere fühlbar machen werden. Das muß ertragen werden, wenn nur das unbedingt Nötige gesichert ist. Eine solche Maßnahme bedarf sorgfältiger Vorbereitungen, damit der Produktionsrückgang allmählich erfolgt und die untere zulässige Grenze nicht unterschreitet. . . .

Bei der Einschränkung der Rüstungsindustrie ist darauf Bedacht zu nehmen, daß folgende Industrien keine Einschränkung erleiden:

I. Rohstoffe: Kohle, Stahl, insbesondere Hartstahl, wichtige Rohstoffe und Vorprodukte, insbesondere für Pulver und Sprengstoffe, Düngemittel.

II. Fertigfabrikate: U-Boote, Schienen und Geschoßhüllen, Pulver und fertige Munition, Flugzeuge, Lokomotiven und Lastkraftwagen aller Art. Bezüglich der Kohle muß sogar eine Erhöhung der Produktion und damit Zuweisung von Menschenkraft erfolgen, wenn anders wir nicht im nächsten Winter die gleichen schweren Erschütterungen unseres Wirtschaftslebens erdulden wollen, wie im letzten Winter. Ich unterstütze daher nochmals die dahin zielenden Anträge des Reichskohlenkommissars."

In dieser Verfügung tritt die Schwierigkeit zutage, die Ersatzanforderungen mit der Leistungsfähigkeit der Industrie in Einklang zu bringen. Die einzelnen Zweige der Kriegsindustrie, die nicht beeinträchtigt werden durften, waren so zahlreich, daß große Ersparnisse an Arbeitskräften kaum gemacht werden konnten. Das Kriegsministerium wies am 30. April 1918 nach, daß das Herausziehen von 30 000 Mann aus der Kriegsindustrie nichts nutze, wenn gleichzeitig tatsächlich viel mehr Leute wieder neu dafür zurückgestellt würden. Im ganzen sei die Zahl der Zurückgestellten im ersten Vierteljahr 1918 um 123 000 Mann gestiegen.

Die Ersatzlage Mitte Mai 1918 ergibt sich aus einer Besprechung bei der Obersten Heeresleitung am 15. Mai 1918. Danach gab es nur noch folgende Ersatzquellen:

1. Aus gesundheitlichen Gründen Zurückgestellte: etwa 40 000.
2. Reklamierte: 1 097 000,
   davon Eisenbahner 237 000,
   „ Beamte, davon 50 Prozent über 45 Jahre 80 000,
   „ Kriegsindustrie, an der nicht gerührt werden darf 520 000,

so daß mit höchstens 100 000 Mann gerechnet werden kann.

3. Aus dem Besatzungsheer sollte alles Brauchbare herausgezogen werden.

4. Sonderwaffen und Etappe sollten nochmals „ausgekämmt" werden. Aus der Etappe rechnete man auf 30 000 Mann.

Im ganzen ergab sich auch hieraus wieder, daß mit den kleinen Mitteln im Verhältnis zu dem monatlichen Bedarf nicht viel zu er-

reichen war. Immerhin wurde am 15. Mai 1918 befohlen, daß der Generalquartiermeister 30 000 Kv.-Mann, der kommandierende General der Luftstreitkräfte, Chef des Nachrichtendienstes, Feldeisenbahnchef, Feldkraftfahrchef zusammen ebenfalls 30 000 Kv.-Mann herausziehen sollten.

Nach den schweren Kämpfen im Juli traten so starke Abgänge ein, daß eine Reihe von Divisionen aufgelöst werden mußte. Mitte August gestaltete sich die Lage nach der Niederlage der 2. Armee am 8. August bedrohlich. Ein Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 17. August 1918 beleuchtet die Lage:

„Die seit dem Frühjahr dauernden Großkämpfe an der Westfront haben große Ausfälle in den Feldstärken bewirkt. Der aus der Heimat zuströmende Ersatz deckt zurzeit gerade die täglichen Verluste. Die nach Großkämpfen klaffenden Lücken bleiben offen. Alle angewandten Mittel (Auskämmen in Feld und Heimat, Einschränkung der Kommandierungen und wirtschaftlichen Betriebe, Auflösung von Verbänden, Herabsetzen der Feldstärken an der Ostfront, Abgabe aus den Sonderwaffen) haben eine ausreichende Steigerung der Ersatzraten nicht gebracht. So fallen die durchschnittlichen Feldstärken der Bataillone von Monat zu Monat. Während sie an der Westfront, durchschnittlich gerechnet, im März 800 Mann und 700 Rekruten betrugen, sind sie zurzeit auf 650 Mann und 350 Rekruten gesunken. Zahlreiche Divisionen haben eine Bataillons-Feldstärke weit unter 600 Mann.

Damit ist das zulässige Maß, unter das die Feldstärken nicht sinken dürfen, bereits überschritten. Die Kampfführung wird ernstlich beeinträchtigt. Ich habe schon zu dem . . . Mittel: Auflösung der vierten Kompagnien greifen müssen, um kampfkräftige Verbände zu schaffen. Die weitere Auflösung von Divisonen findet ebenso ihre Grenze wie die fortgesetzte Einschränkung wirtschaftlicher Betriebe und das Herauslösen von Kv.-Mannschaften.

Um für die kommenden Großkämpfe das Feldheer wieder auf ausreichende Stärke zu bringen und zu erhalten, ist vermehrte Ersatzzuführung dringendstes Gebot. Nach den bisherigen Erfahrungen wird der erforderliche Ersatz aus den zurzeit verfügbaren Quellen nicht zufließen. Ich halte es daher für notwendig, den Rekrutenjahrgang 1900 heranzuziehen. Ich bitte ihn mir derart zur Verfügung zu stellen, daß die nicht landwirtschaftlichen Mannschaften vom Ende September an, der Rest von Mitte November an in die Feldrekrutendepots der Westfront eingestellt werden kann. Seine Frontzuführung wird, wie zurzeit beim Jahrgang 1899, an meine Genehmigung gebunden.

Ich bin mir aller Bedenken, die gegen diese frühe Heranziehung des jungen Jahrgangs zu erheben sind, bewußt. Ich sehe aber keinen

anderen Weg, um das Feldheer für seine Aufgaben kampfkräftig zu erhalten."

Daß alle sonstigen Mittel längst nicht mehr ausreichten, beweisen „Vortragsnotizen der Obersten Heeresleitung über die Ersatzlage" vom Ende August 1918.

Die monatliche Ersatzrate vom Kriegsministerium für Kampfdivisionen wird darin auf etwa 40 000 Mann angegeben. Dazu kommen die bisher noch vierteljährlich ausgekämmten 30 000 Reklamierten, „die aber wesentlich merkbare Erhöhung von Infanterieersatz nicht bringen."

„Diese Zahlen reichen gerade aus, um den täglichen Bedarf normaler Zeit ohne Großkämpfe zu decken. Die monatlichen Verluste an der Westfront sind mit etwa 180—200 000 Mann zu beziffern, Fortgang der Kämpfe in jetzigem Maßstab vorausgesetzt."

Es wird mit 70—80 000 Genesenen monatlich für Kampfdivisionen gerechnet. Dazu monatlich obige 40 000 Mann vom Kriegsministerium. So stehen zur Deckung der Verluste etwa 120 000 Mann zur Verfügung. „Es entsteht also jeden Monat ein Fehlbetrag von etwa mindestens 80 000 Mann."

„Tatsächlich hat sich die Kopfstärke der Truppen im Operationsgebiet des Westens in den drei Monaten Mai bis Juli um rund 300 000 Mann verringert. Die Feldstärken sind von rund 800 Mann und 700 Rekruten im März auf 620 Mann und 450 Rekruten im August durchschnittlich gesunken. Es gibt Divisionen mit Feldstärken von 400 Mann und darunter, für die eine Auffüllung von 600 Mann in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Am 15. August betrug die Zahl der Divisionen mit unter 600 Mann Feldstärke 52!

Die bisher angewandten Mittel (Formierung zu drei Kompagnien, Auflösung von Divisionen) helfen nur kurze Zeit. Ihre Anwendung ist begrenzt . . .

Große Hilfen sind notwendig und zwar rasch, denn die Grenze, unter die die Feldstärken nicht mehr sinken dürfen, ist bereits erreicht. Sie wird im September überschritten. Die Kriegführung wird ernstlich beeinträchtigt. Um die Divisionen der Westfront einmal auf eine durchschnittliche Feldstärke von 700 Mann und 600 Rekruten zu bringen, wird ein einmaliger Ersatzzuschuß von etwa 200 000 Mann gebraucht. Um sie auf dieser Stärke zu erhalten, ist ein monatlicher Ersatzzuschuß von etwa 80 000 Mann erforderlich.

Ob aus dem Osten noch Mannschaften verfügbar gemacht werden können, wird zurzeit geprüft. Groß kann die Ausbeute vor allem an jüngeren Mannschaften nicht mehr sein. Ein Herabsetzen der Stärken bei 10. Armee, 8. Armee und Armeeabteilung D um 10 v. H. würde etwa 25 000 Mann ergeben.

Der Jahrgang 1900 beträgt etwa 250 000 Mann Infanterie. Von diesen ist aber ein großer Teil erst im November greifbar mit Rück-

sicht auf die Landwirtschaft. Dann aber erst Beendigung der Ausbildung. Also erst in einiger Zeit zu verwenden. Wir haben gebeten, Ersatz Mitte September zum Abtransport bereitzuhalten, landwirtschaftliche Rekruten Anfang November.

Es ist daher zu prüfen: was kann die Heimat noch leisten, welche Mittel können angewandt werden, um

a) einen einmaligen Ersatzzuschuß von 180—200 000 Mann in kürzester Zeit zu leisten, und um

b) die monatliche Ersatzrate um 80 000 Mann zu steigern.

Entspricht das Ergebnis der Prüfung nicht diesen Forderungen, so ist eine Fortführung des Krieges in der bisherigen Art ausgeschlossen."

Eine Besprechung zwischen Kriegsministerium und Oberster Heeresleitung am 7. September 1918 hatte folgendes Ergebnis:

„Ersatz kann nur aus zwei Quellen fließen: aus Besatzungsheer und Reklamierten. Alles was durch Nachmusterung, durch Erfassung von Drückebergern usw. greifbar wird, ist bereits in der Zahl von 40 000 monatlich enthalten."

1. Aus dem Besatzungsheer sollten 20 000 kv. und 40 000 gv. Leute herausgezogen werden, erstere waren nur teilweise ausgebildet, daher zunächst in die Rekrutendepots einzustellen.

2. Aus Reklamierten sollten außer den monatlichen 10 000 kv. (also vom 1. Oktober 1918 bis Ende März 1919: 60 000) weitere 161 000, im ganzen also 221 000 herausgezogen werden. Diese waren aber, außer den 60 000, unausgebildet und mußten erst eine vierwöchentliche Ausbildung erhalten.

So ergaben sich 221 000 + 60 000 = 281 000, die in monatlichen Raten von 40 000—50 000 verfügbar zu machen waren.

Das Zurückgestelltenheer betrug zurzeit im ganzen 2 424 000, davon 1 187 000 Kv.-Leute, die meist nicht ausgebildet und daher nicht sofort verfügbar waren. „Davon gehört $^1/_4$ der Kohlen-, $^1/_4$ der Eisenbahn-, $^1/_2$ der U-Boots-, Munitions-, Motoren-, Kraftwagen- usw. Industrie und der Landwirtschaft an." Die Oberste Heeresleitung hatte aber, wie bereits erwähnt, eine ganze Reihe von Industriezweigen bezeichnet, die nicht leiden sollten, darunter die Kohle, die Munition, die U-Boote, Tanks, Flugzeuge, Lastkraftwagen, Motoren, Gaskampfmittel, Eisenbahn, Landwirtschaft.

Das Kriegsministerium hatte am 30. August betont, daß für die Eisenbahnverwaltung im ganzen noch 259 300 kriegsverwendungsfähige Wehrpflichtige vom Waffendienst zurückgestellt seien und verlangt, daß allmählich 15 v. H. davon eingestellt werden sollten bis zum 1. Oktober 1918. Erst nach langen Verhandlungen stimmte die Eisenbahnbehörde zu.

Die Stärke des Jahrgangs 1900 wurde auf 268 000 Mann

und 35 400 Reklamierte, somit im ganzen auf 304 000 kv. Mann berechnet. Davon waren für Infanterie, Jäger und Maschinengewehrtruppen 204 800 bestimmt. Es wurde betont, daß der „Jahrgang 1900 die einzige Hilfe sei, die wirklich schnell und radikal wirkt". Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums vom 19. August 1918 waren bis dahin 230 000 Mann zur Einstellung in die Ersatzformationen der Heimat freigegeben, darunter 140 000 für Infanterie, Jäger und Maschinengewehrtruppen. Demnächst sollten noch 38 600 freigegeben werden. Summa 268 600. Der Rest war vorerst noch reklamiert.

Auf dringendes Ersuchen der Obersten Heeresleitung erklärte sich das Kriegsministerium mit der Einstellung des Jahrgangs 1900 in die Rekrutendepots der Westfront am 10. September einverstanden. Ein Drittel sollte bis zum 20. September, zwei Drittel bis zum 15. Oktober marschbereit sein. Am 22. Oktober 1918 wurde von der Obersten Heeresleitung die Einstellung der ersten Rate des Jahrgangs 1900 in die Feldtruppen zum 1. November genehmigt.

Nochmals wurde die Etappe ausgekämmt. Es zeigte sich, daß darin noch 1346 kv. Offiziere und 29 228 kv. Mannschaften waren, wovon aber auf Grund von Nachprüfungen 560 Offiziere und 10 372 Mann als unabkömmlich bezeichnet wurden. Es wurde am 24. Oktober 1918 angeordnet, die übrigen 786 Offiziere und 18 856 Mann restlos freizumachen.

Im Oktober 1918 gestaltete sich die Ersatzlage äußerst ungünstig. Seit Beginn der Frühjahrsoffensive waren die Feldstärken der Bataillone dauernd gesunken. Sie betrugen:

am 1. April 1918	. . . . .	766 Mann
„ 1. Mai 1918	. . . . .	728 „
„ 1. Juni 1918	. . . . .	718 „
im August 1918	. . . . .	650 „
Ende September 1918	. . . . .	570 „

Mitte Oktober waren in den Ersatzformationen noch 420 000 kv. und 624 000 gv. und av. (arbeitsverwendungsfähige) Mannschaften. Aber nur 75 000 kv. und 32 000 gv. und av. waren davon zur sofortigen Ersatzgestellung verfügbar. Der Rest war in der Ausbildung, zur Kriegswirtschaft kommandiert oder beurlaubt, krank, gehörte zum Ausbildungspersonal oder zu den in der Heimat zu belassenden Landsturmleuten über 45 Jahre und den letzten Söhnen der im Kriege heimgesuchten Familien.

Nach einem Vermerk vom 30. September 1918 wurde der Fehlbetrag an Ersatz für den Oktober auf 67 000 Mann berechnet, d. h. bei einer augenblicklichen durchschnittlichen Feldstärke der Bataillone von 570 Mann sank das Bataillon um 40 Mann. Bei einer Besprechung beim Reichskanzler erklärte General Ludendorff am

9. Oktober 1918 ebenfalls, daß monatlich 70 000 Mann fehlten. („Vorgeschichte des Waffenstillstandes", S. 68.)

Der Kriegsminister General Scheüch gab in einer Sitzung am 18. Oktober („Vorgeschichte des Waffenstillstandes", S. 103) jedoch an, daß der normale Nachschub an Ersatz monatlich 190 000 Mann betrage und gestellt werden könne „ohne sehr fühlbaren Eingriff in die Heimatwirtschaft". Ein einmaliger starker Nachschub von 600 000 Mann (genau 637 000) würde diesen Eingriff aber fühlbar machen. „Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört." Auch könne dann nicht mehr der laufende monatliche Ersatz von 190 000 Mann, sondern nur von 100 000 für das nächste halbe Jahr sichergestellt werden. Diese 600 000 Mann seien ferner nicht alle sofort, sondern nur nach und nach verfügbar.

Es scheint, als ob hierbei sehr günstig gerechnet worden sei. Die 600 000 Mann sollten nämlich nach einer Aufstellung vom 4. November auf folgende Weise zusammengebracht werden:

Genesene	55 000	Mann
Aus russischer Gefangenschaft Zurückgekehrte	5 000	„
Jahrgang 1900	250 000	„
Nachgemusterte des Jahrgangs 1900	19 000	„
Auskämmen im Heimatheer	73 000	„
Auskämmen in den Etappen und Generalgouvernements	20 000	„
Auskämmen aus der Industrie bis 25. Oktober	20 300	„
Auskämmen aus der Industrie bis 25. November	53 000	„
Auskämmen aus der Eisenbahn	5 800	„
Auskämmen von Beamten	15 700	„
Nachgemusterte	5 000	„
Kriegsfreiwillige Deutschstämmige aus dem Osten	3 000	„
Zusammen	524 800	Mann
Von den Bundesstaaten in demselben Verhältnis aufzubringen	100 000	Mann
Zusammen	624 800	Mann

Es ist hiernach der Jahrgang 1900, über den schon verfügt war, eingerechnet. Die aus der russischen Kriegsgefangenschaft Zurückgekehrten waren zum Teil politisch verseucht und standen einer Verwendung im Westen widerwillig gegenüber. Aus dem Besatzungsheer und der Etappe sollte der letzte Rest ausgekämmt werden. Die Kriegswirtschaft mußte fast 100 000 Mann stellen. Aber auch hier war ein starker Widerstand der Industriearbeiter zu überwinden, sie brachten keinen guten Geist mit an die Front. Die Ersatztransporte

fanden nur unter starken Störungen und Ausschreitungen statt, die Fahnenflucht nahm unterwegs zu.

Die Aufbringung der 600 000 Mann, wofern sie überhaupt gelang, konnte nur unter merklicher Abnahme des Materialnachschubes und auf Kosten des laufenden monatlichen Ersatzes stattfinden.

Dieser monatliche Ersatz sollte vom Dezember 1918 bis 1. April 1919, soweit sich dies damals übersehen ließ, auf folgende Weise beschafft werden:

Genesene (für 4 Monate je 45 000 Mann)	180 000	Mann
Auskämmen aus der Industrie	86 700	„
Auskämmen aus der Eisenbahn	5 850	„
Auskämmen aus dem Besatzungsheer (monatlich 4000)	16 000	„
Auskämmen aus den Etappen (monatlich 2000)	8 000	„
Aus Kriegsgefangenschaft Zurückkehrende .	6 000	„
Kriegsfreiwillige Deutschstämmige	5 000	„
Nachgemusterte usw.	16 000	„
Zusammen	323 500	Mann
Dazu anteilig von Bayern, Sachsen und Württemberg aufzubringen	30 000	Mann
Zusammen	353 500	Mann

Der monatliche Ersatz wurde hiernach auf 85 000 bis 90 000 Mann (also nicht mehr auf 100 000) angenommen.

Es war im Oktober 1918 auch von einer levée en masse die Rede. Wenn man den ungeheuren Verbrauch in vier Kriegsjahren und die vorstehenden Berechnungen, in denen mühsam immer wieder durch Auskämmen einige Zahlen zusammengebracht werden, berücksichtigt, so kann man eine levée en masse um diese Zeit nur noch als ein Schlagwort bezeichnen, ganz abgesehen von der Frage, ob die Heimat zurzeit noch für den Aufschwung zu einem solchen großen Gedanken zu haben gewesen wäre. In der Besprechung beim Reichskanzler am 9. Oktober 1918 erklärte daher General Ludendorff, er verspreche sich nichts davon („Vorgeschichte des Waffenstillstandes", S. 68).

Es wurde damals vom Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, General von Wrisberg, dem Kriegsminister der Vorschlag gemacht, aus den heimischen Betrieben als ultima ratio eine halbe Million Leute herauszuziehen und die damit verknüpfte Verminderung der Leistungen in Kauf zu nehmen. General von Wrisberg ging dabei von der Annahme aus, daß das deutsche Heer hinter der Maas haltmachen könne. Die Entente sei dann vor die Frage gestellt gewesen, ob sie noch weiter Krieg führen wolle. Es sei fraglich gewesen, ob sie sich dazu entschlossen hätte, da auch beim Feinde die Friedensliebe groß gewesen sei (von Wrisberg, „Heer und Heimat", S. 207).

Dieser Vorschlag erscheint nicht unbegründet. Man mußte zwar mit der Möglichkeit rechnen, daß die Entente den Krieg weitergeführt hätte, wenn wir uns unter Abbruch der Verhandlungen zu weiterem Widerstand entschlossen hätten. Wir wissen aber jetzt, daß unsere Gegner im November nicht mehr imstande waren, den Vormarsch in der bisherigen Weise fortzusetzen. Die Verbindungen reichten nicht mehr aus, um dem Heer den erforderlichen Nachschub nachzuführen. Die Eisenbahnen vermochten nicht den Vormarsch zu folgen. Es wäre, wie von maßgebenden Persönlichkeiten der Entente ausdrücklich bezeugt wird, nötig gewesen, einen Halt einzulegen und die Verbindungen zu ordnen. Tatsächlich hätten wir eine Atempause erreicht, in der wir uns zu neuem Widerstand ordnen konnten. Es muß allerdings fraglich erscheinen, ob die Kriegsindustrie leistungsfähig geblieben wäre, wenn ihr plötzlich eine halbe Million Arbeiter entzogen worden wäre. Aber für eine beschränkte Zeit hätte man sich behelfen können.

Zweifellos hätte das deutsche Heer dann in einer Verfassung dagestanden, die auf die Waffenstillstandsverhandlungen von größtem Einfluß gewesen wäre.

Zusammenfassung

Der Obersten Heeresleitung war, wie sich aus vorstehenden Darlegungen ergeben hat, die ernste Ersatzlage vor Beginn der großen Offensive des Jahres 1918 genau bekannt. Es konnte vorausgesehen werden, daß im Sommer eine Krisis in der Beschaffung des Ersatzes eintreten mußte. Alle Maßnahmen, die möglich waren, hat die Oberste Heeresleitung ergriffen, um mit dem Ersatz hauszuhalten, alles Entbehrliche aus der Etappe und den Sonderformationen zur Verwendung an der Front heranzuziehen und vor allem die im Osten verfügbaren Kräfte bis zum äußersten Maße auszunutzen.

Welche Folgerungen hätte die Oberste Heeresleitung um die Jahreswende 1917/18 aus der Erkenntnis der bevorstehenden Ersatzschwierigkeiten ziehen müssen? Keinesfalls konnte daraus der Entschluß abgeleitet werden, sich 1918 auf die Verteidigung zu beschränken. Der Angriff ist keineswegs verlustreicher als die Verteidigung, in der Regel ist das Umgekehrte der Fall. Die durch das voraussichtliche Eintreffen der Amerikaner immer größer werdende feindliche Überlegenheit machte eine Verteidigung auf die Dauer aussichtslos. Die Ersatzlage mußte daher zu beschleunigtem Handeln, somit zum Angriff veranlassen. Es war dies die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen. Mißlang der Angriff, dann war allerdings der Krieg verloren.

Die Zahl der für die Arbeit in der Kriegsindustrie Zurückgestellten erscheint außerordentlich hoch. Das Heer rief nach Ersatz,

Munition und Kriegsgerät, die Unternehmer forderten Arbeiter. An diesem Widerstreit krankten wir dauernd. Die ungeheuren Forderungen an Kriegsmaterial, die durch das Hindenburgprogramm hervorgerufen worden waren, konnten nur unter erheblicher Zurückstellung kriegsbrauchbarer Mannschaften vom Waffendienst bewältigt werden. Wenn man heute die vielen Veröffentlichungen einerseits aus Heereskreisen, anderseits aus Kreisen des Kriegsministeriums liest, so hat man den Eindruck, als ob man an der Front dem Kriegsministerium die Schuld an dem mangelnden Ersatz gäbe, während man im Kriegsministerium die Forderungen des Heeres in bezug auf Munition und Kriegsmaterial für allzu hoch hielt. Oberst Bauer schildert die Verhältnisse in seinem Buch „Der Große Krieg" so, als wäre das Kriegsministerium sehr wohl in der Lage gewesen, den erforderlichen Ersatz zu liefern. Man muß aber anerkennen, daß das Kriegsministerium sein Möglichstes getan hat, um durch scharfe Kontrolle und dauernde Nachprüfungen die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Zurückgestellten einzuschränken. Auch mußte dringend für die Landwirtschaft gesorgt werden. Vom Standpunkte des Kriegsministeriums aus wird geltend gemacht, daß die Oberste Heeresleitung zwar stets Ersatz gefordert, aber in eine Einschränkung der Kriegsindustrie nicht habe einwilligen wollen. Besonders seitdem am 1. November 1916 das Ersatzwesen vom Allgemeinen Kriegsdepartement auf das Kriegsamt übergegangen sei, habe sich der Schwerpunkt auf die Beschaffung der Kriegsmittel verschoben.

Wenn man die ungeheuren Abgänge im Verlauf von vier Kriegsjahren berücksichtigt, so kann man sich nicht wundern, wenn schließlich der Ersatz ausging und wenn die Forderungen des Heeres und der Industrie auf die Dauer nicht in Einklang zu bringen waren.

Trotzdem wären niemals im Laufe des Jahres 1918 solche Schwierigkeiten entstanden, wenn nicht die Gefechtsstärken besonders vom Sommer ab durch die ständig zunehmende Zahl der Deserteure, Überläufer und Drückeberger in erschreckender Weise zusammengeschmolzen wären. Hinter der Front ballten sich in größeren Orten und an Eisenbahnpunkten Hunderttausende von Drückebergern zusammen. Die Verluste an Gefangenen nahmen außerordentlich zu. In der Heimat trieben sich die Fahnenflüchtigen haufenweise herum. Die Gründe für diese betrübenden Erscheinungen können hier nicht genauer erörtert werden. Zum Teil, wenn auch keineswegs ausschließlich, liegen sie in der planmäßigen revolutionären Unterwühlung des Heeres, die seit längerer Zeit von der Heimat aus im Gange war.

Der Ersatz, der aus der Heimat an die Front kam, brachte einen so schlechten Geist mit, daß viele Truppenführer erklärten, lieber darauf verzichten und mit ihren bisherigen geringen Stärken weiterkämpfen zu wollen.

2. Die Versorgung mit Pferden

Der Ersatz an Pferden hatte sich zu Anfang des Jahres 1918 äußerst ungünstig gestaltet. Aus der Heimat und den besetzten Gebieten waren nicht viel mehr zu holen. Der Ankauf im neutralen Ausland hatte geringe Ergebnisse. Der Pferdeetat des Besatzungsheeres war bereits aufs äußerste eingeschränkt.

Am 22. November 1917 hatte der Generalquartiermeister dem Chef des Generalstabes des Feldheeres gemeldet, daß sich die Pferdeersatzlage weiter verschlechtert habe. Die Verluste hätten zugenommen. Die Anforderungen an die Pferde seien gestiegen, die Leistungsfähigkeit sei aber geringer geworden, da es an Futter fehle. Daher habe sich der Abgang an Pferden im Westen erheblich gesteigert und betrage durchschnittlich im Monat 2 v. H. der Iststärke. Der Verbrauch konnte den Truppen aber nur zum Teil ersetzt werden.

Nach einer Berechnung vom Dezember 1917 betrug die Sollstärke der Pferde bei den Armeen des Westens rund 690 000. Es fehlten davon rund 43 000.

Anfangs Januar 1918 wurde der Monatsbedarf an Pferden auf 15 000 berechnet. Der Bedarf konnte sich aber bei großen Kämpfen erheblich steigern.

Nur die für den Angriff besonders auszurüstenden Divisionen konnten auf den vollen Etat aufgefüllt werden. Die übrigen Divisionen waren nur beschränkt bewegungsfähig. Dieser Umstand muß bei der Beurteilung der Operationen 1918 besonders berücksichtigt werden.

Unter diesen Umständen fiel die Aushilfe an Pferden, die der Oberbefehlshaber Ost sowohl aus eigenen Beständen wie aus der Ukraine gewähren konnte, erheblich ins Gewicht.

Im Bereich des Oberbefehlshabers Ost waren aber Ende 1917 48 000 Fehlstellen. Trotzdem mußten starke Abgaben nach dem Westen gemacht und die nach dem Westen abzugebenden Divisionen aufgefüllt werden. Aus einem Telegramm des Oberbefehlshabers Ost an die Oberste Heeresleitung vom 5. März 1918 geht hervor, daß nach erneuter Abgabe von 14 500 Pferden nach dem Westen 13 Divisionen unbeweglich wurden. Nach dem Vormarsch in die Ukraine wurden sofort die erforderlichen Maßnahmen getroffen, um Pferde aus dem Lande zu beschaffen. Hierüber ist früher berichtet worden. Auch hieraus ergibt sich die große Bedeutung der Ukraine für unsere Kriegführung.

In dem Österreichisch-Ungarischen Heere waren die Verhältnisse weit schlimmer. Dort war bereits im Sommer 1917 der Pferdebestand der Batterien derart herabgesetzt worden, daß nur noch die Geschütze, nicht aber die Munitionswagen bespannt waren.

Die meisten Kolonnen und Trains verloren gänzlich die Bespannung. Das Heer war daher 1918 zu größeren Operationen gar nicht mehr befähigt. Es lag dies zum großen Teil an der Futternot. Die Abgabe von Pferdefutter an die Armee wurde abgelehnt, ein Teil der Pferde mußte wegen des bedrohlichen Zustandes der Landwirtschaft an die Heimat abgegeben werden, wo sie aber auch kein Futter vorfanden (Kerchnawe, Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918, S. 21).

Die Beschaffung des Pferdefutters bereitete auch im deutschen Heere die größten Schwierigkeiten. Im Winter 1917/18 gab die Lage zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Das Rauhfutter, das das fehlende Kraftfutter und den Hafer ersetzen sollte, reichte nicht aus. Die Rationssätze wurden immer knapper. Der Generalquartiermeister stellte in einem Schreiben an das Kriegsministerium am 16. Januar 1918 die „schwere Notlage des Heeres" fest und lehnte die Verantwortung für die Schlagfähigkeit des Westheeres ab. Die ungenügende Ernährung setzte, wie die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht am 31. Januar 1918 meldete, die Leistunggsfähigkeit der Pferde in einer für die Operationen bedrohlichen Weise herab. Manche Truppen bekamen wochenlang kein Heu. Hafer mußte ohnedies hauptsächlich durch Kartoffeln ersetzt werden. Der Futter- und Kräftezustand der Pferde war daher minderwertig. Es blieb nichts übrig, als auf größte Schonung der Pferde hinzuwirken.

Im Februar 1918 meldeten die beteiligten Heeresgruppen, daß der Kräftezustand der Pferde der Angriffsdivisionen größeren Anstrengungen nicht gewachsen sei. In einem Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 7. Februar 1918 an das Kriegsministerium und gleichzeitig an das Reichsernährungs- und Reichsschatzamt heißt es: „Hier muß Wandel geschaffen werden, sonst verhungern die Pferde." Am 14. Februar 1918 wird erneut das Reichsschatzamt darauf hingewiesen, daß die Schlagfähigkeit des Heeres für die Frühjahrskämpfe aufs ernsteste gefährdet sei.

Aber erst vom 1. März ab, also drei Wochen vor Beginn des Angriffs, war der Generalquartiermeister in der Lage, eine Futterzulage für die am Angriff beteiligten Divisionen zu gewähren.

Die mangelhafte Ernährung wirkte naturgemäß ungünstig auf den Gesundheitszustand der Pferde ein und trug zu dem starken Abgang bei. Von der Obersten Heeresleitung und den Armeen geschah alles Erforderliche, um durch sachgemäße Aufsicht und Fürsorge auf die Erhaltung des Pferdebestandes einzuwirken. Nur durch Anspannung aller Kräfte und Mittel gelang es, die für die Offensive erforderlichen Pferde in einem notdürftig ausreichenden Zustand bereitzustellen.

Es leuchtet ein, daß die geschilderten Verhältnisse von großem Einfluß auf die Durchführung unserer Offensive im Jahre 1918

sein mußten. Bereits bei dem Aprilangriff bei Armentières machte sich die unzureichende Bewegungsfähigkeit der Divisionen geltend. Dieses Hemmnis wuchs im Laufe des Sommers.

Daß diese großen Schwierigkeiten zu Anfang des Jahres 1918 vorauszusehenn waren, ergibt sich aus vorstehender Darstellung. Die Schlüsse, die man daraus für die im Jahre 1918 zu unternehmenden Operationen ziehen mußte, waren ähnlich wie bei der Ersatzlage. Ebensowenig wie der Ersatz an Menschen war die Pferdebeschaffung auf die Dauer aufrechtzuerhalten. Die einzig richtige Folgerung, die daraus zu ziehen war, konnte nur die sein, unter Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel durch einen großen Angriff im Westen die Entscheidung zu erstreben.

3. Die Versorgung des Heeres mit Waffen, Munition, Heeresgerät, Betriebsstoffen

Mangel an Geschützen, Gewehren, Maschinengewehren, Minenwerfern und an Munition hat die Operationen im Jahre 1918 nicht beeinflußt. Die erforderlichen Angaben hierüber sind aus dem fachkundigen Aufsatz „Die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition" von Generalmajor Wurtzbacher in dem von Generalleutnant Schwarte herausgegebenen Werke „Der große Krieg 1914 bis 1918" zu entnehmen.

Hiernach war die im Hindenburgprogramm geforderte Steigerung der Pulverlieferungen von 12000 Tonnen im April 1918 erreicht. Sie nahm in den folgenden Monaten noch zu und betrug im Oktober 1918 über 14000 Tonnen. An Munitionszügen konnten monatlich über 1000 bereitgestellt werden. Die Oberste Heeresleitung verfügte bei Beginn der Offensive über eine Reserve von 2840 Munitionszügen allein für die fünf Hauptkaliber der Artillerie, am 1. Oktober 1918 betrug diese Reserve noch 1632 Munitionszüge.

Die Fertigung an Feldgeschützen entsprach durchaus den Anforderungen der Obersten Heeresleitung. Die ursprüngliche Forderung von 3000 Feldgeschützen im Monat, die im Hindenburgprogramm aufgestellt worden war, hatte sich als unnötig hoch erwiesen. Sie war daher von der Obersten Heeresleitung auf 750 Geschütze herabgesetzt worden. Da diese Herabsetzung nur allmählich durchgeführt werden konnte, überstieg die Fertigung im Jahre 1918 noch die Anforderungen erheblich und betrug im März noch 2327, im September 1131 Geschütze. Trotz der großen Materialverluste, die in den Kämpfen des Jahres 1918 eintraten, war das Kriegsministerium daher in der Lage, den erforderlichen Nachschub zu leisten. Es verfügte sogar zum Schluß des Krieges noch über eine so große Reserve an Feldgeschützen, daß die von

der Entente beim Waffenstillstand verlangte Abgabe von 2500 Feldgeschützen daraus sofort geleistet werden konnte.

Auch die Fertigung der schweren Geschütze war monatlich so ausreichend, daß kein Mangel eintrat.

Die Fertigung von Gewehren und Maschinengewehren war im Frühjahr so bedeutend, daß die Oberste Heeresleitung eine Herabsetzung auf monatlich 75 000 Gewehre und 6000 Maschinengewehre wünschte. Da sich diese Einschränkung nur allmählich durchführen ließ, war im Herbst 1918 ein bedeutender Überschuß vorhanden.

Die Versorgung des Heeres mit Pioniergerät entsprach bis zum Schluß allen Anforderungen. Irgendein Mangel trat nicht ein.

Eine ernste Gefahr bildete aber der große Mangel an Betriebsstoff für die gerade 1918 besonders in Anspruch genommenen Kraftfahrzeuge und Flugzeuge. Im Herbst 1918 konnte, wie bereits erörtert worden ist, dieser Mangel von entscheidendem Einfluß auf die Kriegführung werden, wenn wir der Erdölvorräte Rumäniens verlustig gingen. Auch die Gummilage hatte sich seit 1917 andauernd verschlechtert.

4. Die Tanks

Zum ersten Male traten Tanks im September 1916 überraschend in der Sommeschlacht auf. Die Engländer hatten sie heimlich hergestellt und die Bezeichnung „Tanks" irreführend angewendet, als ob es sich um fahrbare Betriebsstoffbehälter handelte. Die Tanks waren gepanzerte und armierte Kampfwagen, die querfeldein auch auf weichem Boden fahren und Gräben und Hindernisse überwinden konnten. Die Raupenkette verteilte die Last auf eine möglichst große Auflagefläche, so daß der Wagen auch im tiefen Boden nicht einsank und, wie eine Raupe am Boden vorkriechend, die Unebenheiten überwand.

Es muß auf die Tankfrage genauer eingegangen werden, weil dieses Kriegsmittel im Jahre 1918 eine ungeahnte Bedeutung gewann, so daß es von mancher Seite sogar, allerdings übertreibend, als kriegsentscheidend bezeichnet worden ist. Unserer Heeresleitung ist es zum Vorwurf gemacht worden, daß sie nicht rechtzeitig mit dem Tankbau begonnen habe, und daß diese Versäumnis eine der Ursachen für den ungünstigen Verlauf der Kämpfe im Jahre 1918 gewesen sei. Über die tatsächlichen Vorgänge und die Behandlung der Tankfrage durch unsere Oberste Heeresleitung läßt sich auf Grund des zurzeit vorliegenden Materials folgendes feststellen. Es ist sehr wohl möglich, daß diese Feststellungen im Laufe der Zeit durch weitere Untersuchungen auf Grund neuen Materials Ergän-

zungen erfahren werden. Die wichtigsten Punkte stehen aber wohl zurzeit fest.

Die von den Engländern zunächst verwendeten Tanks waren ziemlich schwer, sie wogen 23 Tonnen. Man unterschied männliche Tanks, die zwei leichte Geschütze und zwei Maschinengewehre führten, und weibliche Tanks mit fünf Maschinengewehren. Später ging man zu kleineren, leichteren Tanks, Whippet genannt, über, die beweglicher waren, nur 16 Tonnen wogen und mit drei Maschinengewehren armiert waren.

In der Schlacht bei Arras am 9. April 1917 machten sich die Tanks beim Angriff der Engländer bereits beträchtlich bemerkbar.

In der Flandernschlacht 1917 trat dagegen die Verwendung der englischen Tanks infolge des ungünstigen Bodens nicht entscheidend hervor. General Ludendorff erwähnt in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 390), daß damals in den Tanks eine besondere Gefahr nicht gesehen wurde. Der Ausdruck „Tankschrecken" sei von den Frontoffizieren abgelehnt worden.

Die erste Massenverwendung fand bei dem englischen Angriff bei Cambrai am 20. November 1917 statt. Mehrere Hundert Tanks brachen in einer Breite von 10 Kilometer ohne Artillerievorbereitung tief in unsere Front völlig überraschend ein. Der Angriff hätte zu einem Durchbruch führen können, wenn die Engländer Reserven zur Ausbeutung des für sie selbst überraschenden Erfolges bereitgestellt hätten.

Auch in Frankreich begann man bereits im Jahre 1916 mit der Herstellung von Kampfwagen bei Schneider-Creusot und in den Werken von Saint-Chamond. Der Wagen von Schneider-Creusot wog 13½ Tonnen, war 6 Meter lang und führte ein 75 Millimeter-Geschütz und zwei Maschinengewehre. Der Wagen von Saint-Chamond war schwerer, er wog 24 Tonnen, war ungefähr 8 Meter lang und war mit einem 75 Millimeter-Geschütz und vier Maschinengewehren armiert. In ersterem Tank waren 6 Mann, in letzterem 9 Mann Bedienung. Die französischen Tanks führten den Namen chars de combat.

Bereits bei dem Angriff des Generals Nivelle im Frühjahr 1917 traten 200 Tanks auf. Ebenso wurden sie im Oktober 1917 bei dem französischen Angriff bei Malmaison verwendet. Die Tanks erwiesen sich aber als recht groß und boten der deutschen Artillerie gute Ziele. Starke Verluste waren die Folge, ohne daß entscheidende Erfolge erreicht wurden. Man erkannte, ebenso wie in der englischen Armee, die Notwendigkeit, kleinere, beweglichere Kampfwagen zu schaffen, die von der feindlichen Artillerie nicht so leicht zu fassen waren. Erfolg versprach man sich hauptsächlich von einer Massenverwendung.

Diese Umstände führten bald zur Herstellung des char Re-

nault, der sich außerordentlich bewährte und heute noch im französischen Heere hauptsächlich verwendet wird. Er ist erheblich leichter und wiegt nur $6^1/_2$ Tonnen. Er ist entweder mit einem Maschinengewehr oder mit einem 37 Millimeter-Geschütz oder einem kurzen 75 Millimeter-Geschütz armiert und hat nur für einen Fahrer und einen Bedienungsmann Raum. Seine taktische Verwendung war in enger Verbindung mit der Infanterie gedacht. Die Tanks hatten der Infanterie den Weg beim Angriff zu bahnen, örtliche Widerstände zu beseitigen, das Feuer der feindlichen Infanterie abzulenken und den Feind in die Unterstände zu zwingen. Feste, organisatorische Verbände wurden geschaffen. Neben den Renaultwagen wurden weiterhin aber auch die beiden älteren und schweren Modelle verwendet.

Einen großen, entscheidenden Erfolg errangen die französischen Tanks bei dem Gegenangriff des Generals Foch aus dem Walde von Villers-Cotterêts am 18. Juli 1918, der den Wendepunkt des Krieges bedeutet. Ohne jede Artillerievorbereitung brachen Hunderte von Tanks völlig überraschend am Morgen des 18. Juli, noch in der Dämmerung und durch Nebel unterstützt, aus dem Walde hervor. Allein bei der französischen 10. Armee befanden sich 223 Tanks Schneider-Creusot und Saint-Chamond, von denen allerdings 102 auf der Strecke blieben. Die leichten Tanks waren außerdem zur Ausbeutung des Erfolges in Reserve bereitgehalten worden. Die ganze Anlage des Angriffs und der Erfolg beruhten nach französischen Angaben hauptsächlich auf den Tanks. Bald danach erfolgte am 8. August ein großer Einbruch in unsere Stellungen an der Somme, wiederum unter ausschlaggebender Verwendung von Tanks.

Von nun ab bis zum Schluß des Krieges spielten die Tanks bei allen Angriffen des Feindes eine entscheidende Rolle.

Somit haben sich die Kampfwagen im zweiten Teile des Weltkrieges als ein neues, sehr wirkungsvolles Kriegsmittel erwiesen. Seine Entstehung entsprang dem Bestreben, im Stellungskrieg die feindlichen Gräben und Hindernisse zu überwinden. Diese Bedeutung wird es auch in Zukunft behalten, ja es ist sogar der Gedanke ausgesprochen worden, daß ein dauernder Stellungskrieg, wie im Weltkriege, durch die Verwendung der Tanks zum Angriff in Zukunft unmöglich werde.

Aus den Erfahrungen, die bei dem Gebrauch der Tanks in den ersten Kämpfen gemacht wurden, ergab sich ferner die Möglichkeit, durch den völlig geheimzuhaltenden und erst im letzten Augenblick durchzuführenden Aufmarsch der Kampfwagen den Gegner völlig überraschend, ohne vorhergegangene Artillerievorbereitung, anzugreifen, zumal wenn noch natürlicher oder künstlicher Nebel zu Hilfe kam. Auf Überraschung kam es aber in erster Linie bei jedem Durchbruchsangriff an, um das feindliche Stellungssystem zu durch-

stoßen, bevor der Gegner seine Reserven herangeholt hatte. Freilich erforderten solche Angriffe eine Massenverwendung von Tanks. Aber auch in geringerer Zahl konnten sie zur Unterstützung des Angriffs und zur Überwindung von Maschinengewehrnestern von Bedeutung sein.

Die Wirkung auf unsere Truppe war verschieden. Das erste Auftreten in Masse, am 20. November 1917, überraschte unsere Truppen völlig. Sie standen dem neuen Kampfmittel, das plötzlich im Morgennebel in breiter Front sich gegen sie vorbewegte und die vorzüglich ausgebaute Stellung und die stärksten Hindernisse ohne weiteres überwand, ziemlich fassungslos gegenüber. Sehr bald wurde aber durch unsere Heeresleitung die Tankabwehr musterhaft organisiert. Die Artillerie wurde für das Beschießen der Tanks eingeübt, besondere Tankgeschosse und Tankgewehre wurden hergestellt, der Stellungsbau schuf Tankhindernisse. Es kann hierauf hier nicht näher eingegangen werden, es muß aber diese Leistung hervorgehoben werden. Der „Tankschrecken" verlor sich. Schwierig blieb aber doch die Abwehr stets bei Nebel. Der Tankschrecken lebte erst wieder auf, als vom August des Jahres 1918 ab unsere Abwehrlinien immer dünner wurden, unsere Truppen immer mehr überanstrengt und erschöpft waren. Zumal die moralische Wirkung der Kampfwagen wurde dann manchmal überraschend groß. Ludendorff sagt in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 558): „Masseneinsatz von Tanks und künstlicher Nebel blieben auch in der Folge unsere gefährlichsten Feinde. Sie wurden es in immer stärkerem Maße, je mehr der Geist sank und je müder und schwächer unsere Divisionen wurden."

Im ganzen kann man somit sagen, daß das neue Kriegsmittel dem Gegner im Jahre 1918 einen wichtigen Vorsprung verschafft hat, und daß es für uns sowohl beim Angriff wie bei der Verteidigung von großem Wert gewesen wäre. Bei unserer großen Offensive hätte es wesentlich zur Überraschung, auf die es in erster Linie ankam, dienen können. Wir wissen jetzt aus den Veröffentlichungen unserer Gegner, wie nahe wir Ende März dem Durchbruch waren, bevor die französischen Truppen zur Unterstützung der völlig geschlagenen Engländer herankamen. Zwischen beiden Heeren befand sich eine breite Lücke. Hätten uns hier nur zwei bis drei Kavalleriedivisionen zur Verfügung gestanden, meint Feldmarschall Haig, so wäre es uns möglich gewesen, einen Keil zwischen das englische und französische Heer zu treiben. Es ist wohl nicht zu viel behauptet, daß dieser letzte noch fehlende Druck erreicht worden wäre, wenn 600 Tanks unserer Infanterie schneller die Bahn freigemacht hätten. Auch wäre der 17. Armee bei Arras mit Hilfe von Tanks voraussichtlich der Durchbruch durch die feindlichen starken Stellungen geglückt.

Unser artilleristisches Angriffsverfahren, das wir im März, April

und Mai 1918 mit Erfolg angewendet haben, beruhte hauptsächlich auf der schlagartigen Eröffnung des Wirkungsschießens ohne vorheriges Einschießen und auf einer sorgfältig vorbereiteten Feuerwalze. Der Gegner hatte dies Verfahren allmählich erkannt und wich dem Angriff aus, als wir im Juli in derselben Weise verfuhren. Der Angriff scheiterte. Es wäre von größter Bedeutung gewesen, wenn uns im Juli in den Tanks ein neues Kampfmittel zur Verfügung gestanden hätte, das uns ein neues Angriffsverfahren und dadurch die Überraschung des Gegners ermöglicht hätte.

Nachdem wir vom August ab endgültig in die Abwehr zurückgedrängt waren, hätten die Tanks, wenn sie auch vorwiegend eine Angriffswaffe bilden, unserer zermürbten Truppe doch eine starke moralische Stütze und eine wesentliche Hilfe bei Gegenstößen bieten können. Je geringer unser Ersatz wurde, je mehr wir mit Menschen sparen mußten, um so wichtiger wurde die ausgiebigste Verwendung aller maschinellen Mittel.

Es ist nun zu untersuchen, ob die rechtzeitige und ausreichende Beschaffung dieses Kriegsmittels für uns nicht möglich gewesen ist, und ob irgend jemanden, sei es die Heeresleitung, sei es die Industrie oder die Technik, ein Verschulden trifft.

Gegen Ende des Krieges hat die damalige Oberste Heeresleitung zusammenfassend zu dieser Frage Stellung genommen, nachdem am 2. Oktober 1918 vom Kriegsministerium folgendes Schreiben an den Chef des Feldkraftfahrwesens ergangen war: „Zur Beantwortung einer Reichstagsanfrage bedarf Departement einer Erklärung, aus welchem Grunde im Jahre 1917 und Anfang 1918 so wenig deutsche Tanks angefordert und gebaut worden sind. Umgehende Stellungnahme erbeten.“ Die Oberste Heeresleitung erwiderte hierauf, daß die Bedeutung der Kampfwagen rechtzeitig erkannt und dementsprechend der Bau in Angriff genommen worden sei. Zeitraubende Versuche seien aber bei einer solchen Neukonstruktion unvermeidlich. Außerdem sei die Industrie infolge der Durchführung des Hindenburgprogramms nicht in der Lage gewesen, in großem Umfang gleichzeitig den Bau von Tanks zu leisten. Eine Steigerung des Lastkraftwagenprogramms sei eine Lebensfrage für die weitere Kriegführung gewesen, die Kraftfahrzeugindustrie habe bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit hierfür ausgenutzt werden müssen. Die Heranziehung anderer Fabriken oder die Überweisung neuer Arbeitskräfte und Rohstoffe an die Kraftfahrzeugindustrie habe sich nicht ermöglichen lassen. Wenn man die Armee auch nur annähernd versorgen und die erforderlichen taktischen Truppenverschiebungen sicherstellen wollte, habe die Entscheidung der Frage, ob Lastkraftwagen oder Kampfwagen zu bauen seien, zugunsten der Lastkraftwagen fallen müssen. Erst nach Durchführung des Hindenburgprogramms hätten

Rohstoffe für Kampfwagen geliefert, aber immer noch nicht neue Fabriken oder besondere Arbeiter überwiesen werden können. Die Herstellung im großen sei erst seit Sommer 1918 möglich geworden.

Die tatsächlichen Vorgänge während der Kriegsjahre 1917 und 1918 sowie die sonstigen Äußerungen der Obersten Heeresleitung ergeben folgendes Bild von der Behandlung der Tankfrage.

Bald nach dem ersten Auftreten der englischen Tanks in der Sommeschlacht berichtete das Armeeoberkommando 1 am 2. Oktober 1916: „Bei weiteren Fortschritten der Konstruktion werden die Panzerwagen zweifellos ein sehr beachtenswertes Kampfmittel sein. Eigene Versuche zur Herstellung solcher Tanks werden sich empfehlen."

General Ludendorff betont in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 267) bei Besprechung des Hindenburgprogramms um die Wende 1916/17 die Dringlichkeit der Neubeschaffung von Lastkraftwagen, die uns die Pferde ersetzen mußten. Deren Ersatz wurde mit jedem Jahre schwieriger. „Für den Tankbau war bei uns die Zeit noch nicht gekommen." General Ludendorff stellt (S. 461) ferner fest, daß wir, als wir uns im Winter 1917/18 für die große Frühjahrsoffensive vorbereiteten, „den Tank als Begleitwaffe der Infanterie nicht besaßen. Er war lediglich Angriffswaffe, und unsere Angriffe gelangen auch ohne Tanks." Die feindlichen Tanks hätten bis dahin nichts Entscheidendes erreicht. Erst später, mit dem Sinken der Manneszucht und der Schwächung der Kampfkraft unserer Infanterie, habe der Tank in seiner Massenverwendung in Verbindung mit künstlichem Nebel unheilvollen Einfluß auf den Gang der kriegerischen Ereignisse gewonnen. Er gibt die Möglichkeit zu, daß wir zur Entscheidung 1918 „einige Tanks mehr gehabt hätten", wenn schärferer Druck ausgeübt worden wäre. Aber zum Masseneinsatz wären wir 1918 nie gekommen, und nur in der Masse habe der Tank seine Bedeutung.

Es ergibt sich aus diesen Äußerungen, daß die Wichtigkeit des neuen Kriegsmittels in der ersten Zeit seines Auftretens nicht gleich erkannt worden ist. Freilich wäre es damals bereits zu spät gewesen, um den Vorsprung unserer Gegner bei unserer gespannten Industrielage und der Beschränkheit unserer Mittel einzuholen. Es handelte sich um eine schwierige Neukonstruktion, für die irgendwelche Erfahrungen nicht zur Verfügung standen. Auch bedurfte die Ausbildung der Tanks für das Gefecht, insbesondere in bezug auf ihr Zusammenwirken mit der Infanterie, der erforderlichen Zeit. Dies alles ließ sich nicht im Augenblick schaffen.

Wenn jedoch General Ludendorff um die Jahreswende 1916/17 nach der Angabe in seinen „Kriegserinnerungen" die Zeit für den Tankbau noch nicht für gekommen hielt, so muß doch demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß im Oktober 1916 tatsächlich

die Oberste Heeresleitung bereits an das Kriegsministerium mit der Forderung des Tankbaues herangetreten ist.

Es heißt in diesem Schreiben vom 11. Oktober 1916: „Ohne diese Kampfwagen zu überschätzen, lassen sich doch gewisse Erfolge nicht leugnen. Auf jeden Fall würde ein verbesserter Wagen ein wirksames Kriegsmittel bilden. Ich halte es daher für angezeigt, daß unverzüglich in die Konstruktion solcher Kampfwagen eingetreten wird. Sobald ein einigermaßen brauchbares Modell gefunden ist, wird in die Massenfertigung einzutreten sein."

Die bereits hervorgehobenen Schwierigkeiten, die einer schnellen Massenfertigung von Tanks entgegenstanden, wird man unbedingt anerkennen müssen. Außer der erwähnten, äußerst dringlichen Beschaffung von Lastkraftwagen, die unter keinen Umständen eingeschränkt werden durfte, kam besonders noch die Herstellung von Flugzeugmotoren in Betracht. Wer die Verhältnisse in der Sommeschlacht kennt, weiß, wie schwer wir unter der Überlegenheit der feindlichen Flieger litten und wie es nur langsam und mühsam gelang, eine Besserung unserer Lage zu erreichen. Die Beschaffung von Tanks mußte notgedrungen in das ganze große Rüstungsprogramm eingefügt werden, das den ungeheuren Munitionsbedarf und das ganze Heeresmaterial umfaßte. Es war schwer zu sagen, was im einzelnen den Vorrang beanspruchen und was zur Not eingeschränkt werden konnte. Von allen Seiten liefen die dringenden Rufe nach Abhilfe ein. Auch muß der Mangel an Rohstoffen berücksichtigt werden. Wieweit es möglich gewesen wäre, die Herstellungsarbeiten auf den Marinewerften zugunsten des Tankbaues einzuschränken, wie behauptet worden ist, muß dahingestellt bleiben.

Zweifellos hätte die Industrie die Herstellung von Tanks geleistet, wenn ihr rechtzeitig und nachdrücklich die Aufgabe klar bezeichnet worden wäre.

Es ist also zu untersuchen, ob unter den durch die Verhältnisse gebotenen Einschränkungen und auf Grund der bei der Obersten Heeresleitung herrschenden Anschauung alles geleistet worden ist, was möglich war. Je mehr Hindernisse im Wege standen, um so notwendiger war es, eine klare und zweckmäßige Organisation für die anzustellenden Versuche und die Herstellung von Tanks zu schaffen.

Das Kriegsministerium beauftragte auf die erwähnte Aufforderung der Obersten Heeresleitung hin am 13. November 1916 die Verkehrstechnische Prüfungskommission, im Verein mit der einschlägigen Industrie sofort das Erforderliche zu veranlassen. Es wurde nun versucht, einen Raupenwagen zu konstruieren, der zwei verschiedenen Aufgaben, sowohl als Geländetransportwagen wie als Kampfwagen, dienen sollte. Es muß dahingestellt bleiben, ob diese Aufgaben miteinander zu vereinigen waren. Außer den betreffenden

Abteilungen des Kriegsministeriums und der Verkehrstechnischen Prüfungskommission waren noch die Versuchsabteilung der Kraftfahrtruppen und die Inspektion der Kraftfahrtruppen, also reichlich viele Behörden der Heimat, an den Versuchen beteiligt.

Es wurde nun ein Wagen konstruiert, der mit dem Decknamen A 7 V bezeichnet wurde. Bis zum Frühjahr 1917 wurde ein Probewagen fertiggestellt und im Mai in Mainz vorgeführt. Er war reichlich schwer, 31 t, hatte eine ausreichende Geschwindigkeit, vermochte Gräben bis zu 2 m Breite zu überwinden, war mit einem 5,7 cm Geschütz und 5 Maschinengewehren armiert und hatte eine sehr starke Besatzung von 18 Mann. Im ganzen befriedigte er nur teilweise. Auch wurde für die weitere Herstellung von der Obersten Heeresleitung nicht die besondere Dringlichkeit anerkannt. Das ganze Kampfwagenwesen wurde aber nunmehr in Front und Heimat dem Chef des Feldkraftfahrwesens unterstellt und somit eine gewisse Einheitlichkeit geschaffen. Im ganzen wurden 100 Raupenwagen in Bau gegeben, von denen aber 80 als Raupen-Lastkraftwagen bestimmt wurden und nur 20 als Kampfwagen hergerichtet werden sollten. Nachdem die Versuche einmal so weit gediehen waren, wäre es trotz der festgestellten Mängel wohl vorzuziehen gewesen, sämtliche 100 Fahrgestelle als Kampfwagen auszubauen.

Für die Kämpfe des Jahres 1917 gelang es nicht mehr, Kampfwagen an die Front zu bringen. Erst Anfang 1918 wurden die ersten Wagen fertig. Im Januar wurde eine Abteilung zu fünf Wagen dem Leiter des Führerkursus in Sedan überwiesen. Hier zeigte sich, abgesehen von einzelnen Mängeln, daß eine gründliche Ausbildung nötig sei. Das Sturmbataillon Rohr, dem diese Kampfwagen zur Ausbildung zugeteilt wurden, berichtete im Februar 1918: „Nach Abstellung der noch auftretenden technischen Mängel wird die Abteilung mit Erfolg in nicht zu sehr zerschossenem Angriffsgelände zu verwenden sein.“ Bis Ende März kamen zwei weitere Abteilungen mit je fünf Wagen an die Front.

Außerdem waren in einer Tankreparaturwerkstätte in Charleroi eine Anzahl beschädigter Beutetanks hergestellt worden. Diese, im ganzen 75, und die 15 deutschen Tanks sind die einzigen, die im Laufe des Jahres 1918 noch zur Verwendung kamen, zu einer Zeit, als die feindlichen Tanks nach Tausenden zählten. Wenn unsere Tanks bei ihrer geringen Zahl auch nur örtliche Erfolge erreichen konnten, so haben sie sich doch im ganzen bewährt und äußerten einen günstigen moralischen Einfluß auf die eigene Infanterie, der sie beigegeben wurden. Das betreffende Armeeoberkommando berichtete im Oktober 1918: „Ihr Erscheinen gab der wieder angreifenden Truppe den Halt, dessen sie heute so sehr bedarf.“ Mehrfach ergriff der Feind bei ihrem Auftreten die Flucht.

Die erwähnten Mängel des A 7 V-Wagens hatten inzwischen zu

Versuchen einer anderen Konstruktion von Kampfwagen geführt. Ende Dezember 1917 hatte der Feldkraftfahrchef die Herstellung von kleinen und schnellen Kampfwagen vorgeschlagen, die sich zu beschleunigter Massenfertigung eigneten. Er folgte damit der bei den Engländern und Franzosen eingeschlagenen Richtung. Nach Angabe des Chefs des Feldkraftfahrwesens hätte die Lieferung im März 1918 beginnen können. Ob diese Lieferungsfrist tatsächlich hatte eingehalten werden können, muß dahingestellt bleiben. Die Oberste Heeresleitung lehnte jedoch im Januar diese Konstruktion ab, da die Panzerung zu leicht sei. Versuche in umgekehrter Richtung, um einen Riesentank von 150 Tonnen Gewicht zu schaffen, kamen bis zum Schluß des Krieges nicht mehr zur Ausführung. Sie hätten der feindlichen Artillerie ein günstiges Ziel geboten.

Im Frühjahr 1918 aber, als man über den neuen leichten französischen Renault-Wagen Nachricht hatte, griff die Oberste Heeresleitung wieder auf den Vorschlag des Feldkraftfahrchefs und einen neuen, durch Oberst Bauer von der Firma Krupp eingeforderten Vorschlag zurück und verlangte nunmehr den Bau kleiner Tanks. Die Ansicht wechselte also völlig. Es war aber jetzt zu spät. Im Sommer 1918 entschloß man sich, mit der Herstellung solcher leichter Tanks zu beginnen, die aber erst im Frühjahr 1919 fertig werden sollten. Sie kamen daher nicht mehr in Betracht.

Auch der Vorschlag, durch Nachbau englischer Tanks eine Beschleunigung in der Beschaffung zu erreichen, war ergebnislos. Der Chef des Feldkraftfahrwesens hatte am 14. Februar 1918 einen solchen Vorschlag gemacht, die Oberste Heeresleitung hatte am 27. Februar 1918 zugestimmt. Nach Besprechung mit leistungsfähigen Firmen glaubte der Chef des Feldkraftfahrwesens, unter bestimmten Bedingungen die ersten 60 Tanks bis Mitte Februar 1919 in Aussicht stellen zu können. Da sich diese Bedingungen nicht alle erfüllen ließen, wurde im Juli 1918 der Nachbau englischer Tanks eingestellt.

Zusammenfassend kann wohl gesagt werden, daß die Bedeutung der Tanks anfangs von unserer Heeresleitung nicht so hoch eingeschätzt worden ist, wie es sich nach den späteren Erfahrungen als nötig erweisen sollte. Als man an die Herstellung von Tanks ging, ist die Arbeit nicht so zweckmäßig organisiert und nicht so dringlich betrieben worden, daß die Tanks im Jahre 1918 in größerer Zahl hätten fertiggestellt werden können. Die Industrie hätte die Herstellung leisten können. Anderseits dürfen die großen Schwierigkeiten der Material- und Arbeiterbeschaffung nicht unterschätzt werden. Im ganzen wäre bei frühzeitiger Erkenntnis und bei festem Willen wohl mehr zu erreichen gewesen, wenn auch der Vorsprung der Gegner keinesfalls einzuholen war und vor 1918 frontbrauchbare Tanks kaum hätten herausgebracht werden können.

III

Der Entschluß zum Angriff

Die Oberste Heeresleitung hatte sich im Winter 1917/18 zu entscheiden, ob sie im Jahre 1918 den Krieg verteidigungs- oder angriffsweise führen sollte. Der Entschluß war von ausschlaggebender Bedeutung. Auf unserer wie auf der feindlichen Seite erkannte man, daß die endgültige Entscheidung des Krieges näher rückte. Die Oberste Heeresleitung ist keineswegs ohne Erwägung der übrigen Möglichkeiten ohne weiteres im Jahre 1918 zum Angriff geschritten.

Die Aussichten, die eine Verteidigung geboten hätte, sind vielmehr sorgfältig erörtert worden.

Durch eine Verteidigung konnte sich, wie sich aus den bisherigen Betrachtungen bereits mehrfach ergeben hat, unsere Lage nur verschlechtern. Das im Laufe des Jahres 1918 mit Sicherheit zu erwartende Eintreffen der Amerikaner mußte unseren Gegnern eine bedeutende zahlenmäßige Überlegenheit verschaffen und ihnen frische, unverbrauchte Kräfte zuführen. Demgegenüber mußte es stark bezweifelt werden, ob die Kraft unserer Verbündeten, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei, noch lange zur Weiterführung des Krieges ausreichen würde. Die Haltung Bulgariens war unsicher. Auf die Bundestreue Kaiser Karls war kein sicherer Verlaß. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs wurden immer trostloser. Es mußte daher auf die Dauer mit einer bedenklichen Abnahme der Leistungsfähigkeit unserer Verbündeten gerechnet werden. Sie wurden alle lediglich getragen und aufrechterhalten durch die Haltung Deutschlands und durch die Hoffnung auf den deutschen Sieg im Westen.

Die Ergebnisse des U-Bootkrieges waren nicht derartig, daß dadurch allein eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten in bemessener Zeit erwartet werden konnte.

Es mußte fraglich erscheinen, ob der Zustand des Heeres und der Heimat ein langes Hinausschieben der Entscheidung und des Kriegsendes zuließen. Daß die Verteidigungsschlachten verlustreicher waren als ein Angriff, hatte der bisherige Verlauf des Krieges erwiesen. Die schwierige Ersatzlage drängte daher, wie nachgewiesen worden ist, zu einer möglichsten Beschleunigung der Entscheidung. Für die Truppe war aber auch eine monatelange Abwehrschlacht, wie die Flandernschlacht, weit schwerer zu ertragen als ein Angriff. Die furchtbaren körperlichen Leiden, der schwere moralische Druck, die grenzenlose Übermüdung wurden auf die Dauer unerträglich. Es war im ganzen Heer nur eine Stimme, lieber den schwersten Angriff auf sich zu nehmen, um endlich aus den Gräben und Trichtern herauszukommen.

Die feindliche Propaganda wurde allmählich zu einer äußerst gefährlichen Kriegswaffe, die im Verein mit der von der Heimat ausgehenden revolutionären Unterwühlung des Heeres zersetzend auf dessen Widerstandskraft einwirkte. Die Wirkung der Blockade und der wirtschaftliche Druck, der auf der Heimat lastete, ließen eine Beschleunigung des Kriegsendes als dringlich erscheinen. Innere Parteikämpfe, pazifistische und antimilitaristische Strömungen, Friedensresolutionen verminderten den Kriegswillen und die Kraft zum Durchhalten in der Heimat.

Somit drängten alle Verhältnisse zum Angriff. Daß die Stärkeverhältnisse günstig lagen, ist erörtert worden. Sie konnten sich auf unserer Seite nicht weiter verbessern, wohl aber beim Feinde.

Zum ersten Male war Rückenfreiheit im Osten gewonnen, wenn auch die Lage dort nicht so restlos klar und sicher war, wie es erwünscht gewesen wäre.

Das Heer war zu einem großen Angriff durchaus imstande. Es ist gesagt worden, daß seine innerste Kraft doch gebrochen gewesen, und daß der Angriffsgeist, den es unleugbar im Frühjahr 1918 bewiesen hat, nur „gezüchtet" gewesen sei. Das Heer war freilich nicht mehr dasselbe wie 1914. Aber es hat 1918 einen glänzenden Schwung bewiesen, der vom Feinde unbedingt anerkannt wird, und der, wie ebenfalls vom Feinde zugestanden wird, uns hart bis an den endgültigen Sieg geführt hat. Für seine große Aufgabe war das Heer glänzend in sorgfältigster Arbeit vorbereitet. Wer die Frische und Freudigkeit der Truppe im Angriff 1918 gesehen hat, wird einen unvergeßlichen Eindruck davon bewahrt haben.

Eine ernste Frage war freilich, ob die Armee noch beweglich genug sei, um nach einem gelungenen Durchbruch zu großen Operationen im freien Felde, wie man sie erhoffte, fähig zu sein. Der große Mangel an Pferden, die zudem durch die Futternot entkräftet waren, der Mangel an Betriebsstoffen, Gummireifen u. dgl. ist erörtert worden. Nur ein Teil der Divisionen war als „Angriffsdivisionen" einigermaßen in dieser Hinsicht ausgestattet, aber auf Kosten der übrigen „Stellungsdivisionen", deren Beweglichkeit unzureichend wurde. Aus diesen Verhältnissen konnten sich große Schwierigkeiten in der Durchführung der Operationen ergeben. Der Gegner war in dieser Beziehung weit besser gestellt.

Auch taktisch war nach den Erfahrungen von drei Kriegsjahren ein Durchbruch recht schwer. Bisher war er unseren Gegnern trotz größter Anstrengungen und überwältigender Angriffsmittel nicht gelungen. Es wird später zu erörtern sein, daß die sorgfältige Ausbildung der Truppe, die Ausnutzung aller bisherigen Erfahrungen und die Anwendung eines neuen überraschenden Angriffsverfahrens

uns zu der Hoffnung berechtigten, diesmal das große Problem zu lösen.

Somit war der Angriff durch die ganze Lage geboten. Er wurde vom Feinde, wie sich durch zahlreiche Äußerungen nachweisen läßt, als selbstverständlich erwartet. Es blieb keine andere Wahl.

General Mangin stellt bei Beurteilung der Lage um die Jahreswende 1917/18 fest, daß ein Friede ohne Sieger und Besiegte unmöglich gewesen sei: „Nur der Sieg mit den Waffen konnte dem Krieg ein Ende machen." Der deutsche Angriff wird nach einstimmigem Urteil unserer Gegner als das einzige Mittel und als die beste Lösung bezeichnet, bevor die Amerikaner in voller Stärke eingetroffen wären. Hätten wir nicht angegriffen, so würden nach dem Urteil des Generals Buat die Alliierten gewartet haben, bis sie durch das Eintreffen der Amerikaner eine überwältigende Überlegenheit erlangten, und bis die Industrie das im Jahre vorher bestellte Kriegsmaterial, insbesondere Tanks, Flugzeuge und schwere Artillerie, geliefert hatte. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch der französische Oberbefehlshaber General Pétain. Seine Anweisung an die französische Armee vom 22. Dezember 1917 spricht dies aus: „Die Entente wird die zahlenmäßige Überlegenheit erst erlangen, wenn hinreichende amerikanische Truppen in die Front eintreten können. Bis dahin müssen wir, wenn wir nicht unsere Kräfte unwiederbringlich verbrauchen wollen, eine abwartende Haltung einnehmen, mit der ausgesprochenen Absicht, sobald wir können, die Offensive zu ergreifen, die allein den Endsieg bringt."

Keine einzige der militärischen Stimmen, die bisher von seiten unserer Gegner bekannt geworden sind, spricht einer Verständigung das Wort.

Gutachten des Sachverständigen
General d. Inf. a. D. von Kuhl

Entstehung, Durchführung und Zusammenbruch der Offensive von 1918

Zweiter Teil

Durchführung und Scheitern der Offensive

Inhalt

Seite

Vorwort 95

I. Die Frühjahrsoffensive
1. Der Angriff war geboten 96
2. Die Wahl der Angriffsstelle 97
3. Der Plan zum Märzangriff 115
4. Die Angriffsvorbereitungen 121
5. Der Verlauf der Märzoffensive 131
6. Beurteilung der Märzoffensive 138
7. Der Aprilangriff bei Armentières 146
8. Weitere Angriffspläne 158
9. Der Maiangriff 167
10. Die Lage nach Abschluß der Kämpfe 172
11. Der Juliangriff 175
12. Der französische Gegenangriff am 18. Juli 178
13. Beurteilung der Julikämpfe 181
14. Der Plan zum Hagenangriff 185
15. Rückblick auf die Frühjahrs- und Sommeroffensive 188

II. Die Abwehrkämpfe im Sommer und Herbst 1918
1. Die Lage anfangs August 190
2. Der 8. August 194
3. Der Abmarsch in rückwärtige Stellungen 201
4. Die Gründe des Niedergangs 208
5. Konnten wir im Herbst noch weiterkämpfen? 213

III. Stellungnahme zu dem Gutachten des Herrn Geheimrats Professor Dr. Delbrück [1] 215

[1]) Vgl. dazu S. 215, Anm.

Vorwort

Im ersten Teil meines Gutachtens sind die militärischen Grundlagen der deutschen Offensive im Jahre 1918 erörtert worden. Hierbei stand das Urteil auf festem Boden. Auf Grund genauer Unterlagen sind Angaben über die Stärkeverhältnisse, die Ergänzung, Ausrüstung und Versorgung des Heeres gemacht worden, um ein Urteil über die Aussichten einer Offensive zu ermöglichen.

Der zweite Teil hat sich hauptsächlich mit der Durchführung der Offensive zu beschäftigen. Es handelt sich hierbei weniger um bestimmte Angaben, als um die Beurteilung der getroffenen Maßnahmen. Zu einem sachlich begründeten Urteil über militärische Operationen gehört aber eine historisch genaue Feststellung der Begebenheiten, eine Kenntnis der Zusammenhänge, der Anschauungen, von denen die Führer ausgegangen sind, und ihrer Absichten. Auch muß die Lage auf der feindlichen Seite in Rücksicht gezogen werden. Noch sind aber die Archive weder bei uns noch bei unseren Gegnern geöffnet, amtliche Darstellungen des Krieges sind noch nicht erschienen. Die Kriegsakten reichen zudem zu einer lückenlosen Darstellung der Begebenheiten nicht aus, da sehr vieles — und zwar oft das Wichtigste — bei persönlichen Zusammenkünften oder mittels Fernsprecher erledigt worden ist. Über die Lage beim Feinde, deren Kenntnis für die Beurteilung der eigenen Maßnahmen von Bedeutung ist, sind wir zurzeit noch unzureichend unterrichtet.

So erklärt es sich, daß die Urteile unserer militärischen Kritik über die deutsche Heeresführung vielfach erheblich voneinander abweichen. Endgültig abschließende Urteile fällen zu wollen, ist zurzeit verfrüht. Große Vorsicht in der Kritik ist geboten. Nur unter diesem Vorbehalt soll nachstehend eine kritische Betrachtung unserer Offensive im Jahre 1918 versucht werden. Immerhin wird es möglich sein, manche bisher ausgesprochenen Urteile als auf unrichtiger Grundlage

beruhend richtigzustellen und in vielen Punkten klärend zu wirken. Vor allem wird die Erkenntnis von der ungeheuren Schwierigkeit der Aufgabe, vor die unsere Heeresleitung im Jahre 1918 gestellt war, zur Würdigung ihrer Leistung beitragen und vor schroff absprechenden Urteilen bewahren. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges wird nach den Schuldigen und nach den Fehlern, die sie begangen haben, gesucht. Fehler haben auch Napoleon und Friedrich der Große gemacht. Fehler dürfen den Blick nicht trüben für das Große, was geleistet worden ist. Die Kritik soll nicht nur nach schwachen Punkten in der Heerführung suchen, sondern auch das Bedeutende und Glänzende hervorheben.

Auf die Erörterung taktischer Einzelheiten muß verzichtet werden. Es kann sich nur um die großen operativen Fragen handeln, die für den Gang des Krieges bestimmend waren. Auch können die einzelnen Angriffe nicht mit derselben Ausführlichkeit behandelt werden. Eingehender soll die Märzoffensive besprochen werden, die unsere größte Kraftanstrengung bedeutet, die uns dem Ziele am nächsten geführt hat und die zugleich deutlich die Bedeutung der zu überwindenden Schwierigkeiten zeigt. Die späteren Angriffe können kürzer behandelt werden. Immerhin müssen auch hierbei die leitenden Gesichtspunkte und alle für die Beurteilung wichtigen Umstände erörtert werden.

Das Gutachten beschränkt sich auf die rein militärische Seite; politische Erwägungen sind, soweit sie nicht mit den militärischen Verhältnissen unlösbar zusammenhängen, ausgeschlossen worden.

Ein besonderer Abschnitt ist angeschlossen worden, um Stellung zu dem im September 1922 vom vierten Unterausschuß veröffentlichten Gutachten des Herrn Geheimrats Professor Dr. Delbrück: „Die Offensive im Jahre 1918“ zu nehmen [1]).

I

Die Frühjahrsoffensive

1. Der Angriff war geboten

Im ersten Teile des Gutachtens („Die militärischen Grundlagen der Offensive“) ist nachgewiesen worden, daß die gesamte Lage zum Angriff drängte. Die Wirkung der Blockade und der wirtschaftliche Druck, der auf Deutschland lastete, die schwierige Ersatzlage, die zunehmende Ermattung unserer Verbündeten ließen eine schnelle Entscheidung dringlich erscheinen. Der U-Boot-Krieg hatte die erhoffte Wirkung nicht. Spätestens im Sommer mußte mit dem Auftreten starker amerikanischer Kräfte gerechnet werden, durch die eine steigende Überlegenheit unserer Gegner herbeigeführt wurde.

[1]) Die ersten Teile der Gutachten v. Kuhl, Schwertfeger, Delbrück wurden im September 1922 als Reichstagsdrucksachen veröffentlicht. D. Her.

Somit mußte nach dem Zusammenbruch Rußlands das für einen Angriff günstige Stärkeverhältnis so bald als möglich ausgenützt werden. Eine Verteidigung konnte niemals zum Ziele führen. Die Gegner würden mit dem Angriff gewartet haben, bis sie nach dem Eintreffen der Amerikaner ihre erdrückende Überlegenheit zur Geltung bringen konnten. Die Truppe drängte zum Angriff, um aus dem Grabenkrieg und den furchtbaren Abwehrschlachten herauszukommen. Sie wollte lieber Hammer als Amboß sein.

Mißlang die Offensive, dann war freilich der Krieg verloren. So dachte auch General Ludendorff: „Konnten wir 1918 nicht den Sieg erringen, so unterlagen wir." (Militär-Wochenblatt 1. 12. 1922.) Dann konnte nur noch um einen leidlichen Abschluß weitergekämpft werden. In der reinen Verteidigung wäre aber der Krieg von vornherein verloren gewesen.

Bedenken konnte die Frage erregen, ob der Ersatz für die zu erwartenden schweren Angriffskämpfe reichen würde und ob die Armee für die Operation im freien Felde beweglich genug wäre, wenn der Durchbruch glückte. Aber Abwehrschlachten waren erfahrungsmäßig verlustreicher als der Angriff, und die Beweglichkeit mußte wenigstens für einen Teil des Heeres mit allen Mitteln erstrebt werden. Ungünstig war der Mangel an großen, strategischen rückwärtigen Stellungen, für die auch bei einer Offensive rechtzeitig Vorsorge getroffen werden mußte.

2. Die Wahl der Angriffsstelle

Von vornherein stand fest, daß die Kräfte auf einem Kriegsschauplatz zum Angriff zusammengefaßt werden mußten, um eine Zersplitterung zu vermeiden.

Eine Fortsetzung des Angriffs gegen Rußland und ein Angriff in Mazedonien kamen im Frühjahr 1918 kaum in Frage. Es war untunlich, sich noch weiter in Rußland festzulegen und stärkere Kräfte zum Angriff gegen Saloniki zu verwenden, um den Rücken gegen Osten völlig frei zu machen und sich dann gegen den Westen zu wenden. Leicht konnte es hier zu spät für den Angriff werden.

Viel Bestechendes hatte ein Angriff in Italien. Schon im Winter 1915/16 war General Conrad von Hötzendorf lebhaft für eine Offensive gegen Italien „als die notwendige Einleitung des endgültigen Entscheidungskampfes" eingetreten. Er war davon überzeugt, daß die Entscheidung in Frankreich liege, meinte aber, daß der Angriff dort erst aussichtsreich werde, wenn Italien geschlagen sei und die für den Kampf in Frankreich notwendigen Kräfte dadurch frei würden. Durch einen doppelten Angriff von Tirol und vom

Isonzo her konnte das italienische Heer vernichtet werden. Ein solches entscheidendes Ergebnis hatte weder der österreichische Angriff von Tirol aus im Jahre 1916 noch der österreichisch-deutsche Angriff im Herbst 1917 vom Isonzo her erreicht, so schwer die Niederlage des italienischen Heeres bei dem letzten Angriff auch war.

Im Frühjahr 1918 waren die Aussichten für einen Angriff nicht mehr so günstig wie früher, da die Italiener nunmehr an der Piave standen, so daß ein Angriff von Tirol aus nicht mehr so empfindlich ihre Flanke traf. Es ist daher vorgeschlagen worden, man hätte zu beiden Seiten des Gardasees angreifen sollen (Krauß, „Die Ursachen unserer Niederlage"), um die italienische Armee abschneiden und vernichten zu können. Aber der Angriff konnte erst bei günstiger Jahreszeit beginnen und erforderte starke Kräfte, die dort auf unberechenbare Zeit gefesselt werden konnten, wenn sich die Entente zur Unterstützung der Italiener entschloß. Es war fraglich, ob dann noch Zeit für die große Offensive im Westen war. Die Entente konnte aber auch zur Entlastung der Italiener unsere geschwächte Westfront angreifen. Von dem Angriff in Italien wurde daher 1918 Abstand genommen.

So richteten sich denn die Blicke im Winter 1917/18 bei den Erwägungen über die zu wählende Angriffsfront nach dem Westen. Über die Lage beim Feinde gewann die deutsche Heeresleitung an der Westfront folgende Anschauung: Gegen Ende des Winters deuteten alle Nachrichten und alle Feststellungen an der Front darauf hin, daß die Entente die deutsche Offensive erwartete und sich abwartend verhalten wollte. Die gesamte feindliche Presse sprach von unserem bevorstehenden Angriff und von seiner vermutlichen Richtung. Zahlreiche kleinere Patrouillenunternehmungen, erhöhte Fliegertätigkeit, eifriger Bau rückwärtiger Stellungen ließen die zunehmende Spannung beim Gegner erkennen.

Es wurde bekannt, daß auf Drängen des Generals Foch die Franzosen sich starke Reserven zu schaffen suchten, die vielleicht in der Mitte der feindlichen Westfront, in der Gegend von Meaux, versammelt wurden. Die Mehrzahl der noch in Flandern stehenden französischen Divisionen wurde von dort weggezogen, die Engländer dehnten ihre Front von ihrem bisherigen rechten Flügel nördlich St. Quentin nach Süden bis südlich der Oise aus und machten so weitere französische Divisionen verfügbar. Die französische Armee wurde von uns für taktisch und operativ gewandter gehalten.

Die englischen Reserven wurden größtenteils hinter der Mitte und dem linken Flügel der englischen Front gegenüber der deutschen 4., 6. und 17. Armee vermutet, während hinter dem rechten englischen Flügel, gegenüber der deutschen 2. und 18. Armee, nur schwache Reserven zu stehen schienen. In der Gegend von Armentières standen portugiesische Truppen in der Front, die gering bewertet wurden.

Die vorstehenden Angaben sind den damals vorliegenden Nachrichten entnommen. Sie sind von Bedeutung für die Wahl der Angriffsfront. Es wird später im Zusammenhang bei Betrachtung der feindlichen Maßnahmen sich ergeben, inwieweit die Annahmen vom Feinde zutrafen.

Die Engländer hatten im Jahre 1917 die Hauptlast des Kampfes getragen. Monatelang hatten sie im Sommer und Herbst unter schwersten Verlusten in Flandern angegriffen, um uns von der Küste zu vertreiben, ohne mehr zu erreichen, als einen verhältnismäßig geringen Geländegewinn. Ob der starke Kräfteverbrauch im Frühjahr 1918 durch ausreichenden Ersatz ausgeglichen war, mußte fraglich erscheinen.

Die Tätigkeit der Franzosen hatte sich nach der gescheiterten großen Offensive an der Aisne und in der Champagne vom April und Mai 1917 im weiteren Verlaufe des Jahres hauptsächlich auf je einen Teilangriff am 20. August bei Verdun und am 22. Oktober an der Laffauxecke beschränkt. In beiden Fällen hatten die Franzosen nicht unbeträchtliche Erfolge errungen und gezeigt, daß die Armee wieder angriffsfähig war.

Die Stärkeverhältnisse sind im ersten Teil des Gutachtens eingehend dargelegt.

Auf dieser Grundlage bauten sich die Erwägungen über die zu Beginn des Frühjahrs 1918 in Aussicht zu nehmende Angriffsstelle auf. Das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht sprach sich im November 1917 für einen Angriff gegen die Engländer in Flandern aus, während die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz für einen Angriff gegen die Franzosen eintrat.

Feldmarschall von Hindenburg äußert sich darüber in seinem Buche („Aus meinem Leben", S. 301 und 327) folgendermaßen: „Ich sah in England noch immer die Hauptstütze des feindlichen Widerstandes, war mir aber zugleich darüber auch klar, daß in Frankreich der Wille, unser staatliches Dasein bis zur Vernichtung zu schädigen, mindestens ebenso stark vertreten war wie in England. Auch in militärischer Beziehung war es von geringer Bedeutung, ob wir unseren ersten Angriff gegen Franzosen oder Engländer richteten. Der Engländer war zweifellos ungewandter im Gefecht als sein Waffengefährte. Er verstand nicht, rasch wechselnde Lagen zu beherrschen. Er arbeitete zu schematisch. Diese Mängel hatte er bisher im Angriff gezeigt, und ich glaubte, daß das in der Verteidigung nicht anders sein würde. . . . Was dem Engländer an Gefechtsgewandtheit fehlte, ersetzte er, wenigstens teilweise, durch seine Zähigkeit im Festhalten seiner Aufgabe und seines Zieles, sowohl im Angriff wie in der Verteidigung. . . . Der Franzose war durchschnittlich gefechtsgewandter als sein englischer Bundesgenosse. Dafür war er aber wohl weniger zähe in der Verteidigung als dieser. In der französi-

schen Artillerie erblickten unsere Führer wie Soldaten ihren gefährlichsten Feind, während der französische Infanterist in weniger großem Ansehen stand."

Feldmarschall von Hindenburg verkannte aber keineswegs die operative Bedeutung eines entscheidenden Sieges über die Engländer. In der glücklichen Durchführung eines solchen Angriffs sah er die Entscheidung des Krieges: „Gelangten wir", so äußert er sich, „an die Küste des Kanals, so berührten wir die Lebensadern Englands unmittelbar. Wir kamen nicht nur in die denkbar günstigste Lage für Bekämpfung seiner Seeverbindungen, sondern wir vermochten von dort aus mit unseren schwersten Geschützen sogar einen Teil von Britanniens Südküste unter Feuer zu nehmen."

In der Tat wäre es von der größten Bedeutung für die Kriegführung gewesen, wenn wir die Kanalküste bis Boulogne gewonnen hätten. Die bedeutende Erweiterung der flandrischen U-Boot-Basis hätte erheblich günstigere Bedingungen für den U-Boot-Krieg geschaffen.

Der Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Oberst Graf v. der Schulenburg, sprach sich indessen gegen einen Angriff in Flandern aus und trat für eine Offensive gegen die Franzosen ein. Er war der Ansicht, daß England durch eine Teilniederlage seines Heeres nicht zum Frieden bewogen werde, wohl aber, wenn die Kraft der Franzosen durch eine schwere Niederlage gebrochen sei. Er schlug daher einen Angriff von zwei Seiten gegen Verdun vor, einerseits in und östlich von den Argonnen, anderseits von St. Mihiel in westlicher Richtung, um Verdun zu nehmen und den umfassend angegriffenen Teil der französischen Armee zu vernichten. Von diesem Erfolg erwartete Graf Schulenburg einen tiefgehenden Stimmungsumschwung im französischen Volk und Heer. Freilich würden die Engländer in Flandern angreifen, wenn wir die Franzosen bei Verdun anfaßten. Ebenso sicher sei aber eine französische Offensive, wenn die Engländer von uns angegriffen würden. Vermöge die Oberste Heeresleitung nicht gleichzeitig einen großen Angriff zu führen und an anderer Stelle eine Abwehrschlacht zu schlgen, so bleibe die Möglichkeit, sich auf der bedrohten Front dem feindlichen Angriff durch Ausweichen zu entziehen. Das sei in Flandern, wenn auch nur in begrenztem Umfang, an der Aisne und in der Champagne möglich, nicht aber östlich der Argonnen und an der Maas.

Auch der Chef der Operationsabteilung in der Obersten Heeresleitung, Oberstleutnant Wetzell, sprach sich zugunsten eines Angriffs gegen die Franzosen aus. Er ging davon aus, daß „nur eine großzügige Offensive die Gewähr biete, die ganze Westlage entscheidend zu beeinflussen. Sie muß ein weitreichendes, strategisches Ziel haben, das nicht nur materiell, sondern auch ideell eine

große Wirkung auslöst." Oberstleutnant Wetzell führte folgendes aus: „Es gibt meines Erachtens an der französischen Front, wie überhaupt an der ganzen Westfront, nur eine wirklich großzügige Offensivmöglichkeit mit der weitestreichenden Folgewirkung bei ihrem Gelingen, d. i. der Angriff zur Abschnürung des französischen Verdunbogens mit dem Hauptstoß im Argonnenabschnitt über Clermont und südlich, mit einem starken Nebenangriff aus der Westfront der Armeeabteilung C nördlich St. Mihiel über die Maas, um von Norden und Osten ohne direkte Einwirkung der Festung Verdun die Abschnürung zu einer völligen zu machen. Es würden bei vollem Erfolg einmal eine große Anzahl angegriffener und zur Entlastung in den Kampf geworfener französischer Divisionen zerschlagen, zum andern sämtliche im Verdunbogen stehenden (zurzeit 11) Divisionen zertrümmert oder gefangen genommen, gleichzeitig aber damit unsere Verdun umspannenden Divisionen (zurzeit 15 Divisionen) operativ frei werden.

Jedenfalls kann gesagt werden, daß sich die französische Armee von einem solchen Schlage nicht mehr erholen würde. Was es moralisch in der ganzen Welt, bei den Franzosen und bei den sämtlichen Gegnern, bedeuten würde, wenn der Erfolg einer deutschen Offensive „Verdun" wäre, sagt schon der Name allein. Welche Folgewirkungen sie beim französischen Volk im besonderen und bei den sonstigen Ententeländern auslösen wird, kann hier nicht gesagt werden. Auch die sonstigen Ergebnisse, d. h. ob sich die Offensive im Bewegungskriege fortsetzen und auswerten ließe, läßt sich nicht annähernd übersehen. Daß sie eine kriegsentscheidende Bedeutung gewinnen würde, kann jedoch angenommen werden. Sicherlich wäre die im nächsten Frühjahr zu erwartende französisch-amerikanische Offensive damit voll erledigt. Die deutsche Armee könnte sich mit ganzer Kraft — wenn es noch nötig sein sollte, ganz den Engländern zuwenden."

Somit gingen im Herbst 1917 die Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten über die Wahl des Angriffszieles erheblich auseinander. Von der zu treffenden Entscheidung hing das Schicksal des Feldzuges 1918 ab. Auf die weitere Entwicklung dieser Frage muß daher genauer eingegangen werden.

Am 11. November 1917 fand im Hauptquartier der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht zu Mons eine Besprechung des Generals Ludendorff mit den Generalstabchefs der beiden Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz statt.

Der Chef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht trat für eine Offensive in Flandern in Richtung Bailleul—Hazebrouck, unter Deckung der linken Flanke am La Bassée-Kanal, ein, um die Engländer abzuschneiden, die dicht massiert im nördlichsten Teil Frankreichs in einer operativ sehr ungünstigen Lage, das Meer nördlich

und westlich nahe hinter sich, standen. Nachteilig war nur, daß die im Winter überschwemmte Lysniederung schwer gangbar war. Vor Anfang April war die Operation nicht durchführbar. Wurden wir anderwärts vorher angegriffen, so mußten wir dort ausweichen. General Ludendorff wandte hiergegen — abgesehen von einigen taktischen Bedenken — vor allem ein, daß spätestens Ende Februar oder Anfang März angegriffen werden müsse, um dem Feind zuvorzukommen.

Oberst Graf v. der Schulenburg entwickelte den bereits geschilderten Plan eines Angriffs auf Verdun, dem auch Oberstleutnant Wetzell beitrat. General Ludendorff meinte, daß dadurch die Engländer nicht veranlaßt würden, Kräfte zur Unterstützung der Franzosen dorthin zu senden. Vielmehr würden wir eine neue Schlacht in Flandern zu bestehen haben.

General Ludendorff stellte nun zur Erwägung, ob die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht nicht, statt in Flandern, weiter südlich bei Arras oder St. Quentin angreifen könne. Der Chef des Generalstabes dieser Heeresgruppe sprach sich aber dagegen aus.

Schließlich wurde das Ergebnis der Besprechung vom General Ludendorff folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Lage in Rußland und Italien wird es voraussichtlich ermöglichen, im neuen Jahre einen Schlag auf dem Westkriegsschauplatz zu führen. Das beiderseitige Kräfteverhältnis wird etwa gleich sein. Es können für eine Offensive etwa 35 Divisionen und 1000 schwere Geschütze verfügbar gemacht werden. Sie werden zu einer Offensive ausreichen; eine zweite größere gleichzeitige Offensive, etwa als Ablenkung, wird nicht möglich sein.

Unsere Gesamtlage erfordert, möglichst früh zu schlagen, möglichst Ende Februar oder Anfang März, ehe die Amerikaner starke Kräfte in die Wagschale werfen können.

Wir müssen die Engländer schlagen.

Auf diesen drei Leitsätzen sind die Operationen aufzubauen.

Die von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vorgeschlagene Operation über Hazebrouck — Decknamе „St. Georg“ — gegen Flanke und Rücken der englischen Hauptkräfte ist zweifelsohne sehr wirksam, aber die Geländeschwierigkeiten sind doch sehr erheblich. Vor allem aber ist dieser Angriff von der Witterung abhängig und kann nicht früh genug gemacht werden. Um Zeit zu gewinnen, könnte man zuerst die Franzosen durch einen Ablenkungsangriff festhalten, etwa bei Verdun, hierbei den dortigen Bogen abschneiden und dann sich gegen die Engländer wenden. Aber dazu reichen die Kräfte und die Munition nicht aus.

Es ist zu prüfen, ob nicht weiter südlich günstigere Vorbedingungen für eine Operation gegeben sind. Insbesondere erscheint ein Angriff bei St. Quentin aussichtsreich. Nach Gewinnen

der Sommelinie Peronne—Ham könnte er unter Anlehnung der linken Flanke an die Somme weiter in nordwestlicher Richtung vorgetragen werden und zum Aufrollen der englischen Front führen. Als besonders wichtig für das Gelingen dieser Operation wurde hierbei angeführt, daß durch weittragendes Feuer und Bombengeschwader die Bahnhöfe unbenutzbar gemacht und dadurch das rechtzeitige Heranführen der feindlichen operativen Reserven erschwert werden müsse."

Hier ist bereits deutlich der Grundgedanke der später angeordneten und tatsächlich ausgeführten sogenannten Michaeloperationen ausgesprochen. Auch tritt das große operative Ziel dieses Angriffs klar hervor. Es muß dies besonders betont werden, da in dem Gutachten des Herrn Geheimrats Delbrück behauptet worden ist, der Angriff sei nicht dort angesetzt worden, „wo sich die beste Aussicht auf die strategische Operation bot, sondern wo am leichtesten durchzudringen war". Er habe daher „strategisch ins Leere" geführt.

Auf Grund erneuter Erwägungen legte das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht bald nach der Besprechung in Mons der Obersten Heeresleitung eine Denkschrift über die Operationen 1918 am 20. November 1917 vor. Es muß hierbei beachtet werden, daß Rußland damals noch nicht endgültig aus der Reihe unserer Gegner ausgeschieden war. Erst am 6. Dezember wurde ein Waffenstillstand mit Rußland abgeschlossen, am 22. Dezember begannen die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, die erst am 3. März nach vielen Schwankungen zum Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk führten.

Die Denkschrift ging daher davon aus, daß wir 1918 in Flandern sicher mit der Fortsetzung der englischen Offensive rechnen müßten und daß auch die Franzosen eine große Offensive unternehmen würden. Auf Abwehrschlachten dürften wir uns aber nicht beschränken. Wir müßten angreifen. Für einen entscheidenden Angriff käme nach wie vor hauptsächlich die Richtung in Flandern in Betracht. Die Heeresgruppe verblieb somit bei der bisherigen Ansicht und begründete sie folgendermaßen:

Das Ziel, den Feind zu schlagen, wird am besten erreicht durch einen Angriff bei Armentières—Estaires gegen Flanke und Rücken der im Ypernbogen und westlich anzunehmenden Masse des englischen Heeres. Auf diese Weise wird auch am besten die feindliche Offensive in Flandern vereitelt und unsere U-Boot-Basis gedeckt. Die schwierigen Bodenverhältnisse in der Lysniederung verhindern, daß der Angriff früh gemacht werden kann. Kommen die Engländer uns mit dem Angriff in Flandern zuvor, so weichen wir dem aus.

Der Angriff muß dort geführt werden, wo Aussicht besteht, die feindlichen Stellungen rasch zu durchbrechen. Dies ist südlich Ar-

mentières anzunehmen, wo der Ausbau der feindlichen Stellungen unzulänglich ist und wo die Stellungen zum Teil von Portugiesen besetzt sind. Zugleich wird durch einen solchen Angriff die operativ wirksamste Richtung Estaires—Hazebrouck erreicht. Das Überschreiten der Lys muß technisch sorgfältig vorbereitet werden. Gerade wegen der vorhandenen Schwierigkeiten wird der Gegner den Angriff hier nicht erwarten. Es besteht daher Aussicht, den Gegner zu überraschen. Auf die Überraschung wurde besonderer Wert gelegt. Hierzu wurden Vorschläge gemacht, wie die Angriffstruppen und die Artillerie möglichst spät, schnell und unauffällig einrücken sollten.

„Der Engländer befindet sich, solange er seine Hauptkräfte zu einer Offensive in Flandern bei und westlich Ypern zusammengezogen hat, operativ in der denkbar schwierigsten Lage, sobald wir von Armentières—Estaires her zum Angriff vorgehen. Die Masse seiner Kräfte ist im äußersten Norden Frankreichs und der ganzen feindlichen Kampflinie zusammengedrängt, hat in der linken Flanke und im Rücken das Meer, so daß der Angriff gegen die rechte Flanke das Heer in die schwierigste Lage bringen kann. Es wird gerade für den Engländer — auch mit Hilfe seiner Reserven — nicht leicht sein, sich aus der dicht zusammengedrängten Masse schnell nach der rechten Flanke zu entwickeln und seine stark bedrohten Verbindungen zu decken . . .

Der Angriff ist auf der Linie Frélinghien—Festubert anzusetzen. Die Hauptrichtung muß über Bailleul-Hazebrouck führen . . . Die Hauptkräfte müssen über Estaires auf Hazebrouck angesetzt werden mit dem Ziele, den Gegner in Flanke und Rücken zu fassen und ihm den Rückzug abzuschneiden. Der linke Flügel muß daher tief gestaffelt und sehr stark sein. In der linken Flanke muß der Gegner zuvor über den La Bassée-Kanal geworfen werden. Der La Bassée-Kanal bietet dann eine gute Anlehnung der linken Flanke. Eine Ausdehnung des Angriffs über den La Bassée-Kanal nach Süden wäre erwünscht, wird aber mit Rücksicht auf die verfügbaren Kräfte nicht möglich sein . . . Die Mitte des Angriffs muß gegen die Höhen nördlich der Linie Bailleul—Hazebrouck vorgehen und auf diesen baldigst Fuß fassen."

Es wurde damit gerechnet, daß die Franzosen starke Kräfte zur Unterstützung der Engländer gegen die linke Flanke unseres Angriffs heranführen würden. Starke Reserven waren hiergegen bereitzuhalten. Außerdem wurde es für nötig gehalten, daß die französischen Kräfte auf anderen Fronten durch Demonstrationen und, soweit möglich, durch Teilangriffe gefesselt würden, sofern sie nicht selbst zu einem großen Angriff schritten. Die englischen Kräfte, die nördlich und südlich vom Angriffsfeld unseren Fronten gegenüberständen, müßten durch unsere Truppen gebunden werden.

Dem Vorschlag waren genaue taktische Angaben über die Durch-

führung des Angriffs und eine Stärkeberechnung beigefügt, wonach etwa 40 Divisionen und etwa 400—500 schwere Batterien erforderlich waren.

Einen Angriff in der Gegend von Arras erklärte die Heeresgruppe unter eingehender Begründung für zu schwierig.

Ein Angriff in der Gegend von St. Quentin wurde folgendermaßen bewertet: „Der Grundzug einer Operation bei der 2. Armee muß sein, zunächst die feindliche Front zu durchbrechen, die linke Flanke der Operation gegen die Franzosen zu decken und die feindliche Front nach Nordwesten aufzurollen. Die Operation ist dann gegen die im Raume zwischen der Somme und dem Pas de Calais befindlichen feindlichen Kräfte nach Nordwesten zu im Bewegungskrieg weiterzuführen. Der Feind hat das Meer im Rücken. Dies bietet uns Aussicht auf durchschlagende Entscheidungen, wenn die Operation weit genug vordringt. Wie die Operation nach gelungenem Durchbruch im einzelnen weiter verlaufen wird, hängt von den Maßnahmen des Feindes ab und läßt sich nicht übersehen. Voraussetzung für solche Operationen sind aber starke Kräfte — wesentlich stärkere, als bei „St. Georg" nötig wären.

Günstig ist, daß im Gebiet der 2. Armee Operationen zu jeder Jahreszeit möglich sind, daß die feindlichen Stellungen — außer südlich St. Quentin — nicht stark ausgebaut und zurzeit schwach besetzt sind . . .

Nachteilig ist, daß die Operationen durch das bei „Alberich" (so wurde die Rückzugsbewegung in die Siegfriedstellung im März 1917 genannt) zerstörte Gelände führen und das breite Stellungs- und Trichtergebiet der Sommeschlacht überwinden müssen. Ungünstig ist ferner, daß die Front der 2. Armee von Nordwesten nach Südosten verläuft, während die zu erstrebende Hauptoperationsrichtung nach Nordwesten geht. Dadurch wird das Aufrollen der feindlichen Front nach Nordwesten zu nach gelungenem Durchbruch erheblich erschwert.

Der Angriff muß zunächst in westlicher Richtung bis zur Somme geführt werden und kann sich dann erst nach Nordwesten zu entfalten. Bis die Bewegungsoperation in Fluß kommt, vergeht einige Zeit. Sie kommt dem Feind für die Heranführung seiner Reserven zugute, was durch das gute Bahnnetz begünstigt wird. Inwieweit es möglich sein wird, die feindlichen Bahnverschiebungen durch Beschießung der wichtigsten Knotenpunkte mit schwerem Flachfeuer und durch Bombengeschwader empfindlich zu stören, wird wesentlich vom Wetter abhängen. Bei länger anhaltendem schlechten Wetter wird dies nicht möglich sein, da dann die notwendige Mitwirkung der Flieger ausfällt. Zu bedenken bleibt, daß es den Engländern während der Flandernschlacht weder durch Beschießung noch durch

Bombenangriffe auf unsere Bahnhöfe gelang, den Betrieb unserer Bahnverbindungen wesentlich zu stören."

Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern, faßte zum Schluß der Denkschrift seine Ansicht folgendermaßen zusammen:

„Nach Prüfung aller Operationsmöglichkeiten im Bereich der Heeresgruppe komme ich zu dem Schluß, daß der entscheidende Angriff ‚St. Georg' die beste Operation ist, die wir 1918 machen können . . . Trotz der bei der mündlichen Besprechung in Mons am 11. 11. erwähnten Bedenken, daß der Angriff nicht früh genug möglich ist, möchte ich daher ‚St. Georg' erneut vorschlagen.

Es wird sich für uns im nächsten Frühjahr eine selten günstige operative Lage ergeben. Unsere Offensive zur See — der U-Boot-Krieg — zwingt den Engländer, seine Offensive in Flandern fortzusetzen. Er muß seine Hauptkräfte hierzu in Flandern massieren, am äußersten Nordflügel der ganzen feindlichen Front, in Flanke und Rücken das Meer. Südlich der englischen Angriffsfront finden sich auf breiten Strecken schwache, aufgesetzte Stellungen, die uns einen raschen Durchbruch in wirksamster operativer Richtung ermöglichen.

Dazu kommt, daß unsere Infanterie gerade dem Engländer gegenüber sich unbedingt überlegen fühlt. Sie brennt darauf, sich mit ihm im Angriff zu messen; sie scheut die Abwehrschlacht. Taktisch und operativ sind wir den Engländern sicher überlegen.

Setzen wir alle verfügbaren Kräfte — unter Unterordnung der Operationen auf anderen Fronten — zu dem entscheidenen Angriff ‚St. Georg' ein, so haben wir alle Aussicht auf einen entscheidenden Erfolg. In diesem Sinne wäre ‚St. Georg' eine große, in der Durchführung neue Operation im Westen."

Erneut nahm hierauf der Chef der Operationsabteilung in der Obersten Heeresleitung, Oberstleutnant Wetzell, in einer Denkschrift vom 12. Dezember 1917 zur Angriffsfrage Stellung.

Er ging davon aus, daß es sich darum handelte, einen großen, entscheidenden Erfolg zu erreichen. Den Angriff bei Verdun hielt er nach wie vor für den entscheidendsten. Doch sei auch ein Angriff gegen die Engländer in Richtung auf Hazebrouck günstig. Gegen den Versuch eines „Durchbruchs großen Stils" bei St. Quentin äußerte er große Bedenken. Überhaupt seien die Schwierigkeiten eines Durchbruchs im Westen so groß, daß dieses Ziel kaum durch einen Angriff an einer Stelle erreicht werde.

Wenn man die Engländer angreifen wolle, dann müsse dies durch eine Verbindung mehrerer aufeinanderfolgender Angriffe und durch schnelles Verschieben der Kräfte geschehen. Die Offensive sollte nach seinem Vorschlag in zwei Akte zerfallen. Im ersten Akt

müßten durch einen Angriff bei St. Quentin die englischen Reserven von Flandern dorthingezogen werden. Der Angriff dürfe aber nur bis zu einer bestimmten Linie durchgeführt und müsse dann abgebrochen werden. Etwa vierzehn Tage darauf sollte dann die von Reserven entblößte feindliche Front in Flandern in Richtung auf Hazebrouck angegriffen werden, um die ganze englische Front ins Wanken zu bringen und von Norden her aufzurollen.

Der Vorschlag des Oberstleutnants Wetzell ist nicht angenommen worden. Immerhin mag er dazu beigetragen haben, daß nach dem Michaelangriff ein nachfolgender Angriff in Flandern in Aussicht genommen und tatsächlich auch durchgeführt worden ist. Die Offensive ist also in zwei Akte zerlegt worden, von denen aber der erste bei St. Quentin die Entscheidung bringen sollte, der zweite bei Hazebrouck nur in Aussicht genommen wurde, wenn die Entscheidung im ersten Akte nicht gefallen war. Welche Bedenken und Schwierigkeiten der schnellen Aufeinanderfolge zweier Angriffe und der hierzu erforderlichen Umgruppierung der Kräfte entgegenstanden, wird später zu erörtern sein.

Die vom Oberstleutnant Wetzell geäußerten Gedanken sind so beachtenswert, daß die Denkschrift nachstehend im Wortlaut wiedergegeben wird:

12. Dezember 1917

Die Westoffensive und ihre Erfolgsaussichten

Allgemeines

Für die Erfolgsaussichten im Westen gelten andere Grundsätze als im Osten und gegen Italien. Man muß sich darüber ganz klar werden, um für die Einschätzung des nach menschlichem Ermessen und den bisherigen Westerfahrungen Erreichbaren nicht auf Abwege zu geraten und sich Ziele zu stecken, die bei unseren dortigen Gegnern tatsächlich nicht zu erreichen sind.

Wir müssen uns vor Augen halten, daß im Jahre 1918 Frankreich eine ausgeruhte, durch Amerikaner verstärkte und operativ frei e Armee sowie eine ebenso entschlossene militärische wie politische (Clemenceau) Führung hat.

Die Engländer anderseits werden wahrscheinlich erneut die Entscheidung in Flandern suchen.

Gegner

Die englische Armee ist durch die Flandernschlacht gewiß stark mitgenommen, verfügt aber über so viel ausgebildeten Ersatz, daß sie sich im nächsten Jahr dieselben Aufgaben wie in diesem stellen kann. Die Artillerie ist wie die gesamte englische Taktik reichlich starr.

Die Ausrüstung der englischen Infanterie mit M.-G. usw. aber auf vollster Höhe.

Wir haben einen operativ ungelenken, taktisch starren, aber zähen Gegner vor uns.

Die Franzosen haben gezeigt, was sie können, sie sind ebenso gewandte Artillerie- wie Infanterietaktiker. Die Geländeausnutzung im Angriff ist gleich gut wie in der zähen Verteidigung.

Der Franzose ist im Angriff besser, in der Verteidigung geschickter, aber nicht so ausdauernd wie der Engländer.

Der Engländer bleibt operativ in Flandern festgelegt, der Franzose ist frei.

Eigene Armee

Lassen uns die Westgegner einige Wintermonate Zeit zur Ausbildung, so wird unser größtenteils stark mitgenommenes, durch die anderwärts frei gewordenen Kräfte aber sehr verstärktes Westheer im Frühjahr 1918 durchaus zu einer Offensive befähigt sein und zeigen, daß es bei einer solchen allen Gegnern überlegen ist.

Gegenseitiges Kräfteverhältnis und Aufstellung der Reserven

Zurzeit stehen in der Front 106 englisch-französische Divisionen gegenüber 118½ deutschen im Westen.

In Reserve: 62 englisch-französische gegenüber 42 deutschen.

Was wir im Laufe des Winters an Kräften vom Osten nach dem Westen herüberfahren können, wird zu einem geringen Teil durch amerikanische Truppen ausgeglichen werden.

Mit einer, wenn auch nicht allzu großen, zahlenmäßigen Überlegenheit an Einheiten (Divisionen) können wir jetzt rechnen. Weniger mit einer solchen an Artillerie und Luftstreitkräften.

Die englischen Reserven sind seit Abflauen der Flandernschlacht und seit den Kämpfen bei Cambrai auf diese beiden Fronten ziemlich gleichmäßig verteilt.

Hinter der französischen Front sind die Reserven zweckmäßiger, nach dem linken Flügel am stärksten (vor 7. Armee), verteilt.

Möglichkeit der Verschiebung feindlicher Kräfte

Wie wir in der Lage sind, sehr schnell außerordentlich starke Kräfte mit der Bahn zu verschieben, so können dies noch in erhöhtem Maße unsere Westgegner dank des hinter ihrer Front befindlichen dichten Eisenbahnnetzes. Daneben verfügen beide feindliche Armeen über eine sehr große Masse von Kraftwagen, die ihnen schon mehrfach entscheidende Dienste (Verdun) in dem raschen Heranbringen von Unterstützungen geleistet haben.

Überraschung

Auf eine völlige Überraschung des Angriffs kann man im Westen auf keiner Front, am wenigsten an einer bisher ruhigen, rechnen. Sowohl die Champagne-, die Somme-, die Arras-, die Aisne-, die Aisne-Champagne-, die Flandern- und zuletzt auch die Verdun- und die Laffaux-Offensive waren uns vorher bekannt. Nur bei Cambrai gelang die Überraschung immerhin mit geringen Kräften.

Die verschiedensten Mittel, Patrouillen-, Flug-, Bild-, Funker-, Meßtruppaufklärung, bieten vielerlei Möglichkeiten, die eine oder andere der Angriffsvorbereitungen zu erkennen. Auch das Einschießen vorher kann leicht zum Verräter werden.

Ohne Zweifel wird man als Angreifer, auch auf der Westfront, immer mit einem beträchtlichen Vorsprung rechnen können, andererseits aber auch auf die schnellsten und kräftigsten feindlichen Gegenmaßnahmen, wie z. B. unsere bei Cambrai, gefaßt sein müssen.

Schnelligkeit des Durchbruchsangriffs

Nicht zu vergessen ist ferner, daß bei vorwärtsschreitender Offensive der Angreifer, der sich von seinen Zubringerlinien und Depots entfernt, sich auch über schwieriges, zerschossenes Kampfgelände vorbewegen muß, durch das Vorbringen seiner Artillerie- und Munitionsmassen zu Pausen gezwungen ist, die dem Verteidiger zur Organisierung des Widerstandes zugute kommen.

Man darf sich also auch über die Schnelligkeit eines Durchbruchangriffs im Westen keinen zu weitgehenden Hoffnungen hingeben. Handeln unsere Gegner nur einigermaßen planmäßig und schnell, wie wir es bisher trotz oft schwierigster Lage taten, so wird es auch ihnen gelingen, unsere Offensive nach einer gewissen Zeit abzufangen.

Es wird uns daher nur bei einer geschickten Kombination von mehreren in enger Wechselwirkung zueinander stehenden Angriffen gelingen, einen wirklich großen und entscheidenden Erfolg zu erringen.

Die Aussichten der verschiedenen Angriffe

Ich halte den Verdun abschnürenden Doppelangriff aus den Argonnen und der Westfront der A. A. C. für den entscheidendsten, weil er, wenn erfolgreich, den im Jahre gefährlichsten, weil operativ freien, Gegner vernichtend trifft.

Von einem Verluste Verduns und dessen artilleristischen Kampfmitteln würde sich die französische Armee nicht wieder erholen und trotz amerikanischer Hilfe zur absoluten Defensive gezwungen sein. Außerdem würde er den Franzosen die für 1918 wahrscheinlichste Angriffspforte ein für allemal schließen. Ein völliger politisch-militärischer Zusammenbruch ist nicht ausgeschlossen.

Auch den in allgemeiner Richtung Hazebrouck gegen den starren Engländer zu führenden Großangriff halte ich strategisch wie taktisch für günstig. Ich halte ihn aber nur, wie ich später ausführen werde, als letztes Glied eines kombinierten Angriffs gegen die englische Front für besonders aussichtsreich.

Es wird sehr oft angenommen, daß unser Angriff gegen einen der beiden Westgegner automatisch den Großangriff des anderen auf unsere Front auslösen würde. Das scheint mir bei einem Angriff auf den englischen Flandernflügel richtig. Er kann alsbald einen französischen Entlastungsangriff bei der Heeresgruppe Kronprinz oder Heeresgruppe Albrecht hervorrufen.

Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß, unabhängig von unseren Absichten, eine französische Offensive im Jahre 1918 sehr frühzeitig einsetzt. Auch das muß bei unseren Maßnahmen ganz besonders scharf durchdacht werden, da unsere Westlage damit außerordentlich gespannt sein würde. Insbesondere, weil sich der Franzose die Angriffsstelle aussuchen kann.

Wir müssen jedenfalls, wenn wir uns zu einer Offensive gegen die Engländer entschließen, sehr starke Reserven der französischen Front gegenüberstehen lassen.

Bei einem Angriff gegen die französische Front hängt ein englischer Entlastungsangriff allein von der Jahreszeit ab. Im Februar-März ist ein solcher in Flandern unwahrscheinlich. Für einen anderen Angriff größeren Stils an einem anderen Frontabschnitt müssen die Engländer aber langwierige Umgruppierungen ihrer artilleristischen und infanteristischen Kräfte vornehmen.

Ob der eine Gegner den anderen direkt an der Angriffsfront unterstützen wird, hängt, meines Erachtens, ganz von unseren Angriffserfolgen ab. Sind sie groß, so muß mit Bestimmtheit auf unmittelbare gegenseitige Unterstützung gerechnet werden.

Nun liegt die Frage folgendermaßen:

Der Verdun-Angriff ist etwa Ende Februar, der auf Hazebrouck nicht vor Anfang April durchführbar. Im Februar können wir bestimmt darauf rechnen, noch die Vorhand beim Angriff zu haben, im April sicher nicht mehr.

Der erstere verlangt etwa 30, der letztere mindestens 40 Divisionen.

Außerdem ist zu bedenken, daß der Angriff gegen die Flanke der englischen Flandernfront uns wahrscheinlich zwingen würde, bei der 7., 1. und 3. Armee unsere Front zurückzunehmen. Wir würden damit voraussichtlich mehr Gelände aufgeben, als wir — unabhängig von dem rein militärischen Kampferfolge — hoffen können, beim Angriff an anderer Stelle zurückzugewinnen. Außerdem erhielte der Franzose dadurch völlige Bewegungsfreiheit, sicherlich erhöhten Angriffselan.

Aus diesen Folgerungen und der Absicht, möglichst beide Gegner zu treffen, entstand der Gedanke, den Durchbruch großen Stils aus der Front der 2. Armee in Gegend St. Quentin zu führen.

Hiergegen ist anzuführen, daß dieser Abschnitt der 2. Armee ein ruhiger ist und daß dort die Angriffsvorbereitungen kaum verborgen bleiben, die erforderliche Angriffsüberraschung recht schwierig sein wird.

Die Möglichkeit schnellster Gegenmaßnahmen von Norden durch die Engländer, von Süden durch die Franzosen muß bei den günstigen und zahlreichen Bahnverbindungen als vorliegend betrachtet werden. Mit Sicherheit werden wir daher bei durchschlagendem Anfangserfolg mit den Hauptkräften unserer beiden Gegner in langwierigsten Kämpfen abzurechnen haben.

Wir begeben uns in ein von uns seinerzeit freiwillig geräumtes und planmäßig zerstörtes Kampfgelände mit vielen, bis weit hinter die Somme hintereinander liegenden, 1914, 15, 16 und 17 von uns und unseren Gegnern gebauten Stellungen. Zum Teil sind sie zwar nicht mehr erhalten, doch werden sie dem Verteidiger noch Vorteile bieten und dem Angreifer das Vorwärtskommen erschweren.

Die Wahrscheinlichkeit eines allmählichen Auffangens des Durchbruchstoßes ist bei diesem Angriff groß.

Entschließen wir uns, die Engländer anzugreifen — was bei ihrer operativen Ungelenkigkeit wohl Erfolg verspricht —, so muß man meines Erachtens die gesamte englische Front durch eine geschickte Kombination von aufeinanderfolgenden, in bestimmter gegenseitiger Wechselwirkung zueinander stehenden Angriffen an verschiedenen Frontabschnitten, zuletzt in der Richtung Hazebrouck, unter Ausnützung der Bahnen zum schnellen Verschieben der Kräfte, ins Wanken bringen.

Mit einem, wenn auch noch so peinlich vorbereiteten großen Angriff an einer Stelle werden wir meines Erachtens dies Ziel nicht erreichen. Hierfür ist die englische Front im Verhältnis zu den verfügbaren englischen Kräften und den günstigen Möglichkeiten zum Verschieben dieser Kräfte zu schmal.

Meinen Vorschlag s. besondere Anlage.

gez. Wetzell

Der Angriff gegen die Engländer

Allgemeines

Der Angriff gegen die Engländer muß sich auf deren operativer Ungelenkigkeit und unserer Fähigkeit, die Kräfte schnell mit der Eisenbahn umzugruppieren, aufbauen.

Die gesamte Angriffshandlung darf nicht aus einem einzigen großen Angriff an einem Frontabschnitt bestehen, der sich auf der Westfront, wie die Erfahrungen immer wieder gezeigt haben, selbst bei den günstigsten Anfangserfolgen früher oder später durch die feindlichen Gegenmaßnahmen festläuft.

Die Gesamthandlung muß sich vielmehr aus mehreren, in engster Wechselwirkung zueinander stehenden Angriffen an verschiedenen Frontabschnitten zusammensetzen, mit dem Ziel, die ganze englische Front ins Wanken zu bringen.

Zur Beweisführung für die Richtigkeit dieses Grundsatzes braucht nur auf die englischen Anfangserfoge bei Cambrai hingewiesen werden. In welch schwierige Lage gerieten wir, wenn dieser Stoß gleichzeitig mit den großen Flandernangriffen stattfand? Er hatte Erfolg, weil wir bei der 6. Armee nur eine Division in Reserve hatten, alle anderen Reserven in Flandern standen. Mit stärkeren, zum Nachstoßen angesetzten Kräften ausgeführt, konnte der englische Cambrai-Angriff uns in eine sehr schwierige Lage bringen.

Die Engländer in diese Lage zu versetzen, muß die Richtlinie für unsere Gesamtangriffe sein.

Kräfte

Wir verfügen Ende Februar—Anfang März voraussichtlich über rund 70 Divisionen an Reserven hinter der Westfront.

Wir müssen bei der Heeresgruppe Albrecht — außer den unberittenen Kavalleriedivisionen — 6 Divisionen, bei der Heeresgruppe Kronprinz 14 Divisionen stehen lassen, um mit einigermaßen Sicherheit bei der Heeresgruppe Rupprecht die Engländer angreifen zu können.

Für die Front der Heeresgruppe Rupprecht verfügen wir also über 50 Divisionen in Reserve. Von diesen müssen 10 Divisionen hinter der Flandernfront zur Sicherung gegen einen vielleicht mit dem unseren gleichzeitig einsetzenden englischen Angriff verbleiben.

Es stehen somit rund 40 Divisionen zum Angriff — außer den Stellungsdivisionen in den Angriffsabschnitten — zur Verfügung.

Angriffsplan

Die gesamte Angriffshandlung zerfällt in zwei Akte.

Der erste besteht aus einem breiten Angriffsstoß im Raum der 2. und 18. Armee (von jetzt ab Cambrai—St. Quentin-Angriff bezeichnet).

Der zweite, etwa vierzehn Tage später beginnende, aus einem Durchbruch im Raume der 4. und 6. Armee in allgemeiner Richtung auf Hazebrouck (später mit Hazebrouck-Angriff bezeichnet).

Erster Kampfakt

Ziel des Cambrai—St. Quentin-Angriffs. Abschnürung der im Cambrai-Bogen stehenden englischen Kräfte. Schlagen einer breiten Lücke in die englische Front, um dadurch den Engländer zu zwingen, seine Reserven von der Flandernfront wegzuziehen und hier in den Kampf zur Herstellung einer neuen Front einzusetzen. Erreichen der Linie Bapaume—Combles—Peronne—Ham—La Fère.

Zweiter Kampfakt

Ziel des Hazebrouck-Angriffs. Die ihrer Reserven beraubte englische Flandernfront durch Angriff in Richtung Hazebrouck (Angriffsvorschlag St. Georg der Heeresgruppe Rupprecht) zu durchstoßen, sie in Rücken und Flanke zu fassen und damit die ganze englische Front ins Wanken und dann von Norden her ins Rollen zu bringen.

Erster Kampfakt

Durchführung des Cambrai—St. Quentin-Angriffs. Zunächst gleichzeitiger Doppelangriff:

a) Mit 12 Divisionen aus der Front beiderseits Bullecourt in Richtung Bapaume zur Erreichung der Eisenbahn Bapaume—Cambrai, der Hauptzubringelinie der englischen Cambrai-Front.

b) Angriff mit 10 Divisionen zwischen Somme und Oise sowie von La Fère aus zur Gewinnung des Crozat-Kanals.

An diesen Doppelangriff schließt sich zwei Tage später

c) der Hauptstoß mit 20 Divisionen aus St. Quentin und nördlich in Richtung Peronne zur Schließung der Lücke zwischen den a- und b-Angriffen und zur Abschnürung des Cambrai-Bogens.

Gründe und Zweck dieser Angriffs-Kombination. Die beiden Flügelangriffe a und b sollen die vor 2. und 18. Armee befindlichen lokalen englischen und französischen Reserven binden und dem bei und nördlich St. Quentin zeitlich später stattfindenden Hauptstoß günstige Bedingungen zum schnellen und weiten Vorwärtskommen bieten.

Zweiter Kampfakt

Vorbereitungen. Bei der 4. Armee sind die Vorbereitungen so zu treffen, daß mit Beginn des Cambrai—St. Quentin-Angriffs die irgend dafür verfügbar zu machenden Infanterie- und Artillerie-Kräfte (15 Divisionen) auf dem linken Flügel im Abschnitt Hollebeke—Armentières zum Angriff bereitgestellt werden.

Gruppe Lille muß dazu zur 4. Armee zurücktreten.

Gleiches gilt für die 6. Armee, die nordwestlich La Bassée die Vorbereitungen für den Stoß auf Hazebrouck zu treffen hat.

Zuführung der Kräfte. Mit günstiger Entwicklung des Cambrai—St. Quentin-Angriffs werden bei 2. Armee am Cambrai-Bogen erhebliche Kräfte frei. Ich rechne auf etwa 8—10 Divisionen.

Außerdem wird sich dann übersehen lassen, ob aus dem Cambrai—St. Quentin-Angriff Divisionen freigemacht, die Front der 6. Armee gestreckt und auch Divisionen (4—6) der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz weggezogen werden können.

Jedenfalls müssen auch für diesen Angriff etwa 30 Divisionen freigemacht werden, wenn die Kräfte nicht anders zusammenzubringen sind, durch Ausführung von Hunding.

Große Teile der im ersten Kampfakt verwandten Artillerie und Minenwerfer werden im 2. (Hazebrouck) unbedingt verwandt werden können, da die zum Sturmreifmachen usw. benötigten Kräfte nachher nicht mehr gebraucht, zum mindesten nicht nachgezogen werden können.

Der Eisenbahn wird zum Bereitstellen der Kräfte für den 2. Kampfakt eine ausschlaggebende Rolle zufallen.

Durchführung des Angriffs. Auch er besteht aus einem Doppelangriff:

a) der 4. Armee nördlich Armentières in Richtung Kemmel—Bailleul,

b) der 6. Armee südlich Armentières in Richtung Estaires. Hauptrichtung für beide Angriffe: Hazebrouck.“ gez. Wetzell

Einige Tage nach der Abfassung der Denkschrift des Oberstleutnants Wetzell sah sich das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht veranlaßt, eine neue Denkschrift über die Operationen 1918 der Obersten Heeresleitung am 15. Dezember 1917 zu übersenden, nachdem durch das Ausscheiden Rußlands eine wesentliche Änderung der Gesamtlage eingetreten war. Der Chef des Generalstabes der Heeresgruppe entwickelte darin folgende Ansicht:

„Das Kräfteverhältnis wird durch das Ausscheiden Rußlands so verschoben, daß der Gegner nun mit unserem Angriff an der Westfront rechnen muß. Es ist daher wahrscheinlich, daß sich der Gegner zur Defensive entschließt und das Eintreffen der Amerikaner abwartet. Nach den hier vorliegenden Nachrichten wird dies in größerem Umfang nicht vor Sommer 1918 möglich sein. Bis dahin wird der Gegner eine große Offensive nicht wagen, wohl aber kann er uns durch Teilangriffe zu stören und uns die Initiative zu nehmen versuchen. Im übrigen wird er sich durch breite Verteilung seiner Reserven zur Abwehr gruppieren.

Wir können somit nicht mehr damit rechnen, daß der Engländer im Frühjahr 1918 seine Offensive in Flandern fortsetzen und hierzu seine Hauptkräfte bei Ypern zusammenziehen wird, wie es als Grundlage für die vorgeschlagene Operation ‚St. Georg' angenommen wurde.

Steht der Gegner in Erwartung unseres Angriffs bereit, so wird der Durchbruch schwierig. Es kommt daher vor allem darauf an, irgendwo überhaupt durchzubrechen. Der Durchbruch kann uns nur durch Überraschung gelingen. Er ist nur dort möglich, wo verhältnismäßig schwache Stellungen uns ein abgekürztes Angriffsverfahren ermöglichen. Eine Materialschlacht, wie sie bisher die Engländer und Franzosen versucht haben, hat keine Aussicht. Gelingt die Überraschung nicht und besteht die Gefahr, daß die Operation in eine Materialschlacht ausklingt, so muß die Offensive besser angehalten werden, um an anderer Stelle erneut den überraschenden Durchbruch zu versuchen.

Die Aussichten für einen Durchbruch sind am besten gegeben zwischen Armentières und dem Kanal von La Bassée aus den in der Denkschrift ‚St. Georg' (Denkschrift vom 20. 11. 1917) näher angeführten Gründen. Sowohl auf der Front der 6. wie auf der der 2. Armee sind diese Aussichten weit geringer. Der Angriff bei Armentières ist allerdings voraussichtlich erst im April ausführbar. Trotzdem ist er vorzuziehen. Aber auch bei Armentières—La Bassée wird der Durchbruch nur dann gelingen, wenn die Masse der feindlichen Reserven anderweitig gebunden ist. Die Offensiven der Entente sind bisher gescheitert nicht nur, weil sie — mit allen Vorbereitungen einer Materialschlacht aufgebaut — uns nicht über-

rascht haben, sondern hauptsächlich deswegen, weil unsere Reserven auf anderen Fronten nicht genügend gebunden waren. Der Mangel an Einheit beim Gegner, der in der Koalition seinen Grund hat, kam uns dabei zustatten. Wir sind in dieser Beziehung in besserer Lage und müssen dies durch überlegene Führung ausnutzen . . .

Das Ziel des Angriffs bei Armentières—La Bassée sind zunächst die in Flandern stehenden englischen Kräfte. Der Engländer wird im Küsten- und Ypernabschnitt immer verhältnismäßig stark bleiben wegen der Bedeutung, die der Besitz dieses Gebietes für ihn in politischer Hinsicht hat. Wir werden dort immer starke Kräfte in Flanke und Rücken treffen, dem Engländer einen schweren Schlag versetzen und ihn durch die Besitznahme des Küstengebietes bei Dünkirchen und durch Bedrohung von Calais empfindlich treffen. Gelingt diese Operation, so kann demnächst unter günstigen Verhältnissen die englische Front nach Süden aufgerollt werden. Unser linker Flügel muß beim Durchbruch von vornherein stark und tief gestaffelt sein, sowohl um die zu erwartenden Angriffe der von Süden herankommenden englischen und demnächst auch französischen Reserven während der Operation in Flandern abzuwehren, als auch um im günstigen Falle das Aufrollen der englischen Front nach Süden einzuleiten . . .

Im übrigen ist der Angriff ‚St. Georg' etwa nach den in der Denkschrift vom 20. 11. niedergelegten Grundsätzen zu führen. Weder vor der Front der 2. noch der 6. Armee läßt sich eine Operation mit so günstigem Ziel finden, wie beim Angriff bei Armentières."

Als Zeit des Angriffs wurde Mitte April vorgeschlagen. Überraschender Aufmarsch in kürzester Frist wurde nach den in der Schlacht bei Cambrai Ende November 1917 gemachten Erfahrungen als Vorbedingung des Gelingens bezeichnet.

Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hielt somit auch unter den wechselnden Verhältnissen stets an dem Vorschlag des Angriffs „St. Georg" fest. Die einzelnen Denkschriften geben ein ausführliches Bild der damals herrschenden Anschauungen und enthalten die Gründe, die für und gegen die einzelnen an der Westfront gegen die Engländer in Betracht kommenden Angriffsrichtungen sprachen. Sie bieten daher für die heutige Kritik eine wesentliche Unterlage. Die taktischen und operativen Gesichtspunkte sind bei den Erwägungen in gleicher Weise berücksichtigt. Im Gegensatz zu dem bisherigen Angriffsverfahren unserer Gegner und auch zu manchen im deutschen Heere herrschenden Anschauungen war an Stelle tagelanger artilleristischer Vorbereitung des Angriffs entscheidender Wert auf Überraschung gelegt, ohne die ein Durchbruch nicht gelingen könne.

Am 27. Dezember 1917 fand nochmals eine Besprechung des Generals Ludendorff mit den Generalstabschefs der Heeresgruppen statt. Eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht getroffen, sondern bestimmt, daß innerhalb der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht sowohl der Angriff „St. Georg" bei Armentières, vielleicht verbunden mit einem Angriff bei Ypern („St. Georg II"), als auch ein Angriff bei Arras („Mars") und beiderseits St. Quentin („Michael") vorzubereiten seien. Kleinere Operationen waren bei den Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht vorgesehen. Die Vorbereitungen hatten gleich zu beginnen und waren so zu fördern, daß sie am 10. März 1918 beendet waren. Alles weitere behielt sich die Oberste Heeresleitung noch vor.

3. Der Plan zum Märzangriff

Erst am 21. Januar 1918 fiel die Entscheidung. General Ludendorff bereiste vorher mehrere Tage lang mit den Chefs der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz die Westfront und besprach mit den Oberkommandos der 4., 6., 2., 18. und 7. Armee die verschiedenen Angriffsmöglichkeiten. Gegenüber den beiden genannten Generalstabschefs erklärte er dann am 21. Januar, daß der Angriff „St. Georg" sehr von der Witterung abhänge. Sei das Frühjahr naß, dann könne es unter Umständen Mai werden, ehe der Angriff beginnen könne. Der Angriff „Mars" bei Arras sei zu schwierig. Daher müsse der Angriff „Michael" (beiderseits St. Quentin) ausgeführt werden, der auf dem rechten Flügel bis zur Scarpe verlängert werden könne. Die 18. Armee werde von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht abgetrennt und der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz unterstellt werden. Dieser Armee falle die Aufgabe der Flankendeckung des Angriffs der 2. und 17. Armee zu, indem sie hierzu bis zur Sommelinie Peronne—Ham und bis zum Crozatkanal vorgehe. Der Angriff der 2. und 17. Armee müsse die Entscheidung bringen.

Demnächst wurden von der Obersten Heeresleitung die grundlegenden Befehle zur Ausführung dieses Entschlusses am 24. Januar, 8. Februar und 10. März gegeben. Zu ihrem Verständnis ist es nötig, sich zu vergegenwärtigen, daß Ende Dezember das Armee-Oberkommando der 18. Armee auf der südlichen Hälfte der 2. Armee eingesetzt worden war. Ende Januar wurde das in Italien freigewordene Armee-Oberkommando 14 unter der Bezeichnung: „Armee-Oberkommando 17" zwischen 6. und 2. Armee eingeschoben. Die linke Flügelarmee der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die 18. Armee, trat Ende Januar zur Heeresgruppe Deutscher Kronprinz über.

Zunächst wurde von der Obersten Heeresleitung in den erwähnten Befehlen vom Januar und Februar angeordnet, welche Angriffe

vorzubereiten waren. Die Vorbereitungen für den Michaelangriff waren so zu treffen, daß er etwa am 20. März stattfinden konnte. Der Angriff Michael I fiel der 17. Armee, Michael II der 2., Michael III der 18. Armee zu. Als Ziel wurde angegeben: „Angriff Michael soll die feindliche Front durchbrechen mit dem Ziel Linie La Fère (linker Flügel)—Ham—Peronne und dann in Verbindung mit ‚Mars linker Flügel' über Peronne—Arras vordringen." Der Angriff „Mars" (Gegend Arras) konnte nur südlich der Scarpe (Angriff „Mars linker Flügel") und nur einige Tage später als Michael, nachdem hier die erforderliche Artillerie freigeworden und umgruppiert war, stattfinden. „Mars rechter Flügel" (Arrasfront nördlich der Scarpe) mußte aus Mangel an Kräften wegfallen.

Die Angriffe Georg I (bei Armentières) und Georg II (bei Ypern) waren unbeschadet der Michaelvorbereitungen derart weiterhin vorzubereiten, daß die Vorbereitungen anfangs April beendet waren.

Der grundlegende Angriffsbefehl vom 10. März ordnete an, daß der Michaelangriff am 21. März stattzufinden habe. Die Aufgaben beider beteiligten Heeresgruppen waren folgendermaßen bezeichnet:

„Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht schnürt als erstes großes taktisches Ziel den Engländer im Cambraibogen ab und gewinnt nördlich des Omignonbaches bis zu seiner Einmündung in die Somme die Linie Croisilles—Bapaume—Omignonmündung. Bei günstigem Fortschreiten des Angriffs des rechten Flügels (17. Armee) ist dieser über Croisilles weiter vorzutragen. Weitere Aufgabe der Heeresgruppe ist, Richtung Arras—Albert vorzustoßen, mit linkem Flügel die Somme bei Peronne festzuhalten und mit Schwerpunkt auf dem rechten Flügel die englische Front auch vor der 6. Armee ins Wanken zu bringen und weitere deutsche Kräfte aus dem Stellungskrieg für den Vormarsch freizumachen. Sämtliche hinter der 4. und 6. Armee stehenden Divisionen sind hierfür eintretendenfalls unverzüglich heranzuziehen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz gewinnt zunächst südlich des Omignonbaches die Somme und den Crozatkanal. Bei raschem Vorwärtskommen hat 18. Armee die Übergänge über die Somme und die Kanalübergänge zu erkämpfen. Daneben hat die 18. Armee sich bereitzuhalten, ihren rechten Flügel bis Peronne auszudehnen. Die Heeresgruppe nimmt Bedacht auf Verstärkung des linken Flügels der 18. Armee durch Divisionen der 7., 1. und 3. Armee."

Es war hinzugesetzt, daß die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz einem französischen Großangriff gegen 7., 1. und 3. Armee zunächst planmäßig auszuweichen habe. Bei Heeresgruppe Gallwitz und Herzog Albrecht behielt sich die Oberste Heeresleitung die Entscheidung über die im Fall eines französischen Großangriffs zu treffenden Maßnahmen vor.

63 Divisionen, darunter 52 besonders vorbereitete Angriffsdivisionen und 11 bisher in den Stellungen befindliche Divisionen sowie über 1700 leichte und schwere Batterien standen am 21. März 1918 auf der 75 km breiten Front Arras—La Fère zum Angriff bereit. Die Divisionen standen in drei Treffen und waren folgendermaßen auf die Armeen verteilt:

17.	Armee:	19	Divisionen,
2.	„	20	„
18.	„	24	„

Die Oberste Heeresleitung hielt außerdem 3 Divisionen zu ihrer Verfügung in Reserve.

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die diese Befehle für die Durchführung des größten, mit den stärksten Kräften und Mitteln ausgeführten deutschen Angriffes und damit für den Verlauf und Ausgang der ganzen Offensive des Jahres 1918 hatten, ist es notwendig, so klar wie möglich die Absichten festzustellen, die die Oberste Heeresleitung mit diesen Befehlen verband.

Wie erwähnt, wird behauptet, daß der Märzangriff zu sehr durch taktische Rücksichten beeinflußt gewesen sei, denen gegenüber große operative Ziele zurückgetreten seien. In gewissem Sinne mag General Ludendorff zu dieser Kritik durch seine Äußerungen Anlaß gegeben haben. In seinen „Kriegserinnerungen“ (S. 474) führt er aus, daß die taktischen Verhältnisse beim Michaelangriff im Vergleich zu einem Angriff in Flandern oder bei Verdun am günstigsten gewesen seien. „Er traf die schwächste Stelle, das Gelände bot keine Schwierigkeiten. Auch war er jederzeit möglich.“ Ausdrücklich betont er, daß ihn „die Zeitfrage und die taktischen Erwägungen, dabei an erster Stelle die Schwäche des Feindes“ zu der Wahl der Angriffsfront veranlaßt hätten. „Die Taktik war über die reine Strategie zu stellen. Ohne taktischen Erfolg war eine solche nicht zu treiben. Eine Strategie, die nicht an ihn denkt, ist von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilt.“

Der Sinn dieser Ausführungen ist zweifellos der, daß es sich zunächst darum handelte, überhaupt einmal durchzubrechen. Es war eine taktische Frage, die Stelle auszuwählen, wo dies am besten zu erreichen war. Ebenso hatte sich die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht in ihrer Denkschrift vom 15. 12. 1917 ausgesprochen. Gleichzeitig mußte aber erstrebt werden, durch die Richtung des Durchbruchs eine möglichst weitreichende, entscheidende operative Wirkung zu erreichen. Beide Forderungen werden selten an einer und derselben Stelle in gleichem Maße zu erfüllen sein. In der Regel wird es sich darum handeln, die verschiedenen Gründe, die an den einzelnen Stellen dafür und dagegen sprechen, gegeneinander abzuwägen und dann ein Kompromiß abzuschließen. Einseitig ent-

weder nur aus taktischen oder nur aus operativen Gründen eine Angriffsstelle auszuwählen, ist ausgeschlossen.

Dasselbe meint offenbar General Ludendorff mit seinem Ausspruch, daß die Taktik über die reine Strategie zu stellen sei. Man konnte nicht ausschließlich aus strategischen Gründen die Angriffsstelle aussuchen, sondern mußte zunächst die Gewähr haben, taktisch durch die feindliche Stellung durchbrechen zu können.

Das operative Ziel ist dabei durchaus nicht in den Hintergrund getreten. An derselben Stelle („Kriegserinnerungen", S. 474) sagt General Ludendorff, daß ein großer strategischer Erfolg erreicht werden konnte, wenn „wir die Hauptteile des englischen Heeres von den französischen trennten und sie dann gegen die Küste drängten". Dementsprechend war „der Schwerpunkt in die Gegend zwischen Arras und Peronne auf die Küste zu" gelegt. Der Hauptangriff fiel der 17. und 2. Armee in der Richtung auf Doullens zu, während die 18. Armee diese Bewegung in der linken Flanke an der Somme oberhalb Peronne und am Crozatkanal zu decken hatte. Der Angriff richtete sich somit gegen den rechten englischen Flügel, um nach dem Durchbruch die englische Front weiter nördlich in Front und Flanke anzugreifen, ins Wanken zu bringen, die Engländer von den Franzosen zu trennen und gegen die Küste zu werfen.

Der Angriff Michael ging, wie General Ludendorff („Kriegserinnerungen", S. 474) selbst bemerkt, „sehr ins Weite". Inwieweit dies zutraf und inwieweit dadurch die Operation beeinflußt wurde, wird sich später bei der Betrachtung der Durchführung des Angriffs ergeben.

Sehr schwierig war der Auftrag, den die 17. Armee erhielt. Ihre nächste Aufgabe, die Abschnürung des Cambraibogens im Zusammenwirken mit der 2. Armee, wies sie in eine südwestliche Richtung auf Bapaume. Hieraus mußte sie später in die nordwestliche Richtung Arras—Albert eindrehen, eine sehr schwierige Bewegung. Der Angriff konnte, hauptsächlich mit Rücksicht auf die verfügbare Artillerie, auf dem rechten Flügel nur bis Croisilles (südöstlich Arras) ausgedehnt werden. Der Angriff der 17. Armee wurde daher rechts durch Arras und die Höhen von Monchy eingeengt. Es wäre durchaus erwünscht gewesen, den Angriff gegen Arras von vornherein bis zur Scarpe auszudehnen. Das für später in Aussicht genommene Aufrollen der englischen Front nach Norden wäre dadurch erheblich erleichtert worden. Der Chef des Generalstabes der Heeresgruppe stellte daher einen dahingehenden Antrag und bat, die 17. Armee auf Kosten der 18. Armee, deren Aufgabe nur defensiv sei, zu verstärken. Die Oberste Heeresleitung gab dem Antrag aber bei den im Februar stattfindenden Besprechungen nicht

statt, weil durch die 18. Armee zunächst einmal Bewegungsfreiheit geschaffen werden müsse.

So mußte sich die 17. Armee zunächst darauf beschränken, sich bei ihrem in Richtung Bapaume erfolgenden Angriff gegen Arras zu decken. Erst später, sobald durch den Angriff Michael die nötige Artillerie frei wurde, sollte der Angriff Mars gegen Arras erfolgen. Eingehende Vorbereitungen wurden von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht zur schnellen Umgruppierung der Artillerie getroffen, um den Angriff Mars sobald als möglich ausführen zu können. Auch nördlich der Scarpe wurden Vorkehrungen getroffen, damit sich der rechte Flügel der 17. Armee, die 6. und 4. Armee dem Angriff anschließen konnten, wenn bei einem großen Erfolg der Michaeloperation die englische Front ins Wanken geriet. Jedenfalls mußte aber damit gerechnet werden, daß der ohnedies schwierige Marsangriff gegen die starken Stellungen bei Arras eine weitere Erschwerung erfuhr, wenn er auch nur einige Tage später als Michael erfolgte. Der Angriff konnte im Vergleich zu Michael nur in sehr viel geringerem Maße vorbereitet werden und traf aller Voraussicht nach auf die inzwischen herangeeilten feindlichen Reserven. Eine Überraschung des Gegners war nicht mehr zu erwarten.

Im ganzen läßt sich wohl sagen, daß die 17. Armee für die ihr zugewiesenen Aufgaben verhältnismäßig schwach war.

Einfacher war der Auftrag für die 2. Armee. Sie hatte zunächst in westlicher Richtung anzugreifen, um später, wenn die 17. und 2. Armee die Linie Croisilles—Bapaume—Peronne erreicht hatten, unter Anlehnung des linken Flügels an die Somme in Richtung Albert weiter vorzudringen. Beide Armeen sollten dann die englische Front aufrollen.

Um die 2. Armee zu entlasten, sollte die 18. Armee, nachdem die Somme erreicht war, ihren rechten Flügel bis Peronne ausdehnen. Der Befehl enthielt keine weitere Angabe, was im übrigen die 18. Armee zu tun hatte, wenn sie die Somme und den Crozatkanal erreicht hatte. Nur war ihr aufgetragen, die Übergänge über den Fluß und den Kanal zu erkämpfen, jedenfalls um sich die Möglichkeit eines weiteren Vorgehens offenzuhalten. Hauptaufgabe der Armee war aber „die Deckung der Stoßgruppe nach Süden zu“ (Ludendorff, „Kriegserinnerungen“, S. 475). Für diese defensive Aufgabe war die Armee reichlich stark.

Es entsteht daher die Frage, ob Stärke und Ausstattung der Armeen mit Angriffsmitteln ihren Aufgaben hinreichend Rechnung trug und ob der Schwerpunkt hinlänglich auf den rechten Flügel in die Gegend zwischen Arras und Peronne gelegt war.

Auffallend erscheint die Abtrennung der 18. Armee von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, in deren Hand sonst die einheitliche Leitung der ganzen Operation gelegen hätte. General

Ludendorff erklärt die Maßnahme hauptsächlich damit, daß es ihm darauf angekommen sei, weitgehenden Einfluß auf die Schlacht zu haben: „Das war schwierig, wenn nur eine Heeresgruppe führte; es kam dann jeder Eingriff nur zu leicht auf ein Hineinreden einer höheren Dienststelle hinaus."

Die Besprechung des Verlaufes der Operation wird Anlaß geben, auf die vorstehend angeregten Fragen einzugehen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Oberste Heeresleitung durch den Angriff die Entscheidung im Weltkriege herbeiführen und nicht etwa durch eine Reihe von Teilangriffen die Gegner allmählich mürbe machen wollte. Ausdrücklich bestätigt dies Feldmarschall von Hindenburg („Aus meinem Leben", S. 301): „Wir hatten nach meiner Überzeugung die nötige Stärke und den nötigen kriegerischen Geist zum Entscheidung suchenden letzten Waffengang . . . Wir mußten einen großen, wenn möglich überraschenden Schlag anstreben . . . Als kriegerisches Ideal schwebte mir natürlich von vornherein ein völliger Durchbruch der gegnerischen Linien vor, ein Durchbruch, der uns das Tor der freien Operationen öffnen würde. Dieses Tor sollte in der Linie Arras—Cambrai—St. Quentin—La Fère aufgeschlagen werden." Auch General Ludendorff erklärt („Kriegserinnerungen", S. 472): „Die Krone des Erfolges war die Operation, in der wir unsere ganze Überlegenheit zur Entfaltung bringen konnten. Sie anzustreben, blieb das letzte Ziel."

Freilich waren sich beide Männer der ganzen Schwere der Aufgabe bewußt. In monatelangen Schlachten war unseren Gegnern trotz gewaltiger Überlegenheit an Zahl der Streiter und an Material ein Durchbruch nicht geglückt. In dieser Form konnten wir unser Ziel nicht erreichen, in einer Materialschlacht durften wir nicht stecken bleiben, eine Zermürbungsstrategie konnten wir nicht treiben. Der Erfolg mußte durch Überraschung erstrebt werden. Gelang der große Schlag nicht, dann mußte der Kampf abgebrochen und an anderer Stelle erneuert werden, um dort durchzubrechen. „Gelang es uns nicht", sagt Feldmarschall von Hindenburg, „auf einen Hieb den feindlichen Widerstand zum Zusammenbruch zu bringen, dann sollten diesem ersten Schlag weitere Schläge an anderen Stellen der feindlichen Widerstandslinien folgen, bis unser Endziel erreicht war." Als nun weder in der Märzoffensive noch im Aprilangriff in Flandern das ersehnte große Ziel erreicht war, mußte nach Ansicht des Feldmarschalls von Hindenburg der Angriff fortgesetzt werden: „Zweimal war England in äußerster Krisis durch Frankreich gerettet worden; vielleicht gelang es uns beim dritten Male, einen endgültigen Sieg gegen diesen Gegner zu erringen. Der Angriff auf den englischen Nordflügel blieb auch weiterhin der leitende Gesichtspunkt für unsere Operationen. In der glücklichen Durchführung

dieses Angriffes lag nach meiner Ansicht die Entscheidung des Krieges."

Auch General Ludendorff („Kriegserinnerungen", S. 472) sagt: „Wenn es nicht beim ersten Angriff gelang (das Ziel zu erreichen), so mußte es bei späteren gelingen; allerdings war die Lage dann schon ungünstiger." In diesem Zusammenhang ist es zu verstehen, wenn er dem Kaiser bei dem Vortrage in Homburg am 13. Februar 1918 meldete: „Es darf nicht geglaubt werden, daß wir eine Offensive haben werden wie in Galizien oder Italien; es wird ein gewaltiges Ringen, das an einer Stelle beginnt, sich an der anderen fortsetzt und lange Zeit in Anspruch nehmen wird, das schwer ist, aber siegreich sein wird." Es sollte damit wohl auch von vornherein allzu großen Erwartungen vorgebeugt werden.

Von vornherein wurde daher der Angriff St. Georg, insbesondere die schnelle Umgruppierung der Artillerie vom Michaelangriff, schon während der Vorbereitung zu letzterem gleichfalls vorbereitet. St. Georg war als zweiter Akt vorgesehen, wenn der Michaelangriff stecken blieb.

Leider mußten Ablenkungsangriffe an anderen Fronten hauptsächlich wegen Mangels an Artillerie wegfallen und durch Täuschungsmaßnahmen ersetzt werden. Das war ein großer Schaden. Ein Teilangriff bei Ypern oder Armentières hätte eine große Wirkung auf die Engländer, die stets in Sorge um die Sicherung der Kanalküste waren, haben und die englischen Reserven dort fesseln können. Der Michaelangriff wäre auf diese Weise voraussichtlich erheblich erleichtert worden.

4. Die Angriffsvorbereitungen

Doppelt wichtig wurde daher die Überraschung. Sie mußte vor allem durch äußerste Geheimhaltung aller Angriffsvorbereitungen erstrebt werden. Auch die eigene Truppe durfte so wenig und so spät als möglich von den Absichten erfahren. Schon am 21. Januar war die Entscheidung gefallen, welcher Angriff auszuführen sei, also zwei Monate vor dessen Beginn. Darin lag eine große Gefahr. Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht ließ daher noch längere Zeit die Armeen im unklaren, welcher von den verschiedenen vorzubereitenden Angriffen ausgeführt werden sollte, und gab die Entscheidung erst im Laufe des Februar bekannt. Dementsprechend wurde das allmähliche Verschieben von Arbeitskräften von den zwei nördlichen Armeen zur 2. und 17. Armee angeordnet.

Keine Änderung in der Frontbesetzung, keine Bekanntgabe der Absichten an die Stellungstruppen, kein Verkehr bei Tage durften während der Vorbereitungszeit die Angriffsabsichten verraten. Alle Ausladungen fanden weit rückwärts statt und wurden auf einen

breiten Raum verteilt. Alle größeren Bewegungen wurden bei Nacht ausgeführt. Eine besondere, umfangreiche Organisation der Geheimhaltung wurde geschaffen. Die Truppe wurde dauernd überwacht und wiederholt belehrt, insbesondere wurde der Briefwechsel beaufsichtigt. Alle Maßnahmen zur Geheimhaltung wurden bei den Generalkommandos und Divisionen durch sogenannte „Sicherungsoffiziere" einheitlich geleitet und überwacht. Sie hatten für die erforderlichen Anordnungen für die Regelung des Verkehrs, für die schärfste Fernsprechdisziplin, auch im rückwärtigen Gebiet (Gebrauch von Deckworten), für den Funkentelegraphenverkehr (um das Auftreten von Funkentelegraphenzeichen zu verhindern, aus denen der Gegner Schlüsse ziehen konnte), für die Deckung aller Neuanlagen gegen Fliegersicht, für das Verhalten erkundender Stäbe, für den Verkehr mit der Zivilbevölkerung, für die Bezeichnung militärischer Dienststellen und Baulichkeiten (zur Erschwerung des feindlichen Agentendienstes) zu sorgen. Jedem Befehl zu Angriffsvorbereitungen waren besondere „Anordnungen zur Geheimhaltung" beizugeben. Der „Sicherungsoffizier" hatte ferner die Durchführung der getroffenen Maßnahmen in seinem Bereiche zu überwachen. Auf diesem Gebiet lag der Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Ordonnanzoffiziere mit Kraftwagen, Flugzeugbeobchter mit photographischem Gerät und Ballonbeobachter standen ihm hierzu zur Verfügung, um von der Erde und von der Luft aus das Verhalten der Truppe, den Verkehr bei Tage und bei Nacht, die rechtzeitige Fliegerdeckung der militärischen Anlagen, die Beleuchtung der Unterkünfte bei Nacht u. dgl. zu prüfen. Er überwachte und prüfte den Fernsprechverkehr und ließ das Verhalten der Mannschaften in den Eisenbahnzügen, auf Bahnhöfen und in Wirtschaften, namentlich im rückwärtigen Gebiet, inbezug auf Gespräche über Angriffsvorbereitungen durch die geheime Feldpolizei unauffällig überwachen. Wiederholt wurde gegen Verfehlungen aufs schärfste eingeschritten.

Eine gesteigerte Flugtätigkeit mußte auf der Angriffsfront in der Vorbereitungszeit durchaus vermieden werden. Anlage neuer Flughäfen, Flugbetrieb auf bisher unbelegten Flughäfen, gesteigerte Aufklärungs- und Bombenwurftätigkeit, Auftreten neuer Funkentelegraphanrufe, Auftreten neuer Typen und als besonders gut geltender Jagdfliegerverbände auf dem Angriffsfeld durften nicht stattfinden. Die Durchführung dieser Maßnahmen war recht schwierig, da zum Angriff ein großer Teil der verfügbaren Fliegerverbände von den übrigen Frontabschnitten zu den drei Durchbruchsarmeen zusammengezogen wurde, um hier die Überlegenheit zu erreichen. Im ganzen wurden bei den drei Armeen 62 Fliegerabteilungen, sämtliche 38 Schutzstaffeln, 39 Jagdstaffeln, 5 Bombengeschwader zusammengezogen.

Die Verstärkungsabteilungen wurden tunlichst spät erst heran-

geführt. Da Hallen hierfür nicht gebaut werden durften, wurden Zelte an vorher erkundeten Stellen bereitgelegt und erst unmittelbar vor dem Angriff auf allen neuen Plätzen gleichzeitig aufgeschlagen. Um die Verstärkungsflieger ohne frühzeitige Verlegung der Abteilung in dem Angriffsgelände zu orientieren, wurden sie zu den dort bereits vorhandenen Abteilungen nach und nach kurze Zeit zur Einweisung kommandiert. Ähnlich wurde der Einsatz der Verstärkungsballone vorbereitet. Die Aufstiegstellen wurden erkundet, die Beobachter der Verstärkungszüge wurden zu den bodenständigen Ballonen zur Einweisung kommandiert. Die neuen Ballonzüge wurden erst möglichst spät herangezogen und bis zum Aufstieg ungefüllt und gedeckt bereitgehalten. Bis zum Angriffsbeginn durfte nur die bisher bodenständige Zahl von Ballonen gleichzeitig hochgehen.

Eine bedeutende Rolle bei der artilleristischen Vorbereitung des Angriffs spielte die Verwendung von Gasmunition in großem Umfang. Durch sie wurde die feindliche Artillerie ausgeschaltet und die Infanterie gelähmt. Von ausschlaggebender Bedeutung war ein neues artilleristisches Verfahren, das die Eröffnung des Wirkungsschießens ohne vorheriges Einschießen ermöglichte. Es muß hierauf kurz eingegangen werden, weil behauptet worden ist, daß die fortgesetzte schematische Anwendung unseres Angriffsverfahrens zum Scheitern unserer Offensive im Juli bei Reims und dadurch zum Umschwung der gesamten Kriegslage beigetragen habe. In den bisherigen Materialschlachten war dem Angriff unserer Gegner meist ein tagelanges Einschießen und Zerstörungsschießen der Artillerie vorausgegangen, ehe die Infanterie zum Sturm antrat. Wenn tausend zum Angriff bereitstehende Batterien ihr Einschießen durchführten, war eine Überraschung des Feindes ausgeschlossen. Auf Überraschung kam es aber wesentlich an. Gewann der Gegner Zeit zum Heranholen seiner Reserven, so konnte zwar das Durchbrechen des Stellungssystems gelingen, schwerlich aber ein kriegsentscheidender operativer Durchbruch. Die Überzeugung hiervon wurde bestärkt durch die Erfahrungen der Cambraischlacht im November 1917, in der die Engländer ohne Artillerievorbereitung überraschend mittels zahlreicher Tanks unsere gut ausgebauten Stellungen durchbrachen. Ein solches Mittel stand uns leider, wie im ersten Teil meines Gutachtens ausgeführt worden ist, nicht zur Verfügung. Die Überraschung mußte daher durch eine plötzliche, schlagartige Eröffnung des artilleristischen Wirkungsschießens am Morgen des Angriffstages kurz vor Beginn des Infanterieangriffs ohne vorheriges Einschießen erreicht werden. Es gelang durch ein sinnreiches Verfahren die Möglichkeit hierzu zu schaffen. Es bestand darin, daß die „besonderen Einflüsse", d. h. die Eigentümlichkeiten jedes einzelnen Geschützes hinter oder ausnahmsweise in der Front erschossen wurden und die Ausschaltung

der „Tageseinflüsse“ (Pulvertemperatur, Beschaffenheit des Pulvers, Luftgewicht, Wind und Niederschläge) aus den Tageseinflußtafeln entnommen wurden. Die Batteriestellungen wurden trigonometrisch und topographisch festgelegt und in die Batteriepläne übertragen. Diese auf das sorgfältigste hergestellten Pläne enthielten alle durch Erd- und Lufterkundung ermittelten feindlichen Stellungen.

Das neue Verfahren stieß, als es zuerst vorgeschlagen wurde, auf starken Widerspruch in den Stäben und bei der Truppe. Genauestes vorheriges Einschießen und gründliches, tagelanges Wirkungsschießen wurde von verschiedenen Seiten dringend gefordert. Dann aber war ein operativer Durchbruch ausgeschlossen. Erst nachdem die verschiedenartigsten Versuche mit dem neuen Verfahren auf der Schießschule in Maubeuge seine Brauchbarkeit erwiesen hatten, wurde seine Anwendung bei der Märzoffensive angeordnet. Es hat sich dort wie auch bei den späteren Angriffen glänzend bewährt. Warum es bei dem Juliangriff nicht zum Erfolg geführt hat, wird später zu erörtern sein.

Wie erwähnt, reichten die Kräfte und Angriffsmittel nicht zu einem Ablenkungsangriff an anderer Stelle aus. Man mußte daher versuchen, durch Vortäuschen von Angriffsoperationen die feindlichen Reserven nach der falschen Richtung abzuziehen. Ein großer Täuschungsplan für den ganzen Westkriegsschauplatz wurde von der Obersten Heeresleitung entworfen, dem der einheitliche operative Gedanke zugrunde gelegt wurde, als ob wir uns an der englischen Front defensiv verhalten, dagegen gegen die Franzosen zwischen Reims und den Argonnen sowie bei Verdun einen Hauptangriff, an der Aisne und in Elsaß-Lothringen Nebenangriffe ausführen wollten. Außerdem sollten die Engländer an der Nordfront gegenüber unserer 4. und 6. Armee durch Demonstrationen gefesselt werden.

Solche Täuschungsversuche sind recht schwierig. Sie haben nur Zweck, wenn nicht nur der Feind, sondern auch die eigene Truppe und die Bevölkerung an den Ernst der Absichten glauben. Ungeschickte, mit unzulänglichen oder falschen Mitteln unternommene Versuche werden bald als Täuschung erkannt und schaden mehr als sie nutzen. Als das beste Mittel empfahl die Oberste Heeresleitung, daß auf der ganzen Front, bis in die Schützengräben hinein, bei jedem Truppenteil das Gefühl erweckt würde, gerade bei ihm werde angegriffen.

Für die Täuschungsoperationen wurden genaue Pläne und Zeittafeln entworfen und einzelne Divisionen zur Verfügung gestellt. Der Anmarsch der Verstärkungsdivisionen und der Artillerie, vermehrtes Einschießen, Funkentelegraphenverkehr, Einwohnerabschub, Verkehrssperren, Munitionierung und Scheinaufmarsch der Artillerie und Minenwerfer, erhöhte Flieger- und Ballontätigkeit, gesteigerter

Nachrichtenverkehr an der Front, lebhafter Kolonnen- und Straßenverkehr, Einrücken der Infanterie in die Angriffsstellung, Vergasen der feindlichen Batterien wurde mit den verfügbaren Mitteln auf Grund von Zeittafeln bis zum Höhepunkt, der einige Tage vor dem Beginn des Märzangriffs lag, durchgeführt. Wie sich später bei Besprechung der Lage beim Feinde ergeben wird, haben die Maßnahmen den Erfolg gehabt, daß die Franzosen tatsächlich noch nach Beginn des Märzangriffs an einen Angriff in der Champagne geglaubt haben.

Von der riesigen Arbeit, die von den Stäben und Truppen zur Vorbereitung des Angriffs zu bewältigen war, läßt sich ohne Eingehen auf die Einzelheiten nur schwer ein Bild entwerfen. Es kann hier nur der Umfang der Arbeiten angedeutet werden.

Sie erstreckten sich hauptsächlich auf:

Ausbau der Straßen, des Förder- und Feldbahnnetzes, der Bahnhöfe,

Ausbau des Nachrichtennetzes für die Truppenführung, für die Artillerie und die Flieger,

Festlegen der Anmarschwege, Bereitstellungsräume und Angriffsstreifen der Divisionen,

Einrichten der Befehlsstellen, Beobachtungswarten für die höheren Kommandostellen,

Vorbereitung der Flugplätze und der Unterkunft für die Verstärkungsflieger, Bereitlegen von Zelten.

Besonders umfangreiche Arbeit erforderte der Aufmarsch und die Munitionierung der Artillerie und der Minenwerfer. Genaue Berechnungen des Munitionsbedarfs gingen vorher. Dann mußte die Munition herangeschafft und schließlich in die Stellungen gebracht werden. Vier Tagessätze wurden für die Artillerie bereitgelegt. Das bedeutete für eine einzige Armee eine Menge von etwa drei Millionen Schuß. Zum Vorbringen der Munition waren sechs Nächte, zum Aufmarsch der Geschütze in die vorher erkundeten und festgelegten Batteriestellungen vier Nächte erforderlich. Die genauesten Anordnungen für die hierzu erforderlichen Bewegungen waren nötig, wenn nicht unheilvolle Störungen in der Nacht eintreten sollten.

Die Infanteriedivisionen wurden zunächst weit rückwärts weitläufig so untergebracht, daß sie erst in den letzten Nächten schnell an die Angriffsstellungen herangezogen werden konnten.

Für die Heranführung der Stäbe, Truppen und Formationen wurde eine genaue Eintreffeübersicht aufgestellt, nach der die einzelnen Teile gruppenweise, je nach der Dringlichkeit, in der Zeit von Ende Februar bis zum 20. März in folgender Reihenfolge herangeführt wurden:

Generalkommandos, Artilleriekommandeure, Nachrichtenformationen usw.,

Vorkommandos der Divisionsstäbe, Artilleriestäbe, Pionierstäbe, Munitionskolonnen, Krafwagenkolonnen usw.,

die gesamte Artillerie, Flaks, Armierungs- und Straßenbaukompagnien, Flieger, Ballonzüge, Scheinwerferzüge usw.,

die Divisionen, Pferdedepots, Brückentrains, Verpflegungskolonnen, Sanitätskompagnien, Feldlazarette.

Wenn man außerdem berücksichtigt, daß ein 16—20tägiger Verpflegungsbedarf für die Angriffsarmee bereitgelegt werden mußte, so kann man sich einen Begriff von den Leistungen machen, die der Eisenbahn zugemutet wurden. Auch die Bereitstellung von Kampfmitteln aller Art für den Angriff und für den späteren Vormarsch erforderte umfangreiche Transporte. Die ganze Art des Nachschubs mußte schon geraume Zeit vor Beginn des Angriffs geändert werden. War bisher hauptsächlich Stellungsbaumaterial, Stacheldraht, Schurzholz, Zement, Kies u. dgl. nötig gewesen, so mußte jetzt Material für die Bedürfnisse des Angriffs herangeschafft werden. Es erforderte dies sorgfältige Überlegung und Zentralisation des Nachschubs.

So erhöhten sich die täglichen Transportmengen, die mit der Vollbahn herangeführt und von den Vollbahnhöfen mit Förder- und Feldbahn an die Front der drei Angriffsarmeen geschafft werden mußten, auf 25 000 t in rund 60 Vollbahnzügen.

Es mußte weiterhin Vorsorge für den Nachschub beim Vormarsch nach gelungenem Angriff getroffen werden. Es war damit zu rechnen, daß das feindliche Bahnnetz gründlich zerstört vorgefunden wurde. Umfangreiches Material zur Herstellung der Bahnen, Voll- und Feldbahngleis, Bettungsstoffe, Rampenmaterial, Wasserstationen, Brückenmaterial, Einrichtungen für Stationen mußte daher bereitgelegt werden. 60 Eisenbahnbaukompagnien, 48 Armierungskompagnien sowie sonstige Arbeitskräfte, insgesamt 36 000 Mann, wurden versammelt.

Leider mußte der Vormarsch durch das Trichtergelände des früheren Großkampfes führen. Auf schleunige Herstellung brauchbarer Straßen für den Nachschub mußte daher Bedacht genommen werden. Straßenbaukompagnien mit Schottermaterial und Brückentrains wurden hinter den Angriffstruppen bereitgestellt. Besondere Straßenkommandanten mit Wach- und Polizeitruppen hatten für die Ordnung auf den einzelnen Vormarschstraßen zu sorgen. Bewegliche Etappenkommandanturen wurden bereitgestellt, um Versprengte zu sammeln und die Ordnung hinter der Front aufrechtzuerhalten. Ein genauer Plan für das Nachschieben von Verpflegung und Munition wurde entworfen. Besondere Vorbereitungen waren zur Wasserversorgung während des Vorgehens durch das wasserarme Land bei der 2. und 17. Armee erforderlich.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Heeresleitung im Winter

1917/18 war die Organisation und Ausbildung der Truppe für den Angriff. Leider war es nur möglich, im ganzen 56 Divisionen, sogenannte Angriffs- oder Mobilmachungsdivisionen, hinreichend für den Angriff mit Ersatz, Pferden, Fahrzeugen usw. auszustatten, so daß sie für den Bewegungskrieg die notwendige Beweglichkeit erreichten. Auch dies war nur auf Kosten der Stellungsdivisionen möglich, die dadurch nur noch einen sehr geringen Grad von Bewegungsfähigkeit behielten. Es lag hierin ein unleugbarer Nachteil.

Die Angriffsdivisionen, ebenso wie die Heeresfeldartillerie- und Fußartillerieformationen wurden im Winter 1917/18 zur Ruhe, Herstellung und Ausbildung abwechselnd aus der Front gezogen und weiter rückwärts in möglichst guter Unterkunft untergebracht. Nach dem jahrelangen Stellungskrieg und nach den Abwehrschlachten mußte die Truppe sich erst wieder für den Angriff und Bewegungskrieg umstellen. Ausbildungspläne für eine etwa vierwöchige Ruhezeit wurden entworfen, besondere Ausbildungsgeneralkommandos überwachten hinter der Front der Armee die gesamte Ausbildung. In Valenciennes wurden Lehrgänge für die Truppenführer bei der dortigen Übungsdivision abgehalten. Zahlreiche größere Truppenübungen fanden statt. Die Oberste Heeresleitung gab eine Vorschrift über den „Angriff im Stellungskrieg“ heraus, die sich ausgezeichnet bewährt hat.

Die taktische Ausbildung erstreckte sich bei der Infanterie hauptsächlich auf das rücksichtslose Durchstoßen durch die Tiefe des Angriffsgeländes, das Überwinden der feindlichen Maschinengewehrnester und das Zusammenwirken mit der Artillerie. Die ganze Fechtweise und Bewaffnung der Infanterie hatten sich allmählich geändert. Man focht in Schützengruppen, die Maschinengewehre waren die Hauptträger des Feuerkampfes geworden. Die Verwendung der leichten und schweren Maschinengewehre, der leichten Minenwerfer und der Infanteriegeschütze im Angriff mußte geübt werden. Über die Verwendung der mittleren und schweren Minenwerfer war Bestimmung zu treffen. Wichtig war das Zusammenwirken der Infanterie mit den Infanterie- und Schlachtfliegern. Große Mühe wurde auf das Einüben der Feuerwalze verwendet. Die Infanterie mußte der ihr vorangehenden Feuerwalze der Artillerie, die ihr den Weg freimachte, möglichst dichtauf folgen. Weder durfte die Feuerwalze zu schnell vorwärtsgehen und der Infanterie weglaufen, noch durch zu langsames Vorverlegen das Vorgehen der Infanterie hemmen. Zahlreiche Versuche wurden gemacht, um das Vorgehen der Feuerwalze durch Leuchtzeichen oder nach der Uhr zu regeln, bis man sich auf ein annehmbares Verfahren einigte.

Bei der Artillerie kam es außerdem auf eine zweckmäßige Organisation und Verteilung zur Bekämpfung der feindlichen Artillerie,

zum Beschießen der Stellungen und zur Unterstützung der eigenen Infanterie an. Besonders wichtig war das schnelle Vorgehen der Artillerie nach gelungenem Einbruch.

Organisation und Ausrüstung der Truppe mußten den neuen Anforderungen angepaßt werden.

Bei der Infanterie war zu regeln: Zuteilung und Transport der leichten Minenwerfer und leichten Maschinengewehre, Zuteilung von Infanteriegeschützen und Granatwerfern, Ausstattung mit Taschenmunition, Patronenwagen, Handgranaten und Leuchtpistolen, Verminderung des Gepäcks (Sturmgepäck und erleichtertes Marschgepäck), Zusammensetzung der Gefechtsbagage und großen Bagage, Bespannung der Bagage, Berechnung und Beschaffung des Mehrbedarfs an Fahrzeugen und Pferden.

Bei der Artillerie mußte die Zuteilung der Feld- und schweren Artillerie zu den Divisionen, die Ausstattung mit Munitionsfahrzeugen und Munitionskolonnen, die Bespannung aller Fahrzeuge, die Ausstattung mit Lichtmeßtrupps und die Zusammensetzung der Bagage geordnet werden.

Besondere Sorgfalt war den Kolonnen und Trains zuzuwenden, um den Nachschub im Bewegungskrieg sicherzustellen. Leider war die Leistungsfähigkeit der Pferde durch die ständige Futternot stark herabgesetzt. Erst vom 1. März ab konnte eine Hartfutterzulage gegeben werden. So mußte man sich entschließen, das Fassungsvermögen der Fahrzeuge herabzusetzen, zumal man sich auf schlechte Wege einrichten mußte. Den Divisionen wurde eine Anzahl Kolonnen zugeteilt, die Zahl der Munitions- und Verpflegungskolonnen, der Kolonnen für das Pioniergerät und der Sanitätsformationen war festzusetzen.

Alle Waffen hatten das schnelle Überwinden des Trichtergeländes durch die Fahrzeuge zu üben. Planken, Brückenbahnen und Faschinen wurden hierzu beigegeben, der Artillerie wurden kleine Pionierkommandos zugeteilt.

Die Zusammensetzung der Divisionen mußte neu geregelt werden. Es handelte sich um die Zuteilung von Kavallerie, leichter und schwerer Artillerie, von Pionierkompagnien, Fernsprecher- und Funkerabteilungen, Sanitätskompagnien und Feldlazaretten, Munitions- und Verpflegungskolonnen, Divisionskraftwagenkolonnen, Straßenbau- und Armierungskompagnien.

Die Stäbe und Truppen waren mit gutem Kartenmaterial auszustatten.

Leider fehlte uns, wie im ersten Teil des Gutachtens ausgeführt wurde, ein wertvolles Angriffsmittel, die Tanks.

Es erschien nötig, ein, wenn auch knappes, Bild von den Erwägungen, die zu dem großen Märzangriff führten, und von den Vorbereitungen, die dazu zu treffen waren, zu zeichnen. Es war e i n e

staunenswerte organisatorische und taktische Leistung, mittels deren es gelang, drei Armeen von der Verteidigung auf den Angriff umzustellen und am 21. März trefflich ausgebildet, bewaffnet und ausgerüstet zum Kampf bereitzustellen. Es ist dies das persönliche Verdienst des Generals Ludendorff, der durch sein außergewöhnliches organisatorisches Geschick, durch seine große Arbeitskraft und seinen kraftvollen Willen das ganze Werk geschaffen hat. Unermüdlich war er tätig, um durch schriftliche Anweisungen, durch Abhaltung von Versuchen und Übungen und durch Besprechungen mit erfahrenen Truppenführern die zweckmäßigste Lösung der vielen auftauchenden Fragen zu finden. Sein Verdienst in dieser Beziehung ist viel zu wenig nach außen bekannt und gewürdigt worden. Wer aber damals am Angriff beteiligt war, wußte es. Alle Stäbe unterstützten nach Kräften die Bemühungen des Generals Ludendorff, vor allem aber waren die Offiziere und Mannschaften der Truppe mit voller Hingebung bemüht, sich, den erhaltenen Anweisungen entsprechend, für ihre große Aufgabe vorzubereiten.

Es ist von einem Militärkritiker (Hauptmann Ritter, „Kritik des Weltkrieges“, S. 210) behauptet worden, es sei im Frühjahr 1918 nur gelungen, „eine Art von Kampfbegeisterung zu züchten“. Der Stellungskrieg sei zum Grabe des Angriffsgedankens geworden und habe auch an dem Grundpfeiler der Disziplin, am Gehorsam, gerüttelt. Auch General v. Moser („Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg“, S. 93 ff.) behauptet, das Jahr 1917 habe die innerste Kraft des Westens geknickt, seine beste Schwungkraft sei erlahmt gewesen. Auch ein gut Teil der Führer sei, ebenso wie die Truppe, durch die Einflüsse des endlosen Stellungskrieges stumpfer geworden. So habe das deutsche Angriffsheer von 1918 doch nur einer Streitaxt geglichen, deren Schaft infolge allzulanger und allzuharter Benutzung zahlreiche, nur für das Auge geleimte Sprünge und Risse aufwies, und deren Schneide nur oberflächlich für neuen Gebrauch geschärft war. Mit solcher Waffe habe man aber nur noch wenige Streiche führen können, ehe sie sich erneut abstumpfte oder ganz zerbrach.

Wären diese Behauptungen richtig, so hätte die deutsche Offensive auf schwachen Füßen gestanden. Die Frage, ob das Heer im Frühjahr seiner Aufgabe gewachsen war, ist daher von der größten Bedeutung für die Feststellung der Gründe, warum unsere Offensive gescheitert ist. Daher mußte auch auf die ganze Vorarbeit, auf die Organisation, die Ausbildung und den Zustand der Truppe genauer eingegangen werden.

Es war freilich nicht mehr das Heer von 1914, das im März 1918 zum Angriff bereitstand. Die Armee, mit der wir im August 1914 ins Feld rückten, war wohl die glänzendste, die die Welt gesehen

hat. Auch der Feind erkennt dies unumwunden an. Daß dreieinhalb schwere Kriegsjahre nicht spurlos an dem Heer vorübergegangen waren, kann nicht wundernehmen. Die offensichtlichen Schäden des Heeres, die bedenkliche Ersatzlage, die beschränkte Beweglichkeit, der Mangel an Tanks und Betriebsstoffen, sind im ersten Teil des Gutachtens unumwunden hervorgehoben worden. Beide genannten Kritiker weisen mit Recht darauf hin, daß der Ersatz aus der Heimat zum Teil bereits verseucht gewesen sei, so daß gefährliche Zersetzungskeime in den Heereskörper einzudringen begannen. Es soll auch nicht geleugnet werden, daß der sehr erklärliche Drang, endlich aus den unerträglichen Mühseligkeiten des Grabenkrieges und aus dem nervenerschütternden Trommelfeuer der Abwehrschlachten herauszukommen, zu dem Angriffsdrang der Truppe nicht unwesentlich beigetragen hat. Im ganzen aber war die Truppe im Frühjahr 1918 noch ausgezeichnet.

An die Stelle der hellodernden Begeisterung von 1914 war der heilige Ernst der Pflichterfüllung getreten. Jeder Mann an der Front war davon überzeugt, daß die Stunde der Entscheidung gekommen war und daß das Vaterland auf ihn zählte. Der Gedanke, nun endlich nicht mehr Amboß, sondern Hammer zu sein, verlieh der Truppe einen glänzenden Schwung und verdoppelte ihre Kräfte. Alle Not des Grabenkrieges war vergessen, jeder drängte darauf, dabei zu sein, wenn der Sturm aus dem Graben heraus beginnen sollte. Die Waffe war nicht nur „oberflächlich geschärft", sie war zwar nicht ohne Scharten, aber noch scharf genug, um dem Engländer die schwerste Niederlage beizubringen, die er je erlitten. Wer die Truppe im Angriff gesehen hat, wird einen unvergeßlichen Eindruck davon bewahrt haben.

Es ist eine der größten Ruhmestaten der Obersten Heeresleitung und insbesondere des Generals Ludendorff, ein so angriffsfähiges Heer nach allem, was vorangegangen war, im Frühjahr 1918 auf den Plan gestellt zu haben.

Man kann sich nur der Schilderung anschließen, die Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz Wilhelm in seinem Buche „Meine Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf" (S. 304) von jenen unvergeßlichen Märztagen entworfen hat: „Zum erstenmal nach über zwei Jahren ermüdender Abwehr in dem zerwühlten Grabengewirr des westlichen Kriegsschauplatzes schlug die Befreiungsstunde, rief der Befehl zum Angriff Deutschlands Söhne noch einmal zum Endkampf ins freie Feld. Wie von einem Alp befreit war meine brave Infanterie den Gräben entstiegen und durchschritt, jeden Widerstand in beispiellosem Schneid vor sich niederwerfend, die feindliche Abwehrfront. Noch einmal bewährte sich unsere unvergleichliche Friedensausbildung, bewährten sich physische und moralische Überlegenheit von Offizier und Mann, soldatische Disziplin und

deutscher Geist, mustergültige Vorbereitungen und die Arbeit unserer Führung. . . . Überall frohe Gesichter, Jubel und Zurufe um mein Auto, das sich nur mühsam seinen Weg bahnt, ein unwiderstehliches Hasten und Vorwärtsdrängen, der lebendige Pulsschlag einer siegreichen Armee, die kein anderes Gebot kennt als: Vorwärts, dem Feinde nach!"

5. Der Verlauf der Märzoffensive

Es kann sich hier nicht um die taktischen Einzelheiten der „Großen Schlacht in Frankreich" handeln, sondern lediglich um die Schilderung des Verlaufs in großen Zügen, aus der sich die Absichten der Heeresleitung im Laufe der Operationen ergeben. Es ist zu untersuchen, inwieweit die verfügbaren Kräfte damit im Einklang standen und weshalb das erhoffte Ziel nicht erreicht worden ist.

Um 4,40 morgens begann am 21. März die Artillerie die Vorbereitung des Angriffs, um 9,40 vormittags trat die Infanterie zum Sturm an. Das operative Ziel der Offensive war durch die Befehle der Obersten Heeresleitung klargelegt. Der Schwerpunkt lag bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die mit der 17. und 2. Armee nach gelungenem Durchbruch in nordwestlicher Richtung die englische Front aufrollen sollte, während die 18. Armee der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz an der Somme oberhalb Peronne und am Crozatkanal die Flanke der Operation zu sichern hatte.

Gleich in den ersten Tagen zeigte sich, daß die 17. Armee auf hartnäckigen Widerstand stieß und sich in schweren Kämpfen nur mühsam vorwärtsarbeiten konnte. In der Mitte drang die 2. Armee schneller vorwärts. Überraschend groß aber waren die Erfolge der 18. Armee, die offenbar auf die schwächste feindliche Stelle gestoßen war. Schon am 22. war ihr linker Flügel am Crozatkanal angelangt, am 23. wurde der Kanal bereits überschritten und die Somme erreicht. Auch der linke Flügel der 2. Armee war zwischen Peronne und St. Christ an die Somme gelangt, während ihr rechter Flügel und der linke der 17. Armee östlich Bapaume stark abhingen.

Die Oberste Heeresleitung wurde vor eine schwere Entscheidung gestellt. Sollte die 18. Armee in ihrem Siegeszuge angehalten und sollte die Entscheidung auf dem rechten Angriffsflügel trotz des hier entgegenstehenden starken feindlichen Widerstandes durch verstärkten Druck erzwungen werden? Oder nötigte die taktische Lage zu einer Änderung des ursprünglichen Planes?

Den ersten Anstoß zu einer solchen Änderung hatten schon vor Beginn des Angriffs mehrfache Verhandlungen der 18. Armee und der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz mit der Obersten Heeresleitung gegeben. In dem grundlegenden Angriffsbefehl der Obersten Heeresleitung vom 10. März war die Heeresgruppe Deutscher Kron-

prinz beauftragt worden, zunächst die Somme südlich des Omignonbaches und den Crozatkanal zu gewinnen. Es hieß aber weiterhin: „Bei raschem Vorwärtskommen hat die 18. Armee die Übergänge über die Somme und die Kanalübergänge zu erkämpfen." Es lag darin ein Fingerzeig, der auf die Möglichkeit eines weiteren Vorgehens deutete. Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz befahl dementsprechend der 18. Armee, bis zur Somme vorzustoßen und „sich für weiteres Vorgehen in Besitz der Übergänge zwischen St. Christ und Tergnier zu setzen".

Das Oberkommando der 18. Armee erweiterte diesen Gedanken am 15. März zu folgendem Vorschlag: „Sobald Somme und Crozatkanal überschritten, wird es Aufgabe der 18. Armee sein, die zur Unterstützung der Engländer bestimmten französischen Reserven auf sich zu ziehen, zu schlagen und die Verbindung zwischen Engländern und Franzosen zu unterbrechen. Es ist anzunehmen, daß der Franzose starke Reserven an den Bahnstrecken Roye—Chaulnes und Montdidier—Amiens heranführen wird, um sie sodann unterhalb Peronne gegen die Flanke der 2. Armee und gegen die Front der 18. Armee anzusetzen. Selbst im Fall einer größeren Offensive an der eigenen Front wird er auf die unmittelbare Unterstützung der Engländer nicht verzichten. Daneben werden voraussichtlich weitere Kräfte über Chauny—Noyon und mit der Bahn Compiègne—Noyon zum Schutz der rechten Flanke bis Crozatkanal und Somme vorgeschoben werden. Die Transportbewegung wird beginnen, sobald sich unsere Gefechtstätigkeit an den nicht angreifenden Fronten als Täuschungsmittel bemerkbar macht. Dies dürfte spätestens am zweiten Angriffstage der Fall sein.

Die Aufgabe der 18. Armee erfordert daher entschlossenes, schnelles Handeln sowohl bei Erzwingung des Somme- und Crozatabschnittes wie beim weiteren Vorgehen. Je früher die Armee die Linie Chaulnes—Roye erreicht, um so mehr kann sie damit rechnen, den Franzosen noch im Aufmarsch zu treffen, um so günstiger gestalten sich ihre Aussichten für den Bewegungskampf."

Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz legte diesen Angriffsplan der 18. Armee am 18. März der Obersten Heeresleitung vor und setzte hinzu, daß diese Operation durch den Befehl der Heeresgruppe an die 18. Armee, sich für weiteres Vorgehen in Besitz der Somme- und Kanalübergänge zu setzen, vorbereitet sei: „Je mehr die französische Gegenwirkung sich gegen die Heeresgruppe Rupprecht richtet, um so wirksamer würde die vorgeschlagene Operation die Franzosen treffen. Der Feind wird ihre entscheidende Bedeutung und die Bedrohung seiner Hauptstadt schnell erkennen; mit stärkster Gegenwirkung ist daher zu rechnen. Deshalb müssen starke Kräfte für die Operation eingesetzt werden."

Änderungen in den gegebenen grundlegenden Befehlen wurden von der Obersten Heeresleitung nicht getroffen. Die Möglichkeit, über Somme und Crozatkanal vorzugehen, war durch die Anordnung, die Übergänge in Besitz zu nehmen, geschaffen. Es war durchaus zweckmäßig, daß man sich auf alle Fälle vorbereitete. Ob der Anregung der 18. Armee und der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz stattgegeben werden konnte, mußten im Verlaufe des Angriffes die Umstände ergeben. Daß die Oberste Heeresleistung den Gedanken einer Offensive der 18. Armee über Somme und Kanal hinaus erwog, geht aus einem Ferngespräch des Generals Ludendorff mit dem Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht am 20. März hervor. General Ludendorff legte darin seine Gedanken über die weiteren Ziele der Armeen und ihr Zusammenwirken dar, wenn ein großer Erfolg erreicht werde. Die 18. Armee sollte dann auf Bray—Noyon, die 2. auf Doullens—Amiens, die 17. in Richtung St. Pol vorgehen. Hier sind schon die Richtungen angedeutet, die den Armeen am 23. März tatsächlich zugewiesen worden sind.

Ein solches Auseinanderstreben der Operation nach drei Richtungen war denkbar, wenn, wie General Ludendorff sagte, ein großer Erfolg erreicht, d. h. wenn der Feind auf der ganzen Front geschlagen war. Aber auch dann war zu erwägen, ob die erforderlichen Kräfte zu solchen weitausgreifenden Operationen zur Verfügung standen. Jedenfalls bedeutete eine solche Offensive eine wesentliche Änderung des ursprünglichen Operationsplanes.

Am 23. März war die Bedingung, an die General Ludendorff die Ausführung einer solchen Operation knüpfen wollte, nicht erfüllt. Nur Mitte und linker Flügel des Angriffs waren vorgedrungen, der rechte Flügel südlich Arras war hängen geblieben. Die Lage war also eine andere. Es handelte sich lediglich darum, ob man den großen Erfolg der 18. Armee ausnutzen sollte, um durch ihr weiteres Vordringen Mitte und rechten Flügel fortzureißen.

Am 23. März um 9,30 vormittags befahl die Oberste Heeresleitung: „17. Armee greift mit starkem Druck Richtung Arras—St. Pol an, linker Flügel Richtung Miraumont. 2. Armee nimmt Vormarschrichtung Miraumont—Lihons. 18. Armee, in sich gestaffelt, nimmt Vormarschrichtung Chaulnes—Noyon und führt starke Kräfte über Ham vor."

Bei einer Besprechung des Generals Ludendorff mit den Chefs des Generalstabes der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz am Nachmittag des 23. März in Avesnes wurden folgende weiteren Mitteilungen über die Auffassung und Absichten der Obersten Heeresleitung gemacht:

„Ein erheblicher Teil des englischen Heeres ist geschlagen. Der Engländer ist noch auf etwa 50 Divisionen zu veranschlagen. Es ist

nicht mehr wahrscheinlich, daß der Franzose noch in der Lage ist, eine Entlastungsoffensive zu machen. Er wird vor die Michaelfront gezwungen. Er verfügt über etwa 40 Divisionen.

Ziel der Operation ist jetzt, Engländer und Franzosen durch rasches Vordringen beiderseits der Somme zu trennen. 17. und 6. Armee, später 4. Armee, führen den Angriff gegen den Engländer nördlich der Somme, um ihn ins Meer zu werfen. Sie greifen daher immer wieder an neuen Stellen an (Mars, Walküre usw.), um die ganze englische Front ins Wanken zu bringen. 17. Armee nimmt Hauptrichtung St. Pol und stößt mit linkem Flügel über Doullens in Richtung Abbeville durch. Südlich der Somme ist die Operation angriffsweise gegen die Franzosen zu führen durch Einschwenken in die Linie Amiens—Montdidier—Noyon und weiteres Vordringen in südwestlicher Richtung. Hierzu hat die 2. Armee beiderseits der Somme mit Hauptrichtung auf Amiens vorzustoßen und scharf Anschluß an 18. Armee zu halten."

Die Oberste Heeresleitung hatte sich somit zu einer völligen Änderung ihres Planes entschlossen. Bisher lag der Schwerpunkt auf dem Angriff der 2. und 17. Armee gegen die Engländer. Der 18. Armee fiel die Deckung dieses Angriffs gegen die Franzosen zu. Jetzt sollen Franzosen und Engländer voneinander getrennt und beide gleichzeitig angegriffen werden. Es bedingte dies eine starke Linksschiebung des ganzen Angriffs.

Die 2. Armee hat geradeaus in Richtung auf Amiens beiderseits der Somme, nicht mehr — wie bisher vorgeschrieben — nur nördlich der Somme, vorzugehen, um Engländer und Franzosen voneinander zu trennen.

Der 17. Armee fällt der Angriff in nordwestlicher Richtung gegen die Engländer zu. Ihre Ziele sind weit gesteckt in Richtung St. Pol—Abbeville.

Die 18. Armee löst nicht mehr die 2. an der Sommestrecke Peronne—St. Christ ab, sondern überschreitet zwischen St. Christ und La Fère die Somme und den Crozatkanal, um über Chaulnes—Noyon in südwestlicher Richtung die herankommenden Franzosen anzugreifen.

So liefen die Angriffsrichtungen der Armeen strahlenförmig nach Nordwesten, Westen und Südwesten auseinander. Die Operation ging nunmehr tatsächlich, wie General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" bemerkt, „sehr ins Weite". Es fragte sich, ob sie nicht zu weit ging und ob die Kräfte hierfür reichen würden. Die Gefahr einer Zersplitterung lag unzweifelhaft vor.

Der Entschluß ist daher vielfach angegriffen worden. Es sei besser gewesen, das alte Operationsziel beizubehalten. Blieb man an der Somme auf dem linken Flügel defensiv, so hätten die dort frei-

werdenden Kräfte zur 2. Armee verschoben werden können, um sie vorzutreiben und dadurch auch die 17. Armee vorzureißen.

Aber dem stand entgegen, daß eine solche Verschiebung zeitraubend war und daher leicht zu spät kommen konnte. Die 18. Armee war offenbar auf eine schwache Stelle des Feindes gestoßen. Ließ man den großen Erfolg dieser Armee ungenutzt, so konnte leicht die Operation auf beiden Flügeln ins Stocken kommen.

So wird man dem Entschluß, den die Oberste Heeresleitung in dieser äußerst schwierigen Lage faßte, doch beitreten müssen. Sie befand sich in einer Zwangslage auf Grund der ursprünglichen Anlage der Operation. Der rechte Flügel des Angriffs hatte aus Mangel an Artillerie leider nicht bis gegenüber Arras ausgedehnt werden können und wurde durch die dortigen starken feindlichen Stellungen erheblich behindert. Demgegenüber war die 18. Armee von vornherein stärker gemacht und auch gleich nach Beginn der Operation durch Zuteilung von Reserven weiter verstärkt worden. So hatte sich der Schwerpunkt verschoben, und es war nunmehr wohl das Zweckmäßigste, den von der Mitte und dem linken Flügel errungenen Vorteil kräftig auszunutzen. Die Gefahr einer Zersplitterung wurde aber dabei in Kauf genommen. Der ursprüngliche Gedanke, die Kräfte an einer Stelle zur Entscheidung zusammenzufassen, während an anderer Stelle durch Beschränkung auf die Verteidigung gespart werden konnte, war fallengelassen.

Die nächsten Tage brachten beträchtliche Fortschritte auf den inneren Flügeln der 17. und 2. Armee, vor allem drang die 18. Armee unaufhaltsam vorwärts und nahm am 26. März Roye und Noyon ein.

Daraufhin wurden am 26. abends Befehle von der Obersten Heeresleitung erlassen, die eine erneute Erweiterung des bereits weit gespannten Rahmens der Operationen bedeuten. Die 17. Armee behält ihren Auftrag, auf Doullens—St. Pol vorzustoßen. Der Angriff soll aber auf dem rechten Flügel durch Mars (Angriff auf Arras zu beiden Seiten der Scarpe) erweitert werden, und auch die 6. Armee soll weiter nördlich bis Lens sich dem Angriff anschließen. Die Hauptkräfte der 2. Armee haben nunmehr auch die Richtung auf die Franzosen zu nehmen, ihr linker Flügel geht, ebenso wie die 18. Armee, in südwestlicher Richtung auf die Avre zu. Weitgesteckte Ziele werden den Armeen zugewiesen, für die 6. Armee auf Boulogne, für die 18. mit dem linken Flügel auf Compiègne. An der Oise soll sich auf dem äußersten linken Flügel auch die 7. Armee am Angriff beteiligen und auf die Aisne vordringen.

Die Stoßkraft der Armeen reichte, wie sich bald erweisen sollte, für alle diese Aufgaben nicht mehr aus. Man wird den Entschluß vom 26. deshalb aber nicht tadeln können, nachdem einmal am 23. März ein neuer Weg beschritten, der Schwerpunkt nach links verlegt und das Angriffsfeld erweitert war. Es ist nachträglich vor-

geschlagen worden, die Oberste Heeresleitung hätte am 26. die Operation auf dem rechten Flügel einschränken und auf den Angriff Mars und weiter nördlich verzichten sollen, um mit allen verfügbaren Kräften den entscheidenden Stoß auf Amiens im Fluß zu halten mit dem Ziele, die Engländer von den Franzosen zu trennen. Die Absicht, die ganze englische Front zum Einsturz zu bringen, hätte aufgegeben werden müssen. Es erscheint aber sehr fraglich, ob ein keilförmiges Vorgehen auf Amiens geglückt wäre, wenn die 17. Armee so weit zurückblieb und der Gegner auch weiter nördlich bei Arras nicht gefesselt wurde. Der Versuch, mit Anspannung aller Kraft das hochgesteckte Ziel doch noch zu erreichen, kann daher kaum verurteilt werden. Große Umgruppierungen waren in diesem Augenblick nicht mehr möglich. So mußte denn das letzte versucht werden, ehe der Angriff aufgegeben wurde, so große Bedenken auch den neuen Plänen entgegenstanden.

Schon bald traten die Schwierigkeiten hervor. Die 18. Armee drang zwar am 27. bis Montdidier vor, aber die 17. Armee vermochte gegenüber dem starken feindlichen Widerstand nur geringe Fortschritte zu machen. Ihr Angriff wurde daher vorläufig eingestellt, bis der Marsangriff der Armee Luft machen würde. Aber der Marsangriff traf auf einen vorbereiteten Feind, er scheiterte am 28. März nördlich der Scarpe und brachte südlich der Scarpe nur geringen Gewinn. Die geplante Verlängerung des Angriffs nach Norden wurde dadurch hinfällig; der gesamte Angriff gegen die Engländer, ursprünglich das Hauptziel, fiel zusammen. Die 17. Armee sollte hinfort nur noch die Engländer fesseln. Ein neuer Angriff an der Lys in Richtung auf Hazebrouck, ein verkleinerter St.-Georg-Angriff, daher „Georgette“ genannt, wurde vorbereitet. Als letztes Ziel an der Somme, das mit äußerster Kraftanstrengung erstrebt werden sollte, blieb nur noch der Angriff auf den wichtigen Eisenbahnpunkt Amiens, der die Hauptverbindung zwischen den Engländern und Franzosen bildete. Hiergegen richtete sich der Angriff der 2. Armee südlich der Somme, während die 18. Armee in südwestlicher Richtung weiter vorzudringen hatte.

Am 30. März stockte der Angriff überall. Die Mitwirkung der 7. Armee wurde aufgegeben. Die feindliche Gegenwirkung hatte sich durchweg verstärkt. Sollte der Angriff abgebrochen oder nach einigen Tagen erneuert werden? Es war wenig Aussicht auf Gelingen vorhanden; der Angriff war sichtlich stecken geblieben. Für diesen Fall war von vornherein vorgesehen gewesen, nicht in nutzlosen, verlustreichen Kämpfen die Kräfte zu verbrauchen, sondern so schnell als möglich zu einem Angriff an anderer Stelle umzugruppieren.

Der starke Wille der Obersten Heeresleitung wollte aber von dem letzten Ziel nicht lassen. Schon oft hat im Kriege festes Ausharren im letzten Augenblick überraschend zum Erfolg geführt, wenn

schon fast die Hoffnung aufgegeben war. Man kennt die Lage beim Feinde nicht, auch dort gehen vielleicht die Kräfte dem Ende zu. Aber erst am 4. April konnten die Vorbereitungen beendet, neue Divisionen herangeführt und die Munition aufgefüllt werden. Diese Zeit kam auch dem Gegner zugute. Auf Überraschung war nicht mehr zu rechnen, der Widerstand des Gegners versteifte sich sichtlich gerade bei Amiens, dessen Bedeutung an der Naht der französischen und englischen Linien von dem neuen gemeinschaftlichen Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte erkannt war. Der Angriff blieb daher ohne Ergebnis, wirklich frische Kräfte standen nicht zur Verfügung, der Kampf führte zu weiterer, starker Abnutzung der Kräfte. Auch das Ziel Amiens mußte nun aufgegeben werden.

Der Abschluß der Kämpfe beließ unsere Truppen, zumal an der Avre, in sehr ungünstigen Stellungen, die zu einem außerordentlichen Verbrauch führten.

Strategisch war der große Angriff nicht gelungen. Aber das taktische Ergebnis war außerordentlich groß. 60 Kilometer tief war der Angreifer in wenigen Tagen in die feindlichen Stellungen eingebrochen, weit tiefer, als Engländer und Franzosen in monatelangen Materialschlachten jemals auch nur annähernd vorgedrungen waren. Die Beute war unermeßlich, 90 000 Gefangene waren gemacht worden. Das Angriffsverfahren hatte sich glänzend bewährt, die Truppe hatte sich vorzüglich geschlagen. Aber der große taktische Sieg hatte auch schwere Opfer gekostet, etwa 90 Divisionen hatten im ganzen eingesetzt werden müssen. Das war der große Schatten, der auf den Sieg fiel.

Von der Bedeutung des Sieges und der schweren Erschütterung der feindlichen Front, die er herbeigeführt hat, können wir uns erst heute einen Begriff machen, seitdem wir aus den Veröffentlichungen unserer Gegner ihre Lage in den letzten Märztagen 1918 kennen gelernt haben. Nur ein Geringes fehlte, und wir wären endgültig durchgebrochen. Das möge bedacht werden, wenn das zähe Festhalten des Feldherrn an seinem großen Ziel, bis die letzte Aussicht geschwunden war, getadelt wird. „Siegen tut der, der den moralischen Willen hat zu siegen“, sagte Prinz Friedrich Karl zur Erklärung seines, von mancher Seite angegriffenen Entschlusses zum erneuten Vorgehen am Abend des 16. Augustes 1870 auf dem Schlachtfelde von Vionville. Napoleon hat die Schlacht bei Preußisch Eylau gewonnen, nur weil er auf dem Schlachtfeld in der Nacht stehen blieb, obwohl er den Rückzug bereits erwogen hatte. Der Gegner war kleinmütiger und war in der Nacht abgezogen.

Es ist daher nötig, einen Blick auf die Lage beim Feinde zu werfen, um die Größe des Sieges zu ermessen.

Der deutsche Angriff hatte die 5. englische Armee vollständig

zertrümmert. Von englischer Seite wird dies als die größte Niederlage bezeichnet, die die Engländer in der Geschichte erlitten haben. Zwischen Engländern und Franzosen war eine breite Lücke entstanden. Feldmarschall Haig war im Begriff, in der Richtung auf das Meer zurückzugehen, General Pétain dachte vor allem an die Deckung von Paris. Schon wurden Vorbereitungen zur Räumung von Paris getroffen und Berechnungen angestellt, um die englische Armee einzuschiffen. Die Trennung der Engländer von den Franzosen stand unmittelbar bevor. Nach dem Zeugnis des Feldmarschalls Haig und des Generals Mangin wäre es den Deutschen möglich gewesen, endgültig einen Keil zwischen das englische und französische Heer zu treiben, wenn sie über einige Kavalleriedivisionen verfügt hätten, die in der entstandenen Lücke hätten vordringen und die Lage ausbeuten können. „Man konnte die Entfernung, die die Deutschen vom endgültigen Siege trennte, in Schritten messen," sagt der Engländer Wright.

Es hatte sich die Erscheinung wiederholt, die fast in allen Koalitionskriegen aufgetreten ist: in der höchsten Gefahr denkt jeder der Verbündeten an seine eigenen Interessen. Daher bedeutet es einen Wendepunkt im Kriege, daß es in dieser Not der Entente gelang, einen einheitlichen Oberbefehl zu schaffen. Daß am 26. März in Doullens dem General Foch die Leitung der Operationen übertragen wurde, war von entscheidender Bedeutung für den Krieg. Ihm hat es die Entente zu verdanken, daß es gelang, die auseinanderstrebenden Interessen der Verbündeten dem höheren, einheitlichen Ziel unterzuordnen, die Lücke zu sperren und den Widerstand an der Naht der Engländer und Franzosen zu organisieren. So wurde Amiens gerettet. Es ist sehr zu beklagen, daß es uns im Kriege nicht gelungen ist, eine straffe und bedingungslose einheitliche Leitung der gesamten verbündeten Streitkräfte zu erreichen. Daran krankten unsere Operationen, wie in den vorhergegangenen Jahren, so auch im Jahre 1918.

6. Beurteilung der Märzoffensive

Bei der ausschlaggebenden Bedeutung, die die deutsche Märzoffensive für den Ausgang des Krieges gehabt hat, ist es erklärlich, daß sich die militärische Kritik des In- und Auslandes vorzugsweise mit ihr beschäftigt.

Die nächstliegende Frage, die aufgeworfen wird, ist die, ob überhaupt der Angriff geboten war oder ob nicht durch einen Verständigungsfrieden zu Beginn des Jahres 1918 dem Kriege ein Ende bereitet werden konnte. General Ludendorff nahm den Standpunk ein, daß „es in diesem Kriege allein um Sieg oder Niederlage ging; ein Mittelding gab es bei dem Vernichtungswillen

der Feinde nicht". Ist diese Ansicht berechtigt? Es kann hier nicht untersucht werden, inwieweit Aussicht vorhanden war, auf diplomatischem Wege zu einer Verständigung zu gelangen, und warum etwa vorhandene Möglichkeiten unbenutzt geblieben sind. Bis jetzt ist ein Beweis, daß die Entente zu Beginn des Jahres 1918 zu einer Verständigung bereit war, nicht erbracht worden.

Was inzwischen von den Absichten auf feindlicher Seite bekanntgeworden ist, bestätigt vielmehr die Richtigkeit des Ludendorffschen Standpunktes. Diese Frage wird im III. Abschnitt dieses Gutachtens eingehender erörtert werden. Es sei hier nur kurz daran erinnert, daß seit dem 15. November 1917 Clemenceau an der Spitze der französischen Regierung stand, ein Mann, der den Vernichtungsgedanken verkörperte und der vom einstimmigen Willen der Nation getragen war. Ein Mann, der keine andere innere und äußere Politik kannte als „Krieg führen bis zur letzten Viertelstunde" und der in einer der schwersten Stunden Frankreichs, als Paris bedroht war, am 4. Juni 1918 in der Kammer ausrief: „Wir werden den Sieg davontragen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris, ich werde mich hinter Paris schlagen."

Während der Deutsche Reichstag am 19. Juli 1917 die bekannte Friedensresolution annahm, sprachen im Juni desselben Jahres Kammer und Senat in Frankreich die feste Entschlossenheit aus, den Krieg bis zur Erreichung der weitgehenden Kriegsziele durchzuführen, in der Überzeugung, daß „ein dauerhafter Friede nur nach dem Siege der alliierten Armeen möglich sei".

Das sieht alles nicht nach Verständigungsabsichten aus. Unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 ist im Ausland als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden.

Am Schlusse des Jahres 1917 war die Stimmung der Entente, wie der französische Militärschriftsteller Corda in seiner Geschichte des Weltkrieges (S. 232) bemerkt, durchaus kriegerisch: „Gegenüber den Intrigen und dunklen Machenschaften Deutschlands, das in Angst und Not ist, aber unter dem Druck des preußischen Militarismus einen Frieden ohne Entschädigung fordert, verstärkt sich immer mehr am Schlusse des Jahres 1917 die feste Entschlossenheit der Entente, trotz dem Niederbruch Rußlands in um so festerer Einigung den Kampf bis zum Sieg und bis zur Erlangung eines auf Recht und Gerechtigkeit begründeten Friedens durchzuführen."

Der Standpunkt der deutschen Obersten Heeresleitung zu Beginn des Jahres 1918, so wie ihn Ludendorff ausgedrückt hat, war somit vollauf berechtigt. Der Feldherr konnte vom militärischen Standpunkt aus gar nicht anders denken und handeln, wenn ihm nicht von der Politik ein anderer, sicherer Weg, um den Krieg zu be-

enden, gewiesen wurde. Daß dies der Fall war, muß, wie gesagt, bis der Beweis geliefert wird, bestritten werden.

Der deutsche Entschluß, im Frühjahr 1918 anzugreifen, wird daher von der ausländischen Kritik als berechtigt anerkannt. Der Angriff, bevor die Amerikaner in voller Stärke eingetroffen waren, sei die beste Lösung gewesen.

Hätten die Deutschen nicht angegriffen, so urteilt der Chef des französischen Generalstabes, General Buat, dann würden die Alliierten gewartet haben, bis sie durch das Eintreffen der Amerikaner die Überlegenheit erlangten, und bis die Industrie das im Jahre vorher bestellte umfangreiche Kriegsmaterial geliefert hätte. Die Deutschen hätten Zeit gewonnen, und das hätte für sie immerhin viel bedeutet. Dann aber wären die Alliierten in der Lage gewesen, durch eine Reihe von Angriffen die deutschen Reserven zu erschöpfen, bis nichts mehr sie hätte hindern können, den letzten Erfolg auszubeuten. „Sein Vertrauen auf sich selbst", so drückt sich ein französischer Militärkritiker aus, „und auf die deutsche Armee, sowie die politische Notwendigkeit, den Krieg baldigst zu beenden, haben Ludendorff zweifellos dazu bestimmt, das Wagnis zu versuchen, obwohl er mit dem Scharfblick seines militärischen Genies die Schwierigkeiten vorausgesehen hat." (Revue militaire générale, 15. 3. 1922.)

Der französische Oberbefehlshaber, General Pétain, war, wie wir jetzt wissen, entschlossen, sich im Jahre 1918 zunächst auf die Verteidigung zu beschränken. In einer Anweisung vom 22. Dezember 1917 betont er, daß die Entente die zahlenmäßige Überlegenheit erst erlangen werde, wenn hinreichende amerikanische Truppen eingetroffen seien. Bis dahin müsse man eine abwartende Haltung einnehmen, mit der ausgesprochenen Absicht, sobald als möglich die Offensive zu ergreifen, die allein den Endsieg bringe. Pétain war fest überzeugt, daß der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sei, wenn gewartet werde, bis man in der Zahl und im Material die unbedingte Überlegenheit habe.

Somit war es für uns ausgeschlossen, uns auf die Verteidigung zu beschränken und abzuwarten, was unsere Gegner beschließen würden. Teilangriffe konnten unsere Kräfte nur verbrauchen, ohne eine Entscheidung herbeizuführen oder den Vernichtungswillen des Gegners zu vermindern. Es blieb nur der entschlossene Angriff zu dem Zweck, *den entscheidenden Sieg zu erringen*.

Ob es gelingen würde, den Gegner völlig zu zerschmettern, mußte freilich zweifelhaft erscheinen. Der Versuch war berechtigt. Das Schlachtenglück ist unsicher. Auf alle Fälle aber war begründete Hoffnung vorhanden, unseren Feinden einen so schweren Schlag zu versetzen, daß unsere Kriegslage wesentlich verbessert und der Gegner friedensbereit wurde. Welches Ziel dem Feldherrn

auch vorschweben mochte: den Feind zu zerschmettern oder ihn friedenswillig zu machen, das Mittel dazu blieb dasselbe. Er mußte nach einem möglichst entscheidenden Siege mit möglichst weitreichender operativer Auswirkung streben.

Daß die Oberste Heeresleitung den Entschluß faßte, die Engländer anzugreifen, wird von der militärischen Kritik meist gebilligt. Der Angriff auf Verdun hatte zwar auch viel Bestechendes. Aber gerade hier mußte man gewärtig sein, auf starken Widerstand zu stoßen. Auch wenn der Schlag gelang, war sehr fraglich, ob er eine kriegsentscheidende Wirkung haben und auch die Engländer friedensbereit machen würde. Kam es zur Operation im freien Felde, so fiel ins Gewicht, daß die Franzosen gewandter waren als die Engländer.

Eine Operation gegen die englische Front mußte sich zum Ziele setzen, die Kanalküste zu gewinnen. Welche außerordentliche Tragweite ein solcher Erfolg haben mußte, ist bereits erörtert worden. Es fragte sich nur, an welcher Stelle man die Engländer angreifen sollte. Zwei Angriffsrichtungen kamen hauptsächlich in Betracht: Michaelangriff bei St. Quentin und St. Georg in Flandern. Die Frage ist viel umstritten, welche erfolgversprechender war. Vor- und Nachteile waren bei beiden Angriffen vorhanden. Vielfach neigt die nachträgliche Kritik dazu, dem Angriff in Flandern den Vorzug zu geben.

In der Tat sprach vieles für diese Richtung. Bei Armentières konnte man hoffen, eine schwache Stelle zu treffen und durchzubrechen. Ein großes operatives Ziel winkte dem Angreifer. Beträchtliche Teile der englischen Armee waren im Ypernbogen anzunehmen, die, in der Flanke angegriffen, gegen das nahe dahinter befindliche Meer geworfen und vernichtet werden konnten. Dann fielen uns die Kanalhäfen in die Hände. Das Ziel war groß, aber auch greifbar, nicht zu weit gespannt und stand im richtigen Verhältnis zu den verfügbaren Kräften und der Bewegungsfähigkeit des Heeres. Hätte uns hier der Durchbruch so weit geführt, wie es im März beim Michaelangriff tatsächlich der Fall war, so standen wir an der Küste. Dies alles was für den Angriff sprach, war auch von der Obersten Heeresleitung wohl erkannt. Sie nahm von diesem Angriff Abstand, weil er der flandrischen Bodenverhältnisse halber nicht früh genug begonnen werden konnte. Auf möglichst frühen Beginn der Operation wurde aber mit Rücksicht auf die Amerikaner mit Recht großer Wert gelegt. Die Zeit drängte.

Hauptsächlich aus diesem Grunde fiel die Entscheidung zugunsten des Michaelangriffs. Es war aber von vornherein vorgesehen, sobald dieser Angriff stecken bliebe, die Kräfte zu einem Angriff in Flandern umzugruppieren, und in der Tat ist bei Armentières auch am 9. April bereits angegriffen worden. Allerdings hatte

sich nicht sicher voraussehen lassen, daß die Witterung so trocken sein und einen so frühen Beginn der Operation gestatten würde.

Der Angriff bei St. Quentin war nicht an die Jahreszeit gebunden Er konnte jederzeit begonnen werden. Nach Annahme der Heeresleitung traf er auf einen schwachen Punkt der feindlichen Stellungen. Es war uns bekanntgeworden, daß die Engländer ihre Front nach Süden bis über die Oise hinaus verlängert hatten. Es wurde vermutet, daß die englischen Reserven hauptsächlich hinter ihrem linken Flügel und hinter der Mitte, weniger aber hinter dem rechten Flügel zu finden sein würden. Diese Annahme hat sich bestätigt. Wie jetzt bekannt ist, hat Feldmarschall Haig seine Kräfte hauptsächlich nach dem Gesichtspunkte verteilt, daß die Kanalhäfen Dünkirchen, Calais und Boulogne unbedingt geschützt wären. Hier, im nördlichen Abschnitt seiner Aufstellung, glaubte er keinen Schritt zurückweichen zu dürfen. Auch im mittleren Abschnitt, in dem das französische Kohlenbecken lag und durch den die Querverbindungen liefen, mußte ein Geländeverlust vermieden werden. Auf seinem rechten Flügel südöstlich Arras glaubte dagegen Haig einem Druck eher nachgeben zu können und rechnete hier offenbar auch auf französische Unterstützung. Die Aufstellung entsprach, wie dies in Koalitionskriegen nun einmal nach aller Kriegserfahrung die Regel ist, hauptsächlich den eigenen Interessen. So traf unser Stoß gegen den rechten englischen Flügel nur auf die breit auseinandergezogene schwache 5. englische Armee.

Auch unsere Täuschungsversuche gegenüber der französischen Front waren von Erfolg. Schon hatte der Michaelangriff begonnen, als der französische Oberbefehlshaber, General Pétain, noch immer an einen deutschen Angriff bei Reims glaubte. Den Angriff bei St. Quentin hielt er zunächst für einen Nebenangriff. Eine gemeinschaftliche Hauptreserve für die ganze Front der Entente war nicht vorhanden. Statt dessen wurde zwischen Franzosen und Engländern hin und her über die Unterstützung verhandelt. Der Angriff gegen die Naht der französisch-englischen Front erwies sich als besonders günstig.

Die Berechnung Ludendorffs hat sich somit als zutreffend erwiesen.

Nachteilig war beim Michaelangriff, daß er in das schwierige Trichtergelände der Sommeschlacht und in das 1917 bei unserem Rückzug in die Siegfriedstellung zerstörte Gelände führte. Der Nachschub erfuhr dadurch eine beträchtliche Erschwerung.

Die operative Richtung des Angriffs wies nach Nordwesten, um die englische Front aufzurollen. Dazu standen die Ausgangsstellungen zwischen Arras und La Fère, die die Front nach Südwesten hatten, in einem ungünstigen Verhältnis. Die Veränderung

der Richtung im Laufe des Angriffs war schwierig, besonders für die 17. Armee auf dem rechten Flügel.

General Ludendorff hat, wie erwähnt, selbst geäußert, daß die Bewegung sehr ins Weite ging. Das war in der Tat der Fall. Der Weg zur Küste war weiter als beim St. Georgangriff, aber der Erfolg konnte auch um so größer werden, wenn der Angriff durchdrang. Das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hatte vorher darauf hingewiesen: „Die Voraussetzung für eine solche Operation sind starke Kräfte, wesentlich stärkere als bei St. Georg nötig wären." Dringend nötig war daher die Beschränkung des Angriffs in der Art, daß die Hauptkräfte für den Stoß in der entscheidenden Richtung nach Nordwesten zusammengefaßt wurden, während man gegen Südwesten durch Anlehnung der Flanke an die Somme an Kräften sparte. Sonst war die Gefahr vorhanden, daß der Angriff zerflatterte und schließlich mit einer großen Ausbuchtung unserer Linien feindwärts endete, die keineswegs günstig war. Diesem Gesichtspunkt hätte in der Anlage des Angriffs schärfer Rechnung getragen werden können, wenn mehr Artillerie verfügbar gewesen wäre.

Wer lediglich nach dem Erfolg urteilt, kann jetzt leicht den Angriff in Flandern für besser erklären. Mit Recht sagt General Ludendorff („Kriegführung und Politik", S. 214): „Wäre der Angriffsrichtung der Obersten Heeresleitung strategische Ausnutzung und operativer Erfolg beschieden gewesen, würde durch den Angriff das englische und französische Heer getrennt, wenigstens Amiens genommen worden sein, so würde sich die ganze Welt mit der Obersten Heeresleitung auf den gleichen Boden stellen. So ist es natürlich, daß jetzt häufig andere Wege als besser angesehen werden. Der Beweis aber, daß diese anderen Wege mehr Erfolg gebracht haben würden, ist nicht zu erbringen, da sie nicht mehr beschritten werden können."

Eine Entscheidung, welcher Angriff vorzuziehen war, ist schwer zu treffen. Beide Wege konnten nach Rom führen. Der Michaelangriff hatte das größere Ziel. Er konnte eine kriegsentscheidende Wirkung haben, wenn es gelang, die Engländer völlig zu schlagen. Aber er erforderte starke Kräfte. Das Ziel des St. Georgangriffs war beschränkter, aber doch von großer Bedeutung. Es stand im Einklang mit den vorhandenen Kräften. Doch war es unsicher, ob der Angriff frühzeitig genug begonnen werden konnte.

Absprechenden Kritiken des Michaelangriffs, die das „Für" und „Gegen" nicht hinreichend abwägen, muß entgegengetreten werden. Eine solche Kritik hat General von Moser („Strategischer Überblick über den Weltkrieg", S. 100) ausgesprochen: „Genauer betrachtet, entbehrte der Ludendorffsche Angriffsplan und erste Angriffsbefehl für 1918, im vollen Gegensatz zu den Operationen der

Jahre 1914 und 1915 im Osten, nicht nur des großen, kühnen, dabei aber doch klaren und einfachen Wurfs, sondern auch eines einleuchtenden, die Unterführer und die Truppe mitreißenden Gedankens. Denn nicht der große Durchbruch durch die englische Stellung bis an die Küste, mit dem Ziele des Aufrollens und Vernichtens des Gegners, wurde verlangt, sondern nur das Durchbrechen bis zur Somme und das Zurückwerfen des Gegners in breiter Front, zunächst in die Linie Bapaume—Peronne—Ham unter Zufügung möglichst starker Verluste, auch durch Abschneiden (Cambraibogen)." Nach den vorhergegangenen Ausführungen braucht nicht mehr nachgewiesen zu werden, daß diese Vorwürfe nicht haltbar sind. Das operative Ziel, Aufrollen der englischen Front, war klar bezeichnet worden. Kein Unterführer war darüber im Zweifel. Kurz vor Beginn des Angriffs hielt Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Bayern bei jedem Armeeoberkommando noch einmal eine Besprechung mit allen kommandierenden Generalen ab und überzeugte sich, daß jeder über die Angriffsziele und die ihm zufallenden Aufgaben im klaren war. In den taktischen Angriffsbefehl für den 21. März gehörten allerdings weitreichende operative Gedanken nicht hinein. Der Angriffsplan war aber oft genug schriftlich und mündlich festgelegt worden, und General von Moser sagt selbst, daß dem Angriff über Peronne der Gedanke zugrunde lag, die Engländer von den Franzosen zu trennen und sie nach Norden an die Küste zu werfen. Das ist doch unleugbar ein großer „Angriffsplan", ein „einleuchtender und mitreißender Gedanke".

Daß man im einzelnen über die Ausführung des Michaelangriffs verschiedener Meinung sein kann, soll nicht bestritten werden.

General von Moser bezweifelt, daß das deutsche Heer von 1918 „die für eine solche zwar vielversprechende, aber auch ebenso schwierige, wie im Falle des Mißlingens äußerst gefährliche Operation nötige Kraft und Beweglichkeit von Mann und Roß, sowie die erforderlichen Nachschubmittel und Wege" besessen habe. Diese Bedenken sind nicht unberechtigt. Er tritt aber selbst für einen Angriff aus der recht breiten Linie Ypern—Lens über St. Omer auf Boulogne ein, der demnächst bis an die Sommelinie Valéry—Amiens und „wenn die Entente sich auch dann noch nicht gab, bis an die Seinelinie Rouen—Paris" weitergeführt werden konnte. Gegen eine solche weit ausgreifende Operation könnten doch gewiß mindestens dieselben Bedenken erhoben werden, die General von Moser in bezug auf die Beweglichkeit des Heeres und die Möglichkeit des Nachschubs gegen den Michaelangriff geltend gemacht hat.

Die Gründe, weshalb der Michaelangriff trotz glänzender taktischer Erfolge nicht zum operativen Durchbruch geführt hat, liegen zum Teil darin, daß die Anlage der Operation nicht ganz im Einklang mit den verfügbaren Kräften stand. Der Schwerpunkt lag bei der 17.

und 2. Armee, während der 18. Armee ursprünglich nur eine Nebenaufgabe zufiel, zu deren Erfüllung sie jedoch zunächst die feindlichen Stellungen durchbrechen mußte. Sie bedurfte hierzu einer gewissen Stärke, wenn auch nicht in dem Maße, wie es durch die Kräfteverteilung der Fall war. Der Chef des Generalstabes der 18. Armee äußerte sich in einem Schreiben vom 16. Januar 1918 folgendermaßen: „Der Angriff südöstlich St. Quentin wird auf der ganzen Front der 2. und 18. Armee am leichtesten sein. Er gibt den Auftakt und macht den Angriff nördlich St. Quentin erst möglich, erleichtert ihn jedenfalls wesentlich . . . Gelingen unsere Angriffe, woran ich nicht zweifle, so stehen wir innerhalb zwei bis drei Tagen an der Somme bzw. am Crozatkanal." Diese Voraussage hat sich bewahrheitet. Die Armee bedurfte also keiner besonders starken Kräfte.

Es hätte daher bei der 18. Armee wohl an Divisionen zugunsten der 17. Armee gespart werden können. Hier mußte der Angriff von vornherein durch den Marsangriff mindestens bis zur Scarpe verbreitert werden, sonst blieb die Armee mit dem rechten Flügel gegenüber Arras hängen. Leider reichte zwar die Zahl der Divisionen, nicht aber die Artillerie zu einer solchen Ausdehnung von vornherein aus. Ebensowenig war ein Nebenangriff zur Ablenkung der feindlichen Reserven, etwa in Flandern, möglich, obwohl ein solches Unternehmen von ausschlaggebender Bedeutung sein konnte.

Inwieweit die verhältnismäßig große Stärke der 18. Armee mit dem Gedanken einer offensiven Lösung ihrer Aufgabe zusammenhängt, muß dahingestellt bleiben. Die 18. Armee drängte nach einer solchen Lösung. Wenn sie die heraneilenden französischen Reserven aufreiben und zersprengen wollte, dann mußte sie stark gemacht werden. Dem ursprünglichem Plane entsprach dies aber nicht. Vielleicht hat der Umstand, daß die 18. Armee einer anderen Heeresgruppe, als die beiden anderen am Angriff beteiligten Armeen unterstand, doch zu einer gewissen Verschiedenartigkeit der Ansichten geführt.

General Ludendorff hat zwar auch, wie nachgewiesen wurde, die Möglichkeit eines offensiven Vorgehens der 18. Armee ins Auge gefaßt, jedoch nur für den Fall eines großen Erfolges bei der 2. und 17. Armee. War hier der Gegner überall gründlich geschlagen, dann konnte auch die 18. Armee ohne Bedenken angreifen. So war aber die Lage nicht, als am 23. März die 18. Armee beauftragt wurde, den Angriff über die Somme und den Kanal hinaus fortzusetzen. Die 17. Armee war auf ihrem rechten Flügel hängen geblieben, die neue Anweisung an die 18. Armee war veranlaßt durch das Bestreben, den überraschend großen Erfolg, den sie errungen hatte, auszunutzen. So trat, auch durch die weitere Zuteilung von Reserven, eine Verschiebung des Schwerpunktes ein, ohne daß der offensive Auftrag der 17. Armee gegen die englische Front geändert wurde. Vielmehr sollte

hier der Angriff durch Verbreiterung nach Norden vorwärts getragen werden. Der nachträgliche Marsangriff scheiterte; die in der Mitte auf Amiens, rechts gegen die Engländer, links gegen die Franzosen strebende Offensive drang schließlich nicht durch.

Aus Mangel an Munition ist trotz der Schwierigkeit der Nachführung die Offensive nicht gescheitert. Ein wesentliches Hilfsmittel zur Ausnutzung des Durchbruchs hätten uns Tanks gewähren können.

Es sind vorstehend alle Umstände, die auf den Ausgang des Kampfes eingewirkt haben, soweit sie zurzeit zu übersehen sind, offen dargelegt worden. Es kann wohl sein, daß über einzelne Vorgänge mit der Zeit noch klareres Licht verbreitet wird. Ein Urteil konnte somit immer nur mit Vorbehalt abgegeben werden. Soviel steht aber fest, daß selten in der Kriegsgeschichte ein Feldherr vor einer so ungeheuer schwierigen Aufgabe gestanden hat; daß die Vorbereitung des Angriffs eine der glänzendsten organisatorischen und taktischen Leistungen gewesen ist und daß die Durchführung des Angriffs mit einer Tatkraft geleitet worden ist, die die volle Siegespalme verdient hätte. Aber auch ohne daß diese dem Feldherrn beschieden war, wird die Märzoffensive als eine der größten Ruhmestaten des deutschen Heeres, der Truppe wie der Führer, in der Geschichte leben.

7. Der Aprilangriff bei Armentières

Der Märzangriff war der größte, mit den stärksten Kräften und Mitteln ausgestattete und mit den weitesten Zielen unternommene deutsche Angriff des Jahres 1918. Es mußte daher genauer darauf eingegangen werden, zugleich um ein Bild von dem ungeheuren Umfang der Vorbereitungen, von der Schwierigkeit der Durchführung eines Durchbruchsangriffs und von den an die Entschlußkraft der Leitung herantretenden Anforderungen zu geben. Die nachfolgenden Erörterungen über die weiteren Angriffe können daher kürzer gefaßt werden. Der Schwerpunkt wird auf die Besprechung der entscheidenden Entschlüsse der Führung und der auf den Verlauf einwirkenden wesentlichen Umstände zu legen sein.

Der Entschluß zum Angriff bei Armentières machte viele Wandlungen durch, ehe er am 9. April 1918 ausgeführt wurde. Die Gründe, die die Oberste Heeresleitung veranlaßt haben, im März an Stelle des St. Georgangriffs den Michaelangriff zu unternehmen, sind erörtert worden. Doch waren die operativen Vorteile des St. Georgangriffs so in die Augen springend, daß er von vornherein für einen späteren Zeitpunkt in Betracht gezogen wurde für den Fall, daß der Angriff bei St. Quentin nicht den erhofften Erfolg brachte.

In seiner im Wortlaut mitgeteilten Denkschrift vom 12. De-

zember 1917 über die „Westoffensive und ihre Erfolgsaussichten" hatte der damalige Chef der Operationsabteilung im Stabe des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, Oberstleutnant Wetzell, bereits den Vorschlag gemacht, dem Angriff bei St. Quentin möglichst bald eine Offensive in Flandern folgen zu lassen, jedoch in anderem Sinne als im April tatsächlich verfahren worden ist. Die wesentlichen Punkte seiner Ausführungen, soweit sie den Angriff in Flandern betreffen, seien hier nochmals hervorgehoben.

Oberstleutnant Wetzell betonte, daß man sich über die Schnelligkeit eines Durchbruchsangriffs im Westen keinen zu weitgehenden Hoffnungen hingeben dürfe. Handelten unsere Gegner nur einigermaßen planmäßig und schnell, so würde es ihnen gelingen, unsere Offensive nach einer gewissen Zeit abzufangen. „Es wird uns daher nur bei einer geschickten Kombination von mehreren, in enger Wechselwirkung zueinander stehenden Angriffen gelingen, einen wirklich großen und entscheidenden Erfolg zu erringen."

Oberstleutnant Wetzell war daher zu dem Vorschlag gekommen, die gesamte Angriffshandlung in zwei Akte zu zerlegen.

Der erste sollte aus einem breiten Angriffsstoß im Raum der 2. und 18. Armee (Cambrai—St. Quentinangriff), der zweite etwa 14 Tage später beginnende aus einem Durchbruch im Raum der 4. und 6. Armee in allgemeiner Richtung Hazebrouck (Hazebrouckangriff) bestehen.

Der Angriff bei St. Quentin sollte nur bis zu einer begrenzten Linie durchgeführt werden und sollte die Engländer zwingen, ihre Reserven von der Flandernfront wegzuziehen. Dann war es Aufgabe des Hauptangriffs auf Hazebrouck, die ihrer Reserven beraubte englische Flandernfront zu durchstoßen und die gesamte englische Front ins Wanken und dann von Norden her ins Rollen zu bringen.

Diese Ausführungen gingen von dem zweifellos richtigen Gedanken aus, daß die großen Schwierigkeiten, die einem Durchbruchsangriff entgegenstanden, es dringend erwünscht machten, die feindlichen Reserven vorher durch einen Ablenkungsangriff nach einer anderen Stelle abzuziehen. In den Vorschlägen, die das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht im Winter 1917/18 für die bevorstehende Offensive gemacht hatte, war auch stets die Notwendigkeit eines Ablenkungsangriffs betont worden.

Die Oberste Heeresleitung glaubte jedoch aus Mangel an Kräften von einem Ablenkungsangriff absehen zu müssen. Sie schloß sich auch dem Plan des Oberstleutnants Wetzell nicht an. Zweifellos war der Angriff bei St. Quentin vielmehr als der entscheidende Hauptangriff gedacht, durch den nach gelungenem Durchbruch das große Operationsziel, Trennung der Engländer von den Franzosen und Aufrollen der englischen Front nach Norden, erreicht werden

sollte. Der Angriff bei Armentières kam als zweiter Akt nur für den Fall in Betracht, daß die Michaeloffensive nicht zum Ziele führte.

Bereits am 27. Dezember 1917 hatte die Oberste Heeresleitung, bevor sie sich über die Angriffsstelle schlüssig geworden war, angeordnet, daß außer dem Angriff bei St. Quentin (Michael) und bei Arras (Mars) auch St. Georg I (bei Armentières) und St. Georg II (gegen den Ypernbogen) vorzubereiten seien. Nachdem dann am 24. Januar 1918 die Entscheidung zugunsten des Michaelangriffs gefallen war, wurde angeordnet, daß die Vorbereitungen für St. Georg I und II von der 6. und 4. Armee weiter zu betreiben seien und bis Anfang April beendet sein müßten. Über die diesen Anordnungen zugrunde liegenden Absichten gibt ein wichtiges Fernschreiben der Obersten Heeresleitung vom 10. Februar 1918 an die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht Aufschluß. Es heißt darin:

„Nachdem die Oberste Heeresleitung sich für St. Michael als Hauptoperation entschieden hat, kommen St. Georg I und II nur als zweiter Kampfakt in Frage, und auch nur dann, wenn der Michaelangriff nicht zu einem großen Durchbruchserfolg führen, sondern sich an den herbeigeholten englischen und französischen Reserven festlaufen sollte. Aus der dann eingetretenen Gesamtlage heraus wird sich der Aufbau für St. Georg I und II durch Umgruppierung der Kräfte, insonderheit der Artillerie, des St. Michaelangriffs ergeben. Es wird nicht möglich, aber auch nicht erforderlich sein, die St. Georgoperationen in der von den Armeeoberkommandos 4 und 6 bearbeiteten Form und mit dem dort angeforderten Kräftebedarf durchzuführen. Wir werden die von den Armeen berechneten Kräfte nicht annähernd in dem Umfange zur Verfügung haben oder sie in kurzer Zeit, worauf es ankommt, heranführen und einsetzen können. So werden die Operationen auf dem linken Flügel — Angriff Süd von Georg I — weitgehend eingeschränkt oder ganz wegfallen müssen, da mehr als 20 Divisionen außer den Stellungsdivisionen für Georg I und etwa 12—15 Divisionen außer den Stellungsdivisionen für Georg II nicht rechtzeitig verfügbar gemacht werden können. Es ist jedoch bestimmt anzunehmen, daß die St. Georgsoperation auch auf dieser Grundlage als zweiter Kampfakt durchschlagenden Erfolg haben wird, da mit Sicherheit damit zu rechnen ist, daß die Masse der englischen Reserven durch den St. Michaelangriff weiter südlich gebunden sein wird."

Die Oberste Heeresleitung ordnete an, daß die St. Georgsoperation auf dieser veränderten Grundlage vorzubereiten sei.

Diese Vorbereitungen wurden von der 4. und 6. Armee, gleichzeitig mit der Vorbereitung des Michaelangriffs durch die 17., 2. und 18. Armee, im Februar und März getroffen. Es kam dabei darauf

an, daß sich der Georgangriff so schnell als möglich an den Michaelangriff anschloß. Ein großer Teil der für Georg erforderlichen Kräfte und Angriffsmittel mußte aber durch Umgruppierung vom Michaelangriff nach dessen Beendigung herangeführt werden. In dieser Zwangslage, vor einem neuen Angriff erst eine zeitraubende Umgruppierung vornehmen zu müssen, befanden wir uns während unserer ganzen Offensive im ersten Halbjahr 1918. Dazu trat im Verlaufe der späteren Angriffe noch die Notwendigkeit, den zum Angriff bestimmten Divisionen nach Abschluß der bisherigen Kämpfe die nötigste Zeit zur Erholung und Ergänzung zu gewähren, ehe sie von neuem eingesetzt werden konnten. Es ist der Heeresleitung vielfach zum Vorwurf gemacht worden, daß unsere Angriffe mit zu langen Pausen hintereinander gefolgt seien, so daß dem Gegner jedesmal hinreichende Zeit zur Erholung und Vorbereitung der Abwehr des neuen Angriffs gelassen worden sei. Es ist daher zum Verständnis der Maßnahmen der Obersten Heeresleitung nötig, auf die umfangreiche Arbeit einer Umgruppierung und auf die dabei entstehenden Schwierigkeiten hinzuweisen.

Die von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht zu leitenden Vorarbeiten für die Umgruppierung gingen davon aus, daß von der 4. und 6. Armee, denen der Georgangriff zufiel, zunächst der Bedarf an Truppen und Formationen über den vorhandenen Bestand hinaus zu berechnen war. Es mußte dann eine überschlägliche Berechnung gemacht werden, welche Kräfte beim Michaelangriff unmittelbar nach dem Einbruch frei wurden, was ferner im späteren Verlaufe, wenn die Michaeloperation abgebrochen wurde, entbehrlich wurde, und was schließlich von der Obersten Heeresleitung zuzuführen war.

Unmittelbar nach gelungenem Einbruch konnten beim Michaelangriff voraussichtlich Teile der Artillerie und der Minenwerferformationen, der Pionierformationen, Arbeitskräfte, Scheinwerferzüge, Flammenwerferkompagnien, Blinkerzüge, Brieftaubenschläge, Sanitätsformationen und dergleichen freigemacht werden.

Die Masse der Truppen und Formationen konnte aber erst nach Flandern herangezogen werden, wenn der Michaelangriff abgebrochen wurde. Es handelte sich dann außer den weiteren vorgenannten Formationen und außer den abzugebenden Divisionen um Generalkommandos und sonstige Stäbe (Artillerie-, Flieger- usw. Stäbe), Heeresfeldartillerie, schwere Batterien, Flaks, Pioniertruppen, Pionier- und Fußartillerieparkkompagnien, Minenwerferbataillone und -kompagnien, Infanteriegeschützbatterien, Nachrichtenformationen, Bau-, Betriebs- und Stationszüge, Brückentrains, Fliegerabteilungen, Schutzstaffeln, Jagdstaffeln, Bombengeschwader, Batteriekolonnen, Munitions- und Verpflegungskolonnen, Kraftwagenkolonnen, Feldbäckereikolonnen, Sanitätskompagnien, Feldlazarette, Pferdelazarette, Armierungs- und Straßenbaukompagnien. Es war dabei zu berücksichtigen,

daß auch, nachdem der Michaelangriff abgebrochen wurde, manche Formationen noch nicht fortgezogen werden konnten. So mußte z. B. die Mehrzahl der Kolonnen noch so lange bei den Armeen belassen werden, bis die Bahnen nachgebaut waren. Das Fehlende mußte von der Obersten Heeresleitung beschafft werden.

Es war zu überlegen, welche Truppen und Formationen mit der Bahn und welche durch Fußmarsch nach dem neuen Bestimmungsort herangezogen werden sollten. Die Bahnen waren überlastet. Im allgemeinen wurde es für nötig gehalten, vor Beginn einer Offensive 16 Tagessätze an Verpflegung und 4 Artilleriemunitionsraten bereitzulegen. Sogleich nach Beginn des Michaelangriffs mußte daher eine Umleitung des gesamten Nachschubs für die am Georgangriff beteiligten Armeen vorgesehen werden. Eine Berechnung der zur Heranschaffung der Verpflegung und Munition für Georg erforderlichen Bahntransporte ergab, wieviel Züge etwa für die Umgruppierung der Truppen und Formationen verfügbar blieben. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl auf Landmarsch angewiesen werden mußte. Landmarsch kam daher hauptsächlich für die nähere 17. Armee in Betracht, während der entfernteren 2. Armee die verfügbaren Züge zur Verfügung gestellt wurden. Ein- und Ausladestellen waren vorzusehen, Transportübersichten vorzubereiten. Märsche mußten der Sicht des Gegners möglichst entzogen und daher hauptsächlich in der Nacht ausgeführt werden.

Das Eintreffen aller Stäbe, Truppen und Formationen konnte bei Umgruppierungen nicht in der planmäßigen Reihenfolge, je nach dem Bedarf, wie bei dem ersten Angriff im März, vorbereitet werden, sondern mußte sich hauptsächlich nach dem Zeitpunkt richten, zu dem die Formationen bei Michael frei wurden.

Aus dieser kurzen Zusammenstellung ergibt sich, welche außerordentliche Arbeit und welche Schwierigkeiten bei einer Umgruppierung zu einem neuen Angriff zu bewältigen waren. Der Zeitbedarf ergab sich durch das Herausziehen der Truppen und Formationen aus dem Kampfe, durch die Umgruppierung und durch den neuen Artillerie- und Infanterieaufmarsch, sofern nicht, wie bereits erwähnt, noch eine längere Pause zur Erholung der Truppen nötig war. Die Kenntnis dieser Verhältnisse ist zur Beurteilung des Angriffs bei Armentières wie auch aller späteren Angriffe notwendig. Der Gedanke einer schnellen Umgruppierung zu einem neuen Angriff, wie er in der Denkschrift des Oberstleutnants Wetzell entwickelt war, ist sehr bestechend, aber sehr schwierig in die Tat umzusetzen.

Nachdem der Michaelangriff am 21. März begonnen und in den ersten Tagen bedeutende Fortschritte gemacht hatte, erschien eine Georg-Operation als selbständiger, größerer zweiter Akt entbehrlich. Vielmehr sollte durch eine Verbreiterung der Angriffsfront nach Norden über Arras bis Lens („Mars“ und Walkürenritt“) die ganze

englische Front ins Wanken gebracht werden. Als letzter Druck wurde im Anschluß hieran demnächst ein verkleinerter Georgangriff („Georgette") nördlich des La Bassée-Kanals gegen die Portugiesen in der Richtung auf Hazebrouck durch die 6. Armee in Aussicht genommen, falls nicht „Mars" und „Walkürenritt" bereits einen durchschlagenden Erfolg erreichten. Außer den vorhandenen Stellungsdivisionen wurden der 6. Armee sechs weitere Divisionen sowie hinreichende Artillerie in Aussicht gestellt. Auch ein Angriff der 4. Armee gegen die Belgier wurde zu demselben Zwecke in Erwägung gezogen.

Der weitere Verlauf des Michaelangriffs entsprach aber nicht den darauf gesetzten Hoffnungen. Die 17. Armee kam auf dem rechten Flügel nicht genügend vorwärts, der Marsangriff bei Arras am 28. März mißlang, und der „Walkürenritt" weiter nördlich unterblieb infolgedessen. Der Angriff gegen die Engländer stockte, aber der Angriff auf Amiens wurde fortgesetzt. Nunmehr erhielt „Georgette" wieder eine erhöhte Bedeutung. Der Angriff gegen die Engländer konnte vielleicht wieder in Fluß gebracht werden, wenn es gelang, die englisch-portugiesische Front an der Lys zu erschüttern. Es kam darauf an, den Angriff möglichst schnell und überraschend auszuführen, ihn aber nunmehr wieder möglichst stark und breit auszugestalten. Die Umgruppierung wurde vom 28. ab beschleunigt. Zunächst wurden sieben Divisionen an Stelle der vorgenannten sechs der 6. Armee zur Verfügung gestellt, demnächst wurde am 29. die Überweisung von Feld- und schwerer Artillerie, von Minenwerferbataillonen, Brückentrains, Kolonnen, Straßenbau- und Armierungskompagnien usw., jedoch nicht in dem ursprünglich für den Georgangriff geplanten großen Umfange, teils durch Abgaben der 17. Armee, teils durch Zuweisung der Obersten Heeresleitung angeordnet.

Ein weiterer Angriff der 4. Armee gegen die Belgier über den Lookanal wurde vorbereitet, konnte aber erst nach Georgette in Betracht kommen.

Nach dem 30. März trat der Angriff „Georgette" noch mehr in den Vordergrund. Der Michaelangriff schritt auch gegen die Franzosen nicht mehr vorwärts. Die große Operation war nicht gelungen. Nun sollte als letztes Ziel erstrebt werden, Amiens zu erreichen. Jedoch wurde der Angriff auf den 4. April verschoben, um die erforderlichen Vorbereitungen treffen und den Truppen die nötige Erholung gewähren zu können.

Wenn auch der Deckname „Georgette" beibehalten wurde, so handelte es sich nunmehr hierbei jetzt wieder um einen neuen, selbständigen Angriff gegen die Engländer, um einen zweiten Akt im Sinne des Befehls vom 10. Februar. Die Oberste Heeresleitung erklärte, daß sie jetzt den größten Wert auf

den Angriff bei Armentières lege und daß er so stark wie möglich sein müsse. In Besprechungen des Generals Ludendorff mit dem Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und den Chefs des Generalstabes der beteiligten Armeen in St. Quentin am 1. April und in St. Amand am 3. April wurde alles Weitere mündlich geregelt. Als Zeitpunkt des Angriffs wurde zunächst der 8. April bestimmt. Auf Drängen der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht wurde der Angriff jedoch auf den 9. verschoben, da die 6. Armee ihre Vorbereitungen nicht eher beenden konnte.

Inzwischen war der Angriff auf Amiens am 4. April mißglückt. Der Michaelangriff war zu Ende, bei allen beteiligten Armeen wurden auf Befehl der Obersten Heeresleitung vom 5. die Operationen eingestellt.

Das Angriffsziel für „Georgette" bildeten hauptsächlich die Höhen bei Godewaersvelde und Cassel. Drang man bis hierher vor, so war zu erwarten, daß der Gegner den Bogen bei Ypern mindestens bis in die Gegend von Dixmuiden räumen würde. Vielleicht gelang es dann, bis zur Kanalküste vorzudringen. Die 6. Armee wurde daher beauftragt, über die Linie Armentières—La Bassée-Kanal in nordwestlicher Richtung, mit dem Schwerpunkt auf Hazebrouck, vorzugehen und den linken Flügel dabei, ähnlich wie es ursprünglich beim Michaelangriff inbezug auf Somme und Crozatkanal gedacht war, an das Kanalsystem La Bassée—Bethune—Aire—St. Omer anzulehnen.

Die 4. Armee hatte sich einen Tag später, am 10. April, auf ihrem linken Flügel dem Angriff anzuschließen und aus der Gegend beiderseits Warneton in Richtung Messines—Wulverghem vorzugehen, um das Vordringen der 6. Armee zu unterstützen.

Am 9. April standen zum Angriff bereit bei der 6. Armee: 17 Divisionen, darunter 11 besonders überwiesene; bei der 4. Armee: 5 aus den eigenen Kräften entnommene Divisionen. Hinter der Front waren weitere Divisionen in der Versammlung, und zwar zunächst eine als Heeresgruppenreserve, 5 als Reserve der Obersten Heeresleitung. Weitere Divisionen wurden im Laufe der Kämpfe herangeführt, so daß im ganzen einschließlich des Kemmelangriffs 36 Divisionen beteiligt waren.

Außer den Divisionen wurden der 6. Armee 3 Generalkommandos, 7 Fußartillerie-Regimenststäbe, 94 Heeresfeldartilleriebatterien, 130 schwere Batterien und 7 schwerste Batterien, 7 Fliegerabteilungen, 6 Schlachtstaffeln, 5 Jagdstaffeln, 7 Ballonzüge, 6 Minenwerferbataillone, 12 Minenwerferkompagnien, zahlreiche Pionier- und Nachrichtenformationen, Kolonnen und Trains aller Art sowie 14 Armierungs- und Straßenbaukompagnien zugeführt. Einschließlich der bereits vorhandenen Batterien verfügte die 6. Armee für den Angriff

außer der Artillerie der Divisionen über 105 Heeresfeldartilleriebatterien, 206 schwere und 24 schwerste Batterien. Die Durchführung der Transporte und Märsche aller dieser Formationen innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit bedeutete eine große Leistung.

Für den Fall, daß dem Angriff bei Armentières ein großer Erfolg beschieden sein würde, waren Vorbereitungen getroffen, um alle auf der ganzen Front der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht noch verfügbar zu machenden Kräfte heranzuziehen. Die 17. und 2. Armee hatten hierzu eine Anzahl Formationen (Pioniere, Nachrichtenformationen, Kolonnen, Sanitätsformationen, Armierungs- und Straßenbaukompagnien u. dgl.) bereitzuhalten. Die 17. Armee erhielt bereits am 9. April Befehl, einen Teil davon beschleunigt abzugeben.

Wenn somit alles geschehen war, was unter den gegebenen Umständen und in der verfügbaren Zeit zur Verstärkung des Georgangriffs möglich war, so mußten doch erhebliche Nachteile in Kauf genommen werden.

Unter den Divisionen, die am Angriff teilnahmen, war eine größere Anzahl, die entweder als abgekämpfte Divisionen von der Michaelfront kamen oder Stellungsdivisionen waren.

Die Stellungsdivisionen waren nur in geringem Grade beweglich. Die 6. Armee hatte schon bei den ersten Vorarbeiten für „Georg“ am 5. März gemeldet, daß die Stellungsdivisionen bei dem damaligen Pferdebestand kaum imstande seien, am Angriff teilzunehmen. Jeder Division fehlten 500—600 Pferde. Besonders groß waren die Fehlstellen bei den Feldartillerieregimentern. Bei der Infanterie fehlten die Bespannungen für die Feldwagen zur Fortschaffung der Infanteriemunition und der leichten Minenwerfer. Es gelang noch, der Armee vor dem Angriff eine Anzahl Pferdetransporte zuzuführen, die hauptsächlich für die Artillerie verwendet werden mußten. Auch wurden noch weitere Pferde und Fahrzeuge den nicht am Angriff beteiligten Divisionen entnommen. Die Infanterie mußte sich aber doch teilweise zu einer Verminderung ihrer Fahrzeuge verstehen, auch wurde ein Zusammenfassen von Bespannungen zum staffelweisen Vorführen von Artillerie und Minenwerfern vorbereitet.

Große Schwierigkeiten bereitete die Ausstattung des Angriffs mit den erforderlichen Kolonnen. Munitions-, Verpflegungs- und Armeekraftwagenkolonnen wurden besonders von der 17. Armee, soweit als irgendmöglich, herangezogen. Es gelang, für die 6. Armee eine ausreichende, für die 4. Armee eine knappe Ausstattung zu erreichen. Von der 2. Armee konnten wegen der dortigen ungünstigen Bahnverhältnisse Kolonnen nur in geringerem Umfang herangezogen werden. Infolge des Zustandes der Wege und der großen Anstrengungen, die alle Kolonnen in der letzten Zeit durch-

gemacht hatten, konnte allgemein die Leistungsfähigkit nur noch auf etwa die Hälfte der normalen veranschlagt werden.

Vor Beginn des Angriffs mußte der Nachschub an Verpflegung, Munition usw. sichergestellt werden. In der kurzen verfügbaren Zeit war dies schwierig. Nach einer Meldung der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht an die Oberste Heeresleitung war die Nachschublage am 7. April folgende: Die Zufuhr aus der Heimat für die 6. Armee war in den letzten Tagen zu gering gewesen und entsprach dem Bedarf nur etwa zur Hälfte. An Hartfutter war Mangel vorhanden. Die Heranschaffung der Munition stieß auf Schwierigkeiten. Trotzdem der Angriff bei der 2. und 17. Armee eingestellt war, war der Munitionsverbrauch dort infolge der Kampflage noch immer groß. Diese Armeen erforderten eine tägliche Zuweisung von 8—10 Munitionszügen (ohne die Gasmunition). Der tägliche Bedarf der 6. Armee nach Beginn des Angriffs wurde nach den Erfahrungen vom Michaelangriff auf durchschnittlich 14—15 Züge berechnet. Dazu trat noch der Bedarf der 4. Armee. Insgesamt brauchte die Heeresgruppe nach Beginn des Georgetteangriffs voraussichtlich täglich 30—35 Munitionszüge (ohne Gasmunition). Dadurch wurden ganz erhebliche Anforderungen an die Bahn gestellt

Am 9. April begann der Angriff der 6. Armee. Am 10. wurde der Übergang über die Lys erkämpft. Der Angriff machte in den nächsten Tagen gute Fortschritte, stieß aber bald in dem schwierigen, von vielen Gräben durchschnittenen, bedeckten und unübersichtlichen Gelände auf erheblichen Widerstand. Das Vorbringen der Artillerie und des Nachschubs machte Schwierigkeiten. In der Mitte drang die Armee bis in die Gegend Bailleul—Merville vor, aber der linke Flügel blieb in der Gegend von Béthune vor Festubert und Givenchy hängen.

Bereits am 19. April beantragte die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht die Einstellung des Angriffs der 6. Armee und den Übergang zur Abwehr. In der Begründung hieß es, der Feind habe sich vor der 6. Armee derart verstärkt, daß nur mehr begrenzte, durch stärkste Artilleriewirkung vorbereitete Angriffe möglich erschienen. Gegenüber den zahlreichen feindlichen Maschinengewehren und der starken feindlichen Artillerie habe sich in den letzten Tagen die artilleristische Vorbereitung als nicht ausreichend erwiesen. Vor einem neuen Angriff sei eine mehrtägige stärkste Bekämpfung der feindlichen Artillerie und Infanterie nötig. „Die zurzeit in Front befindlichen Divisionen sind durch starke Verluste, namentlich an Offizieren, gelichtet und müde. Sie bedürfen der Auffrischung und einiger Ruhe, bevor sie wieder angriffskräftig werden. Für die bisher beabsichtigte Wiederaufnahme des Angriffs auf breiter Front wären daher eine Anzahl frischer Divisionen nötig. Es fragt sich, ob sich

dieser Einsatz lohnt. Bei der Stärke des feindlichen Widerstandes wird selbst bei stärkstem Artillerieeinsatz nur ein bemessener Geländegewinn, ähnlich wie der Engländer in der Flandernschlacht verfuhr, erreichbar sein. Die Kämpfe werden zur Materialschlacht werden. Diese bietet aber keine Aussicht und muß vermieden werden. Es wird daher vorgeschlagen, die 6. Armee auf Abwehr zu stellen."

Die Oberste Heeresleitung schloß sich dem Vorschlag an und befahl am 20. April die Einstellung des Angriffs der 6. Armee. Nur die Wegnahme von Festubert und Givenchy sei noch durchzuführen. Sie mißlang jedoch.

Die 4. Armee sollte den Angriff auf den Kemmel noch ausführen. Sie war am 10. April mit ihrem linken Flügel in Richtung auf Messines vorgegangen und hatte sich inzwischen des dortigen Geländes bemächtigt. Am 25. April griff sie nach sorgfältiger Vorbereitung den Kemmel an und stürmte ihn. Da inzwischen starke französische Unterstützungen beim Gegner eingetroffen waren, wurde am 1. Mai auch bei der 4. Armee der Angriff eingestellt.

Wiederum war dem Gegner ein schwerer Schlag versetzt worden. Die Erstürmung des Kemmel war eine große Tat. Aber im ganzen war das gesteckte Ziel nicht erreicht worden. Bis zu den entscheidenden Höhenstellungen von Cassel und Godewaersvelde, deren Besitz den Gegner zur Räumung des Ypernbogens und der Yserstellung gezwungen hätte, war der Angriff nicht durchgedrungen. Zu einer großen Bewegungsoperation war es nicht gekommen, die Kanalhäfen waren nicht erreicht. Unsere Truppen standen auf dem linken Flügel in den eroberten Stellungen ungünstig, da sie stark vom Gegner flankiert wurden. Zwar räumten die Engländer unter dem Druck unseres Angriffs den Ypernbogen und gaben das in monatelangem Ringen in der Flandernschlacht erkämpfte Gelände mit einem Schlage preis. Doch machten sie unmittelbar vorwärts Ypern halt

Zu dem feindwärts ausspringenden Bogen bei Montdidier, dem Ergebnis der Märzoffensive, war bei Armentières ein neuer Bogen entstanden. Die Linienführung unserer Stellungen gestaltete sich ungünstig und gab dem Gegner die Möglichkeit flankierender Angriffe.

Auch der zweite große Angriff hatte die erhoffte Entscheidung nicht gebracht.

Daß unsere Offensive im Frühjahr 1918 nicht wie in Galizien und in Italien sein werde, sondern daß das gewaltige Ringen lange Zeit in Anspruch nehmen werde, hatte General Ludendorff vorhergesehen und am 13. Februar 1918 beim Vortrag in Homburg ausgesprochen. Gelang der taktische Durchbruch, so mußte der Gegner durch die Operation im freien Felde niedergerungen werden. Mißlang der Durchbruch, so mußte er an anderer Stelle erneut versucht

werden. Dieses war der Sinn der Äußerung Ludendorffs. Der Märzangriff war der große Schlag gewesen, der die Entscheidung hatte bringen sollen. Da er nicht durchdrang, war als zweiter Akt der Angriff bei Armentières gefolgt. Bei der Erneuerung des Angriffs waren aber erhebliche Schwierigkeiten zutage getreten, die auch bei jedem weiteren Angriff sich zeigen mußten.

Entweder mußten die Kräfte für den neuen Angriff zum Teil durch Umgruppierung gewonnen und den Divisionen Zeit zur Erholung und Auffrischung belassen werden: dann entstand eine unerwünschte längere Pause, oder der neue Angriff erfolgte schnell: dann mußte man mit einer geringeren Vorbereitung und Ausstattung vorlieb nehmen.

Der Angriff bei Armentières stellt einen Versuch der letzteren Art dar. Er sollte sich so schnell als möglich dem Michaelangriff anschließen, nachdem dieser zum Stillstand gekommen war. Es kam ihm zustatten, daß die Vorbereitungen für diesen Fall von langer Hand getroffen werden konnten. Aber frische Kräfte und neue Angriffsmittel standen nicht in genügender Zahl zur Verfügung. Der Verbrauch beim Michaelangriff war sehr groß gewesen, gegen 90 Divisionen, darunter die Mehrzahl der am besten ausgerüsteten, ausgeruhten und ausgebildeten Divisionen, waren daran beteiligt gewesen. Sie waren zum Teil abgekämpft, hatten starke Verluste erlitten und bedurften der Auffrischung. Man mußte, wie erörtert, daher auch auf Stellungsdivisionen zurückgreifen.

Die Artillerie und die sonstigen Formationen und Kampfmittel mußten zum großen Teil durch Umgruppierung gewonnen werden. Wie schwierig, umfangreich und zeitraubend eine solche Umgruppierung ist, ist eingehend dargelegt worden. Im vorliegenden Falle vollzog sie sich, dank den genauen Vorbereitungen, verhältnismäßig noch recht schnell, wenn auch nicht so schnell, wie es erwünscht gewesen wäre.

Der Angriff konnte daher nur mit 36 Divisionen und nur in einer Breite von etwa 40 km angesetzt werden, während der Michaelangriff beinahe doppelt so stark und breit war. Hatte letzterer die Entscheidung nicht bringen können, so mußte es ersterem noch schwerer werden. Damit hatte General Ludendorff gerechnet, indem er in seinen „Kriegserinnerungen“ (S. 472) sagt: „Wenn es nicht beim ersten Angriff gelang, so mußte es bei späteren gelingen; allerdings war die Lage dann schon ungünstiger.“

Man kann die Frage aufwerfen, ob es nicht besser gewesen wäre, den Michaelangriff frühzeitiger, etwa am 31. März, abzubrechen, auf den späteren Amiensangriff am 4. April und auf den Angriff der 7. Armee am 6. April bei Coucy le Château, der die Ecke zwischen den inneren Flügeln der 7. und 18. Armee ausgleichen sollte, zu verzichten. Der Angriff bei Armentières hätte dann, wenn auch vielleicht

etwas später, wesentlich stärker gemacht werden und sich dem Umfang, wie er ursprünglich für den „St. Georg“ geplant war, nähern können.

Es mag dies richtig sein. Doch ließ man in diesem Falle auch dem Feinde Zeit zur Erholung und Umgruppierung. Auch ist es außerordentlich schwer, den Zeitpunkt zu erkennen, zu dem ein Angriff abgebrochen werden muß. Oft genügt nur noch ein letzter Anstoß, um das Ziel zu erreichen. Von welcher Bedeutung es gewesen wäre, wenn wir in den Besitz von Amiens gekommen wären, und wie nahe wir diesem Ziele gewesen sind, ist erörtert worden. Wie würde das Urteil der Geschichte lauten, wenn sich später aus der Kenntnis von der Lage beim Feinde ergäbe, daß der Angreifer kleinmütig zu früh verzagt habe?

Mehrfach ist darauf hingewiesen worden, daß die Truppe nicht mehr den früheren Angriffsgeist und den alten Gehorsam gezeigt, auch durch erbeuteten Proviant und Wein sich hätte aufhalten lassen. Die Truppe war aber im allgemeinen noch ausgezeichnet, wenn auch aus den erörterten Gründen nicht alle Divisionen auf derselben Höhe standen. Daß Unregelmäßigkeiten vorkamen, wenn die Truppen unversehens auf große Vorräte stießen, kann nicht als Zeichen des Nachlassens aufgefaßt werden. Derartiges ist bei den besten Truppen zu allen Zeiten vorgekommen und ist eine allgemeine Kriegserscheinung, die jeder begreift, der die ungeheure seelische Anspannung des Soldaten im Kampfe erfahren hat. Zahlreiche Beispiele aus der Kriegsgeschichte lassen sich dafür beibringen.

Berechtigter sind die Zweifel, ob die Truppe nach gelungenem Durchbruch noch einen genügenden Grad von Beweglichkeit für große Operationen im freien Felde besessen hätte. Doch handelte es sich beim Angriffsziel nicht um allzu weite Strecken. Wäre der Stoß ebensoweit vorgedrungen wie beim Michaelangriff, so hätten wir an der Kanalküste gestanden. An der tiefsten Stelle drang der Angriff Michael bis zu 60 km vor. Dies entspricht der Entfernung von südlich Armentières bis zur Küste bei Dünkirchen.

Daß ein solcher Erfolg durchaus im Bereiche der Möglichkeit gelegen hat, geht aus den Nachrichten hervor, die wir heute über die damalige Lage beim Feinde haben und die sehr zu beachten sind, wenn man zu einem gerechten Urteil über den Armentièresangriff gelangen will.

Wie Feldmarschall Haig zugibt, waren nach dem Märzangriff die englischen Reserven völlig erschöpft. Er war während der Märzkämpfe genötigt gewesen, aus dem nördlichen englischen Abschnitt in Flandern zehn Divisionen heranzuziehen und sie dort durch abgekämpfte Divisionen zu ersetzen. Er hatte hierbei damit gerechnet, daß unter normalen Verhältnissen in Flandern der Zustand des Geländes vorläufig größere Operationen verhinderte. In Flandern befanden

sich auch zwei portugiesische Divisionen in der Front, als unser Angriff begann. Sie sollten am anderen Tage abgelöst werden und wurden völlig zertrümmert. Insofern war also die Angriffsstelle durchaus richtig gewählt.

Daß der Erfolg des Angriffs in greifbarer Nähe war, bestätigt der englische General Maurice. Am 12. April seien die Deutschen nahe daran gewesen, den wichtigen Knotenpunkt Hazebrouck zu nehmen. Schon habe man erwogen, die Zugänge von Dünkirchen und Calais zu überfluten. Roch („Mr. Lloyd George and the war") sagt sogar: „Eine Zeitlang schien es, als ob unsere Armeen auf einen Raum beschränkt werden würden, innerhalb dessen sie, mit dem Rücken gegen das Meer, nicht mehr hätten operieren können. Dann wären sie genötigt gewesen, die Kanalhäfen aufzugeben und sich nach dem südlichen Ufer der Somme zurückzuziehen, um die Verbindung mit den Franzosen festzuhalten."

In dieser Lage war Haig gezwungen, die französische Hilfe zu erbitten. Bis zum 30. April waren nach französischen Angaben 14 französische Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen in Flandern versammelt.

Somit war auch beim Gegner offensichtlich ein starker Verbrauch an Kräften eingetreten. Auch der moralische Eindruck unseres zweiten taktischen Erfolges, der den Gegner um die ganze Errungenschaft der Flandernschlacht gebracht hatte, konnte hoch eingeschätzt werden. Unsere U-Boot-Basis in Flandern stand gesichert da. Unsere neuen Stellungen in Flandern boten günstige Ausgangspunkte für Fortsetzung des Angriffs und ermöglichten die Bekämpfung des Industrie- und Kohlengebiets von Bethune—Isberghues.

8. Weitere Angriffspläne

Unmittelbar nachdem die Offensive in Flandern zum Stillstand gekommen war, fanden am 29. und 30. April Besprechungen des Generals Ludendorff mit den Chefs der Generalstäbe der Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz über die weiteren Operationen statt. Die Oberste Heeresleitung entschloß sich zu einem Angriff am Chemin des Dames im Bereiche der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Dort konnte man hoffen, eine schwache Stelle der französischen Front zu treffen und die Franzosen zu zwingen, ihre Reserven von Flandern dorthin zu ziehen. „Dieser Angriff", so heißt es in einem Befehl der Obersten Heeresleitung vom 1. Mai 1918, „hat den Zweck, die jetzige Einheitsfront der Entente vor der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht zu lockern und damit die Möglichkeit für eine erfolgreiche Weiterführung der Offensive gegen die Engländer wieder zu schaffen." Gegen Ende Mai sollte der Angriff stattfinden.

Es handelte sich somit um einen Angriff zur Ablenkung der feindlichen Reserven. Im übrigen blieb das alte Hauptziel: Niederwerfung der Engländer bestehen. Die große Offensive gegen die Engländer sollte sich möglichst bald dem Ablenkungsangriff am Chemin des Dames anschließen.

Die schwierige Frage, in welcher Richtung der spätere Hauptangriff gegen die Engländer zu führen sei, wurde bereits bei der Besprechung am 29. April erörtert. Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht schlug an Stelle eines erneuten Angriffs in Flandern („Neugeorg") einen Angriff aus der Linie Arras—Somme in Richtung Doullens vor („Neumichael"). Die Oberste Heeresleitung entschied am 1. Mai in diesem Sinne aus folgendem Grunde: „Die Entente hat den Schwerpunkt ihrer Abwehr zurzeit auf die Flandernfront gelegt. Neumichael trifft daher voraussichtlich auf die schwächere, Neugeorg auf die stärkste Front unserer Gegner."

Der Heeresgruppe kamen jedoch Bedenken gegen diese Angriffsrichtung Sie brachte dies bereits in einem Schreiben an die Oberste Heeresleitung am 1. Mai zur Sprache. Es hieß darin:

„Der Angriff in Richtung Doullens (‚Neumichael') ist entsprechend den gegebenen Weisungen in Vorbereitung. Er ist jedoch verhältnismäßig schmal. Seine Verbreiterung ist taktisch schwer möglich, da rechts das starke Stellungssystem der Arrasfront, links die Ancre und Somme die Ausdehnung einengen. Nach den Erfahrungen unserer Märzoffensive verspricht aber nur ein breiter Durchbruchsangriff großen Erfolg. Von Neumichael kann daher kaum mehr als ein taktischer Erfolg und eine mehr oder minder große Einbuchtung der feindlichen Front gegen Doullens zu erwarten sein, wenn nicht besonders günstige Umstände eintreten. Soll ein großer operativer Erfolg erreicht werden, so muß ‚Neumichael' mit einem zweiten großen Angriff aus Gegend Bethune in Richtung St. Pol (‚Hubertus') zusammenwirken. Das Ziel beider Angriffe muß sein, die englische Front in großer Breite zu durchbrechen, die englische Arrasfront durch Umfassung ins Wanken zu bringen und den Engländer so gegen das Meer zu drücken, daß seine Lage unhaltbar wird.

Beide Angriffe zusammen erfordern aber sehr starke Kräfte (überschläglich zusammen etwa 55 km Angriffsfront). Es ist fraglich, ob diese Kräfte aufgebracht werden können.

Ist dies nicht möglich, so wäre wenigstens im Zusammenhang mit ‚Neumichael' ein begrenzter Ablenkungsangriff in Gegend Bethune zu führen und gleichzeitig ein Angriff in Flandern vorzutäuschen. Es ist jedoch fraglich, ob dies ausreicht, um einen großen entscheidenden Erfolg des ‚Neumichael' herbeizuführen.

Der Angriff ‚Neumichael' wird zudem zweifellos sehr schwierig sein, da die Geheimhaltung der Vorbereitungen in dem völlig

deckungslosen Gebiet bei Bapaume—Albert kaum möglich und die Überraschung schwer gelingen wird.

Reichen die Kräfte zu den beiden Angriffen — ‚Hubertus' und ‚Neumichael' — nicht aus und müssen wir uns mit Rücksicht auf die Kräfte einschränken, so wird vorgeschlagen, ‚Neugeorg' auszuführen.

‚Neugeorg' kann zwar, auch wenn der Franzose durch andere Operationen inzwischen weggezogen ist und auch die Reserven des Engländers durch Ablenkungen und Täuschungen anderweitig gebunden sind, voraussichtlich auch nur zu einem neuen Schlage für die Engländer und zu einer mehr oder minder großen Ausbuchtung der Front in Richtung Poperinghe—Cassel führen. Aber die politisch-militärische Bedeutung eines solchen Erfolges in Flandern ist weit höher zu bewerten als ein begrenzter Erfolg in Gegend Albert. Der Engländer und der Belgier werden empfindlich getroffen, wenn wir selbst bei einem nur begrenzten Erfolge von ‚Neugeorg' das Küstengelände bis Dünkirchen und die dortigen reichen Materiallager des Engländers unter unser wirksames Feuer bekommen und Calais bedrohen."

Die Oberste Heeresleitung antwortete darauf am 2. Mai, daß die Entente zurzeit den Schwerpunkt ihrer Abwehr auf die Flandernfront gelegt habe. „Neumichael" treffe daher voraussichtlich auf die schwächere, „Neugeorg" auf die stärkste Front unserer Gegner. Ob diese Lage sich durch unsere Angriffe bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ändern werde, bleibe abzuwarten. In erster Linie sei daher der Angriff „Neumichael" vorzubereiten. Doch sollten für „Neugeorg" so viel Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden, daß die Möglichkeit, ihn auszuführen, offen bleibe.

In einer Besprechung des Generals Ludendorff mit dem Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Rupprecht in Tournai am 4. Mai wurden von diesem die Bedenken gegen den Angriff „Neumichael" erneut zur Sprache gebracht. Der Angriff sei taktisch schwierig und zu schmal, eine Verbreiterung aber schwer zu machen. Der Angriff „Neugeorg" aus der Linie nordöstlich Ypern—Neuf-Berquin habe ein bestimmtes, erreichbares Ziel, das mit unseren Kräften in Einklang stände. Voraussetzung sei allerdings, daß die in Flandern stehenden französischen Divisionen durch den Angriff der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz abgezogen würden.

Am 5. Mai befahl daraufhin die Oberste Heeresleitung: „Auf Grund der gestrigen Besprechung in Tournai wird bestimmt, daß in erster Linie ‚Neugeorg' und an zweiter Stelle ‚Neumichael' vorzubereiten ist."

Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht ordnete zunächst im Interesse der Geheimhaltung die gleichmäßige Vorbereitung beider Angriffe an. Erst als sich die Lage weiter geklärt hatte, wurden die Armeen am 22. Mai über die Absichten unterrichtet und die Arbeits-

kräfte und Transportmittel für den Angriff „Neugeorg" zusammengezogen Um dem Feinde keinerlei Anhaltspunkte zu geben, waren inzwischen die Decknamen „Neugeorg" und „Neumichael" in „Hagen" und „Wilhelm" umgeändert worden.

Über das Angriffsziel gab die Oberste Heeresleitung am 5. Mai folgende Anweisung: „Als erstes großes Ziel für „Neugeorg" wird festgesetzt: Linie Bösingen—Poperinghe—Godewaersvelde—Borre (östlich Hazebrouck). Auch dieses Ziel wird nur in Abschnitten erreichbar sein. Zunächst zu erreichende Linie: Nordrand Ypern—Reninghelst—Le Mont Noir—Flêtre—Strazeele... Erst wenn das erste große Ziel erreicht ist, wird die Operation weitergeführt werden können."

In diesen Anordnungen fällt eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht sowohl in bezug auf die Angriffsziele wie auf die Art, wie sie zu erreichen waren, auf. Der Grundgedanke aller weiteren Operationen nach dem April war der gewesen, daß die Entscheidung gegen die Engländer, die durch die bisherigen Angriffe nicht erreicht war, nochmals erstrebt werden sollte, nachdem die hinter der englischen Front stehenden Reserven durch den Ablenkungsangriff der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz Ende Mai abgezogen sein würden. Diesem Streben nach einer großen Entscheidung scheinen die einschränkenden Bestimmungen der Obersten Heeresleitung vom 5. Mai nicht völlig zu entsprechen. Eine Klärung dieser Frage ist von großer Bedeutung für die Feststellung der Absichten, die die Oberste Heeresleitung bei der Fortsetzung der Offensive gehabt hat. Es muß daher näher darauf eingegangen werden.

Die Heeresgruppe wie auch das Oberkommando der 4. Armee, das von der Heeresgruppe zur Äußerung auf Grund der Anordnungen der Obersten Heeresleitung vom 5. Mai aufgefordert war, hatten Bedenken dagegen. Armeeoberkommando 4 (General der Infanterie Sixt von Armin) betonte in einem Schreiben vom 11. Mai, daß ein großer Angriff desto aussichtsreicher sei, je breiter er angelegt werde. Der Hauptvorteil eines breiten Angriffs liege darin, daß durch unsere Artillerie möglichst viel feindliche Artillerie frontal gefesselt und hierdurch der Möglichkeit beraubt werde, flankierend auf das Angriffsfeld zu wirken. Bei breiten Angriffen ließen sich die an einzelnen Stellen errungenen besonders großen Erfolge besser auswerten als bei schmaleren Angriffen, da dann der taktischen Führung größerer Spielraum erwachse. Wider Erwarten dringe der Angriff da, wohin der Schwerpunkt gelegt worden sei, öfters langsamer durch, während an anderen Stellen des Schlachtfeldes, an denen unser Schwerpunkt nicht lag, schnelle und überraschend große Erfolge erreicht würden. Bei breit angelegten Angriffen erhalte die höhere Führung eine gesundere Grundlage für schnelle Entschlüsse als bei schmaleren Angriffen. Das Armeeoberkommando trat daher dafür ein, den Angriff,

der rechts durch das Überschwemmungsgebiet begrenzt war, nach links bis zum Walde von Nieppe (westlich Merville) zu verbreitern. Gehe der linke Flügel nur von Meteren oder Strazeele aus vor, so werde er vom Nieppewalde aus flankiert.

Das Oberkommando der 4. Armee hielt es ferner nicht für ratsam, das Angriffsziel in der von der Obersten Heeresleitung gewünschten Weise zu beschränken. Ein großer taktischer Anfangserfolg müsse schnell zur Erreichung großer, weit gesteckter operativer Ziele ausgewertet werden. Dazu bedürfe man operativer Freiheit. Flute der Gegner nach dem Anfangserfolg zertrümmert zurück, dann sei rücksichtsloses Zugreifen und schärfste Verfolgung der beste Entschluß.

Die Äußerung der 4. Armee schloß folgendermaßen: „Aus allen diesen Gründen spricht sich das Oberkommando gegen eine Beschränkung der operativen Ziele und gegen ein vorher festgelegtes abschnittsweises Erreichen eines ersten operativen Zieles aus und schlägt vor: gleichzeitiger Angriff vom Blankaart-See bis zum Walde von Nieppe, schnelle Fortsetzung der Angriffe nach Maßgabe der Gefechtslage und nur abschnittsweiser, planmäßiger Angriff, wenn der Widerstand des Feindes diesen taktischen Entschluß fordert."

Das Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht sprach sich in einem Schreiben vom 13. Mai an die Oberste Heeresleitung in ähnlichem Sinne aus. Auf einen starken Angriff nördlich Ypern könne nicht verzichtet werden. Die Ausdehnung des linken Angriffsflügels in der von der 4. Armee vorgeschlagenen Weise sei nötig. Ein Zerlegen des Angriffs in Abschnitte werde nicht für vorteilhaft gehalten. In einem Punkte war die Heeresgruppe anderer Ansicht als das Armeeoberkommando 4: „Ist der feindliche Widerstand auf der ganzen Angriffsfront so erstarkt, daß er nur mehr schrittweise nach jeweiliger planmäßiger Vorbereitung überwunden werden kann, so bietet die Fortsetzung der Operation keine Aussicht mehr auf Erfolg. Es kommen dann nur noch planmäßig vorbereitete Teilangriffe zur Schaffung einer günstigen Abschlußlage in Betracht."

Es handelte sich somit um grundsätzliche Fragen von größter Bedeutung. Die Fortsetzung der Offensive hing davon ab. Die Antwort, die die Oberste Heeresleitung der Heeresgruppe erteilte, ist bezeichnend für die gesamte Lage. Es heißt in dem Antwortschreiben vom 15. Mai 1918:

„Armeeoberkommando 4, Heeresgruppe und Oberste Heeresleitung wollen den Feind schlagen. Daß dazu breite und tiefe Angriffe gehören, ist klar. Hierüber herrscht vollständige Übereinstimmung. Breite und Tiefe des Angriffs richten sich nach der Kraft, die zur Verfügung gestellt werden kann.

Muß in Rücksicht auf die Kraft an der Breite des Angriffs gespart werden, und ich fürchte, daß dies nötig sein wird, so ist zu-

nächst auf dem nördlichen Teil zu sparen. Die Ausdehnung des Angriffs nach Süden, so wie beabsichtigt, ist durchaus erwünscht. Die Vorbereitungen sind für die vorgeschlagene Breite zu treffen, die endgültige Entscheidung kann erst später getroffen werden.

Die Tiefe des Stoßes hängt, außer von der eigenen Kraft, auch von dem zu erwartenden feindlichen Widerstand, den feindlichen Reserven usw. ab. Hier gehen die Ansichten über die Ausführung auseinander.

Bei dem Michaelangriff hatte die 18. Armee, wie vorher erwartet, den großen Erfolg, weil vor ihr der Feind am schwächsten war. Der Erfolg wurde vergrößert, weil der Franzose seine Reserven erst spät fuhr und der Engländer sie gegen die 17. und 2. Armee warf. Bei der 2. Armee trafen sie wiederum erst später ein wie bei der 17. Die 2. Armee wurde auf ihrem linken Flügel zudem durch den Erfolg der 18. Armee mitgerissen.

So wie die Lage zurzeit ist, wird die 4. Armee sowohl auf einen starken ersten Widerstand wie auf starke feindliche Reserven zu rechnen haben. Der starke erste Widerstand wird durch eine starke Artillerie größtenteils zu brechen sein, die feindlichen Reserven, die erst später kommen, aber doch sehr bald da sein werden, voraussichtlich doch erst nach erneutem Artillerieaufmarsch. Hieraus ergibt sich ein abschnittsweises Vorgehen mit gewaltigen Artillerie- und Munitionsmassen, aber auch in der Angriffshandlung selbst. Der Südteil von Michael und Georgette trafen zunächst auf einen schwachen Feind, ohne Reserven, Neugeorg trifft auf einen starken Feind mit starken Reserven. Hierauf gründet sich meine Anschauung über die Führung des Angriffs. Ändern sich die Feindverhältnisse vor der 4. Armee, so werden auch meine Anschauungen über die Führung des Angriffs andere werden. Ich werde, sobald wie irgendmöglich, auch mündlich darauf zurückkommen.

Ich halte eine Klärung der Anschauungen für geboten, ich befürchte sonst Enttäuschungen und schwere Verluste. Diese können wir nicht mehr ertragen. Menschen sind knapp, Munition ist da.

Schon das von mir bezeichnete erste Ziel ist nach meinen Erfahrungen ein taktisch weit gestecktes Ziel in der Lage der 4. Armee. Es wird erst nach einigen Tagen erreicht werden. Ist es erreicht, dann in Gottes Namen weiter vorwärts!“

I. A.:
gez.: Ludendorff.

Es geht aus diesem Schreiben hervor, daß die Oberste Heeresleitung sich bei dem Plan einer späteren nochmaligen großen Offensive gegen die Engländer im Vergleich zum Märzangriff Beschränkungen auferlegen mußte. Die verfügbaren Kräfte würden voraussichtlich dazu zwingen, die Breite des Angriffs zu verringern, während

gegen den zurzeit starken Gegner ein vorsichtigeres abschnittsweises Vorgehen und eine Begrenzung des Zieles für nötig erachtet wurde, um schwere Verluste zu vermeiden. „Diese können wir nicht mehr ertragen." Ob auf diese Weise ein entscheidender Erfolg zu erreichen war, konnte dann aber fraglich erscheinen. Die Oberste Heeresleitung hoffte jedoch die feindlichen Reserven vor dem Angriff in andere Richtung abzulenken und dann zu einem wirkungsvolleren Angriffsverfahren übergehen zu können.

Nachdem am 1. Mai die gesamte bisherige Kampffront auf Abwehr eingestellt war, kam alles darauf an, möglichst bald starke Kräfte für die weiteren Operationen verfügbar zu machen. Etwa 90 Divisionen hatten beim Michaelangriff, 36 beim Georgetteangriff gekämpft. Von den Heeresgruppen wurden sofort die erforderlichen Anordnungen getroffen, um die in der Front entbehrlichen Divisionen, Feld- und schwere Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtenformationen, Arbeitskräfte, Kolonnen und Trains, Brückentrains usw. herauszuziehen und für ihre Erholung und Auffrischung zu sorgen.

Das Herausziehen, Auffüllen und Bereitstellen zahlreicher besonderer Angriffsdivisionen konnte nur auf Kosten der Stellungsdivisionen geschehen. So wurden allein bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht in der ersten Hälfte des Mai 32 Angriffsdivisionen ausgewählt. Es entstand die Gefahr, daß die ohne Ruhezeit ständig eingesetzten Stellungsdivisionen auf die Dauer ausbrannten, zumal die nach Abschluß der Kämpfe entstandenen Stellungen vielfach ungünstig verliefen. Es blieben kranke Stellen, besonders an dem Brückenkopf bei Albert und an der Ecke bei Moreuil, bestehen, an denen dauernd starke Verluste entstanden.

Die 2. Armee hatte am 24. April bei Villers-Bretonneux versucht, ihre Stellungen zu verbessern und sich näher an Amiens heranzuarbeiten, jedoch ohne größeren Erfolg. Am Avreabschnitt wurde noch lange weitergekämpft, ebenso wie am Kemmel bei der 4. Armee. Auch bei der 18. Armee blieb die Lage noch lange gespannt und der Kräfteverbrauch groß. Im dauernden feindlichen Artilleriefeuer war es schwierig, Stellungen auszubauen.

So war die Lage im Mai vor Beginn des neuen Angriffs an der Aisne im Vergleich zu den Verhältnissen vor der Märzoffensive in vieler Hinsicht bereits wesentlich geändert.

Der Angriff der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz war erst Ende Mai möglich. Er war zweifellos mit einem weiteren Kräfteverbrauch verbunden. Frühestens im Laufe des Juni konnte dann der geplante große Schlag gegen die Engländer geführt werden. Die Pause war somit recht lang. Den Engländern war inzwischen Zeit gelassen, sich von der Niederlage zu erholen und Ersatz her-

anzuziehen. Eine unmittelbare Ausnutzung der im März und April errungenen Erfolge wurde damit aufgegeben. Allmählich mußte auch mit dem Eintreffen der Amerikaner gerechnet werden.

Der erneute Angriff gegen die Engländer konnte nach dem bisherigen Verbrauch nicht mehr in der Stärke, Breite und Tiefe geführt werden, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die verfügbare Zahl frischer Divisionen verringerte sich, die Kampfkraft der Artillerie, Minenwerfer, Flieger usw. litt unter der fortgesetzten Umgruppierung von einer Offensive zur anderen. Die Ersatzlage wurde bedenklich und forderte dazu auf, schwere Verluste wenn irgendmöglich zu vermeiden.

Die ungünstige Lage unserer Stellungen in den feindwärts ausspringenden Bogen bei Montdidier und Armentières war so lange ohne Bedenken, als die Deutschen die Initiative behielten und die Offensive fortsetzten. Sie wurde erst bedrohlich, wenn wir in die Verteidigung zurückfielen.

Wie meist im Kriege, standen dem Entschlusse der Obersten Heeresleitung somit mannigfache Bedenken entgegen. Es galt, sie mit frischem Mut zu überwinden, nicht aber das Gesetz vom Gegner entgegenzunehmen. Es mußte gehandelt werden. Darin stimmen die meisten Kritiker der deutschen Heeresleitung auch zu. Inbezug auf die Wahl der Angriffsrichtung werden aber vielfach abweichende Ansichten ausgesprochen.

Von französischer Seite wird es für besser gehalten, wenn die deutsche Heeresleitung den Monat, den sie zur Vorbereitung des Aisneangriffs brauchte, dazu verwendet hätte, ihre Verbindungen in dem bisher eroberten Gelände herzustellen und dann den Angriff an derselben Stelle fortzusetzen, bevor sich die Engländer endgültig in den neuen Stellungen festsetzen und einrichten konnten. Durch den Angriff am Chemin des Dames, meint General Mangin, hätten die Deutschen den Vorteil, den sie gegen die Engländer errungen hatten, aufgegeben und ihnen Zeit zur Wiederherstellung gelassen. Auch der Chef des französischen Generalstabes, General Buat, hält die Fortsetzung des Angriffs gegen die Engländer in der Richtung auf Cassel für besser. Noch günstiger aber sei ein Angriff über Amiens auf Abbeville gewesen, um das ganze belgische und englische Heer abzuschneiden.

Weshalb die Fortsetzung des Angriffs in Flandern, nachdem er einmal zum Stillstand gekommen war, untunlich war, geht aus der bisherigen Darstellung hervor. Ganz verfehlt wäre es gewesen, die Kräfte immer wieder nutzlos gegen Amiens anzusetzen, wo sich der französische Widerstand am stärksten versteift hatte.

General v. Moser („Strategischer Überblick über den Weltkrieg", S. 107) tritt für einen Angriff über Lens gegen die feindliche Stellung zwischen Béthune und Arras ein, der „bei verhältnismäßig geringer

Frontbreite schnell und doch kraftvoll geführt werden konnte". Gerade dieser Angriff führte aber, wie alle Überlegungen bisher ergeben hatten, in besonders schwieriges Gelände und hatte wenig Aussicht, schnell durchzudringen, zumal wenn er in „verhältnismäßig geringer Frontbreite" geführt wurde.

Für die Beurteilung der Entschließung der Obersten Heeresleitung ist die Kenntnis der Lage beim Feinde von wesentlicher Bedeutung.

Auch auf der feindlichen Seite hatten die bisherigen Kämpfe einen starken Verbrauch der Kräfte herbeigeführt.

Feldmarschall Haig schildert seine Lage Ende April, nachdem eine Kampfpause eingetreten war, als kritisch. Das britische Heer war erschöpft. Anfang Mai mußten acht Divisionen aufgelöst werden, zwei andere bestanden nur in ganz geringer Stärke. Fünf Divisionen waren an einer Kampffront nicht verwendbar und wurden Ende April an einem ruhigen Abschnitt innerhalb der französischen Front eingesetzt. Im ganzen blieben hiernach 45 britische Divisionen, größtenteils nur in geringer Stärke, an der britischen Front verwendungsbereit. Drei Viertel davon waren aber an den bisherigen Kämpfen beteiligt gewesen, waren äußerst ruhebedürftig und zählten in ihren Reihen eine große Anzahl ungenügend ausgebildeter, unerfahrener Rekruten. Verstärkungen aus England und aus den übrigen Kriegsschauplätzen kamen nur spärlich an.

Auch die Franzosen hatten einen großen Teil ihrer Reserven an der Somme und nördlich der Lys verbraucht.

„Mit einem Wort," so sagt Feldmarschall Haig, „die Front der Alliierten war zwar durch die feindliche Offensive nicht durchbrochen worden, aber sie hatten alle Hilfsquellen in Anspruch nehmen müssen, während der Gegner bei Amiens und Hazebrouck sich strategischen Punkten von größter Wichtigkeit genähert hatte. Unter diesen Umständen konnte der Möglichkeit einer unmittelbaren Fortsetzung der feindlichen Offensive nur mit größter Besorgnis entgegengesehen werden."

Der bedeutende Erfolg der bisherigen deutschen Operationen geht hieraus klar hervor. Wäre es der deutschen Obersten Heeresleitung möglich gewesen, mit starken, frischen Kräften den Angriff gegen die Engländer im Mai fortzusetzen, wäre sie ferner in der Lage gewesen, die bei schweren, andauernden Kämpfen unvermeidlichen starken Verluste in Kauf zu nehmen, so würden die Kritiker recht gehabt haben, die die Fortsetzung der Offensive gegen die Engländer für richtiger gehalten haben. Daß dem nicht so war, ist erörtert worden.

Ein anderer Umstand trat hinzu, der die Richtigkeit des von der Obersten Heeresleitung gefaßten Entschlusses erweist. Man rechnete von Ende April ab bei der Entente damit, daß die Deutschen

einen neuen Stoß vorbereiteten und nahm vielfach an, daß sie den Angriff in breiter Ausdehnung auf der Front Arras—Amiens—Montdidier erneuern würden, um Amiens zu nehmen und das französische und englische Heer voneinander zu trennen. Die Engländer brachten in Erfahrung, daß hinter der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht Reserven bereitgestellt wurden. Nach den bösen Erfahrungen nervös geworden, verlangten sie Unterstützung. Das waren die Gründe, weshalb sich Foch entschloß, seine Reserven an der Somme und an der Lys zu gruppieren. Die Verteilung der Divisionen ergibt das Bild einer starken Massierung der alliierten Streitkräfte, sowohl in der Front wie in der Reserve, auf dem linken Flügel von der Oise bis zum nördlichen Flandern.

Ein erneuter deutscher Angriff an der Somme oder an der Lys wäre somit auf einen bereiten, starken Gegner gestoßen. Der Entschluß der Obersten Heeresleitung, einen Teil der Reserven von dort durch einen Angriff an anderer Stelle abzuziehen, bevor der Angriff gegen die Engländer in Flandern erneuert wurde, war durchaus berechtigt.

9. Der Maiangriff

Die Maioffensive richtete sich gegen die französischen Stellungen zwischen Soissons und Reims und sollte durch die 7. Armee und den rechten Flügel der 1. Armee ausgeführt werden. Der Angriff mußte zunächst die starken Stellungen des Chemin des Dames überwinden.

General Ludendorff sagt in seinen „Kriegserinnerungen“ (S. 495), es sei nicht zu übersehen gewesen, wie weit uns der Vorstoß führen würde: „Ich hoffte, daß er einen Kräfteverbrauch des Feindes zeitigen würde, der dann die Fortsetzung des Angriffs in Flandern gestatten würde.“ An anderer Stelle (S. 506) sagt er: „Ich hatte geglaubt, es würde uns nur gelingen, die Gegend von Soissons und Fismes zu erreichen.“ Kronprinz Wilhelm („Meine Erinnerungen an Deutschlands Heldenkampf“, S. 316) gibt an, daß das Ziel des neuen Angriffs nur bis zur Aisne bei Soissons und bis zur Vesle gesteckt gewesen sei.

Nach den Akten war das ursprüngliche Ziel des Angriffs die Aisne. Es wurde jedoch während der Vorbereitungen im Laufe des Mai bis zu den Höhen zwischen Aisne und Vesle und demnächst bis zur Vesle erweitert. Einige Tage vor dem Angriff wurde dann das Ziel ausdrücklich über die Vesle nach Süden ausgedehnt, weil die Aussichten günstig erschienen und die 7. Armee mit einer dreifachen Infanterie- und einer vielfachen Artillerie- und Minenwerferüberlegenheit für die ersten Angriffstage rechnete. Der Angriff sollte über den Aisneabschnitt beiderseits Soissons und über die Vesle bis

zu den Höhen südöstlich und südwestlich Soissons und einige Kilometer südlich der Vesle vorgetragen werden.

Das Oberkommando der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz trat für eine Verbreiterung des Angriffs ein. Beide Flügel sollten verstärkt werden, so daß der rechte Flügel längs der Oise in der Richtung auf Compiègne vordringen, der linke Reims östlich umfassend angreifen und den Reimser Bergwald südlich Reims in Besitz nehmen konnte. Die feindlichen Stellungen in der Ecke Compiègne—Noyon—Montdidier nördlich der Oise gegenüber der Südfront der 18. Armee wären dann voraussichtlich von selbst gefallen. Es hätte sich auf diese Weise eine günstige Linienführung unserer Stellungen zwischen Reims und Montdidier erreichen lassen.

Leider war es der Obersten Heeresleitung nicht möglich, der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz die erforderlichen Kräfte, insbesondere die Artillerie, zur Verfügung zu stellen. Die Lage bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht gestattete nicht, so viele Artillerie dort wegzuziehen. Kronprinz Wilhelm (a. a. O., S. 316) hat zwar die Ansicht ausgesprochen, daß man die erforderlichen Kräfte auch an schwerer Artillerie wohl hätte aufbringen können, wenn man sich entschlossen hätte, die hinter der Heeresgruppe Rupprecht abgestellten zahlreichen Divisionen und Artillerieformationen in mäßigem Umfang zum Angriff der 7. Armee heranzuziehen.

Bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht waren jedoch, wie erörtert, an vielen Punkten, am Kemmel, an der Ancre und Avre, nach Abschluß der großen Operationen kranke Stellen zurückgeblieben, die stark gefährdet waren und zu verlustreichen Kämpfen führten. Die im Mai hinter dieser Heeresgruppe zur Ruhe und Ausbildung herausgezogenen Divisionen waren für die möglichst bald nach dem Maiangriff an der Aisne geplante Hagenoffensive in Flandern bestimmt. Hätte man sie im erhöhten Maße zu dem Ablenkungsangriff an der Aisne herangezogen, so hätte dies von vornherein zu einer Schwächung des Hauptangriffs in Flandern und zu einer Verschiebung des ganzen Operationsplanes geführt.

Die Oberste Heeresleitung sah sich daher genötigt, den Angriff in zwei Abschnitte zu zerlegen. Dem Angriff der 7. und 1. Armee in Richtung Soissons—Fismes—Reims sollte später ein Vorstoß der 18. Armee auf dem westlichen Ufer der Oise aus der Linie Montdidier—Noyon in Richtung auf Compiègne folgen. Daß dies ein Notbehelf war, läßt sich nicht leugnen. Er war aber durch die Verhältnisse geboten.

Vor Ende Mai konnte der Angriff nicht beginnen, obwohl die ersten Befehle der Obersten Heeresleitung bereits am 17. April an die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ergingen. Die Vorbereitungen und die Bereitstellung ausgeruhter Angriffsdivisionen nahmen beträchtliche Zeit in Anspruch und ließen sich nicht überstürzen. Der

Angriff gegen die starken Stellungen an der Aisne erforderte sorgfältige artilleristische Vorbereitungen und einen umfangreichen Nachschub.

30 Divisionen und 1158 Batterien der 7. und 1. Armee standen am 27. Mai früh zum Angriff in einer Breite von 55 km bereit. Weitere Divisionen waren im Antransport. Während der Operationen sind im ganzen 41 Divisionen eingesetzt worden. Darunter befanden sich etwa 30 von der Obersten Heeresleitung zur Verfügung gestellte Divisionen und etwa 11 Stellungsdivisionen. Hiervon waren 26 Divisionen an den Michael- und Marsangriffen beteiligt gewesen. Divisionen, die den Georgetteangriff mitgemacht hatten, waren nicht darunter.

Bereits am ersten Angriffstage, am 27. Mai, wurde der Chemin des Dames erstürmt, die Aisne überschritten und abends die Vesle bei Fismes erreicht. In einem Tage waren die deutschen Truppen 20 km tief in die feindlichen Stellungen eingedrungen. Am 28. steckte die Oberste Heeresleitung die Ziele weiter und befahl mittags: „Die Heeresgruppe hat die ungefähre Linie: Höhen südwestlich Soissons—Fère en Tardenois—Höhen südlich Coulonges—Südfront (Fortlinie) von Reims zu gewinnen . . . Ob ein weiteres Vordringen gegen die Linie Compiègne—Dormans—Epernay nützlich sein wird, ist zur Stunde noch nicht zu übersehen. Es kann aber in günstigem Falle ins Auge gefaßt werden.“ An diesem Tage wurde die Vesle in breiter Front überschritten. Am 29. griff die Mitte bereits weit in Richtung auf Dormans aus und wurde Soissons genommen, aber beide Flügel hingen bei Soissons und Reims noch weit zurück. Die Oberste Heeresleitung befahl die Weiterführung der Offensive in Richtung auf Compiègne—Dormans—Epernay. Der Hauptstoß sollte in südwestlicher Richtung weitergeführt werden, während der linke Flügel gegen Reims einschwenkte und die Höhen südlich Reims gewinnen sollte. Ein Vorgehen über die Marne war nicht beabsichtigt, nur die Übergänge sollten in die Hand genommen werden.

Am 30. erweiterte die Oberste Heeresleitung das Angriffsziel, indem sie hoffte, Reims durch beiderseitige Umklammerung zu Fall zu bringen. Sie befahl: „Die 1. Armee hat ihren rechten Flügel südlich der Vesle noch mehr aus der Mitte zu verstärken, um zu einem schärferen Ausgreifen in ihrem Gefechtsstreifen nach Süden und Südosten zu kommen, dadurch die Umfassung auf Reims zu erleichtern und das Fortschreiten des linken Flügels der 7. Armee nicht aufzuhalten. Auch bitte ich zu erwägen, ob Reims von Osten her weiter eingeschnürt werden kann.“ Am 30. und 31. wurde in der Mitte die Marne bei Château Thierry und Dormans erreicht, aber auf den Flügeln wurden gegen Reims keine und auch nach Westen nur geringe Fortschritte erreicht. Weder gelang es, den Wald

von Villers-Cotterêts, noch das Waldgelände südlich Reims zu nehmen. Die Stärke des feindlichen Widerstandes wuchs, während die Kräfte der Angriffstruppen erlahmten.

Am 5. Juni wurde das Vorgehen eingestellt. Der taktische Erfolg war weit über alle Erwartung groß. Die Erstürmung des Chemin des Dames war eine glänzende Leistung gewesen. In vier Tagen war ein Einbruch bis zur Tiefe von 60 km erreicht. Der Feind hatte eine schwere Niederlage erlitten. Über 50 000 Gefangene waren gemacht und 600 Geschütze erbeutet worden.

Bereits seit Ende Mai wurde die entbehrliche Angriffsartillerie von der 7. und 1. Armee zur 18. Armee für den Vorstoß aus der Linie Montdidier—Noyon in Richtung auf Compiègne umgruppiert. Vor dem 9. Juni konnte der Angriff nicht beginnen. Nunmehr traf er auf einen bereitstehenden Gegner und konnte nur bis zur Matz und teilweise hinüber vorgetragen werden. Am 11. erfolgte bereits ein kräftiger französischer Gegenstoß. Der Angriff mußte abgebrochen werden.

Damit war die ganze Operation abgeschlossen, die Front Montdidier—Reims wurde auf Abwehr eingestellt. Mitte Juni trat Ruhe ein.

Die Schlacht bei Soissons und Reims zeigt, was sich durch Überraschung erreichen ließ. Gelang es auch in Zukunft, den Feind zu überraschen, so konnte die Oberste Heeresleitung die Offensive mit voller Aussicht auf Erfolg fortsetzen und hoffen, ihren Operationsplan durchzuführen.

Die Berechnung der Obersten Heeresleitung hatte sich als richtig erwiesen. Die feindlichen Reserven waren hauptsächlich an der Somme und Lys bereitgestellt gewesen. Am Chemin des Dames hatten die Franzosen einen Angriff nicht erwartet, man hatte die Stellung für uneinnehmbar gehalten. Sie galt daher als ruhige Front und war zum Teil mit abgekämpften englischen Divisionen besetzt, die sich hier erholen sollten. Unsere Angriffsvorbereitungen waren so sorgfältig getroffen worden, daß sie dem Gegner unbemerkt geblieben waren.

Der Plan der Obersten Heeresleitung, vor dem Hauptangriff in Flandern die dort stehenden Reserven des Feindes durch einen Ablenkungsangriff an der Aisne abzuziehen, hatte durchaus der Lage entsprochen. Nun war aber aus dem Ablenkungsangriff eine große Schlacht geworden, in deren Verlauf das Ziel weit überschritten worden war. Nach Abschluß der Kämpfe war ein großer, von der Linie Noyon—Reims weit und keilförmig zur Marne vorspringender Bogen entstanden, weit ungünstiger als bei Montdidier nach dem Märzangriff. Die 7. Armee befand sich in keiner guten Lage. Beide Flanken des Bogens waren durch die vorliegenden Waldungen von Villers-Cotterêts und Reims stark gefährdet. Äußerst schwierig ge-

staltete sich der Nachschub wegen der ungünstigen Eisenbahnverhältnisse.

Die Kritik hat sich daher vielfach mit der Durchführung des Maiangriffs beschäftigt. Daß ein Angriff in größerer Breite und mit stärkeren Kräften, so wie es Kronprinz Wilhelm vorgeschlagen hatte, vorteilhafter gewesen wäre als die Zerlegung des Kampfes in zwei Akte, ist einleuchtend. Immer wieder zeigte sich, daß die verfügbaren Kräfte und Mittel zur Einschränkung der Angriffe zwangen.

Verhängnisvoll wurde in der Folge der Umstand, daß das ursprüngliche Ziel so weit überschritten worden war. So wie man beim Abschluß der Kämpfe stand, konnte man nicht stehen bleiben. Es ist daher die Frage aufgeworfen worden, ob das Überschreiten der Vesle gerechtfertigt war. General v. Moser (a. a. O., S. 108) meint, wenn die Vorbewegung in der Linie Soissons—Fismes angehalten worden wäre, hätte alsbald der Schwerpunkt des Angriffs auf den rechten Flügel verlegt und auch noch die Linie Compiègne—Soissons erreicht werden können, bevor weitere Verstärkungen beim Feinde eingetroffen waren. „Aber diese Verlegung des Hauptdruckes zum Stoß in südwestlicher Richtung wurde von der deutschen Heeresleitung zu spät angestrebt."

Auch Stegemann („Geschichte des Krieges", 4. Band, S. 558 ff.) betont, daß mit dem Überschreiten der Vesle das Ablenkungsmanöver das Aussehen einer entscheidenden Schlacht gewann: „Die Aushilfe wurde zur Operation." Der Erfolg habe die deutsche Heeresleitung zur Fortsetzung des Angriffs bis zur völligen Erschöpfung der Überlegenheit fortgerissen. Am 30. Mai sei eine Linie erstritten gewesen, die wie ein ungeheurer Keil bei Jaulgonne bis zur Marne vorsprang, während die Schenkel auf Soissons und Reims zurückgebogen waren. Jetzt sei der Augenblick gekommen gewesen, um den Angriff am Ourcq und an der Ardre einzustellen und die Veslelinie als neue Front einzurichten, „denn südlich der Vesle focht man seit dem 30. Mai mit eingetriebenem Zentrum unter wachsender Bedrohung der Flanken und litt unter dem Mangel an Verbindungen aus der Raumtiefe und in der Breite". Stegemann ist der Ansicht, daß die Blicke der deutschen Heeresleitung von Flandern abgezogen worden seien. „Deutschlands Heer wandte sich von der Vernichtung der geschlagenen, aber nicht aus dem Felde verdrängten britischen Armee ab, um die Franzosen bei Villers-Cotterêts zu schlagen und Reims zu nehmen." Hätten die Deutschen sich noch darauf besonnen, daß sie den Angriff am Chemin des Dames nur zur Fesselung des französischen Heeres und der Generalreserve Fochs unternommen hatten, und hielten sie an dem Generalplan fest, das englische Heer zu vernichten, so hätten sie am 30. in der angegebenen Weise Halt machen müssen. „Mochte man auch in Avesnes dem leitenden Gedanken, der der Vernichtung der englischen Armeen gegolten hatte, im Herzen

noch eine Stätte bewahren, in der Absicht und in der Hoffnung, den Feldzug in Flandern und im Artois nach der völligen operativen Ausbeutung der Vesleschlacht noch einmal aufzunehmen, so wurde dieser Gedanke durch die Abwendung von der ursprünglichen strategischen Idee doch der Gefahr der Verkümmerung überliefert."

Diese Kritik ist hauptsächlich auf der nachträglichen Kenntnis der weiteren Begebenheiten begründet. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man dem Urteil zustimmen, daß der Entschluß zur Fortsetzung des Angriffs von entscheidender Bedeutung für den Verlauf unserer ganzen Offensive war. Es wird sich dies aus den weiteren Betrachtungen ergeben. Damals aber hätte kein Mann in der Front und kein höherer Führer es verstanden, wenn die ungeahnte Gunst der Lage nicht ausgenutzt und wenn nicht versucht worden wäre, den durch die völlige Überraschung des Feindes errungenen Sieg zu einem möglichst großen Erfolg auszubeuten. Mitten in dem Siegeszug innezuhalten und den geschlagenen Feind entkommen zu lassen, konnte der Heeresleitung nicht zugemutet werden. Die Hoffnung, den Einbruch nach rechts und links zu erweitern, war anfangs noch durchaus begründet. Wie würde das Urteil der Geschichte lauten, wenn sich aus der späteren Kenntnis der Lage ergeben hätte, daß nur noch ein Stoß zum Zusammenbruch der französischen Front genügt hätte, und daß der Feldherr die Hand nicht ergriffen hätte, die ihm das Kriegsglück bot.

Daß die Oberste Heeresleitung den leitenden Gedanken der ganzen Offensive, den Kampf gegen die englische Armee, aus dem Auge verloren habe, trifft nicht zu. Alle Vorbereitungen für diesen Angriff liefen im Mai und Juni nebenher und wurden, wie später zu erörtern sein wird, aufs sorgfältigste betrieben. Je größer der Erfolg gegen das französische Heer sich gestaltete, um so höher stiegen die Aussichten für den Hauptkampf gegen die Engländer.

10. Die Lage nach Abschluß der Kämpfe

Wir nähern uns dem letzten Abschnitt unserer Offensive, dem Juliangriff. Er ist bekanntlich gescheitert. Es liegt daher die Frage nahe, ob nach Beendigung der Junikämpfe die Offensive nicht besser eingestellt worden wäre. Verzichtete die Heeresleitung aber auf die Fortsetzung der Offensive, dann mußten wir auf der ganzen Front uns zur Verteidigung einrichten und hierzu in die Ausgangsstellungen vom 21. März zurückgehen. In den im Angriff erreichten Stellungen konnten wir nicht stehen bleiben. Wiederum hätten uns die furchtbaren Materialschlachten bevorgestanden, zu denen die Gegner geschritten wären, sobald sie in der Lage gewesen wären, eine überwältigende Überlegenheit in die Wagschale zu werfen. Abwehrschlachten waren verlustreicher als der Angriff, die Aussicht auf den

erneuten Grabenkrieg mußte niederdrückend auf das Heer und auf die Stimmung in der Heimat wirken. Auf die Dauer mußten wir in der reinen Abwehr unterliegen, auch wenn sie mit Teilschlägen verbunden gewesen wäre. Mit jedem Monat mußte sich die Lage der Gegner durch das Eintreffen der Amerikaner verbessern, während die Widerstandskraft unserer Verbündeten, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei, zu erlahmen drohte. Die am 15. Juni begonnene Offensive der Österreicher in Italien endete mit einem völligen Mißerfolg.

General Ludendorff („Kriegführung und Politik", S. 221) sagt: „In dieser Lage hielt die Oberste Heeresleitung daran fest, um den Sieg zu kämpfen und am 15. Juli anzugreifen. Ein Sieg am 15. Juli konnte die feindlichen Heere viel mehr erschüttern als die Erfolge es im Jahre vorher getan hatten. Er war allein imstande, die bei der Entente vorhandenen Friedenskeime zur Reife zu bringen. Ein Sieg allein konnte uns über die inneren Zwistigkeiten hinwegbringen. Die Oberste Heeresleitung faßte den Entschluß in vollem Bewußtsein der schweren Verantwortung, die ihr das Amt auferlegte; das sollten wenigstens Soldaten anerkennen."

Vom militärischen Standpunkt muß diese Anerkennung durchaus ausgesprochen werden. Solange dem Feldherrn keine greifbare Aussicht auf Verhandlungen geboten wurde, konnte er nur nach dem Siege streben. Freilich hatte sich die Aussicht, den Feind so vernichtend zu schlagen, daß ihm der Friede aufgezwungen werden konnte, im Verlauf der Frühjahrsoperationen beträchtlich vermindert. Wohl aber war es erreichbar, den Feind durch die weiteren Operationen, insbesondere durch einen nochmaligen entscheidenden Sieg über die Engländer, in eine so ungünstige Lage zu bringen, daß er zum Frieden geneigt war. Welchen Einfluß hätte es z. B. auf die ganze Kriegslage ausüben können, wenn wir in den Besitz der Kanalhäfen gekommen wären!

Die Oberste Heeresleitung entschloß sich daher zur Fortsetzung der Offensive. Bevor jedoch der lange geplante Angriff gegen die Engländer („Hagenangriff") wieder aufgenommen wurde, sollten zuvor nochmals die Franzosen an der Marne und bei Reims angegriffen werden. Am 14. Juni befahl die Oberste Heeresleitung, daß der Angriff an der Marne und östlich Reims unter dem Decknamen „Marneschutz" und „Reims" von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vorzubereiten sei. Beginn des Angriffs etwa am 10. Juli. Etwa am 20. Juli sollte der Angriff der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht in Flandern (Deckname „Hagen") folgen.

Die Pläne der Heeresleitung gingen aber noch weiter. Aus ihnen ergibt sich, wie sie sich den Fortgang der Kriegführung dachte.

Am 22. Juni befahl sie: „Nach Abschluß der am 14. 6. 18 angeordneten Angriffshandlungen kommt ein Angriff zwischen der

Somme und Marne in Frage. Er wird in breiter Front mit allen verfügbaren Kräften in Richtung auf Amiens und Paris zu führen sein . . . Die Vorbereitungen sind so zu fördern, daß mit dem Anrollen der Artillerie, Minenwerfer und der Divisionen etwa in der zweiten Hälfte Juli begonnen werden könnte."

Nach einem Fernschreiben der Obersten Heeresleitung vom 3. Juli war der Angriff so geplant, daß die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz durch ein Vorgehen der 18. und 9. Armee beiderseits der Oise in der Richtung auf Breteuil (westlich Montdidier)—Villers-Cotterêts in Verbindung mit einem Angriff der 7. Armee südlich des Waldgeländes von Villers-Cotterêts die Einbuchtung unserer Front bei Compiègne und die Bedrohung der Flanke der 7. Armee von Villers-Cotterêts her beseitigen sollte. Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht hatte durch einen Vorstoß der 2. Armee den Angriff in der allgemeinen Richtung auf Amiens zu erweitern. Ausdrücklich wurde betont, daß es sich lediglich um Vorbereitungen handelte. Welche Kräfte zur Verfügung ständen, sei noch nicht annähernd zu übersehen. Deckname für diesen Angriff: „Kurfürst".

Es stellte sich auf Grund der Vorbereitungen aber bald heraus, daß der Angriff der 2. Armee in Richtung auf Amiens, sollte er Aussicht auf Erfolg haben, nach Norden verbreitert werden mußte. „Daraus", so hieß es in einem Fernschreiben der Obersten Heeresleitung vom 12. Juli, „ergibt sich für diesen erweiterten Kurfürstenangriff ein Kräftebedarf, der bestimmt nicht aufzubringen sein wird. Wir werden daher auf einen gleichzeitigen Angriff in Richtung Amiens und Paris verzichten müssen und uns, insofern nach ‚Reims' und ‚Hagen' die Kräfte überhaupt reichen, für einen von beiden entscheiden müssen. Ich bitte deshalb die Heeresgruppe (Kronprinz Rupprecht), einen neuen Vorschlag eines breiten Angriffs Somme abwärts auf Amiens einzureichen. . . . Die Entscheidung, welcher Angriff, ob auf Amiens oder Paris, und in welchem Umfange er dann endgültig auszuführen wäre, läßt sich erst nach ‚Reims' und ‚Hagen' und den aus diesen Kämpfen sich ergebenden Abschlußlagen bestimmen. Vor frühestens Mitte September wird er auf keinen Fall durchgeführt werden können."

Man wird es der Obersten Heeresleitung gewiß nicht zum Vorwurf machen können, daß ihre Erwägungen sich frühzeitig weit voraus auf den Fall erstreckten, daß nach dem Marne—Reims-Angriff „Hagen" die erstrebte Entscheidung nicht brachte. Ob allerdings dann die Kräfte für die Erreichung so großer Angriffsziele in der Richtung auf Amiens oder Paris zur Verfügung stehen würden, mußte sehr fraglich erscheinen. Der voraussichtliche Zeitpunkt dieser Offensive verschob sich schon während der bisherigen Vorbereitungen immer mehr. Im September war mit starken amerikanischen Kräften

sicher zu rechnen, während unsere Ersatzlage um diese Zeit sehr bedenklich werden mußte.

11. Der Juliangriff

Über die Ziele, die beim Angriff „Marneschutz" und „Reims" verfolgt wurden, hat sich General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" und in „Kriegführung und Politik" klar ausgesprochen. Den geplanten Hauptschlag in Flandern zu führen, schien noch nicht angängig. Wenn auch die französischen Reserven unter dem Zwang der Mai-Juni-Offensive von Flandern weggezogen waren, so standen doch dort starke englische Reserven. „Der Feind war in Flandern wieder so stark, daß das deutsche Heer auch im Juli dort nicht angreifen konnte. So entschloß sich die Oberste Heeresleitung zu einem strategischen Doppelangriff. Dem Angriff beiderseits Reims sollte der Angriff in Flandern unmittelbar folgen. Es war zu hoffen, daß im Falle des Gelingens ein so starker Verbrauch feindlicher Reserven eintreten würde, daß der Angriff in Flandern endlich möglich würde."

Es handelte sich somit um einen nochmaligen Ablenkungsangriff. Bei der Wahl der Angriffsstelle ging die Oberste Heeresleitung mit Recht von dem Bestreben aus, eine schwache Stelle des Feindes zu treffen. Eine solche vermutete sie beiderseits Reims, da von Château-Thierry bis Verdun nur schwache Kräfte des Gegners zu stehen schienen. Zugleich sollten durch den Angriff beiderseits Reims die rückwärtigen Verbindungen der 7. Armee zwischen Aisne und Marne verbessert und die ungünstige Linienführung unserer Stellungen in der Ecke bei Reims ausgeglichen werden.

Es fragt sich, ob nicht die Lage der 7. Armee überhaupt ausschlaggebend für den Entschluß zum Marne—Reims-Angriff war. Kronprinz Wilhelm urteilt darüber (a. a. O., S. 328) folgendermaßen: „So wie die Operation (im Juni) auslief, war die taktische und strategische Lage der 7. Armee in ihrer vorgeschobenen Stellung recht ungünstig. Sie war in ihren beiden Flanken bedroht. Das unübersichtliche Gelände bot dem Feinde die Möglichkeit zu unbemerktem Aufmarsch und überraschendem Angriff. Als Dauerstellung konnte sie nur mit einem unverhältnismäßig großen Truppenaufwand gehalten werden. Sie mußte deshalb nach vorwärts verbessert oder hinter die Vesle zurückverlegt werden. Das erstere wurde gewählt vornehmlich aus dem Grunde, um uns weiter durch einen neuen wuchtigen Schlag die Vorhand zu wahren. Für die deutsche Heeresleitung kam mehr denn je alles darauf an, dem Gegner nicht die Freiheit und Zeit zu lassen, sein ständig wachsendes Übergewicht an Streitkräften und Kampfmitteln an selbstgewählter Stelle zur hemmungslosen Auswirkung zu bringen. Leider aber

fehlten zur sofortigen Führung eines neuen Schlages der Obersten Heeresleitung auch diesmal die nötigen Kräfte."

In der Tat konnte man es nicht wagen, an einem weitabgelegenen Punkt, in Flandern, zu einem Angriff gegen die Engländer zu schreiten, während an der Marne die 7. Armee gegenüber den Franzosen in einer sehr schwer haltbaren Lage belassen wurde. Es war dies um so weniger tunlich, als der Hagenangriff erst in einiger Zeit ausgeführt werden konnte, so daß den Franzosen Zeit zur Erholung gewährt wurde. Sie würden den Hagenangriff gegen die Engländer wahrscheinlich durch einen Angriff gegen die 7. Armee beantwortet haben.

Gegen die Verbesserung der Stellung der 7. Armee nach vorwärts sprach der mit jedem neuen Angriff verbundene Kräfteverbrauch. Ob es auf die Dauer möglich war, durch wuchtige Schläge die Vorhand zu wahren und den Gegner an der Entfaltung seiner wachsenden Überlegenheit zu hindern, war keineswegs sicher. Es mußte sich zeigen, ob nicht dadurch eine Überspannung der Kräfte hervorgerufen wurde, die dann gerade vom überlegenen Gegner „hemmungslos" ausgenutzt werden konnte.

Der Angriff „Marneschutz"—„Reims" beseitigte auch nur in der östlichen Flanke der 7. Armee zwischen Marne und Reims die Ungunst der Lage, nicht aber die von dem Waldgebiet von Villers-Cotterêts her drohende größere Gefahr. Nach Angabe des Kronprinzen Wilhelm (a. a. O., S. 330) sollte sich daher hinterher noch „ein Angriff der 7., 9. und 18. Armee anschließen, um die kurze Frontlinie Montdidier—Château-Thierry zu erreichen und die großen Wälder von Compiègne und Villers-Cotterêts hinter die Front zu bekommen. Deshalb war auch ins Auge gefaßt, die Truppen nach Durchführung des Angriffs der 7., 1. und 3. Armee unter Umständen wieder an die Marne zwischen Château-Thierry und Châlons zurückzunehmen. Im ganzen war also auch dieser neuen Offensive kein weites operatives Ziel von feldzugentscheidender Bedeutung gesteckt. Sie sollte vielmehr in mehreren, nach Raum und Zeit getrennten Kampfhandlungen eine Verbesserung unserer geschwungenen Linienführung durch Frontverkürzung nach vorwärts bringen. Die Oberste Heeresleitung hoffte hierbei, die Franzosen in ähnlicher Weise wie bei der Mai-Juni-Offensive zum Einsatz ihrer noch verfügbaren Reserven, zum Fortziehen starker Kräfte aus Flandern zu zwingen und somit die Flandernfront erheblich zu schwächen. Gelang diese Ablenkung, so sollte der kriegsentscheidende Schlußakt etwa Anfang August sich dort oben in der Vernichtung der Engländer auswirken."

Ein so ausgedehntes Ablenkungsprogramm hätte die Kraft eines „kriegsentscheidenden Schlußaktes" stark gefährdet. Es muß hier ein Irrtum des Kronprinzen vorliegen. Von der Absicht eines weiteren Ablenkungsangriffs gegen die Linie Montdidier—Château-Thierry vor

dem Hagenangriff ist sonst nichts bekannt. Vielmehr gehen alle Anordnungen der Obersten Heeresleitung davon aus, daß sich unmittelbar an den Angriff beiderseits Reims der Hagenangriff anschließen sollte. Wahrscheinlich liegt eine Verwechslung mit dem Angriff „Kurfürst" vor, der, wie erörtert, n a c h „Hagen" geplant war.

Der Angriff beiderseits Reims war so beabsichtigt, daß Reims selbst und der Bergwald von Reims ausgespart wurde. Reims sollte beiderseits umgangen werden. Hierzu hatte die 7. Armee östlich Château-Thierry die Marne zu überschreiten und beiderseits der Marne auf Epernay vorzustoßen, während die 1. und 3. Armee östlich Reims in Richtung auf Châlons angriffen. Die inneren Flügel sollten dann bei Epernay zusammenstoßen. Der Angriff hatte somit eine große Breite, einschließlich der ausgesparten Front von Reims 120 Kilometer. 47 Divisionen und über 2000 Batterien wurden bereitgestellt. Das Überschreiten der Marne und das Vorgehen in schwierigem Waldgelände stellten die Truppen vor große Aufgaben. Am 15. Juli begann der Angriff.

Der Angriff über die Marne gelang zwar, kam aber dann bald zum Stehen. Östlich Reims wich der Feind planmäßig vor der 1. und 3. Armee in die zweite Stellung aus. Unser bisheriges Angriffsverfahren versagte demgegenüber. Das Gaswetter war nicht günstig gewesen. Bereits am 16. mußte hier der Angriff eingestellt werden. Am 17. wurde angeordnet, daß auch die Truppen der 7. Armee über die Marne zurückgenommen werden sollten. Doch konnte dies erst in der Nacht 20./21. Juli ausgeführt werden, weil die Übergangsverhältnisse erst geordnet werden mußten. Nun sollte noch ein Versuch gemacht werden, Reims durch örtlichen Angriff zu nehmen.

Zum erstenmal war der deutsche Angriff taktisch gescheitert. Die beteiligten Divisionen hatten zum großen Teil bereits an dem Angriff gegen den Chemin des Dames im Mai teilgenommen und waren daher stark beansprucht gewesen.

Wir wissen jetzt aus den Veröffentlichungen der Gegner, daß man seit Anfang Juli auf französischer Seite sicher mit einem deutschen Angriff in der Champagne gerechnet hatte. Es war in Deutschland unvorsichtigerweise davon geredet worden. Anfang Juli soll eine sichere Nachricht über die Schweiz nach Belfort an den dortigen französischen Nachrichtendienst gekommen sein. Auch die Aussagen deutscher Gefangener machten einen deutschen Angriff etwa nach dem 10. Juli wahrscheinlich. In letzter Stunde, am Tage vor dem Angriff, erhielt man von deutschen Gefangenen sogar genaue Angaben über die Zeit des Beginns des Artillerie- und Infanterieangriffs. Die Überraschung, die die notwendige Vorbedingung des Erfolges war, mißlang. Nur dadurch wurde es dem Gegner möglich, rechtzeitig auszuweichen. Daran hauptsächlich ist der Angriff gescheitert. Foch hatte die französischen Truppen, etwa acht Divisionen,

aus dem Flandernabschnitt heraus und an die französische Front herangezogen. Zwar hatte Haig Besorgnisse, weil die hinter der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht stehenden Reserven erkannt waren. Er mußte aber trotzdem vier englische Divisionen an die französische Front abgeben und vier weitere nach der Gegend von Amiens an die Somme schicken. Foch war dadurch instandgesetzt, vier französische Divisionen von hier weiter rechts zu ziehen. Diese Verschiebungen vollzogen sich rechtzeitig vor dem 15. Juli. Hierbei zeigte sich deutlich die Bedeutung des einheitlichen Oberbefehls, der dem General Foch übertragen war. Ohne ihn wäre es schwerlich gelungen, die auseinanderstrebenden Interessen der Engländer und Franzosen zu vereinigen.

Wir trafen somit nicht, wie wir gehofft hatten, auf eine schwach besetzte Stelle, sondern auf einen bereitstehenden starken Feind. Zwar war es gelungen, Reserven des Gegners von der Flandernfront abzuziehen, aber dafür war der Angriff bei Reims gescheitert. Es war nicht geglückt, die ungünstige Lage der 7. Armee zu bessern. Eine bedenkliche Erscheinung war es, daß wir in der Champagne auf eine amerikanische Division und in der Gegend von Château-Thierry auf drei amerikanische Divisionen gestoßen waren, die kräftigen Widerstand geleistet hatten. Der Umschwung in der Kriegslage kündigte sich an.

12. Der französische Gegenangriff am 18. Juli

Die Lage der 7. Armee und der am 5. Juli rechts neben ihr in der Gegend von Soissons beiderseits der Aisne eingesetzten 9. Armee war in dem keilförmig von der Aisne zur Marne vorspringenden Bogen nach dem Scheitern von „Marneschutz“ und „Reims“ sehr ungünstig. Es war weder in der rechten noch in der linken Flanke des Bogens geglückt, die Frontlinie zu verbessern. Beide Flanken forderten den Feind zu einem Gegenangriff heraus. Trotzdem rollten bereits am 16. Juli abends die ersten Transporte aus der Gegend von Reims nach der Flandernfront für den Hagenangriff ab. General Ludendorff begab sich am 18. nach Tournai zur Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, um die weiteren Maßnahmen für „Hagen“ zu besprechen. Da traf dort mittags die erste Nachricht von einem großen französischen Angriff zwischen Aisne und Marne gegen die Westfront der 7. und 9. Armee ein.

Aus dem Waldgebiet von Villers-Cotterêts (südwestlich Soissons) drang der Gegner in Richtung auf Soissons vor und drohte den zur Marne vorspringenden Bogen abzuschnüren. Die Verbindungen der im Südteil dieses Bogens und südlich der Marne stehenden Truppen waren stark gefährdet. Nach schweren Kämpfen mußte die Oberste Heeresleitung sich entschließen, die Truppen hinter die Vesle in

die Linie nördlich Soissons—Reims zurückzunehmen. In der Nacht 1./2. August wurde diese Linie erreicht. Der ganze im Mai erkämpfte Marnebogen war geräumt, unleugbar war ein schwerer Rückschlag eingetreten. Die Truppe hatte sich vortrefflich geschlagen, der Rückzug war in fester Haltung ausgeführt worden. Aber die Verluste waren groß, viele Divisionen waren verbraucht, frische Kräfte mußten zur Herstellung der Lage herangezogen werden. Der Hagenangriff wurde aufgegeben. Der Wendepunkt des Jahres 1918 war eingetreten.

Wodurch ist dieser Rückschlag verursacht worden? Trifft die Führung oder die Truppe die Schuld? Diese Frage muß bei einem Geschehnis von solcher Tragweite aufgeworfen werden.

Feldmarschall von Hindenburg („Aus meinem Leben", S. 347) sagt: „Vorbedingung für die Durchführung unserer Angriffe bei Reims (am 15. Juli) war, daß der nach Westen gerichtete Teil unseres bis an die Marne vorspringenden Bogens zwischen Soissons und Château-Thierry feststand. Es war vorauszusehen, daß unser Angriff eine Gegenwirkung der um Compiègne und Villers-Cotterêts versammelten französischen Kräfte geradezu herausforderte. War General Foch auch nur einigermaßen zu einer aktiven Tätigkeit imstande, so mußte er aus seiner bisherigen passiven Haltung heraustreten, sobald sich unser Angriff über die Marne und auf Reims aussprach."

War somit nach Ansicht der Obersten Heeresleitung ein Flankenangriff gegen die 7. und 9. Armee nach der ganzen Lage mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, so kam hinzu, daß sich seit Anfang Juli die Anzeichen für einen solchen Angriff mehrten. Die Agentennachrichten, die Überläufer- und Gefangenenaussagen verdichteten sich. Im Walde von Villers-Cotterêts waren angeblich Truppenansammlungen mit starker Artillerie. Einblick in das Waldgebiet zu gewinnen, war schwer. Aber daß ein Angriff bevorstand, war nach allen Nachrichten wahrscheinlich. Die 7. und 9. Armee erbaten Verstärkungen. Die Heeresgruppe und die Oberste Heeresleitung hielten die Lage nicht für so bedrohlich. Die Hauptaufgabe war die Vorbereitung für „Marneschutz" und „Reims". Dieser Angriff durfte nicht beeinträchtigt werden. Sobald dieser Angriff begann, war damit zu rechnen, daß die französischen Reserven dorthin gelenkt würden. Daß dann noch starke Reserven für einen Angriff aus der Richtung Villers-Cotterêts verfügbar sein würden, wurde für unwahrscheinlich gehalten. Es geschah aber von der Heeresgruppe aus, was zur Verstärkung und zur Ablösung verbrauchter Divisionen in der bedrohten Flanke aus eigenen Kräften möglich war. Die Oberste Heeresleitung ermahnte zur Tiefengliederung in den Abwehrstellungen.

Nach den um den 10. Juli eingehenden Nachrichten sollte der französische Angriff am 14. beginnen. Als er an diesem Tage nicht kam und auch sonst eine Entspannung an der Front einzutreten schien, vollzog sich ein Umschwung in den Ansichten. Man glaubte in der Truppe nicht mehr an den Angriff, um so mehr als am 15. unsere Offensive beiderseits Reims begann und voraussichtlich die feindlichen Reserven in Anspruch nahm.

Am 11. Juli hatte die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz noch gemeldet: „Nach Überläuferaussagen steht feindlicher Angriff gegen Korps Watter und die beiderseits anschließenden Korpsabschnitte bevor. Der Angriff ist, sofern er nicht schon vorher erfolgt, vom 15. Juli ab mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten. 9. und 7. Armee gliedern sich auf den bedrohten Fronten zur Abwehr." Am 15. Juli aber meldete der Oberbefehlshaber der 9. Armee: „Am 11. 7. habe ich eine Verstärkung um vier aufgefüllte kampfkräftige Infanteriedivisionen beantragt. Die Lage hat sich seitdem entspannt. Ein Gegenangriff ist nicht mehr wahrscheinlich. Der Antrag auf vier frische Divisionen wird zurückgezogen." Die Armee beantragte jedoch Verstärkungen und eine andere Kräftegruppierung, weil das Halten der Front ständig einer zuverlässigen, nicht übermüdeten Truppe bedürfe. Aus der Antwort der Obersten Heeresleitung vom 17. Juli, also am Tage vor dem französischen Gegenangriff, geht hervor, daß sie mit einem Angriff nicht rechnete. Es hieß darin: „Nach Abschluß der Kämpfe um Reims wird eine neue Kräftegruppierung der ganzen Heeresgruppenfront Platz greifen müssen. Erst dann wird sich übersehen lassen, wie der 9. Armee durchgreifend geholfen werden kann. Zurzeit können frische Divisionen, schon mit Rücksicht auf die Eisenbahnlage, nicht zugeführt werden."

Im letzten Augenblick, am 18. Juli in aller Frühe, brachten zwei Überläufer die Nachricht, daß ein großer Angriff zwischen Marne und Aisne an diesem Morgen kommen würde. Motorgeräusch, das in der Nacht in der Gegend von Cutry (südwestlich Soissons) gehört worden war, ließ auf Bereitstellung von Tanks schließen. Beide Nachrichten drangen nicht mehr rechtzeitig durch.

Daß sich die Anschauung von einer Entspannung der Lage, die in den oberen Kommandostellen in den Tagen unmittelbar vor dem 18. Juli herrschte, auch auf die Truppe übertrug, ist erklärlich. Doch kann man der Truppe nicht die Schuld an dem Einbruch des Feindes am 18. Juli zuschreiben. Die Truppe, insbesondere auch die 11. bayerische Division, die angeblich versagte, hat sich glänzend geschlagen. Aber die Divisionen waren zum Teil ermüdet, allen aber fehlte der nötige Ersatz. Ihre Stärken waren durch die herrschende Grippe weiter vermindert, so daß die Grabenstärken der Kompagnien höchstens 65 Mann, vielfach aber nur 30 bis 40 Mann betrugen. Einzelne Divisionen waren allerdings auch zur Abwehr nicht tief

genug gegliedert. Im ganzen aber waren die Divisionen der 9. und 7. Armee zwischen Aisne und Marne einem Großangriff in der Art, wie er am 18. Juli erfolgte, nicht vollauf gewachsen.

Der französische Gegenstoß ist nicht etwa erst durch unsere Offensive vom 15. Juli hervorgerufen worden, sondern war bereits seit Juni nach dem Abschluß der damaligen Kämpfe geplant. General Foch verblieb bei dem Entschluß, auch nachdem er Anfang Juli die Gewißheit von dem Mitte Juli zu erwartenden deutschen Angriff erlangte. Von Westen her sollte die 10. und 6. Armee, von Südosten her die südwestlich Reims stehende 5. Armee den Marnebogen angreifen. Bereits in der Nacht vom 13. zum 14. Juli begann die Versammlung der Divisionen. Alle Bewegungen wurden in den Nächten ausgeführt, bei Tage blieben alle Truppen, Trains und Parks unbeweglich, soweit sie nicht Deckung in den Waldungen von Villers-Cotterêts fanden. Die Vorbereitungen zum Angriff wurden trotz der am 15. Juli beginnenden deutschen Offensive fortgeführt. Erst in der Nacht vom 17. zum 18. Juli rückten die französischen Angriffsdivisionen in die Front ein.

Am 18. früh schritten die französische 6. und 10. Armee zum Angriff ohne jede Artillerievorbereitung. Der Angriff überraschte nach den französischen Angaben die Deutschen. Daß dies möglich war, ist nur der Verwendung von Tanks zu verdanken. Ihnen ist, ähnlich wie bei dem englischen Tankangriff am 20. November 1917 bei Cambrai, die Hauptrolle beim Angriff zugefallen. Der 10. Armee waren etwa 400, der 6. etwa 200 Tanks zugeteilt. Eine bedeutende Unterstützung bildeten die Amerikaner. Neun Divisionen wirkten bei dem Angriff mit.

Aus den geschilderten Verhältnissen erklärt sich der Erfolg des französischen Angriffs gegen die verhältnismäßig schwache deutsche Front hinlänglich. Der Gegner war an Reserven stark genug, um trotz unserer Offensive vom 15. Juli noch beträchtliche Kräfte für den Flankenangriff verfügbar zu machen.

13. Beurteilung der Julikämpfe

Der Ausgang der Julikämpfe ist verhängnisvoll für den weiteren Verlauf des Krieges geworden. Unser Angriff beiderseits Reims ist daher vielfach von der deutschen Kritik verurteilt worden. Das Urteil darf jedoch nicht lediglich vom Erfolg abhängig gemacht werden.

Von der ausländischen Kritik wird der Reimsangriff günstiger beurteilt. General Buat, Chef des französischen Generalstabes, urteilt dahin, daß der Angriff taktisch gut geführt wurde, indem die französische, bei Reims vorspringende Front von zwei Seiten umklammert wurde. Auch operativ seien die Aussichten glänzend gewesen. Wäre es den Deutschen gelungen, in den Besitz des Marneabschnitts von

Château-Thierry über Epernay bis Châlons zu kommen, so hätten sie diesen Erfolg in östlicher Richtung ausbeuten können, um die gesamte Verteidigungslinie der Argonnen und bei Verdun aufzurollen und die französische Stellung bis in die Linie Château-Thierry—Châlons—St. Mihiel zurückzudrücken. So weit gingen allerdings die deutschen Pläne nicht.

Der Angriff beiderseits Reims sollte, wie erwähnt, nochmals Reserven von der Flandernfront ablenken und dadurch günstige Bedingungen für den Hauptschlag gegen die Engländer schaffen. Es war somit der zweite Ablenkungsangriff. Wie im ersten Teil des Gutachtens ausgeführt, waren unsere Kräfte bemessen, der Ersatz drohte auszugehen, und die Verhältnisse drängten auf baldige Entscheidung, bevor durch das Eingreifen der Amerikaner die Überlegenheit unserer Gegner stieg. Jeder Ablenkungsangriff war mit einem bedeutenden Kräfteverbrauch verbunden, zumal sich der Verlauf, wie der Maiangriff gezeigt hatte, vorher nicht absehen ließ. Zwischen den einzelnen Angriffen mußten lange Pausen eingelegt werden, so daß der Hagenangriff frühestens im August hätte erfolgen können. Seit Anfang Mai war den Engländern Ruhe gewährt worden. Man mußte annehmen, daß das englische Heer im August sich von der erlittenen Niederlage längst erholt hatte und zur Abwehr bereit stand, während die französische Front durch die inzwischen verwendungsbereiten amerikanischen Divisionen verstärkt war.

Der Hagenangriff wurde somit so weit hinausgeschoben, daß es fraglich war, ob dann die Kräfte noch zu einem entscheidenden Hauptschlag reichen und die Verhältnisse auf der feindlichen Seite hierfür noch günstig sein würden. Aus diesen Gründen ist behauptet worden („Kritik des Weltkrieges", S. 232), „daß ein weiterer vorbereitender Angriff im Juli, mochte er auch in die feindlichen Reserven eine noch so empfindliche Bresche schlagen, seinerseits diejenigen deutschen Kräfte verbrauchen mußte, die gerade noch vorhanden waren, um der Hauptentscheidung das unentbehrliche Mindestmaß lebendiger Kraft zu sichern". Die Hauptentscheidung wäre zu einem letzten Abnutzungsstoß hinabgesunken, wenn sie tatsächlich versucht worden wäre. Niemals mehr wäre das deutsche Heer zu einer Entscheidung genügend erstarkt. „Der Stoß auf Reims war die letzte der deutschen Obersten Heeresleitung mögliche Kraftentfaltung. Da sie nicht auf die Endentscheidung zielte, verzichtete unbewußt die Oberste Heeresleitung endgültig auf diese selbst, noch ehe Marschall Foch die Initiative an sich riß."

Auch Kronprinz Wilhelm (a. a. O., S. 372) spricht in Übereinstimmung mit seinem Chef des Generalstabes, dem Grafen Schulenburg, sich ähnlich aus: „Der Gedanke der Obersten Heeresleitung, die Waffenentscheidung zu Lande nicht auf der Front meiner Heeresgruppe, sondern auf dem rechten Flügel in Flandern gegen

die Engländer zu suchen, erschien uns theoretisch richtig. Es war aber doch die Frage, ob die Oberste Heeresleitung im Hinblick auf den bisherigen und durch die bevorstehende Offensive erneuten gewaltigen Kräfteverbrauch noch imstande sein würde, die erforderlichen Massen an Streitkräften und Kampfmitteln aufzubringen, um ihr hochgestecktes Ziel zu erreichen, einen wirklich großen Entscheidungsschlag überhaupt noch zu führen. Wir waren in dieser Hinsicht skeptisch sowohl wegen des Zustandes der Angriffsdivisionen als besonders wegen des aus der Heimat immer spärlicher fließenden, in seinem inneren Gehalt zudem größtenteils keineswegs mehr vollwertigen Ersatzes. In unseren Augen war der geplante Marne—Reims-Schlag unter dem Zwang des dynamischen Gesetzes wahrscheinlich die letzte große offensive Kraftäußerung, deren wir fähig waren."

Diese Bedenken, die gegen die Julioffensive ausgesprochen worden sind, waren gewiß begründet. Es fragt sich nur, was die Oberste Heeresleitung in der äußerst schwierigen Lage, in der sie sich befand, hätte beginnen sollen.

Stegemann (a. a. O., S. 571) äußert sich mit Bezug auf die Lage Mitte Juni dahin, daß die Offensive hätte eingestellt werden müssen. „Die großen Schlachten hatten zu großen Erfolgen geführt, aber die taktischen Siege, die mit ganzem Herzen gesucht und in heldenhaftem Ansturm gewonnen worden waren, büßten im Intervall der einzelnen Kampfhandlungen stets so viel von ihrer Kraft ein, daß die strategische Auswirkung darüber verloren ging. Jede Operationspause gefährdete den Enderfolg. Da die Pausen nicht nur durch die räumliche Trennung der einzeln angeordneten Schlachten und durch den Wechsel der Angriffsfronten, sondern vornehmlich durch die Beschränkung bedingt waren, die sich die Deutschen in der Verwendung ihrer Kräfte auferlegen mußten, gab es dagegen kein anderes Mittel als den Verzicht auf die Fortführung der Offensive, nachdem die Frühlingsschlachten den Feind weder zum Frieden gezwungen noch zu einer Verständigung willig gemacht hatten."

Mit dem Einstellen der Offensive war es jedoch nicht getan. Wie sollte der Krieg weitergeführt werden? Die Offensive einstellen hieß in die Verteidigung zurückfallen. Dann aber war der Krieg, wie nachgewiesen worden ist, verloren und konnte nur noch zu dem Zwecke weitergeführt werden, einigermaßen annehmbare Bedingungen für seinen Abschluß zu erreichen. Zu einem so kleinmütigen Entschluß lag aber keine Veranlassung vor, bevor nicht der letzte Versuch zu einer günstigen Entscheidung gemacht worden war. Die von starkem Willen getragene Oberste Heeresleitung lehnte mit Recht eine solche Maßnahme ab.

Daher ist eine andere Lösung vorgeschlagen worden (vom Verfasser des Gutachtens in den „Preußischen Jahrbüchern" 1921, No-

vemberheft, S. 182, sowie von General v. Moser a. a. O., S. 110). Man hätte den Reimsangriff vielleicht ersparen können, wenn statt dessen möglichst bald in Flandern angegriffen, dagegen in den beiden gefährdeten Bogen von Montdidier und Dormans für den Fall eines feindlichen Angriffs ein Ausweichen auf die Sehne des Bogens vorbereitet worden wäre.

Freilich mußte in diesem Falle auf eine nochmalige Ablenkung feindlicher Reserven von Flandern verzichtet werden. Aber war sie überhaupt durchaus erforderlich? Unsere im Angriff erreichten Linien gegenüber Amiens, Compiègne, an der Marne und bei Reims bedeuteten eine starke Bedrohung der französischen Front und eine Gefährdung von Paris. Die Kämpfe im Mai und Juni hatten die französischen Reserven bereits zum großen Teil nach der Gegend von Compiègne und nach der Marne hingezogen. Es war daher anzunehmen, daß wir bei einem erneuten Angriff an der Marne auf erhebliche französische Kräfte stoßen würden. Im Gegensatz zum Maiangriff trafen wir im Juli auf eine starke Front.

Der Angriff beiderseits Reims, der Übergang über die Marne und das Vordringen durch das ungünstige Waldgelände waren an sich schwierig. Angesichts der starken Flankenbedrohung von Villers-Cotterêts her war das Überschreiten der Marne ein Wagnis. Der Angriff konnte nur Erfolg haben, wenn es gelang, den Gegner zu überraschen, und wenn die feindlichen Kräfte dadurch so gebunden wurden, daß unterdessen ein starker feindlicher Gegenstoß gegen die gefährdete rechte Flanke nicht möglich war. Leider mißlang die Überraschung diesmal völlig, und die Reserven des Feindes sind doch wohl unterschätzt worden.

Das Mißlingen der Überraschung war der Hauptgrund für den Fehlschlag. Es ist behauptet worden, daß die fortgesetzte schematische Anwendung desselben Angriffsverfahrens, das sich am 21. März bewährt hatte, zum Scheitern unserer Offensive bei Reims im Juli beigetragen habe. Unser artilleristisches Angriffsverfahren ist bereits erörtert worden. Im wesentlichen beruhte es auf der überraschenden, schlagartigen Eröffnung des Wirkungsschießens, zu dem die artillerietechnischen Vorbedingungen durch ein besonderes Verfahren geschaffen wurden, ohne vorheriges Einschießen. Dieses Verfahren versagte bei Reims dadurch, daß die Franzosen rechtzeitig über den kommenden Angriff unterrichtet wurden und in die zweite Stellung auswichen. Neue Wege waren damals nicht von uns gefunden worden oder nicht betretbar. Die Überraschung des Gegners vermittels eines Tankangriffs zu erreichen, waren wir leider nicht in der Lage.

Nachdem am 16. Juli der Reimsangriff gescheitert war, konnte der Hagenangriff nicht mehr in Frage kommen. Das Abrollen der Transporte von Reims nach Flandern von diesem Tage ab zum Zwecke der Umgruppierung zum Hagenangriff entsprach wohl nicht

mehr der Lage. Die 7. Armee war in der rechten wie in der linken Flanke zu sehr gefährdet. Starker Feind stand ringsum. Von Villers-Cotterêts drohte nach verschiedenen Anzeichen ein Angriff.

Zusammenfassend kann über den Juliangriff dahin geurteilt werden, daß erhebliche Bedenken ihm entgegenstanden. Immerhin hätte er gelingen können. Auch wäre es danach wohl möglich gewesen, noch den Hagenangriff durchzuführen. Ob allerdings die Kräfte nach den vielen Ablenkungsangriffen zu einem entscheidenden Erfolg in Flandern gegen die inzwischen erstarkten Engländer ausgereicht hätten, muß mindestens als ungewiß bezeichnet werden. Weiterreichende Angriffspläne in Richtung Amiens und Paris waren danach aber aussichtslos.

14. Der Plan zum Hagenangriff

Der Hagenangriff war, wie General Ludendorff („Kriegserinnerungen", S. 537) sagt, als Fortsetzung der Ende April angehaltenen Offensive in Flandern gedacht. Er sollte von der 4. und 6. Armee nördlich der Lys durchgeführt werden, um zunächst die beherrschenden Höhen zwischen Poperinghe und Bailleul sowie das Höhengelände bei Hazebrouck in Besitz zu nehmen. Dieses Gelände war als erstes großes Ziel bezeichnet worden. Erst wenn es erreicht war, konnte die Operation weitergeführt werden (Oberste Heeresleitung vom 6. 5. 18). Der Schwerpunkt des Angriffs war nach einer Anweisung der Obersten Heeresleitung vom 27. 6. 18 auf den rechten Flügel der 4. Armee zu legen. „Je stärker dort der umfassende Druck gemacht und durchgehalten werden kann, desto mehr wird die ganze Operation zu einem *großen Schlage* ausreifen." Es wurde eine Auswirkung der Operation in Richtung auf Dünkirchen—Calais und ein *entscheidender Erfolg* gegen die Engländer erhofft.

Dementsprechend war der Bedarf an Divisionen, Artillerie usw. berechnet worden. Der Angriff war in einer Breite von 43 km beabsichtigt. 47 Divisionen und 1100 bis 1200 Batterien wurden dazu für erforderlich gehalten.

Schon Anfang Mai begannen die Vorarbeiten der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht nach den Grundsätzen und Erfahrungen des Michaelangriffs. Es handelte sich zunächst um die Feststellung der Angriffsentwürfe, um Straßen- und Bahnbauten, Bereitlegung von Deckungsmaterial gegen Fliegersicht, Vorbereitungen für den Einsatz der Artillerie (Beobachtungs- und Befehlsstellen, Batteriestellungen, Munitionsdepots usw.), der Minenwerfer, der Luftstreitkräfte (Flugplätze, Zelte, Betriebsstoffe usw.), der Nachrichtenmittel, sowie für den Nachschub von vier Tagesraten an Munition, eines vierzehntägigen Verpflegungsbedarfs und des erforderlichen

Pionier- und Sanitätsmaterials. Die nötigsten Arbeitskräfte wurden der 2. und 17. Armee entnommen und Ende Mai der 4. und 6. Armee zugewiesen.

Die Beschaffung der erforderlichen Artillerie machte große Schwierigkeiten. Bei der Feldartillerie wurde eine Aushilfe darin gefunden, daß aus der Gerätereserve fünfte und sechste Geschütze den Batterien zugeteilt wurden, obwohl dies taktische und technische Schwierigkeiten machte. Inbezug auf die schwere Artillerie waren die 4. und 6. Armee zum Teil auf die beim „Marneschutz" und „Reims" verwendete Artillerie angewiesen, die nach Flandern befördert werden sollte, sobald sie entbehrlich wurde. Auch ein Teil der erforderlichen Minenwerfer, Flieger usw. mußte auf dieselbe Weise beschafft werden. Hierzu wurde ein genauer Transportplan entworfen. Die Transportbewegung nahm aber 14 Tage in Anspruch, so daß eine unerwünschte Verzögerung des Hagenangriffs unvermeidlich war.

„Marneschutz" und „Reims" sollten ursprünglich am 10. Juli stattfinden und „Hagen" am 20. folgen. Allmählich wurde „Hagen" jedoch verschoben, weil „Marneschutz" und „Reims" erst am 15. Juli beginnen und die Transporte von Reims nach Flandern nicht so schnell bewältigt werden konnten. „Hagen" wurde daher für Anfang August in Aussicht genommen.

Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht begann Anfang Mai damit, aus den unterstellten Armeen 32 Angriffsdivisionen herauszuziehen, die im rückwärtigen Gebiet untergebracht und ausgebildet wurden. Sie erhielten in erster Linie Ersatz an Mannschaften und Pferden. Ebenso wurde alles irgend Entbehrliche an Artillerie, Fliegern usw. aus der Front herausgezogen. Doch wurden diese Vorbereitungen stark beeinträchtigt durch beträchtliche Abgaben, die an die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz für „Marneschutz" und „Reims" notwendig wurden. Arbeitskräfte, Transportmittel, Flieger usw., aber auch viele der mit Mühe herausgezogenen Divisionen mußten abgegeben werden. Schließlich waren von den 32 Angriffsdivisionen 14 abgegeben. Es blieben somit nur 18 übrig. Die Oberste Heeresleitung beabsichtigte 8 Divisionen zuzuführen, 21 Divisionen mußten daher den Stellungsdivisionen entnommen werden, um den für erforderlich gehaltenen Bedarf von 47 Divisionen für „Hagen" aufzubringen. Die Aussichten dieses Angriffs wurden dadurch stark beeinträchtigt.

Die Heeresgruppe suchte nach Möglichkeit für die abgegebenen Divisionen neue aus der Front herauszuziehen. Es wurde aber mit der Zeit immer schwieriger, mit den an und hinter der Front verbleibenden Divisionen die notwendige Ablösung der Stellungsdivisionen durchzuführen und die erforderlichen Eingreifdivisionen und Armeereserven bereitzustellen.

Die Abschnitte der Stellungsdivisionen mußten verbreitert werden. Die Divisionen wurden völlig verbraucht und brannten aus. „Die Schwierigkeiten und Härten, die sich daraus für die Stellungsdivisionen in Anbetracht der geringen Gefechtsstärken für den Sicherungsdienst und Stellungsbau ergeben, müssen für die nächste Zeit in Kauf genommen werden," heißt es in einem Befehl der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vom 8. 6. 18. Es wurde versucht, Stellungsdivisionen von ruhigeren Fronten mit solchen von gefährdeteren und mit größeren Verlusten verbundenen Abschnitten tauschen zu lassen. Trotzdem wurde die Lage der Stellungsdivisionen immer schwieriger, je länger der Hagenangriff hinausgeschoben wurde. Es wurde von den Stellungsdivisionen übel empfunden, daß sie ohne den nötigen Ersatz und ohne jede Ruhe die ganze Last des Stellungsdienstes unaufhörlich zu tragen hatten. Die Lebensbedingungen waren in dem zerstörten Gebiet der 2. und 17. Armee fast unerträglich. Unausgesetzt war die Truppe Bombenangriffen ausgesetzt. Auch die Eingreifdivisionen hatten keine Ruhe und keine Gelegenheit zur Ausbildung, da sie nicht weit genug zurückverlegt werden konnten. Das alles wirkte niederdrückend auf die Divisionen und erregte bei einem Vergleich mit den Angriffsdivisionen Mißvergnügen.

Der Ersatz wurde immer knapper. Die laufenden Verluste bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht betrugen im Mai und Juni durchschnittlich täglich etwa 1000—1150 Mann. Der verfügbare Ersatz war nur für diesen laufenden Bedarf ausreichend, nicht aber für die Verluste nach großen Schlachten. Dazu trat die Grippe zu Beginn des Sommers in sehr starkem Umfang auf. Es gab Divisionen mit 1000—2000 Kranken. Die schwierige Pferde- und Haferlage ist im ersten Teil des Gutachtens erörtert.

Bereits im Mai hatten die Stellungsdivisionen durchschnittlich 2000—3000 Fehlstellen. Die durchschnittliche Bataillonsstärke der Divisionen im Bereich der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht einschließlich der Angriffsdivisionen betrug am 21. Mai rund 700 Mann, am 13. Juli nur mehr 673 Mann.

Das Oberkommando dieser Heeresgruppe beantragte Anfang Juni den vorübergehenden Einsatz von Angriffsdivisionen, die schon seit Anfang Mai herausgezogen waren, an Stelle von besonders ruhebedürftigen Stellungsdivisionen. Die Oberste Heeresleitung befand sich jedoch in einer Zwangslage und entschied am 3. Juni 1918: „Der notwendig gewordene Einsatz von mehreren der für ‚Hagen' bestimmten Divisionen bei Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und die weitere Abgabe von Kolonnen wird voraussichtlich eine Verschiebung von ‚Hagen' um einige Wochen notwendig machen. Einem Einsatz von weiteren Mob.-(Angriffs-)Divisionen kann mit Rücksicht auf die Gesamtlage zunächst nicht zugestimmt werden." Am 23. Juni

betonte die Oberste Heeresleitung nochmals: „Wir müssen für die in nächster Zeit beabsichtigten Kampfhandlungen über gut ausgebildete Kampfdivisionen verfügen. Eine Ausbildungszeit von fünf bis sechs Wochen ist dafür das Mindestmaß. Es bleibt uns auch nichts übrig, als während der nächsten Wochen eine entsprechende Anspannung der Stellungsdivisionen in Kauf zu nehmen.“ Schließlich mußten aber doch einzelne Stellungsdivisionen abgelöst werden.

Wie erwähnt, begannen am 16. Juli abends, trotz dem Scheitern der Reimsoffensive, die Transporte für Hagen aus der Gegend von Reims nach Flandern. Am 18. wurden sie jedoch eingestellt, am 20. und 21. erfolgten die Anordnungen der Obersten Heeresleitung, auf Grund deren der Hagenangriff aufgegeben wurde. Der außerordentliche Verbrauch an Kräften, der in den Kämpfen an der Marne und Vesle vom 18. Juli ab eintrat, machte ihn unmöglich.

Am 22. Juli wurde die Front der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht auf Abwehr eingestellt. Die Angriffsdivisionen mußten zum Teil an die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz abgegeben, zum Teil zur Ablösung besonders mitgenommener Stellungsdivisionen verwendet werden. Für letzteren Zweck reichten sie aber nicht aus. Eine Reihe stark abgekämpfter Stellungsdivisionen mußte weiterhin in der Front verbleiben.

Die deutsche Offensive war beendigt.

Es war nötig, auf die Vorbereitungen zum Hagenangriff genauer einzugehen, um Klarheit über die für diesen Angriff verfügbaren Kräfte und über die zu überwindenden Schwierigkeiten zu gewinnen. Sollte doch durch diesen Angriff, der durch mehrere große Ablenkungsangriffe vorbereitet war, der entscheidende, lange geplante Schlag gegen die Engländer geführt werden. Ein beträchtlicher Anfangserfolg wäre aller Wahrscheinlichkeit nach auch wohl erreicht worden, eine entscheidende Wirkung aber kaum. Weitere große Angriffe auf Amiens und auf Paris kamen danach nicht mehr in Frage.

Sobald die Fronten überall auf Abwehr eingestellt waren, traten die großen Schwierigkeiten hervor, die der starke Kräfteverbrauch und der Zustand der Stellungsdivisionen verursachte.

15. Rückblick auf die Frühjahrs- und Sommeroffensive

Die deutsche Offensive im Frühjahr 1918 hatte mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Mit jedem Monat wuchs die feindliche Überlegenheit, während der Ersatz des deutschen Heeres immer knapper wurde und nicht mehr ausreichte, die Verluste auch nur annähernd zu decken. Die Beweglichkeit des Heeres war beschränkt. Nur eine begrenzte Anzahl von Divisionen konnten für den Angriff

hinreichend ausgerüstet werden, während die schwachen Stellungsdivisionen dauernd eingesetzt blieben, ohne Zeit zur Ruhe und zur Ausbildung zu haben. So wurde die Truppe allmählich verbraucht, während der Feind eine wesentliche Stärkung seiner Kampfkraft durch das Eintreffen der Amerikaner und durch das neue Kriegsmittel der Tanks erhielt.

Trotzdem war die Offensive berechtigt und geboten. Wir befanden uns in einer Zwangslage. Glänzende Siege wurden erfochten, Großes wurde erreicht. Mehrfach waren wir dem Endziel so nahe, daß nur ein Weniges fehlte. Aber etwas fehlte dann doch jedesmal. Schon in der Anlage des Angriffs war meist schon eine unerwünschte Beschränkung geboten. Der Angriff konnte mehrfach nicht von vornherein in der nötigen Breite angesetzt werden. Dann wurde es nötig, ihn in zwei aufeinander folgende Akte zu zerlegen. So war es nicht möglich, am 21. März Arras anzugreifen. Der Marsangriff sollte später stattfinden. Auch die Maioffensive mußte in zwei zeitlich getrennte Abschnitte geteilt werden.

Jeden neuen Angriff mit frischen Kräften zu beginnen, war uns nicht möglich. Artillerie, Flieger, Minenwerfer und vieles andere, auch ein Teil der Divisionen mußten durch Umgruppierung von einem zum anderen Angriff gewonnen werden. Eine schnelle Umgruppierung stieß auf Schwierigkeiten. Das Loslösen vom bisherigen Angriffe ging nicht so schnell, wie es erwünscht war. Der Versuch, den neuen Angriff möglichst schnell folgen zu lassen, führte zu einer Einschränkung der Angriffskraft. Nahm man sich Zeit, wie vor dem Mai und Juli, so gewann auch der Gegner Zeit zur Erholung und Umgruppierung.

Nachdem die ersten Angriffe die Entscheidung nicht gebracht hatten, reichten auf die Dauer die Kräfte nicht mehr aus. Ob nach den mehrfachen Ablenkungsangriffen, auch wenn der letzte im Juli geglückt wäre, wir für den großen Entscheidungsschlag in Flandern noch stark genug gewesen wären, ist zweifelhaft.

Vieles von dem, was sich im Laufe der Offensive nachteilig bemerkbar machte, konnte vorausgesehen werden und ist auch vorausgesehen worden. Das konnte den Feldherrn nicht abhalten, so lange die Waffenentscheidung anzurufen, als noch eine Möglichkeit des Erfolges gegeben war. Er hatte keine Wahl. Es war sehr wohl denkbar, daß das Kriegsglück das Wenige, was am letzten Erfolge nur noch fehlte, ihm in den Schoß geworfen hätte.

Sind im einzelnen Irrtümer, vielleicht auch Fehler festzustellen, und ist der Enderfolg auch ausgeblieben, so möge man nicht nur tadeln und mäkeln, sondern auch die staunenswerte Größe der Gesamtleistung beachten, die auch der Feind unumwunden anerkennt.

II

Die Abwehrkämpfe im Sommer und Herbst 1918

1. Die Lage anfangs August

Anfangs August war die deutsche Front hinter die Aisne—Vesle-Linie Soissons—Reims zurückgenommen, die Schlacht bei Soissons—Reims war beendet. Die ganze Heeresfront wurde auf Abwehr eingestellt, die Initiative war auf den Gegner übergegangen. Die äußerste Kraftanstrengung des deutschen Heeres hatte nicht ausgereicht, den Sieg zu erringen, bevor die Amerikaner in ausschlaggebender Stärke eingetroffen waren. Die Wage senkte sich von jetzt ab stetig zuungunsten Deutschlands. Der Krieg war verloren, wenn wir auch noch auf lange Zeit hinaus zu nachhaltigem Widerstand imstande waren.

Es kann nicht die Aufgabe des Gutachtens sein, die weiteren schweren Kämpfe des Sommers und Herbstes 1918 im einzelnen zu schildern, nachdem sich die entscheidende Wendung des Krieges vollzogen hatte. Es handelt sich nur darum, festzustellen, in welcher Weise, wie lange und mit welchem Ziele der Krieg weitergeführt werden konnte. Auch muß geklärt werden, welche Ursachen zu dem Zusammenbruch Deutschlands im November 1918 geführt haben, obwohl es dem Gegner nicht gelungen war, dem deutschen Heere eine vernichtende militärische Niederlage beizubringen.

Die Maßnahmen der militärischen Führung sind während dieses Kriegsabschnittes vielfach eng mit den politischen Verhältnissen verknüpft. Manche Fragen können daher nur unter eingehender Darstellung der politischen Lage gelöst werden. Sie genauer zu beantworten, ist Aufgabe eines anderen Gutachtens. Die Politik kann hier nur soweit in Betracht gezogen werden, als es zur Erörterung der militärischen Fragen durchaus nötig ist.

So klar wie wir heute die militärische Lage Deutschlands zu Anfang des August 1918 auf Grund der nachträglichen Kenntnis der weiteren Ereignisse und der Lage beim Feinde überblicken, stand sie damals der Heerführung nicht vor Augen.

General Ludendorff sagt in seinen „Kriegserinnerungen“ (S. 545): „Der Versuch, die Völker der Entente durch deutsche Siege vor Ankunft der amerikanischen Verstärkungen friedenswillig zu machen, war gescheitert. Die Schwungkraft des Heeres hatte nicht ausgereicht, den Feind entscheidend zu treffen, bevor der Amerikaner mit bedeutenden Kräften zur Stelle war. Ich war mir klar bewußt, daß dadurch unsere Gesamtlage sehr ernst geworden war.“

General Ludendorff rechnete zwar mit der Fortsetzung der feindlichen Angriffe, nahm aber an, daß es sich nur um einzelne Teilangriffe handeln würde, da „auch der Feind, und zwar im allgemeinen nicht weniger als wir, mitgenommen war". Er hoffte bestimmt auf Abwehr der bevorstehenden Teilangriffe und rechnete mit der Möglichkeit, auch Gegenstöße, wenn auch in kleinerem Rahmen als bisher, führen zu können. „Auch in überaus ernsten Lagen war es bisher gelungen, strategische Aushilfen zu finden; es war für mich kein Grund, anzunehmen, daß es diesmal nicht glücken werde." („Kriegserinnerungen", S. 546.) Erwies sich die Front als widerstandsfähig, dann „waren mit dem Reichskanzler entscheidende Entschließungen zu treffen".

Über die Absichten der Obersten Heeresleitung gibt ein Befehl vom 2. August 1918 Auskunft. Es heißt darin:

„Die Lage verlangt, daß wir uns einerseits auf die Abwehr stellen, andrerseits sobald wie möglich wieder zum Angriff übergehen.

Nach dem starken Kräfteeinsatz der Entente zwischen Vesle und Marne sind Großangriffe des Feindes an anderer Stelle in der nächsten Zeit um so weniger zu erwarten, als er mit einem Gegenangriff rechnet. Die Fortsetzung des Angriffs an der Vesle ist zunächst nicht unwahrscheinlich. Spätere feindliche Großangriffe können sich naturgemäß gegen alle Teile unserer Front richten."

Nachdem die Stellen bezeichnet waren, in denen ein Angriff wahrscheinlich war, heißt es weiter:

„Während wir hier die Abwehr organisieren, bereiten wir gleichzeitig den Angriff vor. Hierfür würde in Betracht kommen:

1. Der Hagenangriff in kleinerer Form,
2. der Angriff Kurfürst zu beiden Seiten der Oise zwischen Montdidier und Soissons,
3. vielleicht kleinere Angriffe östlich Reims auf der Front Pompelle und bei Vauquois,
4. Angriff auf der Front der Heeresgruppe Herzog Albrecht in mehr oder weniger Breite.

Bei den Angriffen, zumal westlich der Mosel, wird es weniger darauf ankommen, weiteres Gelände zu erobern, als den Feind zu zerschlagen und günstigere Stellungen zu gewinnen . . ."

Man wird den Absichten der Heeresleitung, die sie auf Grund ihrer Auffassung von der Lage gefaßt hat, durchaus zustimmen müssen. Es galt zunächst, die Front zu festigen, um den zu erwartenden feindlichen Angriffen gewachsen zu ein. War dies geschehen, so waren „mit dem Reichskanzler entscheidende Entschließungen zu treffen". Darunter ist doch zu verstehen, daß Verhandlungen einzuleiten waren. Freilich wurde dies erst recht nötig, wenn die Front sich nicht als widerstandsfähig erwies. Auf alle

Fälle mußte man sich darauf einrichten, daß der Feind bei Verhandlungen harte Bedingungen stellen würde. Von einem sogenannten Verständigungsfrieden konnte keine Rede mehr sein.

Auch daß man sich nicht lediglich auf Abwehr beschränken, sondern zu Gegenstößen, wenn auch in beschränktem Umfang, übergehen wollte, entsprach wohl der Lage, wie man sie damals ansah. So dachten auch die Oberkommandos der Heeresgruppen. Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht glaubte einen verkleinerten Hagenangriff durchführen zu können und wurde in diesem Sinne vorstellig. Auch das Oberkommando der Heeresgruppe Gallwitz betonte mit Bezug auf die Anweisung der Obersten Heeresleitung vom 2. August in einem Schreiben vom 6. August 1918, daß die Rückkehr zur reinen Abwehr ausgeschlossen sei, wenn man auch an Kräften sparen müsse. Die Durchführung von Angriffsunternehmungen sei unbedingt erforderlich. Der Verbrauch an Menschen und Material sei dabei nicht größer als bei der Abwehr. „Nur der Angriff macht uns unabhängig vom Willen des Gegners . . . Unbedingt stimme ich der dortigen Auffassung zu, daß das Hauptziel aller Angriffe das Zerschlagen des Feindes sein muß."

Jedoch durften die in Aussicht genommenen politischen Verhandlungen nicht hinausgeschoben werden. Daß der Ersatz zu Ende ging und daß hierdurch auch im Laufe des Sommers die größten Schwierigkeiten entstehen würden, war bekannt. Die Linienführung der Stellungen, wie sie sich aus den Kämpfen des Frühjahrs entwickelt hatte, war ungünstig. Wenn auch die Ancre- und Avrebrückenköpfe anfangs August geräumt wurden, so blieben doch die bei Montdidier und westlich Armentières feindwärts vorspringenden Bogen bestehen.

In bezug auf den Feind hat sich die deutsche Heeresleitung geirrt. Es sollte sich bald zeigen, daß er zu einem Großangriff doch imstande war. Auch erwies sich bereits in wenigen Tagen, daß das deutsche Heer nach der ungeheuren Anspannung der vergangenen Kriegsjahre anfing, brüchig zu werden.

Kronprinz Wilhelm sah damals die Lage ungünstiger als die Oberste Heeresleitung an. In einer Ende Juli dem Kaiser eingereichten „Allgemeinen Beurteilung der Lage" äußerte er sich folgendermaßen:

„Man muß sich die Frage vorlegen: Was wird, wenn unsere Gegner, auch bei Entgegenkommen unserseits, nicht zum Frieden bereit sind?

Wir, d. h. Deutschland, können den Krieg noch geraume Zeit fortsetzen. Rohstoff-, Ernährungsfragen und Produktionsmöglichkeiten werden allerdings mit der Zeit immer erschwerender wirken. Wird auch die Rüstungsindustrie das Erforderliche für die Fortsetzung des Krieges leisten, so geht uns zweifellos in absehbarer Zeit der Ersatz für das Heer aus. Der Versuch, den noch vorhandenen Ersatz

aus der Heimat durch ein erweitertes Wehrpflicht- und Hilfsdienstgesetz zu erfassen, ist bedauerlicherweise aus innerpolitischen Gründen fallengelassen. Ob und welchen Erfolg die an Stelle dessen eingeleiteten Maßnahmen haben werden, bleibt abzuwarten. Sicher ist aber, daß die Stärke unseres Heeres allmählich heruntergehen wird. Besonders fühlbar macht sich außerdem der zunehmende Mangel an Offizieren geltend, der übrigens auch bei günstigerer Ersatzlage nicht auszugleichen sein dürfte.

Somit werden unsere Gegner an der Westfront, dauernd genährt durch die amerikanischen Verstärkungen, allmählich eine immer größere zahlenmäßige Überlegenheit gewinnen. Man braucht die Amerikaner nicht überschätzen, man soll sie auch nicht unterschätzen, ganz gewiß aber die großzügigen Leistungen ihrer Rüstungsindustrie nicht verkennen. Je länger der Krieg dauert, um so mehr werden diese Umstände ihren Einfluß ausüben, und die feindliche Westfront wird also militärisch erstarken.

Wir werden möglicherweise wieder völlig in die Abwehrschlacht gedrängt. Zwar sind wir dann bei entsprechendem Kampfverfahren zweifellos in der Lage, den Krieg (allerdings unter allmählichem Geländeverlust) noch sehr lange zu führen und unseren Feinden, die gewiß auch im Jahre 1919 kein leichtes Spiel haben würden, erheblichen Abbruch zu tun. Immerhin darf aber nicht vergessen werden, daß eine solche uns aufgezwungene Defensive, mit einem Rückschlag in der Stimmung des Heeres verbunden, diese auf die Heimat übertragen und im Innern die Lage außerordentlich zuspitzen wird. Der schon jetzt fühlbare Mangel an Einigkeit und fester Entschlossenheit kann einem Pessimismus Vorschub leisten, der seinerseits ein gewaltiges Anschwellen der radikal-demokratischen Bewegung auch in der ländlichen Bevölkerung und das Verlangen nach einem Frieden um jeden Preis auslöst. Ein billiger Friede würde aber gerade dadurch unmöglich gemacht. Käme aber unter dem Druck der Lage gar ein fauler Friede zustande, so sind die inneren Schwierigkeiten nicht etwa behoben; im Gegenteil, sie werden erst recht beginnen. Mögen die Zustände dann vielleicht nicht ganz so arg werden wie in Rußland, so muß immerhin mit einem Sturm gegen die Dynastie unter Durchführung demokratisch-kommunistischer Ideen gerechnet werden. Das Bild mag trübe erscheinen, ist aber kaum übertrieben, sofern man den Ereignissen im Innern ihren Lauf läßt und nicht noch rechtzeitig mit rücksichtsloser Schärfe durchgreift.

Erspart bleibt uns der Kampf nicht. Jetzt ist er noch verhältnismäßig leicht durchzuführen. Weichen wir aber wiederum aus, so ist der Ausgang des Krieges in Frage gestellt und damit Gedeihen und Verderben des deutschen Vaterlandes. In einem geschlagenen Deutschland aber würden innere Zustände einreißen, wie sie in Rußland

zurzeit herrschen. Also gilt es zu handeln. Wie, dürfte kaum fraglich erscheinen."

Die Bedenken, die in dieser Beurteilung der Lage zur Sprache gebracht worden sind, bezogen sich hauptsächlich auf die Beziehungen zwischen Heer und Heimat und auf die innerpolitischen Verhältnisse. Gewiß waren Bedenken genug vorhanden. Solange aber die politische Leitung nicht Verhandlungen einleitete oder diese Verhandlungen keinen Erfolg hatten, mußte von militärischer Seite gehandelt werden. Bestimmte Vorschläge hierfür sind in der Beurteilung des Kronprinzen nicht gemacht worden.

Die Aussicht, daß unsere Gegner friedensbereit sein würden, nachdem unsere Offensive mißglückt und der Gegenangriff am 18. Juli zu einem beträchtlichen Erfolg des Feindes geführt hatte, war nur sehr gering. Wie Clemenceau darüber dachte, ist bereits erwähnt worden. Von den Generalen Foch und Pétain wird bezeugt, daß sie im Juli den Augenblick für gekommen erachtet hatten, zum Angriff überzugehen. Die Amerikaner standen in erheblicher Zahl hinter den Franzosen und Engländern bereit, die Artillerie und die Tanks waren bedeutend vervollkommnet und vermehrt.

Das englische Heer war Ende Juli wieder hergestellt. Feldmarschall Haig beurteilte in seinen Kriegsberichten die damalige Lage folgendermaßen: „Das deutsche Heer hatte seine ganze Kraft entfaltet und war gescheitert. Der Höhepunkt seiner Leistung war überschritten, die während des Winters angehäufte Masse von Reserven war verausgabt. Dagegen hatte sich die Lage der Alliierten hinsichtlich der verfügbaren Truppen wesentlich gebessert. Der Ersatz, der gegen Ende des Frühjahrs und zu Anfang des Sommers eingetroffen war, war ausgebildet und eingestellt. Die britische Armee war bereit, die Offensive zu ergreifen, während die amerikanische Armee mit größter Schnelligkeit anwuchs und bereits schlagende Beweise von der Kampfkraft ihrer Soldaten gegeben hatte."

2. Der 8. August

Die Gegner waren somit in der Lage und gewillt, zum Großangriff überzugehen. Am 24. Juli versammelte Foch in seinem Hauptquartiere die Generale Douglas Haig, Pétain und Pershing und entwickelte ihnen seine Absichten. Zunächst sollten die verschiedenen Bogen bei Montdidier und westlich Armentières, demnächst die nach St. Mihiel vorspringende Stellung der Deutschen eingedrückt werden. Dadurch sollte der Druck, der auf Amiens lastete, aufgehoben, die französische Industriegegend befreit, die Bedrohung der Kanalhäfen beseitigt und die Verfügung über die Bahnen Paris—Amiens und Paris—Nancy—Avricourt sichergestellt

werden. Als allgemeiner Richtpunkt für die weiteren Operationen wurde Mézières für die Franzosen und Amerikaner bezeichnet, während die Engländer über St. Quentin—Cambrai in Richtung auf Maubeuge vorgehen sollten. Ende August und Anfang November wurden diese Anweisungen dahin erweitert, daß die Belgier, durch französische und englische Divisionen verstärkt, in Richtung auf Brügge anzugreifen hatten.

Am 8. August erfolgte der erste Schlag. Unter dem Oberbefehl des Feldmarschalls Haig griffen die 4. englische Armee und die 1. französische Armee in der Gegend von Amiens zwischen Ancre und Avre sowie bei Montdidier an. Der Angriff führte zu einem tiefen Einbruch in die Stellungen der 2. deutschen Armee, so daß weiter südlich auch die 18. Armee beträchtlich zurückgenommen werden mußte. Es gelang, den feindlichen Einbruch abzudämmen, aber die Lage war, wie General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" feststellt, ungemein ernst: „Die 2. Armee blieb innerlich brüchig, während die 18. Armee voll abwehrkräftig war."

Die Gegner hatten ihren großen Erfolg hauptsächlich der Überraschung zu verdanken. Alle Vorbereitungen waren mit der äußersten Sorgfalt geheim gehalten worden. Das ausschlaggebende Mittel zur Überraschung war wiederum die Verwendung von Tanks. 400 Kampfwagen der 4. englischen Armee brachen plötzlich bei starkem Nebel in die Stellungen der 2. deutschen Armee ein. Dadurch erklärt sich der tiefe Einbruch gerade bei dieser Armee, während die französische Armee erst später und nur mit verhältnismäßig wenigen Tanks die 18. Armee angriff.

General Ludendorff gewann aus dem Verlauf der Schlacht den Eindruck, daß unser Kampfinstrument nicht mehr vollwertig sei. „Unsere Kriegsfähigkeit hatte Schaden gelitten, auch wenn sich die bei weitem größere Mehrzahl unserer Divisionen heldenhaft schlug. Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest und nahm mir bei solcher Ersatzlage die Hoffnung, eine strategische Aushilfe zu finden, welche die Lage wieder zu unseren Gunsten festigte ... Der Krieg war zu beendigen." („Kriegserinnerungen", S. 551.)

Zu demselben Ergebnis war der Kaiser gekommen. Bei einer kurz nach dem 8. August in Avesnes stattfindenden Besprechung äußerte er, er könne sich nicht dem Eindruck verschließen, daß der Truppe zu viel zugemutet würde: „Ich sehe ein, wir müssen die Bilanz ziehen. Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden!" (Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 43.)

Am 14. August fand eine Besprechung im Großen Hauptquartier in Spaa unter dem Vorsitz Seiner Majestät

des Kaisers statt. Nach dem von den Teilnehmern unterzeichneten Protokoll erklärte der Staatssekretär des Äußeren, der Chef des Generalstabes des Feldheeres habe „die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen". Der Staatssekretär zog daraus die politische Folgerung, daß wir gezwungen seien, „dieser Kriegslage in der Führung unserer Politik hinfort Rechnung zu tragen". Seine Majestät sprach die Ansicht aus, „es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten". Der Reichskanzler stimmte dem zu: „Diplomatisch müßten Fäden betreffend eine Verständigung mit dem Feind im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen." Zum Schluß führte Generalfeldmarschall von Hindenburg aus, „daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen".

Inwieweit der Versuch zu einer Verständigung mit dem Feinde nach diesem Kronrat gemacht worden ist und ob überhaupt eine Friedensmöglichkeit vorhanden war, kann hier nicht untersucht werden. Hier handelt es sich nur darum, ob die Darlegungen über die militärische Lage zutreffend und so klar waren, daß sie eine unzweifelhafte Grundlage für die politischen Entschließungen gaben. In bezug auf die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens mußte jedenfalls damit gerechnet werden, daß der offenbare Umschwung in der Kriegslage weder Clemenceau, noch Foch und Pétain, noch die soeben auf der Höhe der militärischen Machtentfaltung anlangenden Amerikaner friedenswillig zu machen geeignet war. Es kam also für die Heeresleitung darauf an, militärisch eine feste Haltung zu bewahren, die zweckmäßigsten Maßnahmen zur Verteidigung zu treffen, einen Zusammenbruch zu verhindern und das Heer in möglichst kampfkräftigem Zustand zu erhalten. Das Weitere war der politischen Leitung zu überlassen.

Dazu mußte diese aber klipp und klar über die militärische Lage und über die Aussichten bei Fortsetzung des Krieges unterrichtet sein.

In dieser Beziehung muß gesagt werden, daß die Darlegungen im Kronrat hätten klarer sein müssen. Nach Angabe in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 552) hat sich General Ludendorff am Tage vor dem Kronrat dem Staatssekretär des Äußeren gegenüber in Übereinstimmung mit seiner bereits angeführten Ansicht („Kriegserinnerungen", S. 551) klar dahin geäußert, „daß es uns nicht mehr möglich sei, den Feind durch Angriff friedens-

willig zu machen. Durch Verteidigung allein wäre dies kaum zu erreichen, wir müßten demnach die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege herbeiführen". Allerdings sprach General Ludendorff dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß das Heer sich in Frankreich halten würde. Auch erwähnte er, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg in der Beurteilung der Kriegslage optimistischer sei.

Tatsächlich hat sich der Feldmarschall nach dem Protokoll am 14. August, abweichend von der Ansicht des Generals Ludendorff, dahin ausgesprochen, daß es gelingen werde, durch Stehenbleiben den Feinden unseren Willen aufzuzwingen. Der Staatssekretär des Äußeren faßte die Ansicht des Chefs des Generalstabes des Feldheeres dahin zusammen, daß man zwar den Kriegswillen des Feindes nicht mehr brechen könne, aber durch die Defensive mählich zu lähmen suchen müsse.

Hier liegen offensichtlich Widersprüche und Unklarheiten vor. Wenn die Oberste Heeresleitung aus dem Niedergang der Kampfkraft des Heeres und aus der Abnahme des Ersatzes den Schluß gezogen hatte, daß der Krieg zu beenden war, so durfte die politische Leitung darüber nicht im Zweifel gelassen werden, daß sofort die nötigen Schritte zu tun waren. Eine so allgemeine Wendung, wie sie der Staatssekretär brauchte, daß die Führung der Politik dieser Kriegslage hinfort Rechnung tragen müsse, genügte nicht. Noch weniger durfte der Reichskanzler bei der Ansicht belassen bleiben, daß erst im geeigneten Augenblick, nach den nächsten Erfolgen im Westen, diplomatische Fäden zu einer Verständigung angesponnen werden sollten. General Ludendorff, der vor dem 8. August immer noch an die Möglichkeit einer strategischen Aushilfe geglaubt hatte, verlor, wie erwähnt, nach diesem Tage die Hoffnung, durch eine strategische Aushilfe die Lage zu unseren Gunsten zu festigen.

Die militärischen Fragen, die nach dem 8. August zu lösen waren, standen in engster Beziehung zur Politik. Wurden die diplomatischen Schritte zur Anbahnung eines Friedens sofort getan und erwiesen sie sich als aussichtsvoll, so war der Entschluß, den General Ludendorff dem Kaiser gegenüber bei der Besprechung in Avesnes (Niemann, „Kaiser und Revolution", S. 42) aussprach, „keinen Fußbreit Boden ohne zähen Kampf aufzugeben", durchaus gerechtfertigt. Sollten die diplomatischen Fäden aber erst später angesponnen werden oder erwiesen sich die Vermittlungsversuche als aussichtslos oder langwierig, dann kam alles darauf an, den Widerstand solange als möglich fortzusetzen, das Heer möglichst in kampfkräftigem Zustand zu erhalten und es vor einem Zusammenbruch zu bewahren. Dann war es nicht mehr angebracht, um jede Fußbreite in den augenblicklichen, zum Teil ungünstigen Stellungen zu kämpfen, sondern

es hätte sich empfohlen, das Heer in rückwärtige, verkürzte Stellungen zurückzuführen und Reserven auszusparen.

Nach dem Ergebnis des Kronrates vom 14. August war aber mit einer schnellen Einleitung von Friedensverhandlungen nicht zu rechnen. Die militärische Kritik spricht sich daher meist dahin aus, daß ein baldiger Abmarsch in rückwärtige Stellungen notwendig gewesen sei.

Vielfach wird sogar behauptet, daß ein Abmarsch in die Siegfriedstellung bereits vor dem 8. August hätte angeordnet werden müssen. Doch ist diese Kritik wohl nachträglich auf Grund des damals noch nicht vorauszusehenden weiteren Verlaufs zurechtgemacht. Nach dem 8. August jedoch wäre die militärisch richtige Maßnahme wohl die Zurücknahme des Heeres in die Siegfriedstellung gewesen, so große Bedenken einem Aufgeben des vor kurzem im Angriff mit schweren Opfern erkämpften Bodens entgegenstanden. Die ungünstige Wirkung einer solchen Maßnahme auf das Heer und die Heimat sowie die Steigerung der feindlichen Zuversicht mußten in Kauf genommen werden. Ein freiwilliges Ausweichen war immer noch besser, als wenn man unter schweren Verlusten zum Zurückgehen gezwungen wurde.

Die Oberste Heeresleitung konnte sich jedoch zu einer solchen Maßnahme noch nicht entschließen. Wie erwähnt, wollte General Ludendorff, wie er dem Kaiser erklärte, keine Fußbreite Bodens ohne zähen Kampf aufgeben. Bereits vor dem Einbruch am 8. August waren von der Obersten Heeresleitung am 4. August Anweisungen an die Heeresgruppen zur Verstärkung der augenblicklichen Stellungen gegeben worden. Es sollten Arbeitspläne für die beabsichtigte Verteilung der Arbeitskräfte und den voraussichtlichen monatlichen Bedarf an Baustoffen eingereicht werden. Neben dem Ausbau der vorderen Kampfzonen war dahinter die Möglichkeit zum Ausweichen in rückwärtige taktische Stellungen zu schaffen. Arbeitskräfte konnten aber von der Obersten Heeresleitung nicht zur Verfügung gestellt werden. Die Heeresgruppen mußten mit ihren eigenen Kräften auskommen. Es ergab sich jedoch sehr bald, daß bei den geringen Feldstärken der Stellungsdivisionen und mit den wenigen verfügbaren sonstigen Arbeitskräften nur sehr langsame Fortschritte im Stellungsbau erreicht werden konnten. Die hinter die Front zurückgezogenen Divisionen bedurften dringend der Erholung und Ausbildung und konnten zur Arbeit zunächst nicht herangezogen werden.

Die Ansichten der Oberkommandos der Heeresgruppen über Standhalten oder Ausweichen waren verschieden. In einem Schreiben des Oberkommandos der Heeresgruppe Gallwitz an die Oberste Heeresleitung vom 11. August wird darauf hingewiesen, daß gegenüber den nunmehr zu erwartenden weiteren großen Angriffen

des Gegners eine Abwehr wie in den Jahren 1916 und 1917 einen großen Kräfteverbrauch ergeben würde. Wir dürften uns daher nicht auf die bloße Abwehr beschränken, sondern müßten zu planvollen Gegenangriffen hauptsächlich gegen die Flanke der feindlichen Großangriffe schreiten. „Wenn wir die Kraft in uns fühlen, die jetzige Kriegslage zu wandeln, so erreichen wir dies schneller, wenn wir die angenommene bewegliche Form der Kriegführung nicht vorwiegend in rückwärtigen Stellungen behufs immer erneuter Abwehr, sondern auch nach vorwärts in Gestalt großzügiger Gegenangriffe zur Darstellung bringen."

Das Oberkommando der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz war gegen Ende August dagegen zu der Ansicht gekommen, daß wir endgültig in die Abwehr geworfen seien. In einem Schreiben an die Oberste Heeresleitung (gerichtet an General Ludendorff) vom 26. August entwickelte es, daß wir jedenfalls mit Fortsetzung der feindlichen Offensive auf längere Zeit und mit neuen starken Angriffen gegen strategisch oder politisch wichtige Abschnitte der Front rechnen müßten. „Dem großzügigen Angriffsplan des Feindes müssen wir vorausschauende Maßnahmen für die Verteidigung gegenüberstellen. . . . Zielbewußt sucht der Feind unsere Reserven zu zerschlagen. Dem können wir uns jetzt nur dadurch entziehen, daß der Angriff nur dort angenommen wird, wo sich günstige Grundlagen für die Verteidigung bieten. Trifft diese Vorbedingung nicht zu, so wird abschnittsweise nach vorbereitetem Plan ausgewichen, bis sich Gelegenheit zum Gegenangriff oder zu günstiger Verteidigung, z. B. hinter starken Abschnitten, bietet. . . . Das planmäßige Ausweichen bleibt ein Notbehelf. Es muß seine Grenze in einer starken Dauerstellung finden, die günstige Bedingungen für nachhaltige Verteidigung schafft und, bei weitgehender Abkürzung der Front, die Möglichkeit zum Aussparen starker Reserven bietet. Diese Dauerstellung muß so weit vom heutigen Kampffelde abgesetzt sein, daß auch bei wochenlangem Fortgang der wechselvollen Kämpfe ausreichender Spielraum zu planmäßigem Ausweichen bleibt."

Als solche Dauerstellungen wurden für die Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht und Boehn die Ausgangsstellungen vom Beginn der Frühjahrsoffensive, die Siegfriedstellung, für die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz die Hunding—Brunhild—Argonnenstellung (hinter der Serre, Souche und oberen Aisne) bezeichnet.

In seiner Antwort vom 27. August pflichtete General Ludendorff diesen Ausführungen im allgemeinen durchaus bei, setzte aber hinzu: „Ich sehe allerdings das Ausweichen in die Ausgangsstellung des vorigen März — Siegfriedstellung — als das Äußerste an, wozu wir uns unter Berücksichtigung unserer ungünstigen Ersatzlage entschließen könnten." Der Feind erspare auch Kräfte, wenn wir durch

Ausweichen Kräfte ersparten. Auch reichten die Arbeitskräfte kaum für die Instandsetzung unserer früheren Stellungen aus.

General Ludendorff hat die sehr beachtenswerten Gründe, die seiner Ansicht nach einem früheren Rückzug in rückwärtige Stellungen entgegenstanden, eingehend auseinandergesetzt („Kriegführung und Politik", S. 225 ff.). Große rückwärtige Stellungen außer der Siegfriedstellung und der Hunding—Brunhildstellung waren nicht vorhanden. Ihr Ausbau war unterblieben, weil die Arbeitskräfte fehlten. Diese waren im Winter 1917/18 zur Vorbereitung der Offensive, wie jeder, der damals in den Stäben tätig war, weiß, bis auf den letzten Mann gebraucht worden. Auch in der ersten Hälfte des Jahres 1918 reichten sie kaum zum Ausbau der gewonnenen Stellungen und zur Vorbereitung der weiteren Angriffe aus. Truppen konnten zum Stellungsbau nicht verfügbar gemacht werden.

Inwieweit es vielleicht doch möglich gewesen wäre, einige wenige Divisionen aus dem Osten, die für den Kampf nicht in Betracht kamen, für Arbeitszwecke nach dem Westen heranzuziehen, ist im ersten Teil des Gutachtens erörtert worden. Jedenfalls hätte es sich aber doch dringend empfohlen, erheblich früher mit der Erkundung und Festlegung großer strategischer rückwärtiger Stellungen zu beginnen, als es tatsächlich geschehen ist. Bereits vor Beginn der Offensive mußte man sich darüber klar sein, daß im Falle ihres Mißlingens der Krieg voraussichtlich verloren war. Es waren daher die Maßnahmen für die weitere Führung des Krieges nach dem Scheitern der Offensive schon von langer Hand zu erwägen.

Gegen ein zu schnelles Zurückgehen sprach die Notwendigkeit, das ungeheure Gerät, das sich im Laufe der Jahre hinter den Armeen angehäuft hatte, zurückzuschaffen. Doch mußte diese Forderung gegenüber den taktischen und strategischen Rücksichten in die zweite Linie zurücktreten. Schließlich sind wir doch trotz des langsamen, schrittweisen Zurückweichens gezwungen worden, ungeheure Massen des Heeresgeräts im Stich zu lassen.

Der Rückzug durfte keinesfalls so schnell ausgeführt werden, daß nicht die notwendige Zeit zur gründlichen Zerstörung der Eisenbahnen blieb. Dem Gegner mußte durchaus die Möglichkeit genommen werden, schnell nachzudrängen. Die Vorbereitung dieser Zerstörungen beanspruchte jedoch eingehende Vorarbeiten und zahlreiche Arbeitskräfte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es durchaus erforderlich war, den feindlichen Vormarsch zu verzögern. Es mußte verhindert werden, daß der Kampf sich frühzeitig den heimatlichen Grenzen näherte. Dagegen mußte der Versuch, die nach Beendigung unserer Offensive erreichten Stellungen zäh zu behaupten und dem Gegner jeden Fußbreit Boden streitig zu machen, auf die Dauer zu

einem Verbrauch der Kampfkraft unserer Truppen führen, der für die weitere Fortführung des Widerstandes verhängnisvoll werden konnte. Es wäre daher geboten gewesen, frühzeitiger ein abschnittsweises Zurückführen des Heeres in große Zwischenstellungen vorzubereiten.

Keineswegs aber hätte sich die Ausführung des nachträglich gemachten Vorschlages empfohlen, das Heer gleich nach den Augustkämpfen in die — damals noch gar nicht vorbereitete — Antwerpen-Maas-Stellung zurückzuführen. Ganz abgesehen von den erörterten großen Bedenken gegen ein solches schnelles Zurückgehen kam in Betracht, daß sich die Eisenbahnverhältnisse hinter jeder rückwärtigen Stellung, besonders aber hinter der Antwerpen-Maas-Stellung, erheblich verschlechterten. Es war nicht möglich, hinter dieser Stellung ein ausgebautes Feldbahnnetz und leistungsfähige Entladebahnhöfe zu schaffen, wie es die Truppe bisher gewohnt war. Besonders aber verschlechterten sich die Verhältnisse für Truppenverschiebungen hinter der Front. Dieser Umstand, der vielfach übersehen wird, verdient besondere Beachtung. Auch die Versorgung der Truppen wurde immer schwieriger, je mehr wir beim Rückzug unser engmaschiges Eisenbahnnetz mit zahlreichen Bahnhöfen verloren.

3. Der Abmarsch in rückwärtige Stellungen

Nach schweren Kämpfen, besonders bei der 2. und 17. Armee, wich der rechte Heeresflügel Anfang September in die Siegfriedstellung zurück.

Jetzt erst wurden Maßnahmen zur Erkundung und zum Ausbau weiterer rückwärtiger Stellungen getroffen. Als solche kamen die Hermannstellung für den rechten Heeresflügel, später die Antwerpen-Maas-Stellung in Betracht.

Die Hermannstellung führte von der Gegend östlich Brügge unter Ausnutzung der Lys und Schelde über Tournai—Valenciennes—Solesmes—Guise und schloß sich südöstlich davon an die bereits früher ausgebaute Hunding—Brunhildestellung an, die hinter den Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz längs der Serre, Souche und Aisne über Rethel nach den Argonnen lief. Der Abmarsch in die letztere Stellung wurde mit dem Decknamen „Gudrunbewegung“ bezeichnet.

Die Antwerpen-Maas-Stellung führte westlich an Antwerpen und Brüssel vorbei nach Charleroi, dann nach Givet zur Maas, der sie über Mézières-Sedan bis in die Gegend von Verdun folgte.

Die ersten Anweisungen zum Ausbau einer rückwärtigen Stellung hinter der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht ergingen durch die Oberste Heeresleitung erst am 6. September. Gleichzeitig wurde die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz aufgefordert, die vorhandene

Hunding—Brunhild—Argonnenstellung weiter auszubauen. Nachdem die von der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht vorgeschlagene Linie der Hermannstellung von der Obersten Heeresleitung gebilligt worden war, erteilte die Heeresgruppe am 12. September die Befehle zum Ausbau dieser Stellung an die unterstellten Armeen. Wenn man erwägt, welche umfangreichen Arbeiten bei einem solchen Stellungsbau zu bewältigen sind, so ergibt sich, daß die Stellung nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden konnte. Es handelte sich um die Erkundung der Stellung, die Aufstellung eines Besetzungsplans, die Bereitstellung der leitenden Baustäbe, der Arbeitskräfte und Transportmittel, die Beschaffung der Unterkunft für die Arbeiter, die Anlage der Baubahnen und Parks, die Berechnung des Materialbedarfs und den Nachschub des Materials mit der Bahn und auf dem Wasserwege, die Vermessungsarbeiten zur Herstellung brauchbaren Kartenmaterials, wasserbautechnische und geologische Vorarbeiten, Anstauungen der Lys, Schelde und Scarpe, Räumungs- und Zerstörungsmaßnahmen vorwärts der Stellung usw.

Ein frühzeitiges Ausweichen in diese Stellung kam daher nicht in Frage. Die Oberste Heeresleitung befahl daher durch Fernschreiben vom 30. September:

„Auf Zuführung von O. H. L.-Reserven kann nicht mehr gerechnet werden. Ein feindlicher Durchbruch muß trotzdem unter allen Umständen verhindert werden. Die Heeresgruppen müssen die Operationen daher so leiten, daß sie da, wo es die Lage unbedingt erfordert, unter Wahrung der Verbindung mit den Nachbarn planmäßig und abschnittsweise ausweichen. Es kommt hierbei darauf an, Zeit zu gewinnen, dem Feinde starke Verluste beizubringen, Reserven auszusondern, das eigene Material zurückzuführen und die Eisenbahn- und Fernsprechanlagen nachhaltig zu zerstören. Mit diesen Arbeiten ist sofort zu beginnen. Der Ausbau der Lys-Hermann- und Gudrunstellung als beabsichtigte Dauerstellung ist mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Ich bin mir voll bewußt, daß diese Direktive die höchsten Anforderungen an die Moral der Truppe und die Ruhe der Führung stellt. Das deutsche Heer muß auch diese Aufgabe leisten. Der feste Wille, den feindlichen Anprall abzuwehren und nicht voreilig auszuweichen, ist geboten. Die Absicht, in größerer Breite auszuweichen, ist der Obersten Heeresleitung vorher anzumelden."

gez.: von Hindenburg.

Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht ordnete dementsprechend am 11. Oktober an: „Die allgemeine Lage fordert, daß wir in den jetzigen Stellungen uns möglichst lange halten. Der Entschluß zum Ausweichen in die Lys-Hermannstellung wird erst dann gefaßt werden, wenn er durch die militärische Lage unbedingt nötig wird.

Die jetzigen Stellungen sind daher bei allen Armeen weiterhin zu behaupten."

Die Oberste Heeresleitung mahnte am 12. Oktober nochmals in demselben Sinne: „Die diplomatischen Verhandlungen zur Beendigung des Krieges haben begonnen. Ihr Abschluß wird um so günstiger sein, je mehr es gelingt, das Heer fest in der Hand zu halten, den eroberten Boden zu behaupten und den Feind zu schädigen . . . Jede Ausweichbewegung bedeutet einen schweren Notbehelf. Sie schädigt die Moral der Truppe und kostet uns unersetzliche Vorräte. Der Gegner bekommt ebenso wie wir Kräfte frei. Ich bitte die Heeresgruppe, vorgeschlagene Ausweichbewegungen auf das ernsteste nachzuprüfen. Wir wollen den Feind nicht unterschätzen, wir dürfen ihn aber auch nicht überschätzen."

gez.: von Hindenburg.

Die Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht suchte sich vorwärts der Hermannstellung solange als möglich zu behaupten. Am 16. Oktober sah sich die Oberste Heeresleitung genötigt, den Befehl zum planmäßigen Ausweichen in die Hermannstellung zu geben. Vom 17. bis 20. Oktober wurde die Bewegung ausgeführt. Zu einem auch nur halbwegs ausreichenden Ausbau der Stellung hatte aber die verfügbare Zeit keineswegs hingereicht.

In einer besseren Lage war die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, die in der Zeit vom 11. bis 15. Oktober in die besser ausgebaute Hunding-Brunhildstellung durch die sogenannte Gudrunbewegung auswich.

Nicht lange vorher, Anfang Oktober, waren die ersten Anordnungen zur beschleunigten Erkundung der Antwerpen-Maas-stellung getroffen worden. Die Oberste Heeresleitung mahnte am 12. Oktober, den Ausbau zu beschleunigen. Aber die Baustäbe und Arbeitskräfte der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht wurden erst frei, nachdem die Hermannstellung bezogen worden war. Die Heeresgruppe konnte erst am 15. die näheren Anweisungen für den Bau der Stellung geben. Bei der geringen verfügbaren Zeit ordnete die Heeresgruppe an, daß es darauf ankomme, in kürzester Zeit ein Stellungsgerippe zu schaffen, das den Truppen einen festen Halt gebe und rasche Organisation der Abwehr ermögliche. Obwohl die Oberste Heeresleitung nochmals am 19. Oktober drängte, den Ausbau mit aller Kraft in Gang zu bringen, ist es erklärlich, daß es nicht mehr gelang, eine brauchbare Stellung zu schaffen.

Die Oberste Heeresleitung befahl daher am 19. Oktober, die Hermann-Gudrunstellung zu halten, solange dies irgend angängig sei.

In welche schwierige Lage die Truppen durch das Bestreben, möglichst lange standzuhalten und möglichst spät und langsam auszuweichen, gebracht wurden, geht aus einem Schreiben der Heeres-

gruppe Boehn vom 4. Oktober an die Oberste Heeresleitung hervor. Es lautet:

„Zu der heutigen Schlacht hat die Heeresgruppe ihre letzten kampfkräftigen Reserven einsetzen müssen, nachdem zwei Divisionen, die im Vergleich zu anderen Ruhe gehabt hatten, zunächst versagt hatten. Durch weiteres Einsetzen der zwar stark abgekämpften, aber wieder vortrefflich geführten 2. Garde-Infanteriedivision ist die Lage auf dem linken Flügel der 2. Armee so weit wiederhergestellt, daß ein Verbleiben des IV. Reservekorps und 54. Armeekorps in der ausgebauten Stellung zwischen Crevecoeur und Le Catelet noch gerade möglich erschien, vor allem im Hinblick darauf, daß mit Ausnahme weniger Divisionen die ganze Front der Heeresgruppe jetzt fast durchweg nur mit abgekämpften und an Feldstärke bedrohlich schwachen Verbänden besetzt ist.

Ich weiß, daß die Oberste Heeresleitung nicht helfen kann, weil bei anderen Heeresgruppen ähnliche Verhältnisse vorliegen. Es ist selbstverständlich, daß alles geschehen wird, um der Weisung der Obersten Heeresleitung, die jetzigen zum Teil noch ausgebauten Stellungen zu halten, nachzukommen. Es muß aber bei Fortsetzung der feindlichen Angriffe, die ich mit Sicherheit und bald erwarte, der Zeitpunkt kommen, daß ein feindlicher Einbruch durch Fehlen eigener Reserven sich zum Durchbruch auswachsen kann, und wir dann selbst bei aller Energie der Führung in die ungünstigsten Kampfverhältnisse geraten. Ich weiß, daß auch gewisse politische Momente das Wagnis des Stehenbleibens trotz der damit verbundenen Gefahren erfordern. Sollte aber der Abmarsch auf der Front von dem Meere bis zur Maas nicht in Frage kommen, so halte ich es bei der dann sicher vorliegenden weiteren Abkämpfung der Truppen für den Bereich der Heeresgruppe nur für möglich, die Hermannstellung als Dauerstellung zu beziehen, wenn der Heeresgruppe mehrere kampfkräftige Divisionen in Austausch gegen abgekämpfte zugeführt werden. Beim Ausbleiben dieser Hilfe halte ich es für äußerst bedenklich, in der bis zu ihrem Beziehen nur ganz oberflächlich ausgebauten Hermannstellung, die im Bereich der Heeresgruppe nur an wenigen Stellen ein brauchbares Tankhindernis hat, zu bleiben. Der Zustand unseres Heeres erfordert gebieterisch die Notwendigkeit, starke Reserven auszuscheiden, um diesen Zeit zur Erholung, Auffüllung, Ausbildung zu geben. In der Hermannstellung liegt diese Möglichkeit nicht vor.

Wollen wir das Heer erhalten für weitere Monate und vielleicht Jahre der Kriegführung, so kann nur ein baldiges Ausweichen bis zur Antwerpen-Maasstellung diese Möglichkeit durch starke Abkürzung der Front schaffen. Ohne Verlust an Kriegsmaterial, vor allem in Betrieben, wird ein solcher Entschluß nicht durchführbar sein, selbst wenn wir in unseren Zwischenstellungen den Feind immer wieder

zum Aufmarsch zwingen. Ich halte aber eine Preisgabe von Material für das kleinere Übel, die Hauptsache bleibt die Erhaltung unseres Heeres, mit dem wir bis zum letzten Mann die deutsche Heimat verteidigen wollen.

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, der Obersten Heeresleitung mein Urteil zu übermitteln, um volle Klarheit über die Auffassung der Lage zu geben."

gez.: von Boehn.

Die Oberste Heeresleitung antwortete durch Fernschreiben am 4. Oktober:

„Ich bin mir des Ernstes der Lage, im besonderen vor der Front der Heeresgruppe Boehn, voll bewußt. Bei dem Mangel an Reserven bleibt uns nichts übrig, als abschnittsweise auszuweichen, in der Erwartung, daß die Verluste des Feindes bei den starken Angriffen und unsere politischen Vorschläge die feindlichen Angriffe allmählich schwächen. Solange die Hermannstellung so gut wie gar nicht ausgebaut ist, hat ein sofortiges Ausweichen in diese Stellung gar keinen Zweck, da der Feind schnell nachfolgen wird und unsere Kampfbedingungen sich nicht bessern.

Die Oberste Heeresleitung hält den Vorschlag, sofort planmäßig hinter die Maasstellung auszuweichen, zurzeit nicht für angängig. Die geringe Beweglichkeit und die große Ermüdung unseres Heeres, das Fehlen jeder vorbereiteten Stellung, der Verlust ungeheurer Vorräte des Heeres und des Landes, die wir nicht ersetzen können, würden das Heer in eine Lage bringen, die unhaltbar ist. Der Feind würde mit Teilen schnell folgen, mit starken Kräften aber in Lothringen aufmarschieren und einbrechen. Die bei der Rückverlegung wirklich ersparten Reserven würden augenblicklich also keine Zeit zur Ruhe und Ausbildung finden, sondern müßten auf Einsatz zum Großkampf rechnen.

Ich beabsichtige, sobald die Erkundungen in der Maasstellung abgeschlossen sind, den Ausbau dieser Stellung zu befehlen. Auch ist bei Anlage aller nicht unmittelbar zum Kampf erforderlichen Depots usw. das spätere Ausweichen in die Maasstellung zu berücksichtigen. Den Entschluß zum Ausweichen muß ich mir aber vorbehalten."

I. A.: gez.: Ludendorff.

Auch die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz war um die Mitte des Oktober für weiteren Rückzug. In seinen „Erinnerungen aus Deutschlands Heldenkampf" (S. 358) sagt Kronprinz Wilhelm:

„Die Oberste Heeresleitung hatte in Rücksicht auf die moralische Wirkung, die ein weiterer Rückzug gerade jetzt auf die im Gang befindlichen diplomatischen Verhandlungen haben mußte, das Halten der Hermann- und Gudrunstellung befohlen. Ein strategischer Rück-

zug sollte nur dann angetreten werden, wenn die Gefahr einer Katastrophe bei weiterem Kampf in den jetzigen ausgedehnten Stellungen erwuchs. Es hieß also weiterhin ausharren. Die starken Stellungen der neuen Gudrunfront konnten jedoch das immer kritischer werdende Mißverhältnis der Kräfte auf die Dauer nicht ausgleichen. Die Gefechtsstärken der Divisionen waren teilweise bis weit unter 1000 Gewehre zusammengeschmolzen. Eine Ablösung der im Kampf stehenden Divisionen war schon seit Wochen unmöglich geworden. Die Reserven der Heeresgruppe waren aufgebraucht. Dazu erwuchsen immer noch neue Anforderungen für die 18. Armee und die beiden benachbarten Heeresgruppen. Die nach der Gudrunbewegung freigewordenen Divisionen waren ihnen sofort zugeführt worden. Widerstandskraft und innerer Halt einzelner Verbände ließen infolge der Überspannung nach.

Mein Chef und ich vertraten den Gedanken, daß es ohne Rücksicht auf den Gang der diplomatischen Verhandlungen in allererster Linie darauf ankomme, uns durch Verkürzung der Front die bisher fehlenden Reserven zu schaffen. Denn nur, wenn das gelang, schien uns Aussicht vorhanden, den Abwehrkampf bis zum Beginn von Friedensverhandlungen mit Erfolg fortzuführen. Wir hielten daher das sofortige Zurückgehen in die Antwerpen-Maasstellung für geboten und faßten dann eine weitere großzügige Ausweichbewegung bis in die Linie Maastricht—Luxemburg—Metz—Straßburg—Oberrhein ins Auge. Den schweren Nachteilen, die der Verlust eines großen Teiles nicht so schnell zu bergenden Kriegsmaterials, ebenso wie die Überfüllung und Verstopfung der Bahnlinien bedeuteten, verschlossen wir uns natürlich nicht. Sie mußten aber nach unserer Ansicht noch eher in Kauf genommen werden als eine etwaige Katastrophe des Heeres."

Ein Fernschreiben der Obersten Heeresleitung vom 23. Oktober betonte nochmals, daß sie sich den Zeitpunkt vorbehalte, zu dem die Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, Deutscher Kronprinz und rechter Flügel der Heeresgruppe Gallwitz in die Antwerpen-Maasstellung zurückschwenken sollten. „Je später die Bewegung ausgeführt werden kann, desto besser ist es für die Gesamtlage, den Ausbau der Stellung und die Möglichkeit einer gründlichen Räumung des aufzugebenden Gebiets. Vorläufig bleibt der Befehl bestehen, daß unsere jetzige Stellung unter allen Umständen zu halten ist."

Auf den Antrag der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vom 27. 10., den Beginn der Antwerpen-Maasbewegung mit Rücksicht auf die Erschöpfung der Truppen und den Mangel kampfkräftiger Reserven anzuordnen, antwortete die Oberste Heeresleitung durch Fernschreiben vom 28. 10.:

„Die Reichsleitung ist entschlossen, die Waffenruhe so schnell als möglich herbeizuführen. Gelingt es dem Heere, die feindlichen

Angriffe noch eine Zeitlang abzuwehren und wenig Boden zu verlieren, so werden die von der Entente uns gestellten Bedingungen weniger schwer sein, als wenn unsere ganze Front zwischen Meer und Verdun zurückgeht. Die Wirkung auf In- und Ausland würde in diesem Augenblick die schwerwiegendsten Folgen haben. Nach Mitteilung des Feldeisenbahnchefs würden Milliardenwerte und unersetzbares Kriegsmaterial verlorengehen. Ich kann dem Vorschlag der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz daher zurzeit nicht zustimmen und erwarte, daß sie auch in den nächsten Tagen, wie bisher, den feindlichen Angriffen standhalten wird. Die Vorbereitungen für die Rückbewegungen sind im Gange."

gez.: von Hindenburg.

Erst in der Nacht 7./8. November begann der Rückmarsch in die Antwerpen-Maasstellung. Ehe die Stellung erreicht und besetzt wurde, trat der Waffenstillstand in Kraft.

Durch das Hinausschieben der Bewegung ist die Hoffnung der Obersten Heeresleitung auf weniger schwere Bedingungen nicht erfüllt worden. Die Milliardenwerte und das unersetzbare Kriegsmaterial sind doch zum großen Teil verlorengegangen.

Die hauptsächlich aus politischen Rücksichten erfolgte Verzögerung der Rückführung des Heeres in rückwärtige Stellungen im August, September und Oktober hat die gewünschte Wirkung nicht gehabt, aber die Kampfkraft des Heeres nahezu erschöpft. Das Heer hat zwar keineswegs, wie behauptet worden ist, eine vernichtende Niederlage erlitten, sondern bis zum letzten Augenblick heldenmütigen Widerstand geleistet, die Reihen immer wieder geschlossen und einen feindlichen Durchbruch verhindert. Es würde aber bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand von erheblicher Bedeutung gewesen sein, wenn das Heer durch rechtzeitige, freiwillige Zurückführung in frühzeitiger vorbereitete rückwärtige Stellungen in größerer Kampfkraft dagestanden hätte. Daß der Zustand des Heeres und die Kriegslage aber auch im November ein Weiterkämpfen ermöglichten und keineswegs eine Kapitulation erforderlich machten, wird später noch zu erörtern sein.

Während der geschilderten Rückzugsbewegungen hatte sich die strategische Gesamtlage Deutschlands wesentlich durch den Zusammenbruch Bulgariens und der Türkei verschlechtert. Am 29. September schloß Bulgarien, am 30. Oktober die Türkei einen Waffenstillstand ab. Ende Oktober erreichte die französisch-serbische Orientarmee die Donau, Rumänien mußte von den deutschen Truppen geräumt werden. Nachdem auch die österreichische Front in Italien Ende Oktober zusammengebrochen war, begannen am 30. Oktober die österreichischen Waffenstillstandsverhandlungen mit Italien.

Am 28. September hatte sich die deutsche Oberste Heeresleitung zu dem schweren Entschluß durchgerungen, bei der Reichsregierung den Erlaß eines Waffenstillstands- und Friedensangebots zu beantragen. Am 5. Oktober erging die erste Note an den Präsidenten Wilson, in der er ersucht wurde, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes herbeizuführen und die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen. Erst am 11. November führten die Verhandlungen zum Abschluß des Waffenstillstandes unter den denkbar härtesten Bedingungen, durch die Deutschland nahezu wehrlos gemacht wurde.

4. Die Gründe des Niedergangs

Die Frage, welche Umstände einen solchen Umschwung der Kriegslage seit Juli bis zum November herbeigeführt haben, ist zum Teil bereits durch die bisherigen Darlegungen beantwortet. Von entscheidender Bedeutung war der Zustand des Heeres.

Daß das Heer nach vier Kriegsjahren, nach den schweren Abwehrschlachten des Jahres 1917, nach der mit dem Aufgebot aller Kräfte im ersten Halbjahr 1918 durchgeführten Offensive und nach den andauernden hartnäckigen Rückzugskämpfen im Sommer 1918 stark erschöpft war, kann nicht wundernehmen. Die Stellungsdivisionen, die allzu lange in den Stellungen hatten belassen werden müssen, waren ausgebrannt und dem feindlichen Ansturm nicht mehr durchweg gewachsen, als die Offensive der Gegner im Sommer 1918 begann. Die bisherigen Angriffsdivisionen waren stark verbraucht.

Die schweren Verluste konnten nicht mehr ersetzt werden. Der Ersatz ging zu Ende. Im August 1918 mußten 10, im Oktober 22 Divisionen aufgelöst werden.

Die allgemeine Ersatzlage ist im ersten Teil des Gutachtens eingehend erörtert worden. Sie war von ausschlaggebender Bedeutung. Wie sie auf die Verhältnisse an der Front einwirkte, soll durch eine Darlegung der Lage bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht näher erläutert werden.

Die Grundlage für die Stärkeberechnung der Truppen bildete die „Feldstärke" der Bataillone. Darin waren außer den fechtenden Mannschaften auch die Abkommandierten, Kranken und Vermißten, der Troß und die Beurlaubten enthalten. Diese Zahl gab somit die Verpflegungsstärke an und konnte nur mit Einschränkung zur Bewertung der Kampfkraft herangezogen werden. Als Sollstärke war vor Beginn der Frühjahrsoffensive die Zahl von 850 Unteroffizieren und Mannschaften für das Bataillon festgesetzt worden. Es entsprach dies den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie Ende 1917 vorgelegen hatten. Die durchschnittliche Bataillonsfeldstärke kann Ende 1917 auf etwa 900 Mann angenommen werden. Nach Ab-

rechnung der Kranken, Beurlaubten, Abkommandierten usw. betrug die durchschnittliche Gefechtsstärke der Bataillone an der Westfront etwa 640 Mann.

Abgesehen vom Jahrgang 1899 standen als Ersatz zunächst nur die Wiedergenesenen und Abgaben der Ostfront zur Verfügung. Die Ersatzlage erforderte daher, wie die Oberste Heeresleitung im Dezember 1917 betonte, „sparsamstes Haushalten mit dem verfügbaren Menschenmaterial".

Zu Beginn des Jahres 1918 wurden den Divisionen die ersten Rekruten des Jahrgangs 1899 überwiesen. Die Heeresgruppe erhielt im Januar und in der ersten Hälfte des Februar 26 350 Rekruten. Ihre Einstellung in die Front war für Ende März beabsichtigt.

Unter diesen Verhältnissen war es nicht möglich, allen Divisionen den vollen Ersatz zuzuführen. Die Masse des Ersatzes wurde daher den für den Angriff bestimmten Divisionen überwiesen.

Der Verlauf der Kämpfe bei der Märzoffensive ließ erkennen, daß die Verluste durch den Ersatz nicht gedeckt werden konnten. Im April wurden daher einzelne Kavallerieschützenregimenter aufgelöst, im Mai wurden der Heeresgruppe zwei aufzulösende Divisionen zur Aufteilung auf andere Divisionen zur Verfügung gestellt. Trotzdem gelang es im April und Mai nicht, die durch die Offensive bei Armentières entstandenen Lücken auszufüllen und die Angriffsdivisionen auf voller Stärke zu erhalten. Die durchschnittliche Bataillonsfeldstärke, die Ende Februar noch 807 Mann betragen hatte, sank Ende Mai auf 692 Mann.

Im weiteren Verlauf wurde der verfügbare Ersatz den von der Heeresgruppe für die Hagenoperation bestimmten Divisionen zugewiesen. Um so mehr brannten die Stellungsdivisionen aus. Die Kämpfe bei der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz im Mai, Juni und Juli brachten schwere Verluste. Die Oberste Heeresleitung sah sich daher genötigt, Ende Juli die Soll-Feldstärke der Bataillone an der Westfront von 850 auf 700 Mann herunterzusetzen.

Bald war jedoch zu übersehen, daß auch diese Stärke von 700 Mann nicht aufrechterhalten werden konnte. Es wurde versucht, neue Ersatzquellen zu erschließen. Aus dem Dienstbereich des Generalquartiermeisters, des Feldeisenbahnchefs, des Feldkraftfahrchefs und aus den Luftstreitkräften wurden 60 000 kriegsverwendungsfähige Mannschaften freigemacht. Die Etappenbetriebe wurden eingeschränkt, die Stärken der Landsturmbataillone herabgesetzt, die Genesungsabteilungen verringert. Nachprüfungskommissionen zogen aus Heimat und Etappe den Rest brauchbarer Mannschaften heran. Die Auflösung weiterer Divisionen wurde erforderlich. Die bedenkliche Verminderung der Arbeitskräfte hinter der Front und die Einstellung minderwertiger Mannschaften in die Fronttruppen und die Rekrutendepots mußte in Kauf genommen werden.

Alle diese Hilfsmittel konnten das ständige Sinken der Feldstärken nicht aufhalten. Die Kämpfe an der Westfront forderten vom Juli ab immer größere Opfer. Im August erreichten die Bataillone der Heeresgruppe nur eine durchschnittliche Feldstärke von 660 bis 665 Mann. Die tatsächliche Gefechtsstärke entsprach aber, besonders bei den andauernd in der Front befindlichen Stellungsdivisionen, bei weitem dieser Zahl nicht. In der Feldstärke waren nämlich außer den Lazarett- und Revierkranken, den Urlaubern und Abkommandierten noch volle drei Monate lang die Vermißten, deren Zahl im Laufe des Sommers ständig stieg, enthalten. Die tatsächliche Gefechtsstärke war daher bei Divisionen, die lange Zeit eingesetzt waren und viele Gefangene verloren, ganz erheblich niedriger als die Feldstärke.

Mitte August mußte sich die Oberste Heeresleitung entschließen, anzuordnen, daß alle Divisionen mit durchschnittlichen Bataillonsfeldstärken unter 650 Mann ihre Bataillone nur noch in drei Kompagnien zu gliedern hatten. Ende September wurde bestimmt, daß bei weiterem Sinken der Bataillonsfeldstärken unter 400 Mann die Infanterieregimenter in zwei Bataillone zu gliedern seien. Bis Mitte September waren 15 Divisionen aufgelöst worden. Durch die Einstellung des hiervon auf die Heeresgruppe entfallenden Ersatzes gelang es, eine Durchschnittsfeldstärke der Bataillone von 594 Mann Ende September zu erreichen.

Der Mitte Juni in die Ersatztruppenteile der Heimat eingestellte Jahrgang 1900 in Gesamtstärke von etwa 300 000 Mann wurde Ende September und Oktober den Feldrekrutendepots überwiesen. Durch Zuführung aus dem Osten erhöhte sich die Stärke der Mannschaften in den Rekrutendepots weiterhin.

Eine Verstärkung der Kampfkraft wurde aber durch alle diese Mittel kaum erreicht. Die aus dem Osten, zum Teil aus russischer Gefangenschaft eintreffenden Mannschaften waren vielfach vom Bolschewismus angesteckt. Ein Teil des Ersatzes bestand aus jungen Leuten der Rüstungsindustrie, die bisher in den Fabriken hohen Verdienst gehabt hatten, zum Teil antimilitärisch verhetzt waren und neuen zersetzenden Einfluß auf das Heer ausübten. Der Rest endlich, der zum Teil körperlich nicht auf der Höhe war, hatte bisher nur das ziemlich geregelte und gefahrlose Leben hinter der Front gekannt. In fremde Verbände geworfen, ungekannt von Vorgesetzten und Kameraden, brachten sie den Truppen keinen Kraftzuwachs, sondern vermehrten die Zahl der unsicheren Leute oder der Kranken.

Während der schweren Abwehrkämpfe im Oktober sank die durchschnittliche Feldstärke der Bataillone anfangs des Monats auf 545, Mitte des Monats auf 508 und Ende des Monats auf 450 Mann. Rechnet man hiervon die Nichtkämpfer ab, so entsprachen diese Zah-

len Kampfstärken von 250, 208 und 142 Mann. Die Divisionen zählten schließlich meist nur 800 bis 1200 Gewehre.

Am 22. Oktober befahl die Oberste Heeresleitung die Einstellung der ersten Rate des Rekrutenjahrgangs 1900 in die Truppe. Dadurch kamen die Achtzehnjährigen an die Front.

Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen im Sommer und Herbst 1918 die feindlichen Tanks eine entscheidende Wirkung gegen die dünnen Linien der erschöpften deutschen Truppen erreichten. Der Vertreter der Obersten Heeresleitung äußerte sich über die Tanks am 2. Oktober 1918 gegenüber den Parteiführern des Reichstags folgendermaßen:

„Der Gegner setzte sie in unerwartet großen Mengen ein. Wo sie, noch dazu nach sehr ausgiebiger Vernebelung unserer Stellungen, überraschend auftraten, waren ihnen häufig die Nerven unserer Leute nicht mehr gewachsen. Dort brachen sie durch unsere vordersten Linien hindurch, bahnten ihrer Infanterie den Weg, erschienen im Rücken, erzeugten örtliche Paniken und brachten die Gefechtsführung durcheinander. Waren sie erst erkannt, wurden unsere Tankabwehrwaffen und unsere Artillerie schnell mit ihnen fertig. Dann aber war das Unglück schon geschehen, und lediglich aus den Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unsere Stärken so empfindlich herabsetzten und einen schnelleren Verbrauch der Reserven, als bisher gewohnt, herbeiführten, zu erklären. Dem Feinde gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen, ging über die Kräfte unserer aufs äußerste gespannten Industrie, oder andere wichtige Dinge hätten liegenbleiben müssen.“ Hierzu ist zu bemerken, daß für die hohen Gefangenenzahlen auch noch erhebliche andere Gründe vorhanden waren.

Im ersten Teil des Gutachtens ist zu der Tankfrage ausführlich Stellung genommen worden. Ebenso ist dort dargelegt worden, wie durch den aufs äußerste beschleunigten Antransport der amerikanischen Truppen die zahlenmäßige Überlegenheit unserer Gegner im Sommer und Herbst 1918 von Monat zu Monat wuchs.

Aber nicht nur die Unterlegenheit der Zahl schwächte die Widerstandskraft des deutschen Heeres, auch der Geist der Truppe hatte gelitten. Das Scheitern der mit den größten Siegeshoffnungen unternommenen Offensive übte einen schweren Druck auf die Stimmung der Truppe aus. Es ist aber auch erwiesen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie seit langem von der Heimat aus eine die Manneszucht im höchsten Grade gefährdende Wühlarbeit im Heere betrieb.

Die erste größere Wirkung der revolutionären Propaganda trat in der Meuterei auf der Flotte im Juli 1917 hervor. Seit Anfang 1918 ist nach dem eigenen Eingeständnis aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokraten der Umsturz und die Zermürbung der Front auch im Heere planmäßig vorbereitet worden, indem die Frontsoldaten bearbeitet und zur Fahnenflucht verleitet wurden. Tatsächlich reicht die antimilitaristische, von der Heimat ausgehende Agitation aber viel weiter zurück. Schon 1917 wurden die Soldaten durch Flugblätter bearbeitet: „Werdet Soldaten der Revolution!" Der Erfolg war, daß im Herbst 1918 „massenweise Desertionen, unzählige Scharen von Urlaubern, die mit großer Verspätung oder überhaupt nicht an die Front zurückkehrten, bataillons- und divisionsweises Überlaufen bewiesen, daß die Soldaten begonnen haben, ihr Joch abzuwerfen". (Drahn und Leonhard, „Unterirdische Literatur".)

Tatsächlich nahm die Zahl der Mannschaften, die in Gefangenschaft gerieten, in außerordentlichem Maße zu. Hinter der Front ballten sich an den Eisenbahnstationen und in größeren Orten Hunderttausende von Drückebergern zusammen. Die in der Heimat aufgehetzten Urlauber trieben sich nach der Rückkehr massenhaft hinter der Front herum, ohne ihren Truppenteil aufzusuchen. So gingen Hunderttausende der Front verloren im entscheidenden Augenblick. Hierin, nicht nur in den Verlusten der Rückzugskämpfe, liegt ein Grund für das Hinschwinden der Truppenstärken.

Es war nicht möglich, dieses Unwesens Herr zu werden, obwohl von den Armeen Versprengtensammelstellen eingerichtet und Ersatzverteilerbahnhöfe und Urlauberbahnhöfe bestimmt wurden, bei denen sich Auskunftsstellen befanden und für Verpflegung und Unterkunft gesorgt war.

Der junge Ersatz, der aus der Heimat kam, war verseucht und verdorben. Bereits auf der Fahrt der Ersatztransporte nach dem Westen zeigte sich die Disziplinlosigkeit der Mannschaften, die sich bis zur Widersetzlichkeit und offenen Meuterei steigerte. Der Front konnte dieser Ersatz keinen Gewinn bringen. Das waren die Leute, die im Gefecht guten, vorgehenden Truppen zuriefen, sie seien „Kriegsverlängerer", und die die standhaltende Artillerie als „Streikbrecher" bezeichneten.

Es soll keineswegs behauptet werden, der Krieg sei lediglich durch die Unterwühlung des Heeres verloren worden. Vieles mußte zusammenkommen, um Deutschland trotz seiner ungeheuren Leistungen zu Fall zu bringen. Daß aber den pazifistischen, internationalen, antimilitaristischen Bestrebungen und der von der Heimat ausgehenden revolutionären Unterwühlung des Heeres ein beträchtliches Maß von Schuld an unserem Zusammenbruch zufällt, ist erwiesen.

5. Konnten wir im Herbst noch weiterkämpfen?

Trotzdem wären wir im Herbst 1918 noch in der Lage gewesen, weiterzukämpfen, zwar nicht mehr um den Sieg — denn der Krieg war verloren —, wohl aber um Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, die sich mit unserer Ehre vereinbaren ließen.

In der Heimat waren im Herbst 1918 2 424 000 Zurückgestellte in der Kriegsindustrie und Wirtschaft tätig. 1 187 000 davon waren kriegsverwendungsfähig. Der Kriegsminister erbot sich im Oktober 1918, einen einmaligen starken Nachschub von 600 000 Mann für das Heer zur Verfügung zu stellen, freilich unter merklicher Abnahme des Materialnachschubs und auf Kosten des laufenden monatlichen Ersatzes. Auf eine beschränkte Zeit wäre es wohl auch möglich gewesen, noch einige hunderttausend Mann mehr aus der Kriegsindustrie herauszuziehen.

Daß die Donaufront nach dem Zusammenbruch der mazedonischen Front stark gefährdet war, ist zutreffend. Bis die Orientarmee des Generals Franchet d'Espérey aber imstande war, Deutschland von Süden anzugreifen, mußten Monate vergehen. Es war ein weiter Weg mit langen, unzureichenden und ungesicherten Verbindungen bis dahin zurückzulegen. Ohne die mühsame und zeitraubende Herstellung der zerstörten Eisenbahnen war ein Nachdrängen der Orientarmee nicht möglich. Aus demselben Grunde muß bezweifelt werden, daß die Italiener nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie ohne weiteres in der Lage waren, über Tirol oder Steiermark vorzugehen.

Trotz der Erschöpfung und trotz der ständig abnehmenden Zahl schlug sich unsere Truppe bis zum letzten Tage heldenmütig. Die Mannschaften, die verseucht aus der Heimat kamen oder an der Front durch die revolutionäre Propaganda verdorben waren, verflüchtigten sich im feindlichen Trommelfeuer. Nach Abgang der Drückeberger, Fahnenflüchtigen und Überläufer blieb ein gesunder Kern von Mannschaften übrig, die kräftigen Widerstand zu leisten imstande waren. Insbesondere kämpften die Maschinengewehrschützen heldenmütig bis zum letzten Augenblick. Der Feind war auch erschöpft und griff nach allgemeinem Urteil unserer Frontsoldaten nicht mehr energisch an.

General Ludendorff machte im Oktober 1918 in einer Sitzung der Staatssekretäre die Möglichkeit, den Krieg weiterzuführen, davon abhängig, daß uns eine Atempause gewährt würde. Diese Atempause wäre, wie sich heute nachweisen läßt, tatsächlich eingetreten. Wir hätten im November Zeit gewonnen, uns in der Antwerpen-Maasstellung einzurichten und zu ordnen, wir hätten auch weiter rückwärts den Widerstand fortsetzen und den Feind vor die Frage

stellen können, ob er es auf neue, schwere Kämpfe bis ins Jahr 1919 hinein ankommen lassen oder seine Bedingungen mäßigen wollte.

Die Alliierten waren im November 1918 nicht mehr imstande, uns zu folgen, da die von uns zerstörten Verbindungen, insbesondere die Eisenbahnen, nicht rechtzeitig von ihnen hergestellt werden konnten. Am Tage des Waffenstillstandes war die äußerste Grenze erreicht, bis zu der der Nachschub folgen konnte. Die Lastkraftwagen waren nicht imstande, auf den zerstörten Wegen die Entfernung von den Endpunkten der Eisenbahn bis zur Front zu überbrücken. Hierüber liegen genaue Angaben in bezug auf die englische Armee vor. Auch der amerikanische Nachschub war infolge mangelhafter Organisation des Transportwesens völlig zusammengebrochen.

Tatsächlich konnten die Engländer erst sechs Tage nach Beendigung der Feindseligkeiten, am 17. November, wieder antreten, jedoch nur mit weniger als einem Drittel ihrer Divisionen. Es erwies sich als unmöglich, auch diesen kleinen Teil des Heeres mit allem Nötigen zu versorgen. Anfang Dezember mußte wieder ein Halt eingelegt werden, weil der Nachschub durch die Eisenbahn mit der Vorbewegung nicht Schritt hielt.

Ähnlich war die Lage der Versorgung bei den Franzosen und Belgiern.

Der englische General Maurice bestätigt in einer eingehenden Erörterung der Kriegslage vom November, daß die Deutschen sich hinter der Maas auf einer sehr viel kürzeren Front in einer starken Stellung hätten festsetzen können. Eine große Schlacht, die viele Menschenleben gekostet hätte, wäre erforderlich geworden. Den größeren Teil von Belgien einschließlich Brüssel und Antwerpen und das Industriegebiet von Charleroi hätte man der Zerstörung preisgeben müssen.

Feldmarschall Haig bestätigt diese Ausführungen in seinen Kriegsberichten. Ein Teil der Divisionen sei in bezug auf die Versorgung auf Bahnhöfe angewiesen gewesen, die 130 bis 160 Kilometer entfernt waren, und von denen nur schlechte Wege zur Front führten. „Der Vormarsch wäre erheblich verlangsamt worden, wenn er angesichts des Widerstandes selbst eines geschlagenen Feindes hätte ausgeführt werden müssen. Die Schwierigkeiten der Versorgung wären in vieler Hinsicht ganz außerordentlich gestiegen, besonders durch die Notwendigkeit, große Munitionsmengen nachzuführen."

Von fachmännischer französischer Seite ist nachgewiesen worden, daß die Operationen mehrere Monate lang zum Stillstand gekommen wären, wenn die deutschen Eisenbahnzerstörungen in derselben Weise, wie bisher, bis zum Rhein fortgesetzt worden wären.

Die Erkenntnis dieser teils schon vorhandenen, teils noch bevorstehenden Schwierigkeiten war es, die den Feldmarschall Haig bei

der am 25. Oktober stattfindenden Beratung der alliierten Heerführer veranlaßte, für gemäßigte Waffenstillstandsbedingungen einzutreten. Er erklärte, die verbündeten siegreichen Armeen seien am Ende ihrer Kräfte, Deutschland aber sei militärisch noch nicht gebrochen. „Während der letzten Wochen sind die deutschen Armeen tapfer kämpfend in bester Ordnung zurückgegangen." General Pétain war für scharfe Bedingungen, glaubte aber, daß sie von Deutschland nicht angenommen würden. Ging in diesem Fall der Krieg weiter, so meinte Marschall Foch, daß niemand sagen könne, wie lange er dauern werde. Er könne drei, vielleicht aber auch vier oder fünf Monate dauern.

Es kann somit die Möglichkeit, den Krieg auf deutscher Seite weiterzuführen, nicht bestritten werden. Nur die Revolution hat dies verhindert, indem sie dem Feldherrn das Schwert zerschlug, jede Ordnung und Disziplin im Heere, vor allem hinter der Front, auflöste und allen weiteren Widerstand unmöglich machte. Wer die verheerende Wirkung der Revolution auf das Heer erlebt hat, wird den erschütternden Eindruck nie verwinden können. Nunmehr mußte auch Feldmarschall von Hindenburg in seinem Telegramm vom 10. November dem Abschluß des Waffenstillstandes trotz der furchtbaren Bedingungen zustimmen. Erst durch die Revolution ist Deutschland völlig wehrlos geworden.

III

Stellungnahme zu dem Gutachten des Herrn Geheimrats Professor Dr. Delbrück [1])

Ich fasse zunächst die von Herrn Geheimrat Professor Dr. Delbrück in seinem Gutachten ausgesprochenen Ansichten kurz zusammen. Dabei gestatte ich mir, seine Person der Kürze halber mit „D." zu bezeichnen.

D. richtet seine Kritik vornehmlich gegen General Ludendorff persönlich, nicht gegen die Oberste Heeresleitung oder andere für die Kriegführung maßgebende Persönlichkeiten. Generalfeldmarschall von Hindenburg ist als Chef des Generalstabes des Feldheeres aber doch in erster Linie Träger der Verantwortung, so hoch der Einfluß des mitverantwortlichen Ersten Generalquartiermeisters auch eingeschätzt werden mag. Für die wichtigsten Entscheidungen war zudem der Kaiser zuständig, wenn er sich auch im Jahre 1918 stark zurückhielt. Schrieb doch Generalfeldmarschall von Hindenburg am 7. Januar 1918 an den Kaiser: „Um uns die politische und wirtschaftliche Weltstellung zu sichern, deren wir

[1]) Bezieht sich auf Korreferat Delbrück, erster Teil (S. 239 ff.). Vgl. dazu oben S. 96.

bedürfen, müssen wir die Westmächte schlagen. Dazu haben Eure Majestät die Angriffsschlacht im Westen befohlen."

In politischen Dingen mußte, wie der Reichskanzler Graf Hertling in seiner dem Kaiser vorgelegten Denkschrift vom 23. Januar 1918 betonte, „Seiner Majestät nur von einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, vorgetragen werden können. Die besondere Stellung, die der Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff einnehmen, bringt es mit sich, daß ihre persönlichen Anschauungen und Gedanken größeres Gewicht beanspruchen dürfen, als dies der militärischen Leitung sonst von der Reichsleitung zugestanden werden kann." In einer über die Abgrenzung der Verantwortlichkeit vom Reichskanzler aufgesetzten Erklärung, die von den Generalen gebilligt worden war, heißt es: „Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler." Es traf dies somit auch für die Festsetzung der Kriegsziele, insbesondere in bezug auf Belgien, zu. In seinem Handschreiben an den Generalfeldmarschall von Hindenburg vom 24. Januar 1918 entschied der Kaiser im Sinne vorstehender Erklärung und sprach die Erwartung aus, daß der Feldmarschall und General Ludendorff sich nunmehr „unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegführung widmen könnten".

Soviel über die formelle Verantwortung.

D. vertritt in bezug auf die Offensive und die Verantwortung, die General Ludendorff dafür trägt, folgende Ansicht:

Das Kriegsziel, das General Ludendorff ins Auge faßte, ist ausgedrückt in dem Satz: „Bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es in deutscher militärischer Kontrolle stehen." Ein solches Ziel war nur zu erreichen, wenn die feindlichen Heere völlig niedergeworfen wurden. Ein solcher unbedingter Sieg der Mittelmächte war ausgeschlossen. Das Kriegsziel stand somit nicht im Einklang mit den verfügbaren Mitteln und Kräften.

General Ludendorff hatte das erkannt. Er war „sich bewußt, für die Aufgabe, die er sich gesteckt hatte, zu schwach zu sein". Er griff daher „nicht an demjenigen Punkt der feindlichen Front an, wo sich die beste Aussicht auf die strategische Operation bot, sondern wählte die Stelle, wo am leichtesten durchzudringen war". Das entsprach den verfügbaren Kräften, nicht aber dem Kriegsziel.

Die Märzoffensive „war zwar taktisch günstig, aber strategisch falsch angesetzt". Aus taktischen Gründen war der Angriff zu weit südlich angesetzt, dort, wo der Feind am schwächsten war. Es gelang daher nicht, Amiens zu nehmen. Ein operativer Durchbruch war an sich wegen der Schwierigkeit des Nachschubs ausgeschlossen. Freilich wäre er beinahe doch noch geglückt, aber nur infolge der unglaublichen Fehler der Gegner.

Wenn man die Entscheidung des Krieges erstrebte, hätte man sich stark genug fühlen müssen, diese Entscheidung an derselben Stelle zu erzwingen, wo man den ersten erfolgreichen Schlag getan hatte. General Ludendorff hat aber in der Überzeugung, daß diese Entscheidung mit den verfügbaren Kräften nicht zu erzwingen war, von vornherein bald hier, bald dort anzugreifen beabsichtigt.

Tatsächlich blieb, da eine endgültige Entscheidung nicht möglich war, im Jahre 1918 nichts übrig, als den Feind durch einzelne Teilschläge friedenswillig zu machen. Dazu war es nötig, die politischen Ziele herabzusetzen, insbesondere auf den Besitz Belgiens in jeder Form zu verzichten und sich mit einem Verständigungsfrieden zu begnügen. Mit den Teilangriffen war daher ein entsprechendes Friedensangebot zu verbinden.

Auf dieser Grundlage konnte man an den taktisch günstigsten Punkten angreifen und auf strategische Auswertung verzichten. Unter diesem Gesichtspunkte wäre die deutsche Offensive im März, April und Mai gerechtfertigt gewesen. Auch hätte sich ein Angriff in Italien oder in Rußland gegen Petersburg empfohlen.

Ein solcher Verständigungs- oder Verzichtfrieden wäre durchaus angebracht gewesen. Es war nicht nötig, dem Volk und Heer hohe Kriegsziele vorzuhalten, um seinen Kriegswillen zu stärken. Wilson und Lloyd George waren zeitweise Verhandlungen nicht abgeneigt. Ein deutsches Friedensangebot wäre wohl in den feindlichen Zeitungen als Schwäche ausgelegt worden, aber seine Ablehnung hätte bei den hüben und drüben sich nach Frieden sehnenden Volksmassen ungünstig für den Ablehnenden gewirkt.

General Ludendorff hat selbst nicht an die Möglichkeit einer entscheidenden Niederlage aller Feinde geglaubt und einen Verständigungsfrieden wohl für angängig gehalten. Die von ihm unternommene Offensive, wenigstens ihre Fortsetzung im Sinne einer großen Operation nach dem mißlungenen Märzangriffe, war daher unberechtigt. Er hat geglaubt, dem Heere hohe Ziele zeigen zu müssen, wollte aber die Herbeiführung des ihm im Grunde willkommenen Verständigungsfriedens auf die Diplomaten abschieben. Sein Handeln im Feldzuge 1918 ist wesentlich durch einen ungezügelten Ehrgeiz mit bestimmt worden.

Das ist der Kern der Ausführungen des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Delbrück.

Dieser Darstellung gegenüber fasse ich meine Ansicht zunächst folgendermaßen kurz in einzelne Punkte zusammen, um sie dann näher zu begründen. Einige Wiederholungen sind dabei nicht zu vermeiden.

1. Ein Verständigungsfrieden war auf dem Wege des Angebots und der Verhandlungen nicht zu erreichen, es sei denn unter Bedingungen, die dem Versailler Diktat ähnlich waren. Durch das

ständige Reden von einem Verständigungsfrieden wurde unser Volk zu dem Glauben verführt, als wenn er jederzeit zu erreichen wäre, sobald wir nur wollten. Der Kriegswille Deutschlands wurde dadurch geschädigt. Auf seiten der Entente bestand der unbedingte Vernichtungswille. Daß Friedensmöglichkeiten ernstlich bestanden hätten, aber nicht ausgenutzt worden seien, muß so lange bestritten werden, bis ein bündiger Beweis geliefert wird.

Auch ein Friedensangebot in Verbindung mit Teilschlägen konnte nicht zum Ziel führen. Jedes Friedensangebot wurde als Zeichen von Schwäche ausgelegt.

Ein Abschluß des Krieges war für uns, wenn wir uns nicht unterwerfen wollten, nur durch Niederwerfung des Gegners, bis wir ihm den Frieden diktieren konnten, zu erreichen, oder, wenn dies nicht möglich war, dadurch, daß wir ihn durch unsere Siege friedenswillig machten.

2. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn General Ludendorff erklärte, es sei nur Sieg oder Niederlage möglich gewesen.

3. Die völlige Niederwerfung der Gegner war im Jahre 1918 schwer zu erreichen. Es war sehr fraglich, ob die Kräfte dafür ausreichten. Immerhin mußte danach gestrebt werden. Das Kriegsglück ist nicht vorauszusehen, überraschende Wendungen treten oft ein. Gelang die Absicht nicht, so mußte durch möglichst entscheidende Siege der Gegner friedenswillig gemacht werden, so daß er zu Verhandlungen bereit war. Militärisch bestand zwischen beiden Verfahren kein wesentlicher Unterschied. In beiden Fällen mußten nicht nur taktische Teilerfolge, sondern eine möglichst weitgehende operative Ausbeutung des Sieges erstrebt werden.

4. In politischer Beziehung empfahl es sich jedoch, keine Kriegsziele aufzustellen, die nur durch völlige Niederwerfung der Gegner zu erreichen waren. Der Besitz Belgiens war ein solches Kriegsziel. Niemals würde England darin eingewilligt haben, wenn es nicht völlig zu Boden geworfen worden wäre. Wollte man den Feind friedenswillig machen, mußte Deutschland auf Belgien verzichten. Die Erklärung eines solchen Verzichtes durch die politische Leitung in geeigneter Form und zu geeigneter Zeit wäre meines Erachtens unbedenklich gewesen. Wenn auch General Ludendorff nach seiner Angabe an seinem Kriegsziel in Bezug auf Belgien „innerlich“ bis in den Sommer 1918 hinein festgehalten hat, so ist doch wohl anzunehmen, daß er zu einer Einschränkung bereit gewesen wäre, wenn sich eine Friedensmöglichkeit gezeigt hätte.

5. Das Streben der Obersten Heeresleitung mußte nach möglichst entscheidenden Siegen mit weitgehender operativer Auswirkung gehen. Taktische Teilschläge mit beschränktem Ziel konnten

keine genügende Wirkung haben. General Ludendorff hat sie auch nicht geplant.

6. Dementsprechend war die Märzoffensive angelegt. Sie erstrebte ein großes operatives Ziel. General Ludendorff und mit ihm das ganze Heer hoffte auf einen entscheidenden Erfolg. Er hätte auch erreicht werden können.

Nachdem der Märzangriff einen großen taktischen Erfolg, nicht aber die erhoffte entscheidende operative Wirkung gehabt und auch der Aprilangriff in Flandern uns nicht in den Besitz der Küste gebracht hatte, war die Fortsetzung der Offensive geboten, um durch weitere Siege den Gegner friedenswillig zu machen. Der Mai- und Juliangriff an der Aisne und in der Champagne sollten einen entscheidenden Schlag in Flandern gegen die Engländer vorbereiten. Dieser, sich durch die weiteren Operationen hindurchziehende Grundgedanke war richtig, wenn man auch in bezug auf die Ausführung verschiedener Ansicht sein kann. Es blieb keine andere Möglichkeit.

Zu diesen einzelnen Punkten habe ich folgendes näher auszuführen:

Zu 1.

D. meint, der Weg zu einem ehrenvollen Frieden wäre gewesen, „gleichzeitig möglichst schwere Schläge zu führen und den Gegnern so gemäßigte Bedingungen zu bieten, daß die Völker den Friedensschluß einer Fortsetzung des Blutvergießens vorgezogen hätten". Wir hätten somit „nur einen Angriff mit beschränkten Zielen unternehmen und ihn mit einem ehrlichen und offenen Friedensangebot auf der Grundlage der vollen Souveränität und Integrität Belgiens verbinden müssen". Eine Verständigung sei im Frühjahr 1918 nicht ausgeschlossen gewesen. Präsident Wilson wie Lloyd George hätten im Januar 1918 Reden gehalten, die von früheren Äußerungen erheblich abstachen. Lloyd George habe eine ganz freundliche Miene gemacht.

Was von den Versprechungen Wilsons und den Reden und freundlichen Mienen des vielgewandten Lloyd George zu halten ist, haben wir inzwischen zur Genüge erfahren. Diesen, doch recht dunklen Aussichten, seien folgende gegenteilige Äußerungen gegenübergestellt.

Alle Kundgebungen aus französischen militärischen Kreisen, soweit sie aus der französischen Kriegsliteratur bekannt geworden sind, stimmen darin überein, daß im Jahre 1918 die Waffen entscheiden mußten. Ein Friede ohne Sieger und Besiegte sei unmöglich gewesen, sagt General Mangin bei einer Betrachtung über die Kriegslage um die Wende 1917/18: „Nur der Sieg mit den Waffen konnte dem Kriege ein Ende machen." Zahlreiche ähnliche Äußerungen ließen sich beibringen. Es sei bei dieser Gelegenheit an das harte

Wort erinnert, das der französische General de Castelnau bereits im Jahre 1916 zu Repington sprach: „Eher soll die ganze französische Rasse auf dem Schlachtfeld liegen bleiben, als daß wir die Sklaverei aus den Händen Deutschlands annehmen."

Vor allem aber war Clemenceau die Verkörperung des französischen Siegeswillens. Mitte November 1917 war er an die Spitze der Regierung getreten. „Er hat nur ein Ziel: Kriegführen. Durch ihn verstärkte sich noch mehr die einstimmige Entschlossenheit Frankreichs, den Kampf, koste es was es wolle, bis zum Siege des Rechtes durchzuführen," sagt der französische Militärschriftsteller Corda. Herr Oberst Schwertfeger hat bereits die Rede angeführt, die Clemenceau in der französischen Kammer am 8. März 1918, kurz vor Beginn der deutschen Offensive, hielt: „Meine auswärtige und meine innere Politik ist ganz dasselbe. Innere Politik: ich führe Krieg. Auswärtige Politik: ich führe Krieg. Ich führe immer Krieg . . . Rußland verrät uns: ich führe weiter Krieg. Das unglückliche Rumänien ist gezwungen, zu kapitulieren: ich führe weiter Krieg, und ich werde weiter Krieg führen bis zur letzten Viertelstunde. Denn uns wird die letzte Viertelstunde gehören."

Sein Siegeswille wurde nicht im geringsten durch die schweren Niederlagen der Alliierten im März und Mai erschüttert. Als die Deutschen zum zweiten Male an der Marne standen und Paris bedrohten, rief er am 4. Juni 1918 in der Kammer aus: „Wir werden den Sieg davontragen, wenn die öffentlichen Gewalten auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Ich schlage mich vor Paris, ich schlage mich in Paris, ich werde mich hinter Paris schlagen." Das sieht nicht nach Neigung zu einem Verständigungsfrieden aus.

Als man sich in Frankreich zu Beginn des Jahres 1918 darüber klar wurde, daß man nach dem Zusammenbruch Rußlands mit einer großen deutschen Offensive rechnen mußte, beschloß man, sich zunächst auf die Verteidigung zu beschränken. Der Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Pétain, sah aber dem Kampf zuversichtlich entgegen. Der Trumpf, den man in Händen habe, sei der Eintritt der Amerikaner in den Krieg. Träfen sie zeitig genug ein, dann sei der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft. In der bereits erwähnten Anweisung Pétains an die französische Armee vom 22. Dezember 1917 heißt es: „Die Entente wird die zahlenmäßige Überlegenheit erst erlangen, wenn hinreichende amerikanische Truppen in die Front eintreten können. Bis dahin müssen wir eine abwartende Haltung einnehmen, mit der ausgesprochenen Absicht, sobald wir können, die Offensive zu ergreifen, die allein den Endsieg bringt." Während die Deutschen ihre Kräfte verbrauchten, sollten die Kriegsmittel Frankreichs, insbesondere das Artilleriematerial, die Flugzeuge und Kampfwagen, beträchtlich vermehrt werden. Im Juli hielt man den Zeitpunkt zum Angriff für gekommen, die Amerikaner

waren in beträchtlicher Zahl zur Stelle, die Waffen waren bereit. Es war nicht anzunehmen, daß man die Waffen vorzeitig aus der Hand legte, um sich zu verständigen.

D. bezweifelt, daß ein deutsches Friedensangebot von den Völkern als Zeichen der Schwäche ausgelegt worden wäre. Ein Friedensangebot, das nicht angenommen wurde, hätte bei den Volksmassen, die sich nach Frieden sehnten, günstig für den Anbietenden, ungünstig für den Ablehnenden gewirkt. „Warum denn keinen Frieden, wenn der andere bereit ist? Wir wollen doch nichts als unsere Verteidigung, und diese ist doch wohl erreicht!"

Der Engländer wie der Franzose wollte aber erheblich mehr als die Verteidigung. Beide hatten recht weit gespannte, bestimmte Kriegsziele. Von Verständigung und Frieden hatte Deutschland bereits mehr als genug geredet, ohne irgendwelchen Anklang zu finden.

Der englische Handelsminister erklärte im Unterhause im Januar 1916, daß alles geschehen müsse, um die deutschen Finanzen zugrunde zu richten und Deutschlands Handel zu erdrosseln. „Es wird nötig sein, beim Friedensschluß darauf zu achten, daß Deutschland sein Haupt nie wieder erheben kann." In dem Buche von Dewar und Boraston: „Sir Douglas Haig's Command" (I, S. 402) wird in bezug auf die Lage Ende 1917 festgestellt, daß England einen Verständigungsfrieden mit den Mittelmächten verwarf. „Die große Masse des englischen Volkes wünscht einen solchen Frieden nicht, und das Kriegskabinett verlangte die völlige Niederwerfung des Gegners."

Graf v. Bernstorff hat bei den Verhandlungen des 2. parlamentarischen Unterausschusses erklärt, daß das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, wie ihm Oberst House im Auftrag des Präsidenten mitgeteilt habe, in Amerika als Schwäche und als eine Gefährdung der amerikanischen Friedensaktion angesehen worden sei. Es bestände bei der Entente die Auffassung, daß Deutschland das Friedensangebot nicht gemacht haben würde, wenn es den Frieden nicht sehr notwendig brauchte. Dieselbe Ansicht äußerte der Gesandte von Romberg: „Tatsache ist — und ich habe das vielfach bestätigen hören, daß der Eindruck, den unser Friedensangebot machte, der Eindruck der deutschen Schwäche war . . . Die Wirkung im feindlichen Ausland ist durchaus, wie ich schon vorhin sagte, die gewesen, daß man den Eindruck der Schwäche gewann, und daß dadurch der Siegeswille im feindlichen Ausland eine ganz erhebliche Stärkung gewonnen hat. Dieselben Wirkungen haben die vielen Versuche, die sonst auf diesem Gebiet gemacht worden sind, immer wieder gehabt."

Der russische General Gurko, Ende 1916 Chef des Generalstabes des Feldheeres, sagt in seinen Erinnerungen: „Gegen Mitte Dezember 1916 wurde von der deutschen Regierung ein klares Friedens-

angebot gemacht. Dieser Vorschlag forderte eine ebenso klare Antwort. Unseren Feinden mußte jene einfache Wahrheit zum Bewußtsein gebracht werden, daß, wenn zur Erklärung des Krieges einer genügt, so zum Friedensschluß mindestens zwei Gegner notwendig sind."

Als das deutsche Friedensangebot in Frankreich bekannt wurde, erließ der bei Verdun kämpfende General Mangin folgenden Armeebefehl: „Indem sie eingestehen, daß sie nicht imstande sind, uns auf dem Schlachtfeld zu besiegen, wagen es die uns angreifenden Wilden, uns die plumpe Falle eines vorzeitigen Friedens zu stellen. Während sie neue Kräfte sammeln, rufen sie: Kamerad. Ihr kennt dieses Verfahren. Ihren heuchlerischen Vorschlag hat Frankreich durch den Mund Eurer Kanonen und die Spitze Eurer Bajonette beantwortet. Ihr seid die wahren Gesandten der Republik. Sie dankt Euch."

Die am 10. Januar 1917 übergebene Antwort der Ententemächte auf die Wilsonsche Friedensnote „mußte jeden Rest von Illusionen über die Friedensbereitschaft unserer Feinde endgültig zerstören . . . Sie stellte Kriegsziele auf, die den Versailler Frieden bedeuteten. Es gibt kein stärkeres Dokument des Fehlens einer jeden Friedensbereitschaft als diese Antwortnote." (Bericht des 2. Unterausschusses, Minderheitsbericht Schultz-Bromberg[1]).)

Ein halbes Jahr später, am 5. Juni 1917, nahm die französische Kammer mit 467 Stimmen gegen 52 eine Resolution an, wonach die Abtretung Elsaß-Lothringens gefordert und der preußische Militarismus mit Waffengewalt niedergeschlagen werden sollte, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten und die Unabhängigkeit der großen und kleinen Nationen durch den Völkerbund sicherzustellen. Tags darauf nahm der französische Senat einstimmig folgende Tagesordnung an: „Der Senat, in der Überzeugung, daß ein dauerhafter Friede nur durch den Sieg der verbündeten Armeen erreicht werden kann, bekräftigt, daß Frankreich, stark durch seine Bündnisse, getreu seinem Ideal der Unabhängigkeit und Freiheit aller Völker, gewillt ist, den Krieg durchzuführen bis zur Rückgabe von Elsaß-Lothringen, der Sühne für die Verbrechen, dem Ersatz der Kriegsschäden und der Gewähr der Bürgschaft gegen einen neuen Angriff des deutschen Militarismus."

Entkleidet man diese Entschließungen von den üblichen französischen Redensarten (es fehlt nur der sonst immer vorgebrachte „Schutz der Zivilisation"), so geht daraus die feste Entschlossenheit hervor, den deutschen Gegner durch Waffengewalt völlig niederzuwerfen. Anders waren solche Bedingungen nicht zu erreichen. Tardieu („La Paix", Seite 96) setzt hinzu: „Überall, in England, in Italien, in Belgien, bestätigen die Parlamente in ähnlichen Äußerungen die Erklärungen der Regierungen und die Denkweise der Völker.

[1]) Reihe II, Bd. 1, S. 30 ff.

Alle europäischen Verbündeten stimmen nach drei Kriegsjahren über zwei Punkte überein: erstens, daß ein Friede nur nach dem Sieg möglich ist; zweitens, daß nach dem Siege die Verbündeten für sich und für alle das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Abtretungen, Schadenersatz, Garantien und den Völkerbund verlangen . . . Von nun ab weiß man, was unter dem siegreichen Frieden zu verstehen ist."

Allerdings wissen wir heute, was die Franzosen unter einem siegreichen Frieden und unter dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verstehen. Ihre Absichten gingen schon damals viel weiter als Tardieu gesteht. Sie erstreckten sich auf das linke Rheinufer. Der französische Ministerpräsident Briand hatte schon Anfang 1917 mit England darüber zu verhandeln versucht und hatte die Zustimmung des Zaren von Rußland erlangt. An diesem Kriegsziel hat Frankreich bis zum Schluß des Krieges und bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1919 zäh festgehalten, es hält auch heute noch daran fest.

Kurz nach den Kundgebungen des französischen Parlaments, am 19. Juli 1917, nahm der Deutsche Reichstag seine Friedensresolution an: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar." Ein größerer Gegensatz ist kaum denkbar.

Eine Wiederholung eines Friedensangebots im Jahre 1918 hätte keine andere Wirkung erreicht als die bisherigen Erklärungen. D. meint, nach den bedeutenden Erfolgen unserer März- und Apriloffensive sei wohl Aussicht auf Erfolg gewesen. „Was hätten die Völker gesagt, wenn in diesem Augenblick der deutsche Reichskanzler von neuem erklärt hätte: An der von uns verkündeten Friedensbasis wird nichts geändert. Die Integrität und Souveränität Belgiens bleibt nach wie vor gesichert. Wir laden die Völker ein, mit uns zu einem Friedenskongreß zusammenzutreten."

Die Völker würden 1918 dasselbe gesagt haben wie 1916 und 1917.

Zu 2. und 3.

Die deutsche Oberste Heeresleitung hatte recht, wenn sie den Sieg durch Waffenentscheidung erstrebte. Ich vermag keinen Widerspruch zu den Lehren von Clausewitz darin zu finden, wenn der Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff bei ihrer Vernehmung vor dem zweiten Unterausschuß erklärten, daß sie das Oberkommando übernommen und geführt hätten mit dem unbedingten Willen zum Siege. Gewiß kann, wie Clausewitz sagt, ein großes kriegerisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen nicht eine nur rein militärische Beurteilung zulassen. „Der oberste Standpunkt für die Leitung des Krieges, von dem die Haupt-

linien ausgehen, kann kein anderer als der der Politik sein." Im Jahre 1918 war die Lage einfach und klar. Man brauchte nicht auf Clausewitz zurückzugreifen, um zum richtigen Entschluß zu kommen, wie denn überhaupt nicht erforderlich ist, die Richtigkeit jeder Kriegshandlung durch einen Satz aus Clausewitz zu beweisen. So hoch sein Werk über den Krieg für jeden Soldaten steht, es trifft doch nicht alles, was darin steht, nach hundert Jahren noch bedingungslos zu.

Meines Erachtens hat General Ludendorff die Lage durchaus klar bezeichnet („Kriegführung und Politik", S. 254): „Der Reichskanzler und die Mehrheit des Reichstages konnten und wollten nicht verstehen, daß es aus unserem Daseinskampf keinen anderen Ausweg geben konnte als einen Sieg. Sonst standen wir vor dem Vernichtetwerden. Hatten wir den Sieg errungen, dann konnten wir auch versuchen, unsere Lebensnotwendigkeiten durchzusetzen. Gelang es nicht, zu siegen, dann war auch ein Verständigungsfriede nicht möglich und wir standen vor einem Gewaltfrieden. Wir hatten nun einmal einen Gegner, der sich mit uns so lange nicht verständigen wollte, als ihm nicht durch seine Niederlage die Hoffnung auf den eigenen Sieg genommen war."

Unter diesen Umständen hatte der Kaiser recht, wenn er, wie erwähnt, die beiden Generale der Obersten Heeresleitung ermahnte, sich „unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegführung zu widmen".

Nur der Weg der Waffenentscheidung blieb für uns übrig. Daher mußte der „unbedingte Wille zum Siege" unsere Kriegführung im Jahre 1918 durchdringen. Bis zu welchem Grade der Sieg gelang, ob bis zur Vernichtung des Gegners — was schwer zu erreichen war — oder zur Schwächung seines Kriegswillens, so daß er friedensbereit wurde, mußte dahingestellt bleiben. Nur war sicher, daß die Friedenswilligkeit nicht durch Friedensangebote, auch nicht in Verbindung mit Teilangriffen mit beschränktem Ziele, sondern nur durch möglichst entscheidende, operativ sich auswirkende Siege zu erreichen war. Die Kriegsziele im einzelnen im voraus unbedingt festzulegen, empfahl sich nicht, sie mußten je nach dem Erfolg bestimmt werden. Wohl aber mußte man sich über das Höchst- und Mindestmaß der Forderungen und über die Grenzen des auch im günstigen Falle Erreichbaren vorher klar sein. Die Forderung nach dem Besitz Belgiens überschritt diese Grenze, wenn es auch anderseits ein Irrtum gewesen wäre, anzunehmen, daß der Verzicht auf Belgien uns ohne weiteres einen Verständigungsfrieden gebracht hätte. Nur hätte eine entsprechende Erklärung den Gegnern einen Vorwand genommen, den sie zur Propaganda benutzten.

Auch darin ist dem General Ludendorff zuzustimmen, daß wir, wenn die Offensive scheiterte, vor dem Gewaltfrieden standen. Es

konnte sich dann nur darum handeln, durch entschlossenen, hartnäckigen Widerstand dessen Bedingungen zu mäßigen.

Ich halte den ganzen Gedankengang der Obersten Heeresleitung für völlig klar und vermag keinerlei Widerspruch darin zu erblicken.

Freilich mußte man von vornherein damit rechnen, daß der Energie und der Dauer unserer Kriegführung, wie im ersten Teil meines Gutachtens ausgeführt worden ist, durch den Mangel an Ersatzmannschaften, an Pferden, Futter, Betriebsstoffen und manchem anderen Grenzen gezogen waren.

In einer unmittelbar nach dem Kriege verfaßten Denkschrift des Oberstleutnants Wetzell, der während der Offensive 1918 Chef der Operationsabteilung in der Obersten Heeresleitung war, heißt es daher: „Daß man bei der zahlenmäßigen Stärke und den artilleristischen und materiellen Kampfmitteln unserer Gegner diese durch Angriff nicht völlig niederwerfen oder auf die Knie zwingen würde, das war von vornherein klar. Wohl aber konnte man sich das Ziel stecken, durch große Offensivunternehmungen stets in der Vorhand zu bleiben, dem Gegner das Gesetz zu diktieren und ihn zur Erkenntnis zu zwingen, daß wir nicht zu besiegen seien, und ihn damit zu einem billigen, für uns günstigen Frieden geneigt zu machen. Dies um so mehr, wenn es gelang, die englische und französische Armee vor Einsatz der amerikanischen Hauptkräfte so schwer zu treffen, daß letztere keine Wendung mehr herbeiführen konnten."

General Ludendorff hat sich wohl im Innern von vornherein das Ziel höher gesteckt und mit der Möglichkeit, den Feind niederzuwerfen, gerechnet. Das wird dem kühnen Feldherrn zustehen. In seinen Äußerungen aber ist er zurückhaltender. Bis in den Juli hinein habe er gehofft, „den Willen des Feindes zu brechen und so friedensbereit zu machen" („Kriegführung und Politik", S. 295). Nach dem mißglückten Juliangriff „war der Versuch, die Völker der Entente durch deutsche Siege vor Ankunft der amerikanischen Verstärkungen friedenswillig zu machen, gescheitert". Dem Staatssekretär von Hintze erklärte er in Spaa am 13. August 1918, „daß es uns nicht mehr möglich sei, den Feind durch Angriff friedenswillig zu machen" („Kriegserinnerungen", S. 545 und 552).

Daß die Kriegsziele der Obersten Heeresleitung, soweit sie Belgien betrafen, unter diesen Umständen zu weit gespannt waren, ist bereits erörtert worden. Das ist aber nicht lediglich der Obersten Heeresleitung zur Last zu legen, sondern auch der politischen Leitung. In den vom Reichskanzler am 29. Januar 1917 zusammengefaßten Friedensbedingungen ist von einer Wiederherstellung Belgiens nur „unter bestimmten Garantien für die Sicherheit Deutschlands" die Rede. Später allerdings, im Kronrat im September 1917, wurde gegen die Ansicht der Obersten Heeresleitung dahin entschieden, daß die Unversehrtheit Belgiens ohne jede Einschränkung

etwaigen Verhandlungen zugrunde gelegt werden solle. Aber eine entsprechende öffentliche Erklärung wurde von der Reichsleitung nicht abgegeben.

General Ludendorff („Kriegführung und Politik", S. 252) gibt an, daß er innerlich bei den in Betracht gezogenen Kriegszielen bis zum Juli-August 1918 stehen geblieben sei. Auf die Kriegshandlung war dies ohne Einfluß. Der Angriff mußte so lange fortgesetzt werden, als die Kräfte reichten. Erst wenn der Feind friedenswillig geworden und wenn es zu Verhandlungen gekommen wäre, hätte die belgische Frage wieder eine entscheidende Rolle gespielt. Dann war es Sache der Reichsleitung, hierüber zu bestimmen. Es war anzunehmen, daß die Oberste Heeresleitung sich den gegebenen Verhältnissen gefügt hätte. Erklärte sie doch nach der Angabe Ludendorffs („Kriegserinnerungen", S. 294) am 1. Juli dem Reichskanzler, daß sie jederzeit Besprechungen mit England zustimmen würde, falls dieses dazu bereit wäre. „Der Reichskanzler stellte hierauf fest: Wir sind also darin einig, daß wir zunächst unsere volle Kraft weiter einsetzen, aber zu vernünftigen Gesprächen bereit wären." Im Reichstag betonte der Reichskanzler am 12. Juli 1918: „Wenn solche (Friedens-) Möglichkeiten sich zeigen, wenn ernste Friedensneigung auf der andern Seite hervortritt, meine Herren, dann werden wir sofort darauf eingehen, d. h. wir werden sie nicht zurückstoßen; wir werden zunächst im kleinen Kreise sprechen. Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur mein Standpunkt ist, sondern daß dieser Standpunkt auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht nur um des Krieges willen, sondern auch die Oberste Heeresleitung hat mir gesagt: Sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen."

So ganz erheblich, wie es oft geschildert wird, können somit die Ansichten der Heeresleitung und der politischen Leitung damals nicht auseinander gegangen sein.

Zu 5. und 6.

Der Märzangriff war als große, entscheidende Offensive gedacht. General Ludendorff hat nicht, wie D. meint, „von vornherein ins Auge gefaßt, bald diese, bald jene Stelle der feindlichen Front anzupacken."

Es geht dies aus der ganzen Anlage der Offensive, wie sie in meinem Gutachten geschildert ist, hervor. So stellt auch General Ludendorff bei dem Vortrag in Homburg am 13. Februar dem Kaiser und dem Reichskanzler gegenüber den Angriff dar: „Der Kampf im Westen ist die gewaltigste militärische Aufgabe, die je einem

Heere gestellt wurde, und an der sich Frankreich und England zwei Jahre vergeblich versucht haben." Die Krone des Erfolges sollte die Operation sein. „Ich meldete dem Kaiser, daß das Heer versammelt und wohl vorbereitet an die größte Aufgabe seiner Geschichte herantrete." General Ludendorff war sich darüber klar, „daß der Angriff im Westen eine der schwersten Operationen der Weltgeschichte werden mußte". („Kriegserinnerungen", S. 471, 472, 435.)

D. stützt sich mit seiner Behauptung auf einen Ausdruck des Generals Ludendorff („Kriegserinnerungen", S. 472), den er in seiner Meldung an den Kaiser in Homburg gebraucht hat: „Es darf nicht geglaubt werden, daß wir eine Offensive haben werden wie in Galizien oder in Italien; es wird ein gewaltiges Ringen, das an einer Stelle beginnt, sich an der anderen fortsetzt und lange Zeit in Anspruch nehmen wird, das schwer ist, aber siegreich sein wird." Ganz abgesehen davon, daß der Zweck dieser Äußerung wohl war, übertriebenen Hoffnungen auf blitzschnelle Entscheidung des Krieges entgegenzuwirken, glaube ich, daß D. den Sinn mißverstanden hat. Mit dem taktischen Durchbruch durch das feindliche Stellungssystem war es nicht getan. Danach begann erst die Operation, deren Verlauf niemand voraussehen konnte. Wäre z. B. der Durchbruch nördlich der Somme im März geglückt, so hätte es wahrscheinlich langwieriger Operationen bedurft, ehe die Engländer gegen die Küste geworfen und die Gegenangriffe der Franzosen zurückgeschlagen wurden. In die Bewegung wären auch die nördlich der ursprünglichen Angriffsarmeen stehenden Armeen, die 6. und 4. Armee, wie dies auch vorgesehen war, hineinbezogen worden, ebenso wie die Kämpfe gegen die Franzosen auf die links neben der 18. Armee stehende Armee voraussichtlich übergegriffen hätten. So hätte der Kampf, der „an einer Stelle begann, sich an der anderen fortgesetzt".

Auch die Stelle in dem Buche des Generalfeldmarschalls von Hindenburg („Aus meinem Leben", S. 327), auf die sich D., zwar nicht in seinem Gutachten, aber an anderem Orte, zum Beweise für seine Ansicht beruft, ist anders zu erklären. Es heißt allerdings an dieser Stelle: „Wir wollen auch weiterhin durch eng zusammenhängende Teilschläge das feindliche Gebäude derart erschüttern, daß es gelegentlich doch einmal zusammenbricht." Diese Bemerkung bezieht sich aber nicht auf die Lage vor Beginn unserer Offensive, sondern auf den Mai, nachdem der März- und Aprilangriff nicht den erhofften Erfolg gehabt hatten. Der Generalfeldmarschall setzt auch hinzu: „Zweimal war England in äußerster Krisis durch Frankreich gerettet worden; vielleicht gelang es uns beim dritten Male, einen endgültigen Sieg gegen diesen Gegner zu erringen." Immerhin waren die Worte „Teilschläge" und „gelegentlich" nicht ganz glücklich gewählt. Denn wir wissen, daß die weiteren Operationen im Mai, Juni und Juli nach einem festen Plane angelegt

waren und daß ihnen im August in Flandern ein entscheidender Schlag folgen sollte.

Auch die Stelle in demselben Buche (S. 301), die D. in seinem Gutachten anführt, läßt keineswegs den Schluß zu, daß man „von vornherein bald diese, bald jene Stelle anpacken", somit nur Teilschläge führen wollte. Die Stelle lautet: „Wir hatten nach meiner Überzeugung die nötige Stärke und den nötigen kriegerischen Geist zum Entscheidung suchenden letzten Waffengang. Wir hatten uns darüber schlüssig zu werden, wie und wo wir ihn ausfechten wollten. Das „Wie" ließ sich im allgemeinen mit den Worten ausdrücken: Vermeidung eines Festrennens in einer sogenannten Materialschlacht. Wir mußten einen großen, wenn möglich überraschenden Schlag anstreben. Gelang es uns nicht, auf einen Hieb den feindlichen Widerstand zum Zusammenbruch zu bringen, dann sollten diesem ersten Schlag weitere Schläge an anderen Stellen der feindlichen Widerstandslinien folgen, bis unser Endziel erreicht war."

Meiner Ansicht nach kann hiernach kein Zweifel an den Absichten der Obersten Heeresleitung entstehen. In der ganzen Angriffstruppe wußte im März 1918 jedermann, daß es um die große Entscheidung und nicht um einen Angriff mit beschränktem Ziel ging.

Gelang dieser erste Schlag nicht von vornherein, dann durften wir, wie Feldmarschall von Hindenburg und wie auch General Ludendorff vor dem Angriff betonte, uns nicht in eine Materialschlacht, eine Zermürbungsschlacht einlassen, die zu einem monatelangen, ungeheure Kräfte verbrauchenden frontalen Abringen führte, ohne daß Aussicht auf eine endgültige entscheidende Wirkung bestand. Dann mußte der Kampf abgebrochen werden. „Wenn es nicht beim ersten Male gelang, so mußte es bei späteren gelingen." (Ludendorff, „Kriegserinnerungen", S. 472.)

Freilich „war die Lage dann schon ungünstiger, in welchem Umfange, hing von dem Eintreffen und dem Wert der amerikanischen Verstärkungen und den Verlusten ab, die die bevorstehenden Kämpfe uns und den Feinden bringen würden". Daß die Aussichten der späteren Angriffe geringer waren, geht auch aus meinem Gutachten hervor. Keineswegs kann aber D. zugegeben werden, daß die Fortsetzung der Angriffe „ein von vornherein hoffnungsloses Beginnen" gewesen wäre. Der Feldherr, der im April den Kampf als hoffnungslos aufgegeben hätte — denn wenn man den Angriff aufgab, war der Krieg aussichtslos —, wäre von der Geschichte an den Pranger gestellt worden. Oder glaubt irgend jemand, daß in diesem Augenblick ein Friedensangebot auch die geringste Aussicht gehabt hätte?

D. sagt: „Die Kritik darf nicht bei dem Nachweis stehen bleiben, daß ein Fehler gemacht worden ist, sondern muß auch die Frage aufwerfen, wie es hätte besser gemacht werden können." Gewiß! Hinterher ist es zwar leichter, „fundamentale Fehler" nachzuweisen

und zu sagen, wie es hätte gemacht werden können, als damals im Kriege, wo unter dem Druck der schwersten Verantwortung und in dem Nebel der Ungewißheit der entscheidende Entschluß gefaßt werden mußte. Trotzdem ist es auch heute ungeheuer schwierig, zu entscheiden, „wie es hätte besser gemacht werden können". Ich halte mich nicht für zuständig dazu, sondern habe mich darauf beschränkt, mit großem Vorbehalt in einzelnen Fällen Ausstellungen und Vorschläge zu machen. Zu einer endgültigen Beantwortung der strittigen Frage gehört ein reifes taktisches und strategisches Urteil, reiche Kriegserfahrung, umfassende Kenntnis aller auf die Lage und den Entschluß einwirkenden eigenen und feindlichen Verhältnisse. Werden die Karten nachträglich auf der feindlichen Seite aufgedeckt, so ergeben sich daraus oft überraschende Aufschlüsse und Gesichtspunkte, die uns zu einer erheblichen Änderung unseres bisherigen Urteils über die Maßnahmen auf der eigenen Seite veranlassen.

D. gibt nun an, wie es hätte besser gemacht werden sollen. Der Feind mußte „durch vereinzelte schwere Schläge mürbe gemacht" werden. „Es hätte nur ein Angriff mit beschränktem Ziel sein dürfen, und er hätte mit einem ehrlichen und offenen Friedensangebot auf der Grundlage der vollen Souveränität und Integrität Belgiens verbunden sein müssen."

Über Belgien habe ich mich bereits ausgesprochen, ein Friedensangebot würde ich für verfehlt gehalten haben. Es bleibt zu untersuchen, ob die von D. vorgeschlagenen Teilschläge an Stelle der von General Ludendorff geplanten Hauptentscheidung aussichtsvoll gewesen wären.

D. schlägt einen Angriff in Italien oder in Rußland vor.

Die allergünstigste Aussicht habe in Italien gelegen. Nach den Darlegungen des österreichischen Generals Krauß hätte man dort die ganze italienische Armee vernichten können.

Nun hat tatsächlich General Krauß am 3. Januar 1918 einen Angriff in Italien vorgeschlagen. So günstig wie im Herbst 1917 lagen aber die Verhältnisse damals nicht mehr. Damals hätte ein Doppelangriff von Tirol und vom Isonzo her zur Vernichtung des strategisch in ungünstiger Lage befindlichen italienischen Heeres führen können. 1918 standen die Italiener aber nicht mehr am Isonzo, sondern an der Piave. Der „venetianische Sack", in dem die Italiener gefangen werden sollten, war also, wie General Krauß auch zugibt, „recht kurz geworden". Der Angriff mußte nunmehr nach Ansicht des Generals beiderseits des Gardasees, im Etschtal und in den Judicarien geführt werden. Hier sei sowohl die Bewegung wie die Versorgung starker Kräfte jederzeit möglich gewesen.

Daß ein solcher großer Angriff nicht ohne Mitwirkung starker

deutscher Kräfte durchführbar war, hatten die bisherigen und haben die späteren Erfahrungen erwiesen. Unsere Westfront hätte also erhebliche Abgaben leisten müssen. Wie würde der weitere Verlauf mutmaßlich gewesen sein? Von den elf im Herbst 1917 zur Unterstützung nach Italien gesandten französischen und englischen Divisionen stand der größte Teil Anfang des Jahres 1918 noch dort. Erfolgte im Frühjahr ein deutsch-österreichischer Angriff in Italien, so war zweierlei möglich. Entweder unterstützten die Franzosen und Engländer die Italiener durch weitere Entsendungen nach Italien, oder sie griffen zur Entlastung der Italiener unsere geschwächte Westfront in Frankreich und Belgien an.

Auf eine Entsendung starker Heeresteile nach Italien waren die Franzosen jederzeit vorbereitet. Wir wissen jetzt, daß sie seit 1916 ständig mit der Möglichkeit eines deutschen Angriffs durch die Schweiz und von dort entweder über den Jura nach Frankreich oder über Mailand gegen Italien rechneten und sorgfältige Transportvorbereitungen zur Entsendung von Armeen hiergegen getroffen hatten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wären wir in Italien in schwere Kämpfe verwickelt worden, wenn starke französisch-englische Kräfte dort eingetroffen wären. Verlauf und Ende hätte niemand voraussehen können. Sehr frühzeitig hätte unser Angriff aus dem Gebirge des Schnees halber nicht erfolgen können. Wir wären somit weit in das Jahr 1918 hinein mit starken Kräften in Italien gebunden gewesen. Unterdessen trafen auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Amerikaner ein. Unsere Lage mußte sich dort auf alle Fälle ungünstig gestalten.

Weit weniger noch als ein Angriff in Italien hätte sich ein Vormarsch nach Petersburg und Moskau empfohlen, „um die Sowjetrepublik zu stürzen, eine bürgerliche Regierung aufzurichten und mit ihr ein Bündnis zu schließen". D. nennt diesen weitschweifenden Plan eine „politisch-strategische Wendung". General Ludendorff hat diesen Gedanken auch erwogen, aber, sicher mit Recht, abgelehnt, hauptsächlich mit Rücksicht auf die zu erwartenden schweren innerpolitischen Widerstände. Ich glaube auch nicht, daß die im Osten vorhandenen Truppen zu diesem Unternehmen ausgereicht hätten und kann in dem zu erreichenden Ziel keinen nennenswerten Vorteil erblicken. Verpflegung hätten wir aus Rußland nicht bekommen, und auch sonst hätte uns ein Bündnis, wenn es wirklich dazu gekommen wäre, nicht viel genutzt.

Herrn Geheimrat Delbrück sind die schweren Bedenken nicht entgangen, die einer deutschen Kriegführung in Italien oder bei Petersburg und Moskau, während sich uns im Westen ein sich täglich verstärkender Gegner gegenüber befand, entgegenstanden. Er meint aber, wir hätten das ungeheure Glück gehabt, daß uns der englische Kriegsplan durch den bekannten Aufsatz des Obersten Repington

in der „Morningpost“ vom 10. Februar 1918 verraten worden sei. Wir hätten daraus erfahren, daß unsere Gegner nach den verunglückten Offensiven von 1916 und 1917 darauf verzichten würden, die Entscheidung an der französisch-belgischen Front zu suchen, und den Schwerpunkt der Kriegführung bis zur Ankunft der Amerikaner im Jahre 1919 in den Orient verlegen wollten. „Die deutsche Oberste Heeresleitung konnte also mit großer Sicherheit darauf rechnen, daß, wenn man nicht selber angriff, die Westfront ruhig bleiben würde, und hätte um so leichter die Offensive, sei es nach Italien, sei es nach Rußland, wenden können. Es gibt nichts, was mehr Gewinn verspricht im Kriege, als die Kenntnis des feindlichen Feldzugsplanes. General Ludendorff hatte aber aus diesem Geschenk der Fortuna nichts zu machen gewußt und es in seinen Büchern, soweit ich mich erinnere, nicht einmal erwähnt.“

Hierin ist wiederum ein so schwerer Vorwurf gegen den General Ludendorff ausgesprochen, daß es nötig erscheint, der Sache genauer nachzugehen. Ich halte den Vorwurf für gänzlich unhaltbar. Er ist auf einer unrichtigen Grundlage aufgebaut.

Der fragliche Artikel des Obersten Repington ist vom 11. Februar 1918. Er bezog sich auf das Verhalten des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George auf dem Versailler Kriegsrat im Januar 1918. Es hieß darin, daß Lloyd George den Obersten Kriegsrat zu einer Operation auf einem Nebenkriegsschauplatz habe verleiten wollen, um der Türkei einen tödlichen Stoß zu versetzen. „Daß er an solche Torheiten denken kann, während Deutschland an der Westfront drei Millionen Mann versammelt, hinter denen eine weitere Reserve von anderthalb Millionen steht, ist eins der Geheimnisse, die kein klarer Kopf begreift.“ Repington setzt hinzu, daß Lloyd George nach seinen Nachrichten mit seinem Vorschlag bei dem Obersten Kriegsrat offensichtlich keinen Erfolg gehabt habe. „Unsere Verbündeten glaubten, daß dieser Nebenkriegsschauplatz von Clemenceau abgetan wurde. Ich bin dessen nicht ganz sicher . . . Ich hoffe, das Parlament wird Lloyd George ein bestimmtes Versprechen abnötigen, daß weder dieser noch ein anderer Nebenkriegsschauplatz barbeitet wird. Ich weiß nicht, ob die Militärs in Versailles dieser ausgesprochenen Torheit zugestimmt haben. Es wurde mir gesagt, daß sie es getan hätten, aber ich kann es nicht glauben.“ Zum Schluß heißt es: „Meiner Ansicht nach hat Mr. Lloyd George durch das Aushungern unserer Truppen im Felde, durch das Befürworten von Abenteuern, die von den zuständigen militärischen Beratern nicht gebilligt wurden, und durch seine Zustimmung zu einer Entscheidung, die unseren Befehlshaber in Frankreich seines uneingeschränkten Oberbefehls enthoben hat, ausschlaggebend seine Unfähigkeit, England während des Krieges zu regieren, bewiesen.“

Zunächst ist festzustellen, daß der Artikel anders lautet, als D.

angibt. Daß der Schwerpunkt der Kriegführung nach dem Orient verlegt werden, und daß dies bis zur Ankunft der Amerikaner im Jahre 1919 stattfinden sollte, ist nicht gesagt. Vielmehr ist nur von einer Operation auf einem Nebenkriegsschauplatz die Rede. Noch weniger steht in dem Aufsatz, daß unsere Gegner auf eine Entscheidung im Westen verzichten wollten.

Wir sind jetzt über die Beschlüsse des Obersten Kriegsrates genauer unterrichtet. Man nahm, nachdem die deutschen Truppentransporte vom Osten nach dem Westen bekannt geworden waren, mit Sicherheit an, daß die Deutschen 1918 im Westen angreifen würden. Man entschloß sich daher zur Defensive, bis die Amerikaner kämen. Habe der Feind bisher allen Angriffen widerstanden, so werde man dies auch leisten. Zum Zwecke der Abwehr wurden die erforderlichen Maßnahmen vereinbart. Der Operationsplan faßte außerdem eine Offensive gegen die Türkei ins Auge. Man hoffte, die erschöpfte Türkei hierdurch zum Zusammenbruch zu bringen.

Das klingt doch wesentlich anders. Aber selbst wenn alles genau so in dem Aufsatz gestanden hätte, wie D. angibt, hätte es keinen Einfluß auf die Entschließungen der deutschen Obersten Heeresleitung haben können.

Der Aufsatz ist damals tatsächlich zur Kenntnis der Obersten Heeresleitung gekommen. Auch stand eine Übersetzung am 23. Februar 1918 im „Militär-Wochenblatt". General Ludendorff hat völlig recht, wenn er den Aufsatz gar nicht erwähnt. Er hätte keinen größeren Fehler machen können, als wenn er seine Operationen auf der Grundlage eines solchen, Freund und Feind bekannten, Zeitungsaufsatzes aufgebaut hätte. Die Kenntnis des feindlichen Feldzugsplanes, wenn sie auch keineswegs den meisten „Gewinn im Kriege verspricht", ist gewiß wertvoll. Voraussetzung aber ist, daß die Nachricht zuverlässig und daß der Plan nicht inzwischen geändert worden ist. Der Feind darf nicht wissen, daß uns sein Plan bekanntgeworden ist, andernfalls ändert er ihn. Die Bedingungen trafen somit bei einer öffentlich in den Zeitungen bekanntgegebenen Nachricht nicht zu.

Wie früher ausgeführt, wurde von uns zu Beginn des Jahres 1918 angenommen, daß die Entente in Erwartung unseres Angriffes sich im Westen defensiv verhalten würde. In einer Denkschrift der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, die bis dahin mit der Fortsetzung des englischen Angriffs in Flandern gerechnet hatte, ist ausgeführt worden, daß nach dem Niederbruch Rußlands die Entente in Erwartung unseres Angriffs sich auf die Verteidigung beschränken würde. Griffen wir aber nicht im Westen, sondern auf einem anderen Kriegsschauplatz an, so wäre es der größte Trugschluß unserer Obersten Heeresleitung gewesen, wenn sie unter dieser gänzlich veränderten Lage „mit großer Sicherheit darauf gerechnet hätte, daß

die Westfront ruhig bliebe". Selbstverständlich hätte der Feind sich anders entschlossen.

Repingtons Aufsatz war kein „Geschenk der Fortuna". Weder Ludendorff noch irgendein anderer General, mochte es Napoleon oder Moltke sein, hätte etwas daraus machen können. Es gibt im Kriege doch noch Dinge, die „mehr Gewinn versprechen als die Kenntnis des feindlichen Feldzugsplans", nämlich Urteilsfähigkeit und fester Wille.

Daß die Oberste Heeresleitung bei dem Michaelangriff im März in erster Linie einen großen strategischen Plan verfolgt und nicht hauptsächlich einen mehr oder weniger großen taktischen Erfolg an einer taktisch günstigen Stelle erstrebt hat, kann wohl nach meiner Darstellung des Märzangriffs nicht bestritten werden. General Ludendorff hat den Plan keineswegs, wie D. bemerkt, in seinen „Kriegserinnerungen" nur angedeutet, sondern klar ausgesprochen (S. 474): „Der Schwerpunkt sollte in die Gegend zwischen Arras und Péronne, auf die Küste zu, verlegt werden. Drang dieser Stoß durch, so konnte der strategische Erfolg allerdings ein gewaltiger sein, indem wir die Hauptteile des englischen Heeres von dem französischen trennten und sie dann gegen die Küste drängten." Die operative Absicht ist zudem in den von mir angeführten Anweisungen und bei den Besprechungen der Obersten Heeresleitung so klar ausgesprochen, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist. Man kann danach unmöglich sagen, daß der Angriff an einer Stelle angesetzt gewesen sei, „die strategisch ins Leere führte", weil „General Ludendorff an den Stellen, wo ein strategisches Ziel in Aussicht stand, taktisch nicht glaubte durchdringen zu können". Das strategische Ziel war vielmehr erheblich weiter gesteckt als bei dem damals gleichfalls in Frage stehenden Angriff in Flandern („St. Georg"). Man könnte eher sagen, daß das strategische Ziel zu groß war.

Die Bemerkung des Generals Ludendorff, die Taktik sei über die reine Strategie zu stellen, legt D. meiner Ansicht nach nicht richtig aus. Er meint, daß dies bedeute, „der Angreifer fühlte sich zu schwach, um an demjenigen Punkt der feindlichen Front anzusetzen, wo sich die beste Aussicht auf die strategische Operation bot, sondern wählte die Stelle, wo am leichtesten durchzudringen war". Es bedeutet dies vielmehr, wie bereits erörtert, daß der Angriff nicht lediglich nach operativen Rücksichten ausgewählt werden könne, sondern daß zunächst die Möglichkeit gegeben sein müsse, taktisch durchzubrechen.

Was zum Gelingen des Angriffs beitragen konnte, war geschehen. „Kampftruppen" konnte man aus dem Osten nicht mehr heranziehen, auch wenn man auf die Ukraine verzichtet hätte. Wenn ein ungenannter Sachkenner versichert hat, daß man Pferde und

Rinder auch ohne Besetzung, somit auch ohne Eisenbahnen, aus der Ukraine hätte gewinnen können, so stehen dieser Aussage die von mir angeführten Zeugnisse entgegen, daß ohne militärische Besetzung eine Ausnutzung der Ukraine aussichtslos war. Wie ohne Eisenbahnen, ohne militärische Bedeckung und ohne Begleitkommandos 100 000 Rinder und Pferde aus der Ukraine zusammengebracht und nach Deutschland befördert werden konnten, wäre durch den „Sachverständigen" noch zu erläutern.

Daß der Angriff uns bis hart an das Ziel geführt hat, viel weiter, als wir damals wußten, ist heute aus den Veröffentlichungen unserer Gegner bekannt. Aber es waren nicht hauptsächlich „unglaubliche, gar nicht zu erwartende Fehler des Feindes, die es ermöglicht haben, daß wir trotz der Fehler in unserer Schlachtanlage dem Siege so nahe gekommen sind". Diese unglaublichen, gar nicht zu erwartenden Fehler haben nach Ansicht von D. darin bestanden, daß die Engländer immer nur an die Verbindung mit den Kanalhäfen, die Franzosen an die Deckung von Paris gedacht haben, daß eine gemeinschaftliche Hauptreserve nicht zustandegekommen war und daß ungenügende Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung im Falle eines Angriffs getroffen waren. Es sind dies aber Fehler, die in einer Koalition die Regel bilden. Nach allen Kriegserfahrungen ist es wahrscheinlicher, daß sie eintreten, als daß es gelingt, die auseinandergehenden Interessen der Verbündeten dem großen, gemeinschaftlichen Zweck unterzuordnen. Der Angriffspunkt war daher unter diesem Gesichtspunkt strategisch recht gut gewählt. Die Naht, an der zwei verschiedenartige Verbände zusammenstoßen, ist für den Verteidiger stets eine gefährliche, für den Angreifer erfahrungsmäßig günstige Stelle.

Wir sind dem Siege so nahe gekommen infolge der auch von D. anerkannten hervorragenden Vorbereitung des Angriffs und seiner glänzenden Durchführung durch unsere ausgezeichnete Truppe, nicht aber hauptsächlich durch „unglaubliche Fehler des Gegners". Wir hätten den Sieg wahrscheinlich errungen, wenn nicht die Gegner, statt unglaubliche Fehler zu machen, bereits am 26. März noch rechtzeitig sich zu dem unerwarteten, großen Entschluß aufgerafft hätten, dem General Foch die einheitliche Leitung der Operationen zu übertragen. Nur dadurch haben sie Amiens gerettet.

Unser Angriffsverfahren war wesentlich auf Überraschung begründet. Nach D. soll die Überraschung aber „nicht eigentlich gelungen sein". Feldmarschall Haig gibt allerdings an, die Angriffsfront rechtzeitig und richtig erkannt zu haben. Er erklärt auch selbst, weshalb er trotzdem seine Reserven am falschen Punkte hatte. Die Franzosen erwarteten aber auch einen Angriff an der Aisne oder in der Champagne, wo man Angriffsvorbereitungen zu erkennen glaubte. Die französischen Reserven wurden daher viel

zu weit östlich bereitgestellt. Trotz allem überraschte daher, wie auch von französischer Seite zugegeben wird, der Angriff gegen den rechten englischen Flügel. Als er bereits begonnen hatte, bestritt Pétain, daß es der Hauptangriff sei. Dieser komme bei Reims, wo die Beschießung schon begonnen habe. Trotz aller Nachrichten weiß der Verteidiger in der Regel doch niemals ganz sicher, wo der Angriff kommt. Im Mai gelang uns an der Aisne die Überraschung in noch viel höherem Grade als im März und im April. Auch wir sind am 18. Juli und am 8. August überrascht worden. Nur durch Überraschung war im Stellungskrieg ein Durchbruch möglich.

Die Gründe, warum der Michaelangriff einen operativen Erfolg nicht erreichte, sind von mir im Gutachten dargelegt worden. Sie lagen nicht vornehmlich an der Unmöglichkeit, im Trichtergelände Munition und Verpflegung nachzuführen, wenn die Schwierigkeit des Nachschubs auch keineswegs verkannt werden soll.

Nach dem Michaelangriff nahmen bei der Fortsetzung der Offensive die Aussichten auf einen entscheidenden Sieg ab. D. meint, wenn man eine Entscheidung, eine Niederwerfung des Gegners hätte erreichen wollen, hätte man sich stark genug fühlen müssen, sie an derselben Stelle, wo man den ersten erfolgreichen Schlag getan, zu erstreben. Es sei ein Fundamentalsatz der Clausewitzschen Kriegslehre, daß ein militärischer Erfolg immer am besten an der Stelle ausgenutzt werde, wo er erfochten sei. Ich muß erneut darauf hinweisen, daß die Clausewitzsche Kriegslehre unmöglich als Maßstab an alle Kriegshandlungen des Weltkrieges gelegt werden kann. Übrigens habe ich den Fundamentalsatz in dieser Form bei Clausewitz nicht finden können. Im Stellungskrieg konnte ein Erfolg des Angriffs nur im Durchbruch bestehen. Diesen Erfolg hatten wir nicht erreicht. Ein Durchbruch war nur durch Überraschung möglich. Eine Überraschung war an derselben Stelle, wo der Durchbruch mißglückt war und wo der Gegner massiert stand, ausgeschlossen. Um so günstiger waren die Aussichten des Angriffs an anderer Stelle. Der Erfolg des Maiangriffs ist der beste Beweis hierfür.

D. hält aber die Fortsetzung des Angriffs im Sinne einer großen Operation überhaupt für unangebracht und erklärt sie für „ein frevelhaftes Spiel mit der Zukunft des Vaterlandes", es sei denn, daß der Feldherr einen Verständigungsfrieden für möglich gehalten habe. Den habe aber General Ludendorff als ausgeschlossen erklärt. Mir scheint aber, als wenn der Begriff „Verständigungsfriede" verschieden aufgefaßt würde. Eine völlige Vernichtung des Gegners hat wohl auch General Ludendorff im Laufe der weiteren Kämpfe nicht mehr erhofft. Ebensowenig konnte er aber annehmen, daß ein Friedensangebot in Verbindung mit Teilangriffen zur Verständigung führen würde. Es wäre mit Hohn zurückgewiesen worden. Eine Verständigung, d. h. eine Einigung auf Grund annehmbarer

Bedingungen, erschien nur möglich, wenn durch möglichst entscheidende, operativ sich auswirkende Siege der Gegner friedenswillig gemacht wurde. Das war tatsächlich das Ziel, das die Oberste Heeresleitung weiterhin erstrebte.

Die Kriegsziele mußten, wenn es zu Verhandlungen kam, der augenblicklichen Kriegslage angepaßt werden. Daß General Ludendorff zu einer solchen „Verständigung" bereit war, wenn er auch innerlich bis zum Beginn des Sommers noch an hohen Kriegszielen festhielt, hat er wiederholt erklärt und hat, wie erwähnt, der Reichskanzler bestätigt. „In den Zeiten der größten militärischen Erfolge", so gibt General Ludendorff an, „trat die Oberste Heeresleitung für eine entgegenkommende Erklärung über Belgien dem Reichskanzler gegenüber ein, ohne damit einen Erfolg zu erzielen." („Kriegführung und Politik", S. 294.) „Sie hat dem Reichskanzler über ihre Friedensbereitschaft keinen Zweifel gelassen" (ebendort S. 296). General Ludendorff hat jedenfalls mit einer diplomatischen Ausnutzung der Siege gerechnet. Ob sie möglich war, kann hier nicht untersucht werden.

Widersprüche vermag ich in diesem Gedankengange des Generals Ludendorff nicht zu finden.

Herr Geheimrat Delbrück ist anderer Ansicht. Er findet in dem Verhalten des Generals Ludendorff erhebliche Widersprüche. Nach ihm hat General Ludendorff einen Verständigungsfrieden öffentlich verworfen. Er ist für hohe Kriegsziele, besonders in bezug auf Belgien, eingetreten und glaubte, ohne sie die Stimmung im Heere nicht hochhalten zu können. Obwohl er wußte, daß die Aussichten sehr unsicher waren, bestand er auf einem Siegfrieden. Innerlich glaubte er aber doch an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens, den er aber wiederum durch seine hohen Forderungen vereitelte. In diesem Zwiespalt hätte er es gerne gesehen, wenn die Diplomatie einen Verständigungsfrieden zuwege gebracht hätte, während er selbst den starken Patrioten darstellte. Er wollte die Verantwortung für einen Verständigungsfrieden auf andere abschieben.

D. stützt sich hierbei auf die Aussage, die General von Haeften, im Kriege Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, vor dem 2. Unterausschuß im Jahre 1922 gemacht hat. Danach hätte General Ludendorff ein doppeltes Gesicht zeigen müssen. Öffentlich hätte er hohe Kriegsziele gefordert und sich nicht mit einem Verzicht auf Belgien einverstanden erklären können, um die Stimmung an der Front zu erhalten. Nach der politischen Seite aber habe er „ein nachgiebigeres, friedensverständigungsbereites Gesicht" zeigen müssen.

Demgegenüber erklärt General Ludendorff („Militär-Wochenblatt", 21. 11. 1922), daß die Oberste Heeresleitung nie ein doppeltes Gesicht gehabt habe. Das Sprechen von einem Verständigungs-

frieden sei ihm als schwerer Fehler erschienen. Ebenso würde die Oberste Heeresleitung es als einen Fehler angesehen haben, wenn eine Erklärung über Belgien unter Berufung auf ihr Einverständnis öffentlich gegeben worden wäre, da der Feind hieraus für sich günstige Schlüsse gezogen hätte. Dagegen sei die Oberste Heeresleitung durchaus friedenswillig gewesen. Die Friedensbereitschaft der Entente mußte aber durch den Angriff erkämpft werden.

Diese Erklärungen stimmen mit dem von mir entwickelten Gedankengang der Obersten Heeresleitung überein. Das Einverständnis der Obersten Heeresleitung mit einer Erklärung über Belgien öffentlich besonders hervorzuheben, war weder nötig noch zweckmäßig. Solche Erklärungen politischer Natur abzugeben, war lediglich Sache der politischen Leitung.

Ich stimme Herrn Geheimrat Delbrück darin bei, daß es nicht nötig war, dem Heere große Kriegsziele zu zeigen, um den Kriegswillen hochzuhalten. Wenn es Deutschland gelang, sich in seinem Besitzstand gegen alle Feinde ringsum zu behaupten, so war ein großes, der schweren Opfer wertes Ziel erreicht.

Nun hat allerdings General von Haeften vor dem erwähnten Unterausschuß erklärt, daß die Oberste Heeresleitung sich zwar mit einer öffentlichen Erklärung über Belgien, wenn sie allein von der Reichsleitung ausgegangen wäre, abgefunden haben würde. Wenn sie aber in der Öffentlichkeit deswegen angegriffen worden wäre, daß sie den Verzicht zugegeben habe, dann wäre es möglich gewesen, daß General Ludendorff erklärt habe, die Oberste Heeresleitung habe ihren abweichenden Standpunkt nicht durchsetzen können.

Das wäre in der Tat ein doppeltes Gesicht.

General von Haeften spricht aber nur von einer Möglichkeit, die nach seiner persönlichen Ansicht hätte eintreten können. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß General Ludendorff so verfahren hätte. Nach allem, was vorstehend dargelegt worden ist, muß das Vorhandensein eines solchen doppelten Gesichts abgelehnt werden.

Es muß daher zum Schluß entschieden Einspruch erhoben werden gegen die Folgerungen, die Herr Geheimrat Delbrück aus den von ihm in dem Verhalten des Generals Ludendorff angenommenen Widersprüchen zieht. „Wenn das wirklich," so sagt er, „wie es nach der Aussage des Generals von Haeften kaum zu bezweifeln ist, die innerste Auffassung des Generals Ludendorff gewesen ist, so dürfte kein Ausdruck der Verdammung für dieses Verhalten zu hart erscheinen." Er spricht von „Unehrlichkeit" und schließt damit, daß keineswegs das reine Motiv der Vaterlandsliebe, sondern ein ungezügelter Ehrgeiz sehr wesentlich das Handeln des Generals im Feldzug 1918 mitbestimmt habe.

Ich bin vom 4. Unterausschuß nicht als Anwalt Ludendorffs berufen worden. Ich bin verpflichtet worden, als Sachverständiger

die Wahrheit auszusagen, so gut ich es vermag, und nichts zu verschweigen, nichts hinzuzusetzen. Meine Aussage muß ich auf den abgeleisteten Eid nehmen.

Ich muß aber mit voller Überzeugung und auf Grund meiner Kenntnis der Vorgänge auf das entschiedenste dem entgegentreten, wenn ein Mann wie der General Ludendorff, der seine ganze, große Kraft rückhaltlos in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, in dieser Weise persönlich angegriffen wird. Sein ganzes Handeln war von heißer Liebe zum Vaterlande bestimmt. Freund und Feind stimmen darin überein. Hat er hier und da geirrt, so teilt er diesen Fehler mit jedem, der im Felde an leitender Stelle gestanden hat. Wenn sein starker Wille es nicht vermocht hat, Deutschland zum Endsiege zu führen, so geht es nicht an, für das Mißlingen ihm vornehmlich die Schuld aufzubürden. Sie lag hauptsächlich in Verhältnissen, die auch er nicht zu meistern vermochte. Wenn man sich nicht dazu zu entschließen vermag, die ungeheure Leistung des Generals in dem Riesenkampf gegen fast die ganze Welt anzuerkennen, so sollte wenigstens die Lauterkeit seines Charakters und seines Strebens in seinem Vaterland nicht bestritten werden.

Ich war genötigt, mich auf das persönliche Gebiet zu begeben, da das Gutachten des Herrn Geheimrats Prof. Dr. Delbrück vorwiegend eine Anklageschrift gegen die Person des Generals Ludendorff bildet.

Sachverständiger Prof. Dr. Hans Delbrück:

Korreferat zu den Gutachten des Generals d. Inf. a. D. v. Kuhl und des Obersten a. D. Schwertfeger

Erster Teil

Inhalt

Vorwort 243
I. Die Offensive im Jahre 1918 243
II. Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Sachverständigen Schwertfeger 261
Anlagen 265

Vorwort

Die beiden nachfolgenden Gutachten waren ursprünglich als Korreferate zu den beiden Gutachten des Herrn Generals der Infanterie v. Kuhl und des Herrn Obersten Schwertfeger ausgearbeitet. Die Natur der Dinge aber hat mich mehrfach über den Rahmen hinausgeführt, den jene beiden Herren sich zunächst gesteckt haben, denn beide Gutachten sind erst erste Abschnitte, denen noch weiteres folgen soll. Ich habe daher meiner Arbeit nicht die Form von Korreferaten, sondern von selbständigen Referaten gegeben, die aber der Natur der Sache entsprechend die Kenntnis des Kuhlschen und des Schwertfegerschen Gutachtens voraussetzen. Allenthalben gehe ich aus von sachlichen Feststellungen, die in jenen beiden Referaten niedergelegt worden sind.

Delbrück

I

Die Offensive im Jahre 1918 *)

Der Generalfeldmarschall und General Ludendorff haben bei ihrer Vernehmung vor dem zweiten Unterausschuß (Sitzung des 18. November 1919) mit stärkster Betonung ausgesagt, daß sie das Oberkommando übernommen und geführt hätten mit dem unbedingten Willen zum Siege, den sie auch beim deutschen Volke vorausgesetzt hätten. Nimmt man diese Aussage wörtlich, so würde sie im Widerspruch stehen mit einer der Grundlehren von Clausewitz, der den Sieg als solchen, den rein militärisch gedachten Sieg, für ein Unding erklärt, weil der Sieg nicht losgelöst werden könne von dem politischen Zweck; es sei widersinnig, die vorhandenen Kriegsmittel dem Feldherrn zu überweisen, um danach einen rein militärischen Entwurf zum Kriege oder zum Feldzuge zu machen; keiner der Hauptentwürfe, die für einen Krieg nötig sind, könne ohne Einsicht in die politischen Verhältnisse gemacht werden („Vom Kriege" 8. Buch, 6. Kap.). Die Aussagen der beiden Generale werden daher dahin auszulegen sein, daß sie nur nach einem möglichst starken Ausdruck für

*) Dieser Neudruck des Gutachtens aus dem Juli 1922 ist unverändert, bis auf zwei Stellen, wo der größeren Deutlichkeit wegen einige Worte hinzugefügt sind. Diese Stellen sind mit einem Sternchen bezeichnet.

die Forderung der alleräußersten Kraftanspannung gesucht haben. In Wirklichkeit haben sie den Zusammenhang der im Jahre 1918 einsetzenden deutschen Offensive mit dem Kriegsziel keineswegs verkannt. Im Kronrat von Bellevue am 11. September 1917 hatte Seine Majestät gemäß dem Vorschlag des Staatssekretärs v. Kühlmann dahin entschieden, daß, wenn es möglich sei, auf dieser Grundlage bald zu einem Frieden zu gelangen, auf Belgien verzichtet werden könne. Es ist an dieser Stelle nicht zu untersuchen, weshalb es Herrn v. Kühlmann trotz dieser Vollmacht nicht gelungen ist, es zu Friedensverhandlungen zu bringen. Als nun aber das Jahr seinem Ende zuneigte, erklärte die Oberste Heeresleitung (11. Dezember 1917) dem Reichskanzler, daß, da die Voraussetzung jenes Beschlusses von Bellevue, die Erlangung des Friedens im Laufe des Jahres, nicht mehr zutreffe und die militärische Lage sich für uns besonders günstig gestaltet habe, sie die Notwendigkeit des Verzichts auf Belgien nicht mehr anerkennen könne, sondern die früher in Kreuznach aufgestellten Forderungen wieder aufnehmen müsse, die eine militärische Kontrolle über Belgien, bis es zu einem Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland reif sei, sowie den deutschen Besitz von Lüttich und der flandrischen Küste in Aussicht nahmen. Seine Majestät müsse um eine neue Entschließung in der belgischen Frage gebeten werden. (Siehe Anlage S. 265 f.) Nach der Erzählung General Ludendorffs in „Kriegführung und Politik", S. 252, ist es bezüglich Belgiens bei der Entscheidung von Bellevue geblieben, wennschon die Oberste Heeresleitung innerlich bei den weitergehenden Kriegszielen bis zum Juli und August 1918 stehengeblieben und ihr auch keine Gelegenheit gegeben worden sei, sich von neuem grundlegend zu dieser Frage zu äußern. Diese Darstellung ist, wie aus dem eben Angeführten ersichtlich, unzutreffend. Der General Ludendorff hat nicht bloß „innerlich" an den weiter gesteckten Zielen bezüglich Belgiens festgehalten, sondern hat diese seine Forderungen mit der größten Entschiedenheit wieder aufgenommen unter dem Hinweis darauf, daß der Beschluß vom 11. September nur gefaßt sei unter der Bedingung, daß er noch im Jahre 1917 zum Frieden führe. Die Oberste Heeresleitung begnügte sich auch nicht mit einem Vorschlag, sondern erhob in einem Schreiben an Seine Majestät (7. Januar 1918) den Anspruch, an den Friedensverhandlungen „verantwortlich" mitzuwirken. Sie beschwerte sich, daß das Auswärtige Amt sie wohl anhöre, aber doch seine ganz eigenen Wege gehe, und erhob sich zu der Verwahrung: „Euer Majestät werden nicht verlangen, daß aufrichtige Männer, die Euer Majestät und dem Vaterlande treu gedient haben, sich mit ihrer Autorität und mit ihrem Namen an Handlungen beteiligen, an denen sie sich aus innerster Überzeugung als schädlich für Krone und Reich nicht beteiligen können." Der dieser Art erhobene Anspruch wurde von

Kaiser und Kanzler in einer zwar durchaus freundlichen, aber doch sehr entschiedenen Weise zurückgewiesen. Der Kaiser sprach die „Erwartung" aus, daß die Oberste Heeresleitung sich „unbeeinflußt der Aufgabe der eigentlichen Kriegführung widmen werde". Die Oberste Heeresleitung bestand ihrerseits darauf, daß sie zwar nicht staatsrechtlich, aber „vor dem deutschen Volke, vor der Geschichte und vor ihrem eigenen Gewissen für die Gestaltung des Friedens mitverantwortlich sei". „Auch die Entscheidung Seiner Majestät kann die Generale vor ihrem Gewissen nicht entlasten." (Urkunden der Obersten Heeresleitung, S. 466.)

Der letzte Satz ist ein Vermerk, den General Ludendorff zu der ergangenen Allerhöchsten Entscheidung gemacht hat. Der Sinn kann nur sein, daß der General, wie es schon im Schreiben vom 7. Januar deutlich genug angekündigt ist, sich vorbehielt, durch ein Abschiedsgesuch seine Auffassung durchzusetzen, auf welche Weise er ja schon den Kaiser gezwungen hatte, den Reichskanzler und den Kabinettsrat, zu denen er Vertrauen hatte, zu entlassen.

Das Kriegsziel, das General Ludendorff ins Auge faßt, ist ausgedrückt in dem Satz (Urkunden, S. 467): „bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es in deutscher militärischer Kontrolle stehen". Eine solche militärische Kontrolle, wie das für später in Aussicht genommene Bündnis, bedeutete für Frankreich und für England einen dauernden derartigen Druck, daß dies Verhältnis in den Augen beider Völker einer deutschen Welthegemonie gleichkam. Man erinnere sich des Wortes Napoleons „Antwerpen sei eine auf das Herz Englands gerichtete Pistole". Niemand konnte im Zweifel sein, daß ein solches Kriegsziel nur nach völliger Niederkämpfung der französisch-englischen Widerstandskraft möglich war, und diesem Ziele entsprechend sollte nun auch die Operation des Jahres 1918 angelegt werden. „Der Kampf im Westen, den das Jahr 1918 bringen wird," zeichnete sich der General Ludendorff für seinen Vortrag beim Kaiser am 13. Februar auf, „ist die gewaltigste militärische Aufgabe, die je einem Heere gestellt wurde, an der sich Frankreich und England zwei Jahre vergeblich versucht haben." „Eure Majestät werden nicht verlangen, daß ich Eurer Majestät Vorschläge zu Operationen unterbreite, die zu den schwersten der Weltgeschichte gehören, wenn sie zur Erreichung bestimmter militärpolitischer Ziele nicht nötig sind," heißt es dementsprechend in dem Schreiben vom 7. Januar (Urkunden, S. 455).

Eine Heerführung, die sich nicht berechtigter Kritik aussetzen will, muß abzuwägen verstehen, ob Zwecke und Mittel in ein richtiges Verhältnis gesetzt sind. Aus dem eingehenden Bericht des Herrn Mitreferenten General v. Kuhl ersieht man, wie beschränkt in vieler Beziehung die deutschen Kriegsmittel waren. Obgleich nach dem

Abschluß des Krieges im Osten von dort sehr bedeutende Verstärkungen an die Westfront gezogen werden konnten, so war, wenn überhaupt, so doch jedenfalls nur eine sehr geringe numerische Überlegenheit auf der deutschen Seite, und die Ausrüstung zeigte an vielen Stellen bedenkliche Mängel. Weder die Zahl noch der Futterzustand der Pferde entsprach den Erfordernissen. Noch kurz vor Beginn der Offensive wurde dem Kriegsministerium gemeldet, die Pferde seien am Verhungern. Das unentbehrliche Benzin für die Kraftfahrzeuge war äußerst knapp. Wenn, wie anzunehmen, große Verluste eintraten, so gab es in der Heimat keinen Ersatz mehr, weder an Mannschaften, noch an Pferden. Hätte man die noch in der Kriegsindustrie, in dem Eisenbahndienst befindlichen brauchbaren Männer herausgenommen, so hätten die Eisenbahnen stillgestanden und der Ersatz an Waffen und Munition hätte gefehlt. Zu dem allen kam, daß die Entscheidung notwendig sehr schnell fallen mußte, da im Sommer und Herbst die Amerikaner an der Front zu erwarten waren. Die Vorstellung, der der Feldmarschall v. Hindenburg bei der Entscheidung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg Ausdruck gegeben hatte (Schreiben Bethmann Hollwegs an den Reichskanzler Prinzen Max von Baden vom 23. Oktober 1918 — Reihe 2, Urkunde Nr. 237 — er schätze die Kriegsschiffe Amerikas nur gering, jedenfalls nicht ausschlaggebend ein, hatte man fallen lassen und war sich klar, daß man alles daran setzen müsse, jetzt die Entscheidung zu erlangen, ehe diese Hilfe eintreffe. Die Alliierten hatten in den Jahren 1916 und 1917 mit einer Überlegenheit an Menschen und Material, der nicht viel am Doppelten fehlte, unter ungeheurer Anstrengung und ebenso großen Verlusten die deutsche Front nicht zu durchbrechen vermocht. War es denkbar, daß die Deutschen dieses Ziel jetzt ohne Überlegenheit erreichten?

Bei aller Zuversicht war sich der General Ludendorff seiner Schwäche doch bewußt, und das führte ihn zu einem höchst merkwürdigen Angriffsplan. Um wirklich das vorgesteckte große Ziel zu erreichen, hätte man der alliierten Armee eine schlechthin vernichtende Niederlage beibringen müssen und zu diesem Zweck den Angriff so ansetzen, daß der Durchbruch sich zu einer großen strategischen Operation auswirken konnte. So beschreibt Ludendorff in seinem zweiten Buche (S. 324) auch seine Absichten.

In den „Kriegserinnerungen“ (S. 472) ist der Plan nur angedeutet. Hier aber steht der verhängnisvolle Satz (S. 474), „die Taktik war über die reine Strategie zu stellen“. Das heißt mit anderen Worten, der Angreifer fühlte sich zu schwach, um an demjenigen Punkt der feindlichen Front anzusetzen, wo sich die beste Aussicht auf die strategische Operation bot, sondern wählte die Stelle, wo am leichtesten durchzudringen war. Das war zweifellos richtig gedacht im Hinblick auf das vorhandene Kräfteverhältnis, aber der

Satz steht in unausgleichbarem Widerspruch mit der Grundlage des Feldzuges. Diese forderte einen Vernichtungsfeldzug; der Angriff an einer taktisch günstigen, aber strategisch weniger wirksamen Stelle gab nur Aussicht auf einen mehr oder weniger großen taktischen Erfolg, der für das angenommene Kriegsziel nicht genügte. Eine strategische Operation ist falsch angelegt, wenn sie nicht taktisch, d. h. im Kampf Erfolg verspricht. Wenn General Ludendorff an den Stellen, wo ein strategisches Ziel in Aussicht stand, taktisch nicht glaubte, durchdringen zu können und deshalb den Angriff ansetzte an einer Stelle, die strategisch ins Leere führte, so liegt darin das Bekenntnis, daß der General sich bewußt war, für die Aufgabe, die er sich gesteckt hatte, zu schwach zu sein, daß Ziel und Mittel nicht richtig gegeneinnander abgewogen waren.

Um das strategische Ziel der Trennung der englischen Armee von der französischen zu erreichen, der dann die Aufrollung der ersteren hätte folgen können, wäre der Angriff wohl am besten so angesetzt worden, daß er an der Somme entlang führte. Ludendorff hatte aber die Angriffsfront um etwa vier Meilen weiter nach Süden erstreckt, weil der Feind hier besonders schwach schien, und als nun Hutier in der Tat hier den großen Angriffserfolg errang, hatte man um so mehr den Schwerpunkt des Angriffs in diesen Frontabschnitt verlegt. Da nun aber gleichzeitig doch immer der große strategische Zweck vor Augen schwebte, so wurde auch auf dem Nordabschnitt gegenüber Arras zu erneutem und erweitertem Angriff geschritten. Damit „zerflatterte“ nach dem Ausdruck eines Militärkritikers die Offensive. Sie war zu breit angelegt. Sie war nirgends stark genug. Die Discrepanz zwischen der strategischen und der taktischen Anlage wurde wirksam. Beide Angriffe, sowohl auf Arras wie auf Amiens, blieben stecken. Obgleich, wie General v. Kuhl aus seiner eigenen Erinnerung so schön sagt, das Heer für seine große Aufgabe in sorgfältigster Weise glänzend vorbereitet war und mit Frische und Freudigkeit zum Angriff schritt, und obgleich eine ganze englische Armee (Gough) aufgerieben wurde und eine zwei Meilen breite Lücke entstand, wo kein feindlicher Soldat mehr stand, so wurde dennoch der eigentliche Zweck des Angriffs, die Aufrollung der englischen Front und auch das im Verlauf des Kampfes herabgesetzte Ziel*, die Gewinnung von Amiens, nicht erreicht, weil die Offensive zwar taktisch günstig, aber strategisch falsch angesetzt war.

Der Angriffsplan hatte aber noch einen zweiten fundamentalen Fehler. Die Angriffe der Gegner in den beiden voraufgehenden Jahren hatten gelehrt, daß, selbst wenn ein Durchbruch zu gelingen schien, er endlich doch immer stecken blieb, weil kein technisches Aufgebot und keine Organisation im Stande war, das Nachführen der Verpflegung und der Munition durch das gewonnene Gelände zu

ermöglichen. Die Verhältnisse erinnern an die Strategie Friedrichs des Großen, wo Vorstöße und Verfolgungen immer nach wenigen Märschen ins Stocken gerieten, weil die Magazine nachgefahren werden mußten. War anzunehmen, daß die deutsche Armee mit ihrem schlechten Pferdebestand und ihrem dürftig versorgten Automobilpark in dem Trichtergelände der früheren Schlachten leisten würde, was die so viel besser ausgerüsteten Franzosen und Engländer auf gutem Boden nicht hatten leisten können?

Allen diesen Nachteilen und Mängeln der deutschen Offensive stand ein Vorteil gegenüber, der merkwürdigerweise von General Ludendorff gar nicht erwähnt wird und nicht in Betracht gezogen zu sein scheint. Das ist die Tatsache des geteilten Oberkommandos in der feindlichen Front und der verschiedenen Basis der alliierten Armeen. Die Engländer hatten als Basis die Kanalküste, die Franzosen das innere Frankreich mit Paris. Die Verhältnisse erinnern an den Feldzug 1815, wo Napoleon es wagte, die nebeneinanderstehenden Preußen und Engländer in Belgien anzugreifen, obgleich sie um das anderthalbfache stärker waren, weil er darauf rechnete, daß sie wegen ihrer verschiedenen Basis und des getrennten Kommandos nicht ganz zusammenwirken würden. Es war auch sehr nahe daran, daß er den Sieg davontrug, wenn nicht Gneisenau die Entschlossenheit gehabt hätte, nach der Niederlage von Ligny den Zusammenhang mit der deutschen Basis aufzugeben und den Engländern bei Belle Alliance zuzuziehen. Aus den Enthüllungen Wrights über die Vorgänge in den feindlichen Hauptquartieren haben wir erfahren, daß tatsächlich 1918 die Engländer immer nur auf ihre Verbindung mit den Kanalhäfen, die Franzosen immer nur auf die Deckung von Paris bedacht gewesen sind, und dadurch ihr Handeln, statt zusammenzuwirken, auseinandergezerrt wurde. Man war sich der Gefahren, die aus diesem Zwiespalt erwuchsen, wohl bewußt, und es war im Frühjahr 1918 beschlossen worden, einen gemeinsamen Ober-Kriegsrat in Versailles zu schaffen unter dem Vorsitz des Generals Foch, dem eine aus beiden Nationalitäten zusammengesetzte Reserve zur Verfügung stehen sollte. Die beiden Oberkommandierenden an der Front aber, der Feldmarschall Haig und der General Pétain, sabotierten diesen Beschluß, gaben keine Truppen ab für die Reserven und kamen stattdessen unter sich überein, wie sie sich im Bedarfsfalle unterstützen wollten. Diese Verabredung war aber ganz und gar beherrscht von der beiderseitigen Sorge um das eigene Heil, das heißt die eigene Basis, und nicht um das Gemeinwohl. Man verabredete, daß dem Angegriffenen das Stück seiner Front zunächst dem Verbindungspunkt von dem Nachbar abgenommen werden sollte, so daß die abgelösten Divisionen frei wurden, ihren Landsleuten zu Hilfe zu kommen. Um aber nicht durch einen Scheinangriff etwa irregeleitet zu werden, sollte diese Bewegung erst mit dem vierten

Tage nach dem Beginn der feindlichen Offensive einsetzen. Es mußte also fast eine Woche vergehen, ehe ein angegriffener Frontteil von der anderen Nation Unterstützung bekommen konnte. Eine wahrhaft ungeheuerliche Anordnung. Um aber das Übel vollzumachen, besetzten die Engländer das südlichste Stück ihrer Front, das an die Franzosen anschloß, ganz besonders schwach, da ja vor allem der nördliche Teil, der vor den Kanalhäfen stand, geschützt werden mußte.

Gerade auf diesen südlichen Teil der englischen Front lenkte nun General Ludendorff den deutschen Angriff, weil man, wie er angibt, beobachtet hatte und, wie wir hörten, richtig beobachtet hatte, daß dieser Abschnitt besonders schwach besetzt sei. Der Engländer Wright meint, eigentlich sei es ein strategischer Fehler gewesen, gerade diesen Abschnitt für den Angriff auszuwählen, denn wenn die Alliierten richtig handelten und die gemeinsame Hauptreserve aufstellten, so hätte diese gerade hier, wo Engländer und Franzosen sich berührten, jede Armee auf ihrer schon eingerichteten Etappenlinie, also ganz besonders schnell herankommen können. Da nun aber keine Hauptreserve bestand, sondern die Reservedivisionen hinter der ganzen Front verzettelt standen, so trafen die Deutschen auf einen Punkt, wo sie fast eine Woche lang mit ungeheurer Überlegenheit vordrücken konnten.

General Ludendorff konnte das nicht so wissen. In seinen „Kriegserinnerungen“ (S. 479) erklärt er die ungenügenden Abwehrvorbereitungen des Feindes und das verspätete Eintreffen seiner Reserven damit, daß man das Zusammenziehen unserer Angriffstruppen nicht bemerkt habe und überrascht worden sei. Aus Wright aber haben wir erfahren, daß die Überraschung nicht eigentlich gelungen ist, und daß man drüben sowohl den Fleck wie den Tag des Angriffes genau erkannt hat, daß aber die Zerfahrenheit im Oberkommando jede rationelle Abwehr ausschloß.

Die deutsche Angriffsfront beiderseits von St. Quentin war etwa zehn Meilen breit. Am Nordende, bei Cambrai, wo eigentlich der Hauptschlag fallen sollte, wurde zunächst nicht viel erreicht. Ludendorff gibt der Führung (General Otto v. Below, Chef Kraft v. Delmensingen) eine gewisse Schuld. Infanterie und Artillerie hätten nicht gut zusammengewirkt und den einzelnen Gruppen sei zuviel taktische Freiheit gegeben worden. Die Hauptsache war wohl, daß diese Armee, wie auch Ludendorff selber bemerkt, den stärksten Feind, die viel dichter besetzte Front vor sich hatte. Den großen Erfolg errang der General v. Hutier auf dem südlichen Abschnitt, gegenüber der englischen Armee Gough, wo weder eine dichte Besetzung war noch Reserven zur Hand waren. Wright behauptet, aber wohl mit starker Übertreibung, Hutier habe 23 Divisionen auf nur drei bis vier englische geworfen.

Da die Armee Gough so gut wie völlig außer Spiel gesetzt war und ihr in den ersten sechs Tagen der Offensive tropfenweise nicht mehr als eine britische und sieben französische Divisionen, zum Teil ohne Artillerie, zu Hilfe gekommen waren, so hätte die Übermacht Hutiers und der angrenzenden zweiten Armee, v. d. Marwitz, genügt, Amiens zu nehmen, wenn nicht nun der andere Fehler in der Grundanlage des Angriffs sich geltend gemacht hätte. Ludendorff selber beschreibt ihn in den „Kriegserinnerungen" (S. 482), „der Munitionsnachschub war nicht ergiebig genug, und auch Verpflegungsschwierigkeiten traten ein. Die Wiederherstellung der Straßen und Eisenbahnen kostete trotz aller vorausschauenden Vorbereitungen zu viel Zeit." Diese Stockung gab dem Feinde die Möglichkeit, zum Bewußtsein der Fehler zu kommen, die er gemacht hat. Dicht hinter der Front, in Doullens, fand eine Zusammenkunft von englischen und französischen Staatsmännern und Generalen statt, Lord Milner, General Wilson, Poincaré, Clemenceau, Foch, auf der nunmehr in der äußersten Not der einheitliche Oberbefehl beschlossen und dem General Foch übertragen wurde. Foch holte sofort aus einer anderen Stelle der französischen Front, obgleich dadurch eine Lücke entstand, drei Divisionen in die Gegend von Amiens, und vor deren Widerstand blieben die Deutschen, wie Wright schreibt, „von Hunger und Strapazen erschöpft", tausend Meter vor der Stadt liegen (27. März). Der Kampf wurde noch eine ganze Woche fortgesetzt, aber da nunmehr die Reserven der Alliierten von allen Seiten heranströmten, ohne weiteren Erfolg. In General Ludendorffs Darstellung ist die erste Periode, wo der deutsche Angriff infolge seiner eigenen inneren Schwierigkeiten zum Stocken kam, und die zweite, wo die feindliche Front sich verdichtete und selber zum Angriff überging, nicht genügend auseinandergehalten und so der strategische Zusammenhang verdunkelt.

Der taktische Erfolg des deutschen Angriffs war gewaltig gewesen, aber zu einem strategischen Erfolg hatte er sich nicht ausbauen lassen. Im Gegenteil, das Vordringen der Deutschen hatte ihrer Front eine Ausbauchung gegeben, die, wie es Foch sofort bemerkte, strategisch höchst gefährlich war und uns schließlich zum Verderben gereicht hat. So vorzüglich die Offensive taktisch vorbereitet war und durchgeführt wurde, der strategische Fehler in der Grundanlage hatte dadurch nicht ausgeglichen werden können.

Noch schlimmer aber war, was nunmehr folgte. Es ist ein Fundamentalsatz der Clausewitzschen Kriegslehre, daß ein militärischer Erfolg immer am besten an der Stelle ausgenutzt wird, wo er erfochten ist. Eine Kriegführung, die nicht auf eine absolute Entscheidung, auf die Niederwerfung des Feindes ausgeht, sondern sich mit einzelnen Schlägen begnügt, mag diese bald hier und bald da ausführen. Eine Kriegführung aber, die die Entscheidung er-

zwingen will, muß es da tun, wo sie den ersten erfolgreichen Schlag getan hat. Zeigt sich, daß sie dafür die Kraft nicht mehr hat, so kann sie es an einer anderen Stelle erst recht nicht. Ludendorff hatte, obgleich er doch eine große, entscheidende Offensive machen wollte, doch von vornherein ins Auge gefaßt, bald diese, bald jene Stelle der feindlichen Front anzupacken. „Es darf nicht geglaubt werden," heißt es in der Aufzeichnung für den Vortrag am 13. Februar, „daß wir eine Offensive haben werden wie in Galizien oder in Italien; es wird ein gewaltiges Ringen, das an einer Stelle beginnt, sich an der anderen fortsetzt und lange Zeit in Anspruch nehmen wird." So steht es auch bei Hindenburg (S. 301). „Gelang es uns nicht auf einen Hieb, den feindlichen Widerstand zum Zusammen bruch zu bringen, dann sollten diesem ersten Schlag weitere Schläge an anderen Stellen der feindlichen Widerstandslinien folgen." Ein von vornherein hoffnungsloses Beginnen! Da der Angreifer die Möglichkeit hatte, an einem Punkt Überlegenheit zu konzentrieren, so konnten immer wieder taktische Erfolge errungen werden und sind auch in einer für den Feind höchst beängstigenden Weise errungen worden, aber eine wirkliche Entscheidung konnte auf diesem Wege, nachdem sie beim ersten Anlauf nicht geglückt war, bei den folgenden noch weniger erreicht werden. Die Gründe sind immer wieder dieselben: der Angriff kann nicht so schnell vorgetragen werden, daß der Feind nicht Zeit gewänne, seine Reserven heranzuziehen.

Man beruft sich darauf, daß wir dem Siege, namentlich bei Amiens, so ganz nahe gekommen seien, aber es waren nicht etwa unglückliche Zufälle, die uns verhindert haben, den wirklichen, vollen Sieg zu erfechten, sondern umgekehrt, es waren, wie wir gesehen haben, unglaubliche, gar nicht zu erwartende Fehler des Feindes, die es ermöglicht haben, daß wir trotz der Fehler in unserer eigenen Schlachtanlage dem Siege so nahe gekommen sind. So schmerzlich es ist, so muß das mit aller Offenheit und Entschiedenheit ausgesprochen werden.

Das schließliche Ergebnis ist, daß jede eigentliche Strategie aufhört und daß man nach einem Ausdruck in den Erinnerungen Hindenburgs hoffte, daß unter den wiederholten Teilschlägen das feindliche Gebäude doch einmal „gelegentlich" zusammenbrechen werde, oder aber, wie Ludendorff dem Kronprinzen Rupprecht gesagt hat, daß ein Umsturz in Paris oder London uns zu Hilfe kommen werde, wie in Rußland.

Eine Strategie, die zu solchen Hoffnungen ihre Zuflucht nimmt, hat sich bereits selber aufgegeben und ist sich bewußt, daß ihre Mittel für das vorgesetzte Ziel nicht ausreichten.

Es erhebt sich die Frage, ob das deutsche Heer an der Westfront hätte stärker sein können. General v. Kuhl hat diese Frage

nach allen Seiten aufs sorgsamste geprüft. Wir hätten, wenn wir mit Entschiedenheit darauf bestanden hätten, eine Anzahl österreichischer Divisionen haben können, und nicht unbedeutende Truppenzahlen, sowohl an Kampftruppen wie besonders an den sehr nötigen Arbeitssoldaten hätten wir gewinnen können, wenn wir auf die Besetzung der Ukraine verzichtet hätten. Exzellenz v. Kuhl hat einleuchtend nachgewiesen, daß davon abgesehen wurde, weil alle zuständigen Behörden darin einig waren, daß wir ohne die Besetzung der Ukraine verhungern müßten.

Man darf sich aber nicht der Einsicht verschließen, daß diese Berechnung fehlgeschlagen ist. Nach dem Kuhlschen Bericht sind im ganzen an Getreide geliefert worden 9132 Waggons, wovon $^{7}/_{17}$ auf Deutschland kamen, also etwa 3750. Das sind, der Waggon zu 200 Zentner, 75 Millionen Pfund Getreide; das ist auf eine Bevölkerung von 67 Millionen etwas über ein Pfund auf den Kopf. Mit den anderen Lebensmitteln zusammen ergeben sich nicht ganz 4 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung. Außerdem wurden die in der Ukraine selbst befindlichen Truppen vom Lande ernährt, wogegen aber wieder in Abrechnung zu bringen ist, daß von den Lebensmitteln ein Teil verdorben in Deutschland ankam. Pferde erhielt die deutsche Armee etwa 56 000. Das ist etwa $5^{1}/_{2}$ % des beim Beginn der Offensive im ganzen vorhandenen Bestandes (992 000), also ein nicht unerheblicher Ersatz, wennschon der Ausdruck, den General Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen“ gebraucht, „Pferde in großen Mengen“, übertrieben erscheint. Auch die 50 000 Rinder, die nach Deutschland gekommen sein sollen, bildeten eine unverächtliche Zubuße. Vergleicht man aber, daß 17 Infanterie- und 3 Kavallerie-, im ganzen also 20, wennschon schwache, Divisionen aufgeboten worden sind, die Ukraine zu besetzen, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß das ganze Unternehmen ein Mißgriff war und die Frage aufwerfen, ob nicht auf dem Wege des Handels und des Schmuggels annähernd dasselbe hätte erreicht werden können. An Getreide und Lebensmitteln war allerdings auf diesem Wege nicht viel zu erlangen, da der Eisenbahnbetrieb nur durch die Anwesenheit der deutschen Truppen in Gang erhalten werden konnte. Aber was sich selbst bewegt, also Pferde und Rinder, also die Hauptsache von dem, was tatsächlich geleistet ist, hätte, wie mir ein Sachkenner, ein deutsch-ukrainischer Großgrundbesitzer, versichert hat, auch ohne die Besetzung herangebracht werden können. Die Sache ist von erheblicher Bedeutung, da ja aus Mangel an Arbeitssoldaten die rückwärtigen Stellungen hinter der Westfront nicht ausgebaut worden sind. Auf das Jahr 1919 durfte keine Rücksicht genommen werden, da, so wie General Ludendorff den Feldzug angelegt hatte, wir im Jahre 1918 entweder siegen oder untergehen mußten.

Die Kritik darf nicht bei dem Nachweis stehen bleiben, daß ein Fehler gemacht worden ist, sondern muß auch die Frage aufwerfen, wie es hätte besser gemacht werden können. Zu diesem Zweck muß man zu dem Ausgangspunkt, dem politischen Zweck des Feldzuges, zurückkehren. Dieses Ziel war so hoch gesteckt, daß es ohne völlige Niederwerfung der feindlichen Heere nicht erreicht werden konnte. Der Fehler des Feldzugsplanes war, daß der Feldherr sich selber bewußt war, wenigstens halb und halb bewußt war, daß seine Kräfte dafür nicht ausreichten. Hätte er dieses Bewußtsein nicht gehabt und infolgedessen den Feldzug konsequent auf die große strategische Entscheidung angelegt, das heißt, den Angriff weiter nördlich, wo die englische Front dicht besetzt war, angesetzt, so wäre der Angriff vermutlich, wenn nicht ganz erfolglos geblieben, doch noch früher stecken geblieben als der Angriff bei St. Quentin. Wie die rauhe Wirklichkeit des Kräfteverhältnisses einmal beschaffen war, hätte eine klar und konsequent denkende Strategie sich also von Anfang an sagen müssen, daß die absolute Entscheidung ausgeschlossen sei, und daß damit auch das große Kriegsziel fallen gelassen werden müsse. Es blieb nur übrig, den Feind durch vereinzelte schwere Schläge mürbe zu machen und ihn friedenswillig zu stimmen, eine Wendung, die auch General Ludendorff in seinen Büchern mehrfach gebraucht. Um aus einer solchen friedenswilligen Stimmung nun aber auch eine Aktion aufsprießen zu lassen, hätte man dem Feinde eine Sicherheit geben müssen, daß wir uns mit einem Verständigungsfrieden begnügen würden. Kein strategischer Gedanke kann, um noch einmal auf den Clausewitzschen Fundamentalsatz zurückzukommen, zu Ende gedacht werden ohne das politische Ziel.

Eine derartige Herabsetzung des politischen Zieles ergab den strategischen Vorteil, daß man sich für die zu unternehmenden Angriffe immer die taktisch günstigsten Punkte, d. h. diejenigen Punkte, wo der Erfolg am leichtesten zu erringen war, aussuchen und auf die große stragetische Auswirkung verzichten konnte. Man hätte also zum Beispiel dann den Fehler, der uns den Erfolg in der Schlacht zwischen St. Quentin und Amiens verdarb, vermieden, nämlich den Widerspruch zwischen der strategischen und taktischen Anlage des Angriffs.

Auch die beiden nachfolgenden großen Angriffe, bei Ypern und am Damenweg, würden unter dieser Voraussetzung einen vernünftigen Sinn gewinnen.

Die weitere Folge einer solchen richtigeren Abwägung von Zweck und Mitteln wäre aber auch gewesen, daß man sich überlegen konnte, ob nicht die allergünstigste Chance für eine Offensive an einer anderen Stelle lag als an der Westfront, nämlich in Italien. Nach sehr einleuchtend erscheinenden Darlegungen des österreichischen Generals Krauß hätte man gute Aussicht gehabt, die ganze

italienische Armee zu vernichten. Es sind von verschiedenen Schriftstellern dunkle Andeutungen gemacht worden, weshalb man dieser Idee einer Offensive in Italien nicht nähergetreten sei. Ich verzichte vorläufig darauf, diesen Spuren nachzugehen, da ja der Gedanke des italienischen Feldzuges von vornherein nicht in die Grundvorstellung des General Ludendorff paßte, nämlich vor Ankunft der Amerikaner eine unbedingte Entscheidung herbeizuführen. Der italienische Feldzug, so groß auch sein Erfolg sein mochte, wäre immer nur eine Nebenoperation geblieben; eine Hauptentscheidung konnte nur an der Westfront fallen.

Auch eine dritte Möglichkeit möge wenigstens erwähnt werden, nämlich nach Petersburg und Moskau zu gehen, die Sowjetrepublik zu stürzen, eine bürgerliche Regierung aufzurichten und mit ihr ein Bündnis zu schließen. Ganz ausgeschlossen war eine solche politisch-strategische Wendung nicht. Denn wir hatten das ungeheure Glück gehabt, daß uns bei dem inneren Zwiespalt, der die englische Regierung und Heeresleitung zersetzte, der englische Kriegsplan verraten worden war. Der Oberst Repington hatte im Einvernehmen mit dem bisherigen Generalstabschef Robertson am 10. Februar 1918 in einem Artikel der „Morning-Post" der Welt kundgegeben, daß man nach den verunglückten, verlustreichen Offensiven von 1916 und 1917 darauf verzichten werde, die Entscheidung an der französisch-belgischen Front zu suchen, und den Schwerpunkt der Kriegführung bis zur Ankunft der Amerikaner im Jahre 1919 in den Orient verlegen wollte. Die deutsche Oberste Heeresleitung konnte also mit großer Sicherheit darauf rechnen, daß, wenn man nicht selber angriff, die Westfront ruhig bleiben würde, und hätte um so leichter die Offensive, sei es nach Italien, sei es nach Rußland wenden können. Es gibt nichts, was mehr Gewinn verspricht im Kriege, als die Kenntnis des feindlichen Feldzugsplanes. General Ludendorff hat aber aus diesem Geschenk der Fortuna nichts zu machen gewußt, und es in seinen Büchern, soweit ich mich erinnere, nicht einmal erwähnt.

Vielfach wird zwar noch heute der Satz aufgestellt, daß ein Verzichts- oder Verständigungsfriede Anfang 1918 ausgeschlossen gewesen sei, da die feindlichen Mächte ihn nicht bewilligt hätten. War nun auch, wie wir gesehen haben, der unbedingte Sieg der Zentralmächte ausgeschlossen, so würde jener Satz, wörtlich genommen, bedeuten, daß Deutschland schon damals verloren war. Man wird das von einer Macht, die noch so gewaltig dastand, kaum annehmen, sondern von vornherein glauben dürfen, daß, wenn man die Kräfte richtig eingeschätzt und die Situation richtig beurteilt hätte, man doch wohl zu einem für Deutschland annehmbaren Ausgleich auf irgendeine Weise hätte kommen können, und der Weg zu einem ehrenvoller Frieden wäre daher gewesen, gleichzeitig möglichst schwere Schläge zu führen und den Gegnern so gemäßigte Bedin-

gungen zu bieten, daß die Völker den Friedensschluß einer Fortsetzung des Blutvergießens vorgezogen hätten. Die Vorbedingung für eine solche mit solcher Strategie verbundene Politik wäre gewesen, daß die Oberste Heeresleitung das von ihr aufgestellte Kriegsziel fallen ließ. Denn bei der Stimmung, die im deutschen Volke herrschte, dem unbedingten Vertrauen, mit dem weite Kreise auf die Oberste Heeresleitung blickten, dem Mißtrauen, mit dem sie gegen das Auswärtige Amt erfüllt waren, wäre ohne volle und offene Zustimmung der Obersten Heeresleitung die Politik des Verzichtfriedens, wie man es nannte, kaum durchzuführen gewesen. Ein Mann von dem Formate Bismarcks hätte es vielleicht gekonnt. Aber einen solchen Mann hatten wir nicht. Derjenige, der durch die suggestive Kraft seiner Persönlichkeit vielfach den Eindruck machte, zur Führerrolle berufen zu sein, der General Ludendorff, wies der öffentlichen Meinung nicht nur nicht den richtigen Weg, sondern drängte sie in die entgegengesetzte verderbliche Richtung. Der General Ludendorff stellte sich vor, daß man, um die Kriegsstimmung, den Kriegswillen hochzuhalten, der öffentlichen Meinung möglichst große Kriegsziele zeigen müsse, und machte es Bethmann Hollweg, daß er das nicht getan hat, zum allerschwersten Vorwurf. Ich halte es für eine phsychologisch durchaus falsche Einstellung und wage es auch, es als einen völligen Irrtum zu bezeichnen, daß Ludendorff bei seiner Kriegszielpolitik schlechtweg die Armee auf seiner Seite gehabt hätte. Gewiß gab es unter den Offizieren und namentlich in den Stäben nicht wenige, die ihm beipflichteten. Aber die große Masse der Mannschaften, ganz besonders der älteren Jahrgänge, wäre es durchaus zufrieden gewesen, und hätte es mit Jubel aufgenommen, wenn Deutschland einen Frieden schloß, ohne Schaden zu erleiden. Ein anderes Referat wird dazu die Belege bringen. Das deutsche Heer war ausgerückt in der Vorstellung eines uns aufgezwungenen Verteidigungskrieges. Es ist richtig, daß nach den ersten Siegen dann in den weitesten Kreisen die Vorstellung entstand, daß Deutschland nur mit großem Gewinn und wertvollen Sicherungen aus dem Kriege hervorgehen dürfe. Aber unter den schweren Leiden der Kriegsjahre war diese Stimmung wieder verflogen, und bei politisch Denkenden hatte man auch die Erkenntnis, welchen ungeheuren Gewinn Deutschland mittelbar daraus zog, daß der russische Koloß zusammengebrochen war. Wenn die Oberste Heeresleitung sich dazu aufraffte, dem deutschen Volke zu sagen, daß es für die Größe und Sicherheit seiner zukünftigen Weltstellung einer direkten oder indirekten Verbesserung seiner Westgrenze nicht bedürfe, so würde die große Mehrheit des deutschen Volkes und namentlich auch des Feldheeres sich gern damit abgefunden haben.

Auch dem General Ludendorff ist dieser Gedankengang nicht so ganz fremd geblieben. Das Kriegspresseamt gab in seinem Auftrag

die Direktive aus, „im eigenen Kampfwillen nicht eher nachzulassen, als bis der Feind tatsächlich Bereitwilligkeit zu einer Verständigung gezeigt hätte". Die strategische Konsequenz aus dieser politischen Einstellung aber hat, wie wir gesehen haben, die Oberste Heeresleitung nicht gezogen.

War denn nun aber wirklich einige Aussicht, daß, wenn wir unsererseits Friedenswilligkeit zeigten, die Feinde darauf eingingen? Ludendorff selber ist dieser Meinung gewesen. „Die Untersuchung über die beiden ersten Angriffe", schreibt er („Kriegführung und Politik" S. 218), „ist naturgemäß noch nicht abgeschlossen. Ihr politischer Erfolg war, daß Wilson sich meldete und England im Haag über den Frieden mit den Deutschen sprach. Die Politik brauchte mit den Leistungen der Kriegführung nicht unzufrieden zu sein." Die genauere Untersuchung dieser Friedensmöglichkeit wird späteren Arbeiten vorzubehalten sein. Hier ist nur von neuem festzustellen, daß in dem Denken des Generals Ludendorff ein innerer Widerspruch zutage tritt. Immer und immer wieder bezeichnet er in seinen Büchern den Gedanken des Verständigungsfriedens als ein Verbrechen und sagt uns, daß er bis zum Juli-August 1918 an seinem großen Kriegsziel festgehalten habe. In der amerikanischen und englischen Annäherung nach unseren Frühjahrssiegen aber erkennt er eine Friedensmöglichkeit und versichert uns auch an anderen Stellen seiner Bücher, daß er einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf Grund des Selbstbestimungsrechts der Völker gar nicht so fern gestanden habe (z. B. „Kriegführung und Politik", S. 253).

Ob tatsächlich im Jahre 1918 Friedensmöglichkeiten bestanden haben, und was etwa dafür geschehen ist, wird einer besonderen Untersuchung mit Zeugenvernehmung vorzubehalten sein, die an den Mißerfolg der Friedensbestrebungen im Jahre 1917 anzuknüpfen haben wird. Die beste Fragestellung würde mir erscheinen, nicht sowohl, ob ein Friede möglich war, denn das wird immer als zweifelhaft hingestellt werden können, als, ob von deutscher Seite alles geschehen ist, was möglich war, einen Frieden herbeizuführen. Für jetzt möchte ich meinerseits nur zusammenstellen, was mir dafür zu sprechen scheint, daß eine Verständigung noch im Frühjahr 1918 keineswegs ausgeschlossen war. Im Januar 1918 hielten sowohl Präsident Wilson wie Lloyd George Reden, die gegen frühere Äußerungen erheblich abstachen. Wilson sprach so höflich, daß die französische und italienische Presse ziemlich außer sich über ihn war. Auch Lloyd George, der früher die Knock-out-Politik verkündet hatte, machte eine ganz freundliche Miene. Ob er damit wirklich eine Wendung bezeichnen wollte, konnte freilich sehr zweifelhaft erscheinen; es konnte auch eine Kriegslist sein, um der vordringenden englischen Friedenspartei, Asquith, Grey, Lansdowne, den Wind

aus den Segeln zu nehmen. Aber selbst in diesem Falle wäre es ein Symptom gewesen, daß in England eine Friedensneigung bestand, der Lloyd George Beachtung schenken mußte. Hinterher aber haben wir erfahren, daß, so wenig glaublich es schien, Lloyd George wirklich verhandlungsbereit gewesen ist. In der „National Review" (Septemberheft 1919) hat Leo Maxse, einer der wütendsten Deutschfeinde, ausgeplaudert, daß Lloyd George in der ganzen Zeit vom Juli 1917 bis Juli 1918 von solchem Pessimismus erfüllt gewesen sei, daß er bereit gewesen wäre, auf jedes plausible Friedensangebot einzugehen. „Erkennen wir offen an, fügte er hinzu, daß wir unsere Rettung wieder und wieder unseren Feinden verdanken." „Wäre die Oberste Heeresleitung und die Vaterlandspartei nicht gewesen, so hätte Berlin eine Antwort geben können (Juli 1917), die unsre Panikmacher in Stand gesetzt hätte, ihr Ziel weiter zu verfolgen, bis alle unsere Kriegsziele geopfert gewesen wären." „Hätte der Feind damals nur eine befriedigende Erklärung über Belgien abgegeben, so hätten Unterhandlungen begonnen und das Unheil wäre geschehen gewesen, bevor das Publikum von der Intrigue auch nur gewußt hätte."

Man pflegt zu sagen, daß ein deutsches Friedensangebot drüben als Symptom der Schwäche ausgelegt worden wäre und den feindlichen Kriegswillen nicht gemindert, sondern gestärkt haben würde; man würde darin einen Beweis des sinkenden Vertrauens der deutschen Heerführung in die eigene Kraft gesehen haben. Unzweifelhaft würde das in tausend feindlichen Zeitungen gestanden haben, ganz so wie ja auch bei uns die Zeitungen fortwährend Symptome des Niedergangs der Kriegskraft bei den feindlichen Völkern entdeckten. Umgekehrt wirkte aber auch jedes Friedensangebot, das nicht angenommen wurde, hüben wie drüben bei den Volksmassen, die sich nach Frieden sehnten, günstig für den Anbietenden, ungünstig für den Ablehnenden. „Warum denn keinen Frieden, wenn der andere bereit ist? Wir wollen doch nichts als unsere Verteidigung, und diese ist doch wohl erreicht!" Die leitenden deutschen Staatsmänner hatten nun freilich immer schon erklärt, daß Deutschland zu einer Verständigung bereit sei, aber von der Gegenseite war erwidert, nicht, daß man keine Verständigung wolle, sondern, daß die Verständigung nicht ehrlich gemeint sei, daß sich nur eine Kriegslist dahinter verstecke, daß man die Alliierten auf diese Weise trennen, und daß, wenn man erst am Verhandlungstische sitze, die Deutschen Ansprüche erheben würden, die mit der Unabhängigkeit der anderen Völker unvereinbar seien. Als der Deutsche Reichstag im Juli 1917 die Friedensresolution beschloß, da schrieb die feindliche Presse keineswegs bloß, daß Deutschland nun am Ende seiner Kräfte sei, sondern auch, daß die Resolution für die wahren Absichten der deutschen Politik nichts bedeute, da der Reichstag in Deutschland nicht die

entscheidende Instanz sei, und leider muß man ja hinzufügen, daß sie damit recht hatte. Denn die Beschlüsse, die unmittelbar darauf in Kreuznach und in Berlin über die Kriegsziele gefaßt wurden, ließen die Resolution des Reichstages, von der man berechnet hatte, daß hinter ihr zehn Millionen Wähler standen, während die Gegenpartei nur etwas über eine Million 300 000 hinter sich hatte, unerwähnt und unbeachtet. Was die Welt wollte, war nicht bloß eine allgemeine Versicherung, daß Deutschland zum Frieden bereit sei, sondern feste und absolut bindende Zusicherungen über die erste und hauptsächlichste aller Friedensbedingungen, die Integrität und Souveränität Belgiens. Ohne eine solche Zusicherung war für England jede Friedensverhandlung unmöglich. Man kann die politische Situation jener Zeit nicht verstehen, wenn man nicht immer im Auge behält, daß auf der einen Seite Deutschland die Kriegskarte für sich hatte, den Besitz großer feindlicher Gebiete, der Feindbund aber die Zukunft, den Besitz viel größerer Hilfsmittel. Alle Welt sah voraus, daß Deutschlands Ersatz an Menschen wie an Material in absehbarer Zeit zu Ende gehe, beim Feindbund aber nicht. Wenn auch der Präsident der deutschen Vaterlandspartei, der Großadmiral v. Tirpitz, noch im Januar 1918 verkündete: „Amerikas militärische Hilfe ist und bleibt ein Phantom", so wußte zum wenigsten die Oberste Heeresleitung das damals schon besser, und der Feind erst recht. Ohne weiteres in eine Friedensverhandlung mit uns einzutreten, hätte also für den Feindbund bedeutet, seine Chance eines Siegfriedens aus der Hand zu geben. Er konnte in eine Verhandlung nur eintreten, wenn Deutschland seinerseits ebenfalls auf seinen Vorteil, nämlich die bessere Kriegskarte, verzichtete, mit anderen Worten, die Erklärung über Belgien im voraus ohne Vorbehalt, ohne Kompensation und unwiderruflich abgab. Über die anderen Friedensbedingungen hätte man sich dann am Verhandlungstisch aussprechen können. Dem Verdacht, daß ein deutsches Friedensangebot ein Zeichen der Schwäche sei, hätte also sehr gut begegnet werden können mit dem Hinweis, daß Deutschland schon längst seine Bereitwilligkeit zu einem Verständigungsfrieden kundgetan, und daß es jetzt nur, was es prinzipiell ausgesprochen, genauer präzisiere. Ganz besonders aber hätte man den Verdacht der Schwäche überwinden können durch die Wahl eines richtigen Zeitpunktes. Am 21. März 1918 setzte die große Offensive ein. Stellen wir uns vor, daß der deutsche Reichskanzler, sagen wir 14 Tage vorher, an irgendeiner Stelle mit aller Bestimmtheit öffentlich und bindend erklärt hätte, daß Deutschland an der Politik der Reichstagsresolution vom Juli 1917 festhalte, die jede erzwungene Gebietserwerbung sowie politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung verwarf, und im besonderen die Integrität und Souveränität Belgiens weder politisch noch wirtschaftlich anzutasten gedenke. Vielleicht würde in der feindlichen Presse

mit lautem Hohnruf verkündet worden sein: „Ihr seht, die Deutschen pfeifen auf dem letzten Loch; ihrer so laut angekündigten Offensive trauen sie selber nicht; binnen kurzem werden sie um Gnade flehen". Noch hätte die ganze Welt in diesen Bildern geschwelgt, als dann der Sturm kam! „Bapaume und Peronne genommen, 50 000 Gefangene; Noyon und Albert genommen, 80 000 Gefangene; Clemenceau hat dem Präsidenten Poincaré gemeldet, daß er vielleicht Paris verlassen müsse; Armentières und Bailleul genommen, blutige Verluste der verbündeten Heere von einer halben Million, die englische Armee ficht mit dem Rücken an der Wand." Was hätten die Völker gesagt, wenn in diesem Augenblick der deutsche Reichskanzler von neuem erklärt hätte: „An der von uns verkündeten Friedensbasis wird nichts geändert. Die Integrität und Souveränität Belgiens bleibt nach wie vor gesichert. Wir laden die Völker ein, mit uns zu einem Friedenskongreß zusammenzutreten." Würden die Stimmen, die alles für Schwächesymptome erklären wollten, die Oberhand behalten haben?

Es gibt aber neben dieser prinzipiellen Betrachtung auch ein historisches Aktenstück, das ein Licht auf die Verhandlungsbereitschaft der Entente wirft. Im März 1918, kurz vor Beginn unserer Offensive, hatte der Oberst v. Haeften im Ausland eine Besprechung mit einer Persönlichkeit, die über die Ziele und Absichten der amtlichen Stellen in London und Washington unterrichtet war. Diese machte, wie uns General Ludendorff selbst in seinen Büchern erzählt, den Eintritt in amtliche Friedensverhandlungen von folgenden Vorbedingungen abhängig: Bedingungslose Räumung Nordfrankreichs und Belgiens, Zahlung der Wiederherstellungskosten, Selbständigmachung Elsaß-Lothringens, Nichtigkeitserklärung der soeben im Osten entstandenen Friedensschlüsse, Verweisung aller Ostfragen an eine von der Entente zu berufende Friedenskonferenz und völliger Wechsel des Regierungssystems in Deutschland in dem später von Wilson geforderten und erzwungenen Sinne. Die letzte dieser Bedingungen sollte, wie Herr v. Haeften nachher erklärt hat, nicht etwa die Abschaffung der Monarchie, sondern nur die Einführung des Parlamentarismus bedeuten. Da diese ja bereits in vollem Zuge war, so hatte diese Klausel also keine praktische Bedeutung. Von den anderen Bedingungen ist am bemerkenswertesten, daß nicht die Abtretung, sondern bloß die Autonomie Elsaß-Lothringens gefordert wurde. Schon am 19. Dezember 1917 hatte Lord Robert Cecil zur höchsten Beunruhigung der Franzosen eine Rede gehalten, die erkennen ließ, daß England nicht unbedingt auf die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich bestehen würde. Unter den Schrecken unserer Siege im März und Mai hätte man auch wohl noch dies oder das nachgelassen. Auch General Ludendorff schreibt (Krieg und Politik, S. 295), daß im Mai und Juni bei der Entente die Ge-

danken, die auf einen Frieden hinzielten, festere Gestalt gewonnen, als je im bisherigen Verlauf des Krieges! War also wirklich die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens prinzipiell ausgeschlossen? Oder wird sie etwa widerlegt dadurch, daß zahlreiche Anknüpfungen, die hier und da versucht wurden, niemals einen Erfolg hatten? Wird sie widerlegt dadurch, daß der deutsche Reichskanzler wiederholt vergeblich Erklärungen zugunsten eines Friedens „ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen" abgab? Dem ist entgegenzuhalten, daß allen diesen Versuchen unmöglich ein Erfolg beschieden sein konnte, da die unerläßliche Vorbedingung, die absolute und bedingungslose Freigabe Belgiens, was mehr ist als die bloße Versprechung „keine Annexionen", nicht erfüllt war. Diese Erklärung ist erst in bindender Form vom Reichskanzler Grafen Hertling im Juli 1918 im Ausschuß des Reichstags abgegeben worden, als es zu spät war, als der militärische Umschwung und unsere Niederlage bereits eingesetzt hatten.

Mir scheint nicht, daß der Verständigungsfriede allein an dem Vernichtungswillen des Feindbundes gescheitert ist; und das Verhalten der Obersten Heeresleitung kann nicht damit entschuldigt oder erklärt werden, daß General Ludendorff kein Bewußtsein von der Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gehabt habe.

Zusammenfassung

Mit Herrn General v. Kuhl bin ich darin einig, daß die deutsche Armee 1918 angreifen mußte, aber der Angriff hätte nur auf möglichst schwere Schläge, nicht auf eine völlige Niederwerfung der ganzen feindlichen Streitmacht ausgehen*, also es hätte nur ein Angriff mit beschränktem Ziel sein dürfen, und er hätte mit einem ehrlichen und offenen Friedensangebot auf der Grundlage der vollen Souveränität und Integrität Belgiens verbunden sein müssen.

Nachträglich bemerke ich, daß meine Übereinstimmung mit dem Gutachten des Generals v. Kuhl noch weiter geht als ich oben angenommen habe. In einem Aufsatz im Juliheft der „Preußischen Jahrbücher" sagt der Herr Verfasser, daß die Ansetzung der ersten Offensive bei St. Quentin ihm nicht unbedingt richtig erscheint, und daß der letzte Angriff in der Champagne ebenfalls in seiner Berechtigung angezweifelt werden dürfe. Ferner stimmt er mir darin zu, daß die Freigabe Belgiens von uns hätte erklärt werden können. Dies sind meines Erachtens die entscheidenden Punkte. In den daraus zu ziehenden Konsequenzen sind wir verschiedener Ansicht.

II

Ausführungen im Anschluß an das Gutachten des Sachverständigen Schwertfeger

Ich habe zu dem Gutachten des Herrn Oberst (Erster Teil) sachlich sehr wenig zu bemerken. Ich habe eine andere Auffassung von der Strategie Friedrichs des Großen, und ich habe über die Berufung des Reichskanzlers Michaelis eine anders lautende Information. Aber das sind Nebensächlichkeiten. In allem Wesentlichen kann ich den sachlichen Feststellungen des Gutachtens nur vollständig zustimmen. In der Beurteilung aber glaube ich einen Schritt weiter gehen zu müssen. In der Obersten Heeresleitung trenne ich zunächst noch etwas stärker als Herr Oberst Schwertfeger den Feldmarschall v. Hindenburg von dem General Ludendorff. Es ist ganz klar, daß der Feldmarschall durchaus im Banne seines Ersten Generalquartiermeisters stand und sich von diesem sogar zu Taten hat bestimmen lassen, die seiner innersten Natur zuwider waren. Aus sich heraus hätte der Feldmarschall v. Hindenburg sich gewiß niemals entschlossen, seinen Obersten Kriegsherrn zu vergewaltigen und ihn zur Entlassung des Reichskanzlers und des Kabinettsrats zu zwingen, denen er vertraute. Man muß also, wenn man von den höchsten Verantwortlichkeiten im Weltkriege spricht und Verdunklung vermeiden will, nicht von der Obersten Heeresleitung, sondern von General Ludendorff sprechen.

Aus den Feststellungen des Herrn Oberst Schwertfeger geht hervor, daß, obgleich die formelle Verantwortung bei dem Kaiser und dem Reichskanzler geblieben ist, doch die tatsächliche Führung Deutschlands an die Oberste Heeresleitung übergegangen war, die militärisch eingestellt war. Sich von dieser rein militärischen Einstellung zu befreien, hätte der General Ludendorff ein großer Mann sein müssen, was man, wie allgemein zugestanden werden wird, von niemand, der es nun einmal nicht ist, verlangen kann. Ausgenommen aber ist doch wohl der Fall, daß jemand ungezwungen eine Stellung ergriffen hat, die einen großen Mann verlangt hätte. Wer eine solche Stellung freiwillig ergreift und sich ihr dann nicht gewachsen zeigt, der muß sich gefallen lassen, daß man an ihn den Maßstab eines großen Mannes legt und ihn verdammt nach dem Grade des Unheils, das er vermöge seiner ungenügenden Fähigkeiten angerichtet hat.

Es ist aber nicht bloß ungenügende intellektuelle Befähigung, um die es sich hier handelt, sondern es ist auch zu untersuchen, ob es nicht etwa an dem vollen sittlichen Verantwortungsgefühl gemangelt hat.

Nur ein felsenfester Glaube an die entscheidende und endgültige

Niederlage unserer sämtlichen Gegner, sagt Herr Schwertfeger, hätte die Auffassung der Obersten Heeresleitung rechtfertigen können, und meint, nach den wunderbaren Siegen der Jahre 1914 und 1915 im Osten müsse man es den Generalen nachfühlen können, daß es ihnen an der Erkenntnis für die Grenzen militärisch zu erzwingender Erfolge gefehlt habe.

Mir scheint nun, es läßt sich aus den eigenen Schriften des Generals Ludendorff nachweisen, daß er diesen felsenfesten Glauben, der ihn vielleicht subjektiv entschuldigen möchte, nicht gehabt hat, daß er vielmehr selber geglaubt hat, daß Deutschland einen ehrenvollen Frieden haben könne, und daß er dennoch nicht alles getan hat, was in seinen Kräften stand, diesen Frieden herbeizuführen.

Daß General Ludendorff keineswegs mit unbedingter Sicherheit auf den Erfolg der Westoffensive von 1918 gerechnet hat, glaube ich in dem anderen Gutachten nachgewiesen zu haben. Es geht hervor aus der strategischen Anlage der Offensive selber, und wenn auch beim ersten Anlauf Zuversicht bestanden haben mag, so war sie jedenfalls schon sehr gemindert, als diese erste Offensive trotz allen Glanzes doch das eigentliche Ziel zu erreichen nicht vermocht hatte. Jedenfalls von diesem Augenblick an, wenn nicht schon von Hause aus, war es nicht mehr die hohe strategische Kühnheit, die den großen Feldherrn macht, daß man auf dem beschrittenen Wege fortfuhr, sondern ein frevelhaftes Spiel mit der Zukunft des Vaterlandes — vorausgesetzt, daß in den Vorstellungen des Feldherrn die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens, eines Verständigungsfriedens, nicht ausgeschlossen war. An zahlreichen Stellen versichert uns nun General Ludendorff in seinen Büchern, daß er einen solchen Verständigungsfrieden für unmöglich gehalten, daß es für uns nur Sieg oder Niederlage habe geben können, ein Mittelding nicht habe in Betracht kommen können und die Forderung eines Verständigungsfriedens ein Verbrechen gewesen sei. An anderen Stellen aber sagt er uns selber, daß er geglaubt habe, daß Amerika sich in seiner Ehre gebunden fühlen würde, uns den Wilson-Frieden zu verschaffen und daß er es auch für möglich gehalten habe, daß Wilson seine Absichten gegenüber England und Frankreich durchsetzen würde (Kriegserinnerungen, S. 581). Ein Wilson-Friede, der abgeschlossen wurde, während unsere militärische Kraft noch ungebrochen war, wäre ein Verständigungsfriede geworden, und L. versichert auch, daß er seinerseits von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen, der dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Freiheit ließ, nicht sehr weit entfernt gewesen sei (Krieg und Pol., S. 253). Er will, daß die militärischen Erfolge im Frühjahr 1918 hätten diplomatisch ausgenutzt werden sollen, was er nur wollen konnte, wenn er an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens glaubte. Man könnte das für eine nachträgliche Ausrede halten, um dem Vorwurf napoleonischen

Strebens zu begegnen, aber dem widerspricht, daß der General tatsächlich auch in diesem Sinne gehandelt hat. Er bestimmte zum Vertreter der Obersten Heeresleitung beim Auswärtigen Amt den Obersten v. Haeften, der mit aller Entschiedenheit im Sinne eines Verständigungsfriedens arbeitete, und erhielt ihn auch in dieser Stellung, obgleich der Oberst von anderen militärischen Stellen bei ihm als Defaitist verklagt und seine Abberufung gefordert wurde. Der innere Widerspruch in dem Verhalten des Generals Ludendorff liegt zutage. Glaubte er wirklich an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens, so schnitt er doch selber die Möglichkeit wieder ab, indem er Forderungen aufstellte, von denen man wußte, daß die Gegner sie nicht annehmen würden, ehe sie nicht vollständig geschlagen und niedergeworfen waren. Ist nun dieser innere Widerspruch nur zu erklären durch Unklarheit und Inkonsequenz des Denkens? Aus der Aussage des Generals v. Haeften, die in der Anlage beigefügt ist, läßt sich noch ein anderes Moment herauslesen. Nach außen hin vertrat die Oberste Heeresleitung die hohen Kriegsziele, ohne die sie, freilich in völliger Verkennung der Psychologie der Massen, glaubte die Stimmung der Armee nicht aufrechterhalten zu können. Dem Auswärtigen Amt gegenüber zeigt sie sich nicht so ganz unnachgiebig, wenigstens in den Anregungen, die ihr Vertreter dort verlauten ließ. Das läßt sich nur so auslegen, daß sie selber zwar auf dem Siegfrieden bestand, es aber nicht unbedingt ungern gesehen hätte, wenn sie schließlich von der Diplomatie überstimmt und der Verständigungsfriede gegen ihr Votum abgeschlossen worden wäre. Wenn das wirklich, wie es nach der Aussage des Generals v. Haeften kaum zu bezweifeln ist, die innerste Auffassung des Generals Ludendorff gewesen ist, so dürfte kein Ausdruck der Verdammung für dieses Verhalten zu hart erscheinen. Zuerst haben wir wieder die Unklarheitt, die mangelnde Einsicht, daß es bei der Stimmung, die damals in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschte, dem Vertrauen, mit dem es unentwegt auf die Oberste Heeresleitung blickte, fast unmöglich gewesen wäre, einen Frieden zu schließen, dem die Oberste Heeresleitung widersprach. Schlimmer als das aber ist die Unehrlichkeit, sich für das, was man selber wünschte, der Verantwortung zu entziehen und sie einer anderen Behörde und dem Kaiser zuzuschieben, weil man sich nicht unpopulär machen wollte. Denn das ist sicher, daß, selbst wenn die Oberste Heeresleitung einem Verständigungsfrieden zustimmte, dieser doch gerade in den Kreisen, auf die der General Ludendorff Wert legte, in der vom Großadmiral v. Tirpitz geführten sogenannten Vaterlandspartei, sehr angefochten worden wäre. Es ist von je eine sehr dankbare Position gewesen, den starken Patrioten darzustellen und die Schwächlichkeit der aktiven Staatskunst zu verabscheuen. Besonders Soldaten haben immer gern das Wort im Munde geführt, das freilich

von Blücher stammt, aber von der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung längst als verfehlt erkannt ist, daß die Feder des Diplomaten verderbe, was das Schwert des Soldaten gewonnen. Wird es in gutem Glauben gesagt, so ist es eine Ansicht wie andere. Wird es aber gesagt trotz des Bewußtseins, daß die Diplomatie eine notwendige und deshalb für das Vaterland heilsame Aktion vollführt habe, so ist es eine Ruchlosigkeit. Die Vorstellung, daß auf diese Weise die Stimmung der Front hochgehalten wäre, ist erstens falsch, und wäre zweitens, selbst wenn sie richtig wäre, keine Entschuldigung. Wenn der General Ludendorff erkannte, daß ein Verständigungsfriede möglich sei; wenn er des weiteren wußte, daß die Aussichten auf einen Siegfrieden unsicher seien, so hatte er die Verpflichtung, sich nicht nur dem Verständigungsfrieden und seinen Bedingungen nicht zu widersetzen, sondern mit aller Kraft darauf hinzudrängen, daß die Diplomatie in diesem Sinne handle. Die Entschuldigung, daß er als Soldat militärisch eingestellt gewesen sei, kann ich nicht gelten lassen. Es hat genug Soldaten gegeben, die rechtzeitig die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens erkannt haben und dafür eingetreten sind. In erster Linie ist da zu nennen der Vorgänger des Generals Ludendorff, der General v. Falkenhayn, der zwar auch zeitweilig für die Annexion Belgiens eingetreten sein soll, der aber in seinem Buche „Die Oberste Heeresleitung 1914 bis 1916“ (S. 129) sich mit aller Entschiedenheit dahin ausspricht, daß nichts als ein Verständigungsfriede von uns hätte angestrebt werden dürfen und müssen. Es sind ferner zu nennen die beiden Kronprinzen Wilhelm und Rupprecht, der Kriegsminister Generalleutnant Scheüch, der Generalmajor Hoffmann, und es ist zu verweisen auf den Brief des Generals der Infanterie v. Deimling vom 4. August 1919, der bezeugt, daß nicht nur er allein, sondern „einsichtige Truppenführer an der Front“ „die heillose Verblendung der Obersten Heeresleitung neben der Schwachheit des Reichstags und der Charakterlosigkeit des Reichskanzlers“, die die Verständigungspolitik verhinderten, bitter beklagt und verflucht hätten. Solche Zeugnisse gibt es noch mehr.

Ich vermag mich daher dem milden entschuldigenden Urteil des Herrn Oberst Schwertfeger nicht anzuschließen und halte es für meine Pflicht, offen auszusprechen, daß keineswegs das reine Motiv der Vaterlandsliebe, sondern ein ungezügelter Ehrgeiz sehr wesentlich das Handeln des Generals Ludendorff im Feldzuge 1918 mit bestimmt hat. Ob, wenn der Erste Generalquartiermeister die von dem ernsten Verantwortungsgefühl geforderte Stellung eingenommen und den Verständigungsfrieden mit allem Nachdruck gefordert hätte, der Reichskanzler Graf Hertling und der Staatssekretär v. Kühlmann die Fähigkeit gehabt hätten, einen solchen Frieden zu erlangen, das ist eine Frage, die nicht mehr in den Rahmen dieses Gutachtens fällt.

Anlagen

Generalfeldmarschall v. Hindenburg an Reichskanzler Dr. Grafen v. Hertling

Eing. Berlin, 13. Dezember 1917.
Geheim.

Pleß (Großes Hauptquartier), 11. Dezember 1917.

Die vom Grafen Czernin in den Delegationen am 7. Dezember über Belgien gemachten Äußerungen geben mir Veranlassung, meinen Standpunkt in der belgischen Frage erneut darzulegen.

Die Grundlage für unsere Absichten in Belgien bildet die von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigte Aufzeichnung über die Kreuznacher Besprechung vom 23. April 1917.

„Belgien bleibt bestehen und wird in deutsche militärische Kontrolle genommen solange, bis es für ein Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland politisch und wirtschaftlich reif ist ... Jedoch verbleiben aus militärisch-strategischen Gründen dauernd in deutschem Besitz (oder in 99jähriger Pacht) Lüttich und die flandrische Küste mit Brügge. Die Abtretungen sind unabweisbare Bedingungen für den Frieden mit England. Zum Vorgelände Lüttichs müssen Tongeren und die Eisenbahn Lüttich—Stavelot—Malmedy gehören.... Durch die Besatzung muß der Aufmarsch des deutschen Heeres gegen Frankreich an der belgisch-französischen Grenze gesichert sein."

Die Oberste Heeresleitung hat diese Forderungen in der Kreuznacher Besprechung mit Eurer Exzellenz Herrn Vorgänger am 9. August 1917 wiederholt. (Vgl. Ziffer 15 des „Ergebnisses".)

In der Verhandlung, die am 11. September 1917 in Berlin unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers stattfand, ist unter schweren Bedenken auf den dauernden Besitz der flandrischen Küste verzichtet worden für den Fall, daß wir um diesen Preis in diesem Jahr Frieden bekämen und England aus Frankreich herausgehe (vgl. auch mein Fernschreiben vom 27. September 1917 Nr. 22936 P.).

Die Voraussetzung, die zu diesem Kronratsbeschluß geführt hat, trifft nicht mehr zu. Da außerdem unsere militärische Lage sich besonders günstig gestaltet hat, so kann ich die Notwendigkeit eines teilweisen Verzichtes auf die militärischen Forderungen nicht mehr anerkennen, sondern muß diese in ihrer ganzen Ausdehnung von

neuem geltend machen, wie sie in den Kreuznacher Besprechungen vom 23. April und 9. August 1917 unter allseitiger Zustimmung festgelegt sind.

Ich halte daher jetzt eine neue Entschließung in der belgischen Frage für erforderlich.

v. Hindenburg

Legationssekretär Dr. Freiherr v. Lersner an das Auswärtige Amt

Eing. Berlin, 17. Dezember 1917.
Telegramm Nr. 1913.
Dringend!

Pleß (Großes Hauptquartier), 17. Dezember 1917.

Für Herrn Reichskanzler.

Feldmarschall v. Hindenburg läßt Eurer Exzellenz drahten:

„Ich befinde mich mit Eurer Exzellenz Ausführungen über die belgische Frage insofern nicht in Übereinstimmung, als es sich in meinem Schreiben Nr. 25 205 P. keineswegs um eine von den Entscheidungen des Kronrats abweichenden Auffassung handelt. Es ist die Entscheidung des Kronrats unter der Voraussetzung getroffen worden, daß es noch vor Ablauf dieses Jahres zum Frieden mit England käme. Die Entscheidung des Kronrats verliert also in kurzem ihre Gültigkeit. Unter diesen Umständen halte ich es doch für unumgänglich notwendig, daß Eure Exzellenz alsbald die neue Entscheidung Seiner Majestät herbeiführen, wozu sich ja schon in den nächsten Tagen in Kreuznach die Gelegenheit bieten dürfte, zumal durch den Abschluß des Waffenstillstandes die Lage im Osten wesentlich geklärt ist und man daher immer damit rechnen muß, daß nach der diplomatischen Lage eine unmittelbare Aufrollung der belgischen Frage erfolgen kann."

Lersner

Parlamentarischer Untersuchungsausschuß

Auszug

aus dem Protokoll über die Sitzung des 2. Unterausschusses des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses am Donnerstag, den 2. und Freitag, den 3. März 1922, vormittags 10 Uhr.

Vernehmung der Generale v. Haeften und Bartenwerffer:

Zeuge General v. Haeften:

Ich war vom Sommer 1916 ab Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes. An sich war meine Tätigkeit, die Leitung

des militärischen und militärpolitischen Aufklärungsdienstes im Ausland in gemeinschaftlicher Arbeit mit dem Auswärtigen Amt zu übernehmen. Nebenher hat aber, weil dieser ganze Aufklärungsdienst doch auch natürlich eine sehr starke politische Seite hatte, der General Ludendorff die militärische, militärpolitische und politische Lage mit mir besprochen. Es hat sich da zuerst nur ein sehr formelles, nachher aber ein mehr persönliches Verhältnis entwickelt, so daß der General Ludendorff diese Dinge, die vielleicht, rein dienstlich und amtlich aufgefaßt, nicht in mein Ressort fielen, doch mit mir besprochen und meine Ansicht dazu gehört hat. Wenn ich heute über diesen Teil meines Verkehrs mit General Ludendorff aussagen soll, so möchte ich meine Aussage dahin charakterisieren, daß sie mehr die persönliche und psychologische als die rein amtliche Auffassung des Generals Ludendorff betrifft, wie er sie mir rückhaltlos ausgesprochen hat. Die habe ich mir zum Teil kurz hinterher zu verschiedenen Punkten aufgezeichnet.

. . . . . .

Der General Ludendorff mußte gewissermaßen ein doppeltes Gesicht zeigen, nämlich einerseits ein militärisches und andererseits ein politisches. Diese Notwendigkeit zeigt ihn manchmal, rein äußerlich gesehen, in einer gewissen Zwiespältigkeit. Er mußte starke Kriegsziele haben, um die Stimmung an der Front zu erhalten, denn wenn der Soldat sieht, daß er bloß für einen Verständigungsfrieden kämpft, fehlt ihm der nötige Antrieb und Schwung. Der General Ludendorff mußte also der Armee starke Ziele zeigen, mußte aber nach der politischen Seite hin ein nachgiebigeres friedensverständigungsbereites Gesicht zeigen. Ich habe als Vertreter der Propaganda vielleicht zu sehr das politische Gesicht gezeigt, und ich kann hier offen erklären, daß mir das ernste Schwierigkeiten und Anfeindungen eingebracht hat. Als meine Bemühungen bezüglich des Verzichtes auf Belgien in militärischen Kreisen bekannt wurden, sind heftige Vorwürfe gegen mich erhoben worden, wie ich als Soldat so wichtige militärische Interessen so außer acht lassen könne. Ich kann ja hier auch sagen, daß seitens des Kriegsministers bei der Obersten Heeresleitung Vorstellungen erhoben worden sind mit dem Ziel, mich aus meiner Stellung zu entfernen, ich sei „ein Flaumacher". General Ludendorff ist nicht darauf eingegangen und hat trotz allem an mir festgehalten, mir vor allem immer sein volles Vertrauen erhalten. Daraus habe ich den Eindruck gewonnen, daß der General Ludendorff mein in meiner Stellung notwendiges mehr politisches Gesicht durchaus billige. Ich konnte also eine klare politische Stellung einnehmen, das konnte der General Ludendorff nicht. Die Front würde furchtbar geschimpft haben, wenn sie erfuhr, daß General Ludendorff mit einem Verzichtfrieden im Westen einverstanden war und Belgien preisgab. Der General Ludendorff mußte also stets

Rücksicht nehmen auf die Stimmung an der Front, um deren starkes Vertrauen nicht zu verlieren. Meiner Meinung nach hat der General Ludendorff in der Friedensfrage vom Sommer 1917 bis Sommer 1918 unverändert auf folgendem Standpunkt gestanden: Ein Verständigungsfrieden ist erstrebenswert, aber nur ein solcher, bei dem wir am Verhandlungstisch mit unseren Gegnern gleich auf gleich stehen und bei dem diese sich nicht als die Sieger fühlen und wir in der Rolle der Besiegten erscheinen. Um einen solchen Verständigungsfrieden zu erreichen, ist es nötig, so war die Auffassung von Exzellenz Ludendorff, daß wir den militärischen Sieg, sei es durch den U-Boot-Krieg oder durch Operationen auf dem Lande erreichen. Dann erst wird die Möglichkeit geboten sein, mit den Feinden gleich auf gleich verhandeln zu können. Um aber den militärischen Sieg zu erringen, müssen wir die Stimmung an der Front und in der Heimat hochhalten. Hierzu müssen wir Front und Heimat große, starke Ziele zeigen, der Soldat will wissen, wofür er kämpft und wofür er unter Umständen sterben soll — ebenso will die Heimat wissen, wofür sie leidet und wofür sie hungert. Nur durch starke Ziele können wir eine solche Stimmung hochhalten, wie wir sie für den absolut notwendigen — auch für den Verständigungsfrieden notwendigen — militärischen Sieg brauchen.

Ob das in jedem Falle psychologisch richtig war oder nicht, darüber will ich kein endgültiges Urteil abgeben. Hätten wir militärisch gesiegt, war es richtig. Dies war der Standpunkt des Generals Ludendorff, und daraus erklärt sich gewissermaßen die ganze Stellungnahme des Generals, der — ich spreche rein subjektiv — meiner innersten Überzeugung nach absolut friedensbereit war; sein Ziel und Wunsch im Innersten war, nur mit einem anständigen, ehrenvollen Frieden aus dem Kriege herauszukommen. Aus dieser Stellungnahme des Generals Ludendorff erklärt sich, daß er nach außen oft als der Annexionist und als ein Vertreter der Eroberungspolitik gilt, weil er immer wieder sagte: Wir müssen die Stimmung hochhalten, wie die Entente das ja auch tut; die Entente reißt die Stimmung ihrer Völker dadurch hoch, daß sie ihnen große Ziele zeigt; das müssen wir auch tun; wir müssen der Heimat und der Front Ziele zeigen, für die es gilt, zu kämpfen und zu sterben, für die die Heimat schließlich auch noch einen neuen Kohlrübenwinter erduldet. Das war die Politik und die Auffassung des Generals Ludendorff, und bei dieser Auffassung verschwindet die scheinbare Zwiespältigkeit.

. . . . . .

Diese Ziele, die er Heer und Heimat gezeigt wissen wollte, waren durchaus politischer Art. Das Schreiben vom 14. September, ebenso das Telegramm des Feldmarschalls vom 27. September, das ich erst dieser Tage eingesehen habe, ist wohl aus folgender Tendenz zu erklären. General Ludendorff sagte sich: Wenn jetzt die Reichs-

leitung öffentlich bekannt macht, daß ich gewissermaßen auf Belgien verzichtet habe, dass wirkt das nach außen und auf die Front einfach desaströs. Bei unseren Feinden und an der Front wird es heißen: Aha, eine schlappmachende Oberste Heeresleitung! Die Oberste Heeresleitung traut also ihrer eigenen Sache nicht mehr, sie rückt von ihren starken Kriegszielen, die sie doch öffentlich ausgesprochen hat, ab. Es war der Obersten Heeresleitung zur Aufrechterhaltung der Stimmung an der Front höchst unerwünscht, daß die Reichsleitung sagte: Die Oberste Heeresleitung hat verzichtet. Als bekannt wurde, daß ich dem General Ludendorff am 11. September den Verzicht auf Belgien angeraten hätte, waren viele meiner Kameraden außer sich. „Es ist ja unerhört — wie konnten Sie dem General Ludendorff so etwas anraten!“ — Ich erwiderte: „Der General Ludendorff ist ja ganz damit einverstanden.“ — „Das ist gar nicht denkbar.“ — Man muß die in solchen Dingen sehr empfindsame Phyche der Soldaten kennen! — Daß der General Ludendorff ein solches Kriegsziel aufgeben könne, hielten sie für unmöglich. Wenn der General Ludendorff öffentlich so hingestellt wurde, als ob er seine Kriegsziele aufgab — und er hatte sie meiner Ansicht nach bezüglich Belgiens damals aufgegeben und die politisch richtigen Konsequenzen gezogen —, dann würde das auf die Stimmung an der Front sehr böse gewirkt haben.

Abgeordneter Warmuth: Dann scheint es so, als ob Sie nicht daran festhalten wollten, daß Ludendorff mit einer öffentlichen Erklärung über Belgien einverstanden gewesen sei; denn wenn ich Sie recht verstehe, würde das im Gegensatz zu dem gestanden haben, was seines Willens war: Dem Volke weiter starke Ziele zu zeigen, die es eben moralisch aufrechterhalten sollten.

Zeuge General von Haeften: Doch, Herr Abgeordneter, er war damit einverstanden, daß die Reichsleitung das tat. Er wollte nur nicht, daß diese sich dabei auf die Oberste Heeresleitung berief; diese sollte aus dem Spiele bleiben und nicht damit belastet werden.

. . . . . .

Wenn die öffentliche Erklärung über Belgien, wie ich damals erstrebt und vorgeschlagen habe, allein von der Reichsleitung ausgegangen wäre, dann hätte die Oberste Heeresleitung geschwiegen. Sie hätte sich damit abgefunden, und es wäre gut so gewesen. Wenn sie aber in der Öffentlichkeit deswegen angegriffen worden wäre, daß sie den Verzicht zugegeben habe — das wäre vielleicht gekommen —, so wäre es möglich gewesen, daß dann der General Ludendorff erklärt hätte: Die Oberste Heeresleitung hat zwar den Standpunkt vertreten, aber sie hat sich nicht damit durchsetzen können. In diesem Sinne wollen Sie vielleicht das Schreiben vom

14. September und das Telegramm vom 27. September beurteilen. Es war doch gewissermaßen gegenüber der Front eine Art Entlastung, wenn man sagen konnte, wie es tatsächlich der Fall war: Wir haben uns gefügt, aber an unseren eigentlichen Zielen haben wir trotzdem innerlich festgehalten. So ist die Sache psychologisch zu erklären. Der Feldherr muß eben im Kriege oft zwei Gesichter haben: Er muß die Stimmung an der Front hochhalten und muß politische Einsicht haben.

. . . . . .

Am 11. September 1917 beklagten sich die Reichstagsabgeordneten D. Friedrich Naumann und Scheidemann bei einer Besprechung, die sie auf Veranlassung des D. Naumann in meinem Geschäftszimmer mit mir hatten, bei mir bitter darüber, daß die neugegründete Vaterlandspartei die Autorität der Obersten Heeresleitung für die Durchsetzung ihrer politischen Ziele dauernd einsetze, ohne von ihr — der Obersten Heeresleitung — daran gehindert zu werden. Dieses Treiben könnten die übrigen politischen Parteien, insbesondere die Mehrheitsparteien, die für die Friedensresolution gestimmt hätten, nicht mehr untätig mitansehen. Der Reichstagsabgeordnete Scheidemann betonte insbesondere, die Oberste Heeresleitung müsse eine politisch neutrale Stelle bleiben, die von keiner politischen Partei allein für sich in Anspruch genommen werden dürfte. Sie bedürfe des Vertrauens des gesamten Volkes für die Durchführung ihrer militärischen Aufgaben. Jede parteipolitische Betätigung der Obersten Heeresleitung störe jedoch dieses Vertrauensverhältnis. Die Mehrheitsparteien könnten dem Versuch der Vaterlandspartei, die Oberste Heeresleitung für sich allein in Anspruch zu nehmen, nicht länger untätig zusehen, ohne gezwungen zu sein, dann auch ihrerseits die Oberste Heeresleitung in Presse und Parlament anzugreifen. Ich erwiderte: Der von den Herren vertretene Standpunkt entspräche durchaus dem der Obersten Heeresleitung. Herr Scheidemann betonte indes, meine Erklärung könne ihm, so gern er ihr Glauben schenke, doch nicht genügen. Es erscheine ihm notwendig, daß die Oberste Heeresleitung diesen Standpunkt auch öffentlich, namentlich der Presse gegenüber, zu erkennen gebe. Ich glaubte, den Herren versichern zu können, daß General Ludendorff hierzu gern bereit sein würde. Seine Entscheidung würde ich ihnen mitteilen.

Nach dieser Unterredung begab ich mich unverzüglich zu dem wegen einer Kronratssitzung — also ist es ganz klar, daß es am 11. September gewesen ist — gerade in Berlin anwesenden General Ludendorff und trug ihm die Auffassung und den Wunsch der beiden Herren vor. General Ludendorff teilte die von den Herren Naumann und Scheidemann ausgesprochene Auffassung. Er ließ sofort den Major Nicolai kommen und erteilte ihm in meiner Gegenwart den

Befehl, der Presse die Weisung zukommen zu lassen, die Oberste Heeresleitung der Parteipolitik fernzuhalten. Sie müsse eine politisch neutrale Stelle bleiben. Von dieser Entscheidung des Generals Ludendorff habe ich sowohl dem Abgeordneten Naumann wie dem Abgeordneten Scheidemann noch am selben Tage Kenntnis gegeben. Der Major Nicolai hat die Weisung des Generals Ludendorff mit allem Nachdruck der Presse bekanntgemacht und bei Zuwiderhandlungen Zensurmaßnahmen angedroht. Zwei oder drei Tage später wurde die „Deutsche Zeitung" wegen Verstoßes gegen diese Zensurbestimmung auf mehrere Tage verboten.

Sachverständiger Prof. Dr. Hans Delbrück:

Korreferat zu den Gutachten des Generals d. Inf. a. D. v. Kuhl und des Obersten a. D. Schwertfeger

Zweiter Teil

Inhalt

	Seite
I. Vorwort	277
II. Die Berechtigung der Offensive	279
III. Die Wahl des Kriegsschauplatzes	285
IV. Der Repingtonsche Artikel	286
V. Die Anlage der März-Offensive	287
VI. Die Ordnung des Oberkommandos	292
VII. Fortsetzung und Abschluß der März-Offensive	294
VIII. Ludendorffs eigene Darstellung	305
IX. Die nachfolgenden Offensiven	306
X. Verständigungsfrieden und O. H. L.	313
XI. Rückblick auf die verschiedenen Operationspläne	335
XII. General Ludendorffs Verteidigung	337
XIII. Der gescheiterte Angriff bei Reims	339
XIV. Erwiderung auf die von Exz. v. Kuhl gegen mein erstes Gutachten erhobenen Einwände	341
XV. Der Zusammenbruch	347
XVI. Zusammenfassung	357
Anlagen	
1. Bemerkungen zur zweiten Auflage des Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes von Veit Valentin	365
2. Die Friedensresolution des Reichstags und das Ausland von Dr. Ludwig Herz	369

I

Vorwort

Ich habe meine Auffassung bereits in meinem ersten Gutachten vom Juli 1922 dargelegt und darf mich jetzt begnügen, statt einer neuen zusammenhängenden Darstellung die einzelnen Punkte zu behandeln, in denen ich durch die neuen Gutachten der beiden anderen Herren Sachverständigen, des Herrn Generals v. Kuhl und des Herrn Obersten Schwertfeger, sei es ergänzt, sei es bestätigt, sei es berichtigt worden bin.

General v. Kuhl betont am Schlusse seines Gutachtens, daß er nicht als Anwalt Ludendorffs berufen worden sei, sondern daß er seine Aussage als Sachverständiger auf seinen Eid nehme. Ich bin sicher, daß so wenig wie ich selbst irgend sonst jemand eine andere Auffassung von diesem Gutachten und von der Person des Herrn Sachverständigen haben wird. Wenn Exzellenz v. Kuhl aber weiter dagegen Verwahrung einlegt, daß ein Mann wie General Ludendorff in der Weise, wie ich es getan habe, persönlich angegriffen werde, so berufe ich mich nicht nur ebenfalls auf meinen Eid als Sachverständiger, sondern darf auch darauf hinweisen, daß ich dem ganzen Problem etwas anders gegenüberstehe als General v. Kuhl. Es mag jemand noch so redlich nach der Wahrheit forschen, so kommt doch immer in Betracht, ob nicht psychologische Hindernisse im Wege stehen, die auch für den Stärksten unüberwindlich sind. Exzellenz v. Kuhl war während des Feldzuges 1918 Chef des Stabes bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern und hat als solcher an der Führung dieses Feldzuges in stetem Zusammenwirken mit General Ludendorff mitgearbeitet. Er hat uns nicht verhehlt, daß er in wichtigen Punkten eine abweichende Auffassung vertreten hat, aber in der Grundfrage der Strategie in ihrem Zusammenhang mit der Frage der Friedensmöglichkeit, waren die beiden Herren doch so weit einig, daß das Gutachten des Generals v. Kuhl mit innerer Notwendigkeit zu einer Selbstverteidigung werden mußte. Bei der Schärfe, mit der Exzellenz v. Kuhl mein Gutachten zurückgewiesen hat, kann ich nicht davon absehen, zunächst diese Feststellung zu machen. Sie wird aber, worauf ich gleich hier

hinweisen will, am Schluß noch im Sinne einer Annäherung etwas modifiziert werden. Auf keinen Fall aber wird von mir jemand behaupten können, daß ich in meinen Untersuchungen einer psychologischen Bindung unterliege. Wenn eine solche vorhanden sein sollte, so wäre sie eher eine ähnliche wie bei Herrn v. Kuhl. Von Jugend auf habe ich gelebt in der Empfindung für die Größe Preußens und den Ruhm der preußischen Armee. Wer meine Biographie Gneisenaus gelesen hat, weiß das, und wahrlich, ich hätte lieber eine ähnliche Biographie wieder geschrieben als Untersuchungen, die zu einem Verdammungsurteil kommen über Männer, die die deutsche Armee im Weltkriege geführt haben. Es gibt keine schlimmere Untat am nationalen Geist, als dem Volke seine Helden und Geistesgrößen zu verekeln. Es gibt aber auch nichts Verderblicheres für ein Volk, als wenn es sein Schicksal Männern anvertraut, denen der Genius dafür nicht gegeben ist. Scheingrößen sind keine Heroen, und hier unberechtigte Vorurteile zu bekämpfen, ist nationales Verdienst, weniger dankbar aber ebenso wichtig wie die Aufstellung von Denkmälern für die wahrhaft Großen. In der Anklage, die die Welt gegen uns erhebt, daß Deutschland den Krieg entfesselt habe, um eine Welthegemonie zu erwerben, stehe ich in der Reihe derjenigen, die die Unwahrheit dieser Beschuldigung in unablässigem Kampfe darzutun bestrebt sind. Es ist mir schmerzlich genug, daß ich in der Beurteilung unserer Durchführung des Krieges zu dem ganz entgegengesetzten Ergebnis gekommen bin. Aber ich bin nicht der einzige, und es gehört auch wohl zum Bilde, wenn ich anmerke, daß gerade diejenigen deutschen Historiker, die den Männern der Freiheitskriege das wissenschaftliche Denkmal gesetzt haben, Max Lehmann, der Biograph Steins und Scharnhorsts, Friedrich Meinecke, der Biograph Boyens, mit mir in diesem Urteil übereinstimmen. Auch das Gutachten des Sachverständigen Oberst Schwertfeger verwahrt sich gegen die Verurteilung Ludendorffs aus dem prinzipiellen Grunde, daß man mehr das Schicksal als die Persönlichkeiten anklagen müsse. Ich sehe darin keinen Gegensatz. Das Schicksal war nichts anderes als diese Persönlichkeiten, und ich sehe recht eigentlich die Aufgabe des Untersuchungsausschusses darin, das Maß der Verschuldung und die Art der Verschuldung der Persönlichkeiten zu unterscheiden und festzustellen. Ganz dasselbe hat auch der Oberst Schwertfeger selbst in der Vorbemerkung in seinem ersten Gutachten gesagt, indem er schreibt, wo tatsächlich schuldhafte Versäumnis oder fehlerhafte Handlungen vorliegen, müssen sie uns als solche gekennzeichnet werden. Von grundlegender Bedeutung ist dabei, die für Handlungen oder Unterlassungen im eigentlichen Sinne Verantwortlichen festzustellen. Diese Verantwortlichen müssen wir finden. Sei es nun der Feldmarschall Hindenburg oder der General Ludendorff, Herr v. Bethmann Hollweg, Herr

Michaelis, Graf Hertling, Herr v. Kühlmann, Prinz Max oder wer sonst und endlich der Kaiser selbst. Für die Katastrophe von 1918 steht in erster Linie der General Ludendorff. Es führt nicht zum Ziel, wenn das v. Kuhlsche Gutachten feststellt, daß die formelle Verantwortung beim Kaiser und beim Feldmarschall v. Hindenburg lag. Nicht auf die formelle Verantwortung kommt es an, sondern auf die tatsächliche. Oberst Schwertfeger hat im ersten Teil seines Gutachtens festgestellt und der zweite Teil bestätigt es, in welchem Maße der General Ludendorff die tatsächliche Oberleitung sowohl der Politik wie des Krieges an sich gerissen hatte. Herr Schw. gebraucht den Ausdruck „an sich gerissen" nicht, aber seine tatsächlichen Feststellungen besagen nichts Anderes. Auch daß Ludendorff zu diesem Tun von gewissen patriotischen Kreisen angetrieben und darin bestärkt wurde, ändert darin nichts; ebensowenig, daß, nachdem er diese außerordentliche Stellung einmal gewonnen, auch die bürgerlichen Minister damit rechneten, ihn für ihre Aufgaben zu interessieren und zu gewinnen suchten, entlastet Ludendorff nicht. Er hatte sich durch die wiederholte Drohung mit dem Abschiedsgesuch den Kaiser unterworfen und damit die höchste Gewalt in seine Hand gebracht. Auch in rein politischen Angelegenheiten sprach er mit; ein Minister, der nicht mit dieser Tatsache rechnete, hätte wenig klug gehandelt. Hieran halte ich mich. Der Kaiser, der Feldmarschall Hindenburg, die verschiedenen Reichskanzler und Staatssekretäre treten alle zurück gegen die entscheidende Bedeutung Ludendorffs. Steht das Urteil über die Wirksamkeit dieses Mannes erst fest, so ist es nachher nur noch von nebensächlicher Bedeutung, ob man den Kaiser anklagt, daß er nicht die Kraft gehabt habe, sich dieses Beraters zu entledigen, oder aber den Kaiser als das Opfer einer höheren Gewalt ansieht. Ludendorff wird dadurch, daß die formelle Verantwortung beim Kaiser blieb, auf keinen Fall entlastet. Es handelt sich auch keineswegs darum, ob dem General Ludendorff dieser oder jener Fehler nachgewiesen ist. Fehler haben auch die größten Feldherrn und Staatsmänner gemacht. Was ich in meinem ersten Gutachten dem General Ludendorff vorgeworfen habe, ist etwas viel größeres und schwereres als einzelne Fehler, und es handelt sich jetzt darum, ob von den anderen Herren Sachverständigen oder sonst in der Literatur etwas Tatsächliches zu seiner Entlastung beigebracht worden ist oder nicht.

II

Die Berechtigung der Offensive

Schon in seinem ersten Gutachten hat Herr v. Kuhl ausgeführt und mehrfach betont, daß wir unter allen Umständen angreifen

mußten, und daß gerade die Kärglichkeit und Erschöpfung unserer Mittel zum Angriff treiben mußten, weil wir in der Verteidigung von vornherein verloren gewesen wären; es habe sich erwiesen, daß die Verluste in den Verteidigungsschlachten nicht geringer, sondern eher noch größer seien als in den Angriffsschlachten. Die Truppen selbst wollten heraus aus dem zermürbenden Grabenkrieg. Eine monatelange Abwehrschlacht wie die Flandernschlacht wäre für die Truppen weit schwerer zu ertragen gewesen als ein Angriff. (Kuhl, Erster Teil, S. 87.) Ich habe in meinem ersten Gutachten dieser These mit einem gewissen Vorbehalt zugestimmt. Was seitdem an neuem Material bekannt geworden ist, im besonderen auch der Inhalt der beiden jetzt vorliegenden neuen Gutachten, nötigt mich diesen Vorbehalt so sehr zu verstärken, daß die Zustimmung eigentlich aufgehoben wird, wenn ich auch nicht gerade zum Widerspruch übergehen will.

Was zunächst den prinzipiellen Punkt betrifft, daß wir bei der Defensive von vornherein verloren gewesen wären, so ist daran zu erinnern, daß im Kriegsrat am 14. August 1918 der Feldmarschall Hindenburg den Satz aufgestellt hat, er hoffe, daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen. Ludendorff hat diesen Satz dann noch dahin verschärft, daß er das „hoffe“ ausgestrichen und stattdessen einfach gesagt hat, „führt aus, daß es gelingen werde“, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen.“ Bestand noch im August, als wir bereits eine schwere Niederlage erlitten hatten und der Feind durch die Amerikaner gewaltig verstärkt war, eine solche Aussicht — nach Auffassung der O. H. L. —, so scheint es mir unmöglich, für das Frühjahr, als wir noch voll auf der Höhe waren, den Satz aufrechtzuerhalten, daß wir in der Verteidigung von vornherein verloren gewesen sein würden. Entweder die eine oder die andere Auffassung der O. H. L. muß notwendig falsch sein. Das sagt die Logik. Tatsächlich aber war beide Male die Auffassung der O. H. L. falsch: im Frühjahr hätten wir uns in der Verteidigung siegreich behaupten können; im Herbst aber konnten wir es nicht mehr.

Nicht anders steht es mit der zweiten prinzipiellen Erwägung, die nach dem K.schen Gutachten uns den Entschluß zur Offensive auferlegen mußte. Das Gutachten sagt, es habe sich erwiesen, daß die Verluste beim Angriff nicht größer, sondern eher noch geringer seien als bei der Verteidigung. Diesem Satze setze ich meinen entschiedenen Zweifel entgegen. Daß Fälle vorkommen, wo der Angreifer weniger verliert als der Verteidiger, ist selbstverständlich. Aber in den bei weitem meisten Fällen, namentlich dann, wenn, wie hier vorausgesetzt, der Verteidiger den Angriff abschlägt, ist es

sicher umgekehrt. Die Verluststatistik der Gefechte im Weltkrieg fehlt bisher noch auf beiden Seiten, und ohne diese, wenigstens schätzungsweise, ist eigentlich eine kritische kriegsgeschichtliche Untersuchung kaum möglich. Fest steht aber, daß die Verluste der Engländer und Franzosen bei ihren Offensiven im Jahre 1917 ganz ungeheuer waren und die unsrigen, die freilich auch sehr hart waren, sicherlich weit übertroffen haben. Auch General Ludendorff in „Kriegführung und Politik" (S. 326) sagt ganz generell, daß, wenn Aussicht bestand, den feindlichen Angriff abzuweisen, die eigenen Verluste im Festhalten der Stellung in den Kauf genommen werden mußten, da zu erwarten war, daß jene die eigenen um das vielfache übertrafen.

Die prinzipiellen Erwägungen, die uns die Offensive auferlegt haben sollen, halte ich hiernach nicht für stichhaltig, und nicht anders steht es mit der praktischen Motivierung. Nach der Aussage des Generals Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" (S. 434) mußte man annehmen und habe ich angenommen, daß die O. H. L. für den Fall, daß wir nicht selber angriffen, die feindliche Offensive erwartete. Aus dem K.schen Gutachten ersehen wir nun, daß, wenn man auch Ende November 1917 noch sicher erwartet hatte, daß die Engländer im nächsten Frühjahr die Offensive wieder aufnehmen würden, man im Anfang des Jahres 1918 zu der Überzeugung gekommen war, daß sie bis zur Ankunft der Amerikaner sich defensiv verhalten würden. Die Amerikaner aber wurden erst im Spätsommer oder Herbst 1918 erwartet. Blieb auch immer die Möglichkeit einer feindlichen Offensive, so sprach doch die Wahrscheinlichkeit dafür, daß, wenn wir auch unsererseits nicht angriffen, eine sehr lange Kampfespause entstehen würde. Eine solche Kampfespause wäre den Friedensbestrebungen, die ja hüben und drüben ihre Vertreter hatten, sehr zu gute gekommen, war also in unserem Interesse. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Das K.sche Gutachten geht freilich davon aus, daß ein Verständigungsfriede ausgeschlossen gewesen sei; es habe nur Sieg oder Niederlage geben können. Hier scheint zwischen uns ein unausgleichbarer Zwiespalt obzuwalten. In Wirklichkeit ist die Differenz nicht so groß.

K. schreibt, „mißlang die Offensive, dann war freilich der Krieg verloren". Dann hätten wir nur noch um einen leidlichen Abschluß weiterkämpfen können. Was ist unter einem leidlichen Abschluß zu verstehen? Zwischen dem gewonnenen und dem verlorenen Krieg gab es sehr viele verschiedene Zwischenstufen. Auch ein Friede auf dem Status quo ante war eine solche Zwischenstufe. Auch ein Friede auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte war eine solche Zwischenstufe. Es hätte vielleicht auch noch einen Frieden erheblich über diesen 14 Punkten für Deutschland gegeben, wenn man ihn

rechtzeitig erstrebt hätte. Es gab auch noch einen Frieden auf der Basis, die der Oberst v. Haeften aus seinen Verhandlungen im Haag Anfang März 1918 mitbrachte. Alle diese Möglichkeiten werden in dem K.schen Gutachten ignoriert.

K. beweist ausführlich, daß es in Frankreich und auch in England eine Kriegspartei gab, die den Kampf nur mit der völligen Niederwerfung Deutschlands beenden wollte. Das ist eine Tatsache, die wohl noch von niemand bestritten oder angezweifelt worden ist und daher kaum des Beweises bedurfte. Es handelt sich vielmehr darum, ob es in erster Linie in England eine Partei gab, die willens und stark genug war, mit uns einen Verständigungsfrieden anzustreben, falls wir für England annehmbare Bedingungen boten. Frankreich wäre nicht imstande gewesen, den Krieg ohne England fortzuführen, Herr Clemenceau mochte noch so sehr Beharrlichkeit predigen. Das ist doch wohl klar. Ich glaube in meinem ersten Gutachten den Beweis erbracht zu haben, daß eine Friedenspartei in England existierte und daß sogar Lloyd George zu ihr neigte. Mit keinem Wort hat das K.sche Gutachten den Versuch gemacht, die von mir angeführten Zeugnisse zu entkräften.

Ich ergänze noch, was ich in meinem ersten Gutachten über England gesagt habe, durch ein seitdem bekannt gewordenes Zeugnis aus Frankreich.

Vor kurzem ist in Paris von dem Schriftsteller Jean de Pierrefeu ein Buch erschienen, das den barocken Titel führt „Plutarque a menti". Der Titel soll besagen, daß der Verfasser nicht geneigt sei, wie Plutarch die Männer, über die er berichten will, zu idealisieren. Pierrefeu war von 1915 bis 1918 im französischen Hauptquartier angestellt, um den täglichen Heeresbericht zu verfassen. Er war also in engster Fühlung mit den maßgebendsten Persönlichkeiten. Schon früher hat er seine Eindrücke und Erlebnisse im großen Hauptquartier in zwei interessanten Bänden veröffentlicht; die neueste Schrift ist eine Ergänzung dazu, in der er sich mit noch viel größerer Offenheit ausspricht. Es ist das französische Parallelwerk zu der so überaus wertvollen Schrift des Engländers Wright. Pierrefeu nun erzählt, daß man im Winter 1917/18 in Frankreich ein deutsches Friedensangebot erwartet habe; man habe sich vorgestellt, daß Deutschland im Westen hätte entgegenkommend und sogar generös sein können, da es sich ja nach dem Zusammenbruch Rußlands im Osten beliebig hätte entschädigen können. Deutsche Politiker hätten geglaubt, daß die Franzosen einem Angebot von Elsaß-Lothringen oder wenigstens eines Teiles von Elsaß-Lothringen nicht würden widerstehen können, und Pierrefeu fügte hinzu (S. 255): „Ich gebe es als eine Tatsache, daß im Beginn des Jahres 1918, damals als die Entente mit Sorge den nahen Anprall der deutschen Masse erwartete, man schwer Vorschläge zu einem ehrenvollen Frieden hätte

abweisen können. Die öffentliche Meinung würde es nicht zugelassen haben, sie nicht zu prüfen. (Je mets en fait qu'à l'aube de 1918, alors que l'Entente envisageait avec souci la ruée prochaine de la masse allemande, on aurait pu difficilement s'écarter des propositions de paix vraiment honorables. L'opinion publique n'aurait pas admis qu'on ne les examinerait point!)." Das ist gewiß sehr vorsichtig ausgedrückt, scheint mir aber doch die Auslegung zuzulassen, daß, wenn England es vorschlug und darauf bestand, ein Friede auf Grund der elsaß-lothringischen Autonomie oder vielleicht der Sprachgrenze, auch in Frankreich zur Annahme zu bringen gewesen wäre.

Daß bei den privaten Anknüpfungsversuchen, bei den Verhandlungen, die zwischen dem österreichischen Diplomaten Grafen Revertera und dem Abgesandten des französischen Generalstabes Grafen Armand in der Schweiz stattfanden, die Franzosen auf der Rückgabe von Elsaß-Lothringen bestanden, ist natürlich kein Gegenbeweis. Es handelt sich darum, ob man durch das Angebot der unbedingten Wiederherstellung eines souveränen Belgiens in England die Friedenspartei zur Herrschaft gebracht hätte, so wie es von einer Reihe der prominentesten englischen Politiker, Asquith, Grey, Lansdowne, Lord Robert Cecil in Aussicht gestellt wurde. Trat das ein, so waren die Franzosen nicht in der Lage, den Krieg fortzusetzen. Die französische Presse war außer sich, als Lord Cecil einmal öffentlich die Andeutung machte, daß Elsaß-Lothringen für England kein unbedingtes Friedenshindernis sei und auch in den Bedingungen, die Oberst v. Haeften im März aus dem Haag mitbrachte, war ja nicht die Abtretung, sondern nur die Autonomie Elsaß-Lothringens gefordert.

So gewichtig alle diese Zeugnisse über die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens sind, so ist doch noch wichtiger, daß General Ludendorff selber ganz offen zugestanden hat, daß er gewußt oder sagen wir, selber geglaubt hat, Deutschland könne den Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte haben. Da das K.sche Gutachten diese Tatsache ganz mit Stillschweigen übergeht, muß ich sie hier mit dem größten Nachdruck noch einmal hervorheben. Ludendorff sagt in seinen „Kriegserinnerungen" ausdrücklich (S. 581): „Wilson hatte seine Bedingungen oft unter Beobachtung ungewöhnlich feierlicher Formen genannt. Er und das von ihm vertretene Amerika mußten sich in ihrer Ehre gebunden fühlen. Überdies ließ das kriegsentscheidende Auftreten Amerikas in Frankreich, ohne das die Entente militärisch längst am Boden lag, es möglich erscheinen, daß Wilson seine in bindendster Weise vorgetragenen Absichten gegenüber England und Frankreich auch durchsetzen werde."

Über Elsaß-Lothringen drückt sich Wilson in seinen 14 Punkten sehr vorsichtig aus. Der Abschnitt lautet (8. Punkt): „Das ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederherge-

stellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsaß-lothringischen Frage geschehen ist, und das den Weltfrieden seit nahezu 50 Jahren beunruhigt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Friede wieder im Interesse aller gesichert sei." Es ist also nicht positiv gesagt, daß Elsaß-Lothringen zu Frankreich zurückkehren müsse, und auch Ludendorff in seiner Denkschrift vom 31. Oktober 1918 (Schwertfeger, Zweiter Teil, Anlage 11, S. 361f.) stellt fest, daß in den 14 Punkten die Abtretung Elsaß-Lothringens nicht gefordert wird. In seinem Buche „Der Staat" hat Wilson selbst von dem Kriege 1870/71 geschrieben, daß er „im Interesse des deutschen Patriotismus gegen französische Unverschämtheit geführt" wurde. Es war also keineswegs ausgeschlossen, daß bei Eintritt in die Friedensverhandlungen der Präsident erklärte, daß das Unrecht von 1871 durch die Herstellung der Sprachgrenze oder durch die Autonomie Elsaß-Lothringens ausgeglichen werde.

Ganz ebenso hat Lloyd George in seiner großen Rede vor den Arbeitervertretern am 5. Januar 1918 über Elsaß-Lothringen nur gesagt, daß England an der Seite der französischen Demokratie kämpfen werde für deren Verlangen, daß das Unrecht von 1871 wieder „in Betracht gezogen" werde.

Weshalb also hat General Ludendorff die Offensive von 1918 für unbedingt geboten gehalten? Er selber hat es uns gesagt in dem von Hindenburg unterzeichneten Schreiben vom 7. Januar 1918 an den Kaiser, wo die Offensive angekündigt wird mit den Worten: „Eure Majestät werden nicht verlangen, daß ich Eurer Majestät Vorschläge zu Operationen unterbreite, die zu den schwersten der Weltgeschichte gehören, wenn sie zur Erreichung bestimmter militärpolitischer Ziele nicht nötig sind."

Die Offensive ist also nicht unternommen worden, weil eine Verständigung von vornherein ausgeschlossen war oder auch General Ludendorff geglaubt hätte, daß sie ausgeschlossen war, sondern weil die Basis, die uns geboten wurde, sei es in den Wilsonschen 14 Punkten, sei es in der Mission des Obersten v. Haeften, ihm nicht annehmbar erschien. Er wollte mehr. Wie der General Ludendorff sich dieses Mehr vorstellt, darüber werde ich unten noch eingehender sprechen. Aber so sehr ich persönlich der Überzeugung bin, daß ein Abschluß nach Art des Hubertsburger Friedens für Deutschland ein glänzender Erfolg gewesen sein würde, daß wir im Interesse unserer eigenen und der Menschheitskultur einen anderen Frieden gar nicht erstreben durften und daß wir einen solchen Frieden noch im Frühjahr 1918 hätten haben können, daß das große Blutvergießen dieses letzten Feldzuges also überflüssig war, daß im schlimmsten Falle noch einige schwere Schläge angebracht waren, um den Feind noch friedenswilliger zu machen, als er ohnehin schon war, so will ich mich doch zunächst auf den Standpunkt des Generals Ludendorff stellen, an-

nehmen, daß das Streben nach einem Sieg-Frieden berechtigt und notwendig war, und untersuchen, ob die O. H. L. diesem Grundgedanken gemäß richtig und konsequent gehandelt hat. Daß das Kriegsziel, an dem General Ludendorff nach der Angabe seiner Bücher bis in den Juli—August 1918 festhielt, nämlich „bis Belgien für ein Schutz- und Trutzbündnis politisch und wirtschaftlich reif ist, muß es in deutscher militärischer Kontrolle stehen", nicht ohne eine völlig zerschmetternde, vernichtende Niederlage der Gegner zu erreichen war, ist von vornherein klar. Auch nicht Lüttich und die Maasgrenze würden uns die Gegner zugestanden haben, wenn wir ihnen nicht eine derartige Niederlage zufügten.

III

Die Wahl des Kriegsschauplatzes

Ich habe in meinem ersten Gutachten ausgeführt, daß, wenn eine Offensive für geboten gehalten wurde, ein Angriff gegen die italienische Armee die größten Chancen gehabt haben würde. Die Einwände, die K. dagegen erhebt, kann ich nicht als durchgreifend anerkennen. Wir waren im Westen so stark, daß recht bedeutende Kräfte hätten abgegeben werden können, ohne daß dadurch die Gefahr entstand, durchbrochen zu werden. Die Feldzüge von 1916 und 1917 hatten das gelehrt, unsere Kraft in der Defensive offenbart, und auch der Feind wußte das. Zu den schwersten strategischen Fehlern, die Ludendorff im Weltkriege begangen hat, gehört sicherlich auch, daß die Offensive gegen die italienische Armee im November 1917, die einen so wunderbaren Erfolg hatte, nur als ein kurzer Entlastungsstoß gedacht war und nicht zu einem Vernichtungsfeldzug ausgebaut wurde. Nicht mehr als sieben deutsche Divisionen wurden den Österreichern zugeführt und eingesetzt, während noch einige 60 in Rußland standen, aus denen sehr wohl noch eine Anzahl hätten herangezogen werden können. Es ist richtig, daß, nachdem diese Offensive schon an der Piave abgestoppt worden war, die Verhältnisse für einen Vernichtungsfeldzug 1918 nicht mehr so günstig lagen, wie im Jahre vorher. Ganz gewiß aber waren sie immer noch viel günstiger als an der Westfront. Nach einer Information, die mir neuerdings zugegangen ist, hat General Ludendorff auch in der ersten Februarhälfte noch die Möglichkeit dieser Offensive sehr ernst erwogen. Aber er wollte dafür nicht Truppen von der Westfront, sondern von der Ostfront verwenden, und diese waren nicht mehr abkömmlich, als man auf das Drängen der Österreicher wegen der Ernährungsnot den weiteren Vormarsch in die Ukraine beschloß. Aus der Westfront Kräfte herauszuziehen, hielt man nicht für angängig, weil in diesem Falle die Gegner nach Ankunft der Amerikaner ihrerseits eine sehr gefährliche Offensive hätten unter-

nehmen können. Diese Argumentation steht unter dem Einfluß der Ludendorffschen Politik. Ein Sieg über die Italiener wäre immer nur ein Teilsieg gewesen und hätte wohl zu einem Verständigungsfrieden, aber nicht zu einem Frieden mit den Ludendorffschen Kriegszielen führen können. Ein solcher Frieden konnte nur in einem entscheidenden Sieg an der Westfront errungen werden. Nahm man nicht in Aussicht, nach dem Sieg über die Italiener einen Verständigungsfrieden anzubieten, so hatte ein solcher Sieg allerdings keinen Zweck und barg die Gefahr in sich, daß, wenn die Amerikaner eher ankamen, als die nach Italien geschickten Divisionen an die Westfront zurückkehrten, diese in ihrem geschwächten Zustand hätten überrannt werden können. Es kam aber noch eine weitere politische Erwägung hinzu. Daß General Ludendorff die Offensive in Italien aus dem Grunde abgelehnt habe, weil er befürchtete, Österreich könne dann zu mächtig werden, ist allerdings nicht richtig. Aber man befürchtete in der O. H. L., daß, wenn Österreich-Ungarn durch die völlige Niederwerfung von Rußland und Italien am Kriege nicht mehr militärisch interessiert wäre, seine Neigung zu einem Sonderfrieden sehr wachsen würde und für uns hätte verhängnisvoll werden können. Ob den österreichischen Staatsmännern wirklich ein solcher Verrat zuzutrauen ist, weiß ich nicht. Ich stelle nur fest, daß es in doppelter Art politische Gründe gewesen sind, weshalb General Ludendorff auf die, rein militärisch betrachtet, günstigste Offensivchance schließlich verzichtet hat.

Seine Strategie wurde beherrscht von seiner Vorstellung von dem, was er für deutsche Lebensnotwendigkeiten hielt, mit anderen Worten, von seinen Eroberungsabsichten. Diese erforderten einen großen Sieg über die Engländer und Franzosen, und aus diesem Grunde mußte die Westfront als der Schauplatz des neuen Kampfes bestimmt werden.

IV

Der Repingtonsche Artikel

K. lehnt meinen Vorwurf, daß Ludendorff aus dem Glücksfall, daß Oberst Repington der Welt in einem Artikel der „Morning-Post“ am 11. Februar 1918 den feindlichen Kriegsplan verriet, nichts zu machen gewußt habe, ab, weil erstens der Kriegsplan aus diesem Artikel gar nicht zu entnehmen sei, weil er zweitens nicht viel mehr sage als man ohnehin gewußt habe und weil drittens ein derart verratener Plan wieder hätte geändert werden können. Nach meiner Meinung war der englisch-französische Plan, so sehr der Verfasser es zu verstecken suchte, mit aller Deutlichkeit aus der „Morning-Post“ zu entnehmen. Es steht bereits in dem Artikel, den ich damals (24. Februar 1918, in den „Preußischen Jahrbüchern“ wieder abge-

druckt in „Krieg und Politik" Bd. III, S. 34) dem Repingtonschen Artikel gewidmet habe. Es ist richtig, daß darin die Offensive in Syrien nur als eine Aktion auf einem Nebenkriegsschauplatz bezeichnet wird. Aber die Leidenschaft, mit der dieser Plan bekämpft wird, läßt schon deutlich erkennen, daß der eigentliche Vorwurf Repingtons dahingeht, daß die Entente die Entscheidung an der Westfront zunächst nicht erstreben wollte, und schließlich ist auch direkt gesagt, daß man an der Westfront defensiv sei und daß Lloyd George dieser Front nicht die Verstärkungen zukommen lassen wolle, die das Land leisten könne. Das ist es, worauf es ankam. Daß eine solche Mitteilung aus dem feindlichen Lager noch kein Fels ist, auf dem man bauen kann, daß ein einmal gefaßter Plan auch wieder geändert werden kann, daß er besonders wieder geändert werden kann, wenn man sieht, daß er verraten ist, das ist alles selbstverständlich. Trotzdem muß ich dabei bleiben, daß es sich um einen höchst wichtigen Zwischenfall handelt, und daß General Ludendorff daraus einen weiteren Anlaß hätte entnehmen können, seinen Angriff nicht an der Westfront, wo wir dazu zu schwach waren, sondern in Italien anzusetzen, wo uns der große Sieg kaum entgehen konnte.

Die ganze Frage hat aber an Bedeutung jetzt verloren durch die Kuhlsche Enthüllung, daß man ohnehin wußte, daß man drüben einen Angriff vorläufig nicht beabsichtigte. Vielleicht hätte der Feind diese Haltung geändert, wenn man sah, daß unser Angriff ausblieb, vielleicht aber auch nicht, und es ist die Frage, wie lange man in der Erwartung des deutschen Angriffs passiv verharrte. Nach Ludendorffs Büchern hatte ich annehmen müssen, daß man mit ziemlicher Bestimmtheit in unserer O. H. L. auf die feindliche Offensive rechnete, und dann war der Repingtonsche Artikel, der diese Annahme zum mindesten sehr unwahrscheinlich machte, von der größten Bedeutung. Erwartete man ohnehin vorläufig keine feindliche Offensive, so konnte der Artikel freilich keinen besonderen Eindruck machen. Um so mehr aber erhebt, wie schon gesagt, die Frage ihr Haupt: war unser Angriff geboten? Konnte eine wohlüberlegte Strategie, die auf einen Verständigungsfrieden ausging, nicht von ihm absehen?

V

Die Anlage der März-Offensive

Das K.sche Gutachten untersucht eingehend die verschiedenen Möglichkeiten der Offensive an der Westfront und kommt zu dem Schluß, daß jeder der verschiedenen Pläne seine Vorteile und seine Nachteile gehabt habe, und schwer abzumessen sei, was schließlich das beste war. Ich war sehr geneigt, mich diesem Urteil anzuschließen. Die kriegsgeschichtliche Erfahrung lehrt, daß Situationen, wo der

Feldherr sowohl den einen wie den anderen Weg mit gleicher Aussicht auf Erfolg einschlagen kann, recht häufig sind. Ob das in dem vorliegenden Falle wirklich zutrifft, ist aber doch noch zu erörtern.

General Ludendorff setzte die deutsche Offensive an gegen den südlichsten Teil der englischen Front, da wo sie sich mit der französischen berührte. Ich habe im ersten Teil meines Gutachtens Zweifel geäußert, ob die O. H. L. sich des Vorteils bewußt gewesen sei, der in dem geteilten Oberbefehl beim Feinde lag, da das von Ludendorff nirgends erwähnt werde. Diese Lücke ist jetzt ausgefüllt; mein Zweifel war unberechtigt; das K.sche Gutachten bringt Zeugnisse, die dartun, daß man sich, wenn es auch nur beiläufig erwähnt wird, dieses Vorteils doch bewußt gewesen ist.

Ganz besonders wertvoll ist die Darstellung, die General v. Kuhl gibt von den Vorbereitungen für die Offensive und von ihren taktischen Grundgedanken. Man gestatte mir, hier der Empfindung Ausdruck zu geben, daß dieser Teil des Gutachtens in seiner reinen Sachlichkeit ohne jede rhetorische Verbrämung zu dem Eindrucksvollsten gehört, was die Kriegsgeschichte aller Zeiten hervorgebracht hat. Teils aus eigener Kenntnis des Verfassers, teils aus den Akten entwickelt hier das Gutachten ein wahrhaft grandioses kriegsgeschichtliches Gemälde, und wie schon früher, so will ich mich jetzt wieder gern und ganz auch der Anerkennung anschließen, die dem General Ludendorff für diese Leistung gebührt.

Im ersten Teil seines Gutachtens hat General v. Kuhl eingehend die Mängel und Schwächen unserer Ausrüstung für die große Offensive dargelegt. Zu wenig Pferde, zu wenig Futter, zu wenig Benzin, ungenügende Gummibereifung, knappe Munition, keine Tanks, keine numerische Überlegenheit, viele Divisionen wegen Unbeweglichkeit nur in den Stellungen zu verwenden, kein Ersatz für den zu erwartenden Verlust. Die Gegner, denen es doch auch an militärischen Eigenschaften nicht fehlte, hatten bei ihrem zäh durchgeführten Anstürmen trotz fast doppelter Überlegenheit doch nie etwas Wesentliches erreicht. Wie konnten wir hoffen, daß es uns besser ausschlagen werde?

Etwas ganz Neues mußte ins Spiel gebracht werden. Dies Neue war die artilleristische Überraschung. Hüben wie drüben hatte man es bisher für unerläßlich gehalten, gut ausgebaute Feldbefestigungen erst durch langes Artilleriefeuer mürbe zu machen, ehe man die Infanterie zum Sturm ansetzte, und um das Wirkungsschießen zu erreichen, hatte die Artillerie sich längere Zeit vorher einschießen müssen. Unter Ludendorffs Leitung wurde nun ein Verfahren organisiert, das der Artillerie erlaubte, ohne Einschießen sofort ins Wirkungsschießen einzutreten und fünf Stunden nach dessen Beginn schon den Infanterieangriff losbrechen zu lassen.

Im ersten Teil meines Gutachtens habe ich viel Gewicht gelegt auf die, wie es schien, völlig absurde Abkunft zwischen den beiden Höchstkommandierenden Haig und Pétain, wonach erst am vierten Tage nach Beginn einer deutschen Offensive die Bewegung zur Unterstützung des angegriffenen Nachbars einsetzen sollte, also erst nach sechs oder sieben Tagen wirksam werden konnte. Man wollte sich nicht durch einen etwaigen Scheinangriff täuschen lassen. Dieser Gesichtspunkt war an sich nicht falsch, aber die Zeit, die man sich lassen wollte, offenbar gefährlich lang. Aus Pierrefeu kann man jetzt ersehen, daß die feindlichen Generalstäbe zwar die Gefahr der Überraschung durchaus in Betracht gezogen, sie aber praktisch für ausgeschlossen gehalten haben, da das ausgezeichnet ausgebildete System der Beobachtung durch Flieger, die das ganze Gebiet der feindlichen Front täglich tausendfach photographierten, durch Verhör der Gefangenen, Spione usw. dagegen zu sichern schien. Wir dürfen jetzt sagen, wie die Gegner zu diesem Fehler gekommen sind; sie haben sich an die bisherigen Erfahrungen gehalten und es ist also Ludendorffs Verdienst, daß die Erfahrung ihnen nunmehr zum Fallstrick wurde. Auch das sei unverhohlen anerkannt.

Diese gern gespendete Anerkennung muß nun aber doch mit einem „aber" endigen. Die Überraschung ist von je eines der wirksamsten Kriegsmittel gewesen, aber auch eines der unsichersten. Clausewitz führt aus, wie der theoretische Wert der Überraschung doch nur mit sehr wenig Beispielen aus der Kriegsgeschichte belegt werden könne. Gerade im Weltkrieg sind sie noch am häufigsten. Ob sie aber gelingt, hängt von tausend Zufälligkeiten ab. Oft genug sind geplante Überfälle durch Überläufer vorher gemeldet worden. Die Idee war 1918 vortrefflich, die Ausführung nicht minder; aber die ganze Zukunft Deutschlands war auf diese Karte gesetzt. In nichts sonst waren wir dem Feinde überlegen — oder man mag auch noch den einheitlichen Oberbefehl hinzusetzen — durfte ein wohlerwogener Entschluß das Schicksal des Vaterlandes so auf das Spiel setzen?

Er mußte es — zweifellos —, wenn keine andere Möglichkeit blieb. Gab es keine andere Möglichkeit? Wir haben die Antwort darauf schon gegeben. Dreimal ist die Überraschung gelungen —, das viertemal, bei Reims, mißlang sie und Deutschland war verloren.

Ich habe in meinem ersten Gutachten angenommen, daß die Überraschung auch schon bei der ersten, der Märzoffensive, nicht geglückt sei, da die Engländer nach der Darstellung des Kapitän Wright sowohl Stelle wie Tag des Angriffs fast genau vorhergesehen haben. K. berichtigt das durch den Hinweis, daß die Franzosen noch mehrere Tage im Zweifel geblieben sind, ob es sich nicht um einen Scheinangriff handle und deshalb den Engländern so spät zu Hilfe kamen. Ich bin mit dieser Berichtigung einverstanden.

Die Darstellung der Märzoffensive in dem K.schen Gutachten stimmt mit der von mir in meinem ersten Gutachten auf Grund der Ludendorffschen Schriften gegebenen nicht ganz überein. Ich habe angenommen, daß der strategische Grundgedanke, die englische Front bei Cambrai zu durchstoßen und sie dann nach Norden aufzurollen, abgelenkt worden sei durch die taktische Rücksicht, an der Stelle anzugreifen, wo man am leichtesten hoffen konnte, durchzubrechen (weiter südlich), obgleich diese Stelle für die strategische Operation nicht die günstigste war. Zu demselben Ergebnis gelangt auch die ausgezeichnete, aus den Akten des Reichsarchivs gearbeitete Studie „Die Märzoffensive 1918, Strategie oder Taktik" von Major und Reichsarchivrat Otto Fehr. Der Verfasser setzt auseinander (S. 41), daß, wenn die Armee Hutier, statt auf dem linken Flügel der Offensivfront auf dem rechten, also einen Tagemarsch weiter nördlich eingesetzt worden wäre, der Durchbruch zu einer klaren einfachen Operation mit greifbarem Ziel hätte führen können. Fehr wie ich basieren uns bei unserer Kritik auf Ludendorffs eigener Äußerung, daß er bei seinen Dispositionen die Taktik über die reine Strategie gestellt habe. K. sucht die Bedeutung dieses Satzes abzuschwächen: er besage nichts als daß jeder strategische Erfolg abhängig sei von dem taktischen. Das ist nun freilich eine einleuchtende Wahrheit, aber wenn Ludendorff weiter nichts hätte sagen wollen, so wäre das, wie man sagt, eine Binsenwahrheit gewesen und der Satz hätte lauten müssen, daß die Taktik in die Strategie ein geordnet, aber nicht, daß sie über sie gestellt worden sei. In dem „über" liegt der Fehler, und man wird von vornherein annehmen dürfen, daß Ludendorff sich nicht selbst eines Fehlers beschuldigt hat, den er nicht begangen hat.

Wir werden uns darüber jetzt einigen können. Der Fehler lag nicht — davon hat mich das K.sche Gutachten überzeugt — in der Wahl der Angriffsstelle, der Ausdehnung der Angriffsfront südlich bis La Fère, sondern in der den Verhältnissen nicht entsprechenden Ausstattung dieses Frontabschnittes mit Truppen.

Die Offensive war so gedacht, daß, nachdem der Durchbruch gelungen war, die beiden Armeen Below und Marwitz nach Norden schwenken und die englische Armee aufrollen sollten, während die Armee Hutier diese Bewegung nach Süden gegen die Franzosen deckte. Die Armee Hutier hatte also die Nebenaufgabe, und sie griff an auf einer Strecke, wo, wie man herausgebracht hatte, die feindliche Front besonders schwach besetzt war und wenig Reserven hinter sich hatte. Die Kräfte waren aber derart verteilt, daß der Armee Below nur 19 Divisionen, der Armee Marwitz 20, der Armee Hutier 24 Divisionen zugeteilt waren, also fünf Divisionen mehr, als der Armee Below, die den stärksten Punkt der feindlichen Front anzugreifen hatte. Ferner waren den beiden nördlichen Armeen zu-

sammen von dem schwersten Kaliber 27 Batterien zugeteilt worden, der Armee Hutier 28, also mehr als den beiden anderen zusammen[1]).

Das ist um so auffälliger, als es für die Armee Below sehr vorteilhaft gewesen wäre, wenn sie ihren Angriff um einen halben Tagemarsch weiter nach Norden hätte erstrecken können, gegenüber Arras, an der Scarpe. Es fehlte dafür an genügender schwerer Artillerie, mit der wiederum die Armee Hutier sehr reichlich ausgestattet war. Die Heeresgruppe Rupprecht machte schon im Februar darauf aufmerksam, daß Below für seine Aufgabe recht schwach, Hutier für die seine überflüssig stark ausgestattet sei, und beantragte eine andere Verteilung. Ludendorff lehnte das ab mit der Begründung, daß es zunächst darauf ankomme, an irgendeiner Stelle durchzubrechen, damit man die Freiheit der Bewegung gewinne.

Das Ergebnis ist also, daß dem beabsichtigten Hauptangriff Kräfte, die an sich zur Verfügung gestanden hätten, vorenthalten wurden für einen anderen, noch unbestimmten strategischen Zweck, der sich erst aus der zu erhoffenden Freiheit der Bewegung ergeben sollte.

Diese Antwort und diese Entscheidung ist von der höchsten Bedeutung: der Feldherr will den eigentlichen Hauptschlag im Norden, bei Cambrai führen, hat aber kein volles Vertrauen in den Erfolg. Statt nun entweder das Wagnis zu unternehmen und zu diesem Zweck alle Kräfte auf den entscheidenden Punkt zu konzentrieren, oder aber eine andere Schlachtidee zu suchen (wofür ja zwei Vorschläge vorlagen), hält er an jenem Angriff fest, verfolgt aber gleichzeitig eine zweite Idee, die mit jener ersten insofern in Widerspruch steht, als sie Kräfte in Anspruch nimmt, die jene nötig gehabt hätte. Das ist nicht bloß ein einzelner strategischer Fehler,

---

[1]) Foerster, Schlieffen und der Weltkrieg III, S. 100.
Nach einer Auskunft von Exzellenz v. Kuhl ist von der schwersten Artillerie der Armee Hutier deshalb eine so starke Quote zugeteilt worden, weil man mit ihr die feindlichen Bahnhöfe beschießen wollte, wo der Zuzug der Franzosen zu erwarten war. Auch von der schweren Artillerie ist aber Hutier eine relativ sehr große Quote zugewiesen worden, 297 Batterien gegen 404. Selbst in der Feldartillerie war er relativ am stärksten ausgerüstet: 385 Batterien gegen 565 der beiden anderen Armeen zusammen. Wenn man mit Ludendorff und Hauptmann Marcks „Angriff und Verteidigung in großen Kriegen", S. 34, auch noch den linken Flügel der Armee Marwitz zum Defensiv-Flügel rechnet, so war dieser im ganzen fast ebenso stark wie der Offensiv-Flügel. In dem Ausschuß ist ferner geltend gemacht worden, daß die starke Ausstattung der Armee Hutier mit Artillerie darin ihre Erklärung finde, daß sie eine breitere Frontstrecke besetzt hielt, als eine der beiden anderen, so daß sie auf den Kilometer gerechnet weniger Artillerie hatte, als jene. Dieses Argument kann aber nicht aufkommen gegen die beiden anderen Tatsachen: erstens, daß man wußte, Hutier werde auf eine besonders schwache Stelle der feindlichen Front stoßen; zweitens, daß die Armee Below aus Mangel an schwerer Artillerie ihren rechten Flügel nicht so weit ausdehnen konnte, wie es die Sachlage erfordert hätte.

wie solche in der Kriegführung immer wieder, auch bei den größten Feldherren vorkommen, sondern offenbart uns den Fehler in Ludendorffs Denkweise, in dem all sein Handeln wurzelt: er will stets das Allergrößte, fühlt daß seine Kräfte dafür nicht ausreichen und gerät dadurch in innere Widersprüche.

Hier hat er den inneren Widerspruch selber gefühlt und ihm Ausdruck gegeben in dem Satz, daß er die Taktik über die reine Strategie gestellt habe. Denn was ihn verlockte, der Armee von Hutier die Kräfte zuzuweisen, die nun der Armee Below fehlten, war der Umstand, daß an dieser Stelle die beste Aussicht auf den taktischen Erfolg bestand.

Ich habe deshalb jenen Satz „verhängnisvoll" genannt, Major Fehr (S. 31) sagt, daß „Strategie und Taktik" in unheilvollem Widerspruch miteinander standen und am Schluß (S. 48): „Die strategische Auswirkung des Erfolges blieb gering; sie mußte es vor allem deshalb bleiben, da die Anlage der Schlacht unter taktischen Gesichtspunkten erfolgt war."

Daß ich mit meiner Kritik in meinem ersten Gutachten nicht sofort ganz den richtigen Ausdruck getroffen habe, ist nicht meine Schuld, sondern ist begründet in der Darstellung, die Ludendorff selbst in seinen Schriften von diesen Ereignissen gegeben hat. Ich werde darüber noch sprechen.

Der Erfolg des Angriffs (21. März) entsprach der Anlage; die Armee Below auf dem Nordflügel blieb stecken, die Armee Hutier mit ihrer ungeheuren Überlegenheit an der ohnehin schwächsten Stelle der feindlichen Front brach durch und warf die englische Armee Gough über den Haufen.

VI

Die Ordnung des Oberkommandos

Die drei für den Angriff bei Cambrai—St. Quentin einzusetzenden Armeen Below, Marwitz, Hutier gehörten zur Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht; für die Ausführung des Angriffs wurde jedoch die Armee Hutier von dieser Heeresgruppe abgetrennt (befohlen 24. Januar) und, obgleich sie auf derselben Stelle stehenblieb, der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz zugewiesen, so daß also beide Heeresgruppen an dem Angriff beteiligt waren.

General Ludendorff schreibt darüber in seinen „Erinnerungen" (S. 475): „Es kam mir in Erinnerung an den Novemberfeldzug in Polen 1914 darauf an, weitgehenden Einfluß auf die Schlacht zu haben. Das war schwierig, wenn nur eine Heeresgruppe führte; es kam dann jeder Eingriff nur zu leicht auf das Hineinreden einer höheren Dienststelle hinaus. Die Hilfsmittel der Heeresgruppe Deut-

scher Kronprinz waren in weitestgehendem Umfange heranzuziehen. Das wurde durch diese Befehlsgliederung erleichtert. Und schließlich war es dem Generalfeldmarschall und mir auch, da es die strategische Lage verlangte, eine menschliche Freude, seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen mit zur ersten großen Angriffsschlacht im Westen heranzuziehen. Dynastische Interessen bewegten mich nicht. Bei tiefer Königstreue bin ich ein unabhängiger Mann und kein Höfling."

Prüfen wir diese Motive näher. General Ludendorff wollte die Leitung selbst in der Hand behalten ohne sich dem Vorwurf des Hineinredens auszusetzen. Solches Hineinreden erzeugt Mißstimmung. Wodurch aber wurde bei der Heeresgruppe Rupprecht mehr Mißstimmung erzeugt: dadurch, daß ihr eine ganze Armee und die eigentliche Leitung der bevorstehenden Schlacht ganz entzogen wurde, oder durch etwaige einzelne Eingriffe der vorgesetzten Instanz während der Aktion? Kronprinz Rupprecht und sein Stabschef vertraten wiederholt und mit Entschiedenheit den Gedanken, die Offensive nicht bei Cambrai—St. Quentin, in der Picardie, sondern in Flandern anzusetzen. Nun wurde nicht nur der Angriff bei St. Quentin befohlen, sondern auch die Leitung der Schlacht der Heeresgruppe entzogen und diese auf die Funktion einer Zwischeninstanz beschränkt.

Der Kronprinz Rupprecht wird Selbstbeherrschung genug gehabt haben, um Mißstimmung nicht laut werden zu lassen; daß die getroffene Anordnung geeignet war, Mißstimmung zu vermeiden, wird man kaum sagen können. Bei den weiteren großen Angriffen in Flandern und am Damenweg hat jedesmal eine einzelne Heeresgruppe geführt, ohne daß daraus Ungelegenheiten entstanden wären.

Anders steht es mit dem zweiten, von Ludendorff angegebenen Motiv, daß durch die Zuweisung der Armee Hutier an den Deutschen Kronprinzen die Heranziehung der Hilfsmittel dieser Heeresgruppe erleichtert worden wäre. Das ist gewiß richtig. Auch der entschiedenste Befehl der O. H. L. an die Heeresgruppe würde trotz der in der deutschen Armee herrschenden Disziplin schwerlich denselben Erfolg in der Verwendung der Hilfsmittel der Heeresgruppe erzielt haben wie die eigene Beteiligung. Aber ob dieser Gewinn die Nachteile der Neuordnung aufhob? Das K.sche Gutachten erwähnt dieses Motiv für die Umordnung des Kommandos nicht, sondern nur das erste, muß also jenes nicht so hoch anschlagen. Für die straffe Oberleitung der Schlacht war es gewiß kein Vorteil, daß bei der Befehlserteilung eine Instanz eingeschoben war, die gespart worden wäre, wenn die drei Armeen Below, Marwitz, Hutier einheitlich unter dem Kronprinzen Rupprecht blieben und dieser mit seinem Chef, General von Kuhl, die Schlacht leitete. Über die praktische Wirkung dieser Befehlsgliederung hat sich Exzellenz v. Kuhl in seinem Gutachten nicht geäußert. Über eine indirekte Wirkung werden wir noch zu sprechen haben.

Das dritte Motiv, das Ludendorff für die neue Befehlsgliederung angibt, ist „die menschliche Freude, Seine Kaiserliche Hoheit den Kronprinzen mit zur ersten großen Angriffsschlacht im Westen heranzuziehen". Von dem Feldmarschall, den Ludendorff auch, was er sonst so selten tut, an dieser Stelle ausdrücklich nennt, wird man dieses Motiv ohne Bedenken gelten lassen. Bei Ludendorff kann ich mich des Verdachts nicht erwehren, daß noch etwas Unausgesprochenes mitgewirkt haben könnte. Wir erinnern uns, daß mit Hilfe des Kronprinzen Ludendorff den Reichskanzler Bethmann Hollweg gestürzt hatte; daß mit Hilfe des Kronprinzen Ludendorff den intimsten Berater des Kaisers, den Kabinettsrat v. Valentini, gestürzt hatte; daß endlich der Oberst Bauer, die rechte Hand Ludendorffs, um diese Zeit, Anfang Februar, an den Kronprinzen herangetreten ist, mit einem Fühler, ob man nicht dem Kaiser die Zügel der Regierung aus der Hand nehmen könne. Wäre die Befehlsgliederung im Frühjahr 1918 so geblieben, wie sie war, und die deutsche Armee hätte den Sieg erfochten, den man erwartete, so wäre es der Kronprinz von Bayern gewesen, der ihn erfocht, während der deutsche Kronprinz den Befehl an einer ruhigen Front führte. Für die Strategie war das gleichgültig; für die Politik des Generals Ludendorff war das ein Moment von der größten Bedeutung. Ich kann es mir kaum anders vorstellen, als daß die „rein menschliche Freude", die General Ludendorff bei seiner Anordnung empfunden hat, eines gewissen politischen Beigeschmacks nicht entbehrte.

VII

Fortsetzung und Abschluß der März-Offensive

Das K.sche Gutachten und die gedruckte Literatur reichen aus, um von dem strategischen Grundgedanken und der Anlage der Märzoffensive ein hinreichend sicheres Bild zu gewinnen. Weniger gut ist es mit dem Fortgang der Ereignisse bestellt, und auch Versuche, die ich gemacht habe, durch amtliche Befragung einiger Herren aus der O. H. L. weitere Aufschlüsse zu gewinnen, ist ziemlich ergebnislos geblieben. Eine vollständige Darstellung des ganzen Feldzuges auf Grund aktenmäßiger Untersuchung ist nicht Aufgabe dieser Gutachten. Was ich weiterhin in diesem Abschnitt ausführe, soll also nur mit einem gewissen Vorbehalt gesagt sein. Immerhin sind gewisse Grundzüge, wie ich glaube, mit voller Deutlichkeit zu erkennen.

Die O. H. L. hatte den Südflügel des Angriffs unverhältnismäßig stark gemacht, um an irgendeiner Stelle durchzubrechen und dadurch die Freiheit der Bewegung zu gewinnen. Als nun die Nachricht von dem großen Erfolg des Südflügels eintraf, hatte General Ludendorff die erstrebte Bewegungsfreiheit. Die strategische Grundidee der

Schlacht hätte es erfordert, jetzt alles, was irgend herangebracht werden konnte, dem Nordflügel zuzuführen, um diesem, der zurückgeblieben war, zu einem vollen Erfolge zu verhelfen, die große Schwenkung und das Aufrollen der Engländer zu ermöglichen. Das Vordringen der Armee Hutier hätte dabei indirekt mitgewirkt. Es machte sich aber auch jenes, schon in meinem ersten Gutachten angezogene strategische Gesetz geltend, daß ein Erfolg grundsätzlich am besten an der Stelle ausgenützt wird, wo er erfochten ist. Ludendorff sandte also drei Divisionen, die noch im Anrollen waren, nicht Below, sondern Hutier zu Hilfe. Der Kronprinz fügte noch vier weitere Divisionen aus seinen anderen Armeen hinzu, und Hutier trieb nun die Engländer immer weiter in südwestlicher und südlicher Richtung vor sich her. Das führte weiter. Die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, deren Blick natürlich durch die Ereignisse bei der ihr unterstellten Armee Hutier gefesselt ward, machte den Vorschlag, den Erfolg in der Weise auszunutzen, daß man versuchen wollte, in dieser Richtung noch weiterzugehen und die französischen Reserven anzugreifen und zu schlagen, von denen man annehmen mußte, daß sie jetzt den Engländern zu Hilfe eilen würden. General Ludendorff hatte eine solche Operation schon vorher (9. März) ins Auge gefaßt für den Fall, daß den beiden nördlichen Armeen ein großer Erfolg beschieden sei. Der Erfolg war nicht erreicht worden; trotzdem verfügte Ludendorff im Sinne jenes Vorschlags. General Ludendorff benutzte also die gewünschte Freiheit der Bewegung, ein von dem bisherigen Operationsplan abweichendes, ja ihm direkt entgegengesetztes neues Ziel aufzustellen. Die Armee Hutier hatte den beiden andern Armeen nur den Rücken decken sollen: jetzt erhielt sie ein eigenes großes Ziel: sie sollte die Franzosen schlagen. Natürlich ist es nicht verboten, daß der Feldherr im Verlauf einer Schlacht je nach den taktischen Ergebnissen seinen Schlachtplan ändert. Worin bestand aber hier die Änderung? Darin, daß das erste Ziel nicht aufgegeben, sondern ein zweites daneben aufgestellt wurde und infolgedessen die drei Armeen nach drei verschiedenen Richtungen auseinanderstrebten. General v. Kuhl legt dar, daß das Übergehen in die neue Richtung mit Zwangsläufigkeit sich aus dem Gang der Ereignisse entwickelt habe. Die Zwangsläufigkeit ist natürlich nur eine relative — soweit sie vorhanden ist, beweist sie, daß der Fehler in der Uranlage steckte. Wir müssen ihn uns noch einmal klarmachen. Unsicher, ob das große Ziel der Offensive auf den Nordflügel bei Cambrai zu erreichen sei, hatte Ludendorff gleichzeitig eine zweite, noch unbestimmte Möglichkeit ins Auge gefaßt, die sich aus der „Freiheit der Bewegung“ ergeben sollte. Er hatte also von Anfang an zwei verschiedene Zwecke zugleich verfolgt, die sich gegenseitig Kräfte entzogen. Jetzt hatte der Erfolg aus der noch unbestimmten „Freiheit der Bewegung“ eine positive neue Möglichkeit

herauskristallisiert. Ludendorff ging ihr nach, wollte aber gleichzeitig das alte Ziel beibehalten.

Außer den 63 Divisionen, die vom Anfang an für die Offensive bestimmt waren, sind allmählich noch 27 weitere in den Kampf geführt worden, von denen acht aus dem Osten und aus Italien kamen, vier von der Heeresgruppe Rupprecht, acht von der übrigen Westfront herangezogen wurden (Rest unaufgeklärt). An welchen Stellen, bei welchen Armeen und wann diese Reserven eingesetzt worden sind, ist bisher nur teilweise bekannt. Jedenfalls sind sie nicht, auch nicht vorwiegend an e i n e r Stelle eingesetzt, sondern mehr oder weniger auf die verschiedenen Angriffsrichtungen verteilt worden. Nach der Schrift von Foerster (III, 123) sind noch bei einem nachträglichen Angriff der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz am 6. April zur Verbesserung ihrer Stellung drei bisher noch nicht verwendete Angriffsdivisionen eingesetzt worden.

Da die Armee Below nur mäßig stark ausgestattet war, so hatte sie ihre Angriffsfront nach Norden nicht so weit ausdehnen können, wie es taktisch wünschenswert gewesen wäre. Das sollte nachgeholt werden. Schwere und schwerste Artillerie wurden nach dieser Stelle umgruppiert (Marsangriff). Aber die Engländer waren jetzt auf den Angriff vorbereitet und er mißlang. Es stellte sich heraus, daß der deutsche Angriff jetzt nach drei Richtungen auseinanderstrebend an keiner Stelle stark genug war, entweder den Widerstand des Feindes zu brechen oder ein strategisches Ziel zu gewinnen. Foerster (S. 104, 115) rühmt die Änderung des Schlachtplans als eine „Eingebung des Ingeniums"; „gleich einem Bündel zuckender Blitze wiesen die operativen Pfeilstriche auf der Karte des Feldherrn strahlenförmig auseinander".

So versteht es ein Bewunderer des Generals Ludendorff, vermöge eines kühn gewählten Bildes den todbringenden Fehler in eine hochzupreisende Leistung zu verwandeln. Im Südwesten entstand beim Feinde eine 15 km breite Lücke, in der kein feindlicher Soldat mehr stand, aber da war nichts zu holen; in der Mitte kam man bis dicht vor Amiens, im Norden scheiterte der Angriff, weil die Engländer mittlerweile ihre Reserven herangeholt hatten. Ich habe gesagt, die Offensive führte „ins Leere". K. will diesen Ausdruck nicht gelten lassen, aber mir scheint er durchaus treffend zu sein, und wenn K. statt dessen sagt, der Angriff habe zu sehr „ins Weite" geführt, so ist das wohl ein anderes Wort, aber der Sinn doch ziemlich derselbe. Die Richtung „ins Leere" aber, darin ist mein erstes Gutachten zu ergänzen, kam erst nachträglich hinein durch die neue Zielsetzung für die Armee Hutier. Auf Grund von Ludendorffs eigener Darstellung hatte ich angenommen, daß sie von Anfang an im Plan gelegen habe.

Trotz der glänzendsten taktischen Ergebnisse auf der Südhälfte

der Front war die Offensive (21. März bis 4. April) doch strategisch ein Mißerfolg. Daß wir einen Erfolg gehabt hätten, wenn die Armee Below von vornherein stärker gemacht und ihr auch alle verfügbaren Reserven zugeführt worden wären, will ich damit nicht sagen. Man kann es nicht wissen. Das Ziel, die große englische Armee von ihrem Südflügel aus aufzurollen und mehr oder weniger zu vernichten, war bei dem Zahlenverhältnis, der mangelhaften Ausrüstung und beschränkten Bewegungsfähigkeit der deutschen Truppen, die wir kennengelernt haben, ein Gedanke, der selbst, wenn der Feind fortwährend die größten Fehler beging, kaum durchführbar erscheint.

Aber nicht nur das. Wir haben schon aus dem ersten K.schen Gutachten erfahren, daß die Westfront nicht so verstärkt war wie es im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte; man hätte sowohl österreichische Kräfte haben können wie auch noch einige deutsche Truppen aus der Ukraine. Unaufgeklärt ist noch, wo und wann die nachträglich herangeführten Divisionen eingesetzt worden sind. Wenn aber auch alles, was jetzt an der Westfront irgend entbehrlich war, auf das Schlachtfeld gebracht worden ist, so ist dennoch nicht alles wirklich bis zum Äußersten eingesetzt worden.

Von vornherein wurden gleichzeitig mit der Vorbereitung für den Angriff in der Picardie auch Vorbereitungen für den Angriff in Flandern getroffen, der ursprünglich von der Heeresgruppe Rupprecht als Hauptangriff empfohlen, für den Fall des Festlaufens jener Offensive in Aussicht genommen blieb.

Man berechnete, welche Kräfte beim Michaelangriff unmittelbar nach dem Einbruch als freigeworden angesehen und nach Flandern abtransportiert werden konnten. Es ist bisher nicht bekannt geworden und auch aus dem K.schen Gutachten nicht direkt ersichtlich, an welchem Tage tatsächlich die Umgruppierung begonnen hat. Wir hören nur, daß sie vom 28. ab beschleunigt und am 29. ein Befehl zur Überweisung von schwerer und Feldartillerie, Minenwerfern und anderen Formationen erteilt worden ist, als der Marsangriff gescheitert war. Gleichzeitig aber wurde der Angriff in der Picardie noch eine volle Woche, bis zum 4. April ohne wesentlichen Erfolg fortgesetzt. Man stellte sich vor, ihn vielleicht wieder in Fluß zu bringen, wenn es gelang, die englisch-portugiesische Front in Flandern zu erschüttern. Das würde also heißen, daß man — da diese Wirkung ja erst nach ziemlich langer Zeit eintreten konnte — die Energie des im Gange befindlichen Angriffs, statt sie zur höchsten Anspannung zu treiben, aus freien Stücken herabsetzte, weil man die Entscheidung erst von späteren Operationen erwartete.

Der naturgegebene Gedanke, die Kräfte an einer Stelle zusammenzufassen, während an anderer Stelle durch Beschränkung

auf die Verteidigung gespart werden konnte, war von der O. H. L. nicht nur von Anfang an nicht voll ausgeführt, sondern wurde im Fortgang geradezu in sein Gegenteil verkehrt: auf dem ausgedehnten Schlachtfelde selbst wurden die Kräfte zersplittert und vor gefallener Entscheidung um eines fernerliegenden Zweckes willen sogar Kräfte vom Schlachtfelde fortgezogen.

Beruft man sich darauf, daß wir tatsächlich dem Erfolg, der in der Einnahme von Amiens gelegen hätte, sehr nahegekommen sind, so würde der Fehler, für diese Schlacht nicht alle verfügbaren Kräfte bis zum letzten Mann und zum letzten Augenblick verwandt zu haben, um so größer erscheinen. Aber auch die Einnahme von Amiens wäre, wie Pierrefeu sehr gut dargelegt hat, noch keineswegs das Aufrollen der englischen Front gewesen, und auch die O. H. L. selber hat, indem sie der Offensive die Direktion auf Amiens gab, diese Idee bereits fallen lassen.

Vom Standpunkt des Generals Ludendorff, der einen großen, entscheidenden Sieg erfechten wollte, war die Märzoffensive ein Mißerfolg. Rein taktisch aber war sie, gemäß der von der Taktik regierten Anlage, ein überwältigender Erfolg. Der englische und der französische Berichterstatter, Wright und Pierrefeu, stimmen darin überein. Das französische Hauptquartier wurde schon am 24. März aus Compiègne nach Provins, südöstlich von Paris verlegt. Man glaubte, Amiens und damit die Verbindung zwischen der englischen und französischen Armee aufgeben zu müssen und überlegte, wie man den Rest der britischen Armee nach England hinüberretten könne. Der französischen Regierung wurde angezeigt, daß sie sich darauf vorbereiten müsse, Paris zu räumen. Aber so gewichtig diese Zeugnisse für die deutsche Leistung sind, so darf man sich doch dadurch nicht täuschen lassen, als ob wir wirklich den Sieg schon nahezu in Händen gehabt hätten. Besorgnisse eines geschlagenen Gegners sind noch lange keine Tatsachen.

Die Entente ist, worin ich dem K.schen Gutachten zustimme und wie ich schon selber in meinem ersten Gutachten gesagt habe, vor dem Verlust von Amiens dadurch bewahrt geblieben, daß im letzten Augenblick der General Foch zum gemeinsamen Oberbefehlshaber ernannt wurde. Entweder diese Maßregel oder ein vernünftiges, freiwilliges Zusammenwirken des englischen und des französischen Oberkommandos lagen aber doch so sehr in der Natur der Dinge, daß man das Eintreten im letzten Augenblick nicht als ein Mißgeschick betrachten darf, das uns betroffen hätte, sondern man umgekehrt das lange Ausbleiben jedes rationellen Zusammenwirkens der beiden feindlichen Armeen als eine uns beschiedene Gunst ansehen muß. Freilich lehrt die kriegsgeschichtliche Erfahrung, daß verbündete Armeen immer nur mit Einschränkung zusammenwirken, und die O. H. L. hat auf dieses ungenügende Zu-

sammenwirken gerechnet. In dem vorliegenden Falle aber war das Zusammenwirken in den ersten sechs Tagen der Schlacht derart unzulänglich, daß es als ein besonders günstiger Umstand für uns gebucht werden muß, so daß ich nicht zugeben kann, mich in meinem ersten Gutachten hierin einer Übertreibung schuldig gemacht zu haben.

Auch das Kuhlsche Gutachten spricht es offen aus, daß „die Gründe, weshalb der Michaelangriff trotz glänzender taktischer Erfolge nicht zum operativen Durchbruch geführt hat, zum Teil darin liege, daß die Anlage der Operation nicht ganz in Einklang mit den verfügbaren Kräften stand". Das ist in milden und vorsichtigen Worten genau dasselbe, was ich schon in meinem ersten Gutachten gesagt habe.

Als einen der Gründe, weshalb die deutsche Angriffskraft schließlich nicht mehr ausreichte, gibt Ludendorff (S. 482) an: „Der Munitionsnachschub war nicht ergiebig genug, auch Verpflegungsschwierigkeiten traten ein. Die Wiederherstellung der Straßen und Eisenbahnen kostete trotz aller vorausschauenden Vorbereitungen zu viel Zeit." Das K.sche Gutachten sagt (Zweiter Teil, S. 146): „Aus Mangel an Munition ist trotz der Schwierigkeit der Nachführung die Offensive nicht gescheitert."

Mein Ergebnis ist, daß die von K. mitgeteilten neuen Tatsachen uns nötigen, die Ludendorffsche Führung eher noch strenger zu beurteilen, als ich es in meinem ersten Gutachten und in meiner Schrift „Ludendorffs Selbstporträt" schon getan habe.

Die Schuld fällt ausschließlich auf die O. H. L., weder auf die Heeresgruppe Rupprecht, noch auf die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Diese konnten und durften nichts anderes, als sich in die Aufgabe, wie sie ihnen von der O. H. L. gestellt war, mit aller Hingabe hineindenken und sie sinngemäß ausführen. Das ist, soweit bisher bekannt geworden, in tadelloser Weise geschehen. Es wäre völlig unzulässig gewesen, wenn etwa eine der beiden Heeresgruppen sich dem Angriffsgedanken als solchem hätte kritisch gegenüberstellen oder auch den Standpunkt hätte vertreten wollen, daß ein operativ-strategischer Sieg ausgeschlossen sei, und daß man sich grundsätzlich mit einem taktischen Siege, mit bloßen Teilschlägen begnügen müsse. Diese letzte und höchste Entscheidung konnte nur von der O. H. L. selber getroffen werden und jede nachgeordnete Instanz war nicht nur verpflichtet, dem gegebenen Befehl gemäß zu handeln, sondern sich auch den Grundgedanken zu eigen zu machen.

Auch daß die Heeresgruppe Deutscher Kronprinz ihre Aufgabe größer und offensiver auffaßte als es in den strategischen Grundgedanken paßte, gereicht ihr nicht eigentlich zum Vorwurf. Es liegt in der Natur der Dinge, daß die nachgeordneten Kommando-

stellen, denen eine Nebenaufgabe zugeteilt ist, sie gern erweitern möchten. In diesem Falle gereichte freilich dieses Streben dem ganzen zum Unheil, aber die Verteilung der Kräfte durch die O. H. L. führte ja geradezu zwangsläufig in diese Richtung und die Verantwortung liegt bei ihr.

Ich stelle jetzt die Sätze zusammen, in denen das K.sche Gutachten seine kritische Stellungnahme zu der großen Märzoffensive zum Ausdruck bringt.

Über die Kräfteverteilung wird gesagt, daß die Armee Hutier für ihre defensive Aufgabe reichlich stark gewesen sei. Der Antrag der Heeresgruppe Rupprecht, die Armee Below auf Kosten der Armee Hutier zu verstärken, wurde aber abgelehnt. Der Fehler dieser Kräfteverteilung wird mehrfach betont.

Über das Auseinanderstreben der Operation nach drei Richtungen ist gesagt, daß es denkbar war, wenn ein großer Erfolg erreicht, das heißt, der Feind auf der ganzen Front geschlagen war. Aber auch dann war zu erwägen, ob die erforderlichen Kräfte zu einer so weit ausschauenden Operation zur Verfügung standen. Nicht ausgesprochen, aber dem Sinne nach ist damit gesagt, daß, da die Voraussetzung des großen Erfolges nicht erfüllt, der strategische Fehler um so größer war. Das Gutachten zitiert Ludendoffs eigenen Ausspruch, die Operation sei sehr ins Weite gegangen, und fügt hinzu: „es fragte sich, ob sie nicht zu weit ging und ob die Kräfte hierfür reichen würden. Die Gefahr einer Zersplitterung lag unzweifelhaft vor."

„Der ursprüngliche Gedanke, die Kräfte an einer Stelle zur Entscheidung zusammenzufassen, während an anderer Stelle durch Beschränkung auf die Verteidigung gespart werden konnte, war fallengelassen." Die Hauptkräfte hätten für den Stoß in der entscheidenden Richtung nach Nordwesten zusammengefaßt werden müssen, während man gegen Südwesten durch Anlehnung der Flanke an die Somme an Kräften sparte. „Sonst war Gefahr vorhanden, daß der Angriff zerflatterte, und schließlich mit einer großen Ausbuchtung unserer Linien feindwärts endete, die keineswegs günstig war. Diesem Gesichtspunkt hätte in der Anlage des Angriffs vielleicht schärfer Rechnung getragen werden können."

Wer diese Kritik mit meiner Darstellung vergleicht, wird, glaube ich, zu dem Schluß kommen, daß sie sachlich nicht nur ähnlich, sondern geradezu identisch ist. Der Unterschied liegt im Ausdruck und ist als solcher aus den am Eingang dieses Gutachtens dargelegten Gründen erklärlich.

Eine wesentliche sachliche Differenz finde ich nur in dem Absatz, wo es heißt: „ob es gelingen würde, den Gegner völlig zu zerschmettern, mußte freilich zweifelhaft erscheinen. Der Versuch war berechtigt; das Schlachtenglück ist unsicher. Auf alle Fälle

aber war begründete Hoffnung vorhanden, unseren Feinden einen so schweren Schlag zu versetzen, daß unsere Kriegslage wesentlich verbessert, und der Gegner friedensbereit wurde. Welches Ziel dem Feldherrn auch vorschweben mochte: den Feind zu zerschmettern, oder ihn friedenswillig zu machen, das Mittel dazu blieb dasselbe. Er mußte nach einem möglichst entscheidenden Siege mit möglichst weitreichender operativer Auswirkung streben." Ich will mich auf den Standpunkt stellen, daß diese Sätze berechtigt seien, sogar daß das Schicksal Deutschlands, wie hier angenommen, dem unsicheren Schlachtenglück anvertraut werden sollte. Aber auch dann mache ich eine Einschränkung: die operative Auswirkung durfte nicht so weit angelegt werden, daß die eigenen Kräfte dabei überspannt wurden. Das gerade aber ist geschehen, und es ist geschehen nicht nur nach meiner Auffassung, sondern auch, wie wir eben zusammengestellt haben, nach der Auffassung des Generals v. Kuhl selbst. Mag man also auch theoretisch den Satz aufstellen, daß, ob man nun den Feind zerschmettern oder ihn bloß friedenswillig machen wollte, das Mittel dasselbe geblieben sei, so war praktisch, so wie die Verhältnisse tatsächlich waren, das Mittel n i c h t dasselbe. Denn der Versuch, den Feind zu zerschmettern, enthielt eben jene Überspannung unserer Kräfte, die zu dem Mißerfolg, dem Rückschlag und schließlich zu unserem Verderben geführt hat. Eine Offensive, die von vornherein auf den Gedanken einer Zerschmetterung des Feindes verzichtet hätte, weil unsere Kräfte dafür nicht ausreichten, die sich also mit Besonnenheit auf das Ziel eines großen taktischen Sieges ohne wesentliche operative Auswirkung beschränkt hätte, würde dieses Ziel mit Sicherheit erreicht, Deutschland gerettet und ihm eine große dauernde Stellung in der Welt gewonnen haben. Denn aus dem besonnen beschränkten Kriegsziel würde sich auch sofort das besonnen beschränkte Friedensziel ergeben haben. Darüber wird unten noch zu reden sein. Hier stellen wir nur fest, daß es strategische Unklarheit und Maßlosigkeit war, weshalb uns der Sieg versagt geblieben ist, und wenn General v. Kuhl diesen Abschnitt seines Gutachtens schließt mit dem Satz, auch ohne daß die Siegespalme dem Feldherrn beschieden war, werde die Märzoffensive als eine der größten Ruhmestaten des deutschen Heeres, der Truppe wie der Führer in der Geschichte leben, so kann ich mich diesem Urteil zwar ganz in bezug auf die Truppe, aber nicht in bezug auf die oberste Führung anschließen. Ich kann auch nicht den Satz aufnehmen, daß selten in der Kriegsgeschichte ein Feldherr vor einer so ungeheuer schwierigen Aufgabe gestanden habe. Die Schwierigkeit lag nicht in der Aufgabe selbst, sondern in der Vorstellung, die Ludendorff sich von ihr gebildet hatte. Die Aufgabe, wie Ludendorff sie sich stellte, war sogar nicht nur schwierig, sondern schlechthin unlösbar: gegen eine so ungeheuere Überlegenheit, wie sie dem Feindbund

zur Verfügung stand, kann ein tapferes Volk und Heer sich zwar, wie historische Beispiele beweisen, kämpfend behaupten, kann aber nicht die Feinde auf die Knie zwingen und ihnen einen Sieg-Frieden auferlegen. Auch die kleine Überlegenheit an Mannschaften, die wir vielleicht momentan im Frühjahr 1918 hatten, konnte das nicht. Gewiß wäre, auch richtig aufgefaßt, die Aufgabe gewaltig gewesen. Ich wiederhole auch noch einmal gern die Anerkennung, daß die Vorbereitung des Angriffs eine der glänzendsten organisatorischen und taktischen Leistungen der Weltgeschichte war, aber die Schwierigkeit, an der schließlich der Feldzug gescheitert ist, lag nicht in der Sache selbst, sondern lag allein in der mangelnden Einsicht und ungenügenden strategischen Begabung des Feldherrn, der wohl zu wagen, aber nicht zu wägen verstand, nach dem ersten taktischen Erfolg vollends aus dem Gleichgewicht kam und die Offensive nach drei Richtungen auseinanderlaufen ließ. Bei der Anlage der Schlacht hatte er sich im Bewußtsein seiner Schwäche verleiten lassen, die Kräfte so zu verteilen, daß das große strategische Ziel hinter der Aussicht auf einen taktischen Erfolg zurücktrat. Als nun dieser taktische Erfolg erreicht wurde, wieder umgekehrt, das strategische Ziel auf das ungeheuerlichste erweitert: nicht nur die Engländer sollten durchbrochen, geschlagen und aufgerollt, sondern auch die Franzosen sollten gleichzeitig geschlagen werden. Dann wurde das Ziel wieder auf die Einnahme von Amiens herabgesetzt, aber jetzt auch dieses Ziel nicht erreicht, um so weniger als ein Teil der schweren und Feldartillerie noch während das Ringen hier in vollem Gange war, sich zum Zweck der Umgruppierung auf dem Wege nach Flandern befand.

Der Chef der Operationsabteilung in der O. H. L. Wetzell schrieb nach dem Kriege eine Denkschrift, aus der das K.sche Gutachten zitiert: „Daß man bei der zahlenmäßigen Stärke und den artilleristischen und materiellen Kampfmitteln unserer Gegner *diese durch Angriff nicht völlig niederwerfen oder auf die Knie zwingen würde, war von vornherein klar.* Wohl aber konnte man sich das Ziel stecken, durch *große Offensivunternehmungen* stets in der Vorhand zu bleiben, dem Gegner das Gesetz zu diktieren und ihn zu der Erkenntnis zu zwingen, daß wir nicht zu besiegen seien, und ihn damit zu einem billigen, für uns günstigen Frieden geneigt zu machen. Dies um so mehr, wenn es gelang, die englische und französische Armee vor Einsatz der amerikanischen Hauptkräfte so schwer zu treffen, daß letztere keine Wendung mehr herbeiführen konnte."

Diese Sätze des ersten Mitarbeiters Ludendorffs im Jahre 1918 enthalten genau dieselbe Kritik seines Verfahrens, die ich selbst, ohne diese Denkschrift zu kennen, schon in meinem Gutachten ausgesprochen habe (mit Ausnahme des letzten Satzes).

Das K.sche Gutachten legt den höchsten Wert darauf, festzustellen, daß Ludendorff den Gegner tatsächlich durch seinen Angriff völlig niederzuwerfen plante. Freilich an einer anderen Stelle sagt das Gutachten viel vorsichtiger (Kuhl, Zweiter Teil, S. 225): „General Ludendorff hat sich wohl im Innern von vornherein das Ziel höher gesteckt und mit der Möglichkeit, den Feind niederzuwerfen, gerechnet." Wenn sich insofern das K.sche Gutachten in einem inneren Widerspruch bewegt, so ist das nur der Ausdruck desselben Widerspruchs, in dem sich Ludendorffs strategische Handlung bewegt. Er wollte immer, und wollte doch zugleich nicht. Er wollte die große siegreiche Operation und wußte doch, daß seine Kräfte dazu nicht ausreichten. Er kannte unsere Schwäche und konnte sich doch nicht entschließen, seine Ziele danach zu bemessen und sein Handeln danach einzurichten.

Das Letzte und Höchste in der Strategie ist niemals zahlenmäßig zu berechnen und auf der Landkarte abzuzirkeln. Ein kühnes Wagen muß das, was in allen Berechnungen unsicher bleibt, ersetzen. Ein Fehlschlag bei solchem Wagen gereicht dem Feldherrn noch nicht zum Vorwurf. Zum Vorwurf aber gereicht ihm, wenn er in seinen eigenen Plänen nicht konsequent geblieben ist. Unter diesem Gesichtspunkt muß ich noch einmal zurückkommen auf die Frage, ob für die große Märzoffensive alle Kräfte, die tatsächlich verfügbar waren, herangezogen worden sind. Trotz aller Sorgsamkeit in der Einzeluntersuchung läßt das K.sche Gutachten doch noch manche Fragen offen, über die die zukünftige Forschung noch Material beibringen mag. Aber was auch die zukünftige Forschung feststelle über die Zahl der Divisionen und Batterien, die bei der Märzoffensive am ersten oder an den späteren Tagen eingesetzt worden sind oder die die anderen Fronten gehütet haben, immer wird ein für die Kritik unlösbarer Rest bleiben — sobald man nämlich die Frage so stellt: war die Lage derartig, daß der Feldherr an den ruhigen Fronten nur eine Grabenbesetzung und einen Schleier hätte stehen lassen sollen und alle Kräfte auf der Offensiv-Front zusammenziehen? Wir haben gesehen, von welcher entscheidenden Wichtigkeit es hätte werden können, wenn man soviel Kräfte gehabt hätte, die Offensive nach Norden, Arras gegenüber, um einen halben Tagesmarsch zu verlängern. Hätte man zu diesem Zweck (ganz abgesehen von der Kräfteverteilung zwischen Hutier und Below) von der 4. und 6., 1., 3. und 5. Armee noch mehr, auch an schwerer Artillerie fortgenommen, so hätte man diese Fronten einem Entlastungsangriff der Engländer oder Franzosen ausgesetzt, dem sie schwerlich standgehalten hätten. Aber hätten die Engländer oder Franzosen einen solchen Entlastungsangriff unternommen? Sie haben es tatsächlich nicht getan. Hätte man es darauf ankommen lassen dürfen? Die Schlacht bei Tannenberg ist dadurch gewonnen worden, daß die deutsche Heeresleitung es wagte, der

ganzen, großen Armee Rennenkampf gegenüber eine einzige, ausgepumpte Kavallerie-Division stehen zu lassen und die ganze deutsche Heeresmacht, Rennenkampf unmittelbar im Rücken, ausschließlich auf Samsonoff zu werfen. Den Mut zu diesem Entschluß und die Festigkeit in seiner Durchführung aufgebracht zu haben, wird dem General Ludendorff immer zum höchsten Ruhm gerechnet werden. Es entsprach der Clausewitz-Moltke-Schule des Generalstabes. Wäre ein ähnliches Wagnis auch im März 1918 möglich und ratsam gewesen? Niemand dürfte sich herausnehmen, diese Frage am Schreibtisch mit ja zu beantworten, um so weniger, als im Stellungskrieg die Tatsache eines bloßen Schleiers weniger leicht verborgen bleibt als im Bewegungskrieg. Man braucht sich nur die Lage auszumalen, daß der Angriff bei Cambrai—Arras trotz der Verstärkungen gescheitert und die Engländer mittlerweile bei Ypern durchgebrochen wären. Die deutsche Armee und der Krieg wären mit einem Schlage verloren gewesen. Wer will sagen: Der deutsche Feldherr hätte es daraufhin wagen sollen? Anders aber steht die Frage, wenn wir sie dahin formulieren, ob ein derartiges extremes Wagnis in der Konsequenz des Ludendorffschen Planes gelegen hätte. Überlegen wir. Ludendorff wollte es auf sich nehmen, mit seinem geringen Übergewicht an Mannschaft, seiner Unterlegenheit an Material und Ausrüstung die englische Armee nicht nur zu durchbrechen, sondern auch sie aufzurollen und sie bis zur Vernichtung zu schlagen; in der letzten Steigerung sogar, die Engländer und Franzosen zugleich zu schlagen. Ich habe genügend betont, daß ich dieses Ziel von vornherein als ein unerreichbares ansehe: wenn man aber einmal etwas so Ungeheueres wollte, so war es auch nur möglich durch ein ebenso ungeheueres Wagnis. Ich scheue mich also nicht, zu sagen: In der Konsequenz des Ludendorffschen Offensivplanes hätte es gelegen, an den Seitenfronten nur Schleier stehen zu lassen und mit den so gewonnenen Kräften den Angriff bei Arras (Mars-Angriff), der am 28. März nachträglich versucht wurde, gleichzeitig mit der anderen Offensive schon am 21. März zu unternehmen. Ich wiederhole noch einmal: Ich sage nicht, daß Ludendorff das hätte tun sollen; ich habe als meine Auffassung immer wieder betont, daß bei der damaligen Sachlage nicht Wagnis, sondern Verständigung hätte die Parole sein müssen. Ich sage nur, daß jenes Verfahren in der Konsequenz des Ludendorffschen Schlachtgedankens gelegen hätte. Aber dieser Schlachtgedanke war ohnehin schon so gigantisch, daß, wie wir gesehen haben, Ludendorff selbst sich nicht getraute, ihn wirklich auszuführen, sondern sich durch den zweiten Gedanken, zunächst einmal irgendwo durchzubrechen, um die Freiheit der Bewegung zu erlangen, ablenken ließ und durch diese Ablenkung selber die Möglichkeit des Gelingens aufhob.

VIII

Ludendorffs eigene Darstellung

Über die Differenz zwischen der Ludendorffschen und der Kuhlschen Darstellung des Schlachtgedankens, auf die ich schon hinwies, ist noch folgendes zu bemerken: Ludendorff selbst sagt in seinen beiden Schriften nicht ganz dasselbe und läßt den Zeitpunkt, wo der Armee Hutier die offensive exzentrische Richtung gegeben wurde, im Unklaren. In den „Kriegserinnerungen" (S. 474) heißt es: „Der Angriff ging sehr ins Weite. Durch Verlegung seines Schwerpunkts in die Gegend zwischen Arras und Péronne auf die Küste zu, war dem vorzubeugen. Drang dieser Stoß durch, so konnte der strategische Erfolg allerdings ein gewaltiger sein, indem wir die Hauptteile des englischen Heeres von dem französischen trennten und sie dann gegen die Küste drängten." Später heißt es: „Der 18. Armee fiel mit dem äußersten linken Flügel der 2. Armee zusammen die Deckung der Stoßtruppen nach Süden zu." Diese Angaben stimmen zwar im wesentlichen mit der K.schen Darstellung überein, die Aufgabe der Hutierschen Armee aber, die doch durchaus anderer Natur war als die beiden nördlichen Armeen, wird nicht recht deutlich; der Unterschied der Aufgaben erscheint als ein bloß relativer. In „Krieg und Politik" ist die Differenzierung ganz verschwunden. Da heißt es (S. 324), man habe sich das Ziel gestellt, mit örtlicher Überlegenheit gegen eine Minderheit zu kämpfen, „diese beim Einbruch zu schlagen und die herannahenden Reserven noch in ihrer Verzettelung mit eigener Stärke zu fassen. Es wurde zum Ziel, den Einbruch in den Feind derart zu erweitern, daß es gelang, an irgendeiner Stelle so tief in den Feind hineinzustoßen, daß seine Linie zerrissen und die hier entstehenden beiden Enden immer mehr beiseite gedrückt und umfaßt wurden. So konnte solch ein Angriff zum Durchbruch werden und zu einer Operation führen". Hier ist also die nachträgliche Erweiterung der Aufgabe der Armee Hutier von vornherein in die Schlachtidee hineingezogen. In meinem ersten Gutachten habe ich festgestellt, daß Ludendorff den Zusammenhang der Märzschlacht in seiner Darstellung dadurch verdunkelt hat, daß er die erste und zweite Periode der Schlacht nicht genügend auseinanderhält. Jetzt ist festzustellen, daß auch in der Darstellung der Anlage der Schlacht das Streben nach Selbstrechtfertigung eine gewisse Verschiebung der Tatsachen herbeigeführt hat. Solche Verschiebungen sind in Memoirenwerken sehr häufig und geben keinen Anlaß zu moralischen Urteilen. Ich muß es hier aber erwähnen, da infolge davon auch meine Kritik etwas modifiziert werden mußte. In meinem ersten Gutachten habe ich den Akzent auf den Widerspruch zwischen der strategischen und taktischen Anlage der Schlacht gelegt; jetzt sehe ich, daß der Fehler noch mehr in dem Wankelmut zu suchen

ist, mit dem die O. H. L. von der einen Schlachtidee zur anderen überging, wodurch die Führung den Boden unter den Füßen verlor.

General Ludendorff gibt in seinem Buche den ungenügenden strategischen Erfolg der Offensive zu. Als Fehler deutet er an einer Stelle (S. 481) an, daß bei der Armee Below die Infanterie und Artillerie nicht gut zusammengewirkt hätten, und den einzelnen Gruppen zu viel taktische Freiheit gegeben sei. Es hätte mehr einheitliche Führung sein müssen. Die Armee Marwitz wird gerühmt, einheitlich und kraftvoll geführt worden zu sein. An einer anderen Stelle (S. 482) wird von den Truppen gesagt, daß sie sich zwar den Engländern und Franzosen überlegen gezeigt hätten, daß ihr Gefechtswert aber gegen früher doch verringert gewesen sei, und daß sie vor allem nicht mehr überall fest in den Händen ihrer Offiziere gewesen seien. „Vorgefundene Lebensmittelvorräte hatten sie aufgehalten. Kostbare Zeit war hierüber verlorengegangen."

Die hier erhobenen Anklagen werden berechtigt sein, aber sie heben nicht auf, schränken nicht einmal ein, daß die entscheidenden Fehler nicht hier, sondern in der Strategie lagen.

IX

Die nachfolgenden Offensiven

Nachdem die Märzoffensive zwar einen erheblichen taktischen und moralischen, aber keinen strategischen Erfolg gehabt hatte, folgte ihr ein ähnlicher Vorstoß mit ähnlichem Erfolg in Flandern, dann wieder ein Stoß in der Champagne am Chemin des Dames, endlich der vierte Stoß auf Reims, der mißglückte. Es ist die Frage, wie diese Aufeinanderfolge verschiedener Offensiven aufzufassen ist. Ich habe in meinem ersten Gutachten gesagt, daß Ludendorff zwar den Gedanken hatte, eine große strategische Entscheidung zu erfechten, diesen Gedanken aber nicht konsequent durchführte, sondern in dem Bewußtsein, dafür zu schwach zu sein, erstens der taktischen Rücksicht zu viel Raum gab und zweitens sich von vornherein vornahm, den Durchbruch bald hier, bald da zu versuchen. K. bestreitet meine Auffassung; er schreibt: „General Ludendorff hat nicht, wie D. meint, von vornherein ins Auge gefaßt, bald diese, bald jene Stelle der feindlichen Front anzugreifen." K. scheint übersehen zu haben, daß General Ludendorff selber in seinem zweiten Buche „Kriegführung und Politik" (S. 216) geschrieben hat:

„Die O. H. L. hatte im Westen von v o r n h e r e i n mit mehreren in unregelmäßig langen Zeitabständen aufeinanderfolgenden großen Angriffen gerechnet, bevor sie zu einer Operation kommen würde." Gegen diese Aussage Ludendorffs selber ist wohl nicht aufzukommen. K. konnte meine Darlegung auch wohl nur deshalb

bestreiten, weil er aus ihr herauslas, daß überhaupt nur Teilschläge und keine entscheidende Operation ins Auge gefaßt worden sei. Das habe ich weder gesagt, noch gemeint. Ich habe so ausdrücklich und bestimmt wie möglich auf den großen operativen Gedanken der Aufrollung der englischen Front hingewiesen, aber dazu ausgeführt, daß dieser Gedanke nicht klar durchgeführt und konsequent festgehalten, sondern durch taktische und sonstige Rücksichten durchkreuzt und abgelenkt worden ist. Daß, wenn die Märzoffensive zu einem großen strategischen Erfolg führte, damit die weiter vorgesehenen Angriffe als solche fortfielen und der Feldzug ein neues Gesicht bekam, ist selbstverständlich.

In dem K.schen Gutachten ist nun meine Auffassung nicht nur nicht widerlegt, sondern dieses Gutachten bringt sogar die aktenmäßige Erklärung, wie der Gedanke der wiederholten, aufeinanderfolgenden Offensiven entstanden ist. In der hier veröffentlichten Denkschrift des Chefs der Operationsabteilung, des Oberstleutnants Wetzell, ist, wie schon angeführt, gesagt, daß, wie die Erfahrung immer wieder gezeigt habe, eine Offensive an der Westfront sich selbst bei den günstigsten Anfangserfolgen früher oder später festlaufe. Mit einem, wenn auch noch so peinlich vorbereiteten großen Angriff an einer Stelle, sagt Wetzell weiter, würden wir das Ziel nicht erreichen. Er schlägt deshalb eine geschickte Kombination von aufeinanderfolgenden, in bestimmter gegenseitiger Wechselwirkung zueinander stehenden Angriffen an verschiedenen Frontabschnitten vor.

Ludendorff hat diesen Gedanken aufgenommen und ihn erweitert zu der Idee, auf diese Weise zu seinem absoluten Sieg über die Gegner zu gelangen. Der Wetzellsche Gedanke war nicht utopisch, wenn man ihn, was allerdings nicht ausgesprochen, aber implizite darin enthalten ist, mit einem genügenden Entgegenkommen in den Friedensbedingungen und einem Friedensangebot verband. Ludendorffs Verfahren habe ich in meinem ersten Gutachten als im Prinzip verfehlt, ja geradezu als widersinnig hingestellt. Es ist zu fragen, ob neue Momente ans Licht getreten sind, die es rechtfertigen.

Ich habe auf den Satz von Clausewitz hingewiesen, daß man einen Erfolg immer am besten ausnutze an der Stelle, wo man ihn errungen hat; das „immer“ ist natürlich im Sinne von „grundsätzlich“, nicht als „ausnahmslos“ gemeint. Alle Gesetze der Kriegskunst sind relativ. General v. Kuhl hält mir entgegen, daß bei aller Schätzung von Clausewitz' Autorität man seine Lehren doch nicht wie Dogmen behandeln dürfe. Das braucht mir wohl am allerwenigsten gesagt zu werden, da ich es gewesen bin, der zuerst auf die große Lücke in der Clausewitzschen Lehre, die zwar angedeutete, aber nicht genügend herausgearbeitete Unterscheidung der napoleonischen und friederizianischen Strategie hingewiesen hat. Des weiteren sagt

General v. Kuhl, daß er die von mir angezogene Stelle nicht habe finden können. Sie steht in der Geschichte des Feldzuges von 1814, wo Clausewitz die Frage erörtert, ob Napoleon richtig gehandelt habe, nach seinem Siege über Blücher an der Marne von diesem abzulassen und sich gegen Schwarzenberg zu wenden. Von anderen, namentlich von Jomini, ist das als etwas besonders Geniales gepriesen worden. Clausewitz schreibt: „Diese Frage kommt im Kriege oft vor. An und für sich ist es das kürzeste und wirksamste, den Vorteil auf dem Punkt zu verfolgen, wo man ihn errungen hat, weil dann keine Zeit mit Marschieren verloren geht und das Eisen geschmiedet wird, solange es heiß ist, aber es muß immer die andere Frage berücksichtigt werden, ob auf anderen Punkten nicht mehr verloren geht, als man hier gewinnen kann; die Entscheidung dieser Frage hängt von dem Verhältnis ab, welches der besiegte Teil zum Ganzen hat, seinem physischen und moralischen Gewicht nach." Auch Caemmerer in seinem „strategischen Überblick über die Befreiungskriege" (S. 107) zieht diese Stelle an. Die Differenz kommt schließlich auf einen bloßen Wortstreit heraus, was unter einem strategischen Gesetz zu verstehen ist, und letzlich kommt es nicht auf Clausewitz, sondern auf die sachliche Überzeugung an.

Wenn man eine Front durchbrechen will, und kommt an der einen Stelle nicht durch, so ist es natürlich nicht verboten, es an einer anderen Stelle zu versuchen. Aber der Versuch ist doch nur dann gerechtfertigt, wenn Gründe vorliegen, die einen besseren Erfolg in Aussicht stellen. Nun haben wir uns klargemacht, wie gering von vornherein bei der schwachen Ausrüstung der deutschen Heere die Aussicht auf einen Durchbruch war. Bei den folgenden Versuchen mußte sie immer geringer werden. Auch Ludendorff und Kuhl geben das zu. Die Engländer brachten hunderttausende von Ersatzmannschaften über den Kanal. Der Hauptfehler der alliierten Front, der Mangel des einheitlichen Oberbefehls, war durch die von der Not erzwungene Ernennung Fochs behoben.

Die Wetzellsche Denkschrift geht nun auch nicht von der simplen Vorstellung aus, daß man es mit dem Angriff an verschiedenen Stellen versuchen solle, sondern daß die verschiedenen Angriffe nacheinander kombiniert sein müßten, das heißt, daß man durch eine wohl vorbereitete schnelle Umgruppierung mit Hilfe der Eisenbahnen die Überlegenheit von einem Punkt zum andern versetzte. Die verschiedenen Angriffe sollen nicht bloße Ablenkungsangriffe sein, sondern jeder einzelne soll, so ist es wohl aufzufassen, angesetzt werden mit der Hoffnung, zur Operation zu gelangen; gelingt das nicht, so bleibt doch immer der Wert eines Ablenkungsangriffs. So glaube ich die Kuhlsche wie die Wetzellsche Darlegung zusammenfassen zu dürfen.

Sehen wir, wie diese taktisch-strategische Idee sich in der

Praxis bewährt hat; das Kuhlsche Gutachten gibt uns dafür das Material. Es führt aus, daß der Gedanke einer schnellen Umgruppierung zu einem neuen Angriff zwar sehr bestechend, aber recht schwierig in die Tat umzusetzen gewesen sei. Die Bahnen konnten es nicht leisten; die Mehrzahl der Truppen mußte auf den Landmarsch angewiesen werden. Diese Zeit kam auch dem Feinde zugute, und unsere schon so geringen Mittel wurden durch die Marschanstrengungen verbraucht. Ich möchte sagen, die ganze ausführliche Darlegung Kuhls liest sich wie ein Kommentar und eine Bestätigung jenes von mir angeführten Satzes von Clausewitz, daß man einen Erfolg am besten an der Stelle ausnutzt, wo man ihn erlangt hat. Die künstliche „Kombination" der verschiedenen Angriffe mit dem Ziel, die Gegner völlig niederzuwerfen, erweist sich als ein Phantom. Es kommt auf nichts anderes heraus, als daß wir bald an dieser, bald an jener Stelle angriffen, naturgemäß immer mit einem Anfangserfolg, um schließlich doch steckenzubleiben. Was hatte dann die Wiederholung für einen Zweck? Wenn man bei der ersten, mit frischer gesammelter Kraft angelegten Offensive nicht durchdrang, so ist es klar, daß man es mit den nachfolgenden Offensiven erst recht nicht konnte. Diese aufeinanderfolgenden Offensiven sind überhaupt kein strategischer Gedanke. In den Hindenburgschen Memoiren ist das auch offen genug zum Ausdruck gebracht mit der Wendung, man habe durch eng zusammenhängende Teilschläge das feindliche Gebäude derart erschüttern wollen, „daß es gelegentlich doch einmal" zusammenbreche. Das Wort „gelegentlich" trifft den Nagel auf den Kopf. So sorgsam vorbereitet und wohl überlegt auch jeder Angriff im einzelnen war, so fehlt doch die Hauptsache: der durchführbare strategische Gedanke. Statt dessen klammert man sich an die unbestimmte Hoffnung, daß wiederholten Schlägen „gelegentlich" einmal der ersehnte Erfolg beschieden sein könne. Unsere taktischen Erfolge waren so groß, daß die Völker und die Politiker der Entente zeitweilig in die größte Angst gerieten; der Marschall Foch aber sprach spöttisch von der Ludendorffschen Büffelstrategie. Das Kuhlsche Gutachten will meine Kritik, die nachfolgenden Offensiven seien von vornherein hoffnungslos gewesen, zurückweisen; ich finde, daß sie durch die eigene Darstellung des Generals v. Kuhl nur zu sehr bestätigt wird. Weshalb ist denn die Offensive in Flandern gescheitert? Im Sinne von schweren Teilschlägen, denen dann ein Friedensangebot folgte, wie es vermutlich Wetzell gemeint hat, wären die verschiedenen Offensiven eine rationelle Strategie gewesen; im Sinne einer großen, entscheidenden Operation, wie Ludendorff es wollte, waren sie absurd.

Erst an verschiedenen Stellen Ablenkungsangriffe zu machen, um dann zu dem Hauptstoß zu schreiten, der zur Operation führen soll,

das ist ein strategischer Gedanke, gegen den sich nichts einwenden läßt. So aber sah Ludendorffs Strategie 1918 nicht aus. Es ist ein großer Unterschied zwischen einem Ablenkungsangriff und einem Entscheidung suchenden Angriff, denn jener wird mit mehr oder weniger relativen Kräften unternommen und dieser mit der Hauptmacht. Es ist durchaus irreführend, einen Angriff, der eigentlich die Entscheidung herbeiführen sollte, nachdem er mißlungen ist, für einen bloßen Ablenkungsangriff zu erklären. Dazu hat er entweder viel zu viel Kräfte verbraucht oder er erzeugt eine unglückliche strategische Situation. Der März- und der April-Angriff (in der Picardie und in Flandern) waren keine bloßen Ablenkungsangriffe, und der Mai-Angriff (Chemin des Dames) führte zu unserem Unheil weit über eine „Ablenkung" hinaus.

In dem soeben erschienenen Buch des Generals Max Hoffmann „Der Krieg der versäumten Gelegenheiten" wird ganz dasselbe gesagt. Hoffmann, der bekanntlich bei Tannenberg und in den nächsten Jahren die rechte Hand Ludendorffs war, schreibt hier (S. 226): „In dem Moment, in dem die O. H. L. sah, daß sie Amiens nicht bekam, daß der Durchbruch nicht gelungen war, mußte sie einsehen, daß ein entscheidender Sieg auf der Westfront nicht mehr zu erwarten war. War dieser erste mit den besten Kampfmitteln unternommene Versuch nicht geglückt, so mußte sie sich sagen, daß weitere Angriffe, die stets nur mit immer geringer werdenden Kräften unternommen werden konnten, gleichfalls keine Aussicht auf Erfolg hatten. An demselben Tage, an dem die O. H. L. die Einstellung der Offensive auf Amiens befahl, hatte sie die Pflicht, die Reichsleitung darauf aufmerksam zu machen, daß es Zeit sei, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, und daß keine Aussicht vorhanden sei, den Krieg auf der Westfront mit einem entscheidenden Siege zu beendigen."

Der Gedanke mehrerer, aufeinanderfolgender Offensiven war aber nicht nur so, wie ihn Ludendorff wollte, an sich verfehlt, sondern hat auch jene verhängnisvolle Rückwirkung ausgeübt, die wir schon kennengelernt haben, daß bei der ersten großen Offensive (21. März), die die größten Chancen gehabt haben würde, nicht alles bis zum Äußersten eingesetzt worden ist, sondern als der Kampf hier noch auf der Höhe war, schon Kräfte abtransportiert wurden für den zweiten Angriff in Flandern. Eine Strategie, die in währender Schlacht, ehe der Sieg erfochten ist, Kräfte vom Schlachtfelde wegnimmt, ist ein Fehler, der in der Weltkriegsgeschichte, so weit ich sehe, noch nicht vorgekommen ist.

Sehr interessant ist es, aus dem Pierrefeuschen Werk zu ersehen, weshalb unser dritter großer Vorstoß am Damenweg so glänzend gelang. Als unsere Offensive in Flandern (im April) so gute Fortschritte machte, zog General Foch die sämtlichen französischen

Reserven in diese Gegend; er stellte den Grundsatz auf, daß, welchen Verlust man auch immer hier und da erleide, der einzige irreparable, die Trennung der englischen Armee von der französischen sein würde; deshalb gehörten die Reserven auf den Nordflügel der Front. Pierrefeu fügt hinzu, im Grunde sei das ein Aberglaube gewesen. Denn indem man die abgekämpften englischen Divisionen an eine ruhige Strecke der französischen Front versetzte und dafür die ausgeruhten französischen Divisionen in die englische Front brachte, seien beide Heere bereits ganz ineinander verflochten gewesen. Nichtsdestoweniger hätte Foch recht gehabt, denn wenn Ludendorff ein rechter Stratege gewesen wäre, so hätte er alles daran setzen müssen, in Flandern durchzudringen.

Der Erfolg war nun, daß, als wir in Flandern abbliesen und dafür den Angriff in der Champagne, am Damenweg machten (27. Mai), diese Stellung nur ganz schwach mit abgekämpften Divisionen besetzt war und keine Reserven hinter sich hatte. Unser Erfolg ging noch weit über die eigene Erwartung hinaus. Was eigentlich nur ein Ablenkungsangriff sein sollte, um die feindlichen Reserven von Flandern wegzuziehen und dann an dieser Stelle von neuem anzusetzen, wuchs sich aus zu einer großen selbständigen Aktion. Abermals unterlagen wir ganz wie bei der Märzoffensive der Versuchung, den gewonnenen Vorteil so weit zu verfolgen, daß die Führung mit ihrem eigenen strategischen Grundgedanken in Widerspruch geriet. Für die Führung auf dem Schlachtfelde, in diesem Falle also die Heeresgruppe Kronprinz, ist dieses Vorgehen, darüber bin ich mit dem Kuhlschen Gutachten einig, so gut wie unvermeidbar. Der Fehler liegt in der Unklarheit des strategischen Grundgedankens bei der O. H. L.

Pierrefeus resp. Fochs Kritik, daß Ludendorff den Angriff in Flandern hätte fortsetzen müssen, ist natürlich verfehlt. Es hatte sich erwiesen, daß der Gegner zu stark war. Die Auskunft, zu der Ludendorff griff, erst den Ablenkungsangriff am Damenweg zu machen, um dann zu einer Offensive in Flandern zurückzukehren, konnte ebensowenig zum Ziel führen. Die fehlenden Kräfte konnten durch keine Kunst der Strategie ersetzt werden, und mit den taktischen Erfolgen, so groß sie waren, täuschten wir uns nur selber.

Das letzte Motiv für die Strategie der wiederholten Versuche ist in nichts anderem zu suchen als in der Tatsache, daß der General Ludendorff sich dessen bewußt war, für eine entscheidungsuchende Strategie zu schwach zu sein, und doch nicht die Selbstüberwindung hatte, sich die Schwäche einzugestehen und seine Heerführung ihr anzupassen. Deshalb stellte er bei der Märzoffensive die Taktik über die Strategie. Deshalb richtete er den stärksten Angriff auf eine Stelle, wo er wohl einen Sieg erfechten, aber nicht zu einer strategischen Operation gelangen konnte. Deshalb stieß er endlich

bald hier, bald da zu, auch als die Hoffnung auf Erfolg auf den Nullpunkt gesunken war.

Das K.sche Gutachten gebraucht einmal die Wendung, die O. H. L. habe durch den Angriff die Entscheidung im Weltkrieg herbeiführen und nicht etwa durch eine Reihe von Teilschlägen den Gegner allmählich mürbe machen wollen. Diese Gegenüberstellung trifft nicht das Wesen des Problems. Der Gegensatz ist nicht „Entscheidung" und „mürbe machen", sondern „zerschmettern" und „friedenswillig" machen. Es handelt sich um verschiedene Grade in der Gewalt und Zielsetzung des Angriffs, die zu unterscheiden sind. Oberst Wetzell sagt in seiner schon zitierten Denkschrift vom Jahre 1919, es sei von vornherein klar gewesen, daß man nicht stark genug war, den Gegner völlig auf die Knie zu zwingen, aber daß wir ihn durch große Offensivunternehmungen zu der Erkenntnis hätten bringen können, daß wir nicht zu besiegen seien und daß er uns einen billigen Frieden gewähren müsse. Ganz ähnlich sagt Wetzell schon in seiner Denkschrift vom 12. Dezember 1917, man dürfe sich keine Ziele stecken, die bei unseren Gegnern im Westen nicht zu erreichen seien. Nichtsdestoweniger will er „einen wirklich großen und entscheidenden Erfolg erringen"; er will „die gesamte englische Front ins Wanken bringen". Das ist etwas verschwommen ausgedrückt, aber jedenfalls viel weniger als Ludendorff sich vornahm, der die englische Front aufrollen oder gar Engländer und Franzosen zugleich schlagen wollte. Eine „Entscheidung", wie sie Wetzell anstrebte, war bei viel Glück denkbar; eine Entscheidung, wie sie Ludendorff ins Auge faßte, war ein Phantom. Man kann also unter dem Wort „Entscheidung" sehr verschiedenes verstehen. Ebenso ist auf der anderen Seite das Wort „mürbe machen" anfechtbar. Das konnte bei der Lage von 1918 der deutschen Armee niemand empfehlen, hat ihr auch niemand empfohlen, insofern bei diesem Ausdruck zum wenigsten als Unterton die Vorstellung eines längeren Zeitraums mitschwingt. Ein solcher Zeitraum aber war bei der bevorstehenden Ankunft der Amerikaner nicht mehr gegeben.

Möglichst schwere Schläge mit dem Ziel eines möglichst schnell abzuschließenden Verständigungsfriedens war eine strategische Idee. Aufeinanderfolgende Angriffe an verschiedenen Stellen mit der Parole: „Sieg oder Niederlage, ein Mittelding gibt es nicht" bedeutete die deutsche Niederlage, denn einen solchen Sieg konnte es bei dem bestehenden Kräfteverhältnis, selbst wenn wir noch so sehr vom Glück begünstigt wurden, nicht geben.

Diese aufeinanderfolgenden Offensiven entbehrten nicht allein eines klaren strategischen Grundgedankens, sie waren nicht nur von vornherein zweck- und hoffnungslos, sondern sie übten auch auf unsere strategische Situation eine überaus gefährliche Rückwirkung aus. Jede der verschiedenen Offensiven schlug zunächst eine Bresche

in die feindliche Front und warf diese ein Stück zurück. Das gab unserer eigenen Front stets eine neue Ausbuchtung nach vorn. Alle diese Ausbuchtungen waren von vornherein auf beiden Seiten flankiert und als Stellungen, unausgebaut wie sie waren, von sehr geringer Widerstandskraft, verlustbringend und zermürbend für die Truppen. Im feindlichen Feuer ließen sich neue Stellungen schwer ausbauen. Das Leben in dieser Front war für die Truppen unerträglich.

Pierrefeu hat darauf aufmerksam gemacht, daß diesem Nachteil der Deutschen ein ebenso großer Nachteil der Ententearmeen gegenübergestanden habe. Ihre Front wurde durch die Einbeulungen, die sie vom März bis Mai erfuhr, um nicht weniger als 200 km verlängert; sie gebrauchte, um gesichert zu bleiben, mehr Besetzung und das verzehrte in Verbindung mit den Verlusten an Toten, Verwundeten und Gefangenen die Reserven. Die vielfach, auch von mir angezweifelte Behauptung der O. H. L., daß die deutschen Angriffe die feindlichen Reserven aufgezehrt hätten, findet hier also doch eine gewisse indirekte Bestätigung. Zwar nicht in dem Sinne, daß die Truppenteile vernichtet worden seien, aber in dem Sinne, daß die Verlängerung der Front so viel Truppen verbrauchte, daß nur noch schwache Reserven übrigblieben. Der taktische Vorteil, den der Feind durch die Ausbuchtungen unserer Front mit ihren schwachen Flanken gewann, war also an sich noch nicht entscheidend. Aber man erinnere sich, daß die strategische Aufgabe gewesen war, nicht nur zu siegen, sondern auch zu siegen, ehe die Masse der Amerikaner eingerückt war. In ihrer Bedrängnis hatten die Feinde einen erneuten, dringenden Hilferuf über den Ozean gesandt und die Amerikaner kamen schneller als die deutsche O. H. L. erwartet hatte. Dadurch wurde der Nachteil der neuen Front für die Alliierten aufgehoben, nur der deutsche Nachteil blieb bestehen und unser Verderben war besiegelt.

X

Verständigungsfrieden und O. H. L.

Ich habe oben bereits ausgeführt, daß ich die Darlegung meines ersten Gutachtens über die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens nicht als widerlegt ansehen könne. Gab es keinen Verständigungsfrieden, so mußten wir suchen, die Gegner niederzuwerfen, um ihnen einen Gewaltfrieden aufzuerlegen. Ich glaube aber weiter nachgewiesen zu haben, daß General Ludendorff in seiner Strategie den Gedanken einer Niederwerfung des Gegners keineswegs folgerichtig durchführt, sondern haltlos zwischen einer Strategie der entscheidenden Operation, die zu einem Gewalt-Frieden führen konnte, und schweren Einzelschlägen, die den Feind für eine Verständigung

willig machen konnten, hin- und hergeschwankt hat. Ich wende mich nunmehr einer prinzipiellen Untersuchung der Stellung der O. H. L. zur Friedensfrage zu.

Die O. H. L. war, wie wir gehört haben, im Auswärtigen Amt vertreten durch den Obersten v. Haeften, der ein ausgesprochener Anhänger des Verständigungsfriedens war und nach seiner Zeugenaussage am 11. September 1917 den General Ludendorff dahin brachte, daß er sich mit einer öffentlichen Erklärung der Reichsleitung über die Freigabe Belgiens einverstanden erklärte. Als nun die Konsequenz, die ich aus dieser Aussage zog, durch mein Gutachten bekannt wurde, hat Herr v. Haeften in einem Artikel im „Tag" (22. November 1922) seine Aussage dahin ergänzt, daß kein völliger Verzicht auf Belgien gemeint gewesen sei. „Als ich", schreibt er, „bei meinem Vortrag am 10. August (muß heißen 11. September) 1917 um sein (Ludendorffs) Einverständnis zu einer öffentlichen Erklärung über Belgien bat, gab er nach anfänglichem Sträuben zwar seine Zustimmung für den Fall, daß dies im Interesse der Politik und der Herbeiführung des Friedens nötig sei, jedoch mit der Einschränkung, daß die Formulierung der Erklärung so geschickt gehalten sein müsse, daß uns die Forderung strategischer Grenzregulierungen bei den Friedensverhandlungen möglich blieb." Wie hätte diese Formulierung wohl aussehen sollen? Sollte das Hintertürchen so geschickt angebracht sein, daß die Gegner es nicht bemerkten? Traut man den westmächtlichen Diplomaten wirklich so blöde Augen zu? Es bedarf keines Beweises, daß der allerleiseste, versteckteste Vorbehalt die Erklärung völlig entwertet hätte. Die Gegner hätten in einer verklausulierten Erklärung nichts als eine Falle gesehen. Dieser Vorbehalt ist entweder so wichtig, daß er das Wesentliche der ganzen Erklärung aufhebt, oder er hat nichts zu bedeuten, da es eine ehrliche Formulierung dieser Art nicht geben konnte. Letzteres ist offenbar die Auffassung des Generals v. Haeften gewesen, da er andernfalls den Vorbehalt schon bei seiner Zeugenaussage hätte erwähnen müssen. Da nun die O. H. L. unmittelbar darauf in einem Schreiben vom 13. September wirtschaftliche Angliederung und mehrjährige Okkupation Belgiens sowie eine dauernde Abtretung Lüttichs forderte und am 27. September dagegen protestierte, daß auf Belgien verzichtet werde, so legt Herr v. Haeften das aus als eine Rücksicht auf die Stimmung der Front: Die O. H. L. sei zwar mit der Erklärung der Freigabe Belgiens im Herzen einverstanden gewesen, habe aber nicht damit belastet zu werden gewünscht; öffentlich darüber befragt, würde sie nach Haeftens Meinung haben erklären können, der Verzicht sei gegen ihr Votum beschlossen worden.

Diese Ergänzung unserer bisherigen Information vorausgeschickt, suchen wir einen Überblick zu gewinnen, wie sich der General Luden-

dorff zum Verständigungsfrieden gestellt hat. Unter einem Verständigungsfrieden verstehe ich einen solchen, bei dem es weder Sieger noch Besiegte gegeben hätte, einen Frieden, wo, wie der General von Haeften es in seiner Zeugenaussage ausdrückt, beide Parteien gleichberechtigt am Verhandlungstisch saßen, wo beide die Lebensbedingungen des anderen respektierten. Ein solcher Friede wäre in erster Linie ein Friede auf dem Status quo ante geworden, ein Ergebnis, das für uns nach dem Zusammenbruch des russischen Kolosses von unermeßlichem Wert gewesen wäre; die kleinen und mittleren Mächte, die sich im Osten bildeten, wie sie auch immer aussahen, hätten für uns nie wieder eine Gefahr bilden können, am wenigsten das Habsburger Reich, wenn seinen auseinanderstrebenden Teilen auch noch Polen zugefügt worden wäre. Auch ein Friede auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte wäre immer noch ein Verständigungsfriede geworden, besonders wenn wir in einem für uns militärisch günstigen Augenblick auf ihn als Verhandlungsbasis eingingen. Denn er ließ im einzelnen sehr viel Spielraum, den wir in diesem Falle hätten ausnutzen können. Die unerläßliche Vorbedingung jedes Verständigungsfriedens aber war, daß wir eine feste und loyale Erklärung über die Freigabe Belgiens abgaben. Ramsay Macdonald, heute englischer Premierminister, bekundete im Jahre 1916: „Wenn von Deutschland erklärt werden würde, so daß niemand die Echtheit dieser Erklärung bezweifeln könnte: wir wollen nicht Belgien; wir wollen nicht die belgische Souveränität beeinträchtigen; im Augenblick, wo der Friede erklärt ist, werden wir Belgien räumen. Unser Durchmarsch — um des Kanzlers eigene Worte zu gebrauchen, war nur ein Akt militärischer Notwendigkeit — ein Argument, das unser Land heute besser versteht, als vor zwanzig Monaten“ . . . M. ließ den Satz unvollendet, aber der Sinn ist klar. Ein englischer Staatsmann nach dem andern, von Asquith und Grey bis zu Lloyd George, sprach sich in diesem Sinne aus.

Auch die französischen Sozialisten erklärten, einen Frieden, wie Deutschland ihn fordere, lehnten sie ab; aber selbst über Elsaß-Lothringen ließen sie mit sich reden. Ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage: die Erklärung über Belgien und die Politik des Verständigungsfriedens waren sachlich so gut wie identisch. Die Erklärung war zwar noch keineswegs der Friede, aber doch die Tür zum Frieden, die geöffnet werden mußte. So stark die Parteien in England und namentlich in Frankreich waren, die uns vernichten wollten, mit der Erklärung über Belgien hätte man sie aus der Macht gedrängt, zum mindesten in London, und das war das Entscheidende.

Die Gegner forderten außerdem eine Gutmachung der Kriegsschäden, da Deutschland Belgien ohne Grund angegriffen habe. Von deutscher Seite ließ sich wohl auch etwas dagegen sagen. Aber wie auch immer, ich kann mir nicht denken, ich glaube sogar sagen

zu dürfen, es ist ausgeschlossen, daß um einer Anzahl Milliarden Mark wegen der Weltkrieg fortgesetzt worden wäre, sobald man über die territorialen und politischen Fragen sich nahe genug gekommen war. In dem jüngst erschienenen Buch über den Feldmarschall Haig von Dewar und Boraston ist freilich gesagt, daß die große Masse des englischen Volkes einen Verständigungsfrieden nicht gewünscht habe, aber in demselben Buch findet sich auch ein entgegengesetztes Stimmungsbild. Als die englische Armee am 22. November 1917 bei Cambrai einen großen Erfolg errungen hatte, war der Sieg im ganzen Lande durch Glockenläuten gefeiert worden. Als nun die deutsche Gegenoffensive am 30. November die Scharte wieder auswetzte und den Engländern das genommene Gelände wieder entriß, machte die Siegesstimmung einer dumpfen Resignation Platz. Haig selber drohte mit Abschied, als die Franzosen Übernahme immer weiterer Frontabschnitte von den Engländern verlangten.

Maßgebend, auf welcher Basis die beiden entscheidenden Mächte, England und Amerika willig waren, über einen Frieden zu verhandeln, sind die beiden ziemlich gleichzeitigen Kundgebungen von Wilson und Lloyd George im Januar 1918. Wer sie unbefangen liest, kann nicht sagen, daß sie von Deutschland unmögliche Opfer verlangt hätten. Ich füge dem, was oben (S. 283) schon gesagt ist, noch hinzu, daß Lloyd George auch von der Aufrechterhaltung Österreichs ausging, die Abtretungen an Italien auf italienisch sprechendes Gebiet beschränken wollte und die Forderung der Reparationen nur noch schwach erklingen ließ. Die Bedingungen, die einige Wochen später Oberst v. Haeften aus dem Haag mitbrachte, kamen insofern noch ein Stück weiter entgegen, als Elsaß-Lothringen nicht im Unbestimmten gelassen, sondern nur die Autonomie gefordert wurde. (Vgl. über diese Haeftenschen Bedingungen noch unten S. 332.)

Als unsere Offensive nun ihre Erfolge hatte, wichen die Engländer noch weiter zurück. General Smuts hielt eine Rede (17. Mai 1918), in der er sagte: „Wenn wir von Sieg sprechen, meinen wir nicht, daß wir nach dem Rhein oder Berlin marschieren wollen, und wir meinen nicht, daß wir vorwärts müssen, bis wir Deutschland zerschmettert haben. . . . Wir werden den Krieg fortsetzen, bis die Ziele, nach denen wir streben, erreicht sind. Ich glaube nicht, daß in diesem Krieg für eine Gruppe von Nationen ein Vollsieg möglich ist, weil das ein endloses Fechten bedeuten würde. . . . Das Resultat könnte sein, daß die Zivilisation, zu deren Rettung wir ausgezogen sind, selbst in Gefahr geriete. Aber, wenn man nicht auf Zerschmetterung des Feindes ausgeht, dann ist es ohne Zweifel manchmal nötig, herauszufinden, . . . was der gegenerische Teil denkt. In diesem Krieg wird es zu keinem Frieden kommen bloß durch Anstrengungen der Heere, denen nicht von anderer Seite her zu Hilfe gekommen wird. Wir werden von unserer ganzen Diplo-

matie Gebrauch zu machen haben und von allen Kräften zu unserer Verfügung, um zu einem siegreichen Kriegsende zu kommen. Ich kann mir denken, daß wir bis zu einem Stadium gekämpft haben, in dem der Feind bereit ist, unsere Hauptbedingungen uns zuzugestehen. Aber wenn keine zwanglose Konferenz stattfindet, wie sollen wir es in Erfahrung bringen?" Ähnliche Reden folgten. Die englische Arbeiterpresse meinte, Smuts habe im Einverständnis mit Lloyd George gesprochen, der seine Knock-out-Politik aufgegeben habe [1]).

Es ist schwer zu bezweifeln, daß, wenn wir in diesem Augenblick die Erklärung über Belgien abgegeben und die Einladung zu der zwanglosen Konferenz angenommen hätten, ein für uns sehr annehmbarer Friede zustande gekommen wäre.

Ich gebe jetzt eine chronologisch geordnete Übersicht über die bekannt gewordenen Äußerungen des Generals Ludendorff bezüglich eines Verständigungsfriedens und Belgiens.

Im Juli 1917, als die Erzberger-Resolution bekannt wurde, waren v. Hindenburg und Ludendorff in Berlin und erhoben gegen diese Resolution keinen entschiedenen Widerspruch; sie sahen sie zwar als unzweckmäßig und unerwünscht an, bemängelten aber doch nur den zu gemäßigten Ton. So berichtet nicht nur Erzberger, sondern auch der spätere Vizekanzler v. Payer. Die Resolution verwarf erzwungene Gebietserwerbungen ebenso wie politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen.

Am 9. August auf einer Besprechung des Reichskanzlers Michaelis mit der O. H. L. in Kreuznach forderte diese von Belgien „Beherrschung des Eisenbahnnetzes, deutsche Militärgarnisonen, Verbot eigener Armee, Herrschaft über die Küste".

In einem Brief des Kronprinzen an den Kaiser vom 18. August 1917 ist mitgeteilt, Ludendorff habe ihm gesagt: „Deutschland muß siegen oder untergehen".

In dem Kronrat von Bellevue am 11. September verlangte Ludendorff von Frankreich das lothringische Erzbecken, von Belgien die Abtretung von Lüttich und des Gebiets auf beiden Seiten der Maas bis St. Vith, wirtschaftlichen Anschluß und längere Okkupation des ganzen Landes. Im Osten ein großes Stück von Polen und Kurland. Nachdem der Kaiser für vollständigen Verzicht auf Belgien entschieden hatte, erklärte sich Ludendorff auf das Drängen des Obersten v. Haeften auch mit einer öffentlichen Erklärung über die Preisgabe von Belgien einverstanden; sie sollte aber so gefaßt sein, daß Grenzberichtigungen nicht ausgeschlossen seien. (Vgl. oben S. 316.)

Der Reichskanzler Michaelis suchte der O. H. L. damit entgegenzukommen, daß er in Aussicht stellte (Brief vom 12. Sept.),

---

[1]) Anmerkung: „Der große Krieg", Chronik der „Frankfurter Zeitung", 98. Heft, S. 9268.

den wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland und eine vorübergehende Okkupation Lüttichs fordern zu wollen. Die O. H. L. antwortete darauf (15. Sept.), daß sie eine mehrjährige Okkupation des ganzen Landes und dauernde Festhaltung Lüttichs für unerläßlich halte.

Am 27. September, also 12 Tage später, telegraphierte der Feldmarschall an den Reichskanzler: „Es ist mir wieder die Behauptung zu Ohren gekommen, daß im Kronrat auf Belgien verzichtet worden ist. Ich würde Ew. Exzellenz dankbar sein, wenn E. E. dem widersprechen würde. Handelt es sich doch nur um den Verzicht auf den dauernden Besitz der flandrischen Küste, falls wir um diesen Preis in diesem Jahr Frieden bekommen und England aus Frankreich herausgeht."

Im Dezember erklärt die O. H. L., daß, da der Frieden im Jahre 1917 nicht zustande gekommen sei, der Beschluß des Kronrats von Bellevue nicht mehr binde und die Forderungen von Kreuznach (also Herrschaft über ganz Belgien) wieder aufgenommen werden müßten.

Als im März 1918 Oberst v. Haeften die englisch-amerikanischen Bedingungen bringt, die man als dem Wesen eines Verständigungsfriedens entsprechend bezeichnen kann, erklärt General Ludendorff diese Bedingungen für so unerträglich hart, daß er sie gar nicht in Betracht zieht. Er hat sie dem Auswärtigen Amt überhaupt nicht mitgeteilt oder mitteilen lassen. Daß er dabei eine etwas unsichere Empfindung hatte, glaube ich daraus schließen zu dürfen, daß er in seinen „Kriegserinnerungen" den Inhalt dieser Bedingungen verschweigt und sie erst in seinem zweiten Buche mitteilt, nachdem sie mittlerweile von anderer Seite veröffentlicht waren.

Während Ludendorff so die Reichsleitung immer wieder auf große Kriegsziele in Belgien festzulegen suchte, ließ er sich bei ihr durch einen Offizier vertreten, der den Verständigungsfrieden und den Verzicht auf Belgien vertrat, und hielt ihn auf diesem Posten, obgleich Haeften deshalb von anderer Seite als Defaitist aufs schärfste angegriffen und seine Entfernung verlangt wurde.

Noch am 3. Juli 1918 beschloß unter dem Einfluß der O. H. L. eine Konferenz mit Kaiser und Reichskanzler in Spa, daß Deutschland zwar nichts von Belgien annektieren wolle, sich aber eine lange Okkupation mit allmählichem Abbau vorbehalte; die vollständige Räumung sollte davon abhängig sein, daß Belgien in zwei Staaten, Flandern und Wallonien, geteilt, und wirtschaftlich durch Zollunion, Eisenbahngemeinschaft und dergleichen aufs engste an Deutschland angeschlossen werde; vorläufig dürfe es auch keine eigene Armee haben.

In seinen Schriften behauptet Ludendorff bald, daß der Verständigungsfrieden eine Unmöglichkeit und ein Verbrechen gewesen

sei, bald daß er einen solchen Frieden (einen Wilson-Frieden) für möglich gehalten habe. Er klagt den Grafen Czernin an, daß er sich mit der Formel „keine Annexionen und keine Entschädigungen" eine jüdisch-bolschewistische Forderung zu eigen gemacht habe; er selber habe innerlich an seinem Kriegsziel, der mittelbaren Herrschaft über Belgien, bis in den Juli-August 1918 festgehalten. An anderer Stelle aber sagt er, daß die Vorschläge der O. H. L. von einem Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen wirklich nicht sehr weit entfernt waren und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Freiheit ließen. (Kr. u. Pol., S. 253.)

Er behauptet (Kr. u. Pol., S. 254), „daß die feindlichen Staatsmänner und die feindlichen Völker in ihrer Gesamtheit, auch die Arbeiterschaft, Deutschlands Vernichtung wollten; sie hätten die gemäßigten Gedankengänge der deutschen O. H. L., geschweige denn die des deutschen Reichskanzlers kaum verstanden. An anderer Stelle aber (Kr. Er., S. 484) erhebt er den Vorwurf, daß von unserer Seite nichts geschehen sei, den März-Erfolg 1918 auszunutzen, obgleich er doch wieder zugesteht, daß diese Offensive strategisch ein Mißerfolg war. Er hielt also einen Kompromiß-Frieden ohne völlige Niederwerfung des Feindes nicht für ausgeschlossen.

Von einem Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte, erklärt er sogar noch nach unserer Niederlage, daß er ihn für erreichbar gehalten habe, und daß er geglaubt habe, Amerika sei gebunden und auch in der Lage gewesen, ihn durchzusetzen.

Neuerdings (Mil. Woch. Bl. 21. Nov. 1922) schreibt L.: „Ich war stets mit einem für den Feind billigen und für uns bescheidenen Frieden einverstanden, falls er erreichbar war, habe aber bei der Einstellung unserer Feinde an diese Möglichkeit oder an die noch weitergehende eines Verständigungsfriedens nicht geglaubt, durfte indes pflichtgemäß den Reichskanzler nicht hindern, sie auszunutzen, falls sie ihm nahezuliegen schien."

Wolfg. Förster, der die Akten des Reichsarchivs studiert hat, schreibt „Graf Schlieffen und der Weltkrieg" III, S. 63: „Es war der Krieg in seiner absoluten Gestalt: Sieg oder Untergang — kein Kompromiß! Die deutsche O. H. L. begriff diese weltpolitische Bedeutung des Ringens um Sein oder Nichtsein und zog entschlossen die Schlußfolgerungen." Ebenso (S. 128): „Hindenburg und Ludendorff stellten die Frage auf Sieg oder Untergang".

Oberst Bauer, der doch wohl am intimsten in die Gedanken seines Chefs eingeweiht war, behauptet umgekehrt (S. 211 seines Buches), daß die O. H. L. auf einen Frieden mit dem Status quo ante jederzeit glatt eingegangen wäre.

Die Widersprüche in diesen verschiedenen Äußerungen und Handlungen sind in die Augen springend. Die O. H. L. verlangte von

der Regierung, daß sie Friedensbedingungen durchsetze, die nur nach einem vollkommenen Siege erreichbar waren, und Ludendorff selbst sagt uns, daß er an diesen Bedingungen innerlich bis zum Juli-August 1918 festgehalten habe. Er hat aber solche Bedingungen, wenig modifiziert, auch praktisch, nicht bloß innerlich, bis August 1918 vertreten. Er äußert, daß es für uns nur Sieg oder Untergang geben könne. Gleichzeitig aber hören wir, daß er stets zu einem bescheidenen und billigen Frieden oder einem Frieden auf dem Status quo ante bereit gewesen sei.

Man kann den Widerspruch nicht etwa auf die Weise aus der Welt schaffen, daß man sagt, Ludendorff habe zwar nicht an die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens geglaubt, würde ihn aber, wenn sich gegen seine Erwartung eine solche Möglichkeit zeigte, gern angenommen haben. Dem steht entgegen, daß er ja selber ganz ausdrücklich erklärt, daß er den Frieden auf Grund der 14 Wilsonschen Punkte für erreichbar gehalten habe.

Ganz abwegig wäre es natürlich auch, wenn etwa jemand die Wendung nehmen wollte, daß man zwar nach einem Verständigungsfrieden hätte streben müssen, aber nicht darüber hätte sprechen dürfen. Wenn man Frieden schließen will, muß man damit anfangen, das den Gegner wissen zu lassen, und man muß es ihm nicht nur sagen, sondern muß es ihm auch so bestimmt und nachdrücklich sagen, daß er an die Ehrlichkeit des Angebotes glaubt und nicht eine Kriegslist oder eine Falle darin wittert. Ludendorff selber empfahl der Reichsleitung (vgl. die Haeftensche Denkschrift) dafür zu sorgen, daß in Deutschland möglichst viel angesehene Persönlichkeiten für den Verständigungsfrieden öffentlich einträten, um in England eine analoge Bewegung auszulösen.

Ich habe mir früher die Widersprüche in Ludendorffs Aussagen und Verhalten nicht anders erklären können, als daß Ludendorff ein so unklarer Kopf sei, daß er nie gewußt habe, was er eigentlich wollte. Dann habe ich mich der Aussage des Generals v. Haeften anschließen zu müssen geglaubt, daß Ludendorff mit Bewußtsein ein „doppeltes Gesicht“ gehabt, im Herzen den Verständigungsfrieden für möglich gehalten und gewünscht, ihn aber, um der Unpopularität in den ihm nahestehenden Kreisen zu entgehen, nicht selber habe vertreten wollen. General v. Haeften hat sich in jenem Artikel im „Tag“ darüber beschwert, daß ich seine Erklärung, die doch nur eine subjektive Ansicht darstelle, ohne weiteres als Tatsache hingestellt hätte; er habe doch nur gesagt, es sei möglich (im Sinne von „statthaft“) gewesen, daß General Ludendorff erklärt hätte, die O. H. L. sei bei der „Verzichterklärung“ überstimmt worden, und daß der Feldherr ein „doppeltes Gesicht“ habe, sei ganz berechtigt; jeder Truppenführer müsse vor seinen Soldaten den

Feind verachten, auch wenn er ihn im geheimen respektiere. Das habe auch Friedrich der Große gesagt. Ich kann nicht finden, daß dadurch etwas verändert wird. Friedrich der Große hat allerdings in diesem Sinne gesagt, ein General müsse ein Komödiant sein, und wenn Ludendorffs „doppeltes Gesicht" weiter nichts bedeutete, so wäre es gewiß sehr harmlos, abgesehen davon, daß ich die Vorstellung, die Front als Ganzes würde der O. H. L. den Verzicht auf Belgien übelgenommen haben, für eine ganz falsche Einschätzung halte. Nehmen wir ein Beispiel. Am 2. September 1918 erließ Hindenburg eine Kundgebung an die Soldaten, worin es heißt: „wir haben im Osten den Frieden erzwungen und sind stark genug, es auch im Westen zu tun, trotz der Amerikaner". Das hat am 2. September die O. H. L. schwerlich selber noch geglaubt. Immerhin wird weder der Historiker noch der Politiker an einem „doppelten Gesicht" dieser Art Anstoß nehmen. Das doppelte Gesicht des Feldherrn Ludendorff hat aber mit dem doppelten Gesicht eines Truppenführers nichts zu tun. Die Sache geht viel tiefer: die Schneidigkeit, die die O. H. L. markieren wollte, ging auf Kosten eines Dritten, auf Kosten der Regierung und zuletzt auch des Kriegsherrn. Auf diesen mußte der Vorwurf der Schlappheit, dem die O. H. L. entgehen wollte, sitzenbleiben. Es ist aber auch offensichtlich unzutreffend, daß die O. H. L. ungeheuerliche Kriegsziele in Belgien und dazu die Annexion eines großen Stückes von Polen im Osten nur gefordert habe, um durch hohe Kriegsziele auf die Stimmung der Armee zu wirken. Sie hat den allerstärksten moralischen Druck auf die Reichsleitung auszuüben versucht, damit sie sich diese Ziele tatsächlich zu eigen mache, und Ludendorff spricht in seinen Schriften mit Verachtung von ihr, weil sie das nicht getan hat.

Ich sehe nicht, wie man dem Urteil entgehen kann, daß diese Widersprüche nicht bloß einen unklaren Kopf, sondern auch eine unerfreuliche, verschlagene Hinterhältigkeit zeigen.

General Ludendorff beruft sich in seinen Schriften darauf, daß er seine Ansicht über die für Deutschland nötigen Kriegsziele zwar zur Geltung gebracht, die Reichsleitung aber nicht verhindert habe, die Politik zu machen, die sie selber für richtig hielt. Das Auswärtige Amt habe die O. H. L. über die diplomatischen Verhandlungen und Möglichkeiten überhaupt nicht informiert. Diese Tatsache ist richtig, aber es ist auch bekannt, weshalb der Staatssekretär v. Kühlmann die O. H. L. von der Diplomatie fernzuhalten suchte: er traute ihr zu, und traute ihr nach den Erfahrungen, die er in Brest-Litowsk gemacht hatte, mit Recht zu, daß sie seine Wege, wenn sie ihr bekannt würden, durchkreuzen würde. Das Hindernis, das die O. H. L. durch ihre hochgespannten Forderungen einem Verständigungsfrieden in den Weg legte, war schon schwer genug.

In erster Linie kommt die Einwirkung der O. H. L. auf den Kaiser in Betracht. Die O. H. L. verlangte von ihm, bei Friedensverhandlungen verantwortlich beteiligt zu werden; sie beschwerte sich, daß das Auswärtige Amt sie zwar reden lasse, aber dann doch seine eigenen Wege gehe; sie drohte immer von neuem mit ihrem Rücktritt. Man beruft sich darauf, daß eine Opposition von rechts, wie man sie nennt, auch nützlich und dem leitenden Staatsmann erwünscht sein kann, indem er sich bei den Gegnern darauf bezieht. Das ist nur richtig, wenn der Staatsmann zugleich so stark ist, daß er praktisch die Opposition beiseite schieben kann. Hier aber war es umgekehrt. Die O. H. L. zwang den Kaiser gegen seinen Willen Kanzler, Kabinettsrat, Minister, die ihr nicht gefielen, zu entlassen, und übte dadurch, ohne staatsrechtlich verantwortlich zu sein, einen ungeheuren Druck aus auf das Auswärtige Amt und seinen Wunsch, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen. Wenn man z. B. bei Bethmann Hollweg zuweilen in bezug auf Belgien Forderungen vertreten findet, die über seine anderwärts zum Ausdruck gebrachte Absicht, Belgien völlig freizugeben, hinausgehen, so findet das seine natürliche Erklärung in dem Wunsch, den starken Forderungen der O. H. L. und der öffentlichen Meinung entgegenzukommen, und seine Nachfolger suchten einer wie der andere, eingeschüchtert durch Bethmanns Schicksal, noch viel vorsichtiger und ängstlicher diese Politik fortzusetzen. Das Ergebnis ist also, daß die O. H. L. nicht nur selber dem Verständigungsfrieden widerstrebte, sondern auch durch ihre Behandlung der öffentlichen Meinung ein tatsächliches Hindernis für einen solchen Frieden schuf, das nur sehr schwer zu überwinden war. Ein großer und sehr einflußreicher Teil des deutschen Volkes hatte sich eingelebt in den Gedanken, daß Deutschland nicht ohne erhebliche Gebietserwerbungen aus dem Kriege hervorgehen würde. Man hörte sogar von nicht unbedeutenden Leuten das Wort: Wenn wir Belgien nicht behalten, haben wir den Krieg verloren. Eine solche wilde Phantasterei war nur möglich auf Grund einer nur zu falschen Einschätzung der Kriegslage und des Kräfteverhältnisses, und diese falsche Einschätzung war ein Produkt der O. H. L. Das deutsche Volk wurde durch die amtlichen Kriegsberichte und die offiziösen Kommentare dazu systematisch irregeleitet. Die O. H. L. bildete sich ein, daß auf diese Weise die Stimmung hochgehalten würde, und daß Volk und Heer zum Weiterkämpfen angefeuert würden, wenn man ihnen hohe Kriegsziele zeige. Man konnte die Natur und Denkweise des deutschen Volkes nicht stärker verkennen. Das deutsche Volk wäre ganz umgekehrt in seinem Willen zum Ausharren durch nichts mehr befestigt worden, als wenn man ihm immer von neuem gezeigt hätte, daß es einen Verteidigungskrieg führe.

Die Irreführung der öffentlichen Meinung durch die O. H. L.

war um so verwerflicher, als ja, wie wir gesehen haben, Ludendorff selber im Grunde seines Herzens gar nicht an die hohen Kriegsziele glaubte, die dem Volke vorgegaukelt wurden, sondern auch nach seinem eigenen Ausdruck mit einem bescheidenen Frieden zufrieden gewesen wäre.

Ich will nun zunächst einmal dahingestellt sein lassen, ob man den Kriegswillen des Volkes besser mit hohen oder mit bescheidenen Kriegszielen hochhielt, eines aber ist sicher, daß, wenn man einmal im Volke den Glauben hochkommen ließ und nährte, daß Deutschland große Erwerbungen machen müsse und könne, und dann doch ein Frieden ungefähr auf dem Status quo ante beschlossen werden sollte, das nicht durchführbar war ohne Mitwirkung der O. H. L. Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat sich verschiedentlich z. B. zu dem österreichischen Minister Burian (nach einem Interview, das dieser im November 1919 der „Wiener Arbeiterzeitung" gegeben hat) und auch zu dem General Hoffmann, wie dieser in seinem eben erschienenen Buche erzählt (S. 83), er könne die öffentliche Erklärung über Belgien, die er für richtig halte, nicht abgeben, weil der Sturm der öffentlichen Meinung ihn dann von seinem Platz fortfegen würde. General Hoffmann legt das aus als eine unwürdige Kleberei, aber sehr mit Unrecht. Was Bethmann gesagt hat, war eine Erwägung, die jeder Reichskanzler anstellen und mit der er rechnen mußte. Das Deutsche Reich war ein konstitutioneller Staat und konnte bei aller Macht der Monarchie doch nur regiert werden im Einklang mit der im Reichstag vertretenen öffentlichen Meinung. Herr v. Bethmann, der weder die Natur noch die Autorität Bismarcks hatte, suchte, nicht durch offene Erklärungen, sondern mit vorsichtigem Lavieren die deutsche Politik auf das richtige Ziel zuzusteuern.

Nun gar, wenn General Ludendorff merken ließ und es bekannt wurde, daß er ganz andere Ziele für erreichbar hielt! Die patriotischen Vereinigungen erklärten immer wieder, daß sie nur Vertrauen zur Heeresleitung, aber gar keins zur diplomatischen Führung des Deutschen Reiches hätten.

In den Kriegserinnerungen des Vizekanzlers v. Payer steht mit runden Worten (S. 52 f), der Gedanke, daß der Reichskanzler bei Meinungsverschiedenheit durch Stellung der Kabinettsfrage den Kaiser zur Entlassung der O. H. L. oder wenigstens Ludendorffs hätte veranlassen können oder sollen, „wäre lächerlich gewesen". „Auch eine rücksichtslose Kampfnatur (was Graf Hertling nicht war), wäre, so wie die Dinge lagen, nicht durchgedrungen."

Diese indirekte Wirkung der Haltung der O. H. L. ist allenthalben zu spüren. Oberst v. Haeften richtete am 14. Januar und 3. Juni 1918 die schon genannten Denkschriften über die Behandlung der öffentlichen Meinung in England, eine Art Friedensoffensive

ein, die Ludendorff mit dringender Befürwortung an den Reichskanzler weitergab. Diese Denkschriften sind vortrefflich, aber alles was sie vorschlagen, konnte keinerlei Wirkung ausüben, da der eine entscheidende Punkt, die vorbehaltlose, bindende Erklärung über die Freigabe Belgiens darin fehlt. Die Denkschrift vom 3. Juni 1918 (Schwertfeger, Zweiter Teil, Anlage 2, S. 339) verwirft sogar ausdrücklich eine amtliche Erklärung über Belgien und rät nur zu privaten Äußerungen im Sinne der von den verschiedenen Reichskanzlern früher schon abgegebenen Erklärungen. Wie hätte mit solchen Erklärungen etwas ausgerichtet werden können? Das waren ja immer Erklärungen mit Hintertüren gewesen, die in England nicht Zustimmung, sondern nur Widerspruch hervorrufen konnten. Sogar die Erzbergersche Friedensresolution, hinter der doch die große Majorität des Reichstages stand, hatte nicht gewirkt, weil man sich drüben gesagt hatte, daß der Reichstag für diese Frage nicht die maßgebende Instanz sei. Was hätten also Äußerungen von Privatpersonen für eine Wirkung haben können? Da Oberst v. Haeften unzweifelhaft ein ebenso ehrlicher wie einsichtiger Anhänger des Verständigungsfriedens war, so kann ich mir diese Wendungen in seinen Denkschriften nicht anders erklären, als daß er eben genötigt war, sich den Anschauungen seines Vorgesetzten, des Generals Ludendorff, anzupassen. Ohnehin wurde er ja bei diesem als Verzichtler und Miesmacher angeschwärzt.

Die deutsche Diplomatie konnte also für die „Friedensoffensive" nichts tun, und wenn sie etwas getan hätte, konnte es nichts nützen. So stellt es auch v. Payer dar. Jetzt aber sind diese Denkschriften ein Zeugnis, wie gut man in der O. H. L. darüber unterrichtet war, daß im englischen Volke eine sehr starke Friedenspartei vorhanden war. Heute wissen wir, daß sogar Lloyd George ihr näherstand, als man damals glaubte.

Ich stelle noch einige Belege zusammen, in welcher Art und bis zu welchem Grade das deutsche Volk künstlich in Nebel gehüllt wurde.

Die Ankunft der Massentransporte von amerikanischen Truppen, die zahlenmäßig genau in den englischen Zeitungen standen, durften in Deutschland nicht mitgeteilt werden, und die Berichte sprachen immer nur von der Schwächung der feindlichen Kampfkraft durch die ungeheuren Verluste und der Geschicklichkeit der deutschen Führung. Jede Gefährdung der bulgarischen Front wurde bis zum Augenblick des Zusammenbruchs mit Bestimmtheit abgeleugnet.

Noch im Oktober 1918 erließ der freikonservative Parteivorstand eine Kundgebung, in der er sagte: „Es steht gut mit uns. Weit auf feindlichem Gebiet voraus, die teure heimatliche Flur gesichert, Munition und Proviant in ausreichender Menge, geordnet und wohlbegründet unsere Finanzen, die herrliche Wehr zu Lande und zu

Wasser ungebrochen — sagt selbst, würdet ihr mit dem Feinde tauschen?“ [1])

Schon im November 1915 beschwert sich eine Anzahl Kieler Notabeln unter Führung des Professors Baumgarten beim Reichstag, daß die militärische Zensur den Vertretern der Annexionspolitik volle Freiheit gebe, aber fast jede Möglichkeit abschneide, auf die Gefahren einer solchen Politik aufmerksam zu machen.

Die O. H. L. (es war ja schon vor Hindenburg-Ludendorff ebenso) mag, ich wiederhole es, diese Taktik um der Hochhaltung der Stimmung willen für ratsam gehalten haben, aber moralisch erträglich wäre sie nur gewesen, wenn der führende Mann gleichzeitig dafür gesorgt hätte, daß die furchtbaren Folgen solcher Hinterhältigkeit gegenüber den nächsten Freunden wieder ausgeglichen wurden. Das war nicht unmöglich. Die Waffe, die die Wunde geschlagen, konnte sie auch heilen. Die O. H. L., Ludendorff selber mußte den Frieden billigen und für ihn eintreten. Sie war ja in einer anderen Lage als die öffentliche Meinung in Deutschland: sie wußte, daß unser Sieg nicht so sicher war, wie man sich hier einbildete und man ihr eingeblasen hatte. Sie wußte es doppelt, nachdem die erste und größte Offensive (vom 21. März) mit einem strategischen Mißerfolg geendet hatte. Mag man sich auf den Standpunkt stellen, daß es psychologisch notwendig war, das Volk durch Siegesbotschaften über die militärische Lage zu täuschen, daß es vielleicht sogar geboten war, die führenden Abgeordneten zu täuschen; unter

---

[1]) Ich hatte in meinen Bericht auch die oft wiederholte Erzählung aufgenommen, daß der Abgeordnete v. Heydebrand, den man den ungekrönten König von Preußen nannte, in einer Sitzung der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses zusammengebrochen sei, als ihm klar wurde, daß er von der O. H. L. belogen und betrogen worden sei. Diese Erzählung ist jedoch, wie mir mitgeteilt wurde, später dementiert worden (Konservative Monatsschrift, Novemberheft 1921, S. 87), und Herr v. Heydebrand selbst hat an einen Parteigenossen geschrieben: „General Ludendorff und O. H. L. haben der Führung der konservativen Partei mit der durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Reserve stets loyale Aufklärung über die jeweilige militärische Lage gegeben; daß sie dabei in mancher Hinsicht menschlichem und militärischem Irrtum unterworfen waren, ist nicht zu leugnen und hat naturgemäß auch unser Urteil beeinflußt; doch kann von einem Zusammenbruch unserer moralischen Gesamtauffassung in der von Delbrück jetzt geschilderten theatralischen Weise nicht die Rede sein.“

Je mehr diese Mitteilung die O. H. L. zu entlasten scheint, desto mehr belastet sie die konservative Fraktion. Noch am 24. Juni 1918 griff Graf Westarp als ihr Redner im Reichstag den Staatssekretär v. Kühlmann aufs heftigste an, weil er nicht darauf bestanden habe, daß die flandrische Küste und Belgien dauernd in deutsche Gewalt kämen. Wie war eine solche Rede möglich, wenn die konservativen Führer wirklich auch nur einigermaßen über die militärische Lage unterrichtet waren?

keinen Umständen durfte die O. H. L. sich selbst mit Illusionen einlullen, sondern mußte sich gestehen, wie die Lage in Wirklichkeit war und danach handeln. Es ist schlechterdings keine Entschuldigung für die O. H. L., daß große Teile des Volkes ihre Auffassung von den Kriegszielen teilte, denn die O. H. L. kannte die militärische Lage und das Volk kannte sie nicht.

Sehr wesentlich ist aber auch, wie die Haltung der O. H. L. auf die Gegenseite wirkte. Man wußte drüben sehr gut, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit friedenswillig sei. Die Friedensresolution war ja im Reichstag mit überwältigender Majorität angenommen worden, und man berechnete hinterher, daß von den Reichstagswählern nicht weniger als fast 10 Millionen sachlich hinter der Resolution standen, während die Gegner, 62 Abgeordnete, nur 1 327 317 Wähler hinter sich hätten[1]). Aber man sagte sich drüben, daß der Reichstag und die Gesinnung der Wähler für die deutsche Politik nicht maßgebend sei. Die Friedensresolution hat schädlich gewirkt auf unsere Elsässer und Polen, die sich jetzt von Deutschland loszulösen begannen, sonst aber nur in Bulgarien, wo man besorgte, daß die Eroberungsziele, für die man an der Seite Deutschlands in den Krieg gegangen war, nach den Grundsätzen dieser Resolution nicht durchgeführt werden könnten. Die Auffassung aber, die man heute in Deutschland noch vielfach hört, und die auch das K.sche Gutachten vertritt, daß die Friedensresolution auch bei unseren Feinden schädlich gewirkt habe, weil sie als Zeichen der Schwäche aufgefaßt worden sei, ist durchaus unrichtig. Das Gegenteil ist die Wahrheit. Wenn auch ein Teil der feindlichen Presse sich bemühte, die Resolution in diesem Sinne auszulegen, so war das doch ganz und gar nicht die Meinung der feindlichen Staatsmänner. Sie erkannten vielmehr, daß in dieser Resolution für die Durchführung ihrer Politik die Gefahr heraufziehe, daß die Völker nicht geneigt sein würden, weiterzukämpfen, wenn Deutschland tatsächlich gemäß diesen Grundsätzen zu einem Frieden bereit sei. Das ist urkundlich nachgewiesen in einem Artikel von Dr. Herz, den ich deshalb in der Anlage (S. 369f.) hier wieder abdrucke[2]). Man sah aber voraus, und wie wir

---

[1]) Vgl. mein Buch „Krieg und Politik II, 336.

[2]) In einem eben in den Preuß. Jahrb. (Januar-Heft) erschienenen Aufsatz beruft sich Gen. v. Kuhl darauf (S. 12), daß Oberst House im Auftrage Wilsons dem Grafen Bernstorff gesagt habe, es bestände bei der Entente die Ansicht, daß Deutschland das Friedensangebot nicht gemacht haben würde, wenn es den Frieden nicht sehr notwendig brauche. Beweiskraft hat eine solche Äußerung natürlich nicht, da sie sich erklärt aus dem Wunsch Wilsons, auf Deutschland zu drücken. Man braucht nur die in dem Herzschen Artikel angeführten Zeugnisse zu vergleichen. Wenn K. an derselben Stelle hinzufügt, die Bedingungen, die die Alliierten am 10. Jan. 1917 in ihrer Wilsonschen Friedensnote angeführt hätten, seien ungefähr

heute mit Schmerz gestehen müssen, man sah nur zu richtig voraus, daß die militaristische Richtung in Deutschland die Durchführung der Politik der Resolution verhindern würde. Gewiß war es keineswegs die O. H. L. allein, die die Parole: „keinen vorzeitigen Frieden" vertrat, aber ohne ihren Einfluß, z. B. auf hervorragende Persönlichkeiten, die dem Großen Hauptquartier einen Besuch machten, und ohne die durch ihre Kriegsberichte genährten Illusionen hätte diese Tendenz niemals ihre gefährliche Ausdehnung und Macht erlangen können. Auch in der großen Rede, in der Wilson seine 14 Punkte verkündete (18. Januar 1918), weist er auf den offenen, hoffnungslosen Gegensatz hin, in dem sich in Deutschland die Anhänger der Friedensresolution zu denen befinden, „die den Geist und die Absicht der Eroberung und Unterwerfung verkörpern". Der Friede von Brest-Litowsk ist ihm der Ausdruck dieses Gegensatzes. Man habe dort zunächst Grundlinien vorgelegt, die sich in liberalem Sinne auslegen ließen, dann aber positive Bedingungen aufgestellt, die nichts als Eroberung atmeten. Man halte diese Äußerung zusammen mit jener selbstbewußten Feststellung Ludendorffs, daß er durch sein Eingreifen die schwächliche Haltung der Diplomatie bei den östlichen Friedensverhandlungen korrigiert habe.

Daß ein deutsches Friedensangebot nicht schwächend, sondern stärkend für Deutschland wirken müsse, das hat sogar der einflußreiche politische Berater Ludendorffs, der Oberst Bauer, eingesehen, der in seiner Schrift: „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen!" sehr treffend ausführt (S. 54), daß wir durch einen sehr ernsten und weitgehenden ehrlichen Friedensvorschlag, der abgelehnt wurde, unserem Volk bewiesen haben würden, daß es kämpfen müsse. Freilich habe ich den Verdacht, daß Herrn Bauer diese Einsicht erst hinterher gekommen ist.

Daß die Vorstellung, durch hochgesteckte Kriegsziele werde die Stimmung hochgehalten, nicht einmal für die Front zutrifft, hat Ludendorff jetzt selber in seinem Artikel im Mil. W. Bl. zugegeben, wo er schreibt (Spalte 378), daß ihm bei seinen vielen Fahrten zur Front leider kein Zweifel geblieben, daß auch in den höheren Stäben die Stimmung zum großen Teil sehr nachgiebig gewesen sei.

In England hatte die Regierung bekanntlich den Mut, dem Volke nicht nur schon während des Krieges hohe Steuern aufzuerlegen, sondern ihm auch, wenn schon nicht die ganze, so doch annähernd die Wahrheit über die Kriegslage zu sagen.

Ludendorff beschwert sich in seinen Büchern mehrfach, daß die Frage der Kriegsziele und des Verständigungsfriedens als Parteisache

---

dieselben, welche uns im Versailler Vertrag auferlegt wurden, so ist dazu zu bemerken, daß diese „Andeutungen" mit anderen Wendungen in derselben Antwort im stärksten Widerspruch stehen.

behandelt worden sei. Die Klage ist unbegründet, denn die Tatsache trifft nicht zu. Es ist bekannt, daß die „Annexionisten" nicht nur bis ins Zentrum und die Freisinnigen, sondern sogar bis in die Sozialdemokratie reichten, und daß umgekehrt die Anhänger des Verständigungsfriedens auch unter den Konservativen sehr angesehene Vertreter hatten. Der Präsident des Herrenhauses, Graf Wedel-Piesdorf, und der Präsident des Abgeordnetenhauses, Graf Schwerin-Löwitz, sprachen sich wiederholt öffentlich in diesem Sinne aus[1]), ebenso wie die Führer der Nationalliberalen die Abgeordneten Friedberg und Schiffer. Ebenso dachte der Minister von Delbrück, später Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Fraktion im Reichstag, der Minister des Innern Drews, die Botschafter Graf Monts und Freiherr v. Stumm, Fürst Hatzfeldt, Fürst Henckel-Donnersmark, Graf Leyden, Graf Tiele-Winkler und viele Professoren; vom Offizierkorps hat es, wie schon erwähnt, Ludendorff selber zugestanden.

Ludendorff klagt das deutsche Volk an, daß es Parteiinteressen hingegeben, sich nicht, wie die anderen Völker in dem großen Weltkampf, einmütig hinter die Regierung gestellt habe. Niemand anders als er selbst ist der Schuldige. In seiner Hand lag es, die Einheitsfront, man darf sagen, eine unzerbrechliche Einheitsfront herzustellen. Er brauchte nur mit aller Entschiedenheit und Offenheit zu erklären, daß das deutsche Volk einen Verteidigungskrieg führe und unter allen Umständen dabei bleibe, nichts als einen Verteidigungskrieg führen zu wollen, so hätte die ganze Nation einmütig zu dieser Fahne gestanden. Die Heißsporne, die das Erzbecken von Briey und Belgien haben wollten, hätten sich der Autorität der O. H. L. beugen müssen, und die besonnenen Politiker, ebenso wie die prinzipiellen Pazifisten oder Internationalen waren ohnehin für einen solchen Frieden. Es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß Deutschland bei einem solchen Friedensprogramm mittelbar vermöge der Umgestaltung der Verhältnisse im Osten und auf dem Kolonialgebiet noch sehr wesentlichen Gewinn davongetragen haben würde.

Über das prinzipielle Verhältnis der O. H. L. zur Politik hat sich General Ludendorff selber, wie in anderen Dingen auch, stark widersprochen. In dem Schreiben des Feldmarschalls an den Kaiser vom 7. Januar 1918 wird verlangt, daß er und Ludendorff an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken. Bei dem Abdruck dieser Aktenstücke in seinem Urkundenwerk fügt Ludendorff allerdings in einer Anmerkung hinzu (S. 458): „Wir hatten nicht an die staatsrechtliche, sondern an die moralische Verantwortlichkeit ge-

[1]) Graf Schwerin schrieb z. B. Weihnachten 1914 einen offenen Brief an den Lokal-Anzeiger, worin er als Ergebnis des zu erwartenden deutschen Sieges das Gleichgewicht unter den Großmächten hinstellte. Graf Wedel äußerte sich ähnlich in einer Ansprache an das Herrenhaus. 19. Juni 1915.

dacht." Da aber im Schreiben ausdrücklich gesagt war, daß der Kaiser nicht verlangen könne, daß die Herren sich mit ihrer Autorität und ihrem Namen an Handlungen beteiligten, die sie für schädlich hielten, so ist die Unterscheidung zwischen staatsrechtlicher und moralischer Verantwortung nichts als eine nachträgliche Ausrede. Die Androhung mit dem Rücktritt wog schwerer als jede staatsrechtliche Kompetenz, und Ludendorff machte, als der Kaiser gegen den Anspruch der Generale entschied, aktenkundig, daß auch die Entscheidung Seiner Majestät die Generale vor ihrem Gewissen nicht entlasten könne. Die deutsche Diplomatie stand also dauernd unter dem Druck, daß die Heerführer ihren Abschied einreichen würden, wenn man ihre politischen Forderungen, sei es im Osten, sei es im Westen, sei es in Polen, sei es in Belgien nicht vertrete.

Den entgegengesetzten Standpunkt hat General Ludendorff, als es wieder einmal zum Konflikt gekommen war, am 21. Oktober 1918 vertreten (mitgeteilt von General v. Haeften im „Tag" vom 23. November 1922). Er telephonierte und Herr v. Haeften las dieses Telephonat dem „Kriegskabinett" vor, daß die Zustimmung der O. H. L. gar nicht erforderlich sei, da er die O. H. L. für keinen politischen Machtfaktor halte. Würde in der Öffentlichkeit nach der Stellungnahme der O. H. L. gefragt, so könne von seiten der Regierung eine Erklärung im oben stehenden Sinne abgegeben werden. Hier ist also nicht nur die staatsrechtliche, sondern auch die moralische Verantwortung völlig geschwunden. Kein Wunder, wenn man die beiden Daten vergleicht. Im Januar, als die militärische Lage gut war, glaubte General Ludendorff mit seiner moralischen Verantwortung die Reichsleitung unter Druck nehmen zu können; im Oktober, als wir geschlagen waren, begriff er, daß die O. H. L. kein politischer Machtfaktor sei. Das hindert ihn aber nicht, sich auch heute noch zu rühmen (vgl. Militär-Wochenblatt 1. Dezember 1922), daß er die schlimmsten Nachteile der zögernden Haltung der Diplomatie bei den Friedensschlüssen im Osten ausgeglichen habe. Ich will an dieser Stelle den Frieden von Brest-Litowsk nicht näher untersuchen, auf jeden Fall liegt hier ein Fall des direkten Eingreifens der O. H. L. in die Politik vor, das auch auf die Verhältnisse im Westen eine sehr schwere Rückwirkung ausübte, und die Behauptung, die O. H. L. sei kein politischer Faktor gewesen, direkt widerlegt.

Als Ergebnis dieser Untersuchung glaube ich feststellen zu dürfen, daß, wenn auch die Politik amtlich Sache des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen war, doch die Verantwortung dafür, daß es nicht zu Verhandlungen über einen Verständigungsfrieden gekommen ist, in hohem Maße auf die O. H. L. fällt. Gewiß war die Finasserie des Staatssekretärs v. Kühlmann völlig verkehrt. Aber es ist anzunehmen, daß ohne das wiederholte Eingreifen der O. H. L. und ihren dauernden Druck die verschiedenen Reichskanzler

ganz anders gehandelt hätten und die Leitung der Geschäfte weder an Michaelis noch an Hertling und Kühlmann gelangt wäre.

Der Vizekanzler v. Payer erzählt in seinen „Erinnerungen" (S. 197), Ende August 1918 habe Ludendorff ihn einmal bei Tafel in Avesnes ganz unvermittelt als Zeugen aufgerufen, daß die O. H. L. der Reichsleitung gegenüber stets die staatsrechtliche Grenze eingehalten und nie einen Druck auf diese ausgeübt habe. Der Erzähler fügt mit liebenswürdiger Ironie hinzu, der General möge wohl unter „Druck" etwas anderes verstanden haben, als die Reichsleitung, und sagt, er sei einer direkten Antwort ausgewichen.

Ludendorff selbst behauptet in seinem Buch „Kriegführung und Politik" (S. 250), die Kriegsziele der O. H. L. hätten auf die Entschließungen der Kriegführung keinen Einfluß ausgeübt oder den Frieden verhindert. „Es ist keine Stunde für ihre Verwirklichung gekämpft oder der Krieg ihrethalben verlängert worden."

Ich glaube, das Gegenteil dieser Behauptung nachgewiesen zu haben. Die Kämpfe des Jahres 1918 sind einzig und allein geführt worden für die Kriegsziele der O. H. L., und — was noch bedeutsamer ist — auch die Strategie der O. H. L. war eingestellt auf diese Kriegsziele und bestimmt durch diese Kriegsziele. Das bedeutet noch nicht, daß, wenn man diese Kriegsziele hätte fallen lassen, der Frieden fertig und keine Kämpfe mehr nötig gewesen wären. Auch wenn die feindlichen Staatsmänner friedenswillig waren, so ist doch immer noch die Frage, ob die zu so rasender Leidenschaft aufgepeitschten Völker einen Verständigungsfrieden zugelassen hätten. Ich persönlich glaube es, aber man kann es nicht wissen. Sicher ist nur, daß die Kämpfe, die tatsächlich stattgefunden haben, für die Ludendorffschen Kriegsziele (mag man diese nun enger oder weiter fassen gemäß seinen eigenen schwankenden Aussagen) ausgefochten worden sind.

Es hat im Verlaufe des Weltkrieges mehrere Zeitpunkte gegeben, die für einen Verständigungsfrieden besonders günstig waren. Um die Wende 1916/1917, als Wilson den Frieden zu vermitteln wünschte und dieser Wunsch durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges auf Betreiben des Amiralstabes und der O. H. L. zerrissen wurde. Im Sommer 1917, als die französische Front durch schwere Meutereien erschüttert war, der Papst zu vermitteln suchte und der Reichstag seine Friedensresolution annahm. Diese Bestrebungen wurden aufs schwerste gefährdet, als der Abgeordnete Erzberger die unerhörte Unvorsichtigkeit beging, um möglichst viele Stimmen für seine Resolution zu gewinnen, ganz offen von dem aussichtslosen Zustand unserer militärischen Lage zu sprechen. Nach Lage der Dinge mußte man annehmen, daß diese Äußerungen binnen kurzem beim Feinde bekannt seien und alle Friedensmöglichkeiten zerstören würden. Aber diese Besorgnis, so begründet sie war, ist nicht in Erfüllung gegangen. Auch der Feind sah seine Lage keineswegs

als hoffnungsvoll an, und die Neigung zu verhandeln, ist keineswegs sofort erloschen. Noch die am 21. August 1917 dem englischen Gesandten in Rom erteilte Instruktion (abgedr. im englischen Blaubuch) gibt den nötigen Spielraum und erst am 30. August, als sich deutlich gezeigt hatte, daß der neue Reichskanzler Michaelis mit seiner Formel „wie ich sie verstehe" die Friedensresolution hatte verleugnen wollen und der Reichstag sich das gefallen ließ; als die wiederholte öffentliche Frage von Asquith im Unterhaus „wie denkt Deutschland über Belgien?" ohne Antwort geblieben war, erst da gewann die Kriegspolitik im britischen Kabinett wieder die Herrschaft. Auch damit aber war immer noch nicht alles aus. Von der Friedensmöglichkeit, die sich noch im Jahre 1918 für uns eröffnete, habe ich bereits oben gesprochen und komme hier noch einmal darauf zurück.

Wilson hatte seine 14 Punkte aufgestellt, Lloyd George sprach sich in ganz ähnlichem Sinne aus und der Oberst v. Haeften brachte aus dem Haag die mehrerwähnten Bedingungen mit, die als Basis gelten sollten. Die Entente war in großer Besorgnis vor der bevorstehenden deutschen Offensive, da die deutsche Westfront sich aus dem Osten sehr wesentlich hatte verstärken können, die Masse der Amerikaner aber noch nicht zur Stelle war. Der Sturm brach los und wir haben gehört, wie groß der Schrecken gewesen ist, den der deutsche Erfolg in den gegnerischen Reihen hervorgerufen hat. Wir wissen heute, daß in diesem Schrecken ein gut Stück Gespensterseherei steckte. Auch Ludendorff war sich dessen völlig bewußt, daß er den großen Sieg, den er erstrebte, nicht errungen hatte, aber es kam ja nicht allein auf die wirkliche Kriegslage an, sondern auch auf die Vorstellung, die man hüben und drüben von ihr hatte. Es kann keinen passenderen Moment für ein Friedensangebot geben, als wenn der Gegner selbst seine Lage für schlechter hält als sie ist, und nun erfährt, daß der Gegner friedlicher gesinnt ist, als man bisher angenommen. So kam es im Jahre 1797 zum Frieden von Leoben zwischen Frankreich und Österreich, als der General Bonaparte sich Wien bis auf zwanzig Meilen genähert hatte, erkannte, daß er nun nicht weitergehen dürfe und dem Erzherzog Karl eine Verständigung anbot. Deutschland war im Frühjahr 1918 insofern noch günstiger daran, als wir ja bereits wußten, auf welcher Basis die Engländer und Amerikaner in die Verhandlungen einzutreten bereit seien. Es lag außerdem zutage, daß England sich gar nicht so sehr gern aus seiner Kriegsnot durch die Amerikaner retten ließ, sondern einen leidlichen Frieden, wenn er zu haben war, vorgezogen hätte, ehe sie eintrafen. Das ist die Situation, die man sich vergegenwärtigen muß, um es richtig einzuschätzen, daß Ludendorff von den von Haeften überbrachten Bedingungen meinte, daß nur ein geschlagenes Deutschland sie hätte annehmen können, und sie an die Regierung gar nicht

weitergab. Nun gar die Friedensrede des Generals Smuts am 17. Mai, als wir auf der Höhe unserer Erfolge standen!

Der Widerspruch, der sich bezüglich seiner Haltung zum Verständigungsfrieden bei Ludendorff findet, findet sich auch in dem K.schen Gutachten. Hier liegt er aber nicht so sehr in der Sache als, wie schon oben dargelegt, mehr im Ausdruck. Da General v. Kuhl erklärt, daß auch nach seiner Ansicht die Erklärung über Belgien hätte abgegeben werden können, so ist damit das, was ich als das Wesen eines Verständigungsfriedens ansehe, sachlich gegeben.

Ich habe im Eingang dieses Gutachtens darauf hingewiesen, daß ich in der Kriegsschuldfrage zu den tätigsten Verteidigern Deutschlands gehöre. Wenn ich mich nun genötigt gesehen, in der Frage der Kriegsverlängerung als Ankläger aufzutreten, so ist, wie eigentlich überflüssig zu bemerken, ich aber doch ausdrücklich aussprechen will, damit unseren Feinden nicht etwa eine andere Waffe in die Hand gegeben, die sie nun, wenn es uns gelingt, ihnen die Kriegsschuldklage allmählich zu entwinden, an deren Stelle gebrauchen könnten. Denn wenn auch einen großen Teil des deutschen Volkes die Schuld trifft, sich der sinnlosen Führung der O. H. L. anvertraut zu haben, so waren doch auf der feindlichen Seite und namentlich bei den Franzosen die Parteien, die jeden Verständigungsfrieden ablehnten und den Krieg nur mit der Zerschmetterung des Gegners beendigen wollten, ebenso vorhanden und noch viel größer und stärker als bei uns. Das wird auch von feindlicher Seite nicht abgeleugnet: im Gegenteil, man rühmt sich dessen, daß man sich von je zur knock-out-Politik bekannt habe. Mit der Behauptung, daß auch Deutschland eine knock-out-Politik betrieben habe — so weit sie zutreffend —, ist es also unmöglich, in derselben Weise gegen uns Stimmung zu machen und den moralischen Bannfluch über uns zu begründen, wie es geschehen ist und geschieht mit dem Vorwurf, den Weltkrieg entfesselt zu haben, um die Weltherrschaft zu erwerben.

Die Haeftenschen Friedensbedingungen

Den Inhalt der von dem Obersten v. Haeften Anfang März aus dem Haag mitgebrachten Friedensbedingungen habe ich bereits in meinem ersten Gutachten wiedergegeben. (S. 259.) Die Bedingung, die formell ein unüberwindliches Hindernis zu bieten scheint, ist die Forderung der Einführung des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland, da das eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten darstellt, die kein souveräner Staat sich gefallen lassen kann. Sachlich hat aber diese Klausel keine ausschlaggebende Bedeutung, da die Parlamentarisierung ja schon in vollem Zuge war. Ein Zentrumsführer war Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident,

ein süddeutscher Demokrat sein Stellvertreter im Reich, ein Nationalliberaler sein Stellvertreter in Preußen. Als unsere militärische Lage sich verschlechtert hatte, ist auch Ludendorff selbst für Parlamentarisierung eingetreten (Payer S. 83). Wenn an die Stelle des Reichskanzlers Grafen Hertling ein anderer Reichskanzler getreten wäre, von dem man in der Welt annahm, daß er die deutsche Politik unabhängig von der O. H. L. führen werde und dieser Reichskanzler dann wissen ließ, daß er auf Grundlage der angegebenen Bedingungen zu verhandeln bereit sei, so darf man annehmen, daß sowohl die englische Friedenspartei wie Präsident Wilson darauf eingegangen wären.

Ich bin der Sache noch etwas weiter nachgegangen und habe die Überzeugung gewonnen, daß die Parlamentarisierungsklausel überhaupt nicht als eigentliche Bedingung im strikten Sinne des Wortes gemeint gewesen ist, um so weniger als Amerika zwar demokratisch, aber nicht parlamentarisch regiert wird, sondern mehr als ein Wunsch, ein Hinweis, daß Verhandlungen durch Entwicklung in dieser Richtung sehr erleichtert werden würden. Herr v. Haeften aber hat mir auf Befragen mitgeteilt, daß er diese Klausel durchaus als „Bedingung" aufgefaßt und der Vermittler ihm gesagt habe, mit dem Reichskanzler Grafen Hertling würde die amerikanische Regierung niemals in Friedensverhandlungen eintreten.

Der Sinn ist völlig klar, wenn man sich der oben schon angezogenen Rede Wilsons vom 18. Januar erinnert. Man sah drüben nur zu deutlich, daß Deutschland in der Friedensfrage gespalten war, und der Friede von Brest-Litowsk hatte gezeigt, daß die Kriegspartei in der Regierung die Oberhand hatte und der Reichskanzler Hertling mit seinem Staatssekretär Kühlmann sich gegen Ludendorff entweder nicht durchsetzen konnten oder wollten. Eine solche Regierung erschien Wilson nicht verhandlungsfähig, und wir haben oben leider gesehen, daß er damit im Recht war. Ganz natürlich also, und ein Zeichen, daß man wirklich verhandeln wollte, wenn der Unterhändler auf diesen Punkt aufmerksam machte. Es handelte sich aber, wenn man den Vorgang im Zusammenhang betrachtet, nicht sowohl um die Einführung des parlamentarischen Systems, sondern um die Berufung eines Reichskanzlers, der gestützt auf die Reichstagsmehrheit den ehrlichen Willen hatte und zeigte, unbeirrt durch solche Eingriffe, wie sie sich die O. H. L. in Brest-Litowsk erlaubt hatte, den Weltfrieden herbeizuführen.

Daß bei Eintritt in eine Friedensverhandlung und überhaupt bei Vertragsverhandlungen ein Teil es ablehnt, mit einem bestimmten Minister zu verhandeln, ist ein sehr häufiger Vorgang. Napoleon z. B. lehnte in Tilsit den preußischen Minister v. Hardenberg ab, der darauf die Verhandlungen an den Feldmarschall Grafen Kalkreuth abgab. Bei der Frage der Erneuerung des Rückversicherungsvertrages im

Jahre 1890 spielte es eine große Rolle, ob Fürst Bismarck weiter an der Spitze der Geschäfte blieb oder durch einen anderen Reichskanzler ersetzt wurde.

Im Herbst 1918, als wir geschlagen waren und die Amerikaner mit immer neuen Massen in die Front einrückten, konnte Wilson die Forderung einer revolutionären Verfassungsänderung stellen. Der Rückschluß, daß die Alliierten oder Wilson schon im Februar dasselbe beabsichtigt hätten, ist natürlich nicht statthaft.

Ich will nicht unterlassen hinzuzufügen, daß man nicht wissen kann, wie weit der Mittelsmann im Haag authentisch unterrichtet und autorisiert gewesen ist. Es genügt ja aber zunächst, daß Oberst v. Haeften und zumal Ludendorff es geglaubt und die gebotene Hand ausgeschlagen haben, nicht weil ihnen der Mann keine Gewähr bot, sondern weil General Ludendorff die Bedingungen verwarf.

Wohlgemerkt, diese Bedingungen wurden uns geboten Ende Februar oder Anfang März, also v o r unserer großen Offensive und im Mai ist durch den Major Draudt im Haag abermals verhandelt worden (Kr. u. Pol., S. 294).

Daß unsere Gegner insgesamt niemals friedenswillig gewesen seien und keinen anderen Gedanken gehabt hätten, als Deutschland zu vernichten, ist also eine Vorstellung, die im Interesse der Wahrheit mit Entschiedenheit als unbegründet abgewiesen werden muß. Es handelt sich nicht um die Friedens w i l l i g k e i t, sondern um die Friedens b e d i n g u n g e n. Es handelt sich also auch bei Ludendorffs Strategie nicht, wie er uns in seinen Schriften glauben machen will, darum, die Feinde durch den deutschen Sieg friedenswillig zu machen, sondern ihnen die deutschen Friedensbedingungen aufzuerlegen. Wenn man der deutschen O. H. L. nachrühmen will, daß sie friedenswillig gewesen sei, so gab es bei den Feinden Staatsmänner, die es in noch höherem Maße waren, denn wir setzten Friedensbedingungen, die auch in dem kleinsten überlieferten Ausmaß (Lüttich und die Maaslinie oder wirtschaftliche Angliederung und lange Okkupation) für die Gegner schlechthin unannehmbar waren; jene aber stellten Bedingungen, die für Deutschland nicht nur einen guten, sondern sogar einen glänzenden Abschluß des großen Ringens bedeutet hätten. Unter dem Einfluß und unter der Führung der O. H. L. sind wir es gewesen, die das Eingehen auf Verhandlungen auf dieser Basis abgelehnt haben. Der Staatssekretär Kühlmann wollte es allerdings, aber der einzige Weg, der hätte zum Ziel führen können, die öffentliche und unwiderrufliche Erklärung über die völlige Herausgabe Belgiens war ihm — selbst angenommen, daß er selber die Notwendigkeit dieses Vorgehens eingesehen — durch den Widerspruch der O. H. L. versperrt. Ob dieser Widerspruch unüberwindlich geblieben wäre, wenn Deutschland einen anderen Reichskanzler gehabt hätte als den Grafen Hertling, muß dahingestellt bleiben. Daß aber gerade, wenn uns die Gegner Be-

dingungen zugestanden, die Deutschlands Großmachtstellung nicht nur bestehen ließen, sondern noch erhöhten, sie um so mehr darum besorgt sein mußten, ob der militärische Einfluß in der deutschen Regierung, der sich dem Eintritt in Verhandlungen hindernd in den Weg stellte, weiter die Vorherrschaft in Deutschland behielt, oder ob die Elemente unserer Verfassung, die im Reichstag die Friedensresolution beschlossen hatten, die Oberhand behalten würden, das liegt auf der Hand und erklärt, jenen dem Obersten v. Haeften zum Ausdruck gebrachten, nenne man es Wunsch, nenne man es Bedingung, daß das Deutsche Reich zum parlamentarischen System übergehe. Innere und auswärtige Politik sind letzten Endes nicht voneinander zu trennen und stehen in steter Wechselwirkung zueinander.

XI

Rückblick auf die verschiedenen Operationspläne

Die große Ludendorffsche Offensive ist gescheitert, weil die deutschen Kräfte für ein so großes Unternehmen nicht ausreichten, Ziel und Mittel nicht im Einklang standen, ganz abgesehen davon, daß die O. H. L. in der Ausführung die schwersten Fehler beging. Da muß man dann doch wohl noch auf die Frage zurückkommen, ob die beiden anderen, ursprünglich zur Erwägung gestellten Pläne bessere Chancen gehabt hätten. Der eine, von dem Chef der Operationsabteilung, Oberstleutnant Wetzell sowie von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz vertretene Plan war ein Angriff bei Verdun. Ludendorff lehnte ihn ab, weil der Erfolg nur von taktischer Bedeutung sein würde. Der andere, von der Heeresgruppe Rupprecht vertretene Plan war der Angriff in Flandern, etwa so wie er nachher zur Ausführung gelangt ist. Das K.sche Gutachten entscheidet sich dahin, daß jeder Plan seine Vorteile und Nachteile gehabt habe und daß verschiedene Wege nach Rom führen konnten. Ich sagte schon, daß ich ursprünglich sehr geneigt war, mich dieser Ansicht anzuschließen, aber ich bin von dieser Auffassung zurückgekommen. Wenn Exzellenz v. Kuhl in dem jetzt vorliegenden Gutachten die beiden Pläne als gleichwertig hinstellt, so ist das eine Selbstlosigkeit, die man im höchsten Grade anerkennen muß, aber um so mehr fühle ich mich verpflichtet, meinerseits hervorzuheben, daß nicht nur so, wie wir jetzt die Verhältnisse überblicken können, sondern auch so wie man sie schon damals in der O. H. L. ansehen mußte, die Kuhlsche Idee unzweifelhaft den Vorzug verdient hätte. Der Hauptgrund, weshalb der General Ludendorff sie nach seiner eigenen Angabe ablehnte, ist, daß wegen der im Frühjahr nassen Niederung bei Lille der Angriff in Flandern erst einige Wochen später stattfinden konnte, als der Angriff in der Picardie und daß wegen der zu erwartenden

Ankunft der Amerikaner einige Wochen Zeitgewinn sehr wichtig werden konnten. Ist dieses Argument aber durchschlagend? Die Offensive in Flandern ist ja nachträglich doch noch gemacht worden, knapp drei Wochen später als die Offensive in der Picardie. Hätte man hier, und wenn es auch nochmal zwei Wochen später war, einen wirklich großen Sieg erfochten und die Kanalküste mit Calais und Boulogne gewonnen, so war so Ungeheures erreicht und war das für die Erschütterung des feindlichen Kriegswillens sicherlich so wirksam, daß es nicht darauf ankommen konnte, ob der Sieg etwas früher oder später erfochten wurde. Das ist völlig unbestreitbar. Nicht der Zeitpunkt, sondern allein die größere oder geringere Chance des Erfolges hätte entscheiden dürfen. Ob wir bei der viel stärkeren Besetzung der englischen Front in Flandern durchgedrungen wären, läßt sich natürlich nicht mit Bestimmtheit sagen. Was das K.sche Gutachten dafür anführt, scheint mir aber höchst gewichtig. Namentlich, daß der Angriff mit geringeren Kräften ausgeführt werden konnte, die Möglichkeit also blieb, daneben einen Ablenkungsangriff in der Picardie zu machen.

Von den drei Plänen, zwischen denen der General Ludendorff sich zu entscheiden hatte, war die Offensive in der Picardie derjenige, der, wenn er gelang, die allergrößten Aussichten bot. Sowohl der Angriff bei Verdun wie der Angriff in Flandern hatten zwar auch ein sehr großes, aber doch beschränktes Ziel. (Kriegserin. S. 473.) Ludendorff wählte das allergrößte und scheiterte, weil die Kräfte dazu nicht ausreichten. Die wichtige Eigenschaft jedes praktisch Handelnden, das richtige Abmessen von Ziel und Mitteln hatte gefehlt. Aber nicht nur diesmal. Wo man auch General Ludendorffs Tun nachprüft, stößt man immer von neuem auf dasselbe Manko. Auch von dem berühmten, von ihm entworfenen sogenannten Hindenburg-Programm für die deutschen Rüstungen hat ja kein anderer als Helfferich geurteilt, „man hätte mit weniger Arbeitskräften und Material erheblich mehr für die Ausrüstung des Heeres geleistet und unserer Wirtschaft Störungen und Erschütterungen erspart, die letzten Endes an die Wurzel der Widerstandskraft des deutschen Volkes gingen.“ Es wurde viel mehr unternommen als ausgeführt werden konnte. Vierzig Hochöfen wurden mit aller Kraftanstrengung aufgebaut und konnten dann nicht angeblasen werden, weil die Transportmittel versagten.

Kehren wir von hier noch einmal zu der Differenz zwischen dem Ludendorffschen Plan auf der einen Seite, dem Kuhlschen und dem Wetzellschen Plan auf der anderen Seite zurück, so ergibt sich ein viel tieferer Gegensatz als die bloße Frage, ob der Angriff hier oder da besser angesetzt wurde. Der Ludendorffsche Plan war angelegt auf die Aufrollung der ganzen englischen Armee, in seiner Erweiterung sogar auf den Sieg auch über die Franzosen. Kuhl und Wetzell hatten beschränkte Ziele und in dieser Beschränkung steckt ein poli-

tischer Gedanke. Mit erfolgreichen Einzelschlägen war wohl ein guter Friede, aber nicht die Herrschaft über Belgien zu erlangen. Das K.sche Gutachten (Zweiter Teil, S. 173) sagt: „Wohl war es erreichbar, den Feind durch die weiteren Operationen, insbesondere durch einen nochmaligen entscheidenden Sieg über die Engländer in eine so ungünstige Lage zu bringen, daß er zum Frieden geneigt war." Das wird freilich gesagt von der Lage im Juli, ist aber natürlich ebenso und noch besser anzuwenden auf die Lage im März und stimmt völlig überein mit dem, was ich in meinem ersten Gutachten ausgeführt habe. Das Siegel auf unsere trotz der Differenzen im einzelnen im Grunde übereinstimmenden Auffassung drückt schließlich der Satz (Er. 48), daß wir den Verzicht auf Belgien hätten aussprechen sollen. Ja, wenn das geschehen wäre! Hieran hing alles. Hier wird aber auch die letzte Erklärung liegen, weshalb der eine der beiden Strategen die Offensive in der Picardie vorzog, der andere die Offensive in Flandern. Dieser wollte auf Belgien verzichten, jener nicht. Sollte das nicht wenigstens unbewußt mitgespielt haben?

XII

General Ludendorffs Verteidigung

General Ludendorff hat in zwei Artikeln im Militär-Wochenblatt (21. November und 1. Dezember 1922) gegen mein erstes Gutachten Einspruch erhoben. Ich werde mich Punkt für Punkt mit seinen Einwendungen auseinandersetzen.

1. L. behauptet, er sei stets mit einem für den Feind billigen und für uns bescheidenen Frieden einverstanden gewesen. Was Ludendorff für einen bescheidenen und für den Feind billigen Frieden verstand, haben wir gesehen. Zum mindesten wollte er immer Lüttich, meist aber die mittelbare Herrschaft über ganz Belgien.

2. L. schreibt, sein Vertreter in Berlin, v. Haeften, sei „in seiner lebhaften Art zuweilen für die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens eingetreten, und darin habe sich seine Anschauung mit denen L.s in der Theorie nicht gedeckt". General Haeften ist keineswegs bloß zuweilen, sondern ständig und mit Entschiedenheit für den Verständigungsfrieden eingetreten, und die Differenz zwischen ihm und seinem Chef war keineswegs bloß eine theoretische.

3. L. beruft sich darauf, daß der Staatssekretär v. Kühlmann eine öffentliche Erklärung über Belgien abgelehnt habe. Das ist richtig und belastet den Staatssekretär aufs schwerste, entlastet aber nicht den General L., der bei dem ihm bekannten Kräfteverhältnis auf diese Erklärung hätte dringen müssen. Herr v. Kühlmann wollte übrigens die öffentliche Erklärung über Belgien deshalb nicht, weil er in

der verhängnisvollen Täuschung befangen war, einen anderen Weg zu Verhandlungen zu besitzen, wobei er sie dann aussprechen wollte, und zwar vollständig, nicht bloß wie L. mit Vorbehalten.

4. L. behauptet, er habe sich der Entscheidung des Kaisers im Kronrat von Bellevue am 11. September gefügt, und sein Schreiben vom 14. September hätte nur seine Ansichten feststellen sollen für den Fall, daß der Frieden im Jahre 1917 nicht zustande kam, und daneben den Reichskanzler an die Stellungnahme der O. H. L. erinnern, um der deutschen Vertretung bei etwaigen Verhandlungen den Rücken zu stärken. Dabei beschuldigt er die Regierung einer inneren defaitistischen Politik. Hier ist ausgelassen, daß L. mit dem Jahre 1918 seine alte Forderung ausdrücklich wieder aufgenommen hat, und ich glaube oben nachgewiesen zu haben, daß eine derartige Haltung der O. H. L. den Verständigungsfrieden unmöglich machte. Ich gebrauche den Ausdruck ungern, aber es scheint mir der einzige zutreffende zu sein: das Verhalten der O. H. L. war nichts anderes als Friedenssabotage.

5. L. verwahrt sich dagegen, daß ihm ein „doppeltes Gesicht" angedichtet werde. Der Ausdruck stammt von seinem Anhänger und Verteidiger, dem General v. Haeften. Der Ausdruck würde, rein militärisch gefaßt, auch keinen Vorwurf bedeuten. Weshalb er für den General L. tatsächlich einen Vorwurf bedeutet, habe ich oben dargelegt. Die Stellungnahme der O. H. L. war nicht, wie L. behauptet, „einfach, klar und folgerichtig", sondern sie war unklar, schwankend und doppelzüngig. L. erklärt immer wieder, daß es für uns nur Sieg oder Niederlage und kein Mittelding gegeben habe. Zugleich aber verlangt er, daß die Diplomatie die militärischen Erfolge der Frühjahrsoffensive hätte ausnutzen sollen. Da er nun aber selber zugibt, daß diese Erfolge den Erwartungen nicht entsprochen hätten, der Feind nicht wirklich besiegt war, so wäre eine Verhandlung auf dieser Basis doch das Mittelding gewesen, das er für unmöglich erklärt.

6. L. behauptet, was die O. H. L. von Friedensbedingungen vernommen habe, zu denen die Entente bereit sei, sei so unerhört gewesen, daß nur ein zerschlagenes Deutschland sie auf sich nehmen konnte. Was ein zerschlagenes Deutschland für Friedensbedingungen annehmen mußte, wissen wir ja jetzt und weiß auch General Ludendorff. Wenn L. heute zugäbe, daß er die Kräfte falsch eingeschätzt habe und daß es richtig gewesen wäre, auf diese Bedingungen einzugehen, so würde man sich mit einem solchen Schuldbekenntnis zufrieden geben müssen und brauchte ihn nicht weiter anzuklagen. Wenn er aber noch heute erklärt, daß nur ein zerschlagenes Deutschland auf solche Bedingungen, wie die Gegner sie damals anboten, hätte eingehen können, so kann das so ausgelegt werden, daß er damit noch nachträglich denjenigen unserer Feinde recht gibt, die behaup-

teten, daß es unmöglich gewesen sei, mit Deutschland zu einem vernünftigen Frieden zu gelangen.

7. L. behauptet, daß die Kriegsziele bei der Offensive keine Rolle gespielt hätten. Ich glaube oben dargelegt zu haben, daß umgekehrt die Offensive nur durch das ungeheuerliche Kriegsziel, das General Ludendorff sich gestellt hatte, erklärt und gerechtfertigt werden kann und von ihm auch zugestandenermaßen in diesem Sinne unternommen worden ist.

Irgendeinen Grund, weshalb man den General Ludendorff schonen und seine Mängel und Fehler mit dem Mantel der Liebe zudecken sollte, vermag ich nicht zu entdecken. Daß viele wackere Patrioten noch immer an ihn glauben und es schmerzlich empfinden, daß er entlarvt wird, kann keine Veranlassung geben, mit der Wahrheit zurückzuhalten. Eine schonendere Form? Welchen Anspruch auf Schonung hat ein Mann, der selber in seinen Büchern und Schriften unausgesetzt nicht nur seine politischen Gegner, sondern auch das deutsche Volk in der ungeheuerlichsten Weise beschimpft und seine eigene Schuld auf Mitarbeiter und Heer abzuschieben sucht? Der imstande ist zu schreiben: „Die Vertreter des Verständigungsfriedens haben auf Kosten des deutschen Volkes Politik getrieben. Unser Volk büßt diese Erkenntnis mit seinem Leben, seiner Ehre und seiner Freiheit."

XIII

Der gescheiterte Angriff bei Reims und die Niederlage

Ich habe dem, was das K.sche Gutachten über diesen Abschnitt sagt, nur wenig hinzuzufügen. Der Angriff bei Reims scheiterte daran, daß die Franzosen unsere Angriffsmethode nun allmählig kennengelernt und sich darauf eingerichtet hatten, und daß der Plan ihnen bekannt geworden war. Daß die Franzosen imstande waren, auch unehrenhafte Mittel anzuwenden, um Auskünfte zu erlangen, erfahren wir aus Pierrefeu. Sie hatten einmal einen Offizieraspiranten gefangengenommen, der, als er ausgefragt wurde, pflichtgemäß irreführende Angaben machte. Darauf wurde ihm eröffnet, er habe das Recht zu schweigen; wenn sich aber herausstellen sollte, daß er falsche Angaben gemacht habe, so würde das als ein Akt der Spionage behandelt und demgemäß mit ihm verfahren werden. Darüber wurde der Elende schwach und verriet, was er über einen bevorstehenden Angriff wußte. Eine Übertreibung ist es natürlich, den Mißerfolg kurzweg auf den Verrat oder auf die Schwatzhaftigkeit, die irgendwo etwas hatte durchsickern lassen, zurückzuführen. Ein militärisches Unternehmen, das auf Überraschung gegründet ist, muß, wie oben

schon ausgeführt, immer mit solchen Zufällen rechnen; sie sind sehr häufig und es ist eher zu verwundern, daß uns die Überraschung mehrfach so glänzend gelang, als daß sie einmal mißlang.

Auch wir wurden von den Gegenangriffen, die nunmehr einsetzten, überrascht, sowohl am 18. Juli wie am 8. August, und wurden geschlagen. Das K.sche Gutachten wirft die Frage auf, ob die Führung oder die Truppen die Schuld hätten, und beantwortet diese Frage dahin, daß man der Truppe die Schuld nicht zuschreiben könne.

Trotzdem wird die Führung im ganzen und großen gerechtfertigt und namentlich stark betont, daß sie keine Wahl gehabt hätte, daß sie die Waffenentscheidung notwendig hätte anrufen müssen. Wenn nun aber trotzdem nach der Niederlage Verhandlungen eingeleitet werden sollten, von denen man einen Erfolg erhoffte — warum war das nicht früher möglich? Inwiefern hatte die O. H. L. keine Wahl? Mir scheint es sehr klar, daß sie die Wahl hatte, entweder anzugreifen oder der Reichsregierung zu raten, daß sie auf Grund der Anfang März, also vor dem Beginn der Offensive, von Oberst v. Haeften überbrachten Bedingungen Frieden anbiete. Ludendorff schreibt: „Der Versuch, die Völker der Entente durch deutsche Siege vor Ankunft der amerikanischen Verstärkungen friedenswillig zu machen, war gescheitert.“ Ich sehe in diesem Satz das Gegenteil der Wahrheit. Von den Feinden hatten sowohl die amerikanische wie die englische Regierung sehr vorsichtig, aber doch deutlich genug gezeigt, daß sie friedenswillig seien. Sie waren allerdings nicht willig zu einem Frieden auf die von Deutschland in Aussicht stehenden Bedingungen. Was den Frieden verhinderte, war also nicht bloß der jenseitige Vernichtungswille, sondern auch die wahnwitzigen Bedingungen, die die O. H. L. für Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes erklärte. Für diese Bedingungen sind die Millionen in den Tod geschickt worden. Wolfg. Foerster freilich in seiner Schrift (III S. 79) erklärt, „ein Feldherr, der auf die Haeftenschen Vorbedingungen hin ohne an die Waffenentscheidung zu appellieren, auf Anbahnung von Friedensverhandlungen gedrungen hätte, wäre dem Fluche des Vaterlandes verfallen.“ Heute ist es wohl nicht schwer, diesen Satz dahin zu modifizieren, daß wohl die in der Vaterlandspartei vereinigten Patrioten mit ihrem Fluch nicht zurückgehalten hätten, daß der Feldherr aber in Wahrheit den Segen des Vaterlandes verdient haben würde, und daß die ganz überwiegende Mehrheit des Volkes und des Heeres auch damals für einen solchen Entschluß dankbar gewesen wäre. Vielleicht wäre trotz eines solchen Versuches der Friede dennoch nicht zustande gekommen, aber dann hätte wenigstens das deutsche Volk das gute Gewissen, was an ihm lag, dafür getan zu haben.

XIV

Erwiderung auf die von Exzellenz v. Kuhl gegen mein erstes Gutachten erhobenen Einwände

1. Über die Verteilung der Verantwortung zwischen dem Kaiser, dem Feldmarschall Hindenburg und dem General Ludendorff habe ich bereits gesprochen.

2. K. läßt mich sagen: „Ein operativer Durchbruch war an sich wegen der Schwierigkeit des Nachschubs ausgeschlossen. Freilich wäre er beinahe doch noch geglückt, aber nur infolge der unglaublichen Fehler der Gegner.“ Diese Sätze kann ich nicht als ganz zutreffende Wiedergabe meiner Ansicht anerkennen. Die Gewinnung von Amiens ist noch nicht gleichzusetzen mit einem operativen Durchbruch. Wenn das in meinem Gutachten nicht völlig deutlich zum Ausdruck gekommen sein sollte, so hole ich das hiermit nach.

3. Ich bin mit K. darin völlig einig, daß, wenn unsere Kräfte zur völligen Niederwerfung des Gegners nicht ausreichten, man danach streben mußte, durch möglichst entscheidende Siege den Gegner friedenswillig zu machen.

Ich glaube aber oben nachgewiesen zu haben, daß zwischen einer Strategie, die auf völlige Niederwerfung des Gegners ausgeht, und einer Strategie, die den Gegner nur friedenswillig machen soll, nicht, wie K. meint, kein wesentlicher, sondern ein fundamentaler Unterschied ist.

4. K. meint, es sei doch wohl anzunehmen, daß General Ludendorff sein Kriegsziel in bezug auf Belgien einzuschränken bereit gewesen wäre, wenn sich eine Friedensmöglichkeit gezeigt hätte. Ich antworte, daß sich in den Haeftenschen Bedingungen anscheinend eine Friedensmöglichkeit gezeigt hatte, daß General Ludendorff aber daraufhin nichts von einer Einschränkung seiner Forderungen hat merken lassen, und daß es sich auch nicht um eine Einschränkung, sondern um den völligen Verzicht auf Belgien handelte.

5. „Taktische Teilschläge mit beschränktem Ziel“ konnten allerdings keine genügende Wirkung haben, solange man Ludendorffsche Kriegsziele im Auge hatte. Für einen Verständigungsfrieden aber hätten sie zweifellos die allerstärkste Wirkung ausgeübt.

6. K. sagt, die März-Offensive hätte ein großes operatives Ziel erreichen können. Weshalb hat sie es nicht erreicht? Ich sehe nicht, daß aus dem K.-Gutachten etwas anderes herausgelesen werden kann als: durch die fehlerhafte Führung.

7. K. hält mir entgegen, was wir von Wilson und Lloyd George zu halten hätten, hätten wir seit dem Kriege zur Genüge erfahren. Ich sehe nicht, wie das gegen mich sprechen soll. Denn daß diese Politiker, nachdem wir abgelehnt hatten, auf ihre Annäherung einzugehen und nunmehr vollkommen geschlagen waren, sich anders

zu uns stellten, ist doch nicht mehr als selbstverständlich. Ich sehe auch nicht, daß Kundgebungen aus französischen militärischen Kreisen oder Äußerungen Clemenceaus gegen die Möglichkeit, in England der Friedenspartei die Oberhand zu verschaffen, beweisen sollen. Auch das Zeugnis aus dem Buch von Dewar und Boraston hebt die entgegengesetzten Zeugnisse aus den Kreisen der englischen Politiker nicht auf. Daß es in England neben der Friedenspartei auch eine Kriegspartei gab, ist unbestritten.

8. „Von Verständigung und Frieden hatte Deutschland bereits mehr als genug geredet, ohne irgendwelchen Anklang zu finden", sagt K. Ich habe bereits oben dargelegt, daß unsere Annäherungsversuche deshalb keine gute Aufnahme fanden und finden konnten, weil sie so gefaßt waren oder von solchen Stellen ausgingen, die kein Vertrauen in ihre Ehrlichkeit oder in ihre Fähigkeit, ihre Wünsche durchzuführen, zu erwecken vermochten.

9. Die deutsche Friedensresolution hatte als solche die denkbar günstigste Wirkung, aber der praktische Erfolg blieb ihr versagt, weil die Regierung unter dem Einfluß der O. H. L. sie nicht aufrecht erhielt, sondern sie praktisch fallen ließ und andere Wege einschlug

10. K. eignet sich den Satz des Generals Ludendorff an: „Der Reichskanzler und die Mehrheit des Reichstages konnten und wollten nicht verstehen, daß es aus unserem Daseinskampf keinen anderen Ausweg geben konnte als einen Sieg. Sonst standen wir vor dem Vernichtetwerden." Ich habe oben dargelegt, daß dieses „entweder oder" mit den Tatsachen nicht übereinstimmt, sondern daß es dazwischen sehr viele und für uns sehr günstige Übergangsstufen gab, und daß auch Ludendorff selbst das sehr gut gewußt hat.

11. K. sagt, daß die jenseitige Friedenswilligkeit nicht durch Friedensangebote, auch nicht in Verbindung mit Teilangriffen mit beschränktem Ziel, sondern nur durch möglichst entscheidende, operativ sich auswirkende Siege zu erreichen war. — Wenn nun aber zu solchen Siegen unsere Kräfte nicht ausreichen? Gab es dann nur noch den Versailler Diktatfrieden? Für einen Frieden auf der mittleren Linie wären doch auch wohl „Siege mit beschränktem Ziel" verbunden mit einem Friedensangebot recht praktisch gewesen.

12. Daß die Erklärung des Verzichts auf Belgien uns „ohne weiteres" den Verständigungsfrieden gebracht haben würde, habe ich niemals behauptet.

13. K. weist darauf hin, daß das Unterbleiben der Erklärung über Belgien nicht lediglich der O. H. L., sondern auch der politischen Leitung zur Last zu legen ist. Das ist auch meine Ansicht.

14. K. will, daß die Ludendorffschen Kriegsziele auf die Kriegshandlung ohne Einfluß gewesen seien. Ich glaube oben das Gegenteil nachgewiesen zu haben. K. weist hin auf die gemäßigten Äußerungen Ludendorffs am 1. Juli und später. Leider war es damals

schon zu spät. Die Bemerkung, daß die Ansichten der Heeresleitung und der politischen Leitung damals nicht erheblich auseinandergegangen seien, ist wohl annähernd richtig. Wenn es aber schon ein halbes Jahr früher so gewesen wäre, so sähe es heute in Deutschland anders aus.

15. Über den Charakter und den inneren Widerspruch der März-Offensive habe ich mich oben genügend ausgesprochen. Wenn K. meinen Satz, daß man „von vornherein bald diese bald jene Stelle anpacken" wollte, ergänzt durch den Zusatz „somit nur Teilschläge führen wollte", so gibt das meine Ansicht nicht ganz zutreffend wieder. Ich habe deutlich genug und wiederholt gesagt, daß Ludendorff zur Operation zu gelangen wünschte, daß er also nicht von vornherein nur Teilschläge führen wollte. Mein Vorwurf ist, daß er seinen strategischen Gedanken nicht klar gefaßt und nicht standhaft durchgeführt hat.

16. K. fragt: „Glaubt irgend jemand, daß in diesem Augenblick (nach dem großen taktischen Erfolg im März) ein Friedensangebot auch die geringste Aussicht gehabt hätte?" Ich antworte darauf: Ja, ich glaube das; es konnte für ein solches Angebot gar keinen günstigeren Moment geben, und da Ludendorff selber sogar noch im Oktober einen Wilson-Frieden für möglich gehalten hat, so kann er auch damals, im März-April, nicht im Zweifel gewesen sein, daß ein Friedensangebot noch viel größere Wahrscheinlichkeit des Erfolges hatte.

17. K. sagte, er halte sich auch heute nicht für zuständig, zu sagen, wie es hätte besser gemacht werden können, und habe sich darauf beschränkt, mit großem Vorbehalt in einzelnen Fällen Ausstellungen und Vorschläge zu machen. Ich antworte: Diese Ausstellungen und Vorschläge betreffen sehr wichtige Punkte, sind von der allergrößten Tragweite und stimmen sachlich zu einem erheblichen Teil mit dem überein, was ich meinerseits gesagt habe.

18. Über die Möglichkeit und Rätlichkeit von Offensiven in Rußland und Italien habe ich mich bereits oben genügend geäußert.

19. Zu dem oben über den Repingtonschen Artikel Gesagten füge ich noch hinzu, daß darin ausdrücklich gesagt ist, daß die Entente jetzt im Westen einen Defensiv-Feldzug führe, daß Lloyd George es abgelehnt habe, der Front die genügenden Verstärkungen zuzuführen, was Männer wie Clemenceau oder Wilson sicher tun würden, und daß endlich die englischen Kräfte für einen Feldzug gegen die Türken in Syrien eingesetzt werden sollten, was eine Aktion auf sehr lange Sicht sei. Die Amerikaner sind nicht ausdrücklich erwähnt, aber die Ergänzung, daß man vor ihrer Ankunft an der Westfront nicht offensiv werden wolle, liegt auf der Hand. Ich habe also den Inhalt des Artikels durchaus richtig referiert. Er ist in den im Kriegspresseamt zusammengestellten „Nachrichten der Auslandspresse" vom 20. Februar

1918 vollständig wiedergegeben. Im Militär-Wochenblatt sind nach meiner Erinnerung nur Bruchstücke abgedruckt worden.

20. Daß die O. H. L. bei dem Michael-Angriff einen großen strategischen Plan verfolgte, brauchte mir nicht bewiesen zu werden, denn das habe ich selber mit allem Nachdruck gesagt. Mein Vorwurf aber ist, daß sie sich von diesem großen strategischen Plan ablenken ließ und der Armee Hutier eine Richtung gab, die tatsächlich „ins Leere" führte. Oder wie soll man es bezeichnen, wenn festgestellt wird, daß auf einer Front von zwei deutschen Meilen kein feindlicher Soldat mehr stand und dennoch nichts getan werden konnte?

21. Über das Verhältnis von Strategie und Taktik in der März-Offensive habe ich mich oben genügend geäußert.

22. Ich habe gesagt, daß mir von einem sachverständigen Großgrundbesitzer aus der Ukraine versichert worden sei, Rinder und Pferde hätte man aus diesem Gebiet auch ohne Besetzung haben können. K. fragt, wie das hätte gemacht werden sollen. Die Antwort lautet: Durch die jüdischen Händler, die gut bezahlt es fertig gebracht haben würden, und auch die allerreichlichste Bezahlung solcher Händler wäre für die deutsche Kriegskasse im Verhältnis zu der Besetzung des ganzen Landes immer noch ein sehr gutes Geschäft gewesen.

23. Über den Zusammenhang unseres Erfolges mit den Fehlern der feindlichen Führung habe ich mich oben genügend geäußert und glaube, daß hier eigentlich zwischen K. und mir kein wesentlicher Unterschied ist. Auch darin bin ich mit K. einig, daß ein Erfolg wie der am Damenweg nur durch Überraschung zu erzielen war, aber das, was wir erreichten, war noch keineswegs ein Durchbruch mit operativer Auswirkung.

24. K. schreibt: „Eine Verständigung, d. h. eine Einigung auf Grund annehmbarer Bedingungen erschien nur möglich, wenn durch möglichst entscheidende, operativ sich auswirkende Siege der Gegner friedenswillig gemacht wird." Ich habe meinerseits geschrieben: „durch möglichst schwere Schläge". Was ist zwischen einem „möglichst schweren Schlag" und einem „möglichst entscheidenden, operativ sich auswirkenden Siege" für ein Unterschied? Wenn es möglich war, den „möglichst schweren Schlag" zu einem sich „operativ auswirkenden Siege" zu gestalten, ohne eine Überspannung der Kräfte herbeizuführen, so entspricht das ganz genau dem, was ich meine.

25. K. zitiert, daß die O. H. L. für eine entgegenkommende Erklärung über Belgien eingetreten sei, ohne damit einen Erfolg zu erzielen. Ich habe oben dargelegt, daß es sich nicht um eine entgegenkommende Erklärung über Belgien handelte, sondern um einen unbedingten, ehrlichen und rückhaltlosen Verzicht, und diesen hat die O. H. L. niemals angeraten.

26. K. schreibt: „Das Einverständnis der O. H. L. mit einer Er-

klärung über Belgien öffentlich hervorzuheben, war weder nötig noch zweckmäßig." Das habe ich auch weder verlangt noch empfohlen. Was die O. H. L. hätte tun müssen, war nach meinen obigen Darlegungen, der Regierung anzuraten, daß sie die Erklärung abgebe, die politischen Führer in der Stille aufzuklären und keinen Widerspruch laut werden zu lassen.

27. K. will, daß nicht General Ludendorff unsere Niederlage verschuldet habe, sondern daß die Schuld hauptsächlich in Verhältnissen lag, die auch er nicht zu meistern vermochte. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß die Verhältnisse durchaus günstig für uns lagen, Deutschland in seiner unversehrten und sogar noch gehobenen Großmachtstellung zu behaupten, und daß die ganz vorwiegende Schuld, daß das nicht gelungen ist, in der Persönlichkeit des Generals Ludendorff gesucht werden muß.

Übereinstimmung zwischen General v. Kuhl und mir.

Nachdem die Differenzen zwischen General v. Kuhl und mir eingehend besprochen worden sind, dürfte es für die völlige Klarstellung nützlich sein, wenn ich auch die wesentlichen Punkte, wo wir übereinstimmen, zusammenstelle.

1. K. ist wie ich der Ansicht, daß die Erklärung über Belgien, worunter doch wohl nichts anderes als der ehrliche und völlige Verzicht verstanden werden kann, hätte abgegeben werden sollen.

2. K. hat zwar nicht ausdrücklich zugestimmt, aber auch keinen Widerspruch erhoben gegen meine Darlegung, daß es in England eine sehr starke und angesehene Friedenspartei gab.

3. Ich bin mit K. darin einig, daß die Ausrüstung des deutschen Heeres im Frühjahr 1918 in mannigfacher Beziehung unzulänglich, das Zahlenverhältnis nur ungefähr im Gleichgewicht war und die O. H. L. nichtsdestoweniger eine Operation allergrößten Stils mit dem Ziel einer völligen Niederwerfung des Feindes ins Auge faßte.

4. Ich bin mit K. darin einig, daß die O. H. L. den Angriff, sowohl was die Vorbildung der Truppen wie was das Moment der Überraschung betrifft, mit höchster Tatkraft und Umsicht virtuos vorbereitet hat.

5. Ich stimme mit K. darin überein, daß bei der Verteilung der Kräfte für die Offensive der Defensivflügel reichlich stark, der Offensivflügel zu schwach ausgestattet war.

6. Ich bin mit K. der Ansicht, daß, als nun infolge dieser Kräfteverteilung der Offensivflügel (Below) hängenblieb, der Defensivflügel (Hutier) durchbrach, mit einer gewissen Zwangsläufigkeit auf der Linie dieses Erfolges nachgestoßen, dadurch aber der Offensivgedanke verändert und die Gefahr der Zersplitterung heraufbeschworen wurde.

7. Infolge dieser Zersplitterung, letzten Endes also infolge der unrichtigen, der Schlachtidee nicht entsprechenden Kräfteverteilung, ist die Schlacht verloren gegangen, d. h. trotz des taktischen Erfolges der strategische Erfolg nicht erreicht worden. Das wird von K. nicht so ausgesprochen, scheint mir aber in der Konsequenz seiner sachlichen Feststellungen zu liegen, so daß ich glaube sagen zu dürfen, daß wir auch hierin einig sind.

8. K. und ich und auch Oberst Schwertfeger sind darin einig, daß am 14. August der General Ludendorff die politische Reichsleitung über die militärische Lage nicht mit der gebotenen Klarheit informiert hat[1]).

---

[1]) Dazu hat der Sachverständige General v. Kuhl folgende Erklärung abgegeben:

Schlußerklärung

Herr Geheimrat Professor Dr. Delbrück hat im 2. Teil seines Gutachtens behauptet, „daß in der sachlichen Kritik der Ludendorffschen Strategie zwischen ihm und mir kaum ein Unterschied bestehe". Er hat sodann in einer besonderen Zusammenstellung unter der Überschrift „Übereinstimmung zwischen General von Kuhl und mir" acht Punkte aufgeführt, in denen diese Übereinstimmung hauptsächlich vorhanden sein soll.

Zunächst stelle ich fest, daß in diesen acht Punkten meine Ansicht vielfach ungenau oder unzutreffend wiedergegeben ist. Insbesondere habe ich niemals behauptet, daß die März-Offensive 1918 infolge der Zersplitterung und unrichtigen Kräfteverteilung verloren gegangen sei. Ich habe ferner stets durchaus bestritten, daß es bei unseren Gegnern eine einflußreiche Friedenspartei gegeben habe.

Ich muß mich gegen jeden Versuch, eine Übereinstimmung meiner Ansicht über die Strategie Ludendorffs mit der des Herrn Geheimrats Delbrück zu konstruieren, aufs schärfste verwahren. Ich habe in meinen Gutachten den Gegensatz, in dem ich zu den Ansichten des Herrn Geheimrats Delbrück stehe, stets auf das schärfste betont. Insbesondere muß ich seinem Urteil über die Persönlichkeit, den Charakter und die Kriegführung des Generals Ludendorff um so entschiedener entgegentreten, als sein ganzes Gutachten hauptsächlich einen persönlichen Angriff gegen den General bildet.

Ich habe meinen grundsätzlichen und unüberbrückbaren Gegensatz zum Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück in einem besonderen Abschnitt des 2. Teiles meines Gutachtens („Stellungnahme zu dem Gutachten des Herrn Geheimrats Delbrück", S. 215 ff.) ausführlich begründet. Wie hiernach „in der sachlichen Kritik der Ludendorffschen Strategie" zwischen uns beiden „kaum ein Unterschied" bestehen soll, ist mir unerklärlich. Ich beziehe mich auf diese Stellungnahme und halte es für nutzlos, diese Ausführungen zu wiederholen.

XV

Der Zusammenbruch

Mein Korreferat hat sich bis hierher wesentlich an das Gutachten des Generals v. Kuhl angelehnt. So sehr sich unsere beiden Schriftstücke in den Formulierungen unterscheiden und so manche Einzelpunkte auch zwischen uns strittig geblieben sind, so glaube ich doch sagen zu dürfen, daß in der sachlichen Kritik der Ludendorffschen Strategie zwischen uns kaum ein Unterschied besteht[1]). Den letzten Abschnitten des K.schen Gutachtens bleibt mir nur übrig, einfach zuzustimmen. Von jetzt an setzt nun die selbständige Schwertfegersche Untersuchung ein, und auch ihr kann ich nicht nur in allem Wesentlichen sachlich zustimmen, sondern treffe mich auch in den Formulierungen mit ihm in noch höherem Grade als mit General v. Kuhl. Mein Korreferat darf sich also darauf beschränken, einige Punkte zu bezeichnen, wo ich abweichender Meinung bin, sowie diejenigen Sätze aus dem Schwertfegerschen Gutachten herauszuheben und zu unterstreichen, wo ich zustimme und von denen ich glaube, daß sie für den Kommissionsbericht und die Öffentlichkeit von ganz besonderer Bedeutung sind. Dabei ergeben sich dann auch einige Ergänzungen.

1. Sch. sagt im Eingang, die unerläßliche Voraussetzung für eine politische Auswertbarkeit unserer militärischen Lage sei der siegreiche Ausgang der Offensive gewesen, und diese sei befohlen worden, weil es nicht möglich und aus dieser Überzeugung heraus nicht ernstlich versucht worden war, mit den Mitteln der Politik zu Besprechungen mit den Feinden zu gelangen.

Ich habe gegen diese Sätze einzuwenden, daß es sehr wohl möglich gewesen wäre, zu Besprechungen mit den Gegnern zu gelangen, sobald man die unerläßliche Vorbedingung, den ehrlichen Verzicht auf Belgien, aussprach.

(Fortsetzung der Schlußerklärung des Sachverständigen General v. Kuhl)

Der Gegensatz zwischen dem Herrn Geheimrat Delbrück und mir ist ferner während der mündlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses sowohl in der ganzen Auffassung wie fast in allen Einzelfragen dauernd aufs schärfste hervorgetreten. Ich beziehe mich hierbei auf die Protokolle. Aus welchem Grunde Herr Geheimrat Delbrück trotzdem eine Übereinstimmung festzustellen sucht, ist mir nicht erklärlich.

v. Kuhl

---

[1]) Vgl. dazu die obige Erklärung des Generals v. Kuhl. (D. Her.)

2. Das Gutachten sagt, daß Ludendorff für die Förderung der Friedensoffensive in England alles getan habe, was militärischerseits damals möglich war — abgesehen von der Erklärung über Belgien. Ich halte es für nötig, hinzuzufügen, daß ohne die Erklärung über Belgien alles andere nutzlos war. Ohne die genügende Betonung dieses Satzes erhält die Sch.sche Darstellung sozusagen eine falsche Klangfarbe.

3. Die Bemerkungen Ludendorffs und Bauers zu der Niemannschen Denkschrift Anfang August werden als Beweise angeführt, daß Ludendorff damals ehrlich geglaubt habe, daß Politik und Kriegführung jetzt (nach dem Abgang Kühlmanns) einträchtig zusammenarbeiteten.

Was nachfolgt, scheint mir wohl zu beweisen, daß der Staatssekretär v. Hintze vertrauensvoll mit General Ludendorff zusammenzuarbeiten trachtete, ob es aber auch umgekehrt der Fall war, bleibe noch dahingestellt.

4. Fast das Wichtigste in dem Sch.schen Gutachten scheint mir der schon in dem ersten Teil angelegte und hier weiter ausgeführte Nachweis zu sein, daß die O. H. L. tatsächlich die politische Reichsleitung sowohl wie den Kaiser selbst als Faktoren der Reichspolitik aus der Kriegführung so gut wie ausgeschaltet und die Führung selber in die Hand genommen hatte, ohne jedoch dafür auch die Verantwortung zu übernehmen. Der Kaiser wußte sehr gut, wie verständnislos Ludendorff der Politik gegenüberstand, aber er fühlte sich machtlos. „Von einem Führertum des Obersten Kriegsherrn konnte schon im Januar 1918 gar nicht mehr gesprochen werden, und der Reichskanzler Graf Hertling bewegte sich in einer „geradezu subalternen Rolle". „Die politischen Geschäfte waren völlig in die Abhängigkeit von der militärischen Leitung geraten."

Der Kaiser sah auch sehr wohl, daß die Truppen überanstrengt wurden, daß ihnen zu viel zugemutet wurde. Aber Ludendorff ließ sich nicht dreinreden.

Gemäß diesen Feststellungen scheint es mir eine unzulässige Abschwächung zu sein, wenn an anderen Stellen wieder die Verantwortung des Kaisers als des Obersten Kriegsherrn betont wird.

5. Das Sch.sche Gutachten, in Übereinstimmung mit dem Kuhlschen Gutachten, stellt fest, daß die O. H. L. in den Konferenzen vom 13. und 14. August, nach der Niederlage, den Reichskanzler und das Auswärtige Amt nicht mit genügender Klarheit über die militärische Lage informiert hat. An dieser Stelle scheint es mir nötig, noch etwas tiefer zu graben. Ist diese verhängnisvolle Unterlassung absichtlich oder aus bloßer Fahrlässigkeit geschehen? An demselben Tage wie mit dem Staatssekretär Hintze sprach Ludendorff auch mit dem

Obersten v. Haeften über die Lage, und dieser hat aufgezeichnet, daß, wenn der General sie den Staatsmännern auch nur annähernd in der gleichen Deutlichkeit geschildert habe wie ihm, diese hätten wissen müssen, daß es die höchste Zeit sei zum politischen Handeln, und keine Stunde mehr verloren werden dürfe. In vollem Gegensatz hierzu spricht sich das Protokoll des Kronrats durchaus zuversichtlich aus, und die Fassung ist sogar in diesem Sinne von Ludendorff persönlich noch verschärft worden, und 14 Tage später (1. September) hat Ludendorff zu dem Obersten v. Mertz, Abteilungschef in der O. H. L., geäußert, er habe das Auswärtige Amt den üblen Stand an der Front nicht wissen lassen, da das zu einer Katastrophe führen würde. An mich ist diese Erzählung gelangt in der Form, daß Ludendorff dem Obersten auf seine Frage, ob er das Auswärtige Amt unterrichtet habe, geantwortet hat: „Dazu habe ich mich noch nicht durchringen können, denn wenn ich denen die Wahrheit sage, verlieren sie vollends den Kopf." So also sah in Wahrheit das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der O. H. L. mit dem Auswärtigen Amt aus, das Ludendorff auch in seinen späteren Verteidigungsschriften behauptet und gerühmt hat.

Ludendorff hat die zuversichtlichen Worte des Protokolls dahin erklärt, daß damit die Teilnehmer an der Besprechung hätten wieder aufgerichtet werden sollen, und Oberst Schwertfeger findet ein solches Verfahren zwar bedenklich, aber doch psychologisch verständlich. Ich vermag mich dieser milden Beurteilung nicht anzuschließen. Man mache sich nur klar, welche furchtbaren Folgen diese Tröstung für Deutschland gehabt hat: Wie anders wir noch dagestanden hätten, wenn die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen sechs Wochen früher eingeleitet worden wären! Gewiß liegt es, wie Schwertfeger ausführt, in der Natur das Soldaten, die Lage nie ängstlich anzusehen oder darzustellen. Nicht zutreffend aber scheint mir die Wendung „Durfte die O. H. L. kleinmütiger sein als die Männer der Politik, die sie so oft gerade wegen dieser Eigenschaft getadelt hatte?" Wenn die O. H. L. so gedacht haben sollte, so wäre das eine Verschiebung der Fragestellung. Der Kleinmut oder die Zuversicht der Männer der Politik hing ab von der Einsicht in die militärischen Verhältnisse, die die O. H. L. ihnen gewährte, und es ist die Frage, ob dies geschehen ist in einer Weise, die der Wahrheit und der eigenen Überzeugung der O. H. L. entsprach. Was verhinderte, daß Ludendorff, wenn er denn weiter soldatische Zuversichtlichkeit zur Schau tragen wollte, doch zugleich mit aller Deutlichkeit und stärkster Betonung dem Staatssekretär erklärte, daß er keine Stunde verlieren möge, Friedensverhandlungen anzubahnen? Damit der deutsche Staatsmann richtige Politik machen konnte, mußte er aufs allergenaueste unterrichtet sein über die militärische Lage. Ludendorff hat ihm solche Kenntnis nicht nur nicht gegeben, sondern er hat sie

ihm, wie die Äußerung zum Oberst v. Mertz beweist, mit voller Absicht und Bewußtsein vorenthalten, und er hat sich dieser Unwahrheit bedient, obgleich der neue Staatssekretär v. Hintze der Mann seines Vertrauens war. Der Feldmarschall ist entschuldigt, weil er nicht mehr die geistigen Kräfte hatte, sich die Lage völlig klarzumachen und ganz im Banne Ludendorffs stand, bei Ludendorff aber haben wir wieder „das doppelte Gesicht", das wir schon an ihm kennen. Es ist mir daher nicht ganz verständlich, wie das Sch.sche Gutachten zu dem Ergebnis kommen kann: „ungerecht wäre es aber auch, aus diesem Tatbestande den Männern der O. H. L. den Vorwurf bewußter Irreführung oder wenigstens absichtlicher, nicht genügender Orientierung der Reichsleitung machen zu wollen. Die Vertreter des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes hatten jederzeit Zutritt zum Ersten Generalquartiermeister, und haben hiervon, wie General v. Bartenwerffer bekundet, weitgehenden Gebrauch gemacht. Niemals sei ihnen eine Aufklärung verweigert worden, „eine jede solche bei der Offenheit und Klarheit des Generals zweifelsfrei und rückhaltlos gegeben worden." Die von Oberst Schwertfeger angeführten und keinem Zweifel unterliegenden Tatsachen beweisen, daß General Bartenwerffer sich in seiner Beurteilung des Charakters des Generals Ludendorff irrt. Die Tatsachen beweisen, daß es dem General Ludendorff gerade an den ihm hier nachgerühmten Eigenschaften der Offenheit und Klarheit durchaus gefehlt hat.

Daß Ludendorff am Schluß der Konferenz den Staatssekretär, dem er mit vollem Bewußtsein die Unwahrheit gesagt hat, „mit tiefer Bewegung die Hand gereicht hat", wie er selber erzählt, will ich ihm keineswegs als bewußte Heuchelei auslegen. Er hatte tatsächlich von dem Fürchterlichen, das er angerichtet hatte, keine Vorstellung, denn dazu dachte er zu unpolitisch. Er bildete sich ein, klug zu handeln, wenn er die Diplomaten, die ja doch ängstliche Leute seien (Hintze war übrigens eigentlich Seeoffizier), über die Gefahr, die über uns heraufziehe, etwas im Dunkeln lasse. Noch am 8. September hat Hintze gemeldet, daß ihm im Großen Hauptquartier kein Wort des Zweifels, keine Warnung, keine Befürchtung, nur Zuversicht entgegengetragen sei.

Vor den Herren seines Hauptquartiers nahm Ludendorff eine andere Miene ein. Man lese den von Ludendorff selbst veröffentlichten Brief des Generals v. Eisenhart-Rothe, des General-Intendanten des Feldheeres (Heft 1, S. 55) [1]). Hier heißt es: „Damals (Ende September) sagten mir Ew. Exzellenz: Ich habe am 13./14. August im Einverständnis mit dem Generalfeldmarschall, dem Reichs-

[1]) Diese und die anderen Stellennachweise beziehen sich auf „Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes", 2. Aufl., Berlin 1924.

kanzler und dem Staatssekretär v. Hintze erklärt, daß wir den Krieg militärisch nicht mehr, wie bisher gehofft, zum siegreichen Abschluß bringen könnten, daß es daher geboten wäre, durch das neutrale Ausland Friedensverhandlungen einzuleiten. S. Majestät habe die Königin von Holland vorgeschlagen, die auch dazu bereit sein soll. Auf meine mehr als erstaunte Frage, warum denn in dieser Richtung nichts weiter geschehen oder erreicht sei, meinten Ew. Exzellenz: Das liegt wohl an dem schwerfällig arbeitenden Apparat des Auswärtigen Amtes. Ich will dem Staatssekretär daraus keinen Vorwurf machen. Ich bewunderte dieses schonende Urteil."

Heute, nachdem die Wahrheit an den Tag gekommen ist, und nicht mehr bestritten werden kann, werden wir nicht mehr geneigt sein, das schonende Urteil Ludendorffs über das Auswärtige Amt zu bewundern, sondern sehen deutlich, daß diese mit der sonstigen Art des Generals so wenig harmonierende Milde des Urteils einer Quelle entsprang, die nichts anderes war, als ein böses Gewissen.

6. Ich habe oben dargelegt, wie stark sich die Aussagen Ludendorffs über seine Kriegsziele in Belgien widersprechen. Seine Mindestforderung war: Lüttich und die Maas-Linie oder eine sehr lange Okkupation auch der flandrischen Küste. Nunmehr ist festzustellen, daß er auch am 14. August die Herstellung des status quo ante in Belgien noch nicht zugestehen wollte, daß Hintze vergeblich auf ihn einzuwirken suchte, und daß erst der Vizekanzler Payer unter dem Druck der sich immer mehr verschlechternden militärischen Lage am 25. August den Satz durchsetzte: „Wir geben mit Abschluß des Friedens Belgien ohne Belastung und Vorbehalt heraus." Auch diese Erklärung aber wurde noch mit Klauseln versehen, die die belgische Regierung mit Entschiedenheit zurückwies.

Die Vorstellung des Obersten v. Haeften, daß, wenn Kühlmann im Mai energisch bei Ludendorff für den Verzicht auf Belgien eingetreten wäre, er dessen Zustimmung erlangt haben würde, kann hiernach als zutreffend nicht anerkannt werden. Wenn Ludendorff noch im August selbst Hintze gegenüber, dem er behauptet, Vertrauen entgegengebracht zu haben, den Verzicht auf Belgien verweigerte, so ist doch wohl sicher, daß er es, so wankelmütig er war, im Mai Kühlmann gegenüber erst recht getan hätte. Wohlgemerkt, es kommt auf den vollständigen und ehrlichen Verzicht, nicht auf eine sogenannte „maßvolle Haltung" Belgien gegenüber an. General Ludendorff hat offenbar (vgl. oben die Aussage des Generals v. Bartenwerffer), auch den Männern, mit denen er aufs engste zusammenarbeitete, keinen wirklichen Einblick in sein Inneres gewährt.

7. Das Schwertfegersche Gutachten hat sich mit seinen Feststellungen wesentlich an die Aussagen des Staatssekretärs v. Hintze angeschlossen. Ludendorff hat in seiner Verteidigungsschrift diesen Aussagen widersprochen und behauptet, daß er am 14. August die

Einleitung von Friedensverhandlungen weder durch die Bedingung einer Änderung in der Kriegslage noch durch Festhalten an seinen Kriegszielen eingeengt habe. Er beruft sich hierfür auf das Zeugnis des Grafen Limburg-Stirum, des Majors v. d. Bussche, des Generals v. Eisenhart-Rothe und des Kabinettsrats v. Berg. Diese Zeugnisse haben jedoch entweder nach ihrem Wortlaut keine Beweiskraft oder beruhen auf Gedächtnisfehlern. Die Zeugnisse von Bussche und Eisenhart-Rothe wiederholen nur, was Ludendorff ihnen selber gesagt hat. Die Aussage Bergs ist in sich unklar und beruht auf offensichtlich unsicherer Erinnerung. Berg (Heft 1, S. 30) schreibt: „Wenn gesagt wurde, daß die Zeit zum Friedensschritt nicht günstig sei, daß eine bessere Situation abgewartet werden sollte, so handelte es sich zweifellos nur um Tage. Man nahm an, daß in den nächsten Tagen die starken Angriffe des Feindes abgeflaut sein würden, ohne daß er einen ausschlaggebenden Erfolg erreicht hätte. Die Tendenz des Beschlusses ging auch zweifellos dahin, daß Herr v. Hintze in seinen Besprechungen vom Friedensangebot nicht eingeengt sein sollte, daß man an den Kriegszielen, an die man bei gelungener Offensive gedacht hatte, nicht festhalte. Herr v. Hintze sollte freie Hand haben." Daß es sich nur um einen Aufschub von Tagen gehandelt habe, ist offenbar unrichtig, denn bis zum Einsetzen einer Verhandlung mußten ja ohnehin einige Tage vergehen. Es wird auch von Ludendorff selbst nicht behauptet. Daß aber Herrn v. Hintze bezüglich der Kriegsziele n i c h t freie Hand gegeben worden ist, ergibt sich nicht nur aus der jetzt vorliegenden ausführlichen Darstellung Payers, sondern auch aus dem vierten, von Ludendorff selbst angeführten Zeugnis, der Schilderung des Grafen Limburg-Stirum. Graf Limburg hat Payer auf seiner Reise nach Avesnes Ende August begleitet, als dieser von Ludendorff den Verzicht auf Belgien zu erlangen suchte, um den sich Hintze bis dahin vergeblich bemüht hatte. Graf Limburg erzählt nun (Heft 1, S. 23), daß Payer auf der Rückfahrt von Avesnes nach Spa zu ihm gesagt habe: „Meine Fahrt ist nicht vergeblich gewesen. Vielleicht werden wir noch einmal an diese Fahrt zurückdenken als von welthistorischer Bedeutung. Sie wird den Frieden bringen." Diese Äußerung ist zwar nur ein indirekter, aber völlig durchschlagender Beweis, daß Payer in der Frage Belgien bei Ludendorff ein Zugeständnis durchgesetzt hat, welches dieser bisher, also auch am 14. August und bei seinen Verhandlungen mit Hintze, ganz so wie dieser es erzählt, noch verweigert hatte.

Auch Hintze scheint übrigens am 14. August noch nicht auf der v o l l e n Freigabe Belgiens vorweg bestanden zu haben. (Vgl. seine Äußerung zu Westarp. Ludendorff, Heft 1, S. 33.) Auf der anderen Seite mag Ludendorff die noch am 3. Juli aufgestellten ungeheuerlichen Forderungen (Teilung Belgiens in zwei Staaten; Anschluß an Deutschland durch Zollunion; Eisenbahngemeinschaft; lange Okku-

pation) nicht mehr voll vertreten haben, so daß sich bei ihm die Vorstellung bildete, die Differenzen seien nicht so wesentlich.

8. Alles, was dem General Ludendorff von Fehlern in seiner Politik wie in seiner Strategie vorzuwerfen ist, wird überboten durch seine plötzliche Forderung, daß die Regierung den Feind ohne Verzögerung um einen Waffenstillstand bitte. Oberst Schwertfeger hat für diesen Schritt den richtigen Ausdruck gefunden: Es war das Aufziehen der weißen Flagge. Nach kurzer Zeit stellte sich heraus, daß die O. H. L. die Gefahr überschätzt hatte, daß die Front hielt und daß das Nachdrängen der Feinde nachließ. Die militärische Kritik pflegt über Generale, die die weiße Flagge ohne unbedingte Notwendigkeit aufziehen, sehr streng zu urteilen.

Nach den gleichzeitigen Aufzeichnungen, die Major v. Schweinitz in den „Grenzboten", Band 80, Ende 1921, veröffentlicht hat, hat das Waffenstillstandsverlangen auch in der Armee der Autorität Ludendorffs den Todesstoß gegeben. „Daß Ludendorff gegangen ist," heißt es hier (S. 416), „wird, wenn er gut, etwa durch Loßberg, ersetzt wird, an der Front keinen deprimierenden Eindruck machen. Er hat sich durch das Waffenstillstandsangebot erledigt."

9. Wie eine ihrer Verantwortung bewußte O. H. L. hätte handeln müssen, ist nicht schwer auszumalen. Nach dem Brief des Kronprinzen Rupprecht hat Ludendorff schon am 1. Juni keine sachlich begründete Hoffnung auf Sieg mehr gehabt, und nach der Aussage des Obersten v. Haeften und Obersten v. Mertz ist er sich am 13. August der Tragweite der Niederlage, die wir am 8. August erlitten hatten, völlig bewußt gewesen. Er hätte daraufhin dem Kaiser raten müssen, einen Reichskanzler zu ernennen, dessen Persönlichkeit in der Welt das Vertrauen erweckte, daß Deutschland jetzt ehrlich den Frieden suche. Aus der Rede Wilsons vom Januar 1918 wußte man ja, daß man drüben sehr genau zwischen dem militaristischen, eroberungssüchtigen Deutschland und einem friedliebenden Deutschland unterschied. Freilich führt das Schwertfegersche Gutachten mit Recht aus, daß nach der deutschen Niederlage die Verhältnisse verändert waren, und daß die Feinde ihren Vorteil kannten, und zu jeder Zeit gilt der Satz, daß mit diplomatischen Mitteln nicht zu retten ist, was die Waffen verloren haben. Immer aber hätte sich das Äußerste damals noch abwenden lassen, wenn der neue Reichskanzler, statt um den Waffenstillstand zu bitten, seine Ansichten über den Verständigungsfrieden und die Völkerversöhnung auf der Reichstagstribüne entwickelt und die Front derweile gezeigt hätte, daß es noch immer viel Blut kosten werde, sie niederzukämpfen. Diese Taktik wollte ja auch der Prinz Max von Baden noch einhalten, als er endlich auf diesen Posten berufen war. Ludendorff riß ihm mit seiner Forderung einer unverzüglichen Bitte um Waffenstillstand die Waffe aus der Hand. Der Prinz wehrte sich aufs äußerste gegen die selbstmörderische Zumutung,

aber Ludendorff bestand auf seinem Willen und gab den Herren der Regierung den Major von dem Bussche mit nach Berlin, der einer Kommission des Reichstages unsere militärische Lage nach der pessimistischen Auffassung Ludendorffs enthüllte. Da man ja zum parlamentarischen System übergehen wollte, so hielt man es für notwendig, die Führer der Parteien über alles, also auch über die militärische Lage aufzuklären. Payer erklärt in seinen „Erinnerungen" ausdrücklich, er habe sich nicht für berechtigt gehalten, etwa einzelne Parteien von der Konferenz auszuschließen, also auch nicht solche, deren Beziehungen zum Auslande bekannt waren. Das Ergebnis war, daß binnen kurzem nicht nur das deutsche Volk, sondern ebensogut der Feind wußte, daß Deutschland, nicht weil eine andere politische Richtung ans Regiment gekommen war, sondern weil es den Glauben an seine militärische Zukunft verloren hatte, in die Friedensverhandlungen einzutreten wünschte. Freilich führt Ludendorff an einer Stelle sehr richtig aus, daß durch die Aussagen von Gefangenen ohnehin dem Feinde unsere Lage und die Stimmungen an der Front wie in der Heimat nur zu gut bekannt waren. Aber es war doch eine sehr bedeutsame Steigerung und Sicherung dieser Einsicht, wenn man erfuhr, wie die O. H. L. selber den Führern im Reichstag die Lage dargestellt hatte.

Der Abgeordnete Dr. Stresemann hat im Oktober 1919 in einer Versammlung der Funktionäre der nationalen Partei festgestellt, daß den Fraktionsvorsitzenden von militärischen und politischen Stellen bis in den August 1918 durchaus beruhigende Mitteilungen gemacht worden seien; erst am 21. August seien ihm durch Mitteilungen des Staatssekretärs v. Hintze Bedenken aufgestiegen, ob der Krieg zu einem guten Ende geführt werden könne. (Nach d. „Vossischen Ztg.")

Man hat davon gesprochen, daß Ludendorff in einem Nervenzusammenbruch gehandelt habe. Sowohl der Oberst Bauer wie der Major Niemann haben bezeugt, daß er nervös überreizt gewesen sei. Ludendorff hat sich dagegen gewehrt und sogar ein ärztliches Attest beigebracht, daß er völlig Herr seiner Nerven geblieben sei. Ich möchte beinahe sagen, sein Verhalten ist derart, daß ein Nervenzusammenbruch ihm eher zur Entschuldigung dienen würde. Wie auch der Zusammenhang sei: Es ist dieselbe Maßlosigkeit, die wir an Ludendorff bereits kennen. Jetzt ist sie nach der anderen Seite gewandt. Als es Zeit war, einzulenken und einen Verständigungsfrieden zu suchen, erklärte er solches Bestreben für ein Verbrechen. Jetzt, wo es galt, standhaft zu bleiben, um zu retten was zu retten war, warf er die Flinte ins Korn.

Ludendorff will freilich seiner Waffenstillstandsbitte den ganz entgegengesetzten Sinn unterlegen. Er verteidigt sie damit, daß „erst durch ein Waffenstillstandsangebot dem Feinde unsere Entschlossenheit, zum Frieden zu kommen, klargemacht werden konnte" (S. 71).

„Wir befanden uns in einer militärischen Zwangslage, über die uns keine Bedenken hinwegbringen konnten, sondern nur ein kraftvoller neuer Antrieb“ (S. 45). „Nur durch ein Waffenstillstandsangebot war klarzumachen, ob diejenigen recht hatten, die einen doch ehrenvollen Frieden für möglich hielten, was ich freudig begrüßt hätte, oder ob wir vor einem Gewaltfrieden ständen, was uns zu neuem Tun anspornen mußte“ (S. 71). „Ich hielt eine kraftvolle Aufklärung nach innen für das erste Erfordernis, um das Volk auf das kommende und äußerstenfalls auf den Endkampf um Leben und Tod vorzubereiten“ (Heft 3, S. 6). „Ich wollte ehrlichen Frieden, aber ebenso ehrlich wollte ich die Fortsetzung des Kampfes, wenn uns unerträgliche Bedingungen auferlegt würden, oder wenn wir wehrlos gemacht werden sollten, bevor wir an den Verhandlungstisch kamen“ (Heft 3, S. 9). „Packen Sie das Volk, reißen Sie's hoch!“ rief er in der großen Sitzung aller leitenden Persönlichkeiten am 17. Oktober.

Man sehe sich diese Sätze näher an! Erst durch ein Waffenstillstandsangebot hätte dem Feinde unser Friedenswille klargemacht werden können? Wäre dieser Friedenswille nicht auch dann klargeworden, wenn wir öffentlich erklärt hätten, zu einem Frieden auf dem Status quo ante oder auf Grund der 14 Punkte bereit zu sein? War die nötige Klarheit über das, was die Feinde uns aufzuerlegen gedachten, nicht auch zu erlangen, wenn wir zunächst den Frieden anboten und den Feinden überließen, den Waffenstillstand vorzuschlagen? War diese Waffenstillstandsforderung nicht eine außerordentliche Steigerung des Schwächebekenntnisses, das ohnehin unvermeidlich in dem Friedensangebot nach der Niederlage lag?

Weiter versichert Ludendorff, er habe ehrlich den Frieden gewollt — von seiten der in der äußersten Not befindlichen Besiegten eine sehr billige Versicherung. Wenn nun der Feind so tückisch war, an diese Ehrlichkeit nicht glauben zu wollen? In demselben Atem hören wir ja auch, daß das Waffenstillstandsersuchen dem deutschen Volk einen kraftvollen neuen Antrieb zum Kampf geben sollte!

Diese Hoffnung auf einen neuen Antrieb war so wie alle politischen Berechnungen Ludendorffs. Nicht, was er gewünscht und berechnet hatte, trat ein, sondern das Gegenteil — so wie es Sch.s Gutachten schildert. Nunmehr war zugleich mit dem Glauben an den noch zu erreichenden Sieg auch der Glaube an die O. H. L. und an die Führereigenschaften des alten Staates von Grund auf erschüttert. Diese Erschütterung schuf eine der Vorbedingungen für das Gelingen der von gewissenlosen Volksgenossen schon seit langer Zeit vorbereiteten Revolution. „Während sich die militärische Lage allmählich besserte, bereitete sich nunmehr durch den Wettersturz der öffentlichen Meinung, gegen den keinerlei Vorkehrungen getroffen waren, die schwere innerpolitische Katastrophe vor, der das Deutsche Reich in wenigen Wochen erliegen sollte.“ (Schwertfeger.) Ludendorffs Vorstellung,

daß es noch in der Hand der Regierung gelegen hätte, durch zündende Worte und energische Verwaltungsmaßregeln einen Aufschwung im Volke hervorzurufen und dem Heer neue Kräfte zuzuführen, zeigt ganz wie seine Strategie sein Unvermögen, die Grenze des Möglichen und Unmöglichen aufzufinden und zu unterscheiden. Seine leidenschaftlichen Anklagen gegen den Reichskanzler Prinzen Max von Baden und die neue Regierung, daß sie seinem wiederholten Begehren nach neuen Kraftanstrengungen nicht entsprochen hätten, belastet in Wahrheit nicht die Regierung, sondern ihn selbst. Acht Monate früher, als noch das deutsche Heer in voller Kraft dastand, hätten alle diese Worte und Aufforderungen ihre Wirkung getan, falls die Feinde ehrenvolle Bedingungen versagten. Daß sie es jetzt noch tun konnten, konnte sich nur ein Mann einbilden, der weder für die Seele des Volkes, noch seines eigenen Heeres wirkliches Verständnis und Mitempfindung hatte.

Die Ludendorff nahestehende und von der O. H. L. bevorzugte Presse hatte Monat für Monat, Jahr für Jahr dem Volke eingehämmert, es gebe nur Sieg oder Niederlage, ein Zwischending sei ausgeschlossen. Konnte es Vertrauen behalten zu einer Führung, die heute das Gegenteil verkündete von dem, was sie gestern geschworen und Kampfesfreudigkeit verlangte für ein Ziel, das es so lange für unmöglich und unsinnig erklärt hatte? Es ist richtig, daß auch Prinz Max von Baden und andere Politiker gehofft und sich bemüht haben, die Stimmung wieder hochzubringen. Der Unterschied aber ist: In der verzweifelten Situation, in der wir waren, versuchten sie auch das Unmögliche, Ludendorff aber hatte die verzweifelte Situation selber herbeigeführt, damit aus ihr, wie er sich und uns glauben machen will, Heil ersprieße. Nicht in der Vorstellung selber, daß noch ein letzter Aufschwung möglich sei, liegt das Tadelnswerte, sondern darin, daß derselbe Mann, der das Unheil heraufbeschworen, hinterher die bösartigsten Angriffe auf andere richtet, weil sie nicht damit haben fertig werden können. „Sie erstrebten ja doch nur Macht und Gewinn", bringt er fertig von seinen Gegnern zu schreiben, „mochte das Land darüber zugrunde gehen" (Heft 3, S. 58, 59).

An anderer Stelle (Heft 2, S. 76) schreibt er: „Die Oberste Heeresleitung hat stets den Gedanken des Weiterkämpfens in ihre Rechnung eingestellt. Sie hat Anfang Oktober noch nicht für möglich gehalten, den Gedanken zur Tat umzusetzen, so sehr war das deutsche Volk zermürbt worden durch den Gedanken einer Verständigung und Versöhnung mit dem Feinde, wie ihm zwei Jahre lang ohne Unterlaß vorgehalten war, und durch die revolutionären Ideen, die die feindliche Propaganda und der Bolschewismus predigten." Erinnern wir uns, daß General Ludendorff selber der Reichsregierung zweimal dringend empfohlen hat, eine große Agitation für den Verständigungsfrieden zu organisieren (Haeftensche Denkschriften von

Januar und Juni 1918). Jetzt soll ebendieser Gedanke des Verständigungsfriedens dazu beigetragen haben, das Volk zu zermürben, und in seinen „Kriegserinnerungen" nennt Ludendorff den Verständigungsfrieden ein Verbrechen und klagt diejenigen, die die Möglichkeit eines solchen Friedens behaupten, „der bewußten Irreführung des Volkes" an (Kr.-Er. S. 418). Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, daß man bei Memoiren, die zu Verteidigungszwecken geschrieben werden, hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit sehr nachsichtig sein muß. An dieser Stelle aber ist der Widerspruch so stark, daß ich dem General Ludendorff guten Glauben nicht mehr zuzuerkennen vermag.

10. Was soll man aber gar dazu sagen, daß Ludendorff in seinem Entwurf über die an Wilson abzugebende Erklärung den Satz aufgenommen haben wollte: „Wir verlangen dafür unsere Kolonien und den Verzicht Englands auf Calais!" Was hätten wohl die Entente-Diplomaten für Gesichter gemacht, wenn ihnen wirklich als deutsche Friedensbedingung der Verzicht Englands auf Calais vorgelegt worden wäre? Die feindliche Presse würde wohl etwa erklärt haben, daß sie diese Klausel den Witzblättern überlasse, meinerseits möchte ich darin eher ein entschuldigendes Moment für General Ludendorff erblicken. Wer es sonst schlechterdings nicht glauben will, der muß an dieser Calais-Klausel erkennen, ein wie schlechthin unpolitischer, man darf sagen kindlich politischer Kopf General Ludendorff ist. War es nun unser Schicksal oder unsere Schuld, daß wir unser Dasein einem solchen Manne anvertrauten und daß dieser sich darauf berufen konnte, daß viele und sehr angesehene Männer in Deutschland immer von neuem erklärten, daß sie gar kein Vertrauen zu unserer politischen Leitung, sondern nur Vertrauen zur O. H. L. hätten?

11. Über die Verhandlungen mit dem Präsidenten Wilson habe ich dem Sch.schen Gutachten nichts hinzuzufügen. Diese Dinge sind ihrerzeit der Öffentlichkeit in einem von der Reichsleitung herausgegebenen Weißbuch unterbreitet worden. Da soeben von diesem Weißbuch eine zweite Auflage erscheint, habe ich den Herausgeber dieser wesentlich vermehrten und auch mehrfach korrigierten Ausgabe, Herrn Archivrat Professor Valentin gebeten, mir einen Überblick über die Ergebnisse der Neubearbeitung zu geben und füge die Valentinsche Arbeit als Anlage 1 meinem Gutachten hinzu.

XVI

Zusammenfassung

Herr Oberst Schwertfeger schreibt am Schlusse seines Gutachtens: „Der Krieg war verloren, weil rein militärisch die Leistungsfähigkeit des deutschen Widerstandes überdehnt und weil es staatsmännisch nicht möglich gewesen war, rechtzeitig zu einem Frieden,

der nur ein Frieden der Verständigung sein konnte, zu gelangen. In der kritischen Stunde nicht erst, sondern schon lange vorher fehlte an der Spitze Deutschlands die staatsmännische Einsicht eines Friedrich des Großen. Rein militärisches Denken und Wollen haben obgesiegt. Der Oberste Kriegsherr hat sich dieser Entwicklung nicht entgegengestellt. Diese Entwicklung den Männern der O. H. L. als Schuld vorwerfen zu wollen, wäre ungerecht. Das deutsche Volk hat es nicht anders gewollt."

Ich vermag mich diesem Urteil des Herrn Sachverständigen nicht anzuschließen. So wahr es ist, daß der O. H. L. ihre Stellung von breiten Schichten des deutschen Volkes aufgedrängt worden ist, und so wahr es ist, daß infolgedessen eine einseitig militärische Behandlung der politischen Fragen Platz griff, und so wahr es endlich ist, daß man einem Soldaten soldatisches Denken nicht zum Verbrechen rechnen darf, so kann ich mit solchen Betrachtungen doch die Frage der Verantwortung nicht als erledigt ansehen.

Zunächst ist es nicht richtig, daß es „das deutsche Volk" gewesen sei, welches der O. H. L. die verfassungswidrige Stellung gegeben habe. Es waren gewisse nicht unbedeutende Schichten des deutschen Volkes, aber es war zweifellos nur eine Minderheit. Die große Mehrheit ist höchstens dadurch mitschuldig, daß sie ihren Willen nicht energisch genug zum Ausdruck brachte. Ferner kommt auch bei denjenigen Schichten, die die O. H. L. auf den Schild hoben und dauernd zu ihr hielten, sehr in Betracht, daß sie systematisch über die wahren Verhältnisse getäuscht wurden. Erst im Juli hat ja selbst ein Mann von der Stellung des Herrn v. Heydebrand durch den Kronprinzen eine gewisse Aufklärung über die Frontlage erhalten.

Daß am 14. August der General Ludendorff den Staatssekretär des Auswärtigen über die militärische Lage bewußt täuschte, kann nicht mit militärischem Denken entschuldigt werden.

Noch viel weniger war es wahres soldatisches Empfinden, das ihm die Forderung unverzüglichen Waffenstillstandes am 29. September diktierte.

Das eigentlich Entscheidende aber liegt weiter zurück und nicht hier: Es ist die Vergewaltigung des Kriegsherrn. Sch. richtet seine Anklage gegen diesen, weil er der Gewalt nachgegeben habe, und es ist, prinzipiell gesprochen, sicherlich richtig, daß Kaiser Wilhelm das nicht hätte tun dürfen, daß er also den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hätte bitten müssen zu bleiben, und dem General Ludendorf befehlen, den Mund zu halten und seinen Dienst zu tun. Prinzipiell richtig — aber war es praktisch für Wilhelm II. durchführbar? Sein Kanzler selbst riet ihm, der O. H. L. nachzugeben, und ihn selber zu verabschieden. Die monarchische Verfassung hat nicht zur Voraussetzung, daß jeder Monarch ein großer Mann sein müsse, aber sie hat die Voraussetzung, daß er treue Diener hat, die,

auch wenn sie von ihm verlangen, daß er gegen seine individuelle Überzeugung handle, wie es Bismarck bei Wilhelm dem Alten hundertmal getan hat, in dem vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung handeln. Dieses Bewußtsein der vollen Verantwortung vermisse ich beim General Ludendorff immer wieder: Als er mit dem Admiral v. Holtzendorff zusammen den uneingeschränkten U-Bootkrieg durchsetzte, der uns auch noch Amerika auf den Hals zog; als er Bethmann entfernte, ohne zu wissen, wer an seine Stelle treten solle; als er in die Brest-Litowsker Friedensverhandlungen eingriff; als er die große Offensive beschloß, obgleich er der Überzeugung war, daß wir einen Frieden auf Grund der 14 Punkte haben könnten; als er Valentinis Abgang erzwang; als er Kühlmanns Abgang erzwang; als er die Waffenstillstandsbitte erzwang. Er hat die Volkstümlichkeit, die er genoß, nicht gebraucht, um das von ihm nach allseitigen Erwägungen als das richtig Erkannte bei dem Monarchen durchzusetzen, sondern er hat sie gemißbraucht, um die deutsche Politik in eine Richtung zu drängen, deren Ziel ihm selber weder klar war, noch sicher erreichbar schien. Auch Gneisenau und Moltke waren keine eigentlich politischen Köpfe, sondern wesentlich beherrscht von soldatischem Empfinden, aber sie verbanden mit ihrem militärischen Genius die Bescheidenheit, ihre Grenzen einzuhalten. Der Staatskanzler Hardenberg war als Staatsmann nicht mehr als der Reichskanzler Bethmann. Aber Gneisenau stellte sich mit Bewußtsein unter ihn, so unzufrieden er oft mit ihm war, und diese Kombination führte Preußen zum Siege unter einem Monarchen, der für eine nationale Erhebung ungeeigneter gar nicht gedacht werden konnte. Der Monarch muß genommen werden, wie ihn seine Geburt gegeben hat: Die Verantwortung fällt auf seine Diener. Wenn Oberst Schwertfeger die Verantwortung immer wieder mehr oder weniger bei dem Monarchen sucht und beklagt, daß das Schicksal Deutschland den rechten Mann an dieser Stelle nicht gewährt habe, so sehe ich darin einen Mangel an rechtem monarchischem Denken und auch eine historisch unzutreffende Einstellung. Denn das Wesen der Monarchie ist aufgehoben, wenn sie in der Forderung ausmündet, daß die Dynastie in jeder politischen Krisis einen großen Mann hervorbringen solle. Ich halte mich durchaus an den Mann, der tatsächlich und praktisch der erste Ratgeber der Krone geworden war, auch wenn er es der staatsrechtlichen Form nach nicht war. Das war General Ludendorff, und dieser hat nicht nur Deutschland ins Unglück geführt, sondern ich kann ihm auch die Entschuldigung, daß er immer nur das Beste für das Vaterland im Auge gehabt habe, nicht zubilligen. Aus seinen Schriften und Taten spricht ein ungezügelter Ehrgeiz, Überhebung und Mangel an Verantwortungsgefühl. Ein führender Mann muß imstande sein, auch unpopuläre Handlungen auf sich zu nehmen. Er muß es ertragen, daß Eiferer ihn schwächlich schelten, wenn er klug

handelt. Fürst Bismarck erzählt uns, daß 1866 die Generale im Hauptquartier vor ihm ausgespuckt hätten, weil er den triumphierenden Einzug in Wien nicht wollte und den Verständigungsfrieden mit Österreich betrieb. Aus Ludendorffs Handlungen und Äußerungen geht deutlich hervor, daß er sehr gut wußte, daß Deutschland die ungeheuerlichen Ziele der Nationalisten nicht erreichen werde, aber er hütete sich, seine Popularität aufs Spiel zu setzen, indem er in diesem Sinne auf die Persönlichkeiten, die das Hauptquartier besuchten oder mit ihm in Fühlung standen, einwirkte. Er selber vertrat die Bestrebungen der Machterweiterung, beim Auswärtigen Amt aber wie beim Kaiser ließ er sich durch Offiziere vertreten, die für die Verständigung waren, und empfahl der Regierung sogar selber, in diesem Sinne eine Agitation zu organisieren. Die Behauptung, daß er im Grunde seines Herzens einen gemäßigten Frieden gewünscht habe, ist offenbar richtig, aber die Unpopularität, die im Kreise seiner Anhänger mit einem solchen Frieden verbunden gewesen sein würde, wollte er anderen überlassen. Da nun ohne seine Mitwirkung eine Verständigung nicht eingeleitet werden konnte, blieb ein Friede der Verständigung eine Unmöglichkeit.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes wäre mit einem ehrenvollen Frieden, wie ihn Ludendorff im Herbst 1918 für möglich hielt und anstrebte, auch im Frühjahr 1918 zufrieden gewesen, als er noch möglich war. Die große Offensive, die die Zertrümmerung der feindlichen Heeresmacht anstrebte, ist unternommen worden nicht für die Kriegsziele des deutschen Volkes, sondern für die Kriegsziele des Generals Ludendorff und seiner Anhänger.

Die deutsche Frühjahrsoffensive war technisch virtuos vorbereitet; daß sie dennoch scheiterte, kann darin begründet sein, daß wir für das Unternehmen überhaupt zu schwach waren oder daß in der Ausführung Fehler gemacht wurden. Tatsächlich war beides der Fall. Wir waren zu schwach, und die Führung beging Fehler über Fehler. Sie zog nicht alles Verfügbare an Kräften heran, sie verteilte die Kräfte unrichtig; sie hatte von Anfang an zwei Pläne zugleich, die sich widersprachen; sie war unstet und wankelmütig in der Ausführung.

Da immerhin sehr große taktische Erfolge errungen wurden, so hätte Deutschland, wenn dieser günstige Augenblick benutzt wurde, den ehrenvollen Frieden immer noch mit Aussicht auf Erfolg anstreben können. Da Ludendorff sich des strategischen Mißerfolges bewußt war, so wäre es seine Pflicht gewesen, die Reichsleitung über diesen Stand der Dinge aufzuklären und ihr namentlich auch zu sagen, daß von seiner Seite dem vollständigen Verzicht auf Belgien keinen Widerstand mehr entgegengesetzt werde.

Ludendorff hätte die Hoffnungslosigkeit seines Beginnens spätestens Ende März 1918 erkennen können und müssen. Wenn er ein

Friedens- und Waffenstillstandsverlangen, wie er es am 29. September an die Regierung gestellt hat, damals hätte an sie gelangen lassen, so ist als wahrscheinlich anzunehmen, daß Deutschland zu einem sehr annehmbaren Verständigungsfrieden gelangt wäre. Wenn noch nicht Ende März oder im Laufe des April, so doch Ende Mai, war sich nach dem Zeugnis des Kronprinzen Rupprecht General Ludendorff innerlich über unsere militärische Lage klar und setzte seine Hoffnung nur noch auf ein unvorhergesehenes Ereignis, nach einer Wendung, die er in einer späteren Ansprache gebraucht hat[1]), so wie Friedrich der Große durch den unerwarteten Tod der Kaiserin Elisabeth von Rußland gerettet wurde. In solchen Hoffnungen hielt er noch am 3. Juli an phantastischen Forderungen in bezug auf Belgien fest, und hat sich auch nach der Niederlage, in den Konferenzen des 13. und 14. August noch nicht zu den notwendigen Zugeständnissen bereitfinden lassen. Aus dieser Haltung schlug er um in das Gegenteil mit seiner plötzlichen Forderung eines unverzüglichen Waffenstillstandsangebots, um dann wieder die Forderung eines Kampfes bis aufs Messer zu erheben.

Die Pression, die er auf die Reichsleitung ausübte, damit sie zu einem beschleunigten Abschluß der Feindseligkeiten gelange, hat nicht nur unsere ohnehin aufs äußerste bedrohte Lage noch wesentlich verschlechtert, sondern auch das Vertrauen im deutschen Volke derart erschüttert, daß die Revolution nicht nur ihr Haupt erheben konnte, sondern ihr auch nirgends irgendwelcher erheblicher Widerstand entgegengesetzt wurde.

Das Verlangen nach sofortigem Abschluß eines Waffenstillstandes war militärisch nicht begründet.

Das Verlangen Ludendorffs, nach der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlung das Volk zu einer neuen Erhebung und Kraftanstrengung aufzurufen, war eine moralische Unmöglichkeit.

Schluß

General v. Kuhl und Oberstleutnant v. Stülpnagel[2]) haben bei den Verhandlungen im Ausschuß ihrem Schmerz Ausdruck gegeben, daß über einen Mann von den Verdiensten des Generals Ludendorff so hart und absprechend geurteilt werde, wie ich es in meinem Gutachten getan habe. Ich habe volles Verständnis für diese Empfindungen, achte und ehre sie; ich sehe auch, daß es keineswegs bloß kameradschaftliche Gesinnung ist, die in diesem Protest zum Ausdruck gekommen ist, sondern auch der sachliche Respekt vor den vielfachen großen Leistungen und bedeutenden Eigenschaften

[1]) 18. Jan. 1923 in einer Ansprache an den Bund „Oberland", Münchner N. N. Nr. 26.

[2]) Vertreter des Reichswehrministeriums beim Untersuchungsausschuß. D. H.

des Generals Ludendorff. Wie wäre es auch möglich, daß ein Offizier, der doch in seinem Werden nichts war als Einer unter zehntausend Anderen, zu einer so außerordentlichen Stellung gelangt wäre, wie Ludendorff, wenn ihm nicht außerordentliche Qualitäten eigen gewesen wären! Diese Anerkennung darf uns aber nicht verhindern festzustellen und auszusprechen, daß für die Aufgabe, die ihm gestellt war, seine Qualitäten weder intellektuell noch moralisch genügt haben. Die Aufgabe überstieg keineswegs die Grenze menschlicher Leistungsfähigkeit. Ludendorff ist nicht gescheitert, weil seine Aufgabe unlösbar gewesen wäre. Er ist gescheitert und das Deutsche Reich ist zugrunde gegangen an der Unzulänglichkeit dieses Mannes, der sich zu seinem Führer aufgeschwungen hatte. Hierüber Klarheit zu schaffen, war die Aufgabe des Untersuchungsausschusses, und ich glaube, daß diese Aufgabe gelöst worden ist.

Anlagen

I

Bemerkungen zur zweiten Auflage des Weißbuches über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes

von Veit Valentin.

In den nachfolgenden Ausführungen nehme ich Stellung zu den Einwänden, die in erster Linie von General Ludendorff gegenüber der „Zusammenfassung" der ersten Auflage erhoben worden sind.

1. In seinen Gegenschriften vertritt General Ludendorff den Standpunkt, das Auswärtige Amt hätte nach der Kaisersitzung in Spaa schneller die diplomatischen Fäden anknüpfen müssen; die Darstellung der „Zusammenfassung", wonach die O. H. L. zurückgehalten habe, sei unrichtig. Die Urkunden geben indessen der Zusammenfassung recht, da in der Kaisersitzung zweimal erklärt wird, daß auf einen „geeigneten Zeitpunkt" gewartet werden müsse und dabei hinzugefügt wird, „ein solcher Moment böte sich nach den nächsten Erfolgen im Westen". Welches Gewicht Ludendorff damals auf die zuversichtliche Haltung der O. H. L. legte, zeigt die einzige Korrektur, die er in dem Protokoll vornahm, indem er in dem Satz: „Generalfeldmarschall von Hindenburg hofft, daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich den Feinden unsern Willen aufzuzwingen" die Worte: „hofft, daß es dennoch gelingen werde" änderte in: „führt aus, daß es gelingen werde".

Ludendorff erklärt insbesondere (Heft 2, S. 30) [1]) die in der Zusammenfassung gebrauchten Worte „später Vorsicht empfahl" für „unverständlich". Diese Worte beziehen sich auf die Stellung, die Generalfeldmarschall von Hindenburg zu dem österreich-ungarischen Friedensschritt einnahm (Weißbuch Nr. 4, 10. September).

Ein endgültiges Urteil über die Haltung des Auswärtigen Amtes in diesen Wochen wird erst möglich sein, wenn die Akten über die eingeleiteten Schritte offen dargelegt werden können.

2. Die Zusammenfassung spricht von „einer Reihe von Telegrammen und Telephongesprächen am 1. Oktober". Es handelt sich im ganzen um sechs Telegramme. Zwei (Nr. 21, 23) gehen auf dasselbe Gespräch zwischen General Ludendorff einerseits und den Vertretern des Auswärtigen Amtes andererseits um die Mittagsstunde des 1. Oktober zurück. Nr. 24 ergänzt Nr. 23 auf Grund einer Rücksprache mit dem Kaiser. Nr. 22 stellt die offizielle dokumentarische Stellungnahme der O. H. L. im Sinne von Ludendorffs mündlichen Eröffnungen dar. Nr. 26 und Nr. 27 beruhen auf einer zweiten und dritten Zusammenkunft General Ludendorffs und des Vertreters des Auswärtigen Amtes Frhrn. v. Lersner am Abend und in der Nacht des 1. Oktober. Daß durch die Gesamtheit dieser Dokumente ein sehr lebhaftes Drängen der O. H. L. tatsächlich bewiesen ist, dürfte außer Frage stehen.

Dazu kommt ferner der schriftlich niedergelegte Vortrag des Majors

[1]) Dieser und die weiteren Stellennachweise der Anlage I beziehen sich auf „Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes", 2. Aufl., Berlin 1924.

Frhrn. v. d. Bussche. Er beginnt mit den Worten, daß die militärische Lage sich in wenigen Tagen grundlegend geändert habe. Weiter heißt es: „Deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben, unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen. Das könne die unheilvollsten Folgen für die Friedensaussichten wie für die militärische Lage haben".

3. General Ludendorff bestreitet (Heft 2, S. 48), daß die von ihm telephonierte Fassung der ersten Note an Wilson „im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmt", wie die Zusammenfassung sagt. Zu vergleichen sind hierzu die Dokumente Nr. 30 und 34. Auch nach Ludendorffs Fassung erklärte sich die deutsche Regierung damit einverstanden, „daß die von Wilson aufgestellten Programmpunkte als Grundlage für die Friedensverhandlungen dienen" sollten; der Unterschied besteht dabei nur darin, daß es bei Ludendorff heißt, die deutsche Regierung „erklärt sich damit einverstanden", während die Note sagt „sie nimmt das . . . Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an". Hierin einen wesentlichen Unterschied zu sehen, der den Ablauf der Ereignisse beeinflußt haben könnte, ist unmöglich. Wenn aber Ludendorff die Abweichung wesentlich fand, so hätte die Rückfrage des Präsidenten Wilson die Meinungsverschiedenheit enthüllen müssen. Denn Wilsons Antwort (Nr. 37) erklärt gerade, daß er es für notwendig hält, „sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern", und fährt dann fort:

> „Meint der Herr Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen . . . annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?"

Hierauf antwortet die deutsche Regierung (Nr. 47):

> „Die deutsche Regierung hat die Sätze angenommen, die Präsident Wilson . . . niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen."

Gleichzeitig erklärt sich die deutsche Regierung zur Räumung bereit und spricht sich über ihr Recht, den Volkswillen zu vertreten, aus. Auch dieser Note haben Hindenburg und Ludendorff am 12. Oktober ohne jede Einschränkung zugestimmt (Nr. 46). Dieser Sachverhalt wird durch die neu hinzugekommene Urkunde Nr. 39 a noch wesentlich beleuchtet. Danach hat am 10. Oktober Hindenburg dem General Ludendorff zwei Telegrammentwürfe — sie haben sich bei den Akten nicht gefunden — vorlegen lassen, um dahin zu wirken, daß keine entwürdigende Antwort an Wilson erteilt werde. In den Akten der O. H. L. befindet sich hierzu folgender kurzer Vermerk von 12,50 Uhr nachmittags:

> „Exzellenz Ludendorff rät von der Absendung der Telegramme ab. Sieht Lage erheblich gespannter an. — Zur Räumung werden wir grundsätzlich zustimmen müssen."

Dieses Dokument ist wohl die wichtigste Ergänzung, die sich noch in den Akten gefunden hat. Es gibt der formellen, von Hindenburg unterzeichneten Zustimmung vom 12. Oktober besonderes Gewicht.

Ludendorff sieht eine zweite wesentliche Abweichung darin, daß am Schluß der ersten deutschen Note, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, um Herbeiführung des „s o f o r t i g e n" Waffenstillstandes ersucht worden sei. Ludendorffs Fassung enthält das gleiche Wort „sofortig" hier nicht; nach seinem Vorschlag hieß es aber sinngemäß, daß die deutsche Regierung Wilson ersuche, den Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, „schon jetzt" herbeizuführen: beides ist als Gegensatz zum ersten Absatz der Note zu verstehen, der von den — natürlich längere Zeit in

Anspruch nehmenden — Friedensverhandlungen handelt. Wenn die Bedeutung eines „sofortigen" Waffenstillstandes für die Vermeidung von Blutvergießen betont wurde, so geht dies auf Wendungen der O. H. L. zurück, wie sie der Reichsleitung amtlich vorlagen. Dokument Nr. 27 beginnt mit den Worten: „General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot von Bern aus **sofort** nach Washington weitergehen müßte, 48 Stunden könne die Armee nicht noch warten." Ebenso schließt das Schreiben Hindenburgs vom 3. Oktober (Nr. 33) mit den Worten: „Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben." Auch in diesem Fall kann die Verschiedenheit des Ausdrucks den historischen Ablauf nicht beeinflußt haben.

4. Zu dem Gedanken einer „levée en masse" bemerkte Ludendorff schriftlich (Nr. 43): „Eine levée en masse bringt keinen ausreichenden Kräftezuwachs, wohl aber energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials." Nachträglich (Heft 3, S. 8) hat General Ludendorff den letzten Teil dieses Satzes wie folgt interpretiert: „wohl aber **sind** energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials **nötig**". Er fügt dann hinzu: „Mir erschien die levée en masse nicht ausreichend; ich wollte hiernach also ganz unzweideutig mehr." Mündlich hat aber General Ludendorff in der Kabinettssitzung (Nr. 38 des Weißbuches) unter anderem folgendes gesagt: „Ich verspreche mir trotz Menschenmangel von levée en masse nichts. Levée en masse würde mehr zerstören, als man vertragen kann." Den Sinn dieser Worte gibt er selbst dahin an: Die deutsche Armee war bereits ein Heer, das aus der levée en masse hervorgegangen war. Ludendorff hielt also die levée en masse deshalb nicht für angebracht, weil sie garnicht mehr praktisch durchführbar war.

5. In Nr. 39 des Weißbuches hat Staatssekretär Solf ausgeführt: „Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch 3 Monate die Front halten? Ludendorf hat gesagt: ‚nein'. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung." General Ludendorff macht den Versuch (Heft 3, S. 48) nachzuweisen, Staatssekretär Solf habe gefragt, ob die eben von der zurückgehenden Armee eingenommene Hermann-Gudrun-Stellung drei Monate gehalten werden konnte oder nicht. Nach Lage der Dinge und dem ganzen Zusammenhange ist diese Interpretation kaum stichhaltig. Gewiß handelte es sich um die Räumungsfrage, aber für den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war es natürlich nicht wichtig zu wissen, ob eine bestimmte Stellung eine bestimmte Zeit gehalten werden könnte, sondern vielmehr, ob überhaupt die militärische Front noch eine Zeitlang hielte. Ludendorffs Interpretation ist auch deshalb zurückzuweisen, da er nach seiner eigenen Angabe sein Gespräch mit Staatssekretär Solf nicht genau behalten hat. Er schreibt (Heft 3, S. 48): „Ich entsinne mich der Einzelheiten des Gesprächs nicht." Der Vorwurf der Irreführung, der dem Weißbuch deshalb gemacht worden ist, ist also hinfällig. Daß Ludendorff in seiner Beurteilung schwankte, wird auch durch den folgenden Satz (Heft 3, S. 50) bewiesen: „In der großen Sitzung vom 17. (Oktober) habe ich tatsächlich die Lage insofern günstiger angesehen, als bisher, da . . ." Aber selbst innerhalb dieser einen Sitzung vom 17. Oktober findet sich das Schwanken zwischen Hoffnung und Resignation. General Ludendorff schreibt (Heft 3 S. 41): „Von wesentlicherem Interesse ist die Feststellung, daß ich die Kriegslage am 17. hoffnungsreich geschildert habe, während das Weißbuch in seiner ‚Vorbemerkung' von einem ‚nach der jetzigen Meinung Ludendorffs wenig aussichtsvollen Kampfe' spricht." Diese Charakteristik — die übrigens durch das Wort „auch" eingeleitet wurde — stützt sich darauf, daß General Ludendorff in jener Sitzung am 17. Oktober

unter anderem sagt: „Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen, es kann auch schlecht gehen.“ Konnte die Reichsregierung diese Lage hoffnungsreich finden? (Vgl. auch Nr. 58 des Weißbuches.)

Ludendorff hat sich lebhaft gegen die bei der Behandlung der Sitzung vom 17. Oktober gebrauchte Wendung des Weißbuches: „Der letzte Satz weicht aus“ gewehrt (Heft 3 S. 50 und 123). Ein doloses Verhalten ist mit dieser Wendung nicht gekennzeichnet. Aber General Ludendorff hat den Gedankengang des Reichskanzlers durch seine Antwort nicht fortgesetzt, sondern unterbrochen, so daß also an der Tatsache des objektiven Ausweichens festgehalten werden muß. General Ludendorff berücksichtigt nicht, wieviel es der Reichsregierung auf eine wirkliche Beantwortung gerade dieser wichtigen Frage ankam.

6. General Ludendorff hat bereits Heft 3, S. 70, hingewiesen auf die Mitteilung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 19. August 1919, wonach der Vortrag des Generals Groener vom 5. November lediglich deshalb in der Vorbemerkung des Weißbuchs nur kurz gestreift worden ist, weil er nachträglich erst in den schon stehenden Drucksatz eingefügt wurde. Groeners Urteil, daß der Widerstand nur noch von kurzer Dauer sein konnte, war für die weiteren Entschlüsse der Reichsleitung tatsächlich mit entscheidend. Aus Groeners Gutachten ist besonders bemerkenswert, daß hier ausgeführt wird, die O. H. L. könne den Entschluß, weiter auszuweichen, nicht länger hinausschieben. Ihre erste Pflicht sei und bleibe es, eine entscheidende Niederlage des Heeres unter allen Umständen zu vermeiden. Damit werde etwas Zeit und Ruhe für die ermüdeten Truppen gewonnen. Die militärische Lage im großen verbessere sich aber nicht. Zusammenfassend sei zu sagen, daß die Lage sich weiter verschärft habe; der Widerstand könne nur noch von kurzer Dauer sein.

7. General Ludendorff stellt Heft 3, S. 77, die Frage: „Wie kam es ferner, daß Wilson in Deutschland, wie das Weißbuch sagt, der populärste Mann werden konnte, dem doch anscheinend volles Vertrauen geschenkt wurde, obschon bei der Regierung der Glaube an ihn nicht vorhanden war?“ Darauf ist die folgende Antwort zu geben: Wilson wurde bis Anfang Oktober 1918 im deutschen Volke im allgemeinen entweder ablehnend oder skeptisch beurteilt; nur vereinzelt trat eine andere Auffassung hervor. Der Umschwung trat erst ein, als bekannt wurde, daß die in ihrer Autorität für die Öffentlichkeit damals noch unerschütterte O. H. L. seine Punkte als Grundlage für den Frieden ausdrücklich anerkannt und dem Appell an Wilson in aller Form zugestimmt hatte. Bedenken gegenüber der Person und dem Programm Wilsons haben bei einzelnen maßgebenden Personen immer bestanden; diese Bedenken mußten zurücktreten angesichts der durch die O. H. L. entscheidend verursachten überwältigenden Friedenshoffnung des deutschen Volkes. Die nachträgliche Erklärung, daß man Wilson nicht trauen könne, hätte für das Volk als ganzes einen unlösbaren Widerspruch zu dem großen Schritt des Vertrauens bedeutet, der nun einmal geschehen war. Ob diese für die damalige Reichsregierung ausschlaggebenden Erwägungen im großen geschichtlichen Zusammenhange als politisch richtig gelten können, kann hier nicht untersucht werden.

Abschließend sei aber noch das Eine gesagt: Die Vereinigten Staaten haben durch die erneute ausdrückliche Verpflichtung Deutschlands auf die Friedensgrundsätze in der dritten Wilsonnote vom 23. Oktober 1918 für alle Zeiten die rechtliche und moralische Verpflichtung von der Weltgeschichte dafür übernommen, daß nach den Waffenstillstandsbedingungen Deutschlands Wehrlosigkeit bei den Friedensverhandlungen nicht ausgenutzt, sondern diese Grundsätze streng innegehalten werden sollten.

II

Die Friedensresolution des Reichstages und das Ausland

Von Dr. Ludwig Herz
Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Die Friedensresolution des Reichstages für einen Verständigungsfrieden im Jahre 1917 schien denjenigen, die den dauernden, nur durch Waffenstillstand unterbrochenen Kriegszustand nicht als der Weisheit letzten Schluß für die Beziehungen der Völker untereinander ansahen, einer der bedeutendsten Schritte zur Vorwärtsentwicklung. Die Idee des Völkerfriedens war aus den Diskussionen unverantwortlicher Friedensfreunde in die Sphäre der großen Politik getragen worden. Jetzt, aus größerer Distanz betrachtet, kann man gewisse Mängel der Resolution nicht mehr verkennen. Sie war in ihren Allgemeinheiten verschwommen. Es war, da man eine Wirkung von ihr zunächst nur in England erhoffen konnte, taktisch falsch, das letzten Endes hohle Schlagwort von der „Freiheit der Meere" aufzuwärmen. Endlich mußte ihre Wirkung dadurch geschmälert werden, daß sie von dem Einverständnis der O. H. L. sprach, die, wie jedoch jedermann im In- und Ausland wußte, weitgehende Sicherungen verlangte.

Natürlich setzte in Deutschland sofort eine ungeheure Agitation gegen sie ein, die mit starkem Lärm und großen Geldmitteln und einem wahren Trommelfeuer an Hindenburg betrieben wurde. Das war selbstverständlich. Hatte doch der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes in einer Rede in Hamburg erklärt, „wir könnten Gott auf den Knien danken, daß die Feinde das Friedensangebot vom Dezember 1916 zurückgewiesen hätten"; hatte doch Graf Westarp in den Ausschußsitzungen des Reichstages sich für weitgehende Annexionspläne eingesetzt. Zu den Argumenten, die gegen die Resolution verwendet wurden, gehörte in erster Linie, daß hier ein neues Friedensangebot vorliege, das von den Gegnern als Schwäche ausgelegt werden würde. Natürlich ist in der Presse der Ententeländer gelegentlich mit diesem Argument gearbeitet worden. Die kriegsmüden Völker lauerten dort ebenso wie bei uns auf jedes Symptom, das ein Nachlassen der Widerstandskraft der anderen Seite anzudeuten schien. Einen Eindruck hat aber dieser Versuch der Auslegung der Friedensresolution auf die Völker nicht gemacht. Das ergibt sich aus den Debatten in den Parlamenten Englands und Frankreichs, wo die Reden noch mehr ein Niederschlag der öffentlichen Meinung sind als in Deutschland.

In der französischen Deputiertenkammer fand erst am 2. August eine Debatte über die auswärtige Politik statt. In ihr wurde die Reichstagsresolution gar nicht berührt, außer in einem Zwischenruf Brizons. Der Premierminister Ribot lehnte den Zwischenruf mit den Worten ab: „Wir dürfen uns nicht mit Diskussionen ewig aufhalten, die nur dazu bestimmt sind, dem Kriege die Nerven zu nehmen." Hätte Ribot wirklich geglaubt, daß die Reichstagsresolution ein Zeichen der Schwäche sei, so hätte der geschickte Redner die Gelegenheit gerade in diesem Augenblick nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Die offenen Meutereien im französischen Heer waren zwar gerade wieder unterdrückt worden, aber der Burgfriede war in die Brüche gegangen und führte am nächsten Tage zu einer Ministerkrise.

Im englischen Unterhause ist die Reichstagsresolution, die Lloyd George in seinen Antworten auf die Rede des Kanzlers Michaelis totgeschwiegen hatte, ausführlich am 26. Juli behandelt worden. Sehr wider den Willen des Parlaments. Man hatte es Ramsay Macdonald zunächst abgelehnt, eine Debatte über die Resolution zuzulassen, Macdonald erzwang jedoch durch ein Amendement, das er zu dem Votum über die neuen Kriegs-

kredite einbrachte, die Aussprache. Seine Rede begann mit der sehr merkwürdigen Feststellung, daß die wichtige Erklärung des Reichstages in den englischen Zeitungen kaum einen Platz gefunden habe. Einige Abendzeitungen hätten in ihren, um drei Uhr nachmittags erscheinenden Ausgaben die Resolution an auffallender Stelle gebracht. Dieselben Zeitungen hätten sie schon ein wenig später an eine ganz versteckte Stelle ihrer Spalten verbannt. Es sei ganz außergewöhnlich, daß ein großer Prozentsatz von Leuten niemals erfahren hätte, daß diese Resolution überhaupt gefaßt worden sei. Alle englischen Zeitungen hätten den Nachdruck auf die Rede des deutschen Kanzlers gelegt, während die deutsche Presse ihn auf die Reichstagsresolution gelegt habe. Zum Schluß wendet er sich dann gegen einen Artikel der „Times", in dem ausgeführt worden war, daß die ganze Reichstagsresolution nur Theatermache sei. Auch Trevelyan stellte fest, daß außer dem „Manchester Guardian" kaum eine Zeitung auf die eigentliche Bedeutung der Reichstagsresolution eingegangen sei. Sie werde vor dem englischen Publikum verborgen gehalten. Viele seiner Unterhauskollegen hätten sie nie gelesen oder gesehen; gestern habe er sogar einen sehr hohen Beamten gesprochen, der von ihrer Existenz nichts wußte. Aus diesen Feststellungen ergibt sich nicht gerade, daß die Reichstagsresolution als ein Zeichen der Schwäche angesehen wurde, man muß im Gegenteil aus ihm folgern, daß die Regierung von ihrem Bekanntwerden eine Auflehnung der öffentlichen Meinung gegen die „Knock out"-Politik fürchtete.

Auch Asquith in seiner großen Rede dachte nicht daran, von einem Zeichen der Schwäche zu reden. Er ging vielmehr, um ihre Bedeutung zu verkleinern, auf den Sturz Bethmanns ein, verwies darauf, daß der neue Kanzler Michaelis der Resolution einen sehr lauen Segen gegeben habe und erklärte, er könne ebensowenig wie der Kanzler selbst den mehr oder minder zweideutigen Allgemeinheiten der Resolution eine endgültige Bedeutung beilegen. Im Anschluß daran kommt die bekannte Stelle, ob Deutschland Belgien nicht nur räumen und die angerichteten Schäden wieder gutmachen, sondern auch Belgien „nicht nur den Schein der Freiheit, sondern eine vollständige, ungefesselte und unbedingte Unabhängigkeit zugestehen" wolle. Das sei eine sehr klare Frage, die eine sehr einfache Antwort zulasse, und auf die er die Antwort des Kanzlers, nicht die des Reichstags haben wolle. „Ich frage den Kanzler das. Ich frage ihn jetzt so deutlich, wie ich es kann." Bonar Law, der Außenminister, stimmte in seiner Beurteilung der Reichstagsresolution im wesentlichen mit Asquith überein. Auch die Regierung operierte also nicht mit dem Argument eines Schwächebekenntnisses. Im Gegenteil. Bonar Law zitierte zum Schlusse eine Stelle aus einem Geheimbericht eines englischen Agenten, in dem es heißt, die Generäle in Deutschland seien der Meinung, daß der Krieg eine Nervenfrage sei, und daß die Nerven der Entente schwächer seien. Man müsse sich daher in England hüten, bei den Feinden den Verdacht aufkommen zu lassen, daß man wankend werden könne. Bonar Law sieht also in der Reichstagsresolution nicht ein Zeichen der Schwäche, sondern fürchtet vielmehr, daß ein Eingehen auf sie den Siegeswillen der Entente schwächen könne.

Die Verhandlungen im englischen Unterhause zeigen, daß niemand dort geglaubt hat, die Reichstagsresolution für die Hebung der Kriegsstimmung ausnützen zu können. Man versucht vielmehr, soweit man den Krieg bis zum bitteren Ende durchkämpfen will, ihre Wirkung abzuschwächen und sie als bedeutungslos hinzustellen, nachdem es mißlungen war, sie totzuschweigen. Die Behauptung, daß die Reichstagsresolution als Zeichen der Schwäche gewertet worden sei und daher nur Schaden angerichtet habe, sollte aus ernsthaften Diskussionen verschwinden.

Nachtrag

Der Sachverständige Geheimrat Prof. Dr. Hans Delbrück hat im Anschluß an die Erhebungen des zweiten Unterausschusses über die Mission des Obersten v. Haeften im Haag vom Frühjahr 1918 dem vierten Unterausschuß als Nachtrag zu seinem Gutachten folgende Erklärung zugestellt.

Die Herausgeber

Zur Entschließung des 2. Unterausschusses über die Mission Haeften

Der zweite Unterausschuß hat bezüglich der Haeftenschen Mission eine Resolution beschlossen, die in den Zeitungen veröffentlicht worden ist. Da die in meinem Gutachten vorgetragene Auffassung mit dieser Resolution nicht übereinstimmt oder, anders ausgedrückt, die Haeftensche Mission unter andern Gesichtspunkten in Betracht zieht als die Resolution, so scheint es mir für die völlige Klarstellung ratsam, die Differenzen hier noch genau zu präzisieren. Die Resolution lautet:

„Der zweite Unterausschuß im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß beim Reichstag hat in seiner Sitzung vom 13. März 1924 zu dem Friedensschritt, den der damalige Chef der Auslandsabteilung der O. H. L., Oberst v. Haeften, im Frühjahr 1918 im Haag unternahm, folgende Feststellung getroffen:

Aus der Aussage des Generals v. Haeften geht hervor, daß er aus seiner Unterhaltung mit dem amerikanischen Mittelsmann den Eindruck gewonnen hat, daß ein Frieden im Verhandlungswege, ohne zuvorige Offensive, nicht möglich war. Und es steht weiter fest, daß er dem General Ludendorff in diesem Sinne berichtet hat.

Ob dieser dadurch in seinen Entschlüssen beeinflußt worden ist, würde wohl nur General Ludendorff selber bekunden können. Herr v. Haeften ist der gegenteiligen Auffassung, da der Entschluß zur Offensive bei der O. H. L. schon vorher festgestanden habe.

Ob ein Verzicht auf die sofortige Offensive und der Versuch, Friedensverhandlungen anzuknüpfen, von Erfolg begleitet gewesen wäre, läßt sich mit unbedingter Sicherheit noch nicht feststellen, ist aber nicht wahrscheinlich. Zur Klärung dieser Frage wäre zunächst zu untersuchen, ob der ameri-

kanische Mittelsmann die Auffassung der amerikanischen Regierung richtig wiedergegeben hat und ob die fraglichen Bedingungen (Aufhebung des Friedens von Brest-Litowsk, Kanzlerwechsel, Einführung des Parlamentarismus, Autonomie für Elsaß-Lothringen) Vorbedingungen für die Eröffnung von Friedensverhandlungen oder amerikanische Ziele waren, die durch diese Verhandlungen erreicht werden sollten.

Daß der amerikanische Mittelsmann die Auffassung der amerikanischen Regierung richtig wiedergegeben hat, ist schon wegen der Übereinstimmung seiner Mitteilung mit den Wilsonschen 14 Punkten wahrscheinlich, wobei es verhältnismäßig gleichgültig ist, ob er in offiziösem Auftrage oder, wie eher anzunehmen, aus eigener Initiative gehandelt hat.

Ob die Erfüllung der amerikanischen Forderungen Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen sein sollte oder nicht, ist aus dem vorliegenden Material mit Sicherheit nicht festzustellen. Sehr wahrscheinlich aber ist es, daß diese Forderungen nach amerikanischem Willen zum mindesten im Laufe der Verhandlungen mit allen Mitteln durchgesetzt werden sollten, und das bereits mußte genügen, um etwa begonnene Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, da die deutsche Regierung solche Bedingungen anzunehmen nicht wohl in der Lage war, ehe die Entscheidung mit den Waffen gefallen war.

Aus diesem Grunde ist es auch nicht von ausschlaggebender Bedeutung, daß Herr v. Haeften es unterlassen hat, die politischen Stellen von seiner Unterhaltung mit dem amerikanischen Mittelsmann zu benachrichtigen, da die amerikanischen Forderungen nicht geeignet waren, die deutsche Regierung zu Verhandlungen zu ermutigen.

Nach alledem kann von einer verpaßten Friedensmöglichkeit wohl nicht die Rede sein."

Der entscheidende Punkt ist, daß der Ausschuß glaubt, die deutsche Regierung hätte die von Amerika gebotenen Bedingungen nicht annehmen können, ehe die Entscheidung mit den Waffen gefallen war. Wenn ich diesen Satz recht verstehe, so ist gemeint, daß Deutschland die vorgeschlagenen Bedingungen nur annehmen konnte, nachdem es geschlagen war. Dabei ist aber die entscheidende Frage außer acht gelassen, ob zu erwarten war, daß die Feinde, nachdem sie uns besiegt hatten, noch bereit gewesen wären, uns die vor ihrem Siege gebotenen Bedingungen zu bewilligen. Daß man sich, solange der Kampf noch unentschieden war, mit der Autonomie Elsaß-Lothringens begnügte, ist denkbar. Daß man aber, wenn Deutschland geschlagen war, auf der Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich unter allen Umständen bestanden hätte, scheint mir schwer zu leugnen. Der Satz, daß Deutschland die vorgeschlagenen Bedingungen anzunehmen nicht in der Lage war, ehe die Entscheidung mit den Waffen gefallen war, läßt diesen Punkt im unklaren. Siegten wir im bevorstehenden Kampf, so brauchten wir nicht Bedingungen anzunehmen, die uns ohne Kampf geboten waren. Wurden wir aber geschlagen, so war vorauszusehen, daß die Gegner sich mit den vor der Schlacht gebotenen Bedingungen nicht begnügen, sondern mehr fordern würden. Die gebotenen Bedingungen waren die eines Friedens, bei dem es nach Wilsons Ausspruch weder Sieger noch Besiegte gab. Nach unserer Niederlage wurden uns zwar auch

noch die 14 Punkte versprochen, das Versprechen aber nicht gehalten, und von der Auslegung, die uns ein autonomes Elsaß-Lothringen gelassen hätte, konnte nicht mehr die Rede sein. Die Resolution ist also ein Widerspruch in sich selbst.

Die Resolution ist ferner beschlossen ohne Inbetrachtziehung der strategischen Situation, wie das bei der Verteilung der Aufgaben auf die vier Unterausschüsse natürlich war. Der zweite Unterausschuß hatte sich nur mit der Frage zu befassen, ob hier eine Friedensmöglichkeit verpaßt war, und hat diese Frage verneint. Es ist aber unmöglich, bei diesem einfachen „Nein" zu bleiben, wenn man, wie es des vierten Unterausschusses und meine Aufgabe war, die v. Haeftensche Mission in Zusammenhang bringt mit dem strategischen Problem, das die O. H. L. zu lösen hatte. Ich habe in meinem Gutachten dargelegt, daß es ein fundamentaler Unterschied sei, ob die O. H. L. ausging von der Voraussetzung, daß die Feinde uns zu vernichten strebten und deshalb nur ein vollkommener Sieg hüben oder drüben den Krieg entscheiden konnte, oder ob man sich bewußt war, daß ein Verständigungsfriede möglich war, und daß es nur noch galt, durch einen oder einige kräftige Schläge die Bedingungen des Friedens zu verbessern. Die v. Haeftensche Mission (vorausgesetzt, daß der Mittelsmann zuverlässig war, was ja die O. H. L. nicht bezweifelte) bewies, daß ein Verständigungsfriede keineswegs ausgeschlossen war. Mochten auch die dem Obersten v. Haeften vorgelegten Bedingungen noch nicht annehmbar erscheinen, so waren sie für Deutschland doch keineswegs vernichtend und hätten sich vielleicht noch erheblich verbessern lassen. Man erinnere sich nur an die tiefe moralische Depression im Feindbunde nach unseren taktischen Siegen. Wenn man also auch sagen will, daß Anfang März noch keine Friedensmöglichkeit vorlag, die verpaßt worden wäre, so handelte es sich doch immer um ein sehr wichtiges Symptom, das einerseits die O. H. L. in ihrer Strategie beeinflussen konnte, und, wie ich meine, hätte beeinflussen müssen, und andererseits unter keinen Umständen dem Auswärtigen Amt hätte vorenthalten werden dürfen. Ob der Staatssekretär v. Kühlmann bei dem diplomatischen Operationsplan, den er sich vorgesetzt hatte, daraus irgendwelchen Nutzen gezogen haben würde, muß freilich dahingestellt bleiben.

Delbrück.

Register zu Band 3

Armand, Graf, Abgesandter des französischen Generalstabes. S. 283.
v. **Arz**, k. u. k. Generaloberst, Chef des k. u. k. Armeeoberkommandos seit Februar 1917. S. 10. 17. 21. 22. 27. 44—51.
Asquith, Lord, englischer Ministerpräsident von 1908—1916. Führer der Liberalen Partei. S. 283. 315. 331. 370.

v. **Bartenwerffer**, Generalmajor, Chef der politischen Abteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 266. 319. 350. 351.
Bauer, Oberst, Chef der Abteilung II b der Operationsabteilung des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. S. 74. 86. 294. 327. 348. 354.
v. **Below**, Otto, General d. Inf., Oberbefehlshaber der 17. Armee. S. 249. 290. 291. 292. 293. 295. 303. 306. 345.
Benedikt XV., Papst. S. 330.
v. **Berg**, Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers von Januar bis Oktober 1918. S. 352.
v. **Bernhardi**, General der Kavallerie, Militärschriftsteller. S. 20.
v. **Bernstorff**, Graf, Deutscher Botschafter in Washington bis 1917, im Jahre 1918 Botschafter in Konstantinopel. S. 221. 326.
v. **Bethmann Hollweg**, Dr., Reichskanzler von 1909 bis 13. Juli 1917. S. 59. 225. 246. 255. 261. 278. 294. 315. 322. 323. 358. 359. 370.
v. **Bismarck**, Otto, Fürst, Deutscher Reichskanzler 1871—1890. S. 255. 323. 333. 359. 360.
v. **Blücher**, Fürst, Preußischer Feldmarschall in den Freiheitskriegen. S. 264. 308.
v. **Bockelberg**, Major und Chef der Abt. I b der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 50.
v. **Böhm-Ermolli**, Freiherr, österreichisch-ungarischer Feldmarschall, Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen in der Ukraine 1918. S. 27. 28.
v. **Boehn**, Generaloberst, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Boehn. S. 205.
Bonar Law, 1915 Kolonial-, 1916 Finanzminister, Führer der Konservativen. S. 370.
Boraston, englischer Schriftsteller. S. 221. 316. 342.
v. **Boyen**, Preußischer Generalfeldmarschall, Reorganisator des preußischen Heeres mit Scharnhorst, Gründer der preußischen Landwehr, Kriegsminister. S. 278.
v. **Braun, Edler**, Ministerialdirektor, später Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. S. 10. 26.
Briand, französischer Ministerpräsident von Oktober 1915 bis März 1917. S. 223.
Brizon, französischer Deputierter. S. 369.
Buat, General, Chef des französischen Generalstabes, Schriftsteller. S. 9. 10. 140. 165. 181.
v. **Burian**, Graf, k. u. k. Minister des Äußeren von 1915 bis 22. November 1916 und vom 16. April 1918 bis 24. Oktober 1918. S. 323.
v. d. **Bussche**, Freiherr, Major in der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 352. 354. 366.

v. **Cämmerer**, Generalleutnant und Militärschriftsteller. S. 308.
de **Castelnau**, Graf, französischer General und Heerführer. S. 220.

Cecil, Robert, Lord, Unterstaatssekretär im Foreign Office, von 1916 bis 1918 Blockademinister. S. 259. 283.
v. Clausewitz, Preußischer General und Militärschriftsteller. S. 223. 224. 235. 243. 250. 253. 304. 307. 308. 309.
Clemenceau, französischer Ministerpräsident vom 15. November 1917 ab. S. 107. 139. 194. 196. 220. 231. 250. 259. 282. 342. 343.
Conrad, Freiherr v. Hötzendorff, bis Februar 1917 Chef des Generalstabes des k. u. k. Oberkommandos, später Oberbefehlshaber der k. u. k. Truppen in Tirol. S. 97.
Corda, französischer Militärschriftsteller. S. 9. 139. 220.
v. Cramon, Generalmajor, Deutscher Bevollmächtigter beim k. u. k. Armeeoberkommando. S. 46. 47. 48. 49. 50. 52.
v. Czernin, Ottokar, Graf, k. u. k. Minister des Äußeren vom 22. November 1916 bis 14. April 1918. S. 16. 17. 18. 19. 25. 27. 29. 31. 32. 265. 319.

Delbrück, Dr. Hans, Professor der Geschichte an der Universität Berlin, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß. S. 96. 103. 215. 217. 219. 221. 226. bis 238. 243. 325. 347.
v. Delbrück, Dr., Clemens, Preußischer Minister, Staatssekretär des Innern bis Mai 1916, vom 9. Oktober bis 11. November 1918 Chef des Geheimen Zivilkabinetts des Kaisers. S. 328. 346.
Dewar, englischer Schriftsteller. S. 221. 316. 342.
Drews, Dr., Preußischer Minister des Innern vom 5. August 1917 bis zum Zusammenbruch. S. 328.
Drahn, Herausgeber von „Unterirdische Literatur". S. 212.
Draudt, Major. S. 334.

v. Eichhorn, Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der deutschen Streitkräfte in der Ukraine. S. 25.
v. Eisenhart-Rothe, Generalmajor, Generalintendant des Feldheeres. S. 350. 352.
Elisabeth, Kaiserin von Rußland 1741—1762. S. 361.
Engelin, Oberstleutnant beim Generalstab des Oberbefehlshabers Ost. S. 20.
Erzberger, Reichstagsabgeordneter des Zentrums, später Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 317. 324. 330.

Fehr, Major im Generalstab, später Archivrat im Reichsarchiv, Verfasser von „Die Märzoffensive 1918, Strategie oder Taktik?" S. 290.
Foch, Marschall, Generalissimus der französischen Armee, Oberbefehlshaber der alliierten Truppen seit 22. März 1918. S. 57. 80. 98. 138. 167. 171. 177. 179. 182. 194. 196. 215. 234. 248. 250. 298. 308. 309. 310. 311.
Foerster, Wolfgang, Oberstleutnant a. D. und Militärschriftsteller, Oberarchivrat im Reichsarchiv. S. 291. 319. 340.
v. Forgach, Graf, Vertreter Österreich-Ungarns in der Ukraine. S. 25.
Franchet d'Esperey, französischer General und Oberbefehlshaber der Orientarmee. S. 213.
Friedberg, Dr., nationalliberaler Landtagsabgeordneter, später Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums. S. 328. 333.
Friedrich der Große. S. 96. 248. 261. 320. 321. 358. 361.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen, Generalfeldmarschall, Heerführer 1864. 1866. 1870/71. S. 137.

v. Gneisenau, Graf, Preußischer Generalfeldmarschall, Reorganisator Preußens im Jahre 1806, 1813 Generalstabschef Blüchers. S. 248. 278. 359.
v. d. Goltz, Graf, General, Befehlshaber der „Ostseedivision" in Finnland. S. 35. 36.
Gough, englischer General, Armeeführer. S. 247. 249. 250. 292.
Grey, Lord, von 1905 bis 1916 englischer Minister des Äußeren. S. 283. 315.
Groener, Generalleutnant, Generalstabschef der Heeresgruppe Eichhorn, seit 28. Oktober 1918 Generalquartiermeister beim Chef des

Generalstabes des Feldheeres. S. 26. 29. 368.
v. Grünau, Freiherr, Wirklicher Legationsrat, seit 4. Oktober 1916 Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Kaiser. S. 321.
Gurko, General, Chef des Generalstabes des russischen Feldheeres 1916. S. 221.

v. Haeften, Generalmajor, seit 8. Juli 1916 Leiter der militärischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.
— Artikel im „Tag" vom 22. November 1922. S. 314. 329.
— Besprechung mit General Ludendorff am 13. August 1918. S. 349. 353.
— Denkschriften vom 14. Januar und 3. Juni 1918. S. 320. 323. 356.
— Friedensgespräch im Haag und Bedingungen. S. 259. 282. 283. 284. 316. 318. 331. 332. 340. 341.
— Aussage vor dem Untersuchungsausschuß im Jahre 1922. S. 236. 237. 266 ff., 315. 338. 351.
— Anhänger des Verständigungsfriedens. S. 263. 314. 317. 318. 337.
Haig, Sir Douglas, englischer Oberkommandierender im Weltkriege. S. 81. 138. 142. 158. 166. 178. 194. 195. 214. 221. 234. 248. 289. 316.
v. Hardenberg, Fürst, Preußischer Staatsmann, Staatskanzler von Preußen 1810. S. 333. 359.
zu Hatzfeldt, Fürst Dr., Herzog zu Trachenberg, Oberpräsident a. D., Mitglied des Preußischen Herrenhauses. S. 328.
Helfferich, Dr., Staatssekretär des Reichsschatzamtes, seit Juli 1916 des Innern, seit August 1917 Stellvertreter des Reichskanzlers. S. 16.
v. Henckel-Donnersmark, Fürst, Herrschaftsbesitzer, Mitglied des Preußischen Herrenhauses. S. 328.
Hentsch, Oberst, Chef des Generalstabes der Militärverwaltung in Rumänien. S. 13.
v. Hertling, Graf, Dr., Reichskanzler vom 2. November 1917 bis 3. Oktober 1918.
— Schreiben Hindenburgs an Hertling vom 13. Dezember 1917 und Telegramm vom 17. Dezember 1917 betreffend Belgien. S. 265. 266.
— Erklärung der Freigabe Belgiens im Juli 1918. S. 260.
— Denkschrift vom 23. Januar 1918 an den Kaiser. S. 216.
— Kompetenzkonflikt mit der O. H. L. S. 244. 245.
— Kronrat vom 14. August 1918. S. 196. 197. 350. 351.
— Abhängigkeit von der O. H. L. S. 323. 330. 333. 334. 348.
— Übereinstimmung mit der O. H. L. in bezug auf Verständigungsmöglichkeiten. S. 226.
— Mitteilung Hindenburgs vom 9. Juni 1918 betreffend Ukraine. S. 23.
— Verantwortlichkeit. S. 279.
— Schreiben des Staatssekretärs v. Waldow vom 15. Dezember 1917 betreffend die Möglichkeit der Einfuhr von Getreide aus dem Osten. S. 16.
— Zentrumsführer. S. 332.
Herz, Dr., Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vom 11. Oktober 1919 bis 31. Dezember 1923. S. 326. 369.
v. Heydebrand und der Lase, Dr., konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 325. 358.
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall, Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— Belgien. S. 265. 266. 318.
— Buch „Aus meinem Leben". S. 99. 100. 120. 179. 227. 228. 251. 309.
— Erlaß vom 2. September 1918 an das Heer. S. 328.
— Friedensresolution des Reichstags. S. 317.
— Hindenburgprogramm. S. 336.
— Überführung von k. u. k. Truppen nach dem Westen. S. 47—51.
— Kampfwert der Engländer und Franzosen. S. 99. 100.
— Kompetenzkonflikt mit der Reichsleitung. S. 329.
— Kriegsentscheidung: entscheidender Sieg über die Engländer. S. 100.
— Kronrat vom 14. August und Protokolländerung durch General Ludendorff. S. 196. 197. 350. 365.

— Einfluß General Ludendorffs. S. 261. 284. 341. 350.
— Möglichkeit des militärischen Sieges. S. 120. 227. 228. 251. 309.
— Angriff vom 15. Juli 1918 bei Reims. S. 179.
— Kriegs- und Siegesauffassung Hindenburgs nach Wolfgang Foerster. S. 319.
— Schreiben vom 30. September, 12. und 28. Oktober 1918 betreffend Rückzug und Stellungsausbau. S. 202. 203. 206. 207.
— Uneingeschränkter U-Bootkrieg. S. 246.
— Schreiben des Generals v. Arz vom 25. Februar 1918 betreffend Vormarsch in der Ukraine. S. 22.
— Mitteilungen an den Reichskanzler vom 9. Januar 1918 betreffend Ukraine. S. 23.
— Schreiben des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 28. Juni 1918 betreffend Vermehruung der Truppenzahl in der Ukraine. S. 29.
— Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 223. 224. 243.
— Träger der Verantwortung. S. 215. 216. 278. 279. 341.
— Volkstümlichkeit. S. 216. 369.
— Waffenstillstandsangebot. S. 367.
— Schreiben an Reichskanzler vom 2. November 1916 betreffend Erweiterung der Wehrpflicht, sowie vom 10. November 1917 und 17. Juli 1918 betreffend Ersatz. S. 59. 60. 67.
— Zustimmung zu Wilsons 14 Punkten. S. 366.

v. Hintze, Staatssekretär des Äußern vom 16. Juli bis 7. Oktober 1918. S. 196. 197. 225. 348. 349. 350. 351. 352. 354.

Hoffmann, Generalmajor, Chef des Generalstabes des Oberbefehlshabers Ost. S. 24. 310. 323.

v. Holtzendorff, Großadmiral, Chef des Admiralstabes der Marine bis August 1918. S. 359.

House, Amerikanischer Oberst, persönlicher Vertreter Präsident Wilsons bei den europäischen Regierungen. S. 221. 326.

v. Hutier, General d. Inf., Oberbefehlshaber der 18. Armee. S. 249. 250. 290. 291. 292. 293. 295. 296. 303. 304. 344. 345.

Jomini, Baron, französischer General und Militärschriftsteller. S. 308.

v. Kalckreuth, Graf, Preußischer Feldmarschall im Feldzug von 1806, Waffenstillstand zu Tilsit. S. 333.

Karl I., Kaiser von Österreich, König von Ungarn. S. 21. 27. 28. 29. 46. 47. 49. 50. 87.

Karl, Erzherzog, österreichischer Heerführer 1797. S. 331.

Kerchnawe, Schriftsteller, „Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918". S. 76.

Krafft von Delmensingen, General der Infanterie, Chef des Generalstabes der 17. Armee. S. 249.

Krauß, k. u. k. General d. Inf., Kommandant der Ostarmee. S. 29. 32. 98. 229. 253.

v. Kuhl, Dr. h. c., General d. Inf., Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 101. 102. 113. 133. 158. 160. 243. 245. 247. 251. 252. 260. 277—287. 289. 290. 291. 293—299. 301. 302. 303. 304. 306. 307. 308. 309. 311. 312. 326. 332. 335. 336. 337. 339—348. 361.

v. Kühlmann, Dr., Staatssekretär des Äußeren vom 7. August 1917 bis 9. Juli 1918. S. 17. 19. 34. 244. 279. 321. 325. 329. 330. 333. 334. 337. 348. 351. 359.

Landwehr, v. Pragenau, k. u. k. Generalmajor, Vorsitzender des k. u. k. gemeinsamen Kriegsernährungsausschusses. S. 10. 19. 29.

Lansdowne, Lord, englischer Minister ohne Portefeuille 1915—1916. S. 283.

Laure, französischer Militärschriftsteller. S. 9.

Lehmann, Max, Dr., Professor, Historiker an der Universität Göttingen. S. 278.
Leopold, Prinz von Bayern, Generaloberst, Oberbefehlshaber Ost. S. 35. 43. 61—65. 75.
Lenin, russischer Volkskommissar. S. 38.
Leonhard, Herausgeber von „Unterirdische Literatur". S. 212.
v. Lersner, Freiherr, Dr., Legationssekretär, Vertreter des Auswärtigen Amtes seit März 1917 bei der O. H. L. S. 266. 365.
v. Leyden, Graf, Standesherr, S. 328.
v. Limburg-Stirum, Graf, Landrat a. D., Vertreter des Reichskanzlers bei der O. H. L. S. 352.
Lloyd George, englischer Ministerpräsident seit Dezember 1916. S. 55. 158. 217. 219. 231. 257. 282. 284. 287. 315. 316. 317. 324. 331. 341. 343. 369.
v. Loßberg, Chef des Generalstabes der 4. Armee, seit August 1918 Chef des Generalstabes der Heeresgruppe von Boehn, später Herzog Albrecht von Württemberg. S. 353.
Ludendorff, General d. Inf., Erster Generalquartiermeister beim Chef des Generalstabes des Feldheeres.
— Auffassung der Gesamtlage Anfang August 1918. S. 190. 191.
— Auskämmen des Ostens von Truppen. S. 22.
— Zusammenarbeiten mit dem Auswärtigen Amt. S. 349. 350. 351.
— Belgien. S. 216. 218. 225. 226. 236. 237. 244. 245. 267. 269. 285. 314. 317. 318. 337. 338. 341. 348. 351. 352.
— Charakter. S. 238. 261. 262. 263. 264. 279. 292. 294. 311. 339. 346. 350. 351. 354. 357. 359. 361. 362.
— Angriff am Chemin des Dames. S. 158. 167.
— „Doppeltes Gesicht". S. 236. 237. 263. 267. 270. 320. 321. 338. 350.
— Feldherr. S. 120. 121. 133. 134. 140. 142. 145. 155. 167. 218. 219. 225. 226. 227. 228. 233. 254. 281.
— Finnland. S. 34.
— Vorbereitung für den Hauptangriff in Flandern. S. 160. 163. 167. 168. 185.
— Stellung zum Frieden. S. 138. 139. 216. 217. 218. 224. 226. 235. 236. 245. 255. 256. 260. 262. 267. 268. 270. 271. 283. 284. 285. 286. 314. 315. 317. 318. 319. 320. 323. 324. 330. 332. 337. 338. 339. 342. 343. 348. 355. 356. 360.
— Friedensgespräch Oberst v. Haeftens im Haag. S. 259. 284. 318. 334.
— Feldzug in Italien. S. 285. 286. 287.
— Juliangriff 1918. S. 173.
— k. u. k. Truppen für den Westen. S. 44. 45. 47. 48. 49.
— Kompetenzkonflikt mit der Reichsleitung. S. 244. 245.
— Kritik an Ludendorff. S. 143. 144. 171. 172. 216. 217. 226 ff., 229 ff. 231. 246 ff. 262. 277. 304 bis 313. 335 ff. 346. 347. 348 ff.
— Mannschaftsersatz. S. 70. 71.
— Beteiligung der Heeresgruppe Kronprinz an der Märzoffensive. S. 120. 145. 293.
— Angriffsziel der Märzoffensive. S. 101. 102. 115. 117. 118. 121. 134. 143. 233. 249 288.
— Nervenzusammenbruch? S. 354.
— Niederlage vom 8. August 1918. S. 195.
— Weiterführung des Krieges Oktober 1918. S. 213.
— Organisator. S. 10. 11. 14. 16. 17. 129. 130. 288. 360. 361. 362.
— Erfolge im Osten. S. 304.
— Marsch nach Petersburg und Moskau. S. 230.
— Pferdeersatz und Futter. S. 75. 76.
— Einmischen in die Politik. S. 294. 317. 318. 321. 328. 329. 330. 334. 348. 353. 354. 359.
— Besprechungen am 13., Kronrat am 14. August 1918, sowie Protokolländerung durch Ludendorff. S. 195. 196. 197. 225. 280. 346. 348—352. 365.
— Rückzug in rückwärtige Stellungen. S. 198. 199. 200. 205.
— Schriften. S. 19. 20. 21. 24. 31. 40. 79. 81. 83. 97. 117. 118. 121.

134. 138. 139. 143. 167. 173. 175. 185. 190. 191. 195. 200. 224—228. 233. 236. 244. 245. 246. 249. 250. 253. 256. 259. 262. 281. 283. 285. 287. 290. 292. 296. 299. 300. 305. 306. 318. 319. 320. 321. 327. 328. 329. 330. 337. 338. 339. 352. 354. 355. 356. 357. 365 ff.
— Sieg oder Niederlage. S. 97. 138. 139. 218. 223. 224. 243. 246. 252. 260. 298. 303. 307. 312. 313. 317. 331. 338. 342. 356.
— Stellung gegen „levée en masse" Oktober 1918. S. 72. 367.
— Tanks. S. 79. 81. 83.
— Ukraine. S. 19. 20. 21. 22. 24. 27. 29. 31. 42. 252.
— Vernehmung vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 223. 243.
— Verantwortlichkeit. S. 215. 261. 278. 279. 328. 341. 345. 350. 359.
— Volkstümlichkeit. S. 216. 323. 360. 368.
— Vormarsch nach Rußland im Jahre 1918. S. 19. 20. 22. 40.
— Waffenstillstandsforderung. S. 353. 354. 360. 361. 366. 367.

Macdonald, Ramsey, Führer der Labour Party im Unterhaus. S. 315. 369.
Mangin, französischer General, Oberbefehlshaber der 10. französischen Armee. S. 89. 138. 165. 219. 222.
Mannerheim, Graf, General, Oberbefehlshaber der finnländischen Schutztruppe. S. 35. 36.
Marcks, Hauptmann, Verfasser von „Angriff und Verteidigung in großen Kriegen". S. 291.
v. d. Marwitz, General d. Kavallerie, Oberbefehlshaber der 2., später der 5. Armee. S. 250. 290. 291. 292. 293. 306.
Maurice, englischer General. S. 158. 214.
Max von Baden, Prinz, Reichskanzler vom 3. Oktober bis 10. November 1918. S. 13. 69. 70. 72. 279. 353. 356. 366. 368.
Maxse, englischer Schriftsteller. S. 257.
Meinecke, Dr., Professor der Geschichte an der Universität Berlin. S. 278.
Meyer, Oberst, Chef des Feldkraftfahrwesens. S. 86. 209.
v. Mertz, Ritter von Querheimb, Oberst, Chef B der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 349. 350. 353.
Michaelis, Dr., Reichskanzler vom 13. Juli bis 2. November 1917. S. 60. 261. 265. 279. 317. 318. 319. 330. 331. 338. 369. 370.
Millner, Lord, englischer Staatsmann. S. 250.
v. Moltke, Helmut, Graf, Generalfeldmarschall. S. 233. 304. 359.
v. Moser, Generalleutnant, Führer des 14. Reservekorps, Schriftsteller. S. 129. 143. 144. 165. 171. 184.
v. Monts, Graf, Deutscher Botschafter, zuletzt in Rom. S. 328.
Mumm v. Schwarzenstein, Freiherr, Dr., Deutscher Botschafter in der Ukraine. S. 25.

Napoleon I. S. 96. 137. 233. 245. 248. 308. 331. 333.
Naumann, Friedrich, D., fortschrittlicher Reichstagsabgeordneter. S. 270. 271.
Nicolai, Oberstleutnant, Leiter der Abteilung IIIb beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 270. 271.
Niemann, Major, seit 2. August 1918 Vertreter des Chefs des Generalstabes des Feldheeres beim Kaiser. S. 195. 197. 348. 354.
Nikolaus II., Kaiser von Rußland. S. 223.
Nivelle, General, 1916—1917 Oberbefehlshaber der französischen Armee. S. 79.

v. Oldershausen, Freiherr, Chef des Feldeisenbahnwesens. S. 207. 209.

v. Payer, Stellvertreter des Reichskanzlers. S. 317. 323. 324. 330. 333. 351. 352. 354.
Pershing, amerikanischer General, Mitglied des Obersten Kriegsrats. S. 194.

Pétain, General, Oberbefehlshaber des französischen Heeres, Nachfolger Nivelles. S. 89. 138. 140. 142. 194. 196. 215. 220. 235. 248. 289.
de Pierrefeu, Journalist, Kriegsberichterstatter, Redakteur der französischen Heeresberichte. S. 56. 282. 289. 298. 309. 310. 311. 313. 339.
Poincaré, Präsident der französischen Republik. S. 250. 259.

v. Rabenau, Freiherr, Bevollmächtigter des deutschen Kriegsernährungsamtes in Wien. S. 17.
Rennenkampf, General, russischer Armeeführer. S. 304.
Repington, englischer Oberstleutnant a. D. und Militärschriftsteller. S. 220. 230. 231. 233. 254. 286. 287. 343.
Réquin, Verfasser von „America's race to victory". S. 54.
v. Revertera, Graf, österreichischer Diplomat. S. 283.
Ribot, französischer Ministerpräsident 1917. S. 369.
Ritter, Hauptmann, Verfasser von „Kritik des Weltkrieges". S. 129.
Robertson, General, Chef des englischen Generalstabes. S. 254.
Roch, Verfasser von „Mister Lloyd George and the War". S. 158.
v. Rosenberg, Dr., Gesandter. S. 221.
Rupprecht, Kronprinz von Bayern, Generaloberst, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. S. 106. 115. 144. 251. 292. 293. 294. 353. 361.

Samsonoff, General, russischer Armeeführer. S. 304.
v. Seidler, Dr., österreichischer Ministerpräsident. S. 19.
Sendler, k. u. k. General, Oberquartiermeister in Odessa. S. 28. 29.
Sixt v. Armin, General der Inf., Führer der 4. Armee. S. 161.
Skoropadski, Hetman der Ukraine. S. 27.
Smuts, General, seit 1915 Verteidigungsminister, bevollmächtigter Vertreter für Südafrika im englischen Kriegskabinett. S. 316. 332.
Solf, Dr., Staatssekretär des Äußeren seit Oktober 1918. S. 367.
Sparrow, Verfasser von „The fifth army in march 1918". S. 9.
v. Scharnhorst, General, Reorganisator der preußischen Armee nach 1806. S. 278.
Scheer, Admiral, seit August 1918 Chef des Admiralstabes. S. 13.
Scheidemann, sozialdem. Reichstagsabgeordneter, später Staatssekretär ohne Portefeuille. S. 270. 271.
Scheüch, Generalleutnant, Chef des Kriegsamtes im Kriegsministerium, später Preußischer Kriegsminister. S. 13. 71. 72. 213. 267.
Schiffer, nationalliberaler Reichs- und Landtagsabgeordneter. S. 328.
v. Schlieffen, Graf, Generaloberst mit dem Range eines Generalfeldmarschalls, Chef des Generalstabes von 1891 bis 1. Januar 1906. S. 291.
Schneider-Creusot, französisches Eisenwerk, Hersteller von Kriegsgerät. S. 79.
v. d. Schulenburg, Graf, Generalmajor, Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 100. 101. 102. 133. 158. 182. 206.
Schultz (Bromberg), deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. S. 222.
Schwarte, Generalleutnant und Militärschriftsteller. S. 77.
v. Schweinitz, Major und Militärattaché im Haag. S. 353.
v. Schwerin-Löwitz, Graf Dr., Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses. S. 328.
Schwertfeger, Oberst, Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags. S. 220. 243. 261. 262. 277. 278. 279. 283. 321. 324. 346—351. 353. 355. 357. 369.
Stegemann, Schriftsteller. S. 171. 183.
vom Stein, Reichsfreiherr, Preußischer Staatsminister und Reorganisator nach 1806. S. 278.
Stresemann, Dr., nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. S. 354.
v. Stülpnagel, Otto, Oberstleutnant, Vertreter des Reichswehrministeriums beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstags;

im Felde Erster Generalstabsoffizier 6. Armee und der Heeresgruppe Herzog Albrecht. S. 361.
v. Stumm, Freiherr, Botschafter z. D. S. 328.

Tardieu, französischer Schriftsteller. S. 222. 223.
v. Thiele-Winkler, Graf, Mitglied des Preußischen Herrenhauses. S. 328.
v. Tirpitz, Großadmiral, Staatssekretär des Reichsmarineamtes. S. 258. 263. 369.
Trevelyan, liberales Mitglied des englischen Unterhauses. S. 370.
Trotzki, russischer Volkskommissar. S. 19. 38

Valentin, Dr., Professor, Oberarchivrat im Reichsarchiv. S. 357. 365.
v. Valentini, Dr., Geheimer Kabinettsrat, Chef des Geheimen Zivilkabinetts bis Januar 1918. S. 245. 261. 359.

v. Waldow, Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes seit August 1917. S. 16. 24. 26. 29. 31.
v. Waldstätten, k. u. k. General. S. 46. 47. 49.
Warmuth, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter. S. 269.
v. Wedel-Piesdorf, Graf, Präsident des Preußischen Herrenhauses. S. 328.
v. Westarp, Graf, konservativer Reichstagsabgeordneter. S. 325. 352. 369.
Wetzell, Oberstleutnant, Chef der Operationsabteilung beim Chef des Generalstabes des Feldheeres. S. 100. 101. 106. 107. 110. 112. 113. 147. 150. 225. 302. 306. 308. 309. 312. 335. 336.
Wilhelm I., Deutscher Kaiser. S. 359.
Wilhelm II., Deutscher Kaiser,
— Belgien. S. 244. 265. 266. 317. 318. 338.
— Entlassung von Bethmann Hollweg und Valentini. S. 245. 261.
— Vorschlag zur Friedensvermittlung durch die Königin von Holland. S. 351.
— Entscheidung beim Kompetenzkonflikt zwischen Reichsleitung und O. H. L. S. 216. 224. 245. 322. 328. 329.
— „Allgemeine Beurteilung der Lage" des Kronprinzen (Bericht an den Kaiser). S. 192.
— Schreiben des Kronprinzen vom 18. August 1917 an den Kaiser über Ludendorffs Äußerung „Deutschland muß siegen oder untergehen". S. 317.
— Kronrat vom 14. August 1918 in Spa. S. 196. 197. 198. 365.
— Niederlage vom 8. August 1918. S. 195.
— Formelle Verantwortung. S. 215. 216. 227. 263. 279. 284. 341. 348.
— Zurückhaltung im Weltkriege. S. 215. 216. 348. 358.
Wilhelm, Deutscher Kronprinz, Führer der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. S. 115. 130. 167. 168. 171. 175. 176. 182. 192. 205. 293. 294. 295. 317. 358.
Wilhelmine, Königin von Holland. S. 351.
Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. S. 24. 55. 208. 217. 219. 221. 222. 262. 281. 283. 315. 316. 318. 320. 326. 327. 330. 331. 333. 334. 341. 343. 353. 357. 366. 368.
Wilson, englischer General. S. 250.
zu Windischgrätz, Prinz Ludwig, ungarischer Ernährungsminister. S. 29. 33.
Wright, englischer Kriegsberichterstatter. S. 8. 9. 138. 248. 249. 250. 282. 298.
v. Wrisberg, Generalmajor, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im Preußischen Kriegsministerium. S. 72.
Wurtzbacher, Generalmajor. S. 77.

Zita, Kaiserin von Österreich, Königin von Ungarn. S. 46. 47. 49.

DATE DUE